This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

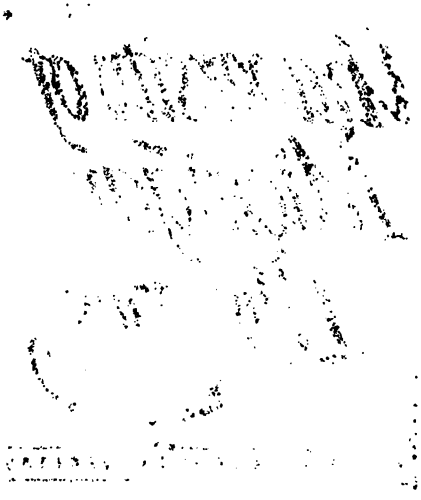
+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

PROPERTY OF
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten zu Bremen
vom 18. bis 24. September 1904

Berlin 1904
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69
(Ernst Preczang)

Digitized by Google

HX
271
A4
1904

Digitized by Google

Gen lib
Barr
Gotts
7-27-32
835/5

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Digitized by Google

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich **eins** mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung richte sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

Digitized by Google

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Digitized by Google

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Mainz 1900.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Partei-Vorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroll-Kommission und den Parteitag zu.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Partei-Vorstand, gegen die Kontroll-Kommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen in zu diesem Zwecke berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Partei-Vorstande mitzuteilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Abs. 2 dem Partei-Vorstande mitzuteilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Partei-Vorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Partei-Vorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Centralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Partei-Vorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Centralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

Digitized by Google

Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Partei-Vorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem der Partei-Vorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Partei-Vorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontroll-Kommission.

Falls der Partei-Vorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Centralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Centralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Partei-Vorstand besteht aus 7 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassierer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie 2 Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontroll-Kommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Partei-Vorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Centralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Partei-Vorstand verfügt nach eignem Ermessen über vorhandene Gelder

Der Partei-Vorstand oder die Kontroll-Kommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen.

Digitized by Google

Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Partei-Vorstand oder der Kontroll-Kommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontroll-Kommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 14. Die Mitglieder des Partei-Vorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Partei-Vorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Partei-Vorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontroll-Kommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontroll-Kommission.

§ 17. Zur Kontrollierung des Partei-Vorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Partei-Vorstand, wählt der Parteitag eine Kontroll-Kommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontroll-Kommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, so weit die Kontroll-Kommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontroll-Kommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Centralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontroll-Kommission oder des Partei-Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Centralorgan der Partei.

§ 1. Centralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Centralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Centralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontroll-Kommission, der Partei-Vorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 19. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens ¾ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Digitized by Google

Tages-Ordnung des Parteitages.

Sonntag, den 18. September, abends 7 Uhr:

Vorversammlung.

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 19. September und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: G. Ledebour.
4. Organisation. Berichterstatter: A. Gerisch.
5. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer.
6. Kommunalpolitik. Berichterstatter: H. Lindemann.
7. Der internationale Kongreß in Amsterdam. Berichterstatter: A. Bebel.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr

Digitized by Google

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

H. Dietz-Stuttgart. — F. Ebert-Bremen.

Schriftführer:

Frl. Baader-Berlin	Feldmann-Langenbielau	Ullenbaum-Elberfeld
Becker-Dortmund	Lehmann-Mannheim	Wasner-Stuttgart
Dörnke-Hannover	Schmid-München	Zucht-Berlin

Mandats-Prüfungskommission:

Braun-Königsberg	Freythaler-Berlin	Knieriem-München
Düwell-Dortmund	Hofrichter-Köln	Leopold-Zeitz
Fischer-Seifhennersdorf	Keidel-Pirmasens	Zietz-Hamburg

Digitized by Google

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes.

Allgemeines.

Ein charakteristischer Grundzug in dem proletarischen Befreiungskampf ist das bei gegebenen Anlässen elementar zum Durch- und Ausbruch kommende Gefühl der Dankbarkeit, das die kämpfende Arbeiterklasse ihren auf exponierten Posten stehenden Kameraden und Führern entgegenbringt. Wird gar der treue Kamerad, der geliebte Führer durch den Tod seinem Wirkunskreis entrissen, äußert sich die Dankbarkeit der Arbeiter in wahrhaft rührender Weise. Dankbarkeit diktierte uns im Vorjahre eine umfänglichere Registrierung der Sterbefälle von Genossen, die sich in Vertrauensstellungen befunden hatten, die hohe Anforderungen an ihre Pflichterfüllung stellten und deren gewissenhafte Ausfüllung wesentlich die erzielten Erfolge der Partei zu verdanken waren.

Wir nehmen Veranlassung, auch den diesjährigen Bericht mit der Abtragung der Ehrenschuld an unsre in dem Berichtsjahr verstorbenen Genossen einzuleiten, wobei wir bemerken, daß die Registrierung Anspruch auf Vollständigkeit nicht erheben kann. Ihre Zahl ist groß. Aber allen gilt unser voller Dank, den Genannten und den Ungenannten.

Auf dem Dresdener Parteitag wiederholte sich der Fall, daß ein Delegierter, der gesund und lebensfroh zum Parteitag gereist war, lebend nicht zurückkehren sollte. Als am Abend nach Schluß des Parteitages Genosse Meiling-Schöneberg seine Wohnung aufsuchte, glitt er auf der Treppe aus und schlug mit dem Kopf so unglücklich auf, daß der Tod unmittelbar eintrat. — Jung, selbst in seinem Leiden noch hoffnungsfroh und voller Pläne für die Zukunft, starb nach langem schweren Krankenlager am 7. Oktober Genosse Levy im Alter von 31 Jahren. Genosse Levy war Redakteur am „Saalfelder Volksblatt" und später an der „Erfurter Tribüne". — Am 11. Oktober verstarb in Hamburg Claus Moje, einer von den Vielen, die unter dem Ausnahmegesetz der Partei unschätzbare Dienste geleistet haben. — Erst 49 Jahre alt, starb am 22. Oktober Genosse Haas in Mainz, Redakteur der „Volkszeitung" daselbst und Mitglied der hessischen Kammer. — Ihm folgte am 28. Oktober Genosse Franz Wilhelm Wenzel, Verleger der „Pfälzer Post" und Stadtrat in Ludwigshafen. — Um die gleiche Zeit verstarb im Alter von 55 Jahren Genosse Jakob Merkel. Er war der erste, der in der Pfalz in Lamprecht die Fahne der Sozialdemokratie entfaltet hatte. — Mit Genosse Samuel Spier, der am 9. Oktober in Frankfurt a. M. verstarb, schied einer von der alten Garde aus der Reihe der Lebenden. Genosse Spier, der Ende der 60er Jahre in Wolfenbüttel wohnte.

Digitized by Google

gehörte dem Parteiausschuß in Braunschweig an, der auf Befehl des Generals Vogel v. Falkenstein 1870 nach Lötzen in Ketten transportiert wurde. In den letzten Jahren seines Lebens widmete sich Genosse Spier fast ausschließlich der Genossenschaftsbewegung. — Die Reichstagsfraktion hat den Verlust von zwei ihrer Mitglieder durch den Tod zu beklagen. Am 4. Oktober starb nach längerem und schmerzhaften Leiden der Abgeordnete des 22. sächsischen Kreises Franz Hofmann im Alter von 51 Jahren. Genosse Hofmann war ein grundehrlicher Charakter, beliebt als Volksredner und als Gesellschafter hochgeschätzt, wenn nach Stunden ernster Arbeit die heitere Muße in unsern Kreisen in ihre Rechte trat. — Drei Monate später, am 7. Februar, verschied an einem Herzschlag, kaum 33 Jahre alt, Genosse Emil Rosenow. Niemand ahnte, daß der junge, kräftig gebaute Mann, der eben erst auf literarischem Gebiet einen achtungswerten Erfolg errungen hatte und zu den schönsten Hoffnungen berechtigte, so unerwartet zur Mutter Erde zurückkehren müsse. — Am 10. Januar schied Genosse Agster freiwillig aus dem Leben, ein Schicksal, das am 19. Mai Genosse Gladewitz ebenfalls ereilte. Während es bei dem ersteren der Verlust des seelischen Gleichgewichts war, waren es bei dem letzteren physische Leiden, die ihm den Lebensmut raubten. Beide haben sich durch langjährige agitatorische Tätigkeit große Verdienste um die Partei erworben. Gladewitz mußte dafür jahrelang in den Gefängnissen büßen. — Das ehemalige nordische Belagerungszustandsgebiet hat den Verlust von 2 seiner tüchtigsten Organisatoren zu beklagen. Nur 33 Jahre alt, starb am 4. Januar der Genosse Isaak Mannheimer, und am 3. März Genosse Toelge in Wandsbeck. Beide Genossen verfügten über ein vortreffliches Organisationstalent, verbunden mit einer unversiegbaren Arbeitskraft und Arbeitslust. Am Schluß des Jahres, in der zweiten Morgenstunde des 28. Juli, starb Genosse Keßler, 72 Jahre alt. Mit ihm verliert die Organisation der Freien Gewerkschaften ihren bedeutendsten Führer. — Noch eine Reihe anderer wackerer und tapferer Genossen, die auch in kritischen Zeiten ihren Mann gestanden und nun nicht mehr unter uns weilen, sind zu nennen. So Genosse Jakobs-Hamburg. Weiteren Kreisen bekannt als Hauptkassierer der Tischler-Kranken- und Sterbekasse, Genosse Heger, der, 62 Jahre alt, in Frankfurt a. M. verstarb. Heger verstand es meisterlich, den Spürnasen der Schnüffler unter dem Sozialistengesetz „manche Nase zu drehen". Ihnen reihen sich an Nitsche in Dresden und Dullens in St. Ingbert, der stets in launiger Weise in seinen Berichten an den Vorstand die saarabischen Verhältnisse zu geißeln verstand. Des weiteren Gottlieb Weiler-Stuttgart, 60 Jahre alt; Andreas Zierau, 54 Jahre alt, einer der bekanntesten Genossen Magdeburgs, Kolporteur der „Volksstimme", den ein Herzschlag hinwegraffte. — Mitten in der Ausübung seines Berufs wurde der Genosse Gräfer-Elberfeld am 26. März auf der Straße vom Blutsturz befallen, von dessen Folgen er sich nicht wieder erholen sollte. — Durch die Drangsalierungen unter dem Sozialistengesetz gezwungen, sich eine neue Heimat zu gründen, hatten die Genossen Regendank-Berlin, Jakobsen-Grabow und der Schuhmacher Kürschner-Hamburg den heimatlichen Staub von ihren Füßen geschüttelt. Alle drei sind verstorben, aber jedem derselben stellt unser Parteiorgan, die „New Yorker Volkszeitung", das ehrende Zeugnis aus, stetig und unverdrossen für die Partei- und Gewerkschaftsbewegung bis an ihr Lebensende gewirkt zu haben. Soweit die Sozialdemokratie in Betracht kommt, ist der deutsche Name ein geachteter.

* * *

Ohne Schmerz erlitt die Partei den Verlust, den sie durch die offizielle, beziehungsweise öffentlich erfolgte Austrittserklärung von 3 Genossen und einer Genossin zu verzeichnen hat. Es sind dieses: Lebius-Dresden, Wessel-

Digitized by Google

Düsseldorf, Mayer-Tübingen und Fräulein Imle-Düsseldorf. Wäre der Austritt der 4 Genannten aus der Partei von der bürgerlichen Presse nicht als ein besonders beachtenswertes Zeichen für die innere Zersetzung der sozialdemokratischen Partei ausposaunt worden, sie wären im Strome der Vergessenheit sang- und klanglos untergegangen.

* * *

Am 8. August v. J. sind drei weitere Opfer des Löbtauer Urteils vom 3. Februar 1899 begnadigt und in Freiheit gesetzt worden. Es sind dies die Zimmerer Karl Moritz, Johann Gedlich und Karl Wobst, die ca. 4½ Jahre von der über sie verhängten Strafe im Zuchthaus zu Waldheim verbüßt haben. 3½ bezw. 2½ Jahre sind den Bedauernswerten durch den Gnadenakt erlassen, durch den auch die Einsetzung in die bürgerlichen Ehrenrechte erfolgte. Zur Zeit befinden sich noch 2 Opfer des Löbtauer Urteils in dem Zuchthaus zu Waldheim. Es sind dies die Bauarbeiter Zwahr und Schneider, die seinerzeit zu 10 resp. 9 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind.

* * *

Nach Verbüßung einer zweijährigen Zuchthausstrafe ist am 2. Mai der Genosse Harder aus Kamin bei Neubuckow in Mecklenburg aus dem Zuchthaus Dreibergen entlassen worden. Wir sind von der Unschuld des Genossen Harder ebenso fest überzeugt, wie von der seines Leidensgenossen Holst in Wismar, dessen Fall wir im vorjährigen Bericht behandelten. Wie Genosse Holst so wurde auch Genosse Harder wegen Meineids verurteilt. Der Verurteilung lag folgender Sachverhalt zugrunde: In Kamin hielt eines Sonntags im Februar 1901 im Auftrage des Rechtsschutzvereins der Landarbeiter Genosse Herzfeld eine juristische Sprechstunde ab in einer Gastwirtschaft. Bei dieser Gelegenheit soll der Wirt während der Kirchzeit an Einheimische Speisen und Getränke abgegeben haben. Ein Prozeß gegen den Wirt war die Folge. Der Wirt wurde freigesprochen. Genosse Harder, vom Amtsanwalt als Zeuge geladen, soll nun dabei die für die Sache nebensächliche Aussage, daß er einen Teller Pflaumensuppe bei einem Bekannten gegessen habe, bevor er in die Wirtschaft gegangen sei, der Wahrheit zuwider abgegeben haben. Die Staatsanwaltschaft behauptete, Harder habe die Suppe erst bekommen, als er aus dem Wirtshaus zurückkehrte. Diese Behauptung fand nur eine Stütze in den wiederholt abgeänderten Aussagen einer alten Frau. Das genügte, um Harder wegen Meineid zu verurteilen. Genosse Harder hatte bei seiner Entlassung für die ausgestandenen Leiden den Trost, daß ihm die bewillkommnenden Genossen der alten treuen Kampfgenossenschaft versicherten, die ihnen auch die Pflicht auferlegt, ihm die erlittenen materiellen Verluste vergessen zu machen.

* * *

Am 21. Oktober v. J. feierten wir das 25jährige Jubiläum des Erlasses des Sozialistengesetzes. Das Ausnahmegesetz, erlassen, um die deutsche Sozialdemokratie mit Stumpf und Stil auszurotten, wurde die Ursache zu einem Zusammenschluß der Genossen, in dem die freiwillige Disziplin die Zusammenfassung der Parteikräfte in einer Weise herbeiführte, wie vordem durch die peinlichst ausgearbeiteten statuarischen Satzungen und Vorschriften nicht zu erreichen war. Die ersten Schläge, die nach dem Erlaß des Gesetzs fielen, brachten die Auflösung aller sozialdemokratischen und sozialdemokratisch anrüchigen Vereine. Und sozialdemokratisch anrüchig zu sein, dazu gehörte nicht viel. 352 Vereine verfielen der Auflösung. 1299 Druckschriften wurden verboten. Auf Grund des über die Städte Berlin, Hamburg-Altona, Harburg, Leipzig, Frankfurt a. M., Hanau, Offenbach, Stettin, Spremberg und ihre Umgebung verhängten sogenannten kleinen Belagerungszustand wurden 893 Personen aus-

Digitized by Google

gewiesen, darunter 504 Verheiratete mit 973 Kindern. Die Strafliste während der Dauer des Sozialistengesetzes weist inkl. 119 Jahre, 5 Monate und 13 Tage Untersuchungshaft, Gefängnisstrafen von 731 Jahre 6 Tage auf, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Je härter die Schläge fielen, je rücksichtsloser die Verfolgungen einsetzten, um so opfermutiger und opferfreudiger wurden die Genossen, deren freiwillige Disziplin die Grundlage der Erfolge bildete, die in jeder Wahlperiode vom Jahre 1881 ab in stetig steigenden Wahlziffern Ausdruck fanden. Das Zuchtmittel, mit dem die Sozialdemokratie zu Paaren getrieben werden sollte, wurde ein Agitationsmittel, wie es sich besser und nutzbringender die Partei nicht wünschen konnte. Deshalb war der Tag der 25jährigen Wiederkehr des Erlasses des Sozialistengesetzes wert, unter die Jubiläumstage in der Parteigeschichte aufgenommen zu werden.

* * *

Städtische und staatliche Verwaltungen wetteifern miteinander, den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern das geringe Maß von gesetzlich gewährleisteten politischen Rechten streitig zu machen. Beschränkte man sich früher darauf, den Arbeitern zu verbieten, Mitglied eines sozialdemokratischen Vereins oder der Gewerkschaften zu sein, so wird vielfach jetzt den Arbeitern und Angestellten die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit so eingeengt, daß von einer freien Verfügung über den Arbeitsverdienst kaum noch geredet werden kann. So trat z. B. im Oktober v. J. der Magistrat der Stadt Dresden einem Beschlusse der Stadtverordneten bei, der den städtischen Arbeitern die Zugehörigkeit an den Konsumvereinen verbietet. Einer rückständigen Wirtschaftspolitik der sogenannten Mittelstandsretterei zu Liebe, verbietet man den Arbeitern, in vorteilhafter Weise den verdienten Lohn zu verwenden, wehrt ihnen, billig gute Waren einzukaufen. Wer sich dem Verbot nicht fügen will, muß darauf verzichten, seine Arbeitskraft der städtischen Verwaltung zu verkaufen. Das ist moderne Sklaverei.

Nach demselben Grundsatz handelt der preußische Eisenbahnminister Budde. Als bekannt wurde, daß den Arbeitern und Angestellten der Eisenbahn die Mitgliedschaft an dem Konsumverein Magdeburg verboten sei, glaubten Optimisten, das Verbot beruhe auf einer sporadisch erlassenen Verfügung, wie eine gleiche schon am 10. Mai 1902 für Harburg erlassen war, die ergangen sei, weil der Magdeburger Konsumverein als besonders sozialdemokratisch anrüchig angesehen werde. Doch die Gutgläubigen sollten bald eines Besseren belehrt werden. Der Magdeburger Erlaß des Herrn Budde ist in verallgemeinerter Form allen preußischen Eisenbahnverwaltungen zugestellt. Herr Budde sagt zwar, es liege kein Anlaß vor, Beamten der Staatseisenbahnverwaltung die Beteiligung an der Leitung von Konsumvereinen zu verbieten, soweit sich die Vereine auf Verfolgung privatwirtschaftlicher Zwecke in einer für Beamte angemessenen Form beschränken." Aber fügt Herr Budde hinzu, „im allgemeinen ist es erwünscht, wenn der Warenbezug seitens der Bediensteten der Staatseisenbahnverwaltung möglichst überall durch Vermittelung des Klein- und Zwischenhandels vor sich geht." Ausnahmen von dieser Regel sollen nur in drei ganz besonderen Fällen zulässig sein. Erstens, wenn die Bediensteten in von den Hauptorten entfernten Kolonien wohnen. Zweitens, wenn am Orte unverhältnismäßige Teuerungsverhältnisse nicht nur vorübergehender Natur herrschen. Drittens, wenn zu befürchten steht, daß die Bahnbediensteten, sobald ihnen selbst die Bildung von Konsumvereinen versagt ist, anderen Konsumvereinen beitreten, die nicht lediglich auf privatwirtschaftliche Zwecke gerichtet sind. In den beiden letzten Fällen soll indes allemal ein Gutachten der Kommunalbehörden eingeholt und der zuständige Regierungspräsident um eine Aeußerung ersucht werden. Umfänglicher ist die Bevormundung der Eisenbahnbediensteten kaum möglich. Der preußische Eisenbahnminister, der sich in solcher Weise in die privatesten

Digitized by Google

Angelegenheiten der ihm unterstellten Arbeiter einmischt, findet es aber in der Ordnung, daß höhere Beamte und Offiziere größeren Konsumvereinen angehören und er selbst ist oder war Mitglied eines solchen. Das ist die Freiheit und Gleichberechtigung der Arbeiter im heutigen Staat. Die reifenden Früchte der Aussaat des Herrn Budde müssen der Sozialdemokratie zufallen.

* * *

Durch statutarische Bestimmung hatte die Generalversammlung der neuen Kranken- und Sterbekasse der Maurer in Braunschweig festgesetzt, alle Bekanntmachungen nur im „Braunschweiger Volksfreund" zu veröffentlichen und das „Amtsblatt" nur in den Fällen zur Insertion mit zu benutzen, wenn die Aufsichtsbehörde eine Generalversammlung anordne. Magistrat und Polizeidirektion hatten das Statut beanstandet, weil die Behörde im Interesse der Ueberwachung der Kasse die Bekanntmachung im Amtsblatt fordern müsse. Es dürfte nicht geduldet werden, daß aus parteipolitischen Gründen eine Zeitung von bestimmter politischer Richtung mit einer Kasse, die rein soziale Aufgaben habe, in eine Art Zwangsverbindung gebracht werde. Von der Kasse wurde der Klageweg beschritten und ein obsiegendes Erkenntnis erstritten. Das Verwaltungsgericht betonte unter Anerkennung des Umstandes, daß der „Volksfreund" sehr eingehend von der Polizeibehörde gelesen werde, ausdrücklich, daß das Gesetz den Kassen bezüglich der Bekanntgabe ihrer Publikationen völlig freie Hand läßt.

* * *

Nach fast 8jähriger Tätigkeit im oberschlesischen Industriebezirk, trat Genosse Dr. A. Winter in die Redaktion des „Stettiner Volksboten" am 1. Juli v. J. ein. Nach einigen Tagen stand jedoch leider die Tatsache fest, daß Genosse Winter an hochgradiger Nervosität erkrankt war und dringend der Ruhe und Erholung bedurfte. Die Erkrankung des Genossen Winter erklärt und entschuldigt alles, was in die letzte Zeit seiner oberschlesischen Tätigkeit fiel und von vielen Seiten Anfechtung erfuhr. Bis zu seinem Abgang aus Oberschlesien hatte Genosse Winter sowohl als Bevollmächtigter der Generalkommission wie auch als solcher des Parteivorstandes die Agitation und Organisation für die Gewerkschaften und für die Partei betrieben. Nach dem Weggang des Genossen Winter trat sofort eine Teilung des Arbeitsgebietes ein. Die Generalkommission eröffnete am 1. Juli ein nur von ihr ressortierendes Arbeitersekretariat mit dem Sitz in Kattowitz. Sollte das in langjähriger, mühevoller Arbeit Aufgebaute für die Partei nicht verloren gehen, mußte ein Nachfolger Winters gesucht werden. Unter den Bewerbern befand sich Genosse Bruhns-Breslau, der vom Parteivorstand akzeptiert wurde. Da Genosse Bruhns in Breslau noch eine alte Rechnung von 2 Monaten Gefängnis zu begleichen hatte, konnte er erst am 1. Oktober seine Tätigkeit auf dem neuen Posten aufnehmen. Bruhns schlug sein Domizil ebenfalls in Kattowitz auf. Eine bereits am 8. November abgehaltene Konferenz der Genossen des Industriebezirks, die nach Lage der Sache auf österreichischem Boden abgehalten werden mußte, brachte eine engere Angliederung der Genossen zustande. Es wurde beschlossen, „die Konferenz deutscher und polnischer Genossen der Gesamtpartei erklärt, den alten Streit untereinander fallen zu lassen und in Zukunft nur für die Interessen der Sozialdemokratie einzutreten."

Dieser Beschluß hat Beachtung gefunden und in der Folge haben sich die Parteiverhältnisse des oberschlesischen Industriebezirks wesentlich gebessert; sind zunächst auch noch keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen, so sind doch Verbindungen angebahnt, die eine gedeihliche Entwicklung der Parteiorganisation hoffen lassen.

Digitized by Google

Gleich Gutes aus der Provinz Posen zu berichten, sind wir leider nicht in der Lage. In der Stadt Posen steht die Parteibewegung wesentlich zurück gegen die Bewegung anderer Städte der Provinz. So z. B. weist Bromberg eine gute und auch gut geleitete Bewegung auf. Hier arbeitet alles, was Intelligenz besitzt, in gutem Einvernehmen, während in Posen die Rivalität der wenigen aufgeklärten Genossen untereinander, ein gemeinschaftliches Hand in Hand arbeiten, bisher vereitelt hat.

In gleicher Stellung wie Genosse Winter in Oberschlesien, befand sich Genosse Gogowski in Posen. Er fand jedoch aus der vorerwähnten Ursache wenig Unterstützung. Um geordnete Parteiverhältnisse in die Wege zu leiten, fand im Oktober unter Mitwirkung des Parteivorstandes eine Konferenz der Genossen in Posen statt, mit dem Zweck, neben der Untersuchung der Preßverhältnisse die Stellung des Genossen Gogowski durch Festsetzung der ihm obliegenden Arbeiten zu befestigen. Die Prüfung der Bücher der „Gazetta Ludowa" ergab das Vorhandensein von 200 zahlenden Abonnenten, der aufgestellte Arbeitsplan für den Genossen Gogowski, der unter die Kontrolle der Agitations-Kommission gestellt wurde, fand einstimmige Annahme. Die getroffen Dispositionen waren jedoch schon bei ihrer Festlegung durchkreuzt. Genosse Gogowski hatte, ohne dem Parteivorstand von seinem Vorhaben Kenntnis zu geben, sich um die Stelle des Arbeitersekretärs in Iserlohn beworben, die er erhielt und demzufolge seine Stellung in Posen am 24. Dezember aufgab. Unter zwei auftretenden Bewerbern um die freigewordene Stelle gab der Parteivorstand nach persönlicher Rücksprache mit zwei Mitgliedern der Posener A.-K. dem Genossen Mletzko den Vorzug unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Verwendung eine probeweise sei, die nach Prüfung durch die gesamte A.-K. erst eine definitive werde. Genosse Mletzko begegnete jedoch denselben Schwierigkeiten, die zu überwinden dem Genossen Gogowski nicht gelungen war. Um zu verhindern, daß Genosse Mletzko nicht schon am 1. April wieder die Flinte ins Korn warf, wurde im April seitens des Parteivorstandes nochmals der Versuch unternommen, auf einer Konferenz in Posen ein einmütiges Arbeiten der wenigen Genossen zu erzielen. Da eine Besserung der Verhältnisse nicht eintrat und Genosse Mletzko bestimmt erklärte, eine ersprießliche Tätigkeit in Posen nicht entfalten zu können, wurde seine Stellung aufgegeben. Gleichzeitig beschloß der Parteivorstand, den bisherigen Zuschuß an die „Gazetta Ludowa" vom 1. Juli ab einzustellen. Dagegen erklärte sich der Parteivorstand bereit, vierteljährlich ein in polnischer Sprache gehaltenes Flugblatt herauszugeben und die Kosten der Verbreitung unter den polnischen Arbeitern aus der Parteikasse zu bestreiten.

* * *

Die am 22. März 1903 eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände und Vertretern der der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen unter der Leitung des Parteivorstandes wurden am 13. März d. J. zu Ende geführt. Das Resultat der Verhandlungen ist ein negatives. Die Aussprache der beiden Parteien in der Sitzung vom 22. März 1903 gab noch der Hoffnung Raum, daß die Zentralverbände allseitig als die zu erstrebende Organisationsform anerkannt würden, und es sich bei den ferneren Verhandlungen nur darum handeln könne, über einzelne Differenzpunkte, wie z. B. die Frage der „Neutralität" bezw. die Stellung der Gewerkschaften zur Politik, Klärung herbeizuführen. In der Sitzung vom 13. März d. J. stellte sich jedoch heraus, daß die der Freien Vereinigung angeschlossenen Gewerkschaften nur auf Grund der von ihrem sechsten Gewerkschafts-Kongreß angenommenen Resolution verhandeln wollten. Diese Resolution lautet:

1. Es bleibt unsern Vereinen, wie jedem andern, die vollkommene organisatorische Selbständigkeit und das Recht, sich nach speziellen Berufen über

Digitized by Google

ganz Deutschland zentralisiert zu organisieren, ihre eigne Verwaltung, eigne Kasse und nach ihrem Gutdünken eigne Presse zu haben. Sie haben für den Gesamtverband natürlich festgestellte Leistungen zu machen und dafür das Recht, zu den Kongressen, Ausschüssen, Kommissionen und Körperschaften Mitglieder zu delegieren, ihrer Stärke entsprechend, nach durch Vereinbarung festzustellenden Grundsätzen.

2. An den Unterstützungskassen, die in den modernen Verbänden übertwuchern, sind sie nicht gezwungen, aber berechtigt, Anteil zu nehmen nach besonderen Festsetzungen. Konsum- und Produktivgenossenschaften sind nicht Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen.

3. Korporative Arbeitsverträge sind nur als notwendiges Uebel zu betrachten, die mit vieler Vorsicht zu behandeln und nur auf sehr kurze Fristen abzuschließen sind.

4. Die Arbeitsnachweise sind den örtlichen Organisationen zu überlassen und ihre Zentralisation innerhalb der Gewerkschaften ist anzustreben.

Man war schließlich allseitig einig darüber, daß weitere Verhandlungen zurzeit zwecklos seien; vielleicht stellt sich später das Bedürfnis heraus, das, was derzeit mißlungen ist, zu vollbringen.

* * *

In den Tagen des 7., 8. und 9. März fand der erste Allgemeine Heimarbeiterschutz-Kongreß in Berlin statt. Wie notwendig der Schutz der Aermsten der Armen ist, wird am zutreffendsten durch eine Mitteilung illustriert, die Genosse Bock-Gotha machte, wonach vor 4 Jahren der Etat des Herzogtums Koburg-Gotha die Bemerkung enthielt, daß der Ertrag der Gefängnis- und Zuchthausarbeit zurückgegangen sei infolge der Konkurrenz der Heimarbeit in der Korb- und Spielwaren-Industrie Thüringens.

Zahlreiche Resolutionen fanden Annahme, deren Inhalt seitens der sozialdemokratischen Fraktion Beachtung finden wird bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs für den Heimarbeiterschutz.

* * *

Mit Recht hat der gewaltige Kampf um den 10stündigen Arbeitstag, den die Crimmitschauer Weber vom 22. August 1902 bis zum 18. Januar 1904 in mustergültiger Weise geführt haben, weit über die Grenzen Deutschlands Aufsehen erregt. Selbst bürgerliche Blätter erkennen an, daß die Textilarbeiter vor dem Ausbruch des Kampfes nichts unversucht gelassen haben, im Wege der Verhandlungen mit den Fabrikanten zu einer Verständigung zu gelangen. Die Arbeiter verlangten die Einführung des 10stündigen Arbeitstages und eine 10prozentige Lohnerhöhung. Die Fabrikanten hatten den Vorschlag der Arbeiter, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, abgelehnt. Ebenso lehnten die Fabrikanten die Vermittlung des Stadtrats ab, nachdem die Arbeiter ihre Forderungen auf eine ½stündige Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit bei einer 7prozentigen Lohnerhöhung ermäßigt hatten. Damit war die Geduld der Arbeiter erschöpft. Am 7. August beschlossen die Arbeiter von 5 Fabriken, die Kündigung einzureichen. Diesen Beschluß beantworteten die Fabrikanten noch demselben Tag mit der Kündigung sämtlicher Textilarbeiter Crimmitschaus, deren Zahl sich auf ca. 7600 bezifferte. Schon bei Ausbruch des Kampfes griff die Polizei hindernd ein, indem sie die fünf Versammlungen, in denen über den Streik beschlossen werden sollte, auflöste. Die ersten Auflösungen wurden von den höheren Instanzen zwar für unberechtigt erklärt, aber das änderte sich im Verlauf des Kampfes. Die Versammlungsauflösungen erfolgten Schlag auf Schlag. Die

Digitized by Google

Zahl der Besucher der Versammlungen wurde für die Säle auf mehr als die Hälfte der früher Zugelassenen herabgesetzt. Als diese Maßregel der fürsorgenden Polizei durch Veranstaltung mehrerer Versammlungen täglich in einem und demselben Lokal wett gemacht wurde, wurde die Verhängung des Belagerungszustandes am 3. Dezember 1903 publiziert, denn diesem kam das erlassene Verbot aller Versamlmungen, Tanzvergnügungen und öffentlichen Lustbarkeiten gleich. Diesen Schlag beantwortete die deutsche Arbeiterklasse, an die sich nunmehr die Verbandsleitung des Textilarbeiter-Verbandes wandte, mit einer in der Geschichte der deutschen Arbeiterkämpfe beispiellos dastehenden Opferwilligkeit. In sechs Wochen steuerten die deutschen Arbeiter in runder Summe 1011000 Mark für die Unterstützung der Crimmitschauer. Besonders wetteiferten die Arbeiter Berlins und Leipzigs in der Aufbringung der Geldmittel. Am 24. Dezember erreichte die tägliche Sammlung in Berlin den Höhepunkt mit 21 000 Mark. Die Kasse des Textilarbeiter-Verbandes, die am 30. September 1903 nur einen Bestand von rund 15 000 Mark aufwies, verfügte sechs Monate später über einen solchen von 320 000 Mark. Wie der Kassenabschluß des Textilarbeiter-Verbandes ausweist, waren es nicht finanzielle Schwierigkeiten, die am 18. Januar zur Aufgabe des Kampfes führten. Von der Aufgabe des Kampfes waren die opferwilligen Arbeiter ebenso überrascht wie die unter der Fuchtel der Scharfmacher stehenden Crimmitschauer Fabrikanten. Die Verblüffung der letzteren war so groß, daß sie anfangs nicht wußten, was für einen Bescheid sie den sich zur Arbeit Meldenden geben sollten, bis sie von der Verbandsleitung Weisungen erhalten hatten. Es sollte Musterung gehalten werden. Die Abschreckungstheorie sollte in die Praxis umgesetzt werden. Die gefüllte Kasse des Textilarbeiter-Verbandes machte jedoch die teuflisch ausgesonnene Bosheit zu schanden. Der Abbruch des Kampfes am 18. Januar war das Resultat einer gründlichen Abwägung aller bei dem heroisch geführten Kampf in Betracht kommenden Umstände. Die Einmütigkeit, mit der die Aufgabe des Kampfes vollzogen wurde, ist ein ehrendes Zeugnis für die Disziplin der Crimmitschauer Arbeiter und für das gegenseitige Vertrauen, das die Arbeiter in ihre Führer und diese in die Arbeiter setzten. Der Schlußakt des Crimmitschauer Kampfes war würdig der Art und Weise, wie er auf seiten der Arbeiter geführt worden war.

Am 29. Januar wurde der über Crimmitschau verhängt gewesene sogenannte Belagerungszustand aufgehoben.

Wahlen. Nachwahlen zum Reichstag fanden in dem Berichtsjahre 10 statt, an denen sich die Partei beteiligte, und zwar in den Kreisen Dessau, Mittweida, Reichenbach-Kirchberg, Eschwege-Schmalkalden, Osnabrück, Zschopau-Marienberg, Lüneburg, Altenburg, Frankfurt a. O. und Straßburg Land i. Elsaß. Fünf der erledigten Mandate waren im Besitz der Partei. Mittweida, Reichenbach, Zschopau, Altenburg und Frankfurt a. O. Mittweida und Reichenbach wurden von der Partei glänzend behauptet, wenn auch ein kleiner Stimmenrückgang gegen die bei den allgemeinen Wahlen erzielten Ziffern zu verzeichnen war. Die Mandate der Kreise Zschopau, Altenburg und Frankfurt a. O. gingen der Partei verloren. Das Mandat des Kreises Mittweida war durch die Niederlegung des Mandats durch den Genossen Göhre erledigt, die erfolgte, ohne daß Genosse Göhre sich weder mit den Genossen seines Wahlkreises, noch mit dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt hatte, ein Vorgang, der sich bisher noch nicht zugetragen hatte und in den weitesten Kreisen der Partei böses Blut machte. Reichenbach und Zschopau waren durch den Tod der Genossen Hofmann und Rosenow frei geworden und die Mandate der Kreise Altenburg und Frankfurt a. O. für ungültig erklärt worden vom Reichstag. Die Ungültigkeitserklärung der beiden Mandate durch die Reichstagsmehrheit entbehrt jeder rechtlichen Unterlage. Sie

Digitized by Google

ist nur erklärlich, wenn man die Ausbrüche wütenden Hasses gesehen und gehört hat, mit denen die sozialdemokratische Fraktion bei jeder Gelegenheit von den Mehrheitsparteien überschüttet wird. Die Wahl in Altenburg wurde für ungültig erklärt, weil der konservative altenburgische Minister noch vor Ausschreibung der Wahl im konservativen Verein Zweifel darüber geäußert hatte, ob ein Herr v. Blödau der geeignete Kandidat sei, den Kreis zu behaupten. Der Grund, weshalb das Frankfurter Mandat kassiert wurde, ist ebenso fadenscheinig. Die Kassierung erfolgte, weil der Regierungspräsident noch vor Ausschreibung der Wahl einen konservativen Wahlaufruf zugunsten des Herrn Felisch unterzeichnet hatte. Würde der Reichstag die bei der Kassierung der Wahlen in Altenburg und Frankfurt geübte Praxis fernerhin konsequent durchführen, dann hätten es die bürgerlichen Parteien in der Hand, sich in unsicheren Kreisen einen zielsicheren Protestpunkt zu schaffen, um im Falle des Sieges dem sozialdemokratischen Vertreter ein Bein zu stellen.

Der Verlust des 20. sächsischen Wahlkreises ist vielfach bemängelt und auch dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht worden, durch seinen Einspruch gegen die Kandidatur des Genossen Göhre den Verlust des Kreises mit verschuldet zu haben. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Der Parteivorstand würde seine Pflicht versäumen, würde er unter gleichen Umständen nicht ebenso handeln, wie er im Falle Göhre gehandelt hat. Genosse Göhre legte am 1. Oktober v. J. sein Mandat nieder, ohne vorher weder den Genossen des 15. sächsischen Wahlkreises noch einer andern Partei-Instanz von seinem Vorhaben Kenntnis gegeben zu haben. Diese Handlung des Genossen Göhre stand mit allen Parteitraditionen im schroffsten Widerspruch.

Dieselbe Auffassung teilte auch die am 25. Oktober in Chemnitz abgehaltene Kreiskonferenz des 15. sächsischen Wahlkreises, die mit allen gegen zwei Stimmen dem Genossen Göhre ihre Mißbilligung aussprach und den Genossen Stücklen-Altenburg als Kandidaten aufstellte, der am 17. November gewählt wurde.

Nach dem Tode des Genossen Rosenow begingen die leitenden Genossen des 20. sächsischen Kreises den Fehler, ohne mit den sächsischen Agitationskomitees oder dem Parteivorstande Rücksprache genommen zu haben, dem Genossen Göhre die Kandidatur anzutragen. Sowohl den Genossen des 20. Kreises wie auch dem Genossen Göhre war die Beschlußfassung der Kreiskonferenz des 15. Kreises vom 25. Oktober bekannt. Beide Teile hätten die Verpflichtung gehabt, ehe sie vollendete Tatsachen schufen, den Rat der Partei-Instanzen einzuholen, denn es lag auf der Hand, daß das Verhalten des Genossen Göhre, der jetzt sich wieder zur Annahme einer Kandidatur bereit erklärte, nachdem er kurz zuvor der Partei die Verlegenheiten und die Kosten einer Neuwahl verursacht hatte, auf scharfen Widerspruch in der Partei stoßen mußte. Da es nicht geschah, ergriffen die sächsischen Agitationskomitees die Initiative und erhoben Einspruch gegen die Kandidatur des Genossen Göhre. Der Partei- und Fraktionsvorstand schlossen sich dem Einspruch an. Der Wortlaut des Einspruchs wurde in der Fraktionssitzung vom 24. Februar festgestellt, gleichzeitig aber auch beschlossen, nochmals mit dem Genossen Göhre ... Verhandlung zu treten. Das geschah. Genosse Göhre erkannte an, daß er einen Fehler gemacht habe und erklärte sich bereit, auf die Kandidatur zu verzichten, wie auch seinen Entschluß den Genossen des Kreises in der für Sonntag, den 28. Februar, angesetzten Kreisparteiversammlung bekannt zu geben. Somit konnte die Veröffentlichung des Einspruchs unterbleiben. Die Veröffentlichung der von seiten der sächsischen Agitationskomitees gefaßten Resolution beruhte auf einem Mißverständnis, das später aufgeklärt

wurde. An Stelle des Genossen Göhre, der freiwillig zurücktrat, wurde Genosse Pinkau-Leipzig aufgestellt, für dessen Kandidatur Genosse Göhre rednerisch noch so lange tätig blieb, bis eine Erkrankung an der Agitation ihn hinderte. Die Genossen des 20. sächsischen Kreises verdienen für ihre treue, fleißige und ausdauernde Arbeit im Wahlkampf Anerkennung. Die Genossen haben gezeigt, daß, wenn sie auch einen Fehler gemacht hatten, sie in Reih und Glied der großen Kämpferschar marschierten. Die Niederlage wird der nächste Wahlkampf auswetzen.

Um in Sachsen Vorgänge, wie die geschilderten, in Zukunft unmöglich zu machen, nahm die diesjährige Landeskonferenz Sachsens mit 66 gegen 9 Stimmen folgende Resolution an:

„Die Landesversammlung erkennt an, daß, wenn keine Landesversammlung entscheiden kann, das Zentralkomitee mit den Agitationskomitees laut §§ 3, 7 und 12 des Organisationsstatuts für Sachsen berechtigt sind, bei Aufstellung von Kandidaten für Reichstags- und Landtagswahlen in den einzelnen Wahlkreisen mitzuwirken und mit zu entscheiden. Kommt eine Einigung zwischen diesen Instanzen nicht zu stande, so ist die Angelegenheit der Parteileitung zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten."

Damit ist in Sachsen Parteigesetz geworden, was bisher als Parteitradition gegolten hat. Wäre es anders, würde der einheitliche Charakter der Partei in Frage gestellt. Der klar, bestimmt und fast einmütig bekundete Wille der Genossen geht dahin, nicht nur jedem Versuche der Lockerung der Einheitlichkeit der Partei entschieden zu begegnen, sondern die Parteiorganisation im zentralistischen Aufbau auszugestalten.

Durch das geschlossene Eintreten der Genossen in der Stichwahl am 2. Juni in Straßburg-Land siegte der Demokrat Blumenthal, dessen Mandat auch vom Reichstag kassiert war, über den Reaktionär Hauß, einen Elsässer Landesparteiler.

Nach dem Verlust der drei Mandate der Kreise Altenburg, Zschopau-Marienberg und Frankfurt-Lebus ist der Besitzstand der sozialdemokratischen Fraktion von 81 auf 78 Sitze gesunken.

* * *

Landtagswahlen haben im Berichtsjahre stattgefunden in Sachsen-Meiningen am 5. Oktober, im Königreich Sachsen am 8. Oktober, in Baden am 30. Oktober, in Sachsen-Weimar vom 6. bis 30. November, in Preußen am 12. November, in Sachsen-Altenburg am 16. April und in Sachsen-Koburg-Gotha am 11. Juni. Den Landtagswahlen zuzuzählen sind die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, die am 12. Februar stattfanden, und die Wahlen zu den reichsländischen Bezirkstagen, die am 20. Oktober in Straßburg und am 8. November in Mülhausen vollzogen wurden.

In Baden wurde der seitherige Besitzstand — 6 Mandate — behauptet. Pforzheim verlor die Partei, dafür wurde Karlsruhe-Land gewonnen. Außerdem brachte die Wahl noch eine Personenverschiebung, indem in Durlach an Stelle des bisherigen Abgeordneten Genosse Fendrich Genosse Horst gewählt wurde. In Mannheim wurde an Stelle des verzogenen Genossen Geiß und des eine Wiederwahl ablehnenden Genossen Dreesbach die Genossen Lehmann und Süßkind gewählt.

Desgleichen behaupteten die Genossen in Sachsen-Weimar den Besitzstand. Die Genossen Baudert-Apolda und Reidt-Ilmenau wurden wiedergewählt.

Auch in Sachsen-Meiningen behaupteten die Genossen ihren Besitzstand mit sechs Mandaten. Wasungen ging zwar verloren, dafür wurde aber der Kreis Pösneck erobert. In Anhalt wurde am 17. Septbr. der Kreis Roßlau-Coswig behauptet.

Den Genossen in Sachsen (im Oktober) wie auch den Genossen in Preußen (am 12. November) war es unter dem Dreiklassenwahlrecht nicht möglich, ein

Mandat zu gewinnen. Durch das erzielte negative Resultat sind weder die Genossen in Sachsen noch die in Preußen entmutigt, vielmehr hat namentlich die glänzende Stimmenzahl, die in Berlin und in einer Anzahl anderer preußischer Städte die Partei erlangte, gezeigt, daß unter Umständen selbst unter dem elenden Dreiklassenwahlsystem Siege möglich sind. Wäre die Haltung des Liberalismus nicht eine gar so erbärmliche gewesen, Liberale und Sozialdemokratie hätten den Vorteil gehabt. Ein Antrag auf der sächsischen Landeskonferenz, „sich künftig nicht mehr an den Landtagswahlen zu beteiligen", fand nicht die nötige Unterstützung. Wie auch immer die Reaktionäre beider Staaten versuchen werden, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht dem Volke vorzuenthalten, der Kampf für dies grundlegende Volksrecht wird von den Genossen mit gesteigerter Kraft geführt werden.

Einen glänzenden Sieg erfochten die Genossen Hamburgs am 12. Februar, an dem die Wahlen für die halbschichtige Erneuerung der Bürgerschaft — dem gesetzgebenden Körper des Staates — stattfand. Die Partei, die bis dahin nur einen Vertreter, den Genossen Stolten, in der Bürgerschaft besaß, gewann zwölf Mandate und stand in sechs Wahlbezirken zur Stichwahl. In diesen wurde kein Mandat erobert. Die Wahl in Hamburg bedeutet einen Ruck nach links. Die Sitze wurden der „Linken" und den Antisemiten abgenommen. Letztere büßten ihre sämtlichen Mandate ein. Der Sieg der Hamburger Genossen war das Resultat jahrelanger, zäher Tätigkeit in der Erwerbung des Bürgerrechts, an das das Wahlrecht gebunden ist.

Im Herzogtum Sachsen-Altenburg ist es den Genossen am 16. April nicht gelungen, ihren Besitzstand zu behaupten. Trotz einer wesentlichen Erhöhung der Stimmen büßten wir einen Sitz ein. Die Genossen Buchwald, Käppler und Horn wurden wiedergewählt.

In den Reichslanden wurde in Straßburg am 20. Oktober Genosse Peirotes mit über 600 Stimmen Mehrheit gegen den klerikalen Kandidaten zum Bezirkstag und in Mülhausen Genosse Emmel in den Landesausschuß gewählt.

Bei den Landtagswahlen im Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha verloren wir 3 Mandate. Die Fraktion zählt jetzt 6 Abgeordnete. Die Wahl ist eine indirekte. In mehereren Kreisen hatten es die Freisinnigen in der Hand, den reaktionären Agrarier auszuschalten. Doch der Haß gegen die „Roten" verhütete „ein aus der Rolle fallen". Getreu der freisinnigen Tradition stimmten die Liberalen fast geschlossen für die Agrarier. In allen Wahlkreisen haben wir erfreulicherweise eine sehr erhebliche Steigerung unserer Stimmenzahl aufzuweisen.

Den Wahlen zu den **Gemeindevertretungen** bringen die Genossen allerorten das größte Interesse entgegen. In Baden sitzen Parteigenossen in 56 Orten, insgesamt über 800 Vertreter in den Gemeinden. Außerdem weist Baden noch 28 sozialdemokratische Gemeinderäte und 3 Bürgermeister auf. In Württemberg zählt die Partei in 61 Orten 112 Parteigenossen als Gemeinderäte und in 52 Orten 127 Parteigenossen als Bürgerausschußmitglieder. In Anhalt hat sich die Zahl der Gemeindevertreter von 12 im Jahre 1901 auf 40 gesteigert. Ueber den Ausfall der preußischen Landtagswahlen war den Fortschrittlern der Kamm altig geschwollen. Sie fühlten sich in gehobener Stimmung und gaben in tönenden Phrasen der Zuversicht Ausdruck, den Sozialdemokraten Berlins der Umgegend bei den unmittelbar an die Landtagswahlen anschließenden tverordnetenwahlen eine Anzahl Mandate zu entreißen. Bitter war die täuschung der freisinnigen Wahlmacher. Am 27. November fanden die hlen für die drittelschichtige Erneuerung des Stadtverordnetenkollegiums t, woran die Partei mit 8 Mandaten partizipierte. Neben der glänzenden auptung des Besitzstandes eroberte die Partei noch 5 Mandate. Ebenso den in der Nachwahl am 31. Mai 2 Wahlbezirke mit den Genossen Leid

Digitized by Google

und Dr. Arons behauptet. Dem Genossen Leid, dem durch gerichtliches Erkenntnis wegen Majestätsbeleidigung das Mandat aberkannt war, hatten die bürgerlichen Parteien einen Gegenkandidaten gar nicht gegenübergestellt. In dem andern Bezirk, der durch die Mandatsniederlegung des Genossen Dr. Freudenberg frei geworden war, gingen die Stimmen des bürgerlichen Kandidaten um über mehr als 300 zurück, während Genosse Arons die gleiche Anzahl Stimmen mehr bekam als wie Freudenberg vor 4 Jahren auf sich vereinigte. Auch bei den Wahlen am 27. November hatten es die bürgerlichen Parteien unterlassen, in 6 Wahlbezirken Kandidaten aufzustellen.

Acht Ersatzwahlen wurden am 28. November in Charlottenburg vollzogen, von denen seither 1 im Besitz der Partei war, 5 Mandate wurden von den Genossen dazu erobert. In Brandenburg wurden 4 Mandate von den Genossen erobert. In Luckenwalde wurde die gesamte 3. Abteilung mit 953 gegen 88 Stimmen erobert. In Rummelsburg wurden 4 Genossen gewählt ohne Gegenkandidaten. Durch die Wahl am 4. November eroberten die Görlitzer Genossen zum ersten Mal 5 Mandate. Bielefeld behauptete seine 8 innegehabten Mandate und eroberte noch eins dazu. In Ilmenau gewannen die Genossen von 9 freigewordenen Mandaten 4, wodurch ihre Sitze sich auf 8 vermehrten. In Wernigerode erhielt Genosse Bartels 2 Genossen zur Unterstützung. Von 5 auf 10 Sitze erhöhten die Bernburger Genossen die Fraktion der Gemeindevertreter. Eine wertvolle Verstärkung erhielt die Fraktion in Magdeburg durch die erfolgte Wahl des Genossen Dr. Landsberg.

Waltershausen, ein thüringisches Städtchen mit 6000 Einwohnern, verleiht seinen Stadtvätern die Senatorenwürde, die derzeit Genosse Hugo Thielo besitzt. In Offenburg wurde Genosse Adolf Geck vom Stadtverordnetenkollegium mit 60 Stimmen zum Vorsitzenden-Stellvertreter gewählt. Genosse Quark, der als „Hecht im Karpfenteich" im Frankfurter Stadtparlament sitzt, hat durch seine stetige Kritik einen Beschluß in der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme gebracht, wonach das versteuerbare Mindesteinkommen, an welches das Wahlrecht gebunden ist, von 1200 Mk. auf 900 Mk. herabgesetzt wird. Akzeptiert der Magistrat den Beschluß der Stadtverordneten, dann wird Genosse Quark sehr bald sozialdemokratischen Zuzug erhalten.

* * *

Bei den **Gewerbegerichtswahlen**, die am 27. März v. J. in Essen stattfanden, siegte zum ersten Mal die Liste des Gewerkschaftskartells mit 5873 gegen 5257 Stimmen der christlichen Gewerkschaften. Die letzteren legten Protest gegen die Wahl ein, dem sich das Gewerkschaftskartell anschloß, denn es mußte zugegeben werden, daß die Wahllokalitäten unzureichend gewesen wären. Die Wahl wurde für ungültig erklärt. Die Neuwahl fand am 8. Januar statt. Beide Parteien brachten je 2000 Wähler mehr an die Urne als wie ¾ Jahr vorher. Die Liste des Gewerkschaftskartells siegte mit 7888 gegen 7247 Stimmen der vereinigten Gegner. Nach dem Proportionalsystem wurden die Gewerbegerichtswahlen vollzogen in Osnabrück Oberhausen bei Augsburg, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Offenbach, Schwelm Bamberg und Kaiserslautern. In der Unternehmerklasse entfielen auf d Liste des Gewerkschaftskartells in Offenbach 1, in Karlsruhe 2, in Kaiserslautern 3 und in Frankfurt a. M. 10 Beisitzer.

In Köln, der Vaterstadt des Zentrumsabgeordneten Trimborn, des Vate des Antrages auf fakultative Einführung des Proportionalwahlsystems bei d Gewerbegerichtswahlen, hat Herr Trimborn eine bittere Enttäuschung erle

Digitized by Google

Der aus 6 Arbeitgebern und 6 Arbeitnehmern bestehende Ausschuß des Gewerbegerichts lehnte einstimmig — einschließlich der drei Vorsitzenden — den ihm zur Begutachtung vorgelegten Antrag auf Einführung der Verhältniswahl ab. Bei den am 11. Dezember stattgefundenen Wahlen siegte die Liste des Gewerkschaftskartells mit 9566 gegen 5112 Stimmen der christlichen Gewerkschaften. Gleichzeitig siegte die Liste der Gewerkschaften in dem gut katholischen Koblenz. Ebenso in Trier. Weitere Siege der Genossen in der Gruppe der Arbeitnehmer sind zu verzeichnen in Charlottenburg, Schöneberg, Bielefeld, Danzig, Elsterberg, Dessau, Schweidnitz, Altenburg, Kassel, Rathenow, Cannstadt und Breslau, wo die christlichen Vereine den Versuch machten, ihre Kraft zu erproben. Der Versuch schlug kläglich fehl.

Die Maifeier fiel in diesem Jahre auf einen Sonntag. Demzufolge war die Teilnahme an den Festveranstaltungen eine riesengroße. Doch kann dieselbe dafür nicht als Maßstab geltend gemacht werden, daß die Arbeitsruhe als würdigste Form der Maifeier Gemeingut großer Arbeiterkategorien geworden sei. Noch weniger aber können diejenigen mit dem Ausfall der diesjährigen Maifeier operieren, die der Meinung sind, wenn nicht in absehbarer Zeit die einheitliche Durchführung der Maifeier in allen Kulturländern gelänge, es besser sei, die Arbeitsruhe für die Maifeier fallen zu lassen.

Von den Genossen geplante Maifestzüge in Braunschweig, Magdeburg, Calbe, Lübeck, Bamberg, Karlsruhe, Freiburg, Ulm, Heidelberg und Wandsbeck wurden von der Polizeibehörde verboten. Ueber die Beweggründe der Verbote verbreitete sich eine bürgerliche Korrespondenz folgendermaßen:

„Für die sozialdemokratische Maifeier, welche in diesem Jahre, da der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, in größtem Umfange stattfinden dürfte, werden von den Sicherheitsbehörden die weitesten Maßnahmen getroffen. Schon jetzt ist, jedenfalls nach einheitlichem Plane, in vielen Städten den sozialdemokratischen Verbänden ein Umzug in geschlossener Masse untersagt worden, da derartige Kundgebungen eine Demonstration gegen den bestehenden Rechtszustand bedeuteten und deshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung in sich bergen. Die Gendarmerie wird am Maitage vollzählig auf dem Plane erscheinen, um nötigenfalls eingreifen zu können. Auch das Militär wird am 1. Mai teilweise auf Ausgang verzichten müssen, da Kasernenkonsignierungen vorgesehen sind."

Die Korrespondenz bietet nur insofern Interesse, als sie einen Einblick in den geistigen Tiefstand des Urteilsvermögens der bürgerlichen Parteien gestattet. Dem Philister darf der horribelste Blödsinn in seinem Leibblatt präsentiert werden, wenn ihm dabei nur der Gedanke suggeriert wird, „Polizei- und Militärgewalt halten die Sozialdemokratie unter der Fuchtel, daß sie nicht zu mucksen wagt."

Die Parteipresse. Die „Nordwacht" in Bant hat ihr Erscheinen eingestellt. selbe war ein Wochenblatt, das unter dem Ausnahmegesetz eine Auflage von 00 Abonnenten gefunden hatte und über ganz Norddeutschland verbreitet ; sie hat der „Tagespresse" das Feld geräumt. Auch das „Aachener Volks-t", das dreimal wöchentlich herausgegeben wurde, hat sein Erscheinen einellt. Die Aachener Genossen wünschten ein Tageblatt und haben seit dem Juli die „Rheinische Zeitung" eingeführt.

Digitized by Google

Vom dreimaligen zum sechsmaligen Erscheinen übergegangen sind die „Niederrheinische Volkstribüne“ in Krefeld und das „Volksblatt für Koburg-Gotha“.

Der „Volksfreund“ Karlsruhe wird in sehr vergrößertem Format seit dem 1. Juli in eigner Druckerei hergestellt. Das Blatt hatte im letzten Geschäftsjahr zum ersten Mal einen Ueberschuß erzielt, der 4100 Mk. betrug.

Die „Pfälzische Post“ erscheint seit dem 18. Februar im Verlag der Handelsgesellschaft Gerisch u. Co. in Ludwigshafen. Die Herstellung des Blattes in eigener Druckerei ist für den 1. Oktober vorgesehen.

Um eigne Druckereien zu errichten, veranstalteten die Genossen in Dessau und Braunschweig eifrig die Sammlung der nötigen Geldmittel.

Die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“, die als Wochenblatt in Gießen erscheint, beging die Feier ihres 10jährigen Bestehens.

Für die Werbekraft des Sozialismus sind die steigenden Auflagen der Parteipresse das beweiskräftigste Zeugnis. Die Gesamtauflage der Parteipresse hatte im März bereits 600 000 überschritten. Seitdem haben eine große Zahl unsrer Blätter ihre Auflage wesentlich gesteigert. An der Gesamtauflage partizipiert der „Vorwärts“ mit 82 000, das „Hamburger Echo“ mit 40 000, die „Leipziger Volkszeitung“ mit 36 000, das „Haller Volksblatt“ mit 17 500, die „Chemnitzer Volksstimme“ mit 30 000 u. s. f.

Die in der Hamburger Druckerei hergestellte Unterhaltungsbeilage „Neue Welt“ hat eine Auflage von 283 000 Exemplaren. Der in demselben Verlag hergestellte „Neue Welt-Kalender“ erreichte eine Auflage von 160 000.

Auf Einladung des Parteivorstandes fand am 18. und 19. März eine Zusammenkunft der Geschäftsleiter derjenigen Druckereien statt, in welchen Parteiblätter hergestellt werden. Die Konferenz wurde von den Genossen Dietz und Bérard geleitet. Zur Kenntnis wurde genommen eine Statistik über die Verhältnisse der Parteipresse, die folgendes feststellt.

Es werden zurzeit beschäftigt:

Technisches Personal

Geschäftsführer und Faktore	41	Personen	
Setzer	865	„	
Setzerlehrlinge	58	„	
Drucker	107	„	
Druckerlehrlinge	12	„	
Stereotypeure	40	„	
Buchbinder	28	„	
Hilfsarbeiter	158	„	
Hilfsarbeiterinnen	167	„	1476 Personen

Redaktions- und Expeditions-Personal

Redakteure	151	Personen	
Expedienten	124	„	
Hilfspersonal	54	„	329 „
		zusammen	1805 Personen.

Im Betrieb befinden sich 16 Setzmaschinen, 36 Rotationsmaschinen und 140 Flachdruckmaschinen und Tiegeldruckpressen.

Digitized by Google

Gesamtauflage der politischen Blätter 599 880 Exemplare.
19 Buchdruckereien gewähren den Achtstundentag.
2 " haben eine Arbeitszeit von 8¼ Stunden
6 " " " " " 8½ "
20 " " " " " 9 "

Ferien gewährten 26 Buchdruckereien je eine Woche; unter Fortzahlung des Lohnes 5 Buchdruckereien je drei Tage. In 16 Geschäften werden Ferien überhaupt nicht gewährt.

Im Eigenbetrieb befinden sich 29 Buchdruckereien, 5 Geschäfte bereiten sich zum Eigenbetrieb vor, 13 Geschäfte sind Lohndruckereien.

Betreffend:

1. die Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in unsern Anstalten,
2. Tariffragen,
3. Ferien

nahm die Konferenz einstimmig folgende Resolution an:

A.

In bezug auf den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches sollen den Arbeitsordnungen folgende Bestimmungen beigefügt werden:

1. Arbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen im Dienste der Partei-Buchdruckereien beschäftigt sind, erhalten bei militärischen Uebungen von nicht mehr als vierzehn Tagen zwei Drittel des Lohnes, wenn sie verheiratet oder Ernährer von Familienangehörigen sind. Bei länger als vierzehn Tage dauernden Uebungen wird der bezeichnete Teilbetrag des Lohnes nur für die ersten vierzehn Tage gezahlt.
2. Allen Arbeitern wird bei Arbeitsversäumnis infolge von Teilnahme an Kontrollversammlungen, Aushebungen und Musterungen sowie infolge von Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten für die Dauer der hierzu notwendigen Abwesenheit der Lohn weiter gewährt; wird für solche Funktionen anderweit eine Entschädigung gewährt, so ist diese anzurechnen.
3. In andern Fällen, z. B. Wahrnehmung gerichtlicher Termine in eigner Sache, Eheschließungen, Todesfällen oder schwerer Erkrankung der nächsten Angehörigen, wird ein klagbarer Anspruch auf Zahlung des Lohnes für die versäumte Arbeitszeit nicht zugestanden; ebensowenig findet ein Anspruch auf Entschädigung bei Krankheitsfällen statt.

B.

Die Parteigeschäfte verpflichten sich, tunlichst bald

a) die achtstündige effektive Arbeitszeit in ihren Betrieben einzuführen;
b) für alle mindestens ein Jahr im Betriebe beschäftigten Arbeiter Ferien bis zur Dauer von einer Woche zu gewähren unter Fortzahlung des Lohnes;
c) die Beiträge zur Invalidenversicherung ganz zu bezahlen;
d) die Differenz zwischen Lohn und Krankenkassen-Entschädigung bei im Geschäft erlittenen Unfällen zu vergüten.

Die Frage des gemeinsamen Papierbezugs wurde einer Kommission zur weiteren Behandlung überwiesen.

* * *

Digitized by Google

Ueber die Einnahme und Ausgabe des „Vorwärts", der in diesem Jahre eine 20jährige mühevolle aber auch erfolgreiche Tätigkeit vollbracht hat, gibt nachstehende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresrechnung genaue Auskunft:

1903/1904.

	Juli-September 1903	Oktober-Dezember 1903	Januar-März 1904	April-Juni 1904	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	161602 55	166996 95	167928 25	168834 80	665362 55
Abonnementsgelder durch die Post	17342 20	18225 25	18268 85	16711 25	70547 55
Inseraten-Einnahme	46500 60	62057 65	58673 35	70413 50	237645 10
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition		4140 10			4140 10
Gesamt-Einnahme Mk.	225445 35	251419 95	244870 45	255959 55	977695 30
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Formulare 2c. 2c.)	8297 45	11391 65	14125 40	11633 85	45448 35
Zeitungs-Abonnement	386 90	472 10	405 20	411 75	1675 95
Feuilleton	2352 05	2792 95	3498 65	2167 25	10810 90
Redakteure, Korrektoren, Juristische Sprechstunde	14772 65	14163 40	13470 85	14127 55	56534 45
Mitarbeiter: Politik u. a. Ress.	8887 45	6552 75	7102 85	8622 40	31175 45
Versammlungen	1268 15	1474 45	1034 75	1051 45	4828 80
Lokales	3319 70	3398 65	3688 30	3331 35	13738 —
Depeschen und Parlamentsberichte	1007 70	1225 30	1810 60	1136 10	5179 70
Neue Welt	10762 95	9686 20	10466 —	10575 35	41490 50
Gehälter der Expedition	4145 75	4007 50	4199 75	4493 50	16846 50
Miete	4000 —	4000 —	4000 —	4000 —	16000 —
Gerichtskosten	1025 95	762 90	119 75	1495 75	3404 35
Redaktionsbibliothek	252 35	271 50	321 70	199 05	1044 60
Druckrechnung	139555 05	164356 15	168504 75	166604 90	639020 85
Gesamt-Ausgabe Mk.	199984 10	224555 50	232808 55	229850 25	887198 40
Gewinn „	25461 25	26864 45	12061 90	26109 30	90496 90
wie oben unter A Mk.	225445 35	251419 95	244870 45	255959 55	977695 30

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. 90 496,90.

Berlin, den 10. August 1904.

Revidiert und für richtig befunden:

Fr. Brühne. F. J. Ehrhart. A. Geck. Aug. Kaden. H. Koenen. H. Meister. J. Pfarr. Clara Zetkin.

Digitized by Google

„Die Gleichheit".

1. April 1903 — 31. März 1904.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	9416	56
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Falzen	3387	05
Papier	1667	70
Redaktion	3000	—
Mitarbeiter	736	—
Porto und sonstige Unkosten	843	40
Remittenden	214	27
Gesamt-Ausgabe	9798	42
Gesamt-Einnahme	9416	56
Verlust	381	86

Der Aufschwung, den die „Gleichheit" genommen hat, ist ein erfreulicher. Das Abonnement ist von 4682 M. im Vorjahr auf 9416 M. gestiegen. Das Defizit, das im Vorjahr noch 8000 M. betrug, ist auf 382 M. gefallen und wird im neuen Geschäftsjahr einen Ueberschuß aufweisen. Letzterer wäre schon in diesem Jahr zu verzeichnen gewesen, wenn nicht 15 000 Exemplare der Gleichheit zur Agitation verwandt worden wären.

„Die Neue Zeit".

1. April 1903 — 31. März 1904.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	33 475	20
Beilagen und Inserate	113	29
J. H. W. Dietz Nachf., Inserate	500	—
	34 088	49
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	12 989	83
Papier	4 081	—
Buchbinder	1 320	90
Porto und Unkosten	1 960	—
Redaktionshonorar	10 400	—
Mitarbeiter	7 405	—
Remittenden	1 460	80
Gesamt-Ausgabe	39 617	53
Gesamt-Einnahme	34 088	49
Verlust	5 529	04

Die „Neue Zeit" hatte im Berichtsjahr eine Steigerung von 4843 M. der Abonnements gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Dadurch hat sich der Verlust, der im Vorjahr noch 7260 M. betrug, auf 5529 M. verringert.

Digitized by Google

„Der Wahre Jakob".

1. April 1903 — 31. März 1904.

	Mk.	Pf
A. Eingänge:		
Abonnements	171 323	32
Inserate	12 087	45
Gesamt-Einnahme	183 410	77
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	55 779	40
Papier	50 836	90
Zeichnungen	8 810	84
Aetzungen und Galvanos	13 527	05
Beiträge	5 126	30
Redaktionshonorare	10 800	—
Porto und Unkosten	520	—
Redaktionsunkosten	293	62
Unkosten für Inserate und Div.	261	20
Kassierte Beiträge	706	32
Bestand an Zeichnungen, Beiträge, Klischees am 1. April 1904	6 102	13
Remittenden	4 062	66
Gesamt-Ausgabe	156 826	42
Gewinn	26 584	35
Wie oben unter A	183 410	77

Der Ueberschuß des „Wahren Jakob" ist gegen das Vorjahr um 1978 M. gestiegen. Durch die Herabminderung des Defizits bei der „Gleichheit" und der „Neuen Zeit" ist der Ueberschuß des „Wahren Jakob", der an die Parteikasse abgeführt werden konnte, um 7772 M. gestiegen. Er betrug 20 673 M. gegen 13 396 M. im Vorjahre.

* * *

Organisation. Dem ihr vom Parteitag in Dresden gewordenen Auftrag, eine Revision des Organisationsstatuts für den Parteitag in Bremen vorzubereiten, ist die Parteileitung nachgekommen. Die Parteileitung empfiehlt dem Parteitag folgenden Vorschlag zur Annahme:

Die vorgeschlagenen Aenderungen sind durch Fettdruck hervorgehoben.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt. **Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Parteiangehörige Mitglied einer sozialdemokratischen Vereinsorganisation sein.**

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms **oder die Beschlüsse der Parteiorganisation,** oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

Ueber die fernere Zugehörigkeit der Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. **Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.**

Die Hälfte der Beisitzer wird von der Organisation bezeichnet, die den Ausschluß beantragt, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine

Digitized by Google

Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz I aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontroll-Kommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschluß gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens zwei Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. Die Delegierten der Reichstagsfraktion, deren Zahl den vierten Teil der Fraktionsstärke nicht übersteigen darf.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

Der Vorschlag der Parteileitung sucht die Fragen:

a) Der Zugehörigkeit zur Partei,
b) das Ausschließungsverfahren,
c) die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag zu regeln.

Unter den zu dem Parteitag in Dresden gestellten Anträgen auf Abänderung des Organisationsstatuts befanden sich auch solche, die eine anderweite Regelung der Vertretung der Wahlkreise auf dem Parteitage, forderten. Dieser Anregung hat die Parteileitung geglaubt, keine Folge geben zu sollen. Die Frage an sich ist keine brennende. Die seitherige Praxis hat zu berechtigten Klagen Anlaß noch nicht gegeben. Ist auch der gegenwärtige Zustand kein idealer, so können aber auch gegen die in den bezüglichen Anträgen gewünschte Form der Vertretung so gewichtige Bedenken geltend gemacht werden, daß es geratener erscheint, es bei dem Bestehenden zu belassen, wenn man Besseres nicht an dessen Stelle zu setzen vermag. Ein Proportionalwahlsystem für die Delegiertenwahlen zum Parteitag würde nur möglichst gerecht sein, wenn die Partei zu der Organisation des geschlossenen Vereins übergehen würde. Dahinzielende Anträge sind nach den in der Parteipresse gegebenen Anregungen und gepflogenen Erörterungen sicher zu erwarten. Die Beratung dieser Anträge wird klar machen, ob die früher bestandenen Bedenken die gegen die Organisation des geschlossenen Vereins mit Recht geltend gemacht wurden, sämtlich behoben sind.

Digitized by Google

Unzweifelhaft steht fest, daß die Organisationsform ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung des Parteilebens ist, aber sie ist nicht die Wünschelrute, von der alles zu erwarten ist. Nach Lage der Gesetzgebung ist in Baden jede Organisationsform möglich. Bisher hat man es aber vermieden, die Genossen in einem ganz Baden umspannenden Verein zu organisieren. Man hat sich begnügt, den Parteivereinen nur die Verpflichtung aufzuerlegen, einen Prozentsatz der Mitgliederbeiträge an die Landeskasse abzuführen. In gleicher Weise sind die Genossen in Württemberg vorgegangen, denen auch ein gesetzliches Hindernis nicht im Wege steht, einen Zentralverein für Württemberg zu gründen. Beide Landesorganisationen hatten im letzten Geschäftsjahr bei der Hauptkasse je einen Eingang von 10 000 Mk. aus den Mitgliederbeiträgen. Mit Recht bemerkt der Württembergische Landesvorstand, „wenn auch ein Steigen der Eingänge zu verzeichnen sei, so zeige ein Vergleich der Mitgliederzahl mit den bei den Reichstagswahlen erzielten Stimmenzahlen, welch großes Arbeitsfeld da noch offen steht.“ Und so ist's auch in Baden. In den 14 Reichstagswahlkreisen des Landes sind 96 Parteivereine vorhanden, mit rund 6500 Mitgliedern. Auch da liegt noch ein großes Arbeitsfeld offen.

Die Wahlniederlage im Herzogtum Sachsen-Altenburg hat die Genossen veranlaßt, auf ihrem Landesparteitag am 17. Juli eine Kommission einzusetzen, mit der Weisung, unmittelbar nach dem Bremer Parteitag ein Statut für die Landesorganisation vorzulegen, das die Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Aktion sichern soll. Das Herzogtum bildet einen Kreis, der gegenwärtig 32 Parteivereine aufweist.

Die Landesversammlung der Partei in Schwarzburg-Rudolstadt, die am 5. Juni stattfand, beschloß, alljährlich 50 Mk. an die Parteikasse in Berlin abzuführen.

Das Königreich Sachsen hat 23 Wahlkreise, die 4 Bezirksagitations-Komitees unterstehen, dem ein Zentral-Agitationskomitee übergeordnet ist. Die Zahl der organisierten Genossen beträgt 38 764 gegen 29 916 im Vorjahr. Das will auch noch nicht viel heißen bei 441 764 sozialdemokratischen Reichstagswählern. Bei den Reichstagswahlen erzielte Leipzig Stadt und Land einen Ueberschuß von 13 295 Mk. Dresden rechts und links der Elbe 7200 Mk. und Chemnitz 2600 Mk.

Die Zahl der organisierten Genossen beträgt in Anhalt 2410. Davon entfallen auf den ersten Wahlkreis 1753, während derselbe 1901 erst 435 zählte.

Den Niederrheinischen Agitationsbezirk bilden 15 Reichstagswahlkreise, den oberrheinischen 23. Die Organisation sieht als Grundlage den Kreiswahlverein für jeden Wahlkreis vor. Die Agitationskomitees haben durch das Organisationsstatut das Recht erhalten, „wenn die Geschäfte es erfordern und die Mittel gestatten,“ einen Parteisekretär anzustellen.

In gleicher Weise wie eben geschildert, wird die Organisation der Genossen in den Provinzen Preußens ausgebaut, teils ist dieselbe vollendet. Dieselbe Form hat die hessische Landesorganisation erhalten. Die Beiträge der Mitglieder sind einheitlich fixiert. Von den Beiträgen finden 50 Prozent derselben Verwendung am Ort, 20 Prozent werden an die Kreiskasse abgeführt und die verbleibenden 30 Prozent erhält die Landeskasse, die von sämtlichen Eingängen ein Drittel an die Parteikasse abzuführen hat.

Von der Werbekraft des Sozialismus, der nach der bürgerlichen Presse bei den vorjährigen Wahlen wieder einmal seinen Höhepunkt überschritten haben sollte, legt die Mitgliederzunahme der Parteivereine Zeugnis ab. Wir reihen einzelne Beispiele an. Im vorigen Jahre gewannen Mitglieder der Vereine in Offenbach 500, München in einem Vierteljahr 800, Magdeburg allein im Juli 240, Hamburg I und II 700 bezw. 600, Barmen 330, Frankfurt a. M. 273,

Digitized by Google

Breslau 600, Stettin 360, Wandsbeck 500, Solingen 500 und Karlsruhe 220. Der Wahlverein in Hannover hat das dritte Tausend längst überschritten.

* * *

Im Einverständnis mit dem Parteivorstand ist von der Reichstagsfraktion die Stelle eines Fraktionssekretärs geschaffen. Die Stellung ist dem Genossen Grunwald übertragen. Sie ist eine dauernde. Die Aufgabe des Sekretärs besteht in der Sammlung und Sichtung des Materials, dessen die Abgeordneten für die Reichstagsarbeiten bedürfen. Vom 1. Oktober d. J. ab liegt dem Sekretär auch die Verwaltung des Parteiarchivs ob, das von diesem Termin ab in den Räumen des „Vorwärts" aufgestellt wird.

* * *

Schiedsgerichte. Anträge auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts, betreffend den Ausschluß aus der Partei, sind im Berichtsjahr 10 bei dem Vorstand eingegangen. Davon befindet sich noch einer in den einleitenden Stadien, einer harrt der Erledigung durch die Kontrollkommission, zwei haben mit dem Ausschluß der beiden Genossen geendet, in 5 Fällen wurde der Antrag auf Ausschluß von dem Schiedsgericht abgelehnt und in einem Fall der Antrag auf Ausschluß aus der Partei von dem Antragsteller zurückgezogen.

Am 18. Oktober tagte in Mülhausen im Elsaß unter dem Vorsitz des Genossen Dreesbach-Mannheim ein Schiedsgericht, das gegen die Genossen Haug, Weßbecher, Nußbaumer, Wianni und Lichtenauer verhandelte. Den Ausschlußantrag, gestellt vom Wahlverein Mülhausen, vertraten die Genossen Emmel und Martin. Die erstgenannten Genossen wurden beschuldigt, daß sie die Interessen der Partei dadurch geschädigt hätten, daß sie fortwährend gegen den Vorstand des Wahlvereins, insbesondere die Genossen Emmel und Martin, genörgelt und gestänkert hätten; daß sie nach ihrem Ausschluß aus dem Wahlverein eine Sonderorganisation gegründet, sowie bei der Reichstagswahl 1903 eine zweideutige Haltung eingenommen hätten, und daß die Genossen Weßbecher und Nußbaumer vor und nach der Wahl den Kandidaten der Partei der ehrenrührigsten Dinge beschuldigt hätten.

Das Schiedsgericht fällte folgendes Urteil:

Weßbecher und Nußbaumer wurden mit 4 gegen 3 Stimmen auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Der Ausschluß des Genossen Haug wurde mit 4 gegen 3 Stimmen und der Ausschluß Lichtenauer und Wianni mit allen Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde dem Genossen Haug mit allen und den Genossen Lichtenauer und Wianni mit 4 gegen 3 Stimmen wegen ihres, das Interesse der Partei schädigenden Verhaltens eine ernste Rüge erteilt und zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß die betreffenden Genossen von nun an sich aller Gehässigkeiten gegen einzelne Personen zu enthalten und sich den Beschlüssen der Organisation zu unterwerfen hätten.

Des weiteren beschloß das Schiedsgericht mit allen gegen eine Stimme: Der Genosse Emmel ist verpflichtet, im Interesse der Partei gegen Weßbecher und die Redaktion der „Landeszeitung" Beleidigungsklage zu erheben.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts legten die Genossen Weßbecher und Nußbaumer Rekurs bei der Kontrollkommission ein. Derselbe findet seine Erledigung, wenn die dem Genossen Emmel aufgetragene Beleidigungsklage gegen Weßbecher und die „Landeszeitung" ausgetragen ist.

Genosse Sellin-Charlottenburg beantragte am 21. Dezember bei dem Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts gegen den Genossen Goerke-Charlottenburg, wegen der gegen ihn erhobenen Vorwürfe, in der von dem Genossen Goerke veröffentlichten Broschüre „In eigener Sache".

Digitized by Google

Durch die Initiative des Parteivorstandes wurde die Angelegenheit vor dem Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg verhandelt und gütlich beigelegt. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Genosse Goerke erklärte: Ich bedauere die von mir nicht gewollten Folgen, die meine Broschüre durch ihre Ausschlachtung in der bürgerlichen Presse gehabt hat und erkläre gleichzeitig, daß ich keine Verbindung mit der „Germania" und Charlottenburger „Neuen Zeit" unterhalten habe. Auch erkläre ich, daß die von diesen Blättern gegen den Genossen Sellin erhobenen Anschuldigungen in meiner Broschüre nicht enthalten sind und bedauere, daß der Wortlaut derselben eine solche Deutung erfahren hat.

Genosse Sellin erklärte:

Ich habe gegen den Genossen Goerke nicht den Vorwurf des „Geschäfts-Sozialismus" erheben wollen und bedauere es, wenn meine Worte eine derartige Auslegung zugelassen haben.

1. Der Vorstand des Wahlvereins erklärte: Gegen den Genossen Sellin liegt nichts vor, was ihn unwürdig macht, Ehrenämter der Partei zu bekleiden.

2. Die gegen den Genossen Goerke erhobene Beschuldigung, daß er die Spandauer Genossen beim Druck der „Laterne" überteuert habe, ist nach keiner Richtung hin erwiesen worden; im Gegenteil ist festgestellt, daß sich Genosse Goerke bei Berechnung des Druckpreises unter den ortsüblichen Sätzen gehalten hat.

3. Nach der Erklärung, die Genosse Goerke abgegeben hat, steht seinem Wiedereintritt in den Wahlverein nichts im Wege, da mit Recht von ihm erwartet werden kann, daß er sich eines ähnlichen Verstoßes gegen die Parteidisziplin, wie in der Veröffentlichung seiner Broschüre erblickt werden muß, in Zukunft enthalten wird.

Diese Erklärungen wurden von den Genossen Sellin und Goerke unterschriftlich erhärtet und ihnen vom Vorstande einstimmig zugestimmt.

Charlottenburg, den 30. Januar 1904.

Für den Vorstand
des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg
Curt Baake.

Die seit Jahr und Tag wenig erbaulichen Parteiverhältnisse in Düsseldorf spotteten den wiederholten Versuchen gütlicher Beilegung und verdichteten sich schließlich zu Ausschlußanträgen, die von Wasser, Windhoff und Büchner gegen Schmidt und Genossen und umgekehrt gestellt wurden.

Sonntag, den 18. Oktober trat das Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Genossen Gerisch zusammen. Nach 3tägiger Verhandlung sah sich der Vorsitzende gezwungen, die Verhandlungen abzubrechen und folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Seit Sonntag tagte in Düsseldorf unter meinem Vorsitz ein Parteischiedsgericht in Sachen Wasser, Windhoff und Büchter gegen Schmidt und Genossen und umgekehrt. Nach vielstündigen Verhandlungen wurde es mir zur Gewißheit, daß, nachdem bereits in einer anderen Angelegenheit Windhoff einen Parteigenossen wegen angeblichen Meineids bei der Behörde denunziert hat, auch Wasser systematisch darauf hinarbeitete, durch die schiedsgerichtlichen Verhandlungen Material zu Prozessen zu erlangen. Um zu verhindern, daß die schiedsgerichtlichen Verhandlungen solchen, in Anbetracht des erstrebten Zieles geradezu nichtswürdigen Zwecken dienstbar gemacht wurden, habe ich gestern abend die Verhandlungen abgebrochen und die Sitzungen des Schiedsgerichts geschlossen. Der Parteivorstand wird nunmehr zu entscheiden haben, was unter so abnormen Parteiverhältnissen, wie sie sich in Düsseldorf herausgebildet haben, weiterhin zu geschehen hat.

Düsseldorf, den 21. Oktober 1903. A. Gerisch.

Digitized by Google

Der Parteivorstand und Kontroll-Kommission beschloß darauf, den Beteiligten aufzugeben, neue Schiedsrichter zu ernennen, von denen jedoch keiner den Parteiorganisitionen der Kreise Stadt und Land Düsseldorf angehören dürfe. Das Schiedsgericht trat am 8. Januar in Düsseldorf zusammen. Es war folgendermaßen zusammengesetzt: Vorsitzender: Genosse Gerisch. Von den Parteien ernannte Schiedsrichter: Die Genossen Lenz-Remscheid, Reuber-Ohligs, Müller-Solingen, Breil-Hagen, Eberle-Barmen und Wolters-Krefeld. Außerdem hatte die Kontrollkommission ihre beiden Mitglieder Meister und Koenen delegiert, den Verhandlungen des Schiedsgerichts beizuwohnen. Am 10. Januar fertigte das Schiedsgericht folgendes Urteil aus, das in der „Düsseldorfer Volkszeitung" Nr. 8 vom 12. Januar 1904 veröffentlicht ist:

Dem Schiedsgericht lagen Anträge auf Ausschluß aus der Partei vor, gestellt von Windhoff und Genossen gegen die Genossen Wilh. Schmitt, Ludwig Schmidt, E. Ebert, Cl. Huhn, R. Wallbrecht und gegen die Genossin Frau Schmitz, sämtlich in Düsseldorf, sowie gestellt von Schmidt und Genossen gegen die Genossen C. Windhoff, Fr. Büchter und B. Wasser, ebenfalls in Düsseldorf.

Die Angelegenheit der Frau Schmitz, die durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, wurde aus den Verhandlungsgegenständen ausgeschieden und ihre Erledigung einem ev. spätern Schiedsgericht überlassen.

In den verbleibenden Fällen wurden durch einstimmiges Votum des Schiedsgerichtes sämtliche Ausschlußanträge abgelehnt, dagegen ebenfalls einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

Dem Genossen Wilhelm Schmitt wird wegen der von ihm in öffentlicher Versammlung gegen die Frau Wasser ausgesprochenen Verdächtigung ein scharfer Tadel erteilt.

Im Falle Cl. Huhn, dem die Verwendung fremder, ihm nicht gehörender Gelder für eigne Zwecke zur Last gelegt wird, sieht das Schiedsgericht aus den Gründen, die in der gleichen Sache bereits zur Freisprechung Huhns vor dem bürgerlichen Gericht geführt haben, von strengeren Maßnahmen ab, es spricht aber dem Genossen Huhn wegen seiner Handlungsweise einen Tadel aus.

Dem Genossen R. Wallbrecht wird ein scharfer Tadel erteilt, weil er in öffentlicher Versammlung behauptet hat, Genosse Wasser habe wissentlich gefälschte Aufstellungen vorgelegt, wo im schlimmsten Falle nur von unrichtigen Aufstellungen hätte geredet werden können.

Der Genosse Wasser hat, unter Beihilfe der Genossen Windhoff und Büchter, der Ueberführung der Besitzrechte am Parteiorgan usw. in das Eigentum einer offenen Handelsgesellschaft unberechtigten und hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt und dadurch den Konflikt in der Partei aufs äußerste verschärft. Wegen dieses Verhaltens der drei genannten Genossen, durch das in hohem Maße die schließliche Katastrophe (Herausgabe eines neuen Parteiorgans durch die offene Handelsgesellschaft und Zusammenbruch der Buchhandlung in der Graf Adolfstraße mit Schädigung der Gläubiger) herbeigeführt wurde, spricht ihnen das Schiedsgericht einen entschiedenen Tadel aus. Den gleichen Tadel spricht das Schiedsgericht über die Art und Weise aus, mit der die genannten Genossen (Windhoff, Wasser und Büchter) ihre Flugblatt-Agitation betrieben, insbesondere das Parteiorgan als „Lügenblatt" bezeichnet haben.

Dem Genossen Wasser wird weiter ein scharfer Tadel ausgesprochen, weil : in öffentlicher Versammlung den Genossen Ludwig Schmidt als der Anstiftung zum Meineid verdächtig erklärt hat, was die Einleitung einer Voruntersuchung gegen L. Schmidt zur Folge hatte.

Für das Gebahren des Genossen Windhoff im Prozeß Windhoff wider W. Schmitt und umgekehrt hat das Schiedsgericht nur den Ausdruck entschiedenster Mißbilligung und schärfster moralischer Verurteilung. Das Schiedsgericht

Digitized by Google

sieht von einem Ausschluß Windhoffs aus der Partei nur aus dem Grunde ab, weil es zu seinen Gunsten annimmt, daß er sich zur fraglichen Zeit in einem Zustand hochgradiger Erregung befunden hat, der ihn die Tragweite seiner Handlungen nicht mehr erkennen ließ.

Alle anderen gegenseitigen Anschuldigungen sieht das Schiedsgericht als unwesentlich bezw. unzutreffend oder als unerwiesen oder als durch gegenseitiges Verschulden kompensiert an.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts legten alle Beteiligten Berufung an die Kontrollkommission ein.

Die Kontrollkommission veröffentlichte folgende in der Sache getroffene Entscheidung:

Beschluß der Kontrollkommission der sozialdemokratischen Partei in Sachen Winhoff und Genossen in Düsseldorf gegen Schmidt und Genossen daselbst, den Streit in der dortigen Parteigenossenschaft betreffend. Gegen das schiedsgerichtliche Urteil, welches in dieser Parteistreitigkeit unter dem Vorsitz des Parteivorstandsmitgliedes A. Gerisch zu Düsseldorf unterm 10. Januar d. J. erlassen wurde, haben die beiden Parteien Berufung an die Kontrollkommision eingereicht.

Das Schiedsgericht, welches sein Votum einstimmig abgab, hat im wesentlichen Teile sämtliche beiderseits gestellten Ausschlußanträge abgelehnt und sonst gegen einzelne Beteiligte wegen bestimmter Vorkommnisse den Tadel ausgesprochen.

Die Kontrolleure traten am heutigen Tage zur Prüfung der vorgelegten Akten zusammen.

Sowohl das Urteil des Schiedsgerichts vom 10. Januar als auch die von den Beteiligten an uns gerichteten Berufungsschriften wurden verlesen; ebenso wurde eine Berichterstattung der als Vertreter der Konrollkommission beim Schiedsgericht zugegen gewesenen Mitglieder Meister und Koenen entgegengenommen.

Nach eingehender Prüfung des vorhandenen Materials, der Akten und des Verhandlungsberichtes des Schiedsgerichts kamen die Kontrolleure einstimmig zu der Ansicht, daß sich die Richter erster Instanz bei der Feststellung des ihrer Entscheidung zu Grunde gelegten Materials objektiv an die beachtenswerten Tatsachen hielten und sich dabei in keinem Irrtum befinden.

Was jedoch die Schlußfolgerung des Schiedsgerichts betrifft, weicht von dessen Urteil die Ansicht der Kontrollkommission in einem einzigen Punkte ab.

Das Schiedsgericht hatte bei Windhoff die Schuld bejaht und nur deshalb von einer anderen Entscheidung abgesehen, weil es zu Gunsten Ws. annahm, daß er sich „zur fraglichen Zeit in einem Zustande hochgradiger Erregung befunden hat".

Es mußte aber bei der Beurteilung der dem W. nachgewiesenen und zum Gegenstande schwerer Anschuldigungen gemachten Tatsachen das Berufungsgericht zur Ueberzeugung kommen, daß Windhoff sich bei den fortgesetzten Handlungen des Unrechtes, dessen er nun beschuldigt ist, bewußt war.

Da es aber eine Handlungsweise ist, die ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei sich nicht zu schulden kommen lassen darf, wurde beschlossen:

Windhoff ist aus der Partei auszuschließen.

Berlin, den 4. Februar 1904.

H. Meister, Vorsitzender. Adolf Geck, Schriftführer.

Fr. Ehrhart. Aug. Kaden. Clara Zetkin. W. Bock. J. Pfarr. H. Koenen. Fr. Brühne

Digitized by Google

Im Verfolg eines Beschlusses der Mainzer Parteiorganisation vom 19. Dezember stellte der Vorstand derselben am 7. Januar bezw. 24. Februar bei dem Parteivorstand den Antrag, in Sachen des Genossen S. Friedberg-Mainz ein Schiedsgericht auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts zu berufen. Genosse Friedberg schloß sich dem Verlangen an. Der Parteivorstand ernannte den Genossen Opificius-Frankfurt a. M. zum Vorsitzenden. Das Schiedsgericht verhandelte am 24. März und kam zu dem einstimmigen Beschluß, daß das Verhalten des Genossen Friedberg bei der letzten Landtagsersatzwahl keinen Grund zum Ausschluß aus der Partei bildet. Des weiteren beschloß das Schiedsgericht: Die Handlungsweise des Genossen Friedberg (Abgabe eines weißen Zettels bei der Landtagswahl) sei als ein grober Verstoß gegen die Disziplin anzusehen, für den eine Rüge zu erteilen sei.

In Ausführung eines Beschlusses des sozialdemokratischen Vereins von Bremerhaven und Umgegend vom 18. Mai, stellte der Vorstand des Vereins am 20. Mai bei dem Parteivorstand den Antrag auf Ausschluß aus der Partei gegen den Zimmerpolier August Lührs in Geestemünde. Der Parteivorstand betraute den Genossen Ebert-Bremen mit dem Vorsitz des Schiedsgerichts. Der Angeschuldigte unterließ es, Schiedsrichter zu ernennen, leistete auch der ordnungsmäßig erfolgten Ladung zur Verhandlung keine Folge.

Das Schiedsgericht beschloß am 19. Juni einstimmig den Ausschluß des pp. Lührs aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

An der Spitze seiner Nr. 231 vom 3. Oktober brachte der „Vorwärts“ folgende Notiz:

„Der Parteivorstand hat über die Erörterungen, welche auf dem Dresdener Parteitage und später in der Presse über die Mitarbeit von Parteigenossen an der bürgerlichen Presse, speziell an der „Zukunft“ stattgefunden haben, und noch fortgesetzt werden, beraten. Der Parteivorstand ist zu dem einmütigen Beschluß gelangt, die Angelegenheit, nachdem das Material vollständig vorliegen wird, von Parteiwegen zur Beratung und Entscheidung zu bringen.“

Im Verfolg vorstehenden Beschlusses des Parteivorstandes beschäftigte sich die Parteileitung, (Parteivorstand und Kontrollkommission) mit der Angelegenheit in der gemeinschaftlichen Sitzung vom 27. Oktober. Es wurde der Beschluß gefaßt: Der Parteivorstand wird mit den Funktionen des Schiedsgerichts, § 2 des Organisationsstatuts, betraut und der Auftrag erteilt, in Sachen der Genossen Braun, Bernhardt, Heine und Göhre die Untersuchung zu führen und den Schiedsspruch zu fällen. Gegen den Schiedsspruch bleiben die Instanzen der Parteiberufung an die Kontrollkommission und den Parteitag in Kraft.

Bei ihrer Beschlußfassung wurde die Parteileitung von der Meinung geleitet, bei den gleichmäßigen Anschuldigungen die gegen die 4 genannten Genossen erhoben wurden, sei es im Interesse der Angeschuldigten wie der Vereinfachung des Verfahrens gelegen, wenn alle 4 Fälle vor dem gleichen Forum verhandelt würden. Voraussetzung der vorgeschlagenen Prozedur war das Einverständnis der Angeschuldigten.

Das Einverständnis der 4 Genossen war nicht zu erzielen. Damit war der Vorschlag der Parteileitung gegenstandslos geworden und nur das Verfahren nach dem Organisationsstatut zulässig.

Am 1. Dezember stellte Genosse Freiwald-Pankow bei dem Parteivorstand den Ausschlußantrag gegen die Genossen Bernhard, Braun, Göhre und Heine und ersuchte um die Einsetzung eines Schiedsgerichts.

Mittelst Schreiben vom 7. Dezember machte der Parteivorstand den Genossen Freiwaldt darauf aufmerksam, daß der von ihm gestellte Antrag formell unzulässig sei, da gegen jeden der 4 Genannten ein Schiedsgericht beantragt werden müsse. Des weiteren forderte der Parteivorstand, die in allgemeinen Formen gehaltene

Digitized by Google

sachliche Begründung des Antrags durch genaue Bezeichnung des Belastungsmaterials zu ergänzen.

Beiden Aufforderungen des Parteivorstandes entsprach der Genosse Freiwaldt am 19. Februar. Nunmehr gab der Parteivorstand dem Antrag des Genossen Freiwaldt statt und übertrug den Vorsitz in allen 4 Schiedsgerichten dem Genossen Dietz-Stuttgart.

Nachstehend fügen wir die Urteile der Schiedsgerichte an in der Reihenfolge, wie die Verhandlungen stattfanden. In Sachen des Genossen Bernhardt:

Der Genosse Freiwaldt in Pankow beantragte beim Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegen den Genossen G. Bernhard den Ausschluß aus der Partei. Der Parteivorstand berief nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht und überwies diesem die Anklage zur Entscheidung.

Die klägerische Partei bestimmte als Schiedsrichter die Genossen Geyer, Grauer, Maaß und Wels, die angeklagte Partei die Genossen Calwer, Friedländer, Dr. C. Schmidt und Wolderskty. Der Parteivorstand ernannte als Vorsitzenden den Genossen H. Dietz.

Das Urteil wurde am Dienstag, den 26. April, gefällt. Es lautet:

Das Schiedsgericht ist nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß Genosse Bernhard sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, noch einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, — der Antrag des Genossen Freiwaldt auf Ausschluß des Genossen Bernhard aus der Partei wird hiermit abgelehnt.

Berlin, 26. April 1904.

Heinrich Dietz. Hugo Wolderskty. Richard Calwer. Willy Friedländer. Otto Wels. O. Grauer. Benno Maaß. Friedrich Geyer.

Nicht anwesend war Genosse Dr. C. Schmidt.

Begründung.

Anklage Nr. 1. Den Artikel „Parteimoral" betreffend.

Der in der Zukunft veröffentlichte Artikel „Parteimoral" wurde der Ausgangspunkt einer Bewegung, die den Parteigenossen das Mitarbeiten an bürgerlichen Blättern einschränken sollte. Die Einschränkung ist erfolgt durch Annahme des Antrags 7 auf dem Dresdener Parteitag.

Auf dem Dresdener Parteitag gab Genosse Bernhard den Artikel preis. Damit gab Bernhard auch das Zugeständnis ab, daß er sich bei Abfassung des Artikels „Parteimoral" in einem Irrtum befunden habe. Der Parteitag nahm von der Erklärung Bernhards Kenntnis. Die Angelegenheit war erledigt.

Wenn nun Bernhard nachträglich (in einer Erklärung im Vorwärts Nr. 225 und in den Sitzungen des Schiedsgerichts) sich auf einen andern Standpunkt stellte, und nur die Form des Artikels, nicht aber den Inhalt preisgegeben haben wollte, so befindet er sich im Widerspruch mit seiner auf dem Parteitage und in einer Berliner Versammlung abgegebenen Erklärung, die klar und unzweideutig den Artikel in Form und Inhalt preisgab. (Protokoll, Seite 202, 253, 226/227, 231/232, Nr. 235 des Vorwärts.) — Der Parteitag mußte die vor ihm abgegebene Erklärung auch in diesem Sinne auffassen.

Da Bernhard in den Sitzungen des Schiedsgerichts, entgegen seiner auf dem Parteitag abgegebenen Erklärung, die Deklaration aufrecht erhält, nur die Form, nicht den Inhalt des Artikels preisgegeben zu haben, so erblickt das Schiedsgericht in diesem Widerspruch zwar keine ehrlose Gesinnung, wohl aber eine wenig gefestigte Ueberzeugung. Ein derartiges Verhalten ist geeignet, die Achtung der Parteigenossen vor den Vertretern der Literatur zu erschüttern.

Digitized by Google

Anklage Nr. 2. Betrifft einen Brief Bernhards an Harden, in welchem es heißt: er (Bernhard) danke Herrn Harden aufrichtig dafür, daß sein Blatt eine Stätte sei, wo man ehrliche Ueberzeugung rücksichtslos zum Ausdruck bringe. Man könne in der Zukunft auch den Ansichten Hardens entgegentreten. „Das geht bei Kautsky schwerer."

Das Schiedsgericht gelangte zu der Ueberzeugung, daß die persönliche Meinung Bernhards über die angebliche Intoleranz Kautskys an sich nicht die Bedeutung habe, die ihr von der Anklage beigemessen werde. Zu tadeln sei nur, daß eine derartige Aeußerung einem politischen Gegner gegenüber gemacht worden sei.

Anklage 3 und 4. Betrifft die Konspiration und das Komplott, das Genosse Bernhard gemeinsam mit andern getrieben haben soll, um dem Genossen Mehring die literarische Tätigkeit in der Partei unmöglich zu machen.

Es ist nicht erwiesen, daß Genosse Bernhard gemeinsam mit andern konspiriert und komplottiert hat, zu dem Zweck, den Genossen Mehring auf dem Parteitag zu überfallen und dessen literarische Tätigkeit in der Partei unmöglich zu machen, und zwar

1. durch Vortragen von markanten Stellen aus Mehrings vor ca. 20 und mehr Jahren verfaßten Schriften gegen die Sozialdemokratie;
2. durch Vortragen von Stellen aus dem Inhalt einer Postkarte und von Briefen Mehrings an Harden.

Unzweifelhaft ist aber, daß durch das Vorgehen Bernhards allein das Ansehen der Partei und einzelner Parteigenossen ernstlich geschädigt wurde.

Dem Angeklagten Bernhard gegenüber kommt mildernd in Betracht, daß er sich von Mehring durch dessen Artikel „Konzessionsschulzes" schwer gekränkt fühlte.

Wollte Genosse Bernhard im Interesse der Partei den Genossen Mehring bekämpfen, so mußte er mit einer Beschwerde an den Parteivorstand gehen und das Ersuchen an diesen stellen, nach § 2 des Organisationsstatuts zu verfahren. Das wird vom Genossen Bernhard ausdrücklich anerkannt.

Das Verhalten Bernhards auf dem Parteitag verdient eine scharfe Rüge.

Anklage Nr. 5. Betrifft die angebliche Diktatur Mehrings in der Leipziger Volkszeitung.

Diese angebliche Diktatur Mehrings wurde von einem Mitgliede des Schiedsgerichts dahin aufgeklärt, daß der Vorgang sich nicht so verhält, wie er in der Anklageschrift geschildert worden sei. An der Entlassung des betreffenden Mitarbeiters hätte Mehring aktiv nicht mitgewirkt. Das sei allerdings erst nachträglich festgestellt worden.

Damit nimmt das Schiedsgericht an, daß Bernhard bei seiner Behauptung (Protokoll, S. 209) sich in einem entschuldbaren Irrtum befunden hat.

Anklage Nr. 6. Betrifft die Aeußerung Bernhards, daß er, „wenn die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern verboten wird, sein Pseudonym ändern werde."

Das Schiedsgericht überzeugte sich, daß die Worte nur im scherzhaften Sinne aufgefaßt werden können.

Das Schiedsgericht ist nicht zur Ueberzeugung gelangt, daß § 2, Abs. 1 des Organisationsstatuts auf Genossen Bernhard zur Anwendung kommen kann. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Berlin, 26. April 1904.

Heinrich Dietz. Rich. Calwer. Willy Friedländer. Otto Wels. Hugo Woldersky. O. Grauer. Benno Maaß. Friedrich Geyer.

Nicht anwesend: Genosse Dr. C. Schmidt.

Digitized by Google

b) In Sachen des Genossen Göhre:

Der Genosse Freiwaldt in Pankow beantragte beim Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegen den Genossen Paul Göhre den Ausschluß aus der Partei. Der Vorstand berief nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht und überwies diesem die Anklage zur Entscheidung.

Die klägerische Partei bestimmte als Schiedsrichter die Genossen Grauer, Wels, Maaß und Geyer, die angeklagte Partei die Genossen Bloch, Dr. David, Edmund Fischer und Thiele. Der Parteivorstand ernannte als Vorsitzenden den Genossen Dietz.

In der Sitzung des Schiedsgerichts am 29. April erklärt Genosse Freiwaldt nach gepflogener Verhandlung, daß er die Anklage gegen den Genossen Göhre als unbegründet zurückziehe.

Berlin, den 29. April 1904.

J. Bloch. Ed. David. O. Grauer. Benno Maaß. Ad. Thiele.
Otto Wels. Heinrich Dietz.

Nicht anwesend: Edmund Fischer. Geyer.

c) In Sachen des Genossen Heine:

Der Genosse Freiwaldt in Pankow beantragte beim Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegen den Genossen Wolfgang Heine, Reichstagsabgeordneter, den Ausschluß aus der Partei. Der Parteivorstand berief nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht und überwies diesem die Anklage zur Entscheidung.

Die klägerische Partei bestimmte als Schiedsrichter die Genossen Geyer, Grauer, Maaß und Wels, die angeklagte Partei die Genossen Richard Fischer, Stephan Fritz, Robert Schmidt und Herman Wallfisch-Dresden. Der Parteivorstand ernannte als Vorsitzenden den Genossen H. Dietz.

Das Urteil wurde am Donnerstag, den 5. Mai 1904, gefällt. Es lautet:

Das Schiedsgericht hat sich nicht überzeugen können, daß Genosse Wolfgang Heine sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, noch einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, der Antrag des Genossen Freiwaldt auf Ausschluß des Genossen W. Heine aus der Partei wird hiermit abgelehnt.

Berlin, 5. Mai 1904.

Otto Wels. O. Grauer. R. Fischer. Hermann Wallfisch. St. Fritz.
Benno Maaß. Robert Schmidt. F. Geyer. Heinrich Dietz.

Begründung.

Das Schiedsgericht einigte sich dahin, die Punkte 1 und 2 der Anklage, die Beschwerde an den Parteivorstand betreffend, aus den Verhandlungen auszuscheiden. Das Recht eines jeden Parteigenossen oder auch mehrerer Parteigenossen gemeinsam, sich beschwerdeführend an den Parteivorstand zu wenden (in diesem Falle gegen die Haltung eines offiziellen Parteiorgans), sei zu wahren.

Die Punkte 3, 4, 5, 6, 7 werden wie folgt zusammengefaßt:

a) Hat Genosse Heine gemeinsam mit andern Vorbereitungen dahingehend getroffen, den Genossen Mehring auf dem Parteitage — wie es geschehen — zu überfallen, um Mehrings literarische Tätigkeit in der Partei unmöglich zu machen?

b) Das soll insbesondere dadurch geschehen sein, daß Genosse Heine sich von Harden einige Briefe und Karten Mehrings an Harden habe geben

Digitized by Google

lassen, um von deren Inhalt Kenntnis zu nehmen, und endlich nach der Zurückgabe dieser Briefe sie telegraphisch nach Dresden reklamierte. Diese Briefe und Karten sind von Bernhard gegen Mehring auf dem Parteitage ausgespielt worden.

Zu a). Es ist nicht erwiesen worden, daß Genosse Heine gegen Mehring konspiriert und komplottiert hat. Heine hatte Kenntnis davon, daß Braun zum Beispiel gegen Mehring auf dem Parteitag vorgehen wollte durch Vorbringen von Stellen aus Mehrings vor 20 und mehr Jahren verfaßten Schriften gegen die Sozialdemokratie. Er hat aber ständig abgeraten, dies zu tun, zuletzt noch auf dem Dresdener Parteitag. Er (Heine) sei durch das Vorgehen Brauns überrascht worden.

Zu b). Was die telegraphisch reklamierten Briefe Mehrings betrifft, so glaubt Genosse Heine, er wäre berechtigt gewesen, sie in einem Falle des Angriffs auf ihn (Heine) als Abwehr benutzen zu dürfen. Zu dem Zwecke hätte er sie sich kommen lassen.

Die Weitergabe der Briefe und Karten an Bernhard stellt Heine so dar, daß er unter dem Eindruck sich befunden habe: hier steht ein Mann, der aufs schwerste angegriffen worden sei, dem mußt Du das Mittel der Verteidigung geben.

Das Schiedsgericht erblickt in der Kenntnisnahme der Briefe Mehrings an Harden nichts Bedenkliches, hält es aber in solchen Fällen für recht wünschenswert, daß derartige Materialien dem Parteivorstand vorher zur Kenntnis gegeben werden.

Der letzte Punkt der Anklage lautet:

Ist Genosse Heine in der Versammlung des dritten Wahlkreises in Berlin am 29. September 1903 gegen ausländische Genossen, insbesondere gegen den Genossen ....., denunziatorisch vorgegangen?

Es ist festgestellt worden, daß Heine in der betreffenden Versammlung die Namen einer Anzahl Genossen (die in der Begründung des Urteils namentlich aufgeführt sind) nannte, allein nicht in denunziatorischer Absicht; diese habe Heine ferngelegen. Er habe nur sagen wollen, daß auch unter den Radikalen Akademiker seien, die sich in unsre Parteiverhältnisse mischen, was nicht als förderlich für die Partei anzusehen sei. Im übrigen erkenne er (Heine) die Internationalität unsrer Bewegung ausdrücklich an. Durch einen Schiedsrichter wurde festgestellt, daß wegen der Aeußerung Heines Beschwerden bei der Partei-Instanz des Wahlkreises nicht erhoben worden sind.

Das Schiedsgericht spricht sich dahin aus, daß die Aeußerung Heines die ihm von der Anklage untergelegte Deutung hervorgerufen hat, obgleich sie nicht so aufzufassen sei. Etwas mehr Vorsicht sei daher dem Genossen Heine anzuraten, schon um seiner selbst willen, als auch, um unsre Partei vor dem Verdacht zu schützen, als lehne sie die Internationalität unsrer Bewegung ab.

Das Schiedsgericht ist nicht zu der Ueberzeugung gelangt, daß der § 2, Abs. 1 des Organisationsstatuts auf den Genossen Heine zur Anwendung kommen kann. Es wurde daher wie vorstehend erkannt.

Berlin, 5. Mai 1904.

Otto Wels. O. Grauer. F. Geyer. Hermann Wallfisch. St. Fritz. Benno Maaß. R. Fischer. Robert Schmidt. Heinrich Dietz.

d) in Sachen des Genossen Dr. Braun:

Der Genosse Freiwaldt in Pankow beantragte beim Vorstand der sozialdemokratischen Partei gegen den Genossen Dr. Heinricht Braun den Ausschluß aus der Partei. Der Parteivorstand berief nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht und überwies diesem die Anklage zur Entscheidung.

Digitized by Google

Die klägerische Partei bestimmte als Schiedsrichter die Genossen Fuchs, Grauer, Maaß, Wels, die angeklagte Partei die Genossen Faber-Frankfurt a. O., Felber-Finsterwalde, Müller-München und R. Schmidt-Berlin. Der Parteivorstand ernannte als Vorsitzenden den Genossen H. Dietz.

Das Urteil wurde am 10. Juni 1904 gefällt. Es lautet:

„Das Schiedsgericht ist nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß Genosse Dr. H. Braun sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, noch einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, der Antrag des Genossen Freiwaldt auf Ausschluß des Genossen Dr. H. Braun aus der Partei wird hiermit abgelehnt.

Berlin, den 10. Juni 1904.

Otto Wels. Adolf Müller. Emil Faber. Eduard Fuchs. O. Grauer. Robert Felber. Rob Schmidt. Benno Maaß. H. Dietz.

Die Anklage lautet:

I. a) Dr. Braun soll mit Bernhard, Göhre und Heine das Belügen von Parteigenossen durch den Artikel „Parteimoral" beziehentlich durch ihre Beschwerde gegen eine gegen diese Moral sich wendende Kritik der „Neuen Zeit" für zulässig erklärt und empfohlen haben;

b) die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei durch ihre Beschwerde und ihr weiteres Vorgehen gegen die „Neue Zeit", sowie gegen Mehring zu unterdrücken versucht haben;

Das Schiedsgericht kommt auch in diesem Falle, wie in den früheren Fällen, zu der Ansicht, daß es Brauns Recht war, sich beschwerdeführend an den Parteivorstand zu wenden. Daß Brauns Voraussetzungen und sachliche Gründe bezüglich der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht zutreffend waren, sondern die Auffassung des Parteivorstandes, ist durch die Annahme des Antrages 7 auf dem Dresdener Parteitage bestätigt worden.

II. a) Den Genossen Mehring hinterlistig überfallen zu haben;

b) diesen Ueberfall ausgeführt zu haben, um Herrn Harden einen Gefallen zu erweisen und um darüber hinaus Mehring in seinem politischen und literarischen und politischen Wirken lahmzulegen und andere Parteigenossen abzuschrecken, gegen ähnliche parteischädigende Artikel oder Handlungen, wie es der „Parteimoral"-Artikel war, vorzugehen;

c) Parteiverrat durch Konspirieren mit Harden gegen einzelne Genossen und gegen die Partei, und zwar zugunsten der von Herrn Harden verfolgten Tendenz geübt zu haben;

d) den Parteitag getäuscht und angelogen zu haben;

e) unsittlich und unredlich gegen den Parteitag und gegen Harden gehandelt zu haben.

Was das Komplott anlangt, so ergaben die früheren Verhandlungen, wie auch die gegen Braun geführten, nicht genügend Anhaltspunkte, wodurch ein Komplott nachgewiesen war, dahingehend: durch ein gemeinsam verabredetes Vorgehen gegen Mehring diesen in seinem literarischen und politischen Wirken lahmzulegen. Zu konstatieren blieb indessen, daß bei Braun ein tiefer Haß gegen Mehring seit langem eingewurzelt war. Der Umgang Brauns und Genossen mit Harden legte dem Ankläger die Vermutung nahe, als seien die Angriffe komplottmäßig vorbereitet, während in der Tat jeder für sich vorging, allerdings mit dem gleichen Vorhaben, Mehring anzugreifen, wie es in Dresden geschehen ist.

Eine Verabredung zwischen Mann und Frau ist kein Komplott, selbst dann kann ein solches noch nicht konstruiert werden, wenn ein dritter hinzutritt, in

Digitized by Google

diesem Falle Harden, der aber in einer Zusammenkunft in der Wohnung Brauns auf die Frage Brauns, ob er (Harden) Mehring verklagen wolle, dieses verneinte. Harden nennt diesen Vorgang, wie er sich am 21. März 1903 unbestritten abspielte, einen „Kriegsrat". Braun nennt diese Zusammenkunft einen Vorgang, der aus freundschaftlichen Beziehungen herausgewachsen und sich zu einer Art Interessengemeinschaft mit Harden herausgebildet hatte, da beide von Mehring angegriffen wurden.

Eine ehrlose Handlung kann das Schiedsgericht in dieser Zusammenkunft nicht erblicken, wohl aber eine grobe Taktlosigkeit, und es muß dem Genossen Braun dafür den schärfsten Tadel aussprechen, daß er sich in seinem Haß gegen Mehring soweit vergaß und einen politischen Gegner zur Abwehr gegen den ihm unbequemen Genossen heranzuziehen versuchte; zu mißbilligen ist ferner, daß Braun sich in einer Korrespondenz mit Harden absprechend über einzelne Parteigenossen äußerte.

Die Aeußerung Brauns auf dem Parteitage: „Ueber die „Zukunft" kann ich ganz unbefangen sprechen, denn ich für meine Person habe nie eine Zeile darin veröffentlicht, obwohl ich vielleicht ein dutzendmal von dem Herausgeber dazu aufgefordert bin", ist richtig und unrichtig. Braun hat zu wiederholten Malen der „Zukunft" Artikel angeboten — wenn es also nach dem Willen Brauns gegangen wäre, so wären die Artikel in der „Zukunft" abgedruckt worden. Es ist stets etwas dazwischen gekommen. Ist auch durch die Ausführungen Brauns der Parteitag nicht direkt angelogen worden, so hat Braun es doch unterlassen, dem Parteitage Kenntnis von dem wirklichen Sachverhalt zu geben.

Es ist nicht bewiesen, daß Braun bereits im Jahre 1887 Kenntnis von den „Gartenlauben"-Artikeln und den Verhandlungen des Reichstags 1880 (Rede Hasenclevers über den Fall Mehring) gehabt hat, wie es die Anklageschrift behauptet — ebensowenig ist es bewiesen, daß Braun bis Ende März 1903 diese Kenntnis besessen hat. Bewiesen ist dagegen, daß Braun erst einige Monate vor dem Dresdener Parteitage Kenntnis von den Artikeln usw. erlangte. Es ist auch bewiesen worden, daß alle Personen, die Braun um Rat fragte (soweit dies zur Kenntnis des Schiedsgerichts gelangte) ihm, zum Teil aus Zweckmäßigkeitsgründen, abrieten, gegen Mehring in der bekannten Weise auf dem Dresdener Parteitage vorzugehen.

Braun tat dies dennoch, obwohl er wissen mußte, daß durch sein Vorgehen selbst die Gepflogenheiten bürgerlicher Kreise, geschweige denn die Gepflogenheiten der Partei verletzt werden.

Wie Braun selbst zugibt, war er zu diesem auch an sich zu verurteilenden Vorgehen nicht der geeignete Mann, da er (Braun) den Genossen Mehring, dessen frühere literarischen Sünden er kannte, der Partei wieder zuführte.

Wenn Braun nachträglich sagt, er hätte dies unterlassen, wenn er die ganze literarische Vergangenheit Mehrings gekannt hätte, so ist das wenig glaubwürdig; Brauns begeisterte Anpreisungen Mehrings (siehe die Briefe Brauns an Kautsky aus jener Zeit) beweisen zur Genüge, daß es ihm damals auf etwas mehr oder weniger nicht angekommen wäre.

Dem Genossen Braun ist für sein Vergehen auf dem Dresdener Parteitage eine scharfe Rüge auszusprechen.

Die Rechtsmittel, die unsere Partei bietet, waren durch die Abweisung der Beschwerde Braun und Genossen durch den Parteivorstand noch nicht erschöpft. Braun konnte, wenn er Mehrings jetzige literarische Tätigkeit in der „Neuen Zeit" und der „Leipziger Volkszeitung" für parteischädigend hielt, gegen Mehring ein Schiedsgericht beantragen und diesem sein Material unterbreiten.

Digitized by Google

III. Gegen den Genossen Dr. H. Braun wird ferner der Vorwurf erhoben, durch die Art der Gründung der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft" versucht zu haben, die Parteigenossen zu betrügen.

Das Schiedsgericht lehnt das Eingehen auf diesen Punkt der Anklage ab, da nachgewiesen ist, daß Braun mit der Gründung seiner Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft" nicht die Absicht gehabt habe, die Parteigenossen zu betrügen.

Das Schiedsgericht ist nicht zu der Ueberzeugung gelangt, daß § 2 Abs. 1 des Organisationsstatuts auf den Genossen Dr. H. Braun zur Anwendung kommen kann. Es wurde daher wie vorstehend erkannt.

Berlin, den 10. Juni 1904

O. Grauer. Benno Maaß. Robert Schmidt. Robert Felber. Adolf Müller. Eduard Fuchs. Otto Wels. H. Dietz. Emil Faber.

Im Anschluß an die unter der umsichtigen Leitung des Genossen Dietz durchgeführten Schiedsgerichtsverhandlungen, hielt der Parteivorstand es für nötig, sich mit folgender Mahnung an die Parteigenossen zu wenden:

An die Parteigenossen!

Nachdem die aus den Vorgängen des Dresdener Parteitags resultierenden Schiedsgerichts-Verhandlungen einen gewissen Abschluß gefunden haben, sehen wir uns veranlaßt, an die Parteigenossen und speziell an die Parateipresse das dringende Ersuchen zu richten — ohne daß wir damit einer etwaigen Berufung der Beteiligten gegen die ergangenen Urteile vorgreifen wollen —, diese Streitigkeiten ruhen zu lassen. Wir sind der Ansicht, daß, wird dieser Wunsch befolgt, damit den Parteiinteressen am besten gedient wird.

Der Kampf gegen die Feinde fordert die Geschlossenheit unsrer eignen Reihen.

Entstehen aber sachliche Meinungsverschiedenheiten — und deren Austragungen nicht wünschen zu wollen, kann uns nicht beikommen —, so mögen die Auseinandersetzungen darüber fern von persönlicher Gereiztheit und ohne Gehässigkeit geführt werden. Es ist in dieser Beziehung in der letzten Zeit leider hüben und drüben manchmal gröblich gesündigt worden.

Diese Kampfweise muß aufhören.

Unsere Gegner können Fehler nicht vermeiden, das liegt in dem System, das sie vertreten und in der Klassenstellung, die sie einnehmen, wir aber können Fehler verhüten, wenn wir es ernstlich wollen.

Zeigen wir, daß wir diesen Willen haben, die Partei wird sich wohl dabei befinden.

Berlin, den 14. Juni 1904. Der Parteivorstand.

Es kann festgestellt werden, daß sich die Parteigenossen bemüht haben, die Mahnung des Parteivorstandes zu beachten.

Das Eingangs dieses Abschnittes erwähnte, noch in den einleitenden Stadien befindliche schiedsgerichtliche Verfahren wird jedenfalls vor dem Parteitag zum Abschluß gebracht und dann dem Parteitag mündlich darüber berichtet werden.

Die Vorgänge auf dem Dresdener Parteitag, die mit Anlaß zu dem schiedsgerichtlichen Verfahren gegen die Genossen Bernhard, Braun, Göhre und Heine führten, veranlaßten den Genossen Mehring in Dresden zu erklären, daß er seine Tätigkeit für die „Neue Zeit" und die „Leipziger Volkszeitung" einstelle, bis die berufenen Parteiinstanzen die gegen ihn erhobenen Anklagen prüfen könnten, ihn wieder dazu aufforderten. Der Parteivorstand hat sich eingehend mit der Sache beschäftigt und das Resultat seiner Prüfung und Beratung durch folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

Digitized by Google

Der Unterzeichnete hat in seiner gestrigen Sitzung die Angriffe geprüft, die gegen den Genossen Mehring auf dem Dresdener Parteitag erhoben wurden und die denselben veranlaßten, seine Mitarbeiterschaft an der „Neuen Zeit" und seine Stellung bei der „Leipziger Volkszeitung" so lange einzustellen, bis die zuständigen Instanzen in dieser Angelegenheit ein Urteil gefällt haben, das ihm die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit ermöglicht.

Hierbei wurden auch die Erörterungen, die nach dem Dresdener Parteitag in der Angelegenheit für und wider stattgefunden haben, in den Kreis der Erwägungen gezogen.

Es wurde beschlossen, dem Genossen Mehring den Wunsch auszusprechen, seine Mitarbeit an der „Neuen Zeit" wieder aufzunehmen.

Mit dem Verhältnis des Genossen Mehring bei der „Leipziger Volkszeitung" sich zu beschäftigen, lag keine Veranlassung vor, da die Entscheidung hierüber den Leipziger Genossen zusteht.

Berlin, den 24. November 1904. Der Parteivorstand.

In bezug auf die Einstellung der Tätigkeit des Genossen Mehring für die „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichten die zuständigen Organe der Leipziger Genossen folgendes:

„Auf Grund der Rechtfertigungsschrift des Genossen Mehring hat die Preßkommission der „Leipziger Volkszeitung" in Verbindung mit dem Agitationskomitee und nach Rücksprache mit den Vertretern der Parteigenossen des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises einstimmig beschlossen, den Genossen Mehring aufzufordern, seine frühere Tätigkeit für die „Leipziger Volkszeitung" wieder aufzunehmen."

Strafregister. Die Opfer, die der Klassenkampf in dem Berichtsjahr erforderte, waren sehr beträchtliche. Insgesamt wurden erkannt auf 43 Jahre, 2 Monate Gefängnis und 21 552 Mk. Geldstrafe. Das sind gegen das Vorjahr mehr 7 Jahre Gefängnis und 4500 Mk. Geldstrafe.

Sind auch die Opfer groß, die von zahlreichen tapferen Genossen an Freiheit und Gesundheit gebracht werden mußten, so tragen die Prozesse doch viel zur Aufklärung bei. Die meisten Freiheitsstrafen trafen solche Arbeiter, welche von dem Koalitionsrecht Gebrauch machten und bessere Arbeits- und Lohnbedingungen herbeiführen wollten. Sind auch die Arbeiter in der Wahl der Mittel vorsichtig, und kommen von Seiten der Arbeiter auch nicht solche Gewaltmittel in Anwendung, wie sie die Unternehmer in den Kartellen zur Steigerung der Preise ihrer Waren, oder gar zur Unterdrückung der Arbeiter anwenden, so verurteilten doch die meisten Gerichte die Arbeiter zu Freiheitsstrafen und beweisen dadurch, daß auch sie den Spottsatz des römischen Lustspieldichters: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe," als Rechtsgrundsatz anwenden. In zahlreichen Prozessen wurde bewiesen, daß der preußische Justizminister die „Rechtsprechung" richtig kennzeichnete, als er jenen Aufsehen erregenden Satz im Reichstage aussprach.

Besonders bemerkenswert und von kulturgeschichtlicher Bedeutung waren drei Prozesse der letzten Monate. In Saarbrücken wurde ein gemaßregelter Bergmann, der Genosse Krämer, angeklagt und zu drei Monaten Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung der Leiter der königlichen Bergwerke im Saarrevier verurteilt. In diesem Prozeß wurde die Praxis des „sozialen Königtums" aber so bloßgestellt, daß wohl selbst die weltfremdesten Professoren und größten Schmeichler des Hohenzollernhauses sich scheuen werden, je wieder die Phrase vom sozialen Königtum zu gebrauchen.

Von hoher politischer Bedeutung war der Königsberger Prozeß. Als der-

selbe eingeleitet wurde, erkannten unsere Genossen, daß der Prozeß die deutsche Politik und die deutsche Rechtsprechung vor dem Auslande blamieren werde. Sie setzten alle Hebel an, jene Blamage zu hindern. Wo und wie sich im Reichstage Gelegenheit bot, wurde die Regierung auf das blamable Treiben aufmerksam gemacht. Aber der Reichskanzler Graf Bülow, der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen und die preußischen Minister Schönstedt und v. Hammerstein glaubten Rußland einen Liebesdienst erweisen zu müssen. Die russische Polizei hatte auch wohl nicht ihre Zustimmung zur Einstellung des Verfahrens gegeben, weil sie wohl glauben mochte, daß nur Deutschland resp. Preußen sich dabei blamieren könne. Aber die deutschen und preußischen Minister sowie die russische Polizei täuschten sich gewaltig. Nicht nur die deutsche Politik und Rechtsprechung, sondern auch das gewalttätige blutdürstige und korrupte System des russischen Absolutismus wurde vor der Welt bloßgestellt, wie noch nie.

Es zeigt sich, daß die Staatsmänner und Richter noch immer glauben, mit Strafen eine Kulturbewegung aufhalten oder Handlungen hindern zu können, die naturgemäß aus den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen hervorgehen. Ganz wider Willen wirken sie agitatorisch für die Bewegung, die sie bekämpfen wollen. Werden auch zahlreiche Vorkämpfer des Proletariats schwer geschädigt, indem sie Freiheitsstrafen erdulden müssen und hierdurch oft an ihrer Gesundheit leiden, so wirken die Strafen doch in der Regel auf den Bestraften und die Massen der Arbeiter begeisternd. Der Kampfesmut steigt, wenn Leute, die nach ihrem besten Wissen und Können für das Wohl der Arbeiter eintreten, wegen Handlungen und Aeußerungen bestraft werden, in denen sie selbst und kein Arbeiter eine Rechtsverletzung erblicken wegen Handlungen, die oft erst durch künstliche juristische Auslegungen zu Vergehen oder Verbrechen im Sinne des Strafgesetzes gemacht werden.

* * *

Wie in den vorhergehenden Jahren, kann auch in diesem Jahre die Buchhandlung Vorwärts über einen erfreulichen Aufschwung berichten. Der Waren-Umsatz ist von 246 000 Mark im Vorjahre auf 317 000 Mark gestiegen und hat damit die Jahresumsätze früherer Jahre bedeutend überstiegen. Die Buchhandlung Vorwärts war deshalb auch in der Lage, aus ihrem erzielten Gewinn vorläufig 35 000 Mark der Parteikasse zu überweisen, ohne die ihr gestellte Aufgabe: die Agitation der Parteigenossen durch Herausgabe agitatorisch wirkender Broschüren zu unterstützen, zu vernachlässigen.

Um die tagespolitische Agitation durch Broschürenliteratur möglichst nachhaltig zu fördern, hat der Verlag unter dem Titel „Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek" ein neues Unternehmen geschaffen, das den Beifall der Parteigenossen gefunden zu haben scheint. Diese „Agitations-Bibliothek" wird in zwanglosen Heften erscheinen und Zeitbilder aus dem Klassenstaat zur Darstellung bringen; wichtige Zeitereignisse, die das Interesse der Oeffentlichkeit zu erwecken verdienen. In dem Geleitwort zum ersten Heft hat der Verlag der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Bibliothek im Hause keines Genossen fehlen wird, „der das Bedürfnis fühlt, sich über die Ereignisse der Gegenwart auf dem Laufenden zu erhalten, und die Pflicht anerkennt, seine eigne Erkenntnis von Mann zu Mann weiter zu tragen. Wir übergeben die neue Waffe der Arbeiterschaft in dem Vertrauen, daß sie auch diese zu führen wissen wird."

Als erstes Heft ist erschienen „Prinz Arenberg und die Arenberge" (10 000 Exempl.), als zweites „Der Zukunftsstaat der Junker" (60 000 Exempl.). Auch der „Königsberger Hochverrats-Prozeß" wird darin seine Stätte finden.

Digitized by Google

An sonstigen Agitationsschriften allgemeinen Charakters sind neu erschienen: Rühle: „Die Volksschule, wie sie sein soll" (5000 Exempl.), eine Ergänzung zu der im Vorjahre erschienenen Broschüre desselben Verfassers: „Die Volksschule, wie sie ist", Bernstein: „Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens" (5000 Exempl.). —

Zur Agitation für die preußischen Landtagswahlen sind erschienen: „Der preußische Befreiungskrieg" (20 000 Exempl.) und zur Information der Wähler: Arons: Die preußischen Landtagswahlen (39 000 Exempl.)

Zur Aufklärung über den Kampf der Crimmitschauer Textilarbeiter wurde unter dem Titel „Crimmitschau" eine Darstellung der Ursachen des Kampfes herausgegeben, die in 74 000 Exemplaren verbreitet wurde. Der Verlag konnte als Reinertrag 3500 Mark den Kämpfenden in Crimmitschau überweisen.

Neuauflagen früherer Publikationen waren erforderlich: Parteiprogramm (45 000 Exempl.), Kautsky und Schönlank, Grundsätze und Forderungen (5000 Exempl.), Organisationsstatut (5000 Exempl.), Bracke, Nieder mit den Sozialdemokraten (50 000 Exempl.), Calwer, Arbeiter-Katechismus (5000 Exempl.), Liebknecht, Wissen ist Macht (10 000 Exempl.), Engels, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (7000 Exempl.), Dietzgen, Die Zukunft der Sozialdemokratie (3000 Exempl.), Dietzgen, Die Religion der Sozialdemokratie (3000 Exempl.), Lossinsky, War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch? (2000 Exempl.), Marx und Engels, Das kommunistische Manifest (3000 Exempl.).

Illustrierte Zeitungen wurden herausgegeben: 25 Jahre Kampf und Sieg, zum Andenken an den Tag, an dem vor 25 Jahren das Sozialistengesetz aufhörte (118 000 Exempl.), „Die Arbeit", Sylvester-Zeitung 1903 (120 000 Exempl.), März-Zeitung (140 000 Exempl.) und Maifest-Zeitung (358 000 Exempl.)

Das Protokoll des Dresdener Parteitages erzielte eine Auflage von 40 500 Exemplaren, der Arbeiter-Notiz-Kalender eine solche von 36 700 Exemplaren. Die in den Vorjahren im Anschluß an den „Arbeiter-Notiz-Kalender" von uns herausgegebenen Spezialkalender für einzelne Gewerkschaften (z. B. Metallarbeiter-, Bergarbeiter-, Maler-Kalender) werden jetzt zum Teil von diesen Gewerkschaften im Selbstverlage ausgegeben. Nur der Schuhmacher-Kalender erscheint noch in unserm Verlage.

Die Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um ein neues Stück vermehrt: Preczang, Der Teufel in der Wahlurne (2000 Exempl.); neu aufgelegt wurden: Preczang, Sein Jubiläum, und Däumig, Maifeier (je 1000 Exempl.). Außerdem wurden von Scävola, Zwölf Jahre Verbannung, 2000 Exemplare nachgedruckt.

Auch die nunmehr im achten Jahrgange erscheinende Illustrierte Roman-Bibliothek „In freien Stunden" hat im Laufe des Jahres einen wesentlichen Abonnentenzuwachs erfahren, den wir hauptsächlich der regen Unterstützung unsrer Partei- und Gewerkschaftspresse und der lebhaften Agitation der Parteigenossen zu danken haben. Auf schöngeistigem Gebiete hat der Verlag ferner noch veranstaltet eine billige Neuausgabe des prachtvollen illustrierten Romans „1793", von Victor Hugo (2000 Exempl.), und für die reifere proletarische Jugend die reizende Erzählung von Erckmann-Chatrian, Frau Therese (2000 Exempl.), die, mit Bildschmuck versehen, für den Weihnachtstisch bestimmt ist.

Außerdem nennen wir an Neuerscheinungen noch das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, das in

selbe eingeleitet wurde, erkannten unsere Genossen, daß der Prozeß die deutsche Politik und die deutsche Rechtsprechung vor dem Auslande blamieren werde. Sie setzten alle Hebel an, jene Blamage zu hindern. Wo und wie sich im Reichstage Gelegenheit bot, wurde die Regierung auf das blamable Treiben aufmerksam gemacht. Aber der Reichskanzler Graf Bülow, der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen und die preußischen Minister Schönstedt und v. Hammerstein glaubten Rußland einen Liebesdienst erweisen zu müssen. Die russische Polizei hatte auch wohl nicht ihre Zustimmung zur Einstellung des Verfahrens gegeben, weil sie wohl glauben mochte, daß nur Deutschland resp. Preußen sich dabei blamieren könne. Aber die deutschen und preußischen Minister sowie die russische Polizei täuschten sich gewaltig. Nicht nur die deutsche Politik und Rechtsprechung, sondern auch das gewalttätige blutdürstige und korrupte System des russischen Absolutismus wurde vor der Welt bloßgestellt, wie noch nie.

Es zeigt sich, daß die Staatsmänner und Richter noch immer glauben, mit Strafen eine Kulturbewegung aufhalten oder Handlungen hindern zu können, die naturgemäß aus den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen hervorgehen. Ganz wider Willen wirken sie agitatorisch für die Bewegung, die sie bekämpfen wollen. Werden auch zahlreiche Vorkämpfer des Proletariats schwer geschädigt, indem sie Freiheitsstrafen erdulden müssen und hierdurch oft an ihrer Gesundheit leiden, so wirken die Strafen doch in der Regel auf den Bestraften und die Massen der Arbeiter begeisternd. Der Kampfesmut steigt, wenn Leute, die nach ihrem besten Wissen und Können für das Wohl der Arbeiter eintreten, wegen Handlungen und Aeußerungen bestraft werden, in denen sie selbst und kein Arbeiter eine Rechtsverletzung erblicken wegen Handlungen, die oft erst durch künstliche juristische Auslegungen zu Vergehen oder Verbrechen im Sinne des Strafgesetzes gemacht werden.

* * *

Wie in den vorhergehenden Jahren, kann auch in diesem Jahre die Buchhandlung Vorwärts über einen erfreulichen Aufschwung berichten. Der Waren-Umsatz ist von 246 000 Mark im Vorjahre auf 317 000 Mark gestiegen und hat damit die Jahresumsätze früherer Jahre bedeutend überstiegen. Die Buchhandlung Vorwärts war deshalb auch in der Lage, aus ihrem erzielten Gewinn vorläufig 35 000 Mark der Parteikasse zu überweisen, ohne die ihr gestellte Aufgabe: die Agitation der Parteigenossen durch Herausgabe agitatorisch wirkender Broschüren zu unterstützen, zu vernachlässigen.

Um die tagespolitische Agitation durch Broschürenliteratur möglichst nachhaltig zu fördern, hat der Verlag unter dem Titel „Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek" ein neues Unternehmen geschaffen, das den Beifall der Parteigenossen gefunden zu haben scheint. Diese „Agitations-Bibliothek" wird in zwanglosen Heften erscheinen und Zeitbilder aus dem Klassenstaat zur Darstellung bringen; wichtige Zeitereignisse, die das Interesse der Oeffentlichkeit zu erwecken verdienen. In dem Geleitwort zum ersten Heft hat der Verlag der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Bibliothek im Hause keines Genossen fehlen wird, „der das Bedürfnis fühlt, sich über die Ereignisse der Gegenwart auf dem Laufenden zu erhalten, und die Pflicht anerkennt, seine eigne Erkenntnis von Mann zu Mann weiter zu tragen. Wir übergeben die neue Waffe der Arbeiterschaft in dem Vertrauen, daß sie auch diese zu führen wissen wird."

Als erstes Heft ist erschienen „Prinz Arenberg und die Arenberge" (10 000 Exempl.), als zweites „Der Zukunftsstaat der Junker" (60 000 Exempl.). Auch der „Königsberger Hochverrats-Prozeß" wird darin seine Stätte finden.

Digitized by Google

An sonstigen Agitationsschriften allgemeinen Charakters sind neu erschienen: Rühle: „Die Volksschule, wie sie sein soll" (5000 Exempl.), eine Ergänzung zu der im Vorjahre erschienenen Broschüre desselben Verfassers: „Die Volksschule, wie sie ist", Bernstein: „Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens" (5000 Exempl.). —

Zur Agitation für die preußischen Landtagswahlen sind erschienen: „Der preußische Befreiungskrieg" (20 000 Exempl.) und zur Information der Wähler: Arons: Die preußischen Landtagswahlen (39 000 Exempl.)

Zur Aufklärung über den Kampf der Crimmitschauer Textilarbeiter wurde unter dem Titel „Crimmitschau" eine Darstellung der Ursachen des Kampfes herausgegeben, die in 74 000 Exemplaren verbreitet wurde. Der Verlag konnte als Reinertrag 3500 Mark den Kämpfenden in Crimmitschau überweisen.

Neuauflagen früherer Publikationen waren erforderlich: Parteiprogramm (45 000 Exempl.), Kautsky und Schönlank, Grundsätze und Forderungen (5000 Exempl.), Organisationsstatut (5000 Exempl.), Bracke, Nieder mit den Sozialdemokraten (50 000 Exempl.), Calwer, Arbeiter-Katechismus (5000 Exempl.), Liebknecht, Wissen ist Macht (10 000 Exempl.), Engels, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (7000 Exempl.), Dietzgen, Die Zukunft der Sozialdemokratie (3000 Exempl.), Dietzgen, Die Religion der Sozialdemokratie (3000 Exempl.), Lafinsky, War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch? (2000 Exempl.), Marx und Engels, Das kommunistische Manifest (3000 Exempl.).

Illustrierte Zeitungen wurden herausgegeben: 25 Jahre Kampf und Sieg, zum Andenken an den Tag, an dem vor 25 Jahren das Sozialistengesetz aufhörte (118 000 Exempl.), „Die Arbeit", Sylvester-Zeitung 1903 (120 000 Exempl.), März-Zeitung (140 000 Exempl.) und Maifest-Zeitung (358 000 Exempl.)

Das Protokoll des Dresdener Parteitages erzielte eine Auflage von 40 500 Exemplaren, der Arbeiter-Notiz-Kalender eine solche von 36 700 Exemplaren. Die in den Vorjahren im Anschluß an den „Arbeiter-Notiz-Kalender" von uns herausgegebenen Spezialkalender für einzelne Gewerkschaften (z. B. Metallarbeiter-, Bergarbeiter-, Maler-Kalender) werden jetzt zum Teil von diesen Gewerkschaften im Selbstverlage ausgegeben. Nur der Schuhmacher-Kalender erscheint noch in unserm Verlage.

Die Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um ein neues Stück vermehrt: Preczang, Der Teufel in der Wahlurne (2000 Exempl.); neu aufgelegt wurden: Preczang, Sein Jubiläum, und Däumig, Maifeier (je 1000 Exempl.). Außerdem wurden von Scävola, Zwölf Jahre Verbannung, 2000 Exemplare nachgedruckt.

Auch die nunmehr im achten Jahrgange erscheinende Illustrierte Roman-Bibliothek „In freien Stunden" hat im Laufe des Jahres einen wesentlichen Abonnentenzuwachs erfahren, den wir hauptsächlich der regen Unterstützung unsrer Partei- und Gewerkschaftspresse und der lebhaften Agitation der Parteigenossen zu danken haben. Auf schöngeistigem Gebiete hat der Verlag außerdem noch veranstaltet eine billige Neuausgabe des prachtvollen illustrierten Romans „1798", von Victor Hugo (2000 Exempl.), und für die reifere proletarische Jugend die reizende Erzählung von Erckmann-Chatrian, Frau Therese (2000 Exempl.), die, mit Bildschmuck versehen, für den Weihnachtstisch bestimmt ist.

Außerdem nennen wir an Neuerscheinungen noch das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, das in

selbe eingeleitet wurde, erkannten unsere Genossen, daß der Prozeß die deutsche Politik und die deutsche Rechtsprechung vor dem Auslande blamieren werde. Sie setzten alle Hebel an, jene Blamage zu hindern. Wo und wie sich im Reichstage Gelegenheit bot, wurde die Regierung auf das blamable Treiben aufmerksam gemacht. Aber der Reichskanzler Graf Bülow, der Staatssekretär Freiherr v. Richthofen und die preußischen Minister Schönstedt und v. Hammerstein glaubten Rußland einen Liebesdienst erweisen zu müssen. Die russische Polizei hatte auch wohl nicht ihre Zustimmung zur Einstellung des Verfahrens gegeben, weil sie wohl glauben mochte, daß nur Deutschland resp. Preußen sich dabei blamieren könne. Aber die deutschen und preußischen Minister sowie die russische Polizei täuschten sich gewaltig. Nicht nur die deutsche Politik und Rechtsprechung, sondern auch das gewalttätige blutdürstige und korrupte System des russischen Absolutismus wurde vor der Welt bloßgestellt, wie noch nie.

Es zeigt sich, daß die Staatsmänner und Richter noch immer glauben, mit Strafen eine Kulturbewegung aufhalten oder Handlungen hindern zu können, die naturgemäß aus den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen hervorgehen. Ganz wider Willen wirken sie agitatorisch für die Bewegung, die sie bekämpfen wollen. Werden auch zahlreiche Vorkämpfer des Proletariats schwer geschädigt, indem sie Freiheitsstrafen erdulden müssen und hierdurch oft an ihrer Gesundheit leiden, so wirken die Strafen doch in der Regel auf den Bestraften und die Massen der Arbeiter begeisternd. Der Kampfesmut steigt, wenn Leute, die nach ihrem besten Wissen und Können für das Wohl der Arbeiter eintreten, wegen Handlungen und Aeußerungen bestraft werden, in denen sie selbst und kein Arbeiter eine Rechtsverletzung erblicken wegen Handlungen, die oft erst durch künstliche juristische Auslegungen zu Vergehen oder Verbrechen im Sinne des Strafgesetzes gemacht werden.

* * *

Wie in den vorhergehenden Jahren, kann auch in diesem Jahre die Buchhandlung Vorwärts über einen erfreulichen Aufschwung berichten. Der Waren-Umsatz ist von 246 000 Mark im Vorjahre auf 317 000 Mark gestiegen und hat damit die Jahresumsätze früherer Jahre bedeutend überstiegen. Die Buchhandlung Vorwärts war deshalb auch in der Lage, aus ihrem erzielten Gewinn vorläufig 35 000 Mark der Parteikasse zu überweisen, ohne die ihr gestellte Aufgabe: die Agitation der Parteigenossen durch Herausgabe agitatorisch wirkender Broschüren zu unterstützen, zu vernachlässigen.

Um die tagespolitische Agitation durch Broschürenliteratur möglichst nachhaltig zu fördern, hat der Verlag unter dem Titel „Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek" ein neues Unternehmen geschaffen, das den Beifall der Parteigenossen gefunden zu haben scheint. Diese „Agitations-Bibliothek" wird in zwanglosen Heften erscheinen und Zeitbilder aus dem Klassenstaat zur Darstellung bringen; wichtige Zeitereignisse, die das Interesse der Oeffentlichkeit zu erwecken verdienen. In dem Geleitwort zum ersten Heft hat der Verlag der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Bibliothek im Hause keines Genossen fehlen wird, „der das Bedürfnis fühlt, sich über die Ereignisse der Gegenwart auf dem Laufenden zu erhalten, und die Pflicht anerkennt, seine eigne Erkenntnis von Mann zu Mann weiter zu tragen. Wir übergeben die neue Waffe der Arbeiterschaft in dem Vertrauen, daß sie auch diese zu führen wissen wird."

Als erstes Heft ist erschienen „Prinz Arenberg und die Arenberge" (10 000 Exempl.), als zweites „Der Zukunftsstaat der Junker" (60 000 Exempl.). Auch der „Königsberger Hochverrats-Prozeß" wird darin seine Stätte finden.

Digitized by Google

An sonstigen Agitationsschriften allgemeinen Charakters sind neu erschienen: Rühle: „Die Volksschule, wie sie sein soll“ (5000 Exempl.), eine Ergänzung zu der im Vorjahre erschienenen Broschüre desselben Verfassers: „Die Volksschule, wie sie ist“, Bernstein: „Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens“ (5000 Exempl.). —

Zur Agitation für die preußischen Landtagswahlen sind erschienen: „Der preußische Befreiungskrieg“ (20 000 Exempl.) und zur Information der Wähler: Arons: Die preußischen Landtagswahlen (39 000 Exempl.)

Zur Aufklärung über den Kampf der Crimmitschauer Textilarbeiter wurde unter dem Titel „Crimmitschau“ eine Darstellung der Ursachen des Kampfes herausgegeben, die in 74 000 Exemplaren verbreitet wurde. Der Verlag konnte als Reinertrag 8500 Mark den Kämpfenden in Crimmitschau überweisen.

Neuauflagen früherer Publikationen waren erforderlich: Parteiprogramm (45 000 Exempl.), Kautsky und Schönlank, Grundsätze und Forderungen (5000 Exempl.), Organisationsstatut (5000 Exempl.), Bracke, Nieder mit den Sozialdemokraten (50 000 Exempl.), Calwer, Arbeiter-Katechismus (5000 Exempl.), Liebknecht, Wissen ist Macht (10 000 Exempl.), Engels, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (7000 Exempl.), Dietzgen, Die Zukunft der Sozialdemokratie (3000 Exempl.), Dietzgen, Die Religion der Sozialdemokratie (3000 Exempl.), Lafinsky, War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch? (2000 Exempl.), Marx und Engels, Das kommunistische Manifest (3000 Exempl.).

Illustrierte Zeitungen wurden herausgegeben: 25 Jahre Kampf und Sieg, zum Andenken an den Tag, an dem vor 25 Jahren das Sozialistengesetz aufhörte (113 000 Exempl.), „Die Arbeit“, Sylvester-Zeitung 1903 (120 000 Exempl.), März-Zeitung (140 000 Exempl.) und Maifest-Zeitung (358 000 Exempl.)

Das Protokoll des Dresdener Parteitages erzielte eine Auflage von 40 500 Exemplaren, der Arbeiter-Notiz-Kalender eine solche von 36 700 Exemplaren. Die in den Vorjahren im Anschluß an den „Arbeiter-Notiz-Kalender“ von uns herausgegebenen Spezialkalender für einzelne Gewerkschaften (z. B. Metallarbeiter-, Bergarbeiter-, Maler-Kalender) werden jetzt zum Teil von diesen Gewerkschaften im Selbstverlage ausgegeben. Nur der Schuhmacher-Kalender erscheint noch in unserm Verlage.

Die Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um ein neues Stück vermehrt: Preczang, Der Teufel in der Wahlurne (2000 Exempl.); neu aufgelegt wurden: Preczang, Sein Jubiläum, und Däumig, Maifeier (je 1000 Exempl.). Außerdem wurden von Scävola, Zwölf Jahre Verbannung, 2000 Exemplare nachgedruckt.

Auch die nunmehr im achten Jahrgange erscheinende Illustrierte Roman-Bibliothek „In freien Stunden“ hat im Laufe des Jahres einen wesentlichen Abonnentenzuwachs erfahren, den wir hauptsächlich der regen Unterstützung unsrer Partei- und Gewerkschaftspresse und der lebhaften Agitation der Parteigenossen zu danken haben. Auf schöngeistigem Gebiete hat der Verlag außerdem noch veranstaltet eine billige Neuausgabe des prachtvollen illustrierten Romans „1798“, von Victor Hugo (2000 Exempl.), und für die reifere proletarische Jugend die reizende Erzählung von Erckmann-Chatrian, Frau Therese (2000 Exempl.), die, mit Bildschmuck versehen, für den Weihnachtstisch bestimmt ist.

Außerdem nennen wir an Neuerscheinungen noch das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, das in

26 000 Exemplaren erschienen ist, und den früher ausgegebenen Kunstblättern haben wir zwei neue angereiht: „Der Mann mit der Hacke", nach dem Gemälde von Millet, und „Die Marseillaise", zum erstenmal vorgetragen von dem Dichter derselben: Rouget de L'Isle, nach einem Gemälde aus dem Louvre in Paris.

Von den billigen Gesetzesführern sind der durch das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz und der durch das Invalidenversicherungs-Gesetz neu bearbeitet, in je 3000 Exemplaren erschienen.

Ferner hat der Verlag neu herausgegeben eine Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, durch die das Interesse an der Erhaltung der Gesundheit und das Verständnis für eine vernünftige Hygiene in den Arbeiterkreisen geweckt werden soll. Die Hefte erscheinen in zwangloser Folge und jedes Heft ist für sich abgeschlossen. Bis jetzt sind in je 5000 Exemplaren erschienen: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen, von Dr. Christeller, Das erste Lebensjahr, von Dr. Silberstein, Zur Gesundheitspflege des Nervensystems, von Dr. Hirschlaff, und Der Achtstundentag von Dr. Zadek, letzteres zur Unterstützung des Maigedankens erschienen, erzielte 8000 Auflage.

Im Frühjahr dieses Jahres begann der Verlag mit der Herausgabe eines seit Jahren vorbereiteten Werkes, in dem unter dem zusammenfassenden Titel Kulturbilder" wichtige Abschnitte aus der Kulturgeschichte in Einzeldarstellungen veröffentlicht werden sollen. Die Darstellung soll auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung fußend, allgemeinverständlich gehalten sein. Das Werk prätendiert keinen wissenschaftlichen Charakter, sondern soll von bestimmten Zeitabschnitten und kulturell wichtigen Epochen der von der Volksschule vernachlässigten Arbeiterklasse Kenntnis geben und unsern Genossen Stoff bieten zur Erweiterung ihrer geschichtlichen und kulturellen Erkenntnis. Daher muß das Werk in Sprache und Darstellung dem Verständnisvermögen der großen Masse sich anpassen, um auch seiner Belehrungsaufgabe gerecht werden zu können. Zu diesem Zwecke sind die einzelnen Werke auch mit Dokumenten aus den geschilderten Zeitabschnitten und mit Bildern aus jener Zeit und in deren Kunstcharakter versehen. Die Herausgabe erfolgt in Heften à 20 Pf.; für jeden Band sind 50 Lieferungen in Aussicht genommen. Als erster Band hat zu erscheinen begonnen: „Wider die Pfaffenherrschaft", von Emil Rosenow. Von diesem Werk sind bei Niederschrift des Berichts 16 Hefte erschienen. Der Verlag will mit diesem Unternehmen ein dauernd wertvolles Bildungs- und Agitationsmittel für die Parteigenossen schaffen. Er glaubt deshalb auf die Mithilfe aller Genossen bei der Verbreitung der Werkes rechnen zu dürfen.

Digitized by Google

Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen haben sich im abgelaufenen Rechnungsjahre ziemlich in gleicher Höhe wie im Vorjahre gehalten. Die allgemeinen Einnahmen, welche auch die eigentlichen Parteibeiträge enthalten, sind sogar um 17 922,31 Mk. gestiegen. Dagegen sind die Ausgaben, die infolge der Reichstagswahlen im vorigen Rechnungsjahre besonders hohe waren, um rund 191 000 Mk. gegen das Vorjahr niedriger. Höher geworden sind die Ausgaben für allgemeine Agitation, Unterstützungen, Prozeß- und Gefängniskosten, Reichstagskosten und Verwaltung um insgesamt rund 60 000 Mk. Niedriger waren die Ausgaben auf Dahrlehenskonto und für Preßunterstützungen. Besonders erfreulich ist der Rückgang der Preßunterstützungen auf die Summe von 12 708,60 Mk. gegenüber den vielen Zehntausenden, die in früheren Jahren oft für den gleichen Zweck aufgewendet werden mußten. Eine Anzahl von Preß-Unternehmungen, die durch Jahre hindurch Beihilfen aus der Zentralkasse benötigten, haben sich geschäftlich so konsolidiert, daß sie nicht nur ohne Zuschüsse auskommen, sondern bereits anfangen, Ueberschüsse abzuwerfen. Der besonders günstige Kassenabschluß des letzten Jahres ist überhaupt in erster Linie den Ueberschüssen unserer großen Geschäfte zu verdanken.

Bezüglich der eigentlichen Parteibeträge ist, mit Ausnahme der bekannten Parteiorte, die, mit Berlin an der Spitze, von jeher Mustergültiges geleistet haben, eine wesentliche Besserung nicht eingetreten. Anerkannt muß indes werden, daß die süddeutschen Parteiorganisationen in höherem Maße, als ihnen dies früher möglich war, Beiträge an die Zentralkasse abgeführt haben.

Wenn auch bei dem guten Stand der Parteifinanzen die durchaus ungenügenden eigentlichen Beiträge der großen Mehrzahl der Parteigenossenschaften keine unmittelbare Kalamität für die Partei bedeuten, so muß doch der Zustand, daß der Etat der Partei nur durch die Geschäftsüberschüsse zum Balanzieren gebracht werden kann, als ein ungesunder angesehen werden, an dessen Besserung unausgesetzt ernsthaft gearbeitet werden muß.

Bei den fortgesetzten Hetzereien der Scharfmacher-Cliquen, die sozialdemokratische Partei wieder unter ein Ausnahmegesetz zu stellen, wird es unsere Parteimitglieder interessieren zu hören, daß bereits vor Jahren ein Parteigenosse unter dem Titel „Juliusturm" einen Fonds in Höhe von 50 000 Mk. gestiftet hat, der nur in Notfällen unter bestimmten Voraussetzungen seitens des Gesamtvorstandes angegriffen werden darf. Die Zinsen dieses Fonds, dessen Bestehen wir auf Wunsch des Stifters erst jetzt mitteilen, fließen wie bisher der Zentralkasse zu.

Mit den im letzten Jahre erzielten Rücklagen haben diese eine Höhe erreicht, daß sie als Ausgleichsfaktor für magere Jahre voraussichtlich auf längere Zeit hinaus genügen werden. Fließen daher im neuen Geschäftsjahre die Einnahmen wie in den beiden letzten Jahren, dann kann die Partei eine erhöhte organisatorische und agitatorische Tätigkeit entfalten und sie kann diese Tätigkeit auch auf bisher noch unerschlossene Gebiete Deutschlands ausdehnen.

Möge sich auch gegenüber diesen neuen Aufgaben die bereits sprichwörtlich gewordene Opferfreudigkeit unserer Parteigenossen abermals bewähren!

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Digitized by Google

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1903 bis 31. Juli 1904.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesamt		Von den gesamten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1903												
August	33508	51	33508	51	—	—	—	—	—	—	—	—
September	20535	52	20535	52	—	—	—	—	—	—	—	—
Oktober	56054	46	20443	21	—	—	150	—	25461	25	10000	—
November	35811	94	35811	94	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	72306	23	72156	23	—	—	150	—	—	—	—	—
1904												
Januar	69077	34	26627	15	10050	—	5535	50	26864	45	—	24
Februar	42199	50	37496	60	50	—	4652	90	—	—	—	—
März	34207	26	21651	40	12550	—	—	—	—	—	5	86
April	109529	87	90587	47	5025	—	1855	50	12061	90	—	—
Mai	26769	70	21384	70	5025	—	360	—	—	—	—	—
Juni	56352	08	50245	58	25	—	6056	50	—	—	25	—
Juli	64440	50	29529	40	8525	—	60	—	26109	30	216	80
	620792	91	459977	71	41250	—	18820	40	90496	90	10247[1]	90

Hierzu Bestand vom 31. Juli 1903 620792,91 Mk.
28102,84 „
648895,75 Mk.

B. Ausgaben.

...nt:	Insgesamt		Von den gesamten Ausgaben entfielen auf:																	
			Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozeß- und Gefängniskosten		Reichstagskosten		Gehälter und Verwalt.-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1903																				
August . . .	25098	25	3885	—	9131	94	5003	75	347	40	191	—	1869	16	4000	—	670	—	—	—
September . .	37568	27	13255	85	13715	85	1515	90	1280	—	—	—	1363	57	5000	—	1030	—	407	10
Oktober . . .	27851	65	6726	70	4086	—	1871	—	2783	40	—	—	3019	60	7500	—	1518	60	346	35
November . .	20091	63	3363	80	589	50	7160	90	2349	43	—	—	1156	50	1800	—	3550	—	121	50
Dezember . .	33080	65	4945	50	3900	—	6005	—	289	55	5900	—	1435	—	—	—	550	—	10055	60
1904																				
Januar . . .	17285	10	2777	70	2431	—	855	50	823	10	6500	—	1664	35	500	—	670	—	1063	45
Februar . . .	26328	70	7674	40	4861	05	1519	25	823	95	8400	—	1840	50	—	—	1150	—	59	55
März	73711	25	14700	—	9621	90	5667	50	1945	50	6900	—	1746	—	31500	—	1550	—	80	35
April	34743	21	4040	60	1059	50	778	—	1819	40	7200	—	1764	13	17300	—	550	—	231	58
Mai	28143	70	3209	55	4311	50	2068	50	674	70	4300	—	2643	15	10500	—	300	—	136	30
Juni	19578	36	4914	10	1010	—	665	—	659	—	5837	—	1824	88	3000	—	550	—	1118	38
Juli	19238	31	8622	31	—	—	496	50	1537	—	119	—	4085	—	3500	—	620	—	258	50
	362719	08	78115	51[1]	54718	24	33606	80[2]	15332	43	45347	—	24411	84[3]	84600	—	12708	60	13878	66

	362 719,08	Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	262 648,—	„
Kassenbestand am 31. Juli 1904	23 528,67	„
	648 895,75	Mk.

Berlin, den 9. August 1904.

Revidiert und für richtig befunden:

H. Meister. Clara Zetkin. J. Pfarr. A. Kaden. Fr. Brühne. Fr. Ehrhart. A. Geck.
H. Koenen.

Digitized by Google

Bemerkungen zu A. Einnahmen.

[1]) Die im Oktober unter den Diversen gebuchten 10000 Mk. gehören dem preußischen Landtagswahlfonds. Sie sind, da sie im Dezember zur Rückzahlung gelangten, nur als durchlaufender Posten zu betrachten.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) Unter diesem Posten befinden sich auch 1673 Mk., die den italienischen und 428 Mk., die den slovenischen Parteigenossen als Beihilfe zu ihrer schwierigen Agitationsarbeit bewilligt wurden.

[2]) In dieser Summe sind enthalten 3000 Mk., welche die gemaßregelten niederländischen Arbeiter und 10000 Mk., welche die ausgesperrten Crimmitschauer Weber erhielten.

[3]) Unter dieser Rubrik befinden sich außer den üblichen Ausgaben für Gehälter und Hilfskräfte, Miete für Bureauräume, Porto und Telegrammgebühren, Kosten der Kassenrevision usw. auch 3864 Mk. sachliche und persönliche Ausgaben für das Fraktions-Sekretariat.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im einzelnen nachgewiesen.

„Aachener Volksblatt"	Mk.	3 000,—
„Fränkische Volkstribüne"	„	1 000,—
„Gazeta Ludowa"	„	3 600,—
„Königsberger Volkstribüne" . . .	„	3 000,—
„Posener Volkszeitung"	„	668,60
„Saalfelder Blätter"	„	1 440,—
	Mk.	12 708,60

Digitized by Google

Tabellarische Uebersicht

der seit dem Parteitag in Dresden eingegangenen Partei-Beiträge.

1. August 1903 bis 31. Juli 1904.

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Aachen	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Adlershof	0,85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Altona (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4000,00	—
Alt-Warthau	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Arnstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Baden (Großherzogthum) Landesorg.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Baden-Baden	0,30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bamberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Bant-Wilhelmshav.	262,80	—	—	—	—	—	128,20	—	—	195,00	—	—
Barmen	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	300,00
Beelitz	—	19,85	—	—	—	—	9,00	10,35	—	—	—	—
Berlin II.	500,00	900,00	2500,00	—	500,00	1000,00	—	2059,35	2100,00	600,00	1500,00	2400,00
„ III.	1000,00	—	1000,00	—	—	500,00	500,00	—	2500,00	—	1000,00	—
„ IV.	7000,00	3000,00	3000,00	3000,00	—	2000,00	1000,00	5000,00	5000,00	3000,00	8000,00	5000,00
„ V.	—	500,00	—	500,00	—	—	—	500,00	—	—	500,00	—
„ VI.	5000,00	5500,00	4000,00	4000,00	3000,00	5800,00	6600,00	6500,00	10000,00	4500,00	4000,00	10000,00
Berlin, diverse	966,70	921,68	397,31	780,70	319,40	653,80	637,10	1210,30	1907,93	387,80	900,35	208,45
Bern	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Beuthen (Oberschl.)	—	—	—	—	—	3,00	5,00	5,00	5,00	5,00	—	—
Bielefeld	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—
Bochold i. W.	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bochum (Kreis)	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	535,28
Brandenburg a. H. (Wahlkreis)	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	200,00
Bremen	14,80	300,00	—	18,90	300,00	24,50	—	500,00	20,80	—	500,00	—
Bremerhaven	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	—	—	200,00	—
Breslau	50,00	50,00	50,00	100,00	100,00	100,00	100,00	101,00	100,00	100,00	100,00	200,00
Brüssel	—	—	—	16,94	—	20,16	—	—	—	—	—	—
Bukarest	—	—	26,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Butzbach	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—
Buxtehude	—	8,00	—	—	3,00	—	—	8,00	—	—	8,00	—
Calbe a. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	5,00	5,00	—	—	10,00	—
Chemnitz (16. sächs. Wahlkreis)	2000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz (Verbreitungsgeb. d. Volksst.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3000,00
Chemnitz, diverse	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	10,00	10,00	5,00
Cöln a. Rh. (Stadt)	56,00	—	—	—	70,00	60,00	—	—	67,00	—	—	122,60
Cötzenick	4,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,00	—
Cottbus	—	4,00	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—
Crimmitschau (sächs. Wahlkr.)	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	300,00	—	—
Culm	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Darmstadt	—	—	7,20	200,00	—	4,80	—	4,00	—	—	—	—
Delitzsch	—	—	2,00	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—
Donaueschingen	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
Dortmund (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	550,00
Dortmund, diverse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	50,—

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Dreißighuben	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Dresden (4. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	—	—
Dresden (5. sächs. Wahlkreis)	1200,00	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—
Dresden (6. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	1500,00	—	—	—	—	—	1000,00	—
Duisburg	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—
Durlach i. B.	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	2,40	—	—
Düsseldorf	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elberfeld	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	800,00
Essen (Ruhr)	—	—	—	—	—	250,00	—	—	—	—	—	1000,00
Falkenberg (Oberschlesien)	2,00	2,00	2,00	16,00	3,00	2,00	2,00	2,00	2,00	5,00	2,00	5,00
Feudenheim	19,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Flensburg (Wahlkr.)	—	—	—	50,00	—	—	—	25,00	—	2,00	50,00	—
Forst i. L. (Wahlkr.)	—	—	—	200,00	—	200,00	—	—	—	300,00	—	—
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	1000,00
Franz. Buchholz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50
Friedenau b. B.	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiburg i. B.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Freiburg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	5,00
Freising	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Fürth i. B.	52,25	13,00	—	13,00	—	—	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00
Furtwangen	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Gelenau i. Erzgb.	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—
Gera, Reuß (Wahlkreis)	—	—	—	150,00	—	—	150,00	—	151,63	—	—	—
Gießen	30,00	—	10,00	10,00	—	20,00	10,00	—	—	—	—	50,00
Gorczizen	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—
Gotha	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00
Greiz (Wahlkreis R. ä. L.)	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00
Großenhain (7. sächs. Wahlkreis)	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Großottersleben (Wahlkreis)	—	—	—	—	90,00	—	—	—	—	—	—	—
Grötzingen i. B.	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—
Gugelwitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Gutschdorf	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	5,00
Hagen i. W.	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	2,00	—
Hamburg I.	—	3000,00	—	—	—	—	—	—	—	2000,00	—	—
„ II.	—	—	2000,00	—	—	—	—	—	—	5000,00	—	—
„ III.	8000,00	—	—	6000,00	—	—	4000,00	—	3000,00	—	—	—
Hamburg, diverse	254,52	281,55	491,30	44,20	—	75,31	—	—	8430,06	193,00	110,50	—
Hamm i. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Hannover	—	—	1000,00	—	—	—	1000,00	—	—	—	1000,00	—
Hartau i. Schl.	—	—	—	—	—	20,65	—	—	—	—	—	—
Hartha (10. sächsisch. Wahlkreis)	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	106,00	—	—
Heidelberg	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	10,00	10,00
Heißen	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—
Hessen, Großh. (Landesorganis.)	302,00	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	500,00

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Höchst = Usingen-Homburg (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—
Hohenstein = Ernstthal	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Hornberg (Schwarzwald)	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Hückeswagen	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—
Hüttensteinach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Idar	—	—	—	—	—	2,60	—	3,40	—	—	3,50	—
Forestgrove (Amerika)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,18	—
Karlsruhe i. B.	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Kattowitz (Oberschl.)	—	—	—	—	—	—	—	5,00	5,00	—	—	10,00
Kiel (7. schl.-holst. Kreis)	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—
Kiel, diverse	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Kirchheimbolanden	—	—	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königsberg i. Pr.	—	—	100,00	—	—	—	—	100,00	—	100,00	—	100,00
Königsbrück	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,50	—	—
Krefeld	—	—	60,00	—	—	—	—	—	100,00	—	—	100,00
Landeshut i. Schl.	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—
Landsberg a. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,25	—
Leipzig (12. u. 13. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	2000,00	—	2000,00	2000,00	2000,00	—	—	21000,00	—
Leipzig, diverse	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	13,40	—
Linha (Brasil.)	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Litiz	—	—	—	2,75	—	—	—	—	—	—	—	—
London	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—
Lübeck	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	300,00
Luckenwalde (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	50,00	—	—	100,00	100,00	50,00	100,00
Luckenwalde, diverse	10,00	5,00	5,00	—	10,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Ludwigshafen a. Rh.	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—
Ludwigshafen a. Rh. (Gau Pfalz)	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—
Magdeburg	3000,00	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—	500,00	—
Mannheim	—	—	—	—	1200,00	200,00	—	—	—	200,00	—	—
Marburg a. L.	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Marktredwitz	1,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Memel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Metz	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mülhausen i. E.	10,00	—	—	—	10,00	—	10,00	—	—	10,00	—	—
München	—	15,00	5,00	5,00	5,00	300,00	—	—	20,00	5,00	5,00	1005,00
München (Gau Südbayern)	—	—	202,00	—	—	160,00	—	—	127,00	—	—	153,45
M.-Gladbach	—	—	12,00	—	—	—	—	—	—	—	—	12,00
Mylau i. V.	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Neisse	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	2,00	—	—
Neustadt (Coburg)	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Neu-Zeitzensee b. Berlin	—	—	—	1,20	—	—	—	—	—	1,00	—	—
New Yes-Tönisheide	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—
New York	89,80	—	—	—	—	7,50	—	—	—	—	—	—
Nied barnimer W reis	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	2000,00	—

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Niederzwönitz (19. sächs. Wahlkr.)	—	—	50,00	—	—	—	100,00	—	50,00	—	—	—
Nienburg a. W. (7. hann. Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Nienburg a. W., Diverse	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nürnberg	4,00	4,00	4,00	4,00	354,00	15,00	4,00	260,00	4,00	4,00	4,00	254,00
Nürnberg (Gau Nordbayern)	—	—	—	—	—	1552,00	—	—	—	—	—	829,74
Oberhauf.-Alstaden	—	20,00	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Oberlangenbielau	—	—	—	—	100,00	50,00	—	100,00	—	100,00	—	—
Oberstein a. N.	4,66	—	—	9,60	—	7,93	—	—	9,60	—	—	9,40
Oelsnitz i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Offenburg i. B.	—	—	—	—	—	—	1,80	—	—	0,40	18,00	—
Oggersheim (Pfalz)	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—
Ohlau	—	—	—	—	47,45	—	—	—	—	—	—	—
Ottensen (6. Schl.-Holst. Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—
Pankow	—	—	—	4,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Peilau i. Schl.	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Peterswaldau	—	—	10,00	—	—	10,00	—	—	—	10,00	—	—
Pfaffengrund (im Riesengebirge)	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Pirna (8. sächsischer Wahlkreis)	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Rahnsdorf	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Randow-Greifenhagen (Wahlkr.)	100,00	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—	100,00	—	—
Rawitsch	—	—	—	—	—	14,90	—	—	—	—	—	—
Regensburg	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00	—
Rehme	—	—	6,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenbach i. Schl.	—	10,00	—	—	30,00	—	—	10,00	—	—	—	—
Reichenbach i. V.	—	—	—	10,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Remscheid	2,50	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Rixdorf	—	6,00	11,00	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Richzenhain	6,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	—	—	—	—
Ronsdorf	—	—	26,00	—	—	25,00	50,00	—	25,00	—	5,00	25,00
Rostock (5. mecklenb. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Sachs.-Weimarische Landesorganisation	—	—	—	—	50,00	—	—	60,00	—	—	80,00	40,00
Sagan	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schiffbeck i. H.	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Schmiedeberg (im Riesengebirge)	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	-
Schriesheim	9,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	-
Schwabach i. B.	—	—	—	3,25	—	—	—	—	—	—	—	-
Schwarzenbach a. S.	—	—	—	—	—	5,00	5,00	—	—	—	—	-
Schweidnitz	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	5,00	-
Schweinfurt	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	20,00	-
Schwelm	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	-
Seidau	179,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	-
Solingen (Wahlkr.)	30,00	40,00	30,00	65,00	25,00	35,00	45,00	—	50,00	52,60	15,00	-
Spandau	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	-

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Staßfurt (Wahlkreis Calbe-Aschersleben)	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00
Stettin	—	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—
Straßburg i. E.	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Striegau	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Stuttgart	10,00	—	10,00	10,00	10,00	1000,00	10,00	—	10,00	10,00	10,00	10,00
Teltow-Beeskow-Charlottenb. (Wahlkreis)	100,00	—	200,00	100,00	—	2000,00	200,00	200,00	100,00	—	200,00	—
Tonga (Insel)	—	—	—	—	4,80	—	—	—	—	—	—	—
Torgau (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Triberg	10,00	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00	—
Trier	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—
Vegesack	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Verden (6. hannoverscher Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,00	—
Betschau	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—
Vogtsberg i. V.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Waldenburg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Waldheim i. S.	50,00	—	—	—	25,00	—	25,00	—	—	—	—	—
Wandsbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—
Warnemünde	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weigelsdorf i. Schl.	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Werdau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00
Wibiter	5,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Winterbeck-Hasse	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Wolmirstedt-Neuhaldensleben (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—
Wunsiedel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,40	—
Württemberg	300,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Würzburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—
Zeitz (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	300,00	—	300,00	—	—	300,00	—
Zürich	—	1000,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nordische Wasserkante	—	—	—	—	60000,00	—	—	—	50000,00	—	—	—
„Vorwärts“	—	—	25461,25	—	—	26864,45	—	—	12061,90	—	—	26109,30
Vorwärts-Buchhandlg.	—	—	—	15000,00	—	—	20000,00	—	—	—	—	—
„Wahrer Jakob“	—	—	4500,00	—	—	4500,00	—	—	6119,45	—	—	—
Diverse	541,43	2124,44	250,00	3000,00	3364,58	1211,00	5,00	—	—	—	—	216,80

Digitized by Google

Bericht

der

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands

von Anfang August 1903 bis Ende Juli 1904.

Die Ausdehnung und Festigung der sozialistischen Frauenbewegung dokumentiert sich durch die fortwährend steigende Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen. Wir haben deren jetzt 100. Ganz besonders erfreulich ist es, daß die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen sowohl im Rheinland gewachsen ist, der Domäne klerikaler Herrschaft, wie in Ostpreußen, dem Lande der Junker und schlechten Schulen. Der aufrüttelnde belebende Geist des Sozialismus kann auf die Dauer weder mit dem Weihwedel des politischen Hetzkaplans, noch mit der Peitsche des Gutsherrn gebannt werden. Die Agitation unter den Frauen in den ländlichen Gegenden Ostpreußens ist weit schwieriger als unter dem weiblichen Proletariat in industriell entwickelteren Gegenden. Aber schon der Umstand allein, daß sich Frauen an mehreren Orten Ostpreußens zur Uebernahme des Amtes einer Vertrauensperson bereit fanden, läßt darauf schließen, daß manches von unseren Agitatorinnen ausgestreute Samenkorn aufgegangen ist. Wenn die Bemühungen zur Schulung der gewonnenen Kämpferinnen nicht erlahmen und von den Genossen tatkräftig unterstützt werden, so können in der Folge größere und nachhaltigere Erfolge der Aufklärungsarbeit nicht ausbleiben.

Hatte das vorhergehende Arbeitsjahr mit der siegreichen Reichstagswahl geschlossen, so begann das Berichtsjahr mit der Agitation für die preußischen Landtagswahlen. Die Genossinnen in ganz Preußen veranstalteten Volksversammlungen, um die Aufmerksamkeit der Proletarierinnen auf die kulturwidrigen politischen Zustände Preußens hinzulenken, ganz besonders auf die erzreaktionären vereinsrechtlichen Bestimmungen, die Schulverhältnisse usw. in erster Linie aber auf das korrupte Dreiklassenwahlsystem. Die Berliner Genossinnen nützten das sehr kurze Recht aus, das ihnen durch den § 21 des preußischen Vereinsgesetzes gewährt wird. Sie gründeten einen Wahlverein, der in den wenigen Wochen seines Bestehens 400 Mitglieder geworben und eine lebhafte agitatorische Tätigkeit entfaltet hat. Eine Anzahl von Mitgliedern der Organisation hat sich dauernd an die politische Bewegung angeschlossen und ist stets bereit, bei notwendigen Veranstaltungen dem Dienste der Partei Zeit und Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Wie notwendig die entfaltete Agitation gewesen ist, wurde den Frauen durch das krasse Unrecht des Vereinsgesetzes und seiner Handhabung seitens der Behörden klar nachgewiesen. Mehrere wichtige Fälle der Praxis, wie sie den Proletarierinnen gegenüber beliebt wird, gelangten in dem Berichtsjahr zur

Digitized by Google

Entscheidung. Der Amtsvorsteher in Tempelhof hatte eine Versammlung des Reichstagswahlvereins der Frauen deshalb untersagt, weil er der Ansicht war, diese Organisation sei ungesetzlich. Trotzdem fanden in vielen Orten des Kreises Versammlungen des nämlichen Wahlvereins ungehindert statt. Die Genossinnen beschritten den Beschwerdeweg. Das Ober-Verwaltungsgericht pflichtete jedoch der Ansicht des Amtsvorstehers bei. Diesem Falle stellt sich würdig an die Seite die Verweisung der weiblichen Delegierten der Brandenburger Konferenz in das Segment. Diese Maßregel wurde damit begründet, daß die aus sieben Personen bestehende Agitationskommission der Provinz ein politischer Verein sei, an dessen Versammlungen Frauen tätigen Anteil nicht nehmen dürften. Und dies, obgleich die Konferenz als öffentliche Versammlung einberufen worden und die Wahl der Delegierten in öffentlichen Versammlungen erfolgt war. Die Beschwerden und Klagen der Genossinnen bis in die höchsten Instanzen hatten den Erfolg, daß das Tun der unteren Behörden als dem Gesetz entsprechend erklärt und die Genossinnen abgewiesen wurden. Ein freies Vereins- und Versammlungsrecht ist aber für die Masse der Proletarierinnen geradezu eine Lebensnotwendigkeit geworden, da ohne ein solches auch das Koalitionsrecht der Arbeiterinnen ein papiernes ist, wie es durch zahlreiche Tatsachen erhärtet werden kann. Da Reichstagsmehrheit und Regierung der Forderung der sozialdemokratischen Fraktion nach einem uneingeschränkten Reichs-, Vereins- und Versammlungs- wie Koalitionsrecht hartnäckigen Unverstand entgegensetzen, so beschlossen die Genossinnen, angespornt durch ein Zirkular der Unterzeichneten, eine lebhafte Agitation für diese nötigen Reformen zu entfalten. Sie gingen alsbald ans Werk. In Diskutier- und Leseabenden wie in öffentlichen Versammlungen wurde und wird der Gegenstand zum Thema der Verhandlungen gemacht. Zum mindesten wird durch diese Agitation erreicht, daß breiten Schichten der Proletarierinnen ihre Rechtlosigkeit zum Bewußtsein kommt und daß das Streben nach Beseitigung des bestehenden unwürdigen Zustandes sie zu Kämpferinnen macht für die eigene Befreiung, wie für die der gesamten Arbeiterklasse.

Am Ende des Jahres 1903 war es die Aussperrung der Crimmitschauer Arbeiter und Arbeiterinnen, die das Interesse und die Aktion des Proletariats in hohem Maße herausforderte. Unsere Genossinnen erfüllten mit großer Begeisterung die Pflichten, die ihnen durch diesen Riesenkampf zwischen Kapital und Arbeit erwuchsen und der insbesondere auch der Verbesserung des Loses von Tausenden hart ausgebeuteter Frauen galt. In Crimmitschau selbst haben sich die organisierten und aufgeklärten Frauen als treffliche Kämpferinnen bewährt. Gerade der Crimmitschauer Kampf hatte hellstes Licht darauf geworfen, wie schwer die gesetzgebenden Gewalten gesündigt hatten, daß sie nicht längst den gesetzlichen Zehnstundentag für alle erwachsenen Arbeiter, zum mindesten aber für die erwachsenen Arbeiterinnen, festlegte. Aber die Lehren dieses Kampfes scheinen für die Herrschenden verloren zu sein. Die Reichstagsmehrheit stand der so berechtigten Forderung des Zehnstundentages nach wie vor ablehnend gegenüber. Ebenso einsichtslos blieb sie gegenüber der längst erwiesenen Notwendigkeit, einen durchgreifenden Kinderschutz zu schaffen. In langem und hartem Kampfe hat die Arbeiterklasse nur gar wenig errungen. Die Unzulänglichkeit des zu stande gekommenen Kinderschutzgesetzes, welches das eigene Kind nicht einmal dem fremden gleich gegen die Ausbeutungsfreiheit sicher stellt, gab den Genossinnen im ganzen Reiche Anlaß zur lebhaften Agitation für das Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder, wie es das sozialdemokratische Programm fordert. Den Vertrauenspersonen und Agitatorinnen wurde zum Zwecke gründlicher Information das vom Lehrer Agahd herausgegebene Kinderschutzgesetz auf Kosten der Zentralkasse der Genossinnen zugestellt. Die eingeleitete Agitation wird fortgesetzt werden, bis den Kindern des Proletariats ausgiebiger Schutz gegen die Ausbeutungsmacht des Kapitals erobert ist.

Digitized by Google

An allen anderen Aktionen der Arbeiterklasse haben sich die Genossinnen beteiligt. Sie ergriffen die Initiative zum Protest gegen die schmachvolle Liebedienerei der preußisch-deutschen Politik vor dem russischen Despotismus. Eine große Volksversammlung der Genossinnen in Berlin leitete die Protestbewegung ein, die in ganz Deutschland Wiederhall fand, wie die vielen in dieser Sache abgehaltenen Versammlungen bezeugen und deren Bedeutung der Königsberger Tendenzprozeß in helles Licht gerückt hat.

Das schmähliche Verhalten der bürgerlichen Mehrheitsparteien des Reichstages und der Regierung in der Frage des Frauenwahlrechts zu den Kaufmannsgerichten bot Stoff zu kräftiger Agitation unter den Frauen, zumal unter den weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe.

Zur Beteiligung an dem Heimarbeiterschutzkongreß, welchen die Generalkommission für Anfang März d. J. einberief, wurden die Genossinnen durch einen Aufruf der Unterzeichneten in Nr. 2 der Gleichheit aufgefordert. Ihre Mitarbeit am Kongresse war um so berechtigter, als die Genossinnen in manchen Orten seit längerer Zeit bereits durch Erhebungen über die Zustände in der Heimarbeit wertvolles Material zusammengetragen hatten, welches durch den Kongreß weiteren Kreisen nutzbar gemacht werden konnte. Im Interesse des Kampfes gegen die Heimarbeit, dieses Krebsschadens am Gesellschaftskörper, im Interesse der Ausrüstung der Genossinnen für diesen Kampf hielt es die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands für angebracht, das Protokoll des Heimarbeiterschutzkongresses sämtlichen Vertrauenspersonen unentgeldlich zu übermitteln. Erwähnt sei dankend, daß die Generalkommission auf Antrag bereitwilligst das Protokoll in größerer Anzahl der Zentralvertrauensperson zum Selbstkostenpreise überließ.

Wie stets, so haben auch im abgelaufenen Jahre die Genossinnen ihren Anteil an der gewerkschaftlichen Arbeit geleistet. Sie haben Werkstubensitzungen geleitet, Versammlungen abgehalten und in manchen Orten Kommissionen gegründet, welche die Agitation unter den Arbeiterinnen planmäßig betreiben. Infolge ihrer Tätigkeit sind sie da und dort als Delegierte in die Gewerkschaftskartelle gewählt worden. Ebenso fleißig waren die Genossinnen vielerorts als Mitglieder von Agitationskommissionen bei allen mühevollen Arbeiten tätig. So haben sie unstreitig das ihrige dazu beigetragen, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen im letzten Jahre in erfreulicher Weise gestiegen ist und 1903 im Jahresdurchschnitt 40 666 betrug. Der erzielte Erfolg muß die Genossinnen anspornen, in rührigster Weise weiter auch in der gewerkschaftlichen Bewegung mitzuarbeiten. Die gewerkschaftliche Organisierung ist von so großer Bedeutung für das Proletariat, daß die Genossinnen ihr fortgesetzt die höchste Aufmerksamkeit zuwenden, die nachdrücklichste Förderung zu Teil werden lassen müssen.

Das Bestreben der Frauen nach engerem Zusammenschluß und vertiefter Bildung macht sich in der fortwährenden Zunahme der Frauenbildungsvereine geltend. Wenn dieselben auch in Preußen und in anderen deutschen Vaterländern gänzlich unpolitisch sein müssen, so übermitteln sie doch den Frauen eine Summe von Bildung, die sie befähigt, den sozialistischen Gedanken leichter und fester zu erfassen.

Die Lese- und Diskutier-Abende haben in vielen Orten Vortreffliches geleistet. Ihrem Wirken ist es wohl nicht zum mindesten zuzuschreiben, daß in letzter Zeit eine Anzahl junger Kräfte rednerisch tätig sind, die schon tüchtige Leistungen aufzuweisen haben, und die sich dank der vorhandenen Bildungsgelegenheiten und der Anleitung, die sie schriftlich und mündlich erhalten, noch weiter entwickeln werden.

Das stete Steigen der Leserinnen der „Gleichheit", deren Zahl jetzt über 11 000 beträgt, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß bei zäher Agitation die

Digitized by Google

Frauen auch für ernste Lektüre zu gewinnen sind. In vielen Orten verbreiten die Genossinnen die „Gleichheit" in eigener Regie, wodurch sie einen großen Teil der Mittel für ihre Agitation erhalten. Aber wertvoller noch als dieses materielle Ergebnis ist die festere persönliche Beziehung, die sie dank des Austragens ihrer Zeitschrift erzielen.

Die Genossinnen wurde von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zur Beteiligung an dem Internationalen Frauenkongreß aufgefordert, welcher im Juni in Berlin getagt hat. Aus grundsätzlichen und taktischen Gründen lehnten sie jedoch jede Art der Beteiligung an dieser ausgesprochenen bürgerlichen Veranstaltung ab. Der Charakter und der Verlauf des Kongresses haben bestätigt, wie richtig sie damit gehandelt haben. Die deutschen Genossinnen fühlen sich in internationaler Solidarität nicht mit den bürgerlichen Frauen, wohl aber mit den kämpfenden Proletariern aller Länder verbunden. Sie beschlossen deshalb, sich auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam durch zwei Delegierte vertreten zu lassen.

Durch die Wahlen im Jahre 1903 sind die Mittel der Arbeiterkreise stark in Anspruch genommen worden. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß in die Kasse der Zentralvertrauensperson die Gelder nicht allzu reichlich geflossen sind. Die Einnahmen betrugen 1379,03 Mk. Die Ausgaben beliefen sich für

Drucksachen auf	176,35 Mk.
Mündliche Agitation	539,25 „
Porti und kleine Ausgaben	199,93 „
Summa	915,53 Mk.

Einnahmen	1379,03 Mk.
Ausgaben	915,53 „
Bestand	463,50 Mk.

Seit dem 1. Juli wird die Vertrauensperson der Genossinnen besoldet und kann sich in der Folge vollständig der Aufgabe ihres Amtes widmen. Die Neuerung war zur Notwendigkeit geworden. Mit der erfreulichen Entwickelung der proletarischen Frauenbewegung hatten die Arbeiten der Vertrauensperson einen Umfang angenommen, daß sie nicht länger nebenbei erledigt werden konnten, sondern eine ganze Kraft erforderte. Nun ist eine wichtige materielle Vorbedingung dafür gegeben, daß die Agitation unter dem weiblichen Proletariat immer kräftiger und einheitlicher betrieben werden kann, und daß sie insbesondere rege und anhaltend in solchen Gegenden in Angriff genommen wird, wo die proletarische Frauenbewegung bis jetzt noch nicht festen Fuß zu fassen vermochte. Aber freilich wird die Möglichkeit für höhere Leistungen der Vertrauensperson nur dann voll zur Geltung kommen, wenn die Genossinnen ihrerseits nach wie vor ihre volle Kraft für die sozialistischen Ideale einsetzen und wenn es auch die Genossen nicht an einsichtsvoller Förderung der Frauenbewegung fehlen lassen. Je solidarischer alle Kräfte bewußt zusammenwirken, um so größere und nachhaltigere Fortschritte müssen erzielt werden.

Mit reifender Einsicht und Kraft wird sich so die proletarische Frauenbewegung immer leistungsfähiger dem allgemeinen proletarischen Klassenkampf gliedern.

Ottilie Baader.

Digitized by Google

Bericht

über die

parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion

3. Dezember 1903 bis 16. Juni 1904.

Die Situation.

Der am 16. Juni 1903 für die elfte Legislaturperiode gewählte Reichstag begann seine erste Session am 3. Dezember 1903 und vertagte sich am 16. Juni 1904 bis zum 28. November 1904, nachdem er 100 Sitzungen abgehalten hatte, so daß die diesjährige Berichterstattung, wie dies in den letzten Jahren wiederholt geschehen mußte, nur den ersten Abschnitt der auf eine mehrjährige Tagung angelegten laufenden Session behandeln kann.

Während dieses hunderttägigen Sessionsabschnittes wurden die Verhandlungen des Reichstags beherrscht von der Nachwirkung zweier vorhergegangener politischer Ereignisse. Das eine war die Annahme des neuen Zolltarifs, dessen Einführung von den agrarischen Parteien beharrlich gefordert wurde, sei es auch auf Kosten eines Zollkrieges nach allen Seiten; das zweite war der für unsre Gegner völlig unerwartete Dreimillionensieg der Sozialdemokratie am 16. Juni 1903.

Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen der neue Zolltarif in Kraft gesetzt werden sollte, hat niemals während der hundert Sitzungen amtlich auf der Tagesordnung gestanden. Es konnte das nicht geschehen, da es der Reichsregierung trotz eifriger Bemühungen nicht gelungen war, Handelsverträge mit irgend welchen andern Mächten auf der Grundlage des neuen Zolltarifs mit seinen Minimalsätzen für Getreide zu vereinbaren. Schon diese Tatsache allein bestätigt die Richtigkeit des sozialdemokratischen Urteils, daß der neue Zolltarif ein wenig geeignetes Mittel zur Erzielung von Handelsverträgen sei. Die Agrarier der schärferen Tonart drängten unablässig die Regierung, die

Digitized by Google

bestehenden Handelsverträge schlankweg zu kündigen, um dann, wenn bei Ablauf der Kündigungsfrist neue Verträge noch nicht vereinbart sein sollten, den neuen Tarif einfach in Kraft zu setzen. Die Regierung leistete dieser Zumutung, trotz größter Sympathien mit den Agrariern, Widerstand, da sie sich doch nicht der Einsicht verschließen konnte, daß eine solche Heraufbeschwörung von Zollkriegen nicht nur der deutschen Arbeiterschaft — denn darüber hätte sie sich wohl hinweggesetzt —, sondern auch den Industriekapitalisten durch Lahmlegung der Exportindustrie den schwersten Schaden zufügen würde. Die Regierung stellte sich deshalb bei der Erörterung dieser Fragen auf den Standpunkt der gemäßigten Agrarier, die in der nationalliberalen Partei und im Zentrum ihre hauptsächliche Vertretung haben, während die Wünsche der ungemäßigten aus den Kreisen der Konservativen und besonders der Antisemiten laut wurden. Die Vertreter der liberalen Parteien bekämpften zwar die agrarische Forderung einer Kündigung der Handelsverträge durchweg, sie ließen jedoch durchblicken, daß sie auch für solche Handelsverträge zu haben wären, die für die Bevölkerung Deutschlands eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise infolge der Einführung der Minimalsätze des neuen Tarifs bedeuten würden.

Anders die Sozialdemokratie. Die Redner unsrer Partei haben, getreu unsrer Stellungnahme bei den Zolltarifkämpfen und während der Wahlbewegung, keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir unter keinen Umständen für Handelsverträge zu haben sein würden, die eine Erhöhung der Lebensmittelzölle gegenüber den annoch geltenden Zollsätzen des alten, durch die bestehenden Handelsverträge modifizierten Tarifs enthalten würden. Diese unsre Stellungnahme war bedingt durch die folgenden leitenden Gesichtspunkte: Aufgabe der Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiterinteressen im Klassenkampfe ist es, alle wirtschaftspolitischen Maßregeln zu bekämpfen, die geeignet sind, den Reallohn der Arbeiterschaft herabzumindern. Der Reallohn der Arbeiterschaft wird aber herabgemindert durch die Schwächung, welche die Kaufkraft des Geldlohnes durch künstliche Erhöhung der Warenpreise, insbesondere der Preise der notwendigsten Lebensmittel erleidet. Diese Verringerung des Reallohnes kann auch keineswegs wett gemacht werden durch Lohnerhöhungen, die seitens schutzzöllnerischer Interessenten jedesmal den Arbeitern in Aussicht gestellt werden, sobald sie zur Erhöhung ihrer eignen Profite eine Verstärkung der Schutzzölle fordern. Denn abgesehen davon, daß erfahrungsgemäß solche Lohnerhöhungen nur in sehr geringem Umfange oder gar nicht einzutreten pflegen für die Arbeiter der durch Schutzzölle begünstigten Betriebe, haben alle andern Arbeiter nur Nachteile davon. Auf die Dauer reguliert sich aber das Niveau der Löhne nach der Gesamtlage des Arbeitsmarktes. Nur die Kampffähigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen für Schutz und Trutz, nicht aber die künstliche Steigerung einzelner Unternehmerprofite sichert den Arbeitern den Lohn. Es ist deshalb eine ganz irreführende Behauptung, wenn versichert wird, daß die Arbeiter als „Produzenten" ein gemeinsames Interesse mit den Unternehmern an künstlichen Profitsteigerungen hätten. Für die Arbeiter fällt ihr Interesse als „Produzenten" mit dem als „Konsumenten" völlig zusammen. Die künstlichen Preissteigerungen kommen nur den Ausbeutern der Produktion zugute. Da die Arbeiter aber am schwersten zu leiden haben unter einer künstlichen reissteigerung der unentbehrlichen Lebensmittel, nahm die Fraktion zur Frage er Handelsverträge die ihr durch das Arbeiterinteresse gebotene Stellung ein, aß sie erklärte, nur solchen Handelsverträgen ihre Zustimmung geben zu können, die mindestens keine Erhöhung der gegenwärtig gültigen Lebensmittelzölle zur Folge haben würden.

Die Vorstöße der Agrarier wegen Kündigung der Handelsverträge nahmen m Laufe der Verhandlungen an Schärfe zu, während die Regierungsvertreter

Digitized by Google

sich bemühten, bei sanftester Abwehr dieser Angriffe durch möglichstes Entgegenkommen die wild gewordenen Agrarier zu versöhnen.

Aber auch noch in andrer Weise wirkten die Zolltarif- und Handelsvertrag-Fragen ein auf die Regierungspolitik und die Verhandlungen im Reichstag.

In erster Reihe kommt für Deutschland ein Handelsvertrag mit Rußland in Frage. Die russische Regierung zeigte nun zunächst keinerlei Neigung, einem neuen Handelsvertrage auf der Grundlage des neuen deutschen Tarifs ihre Zustimmung zu geben. Da hat es die deutsche Reichsregierung nicht an Liebesdienstengegen Rußland — eingestandenermaßen nach dem vom Fürsten Bismarck gelieferten Vorbild — fehlen lassen, um die Zarenregierung ihren wirtschaftspolitischen Wünschen günstiger zu stimmen. Abgesehen von den eignen reaktionären Gelüsten der preußischen und der übrigen deutschen Regierungen, sind die Ausweisungen russischer oppositioneller Staatsangehöriger aus dem Deutschen Reiche, sowie insbesondere der gegen deutsche Staatsangehörige angestrengte Prozeß wegen des Schmuggels angeblich zarenbeleidigender und hochverräterischer Schriften nach Rußland auf die Bemühungen der Reichsregierung um die Gunst des Zaren und seiner Diener zurückzuführen. Es wird späterhin noch dargelegt werden, auf welche Weise dieses Diplomatenspiel mit den Interessen des deutschen Volkes und dem Ansehen des Deutschen Reiches von unsrer Seite gewürdigt worden ist.

Auch auf die Finanzpolitik des Reiches übte die Handelsvertragsfrage eine Rückwirkung aus. Außer ihrem Bemühen, den Wünschen der Agrarier möglichst entgegen zu kommen, hat die Regierung auch ein fiskalisches Interesse an der Einführung des neuen Zolltarifs. Die Finanzwirtschaft hat zu einem chronischen Defizit geführt. Eine Einführung der neuen, fast durchweg erhöhten Zollsätze würde, wenn dieselben auch hier und da durch neue Verträge etwas gemildert werden sollten, doch zu erheblich höheren Zolleinnahmen führen. Die Regierung rechnet mit einem Netto-Mehrertrage von 150 Millionen Mark nach Einführung des neuen Zolltarifs. Damit eröffnet sich den Finanzkünstlern der Regierung die Aussicht, unter Zuhilfenahme neuer Verbrauchssteuern noch mehr Gelder für Heer und Marine flüssig zu machen. Dem Umstande, daß für dieses Etatsjahr mit erhöhten Zolleinnahmen noch nicht zu rechnen war, ist es zuzuschreiben, daß die Neuforderungen für Heer und Marine vertagt sind. Erst nächstes Jahr wird dem deutschen Volke diese Bescherung zu teil werden, wenn es der Reichsregierung bis dahin gelungen sein sollte, die Zarenregierung durch weitere Liebesdienste polizeilichen Charakters oder durch indirekte Beihilfe in seiner ostasiatischen Bedrängnis für neue Handelsverträge günstig zu stimmen. Vorläufig hat also der Nichtabschluß von Handelsverträgen auch eine Anzahl andrer Fragen der Reichspolitik in der Schwebe gehalten.*)

Nicht minder als die Zolltariffrage übte der große Erfolg der Sozialdemokratie bei den vorjährigen allgemeinen Reichstagswahlen einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen aus. Kaum eine einzige Frage konnte angeschnitten werden, ohne daß nach kurzer Frist einer der Redner der bürgerlichen Parteien in eine allgemeine Sozialistentöterrede entgleiste. Auch von den Vertretern der Reichsregierung wurde mehr noch als sonst die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie betont. Besonders beim Auftreten des Reichskanzlers Grafen Bülow hatte man den Eindruck, daß er beordert war, an der Sozialdemokratie herumzu-

*) Nachdem dieses geschrieben war, wurde offiziös die Nachricht verbreitet, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland gelungen sei. Die Angst vor den japanischen Bomben hat also die Zarenregierung zur Kapitulation von den Ansprüchen der deutschen Agrarier gebracht. Ein Dankestelegramm nach Tokio erscheint dringend geboten.

Digitized by Google

vernichten, soweit ihm seine schönrednerischen Talente das gestatteten. Gleichzeitig wurde aus den Reihen verschiedener bürgerlicher Parteien die Sehnsucht nach einer allgemeinen Verbrüderung zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie laut. Reaktionäre Kampfhähne vom Schlage der Kardorff und Arendt, der Kröcher, Oldenburg und Riepenhausen plauderten dabei sehnlichste Wünsche nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie, nach Wahlrechtsraub und Staatsstreich aus, wie sie ja unzweideutiger noch in der sozialistenreinen Atmosphäre des preußischen Herrenhauses den Lippen einiger hochgeborener Gesetzgeber entschlüpft sind. Daß solche Bestrebungen bei der Reichsregierung nicht ungern gesehen werden, haben die Mahnung des Reichskanzlers erkennen lassen, die bürgerlichen Parteien möchten unter sich einig werden über Maßregeln gegen die Sozialdemokratie, dann werde die Regierung es an sich nicht fehlen lassen.

Eine Art Abschlagszahlung auf diesen Koalitionskampf leistete sich die Reichstagsmehrheit durch die Kassierung zweier sozialdemokratischer Reichstagsmandate. Die Rechtfertigung für diese Gewaltstreiche schlug der bisherigen Praxis des Reichstages in Wahlprüfungsfragen direkt ins Gesicht, was sich nur als Produkt der blinden Angst vor der wachsenden Macht des Sozialismus erklären läßt. Auch darin trat unverkennbar eine Rückwirkung des sozialdemokratischen Wahlerfolges zu Tage, daß die bürgerlichen Parteien, voran das Zentrum, eine Fülle sozialreformerischer Anträge einbrachten, deren offenbarer Zweck ist, ihre Urheber als die „wahren Arbeiterfreunde" bei der deutschen Arbeiterschaft in empfehlende Erinnerung zu bringen und den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Heutzutage mehr als je zuvor bewahrheitet sich also das Wort des Grafen Caprivi, daß die Regierungen jede Maßregel auf ihre Wirkung auf die Sozialdemokratie prüfen. Nicht nur die Regierungen, auch die bürgerlichen Reichstagsparteien handeln nach diesem Grundsatz. War es doch sogar ein Vertreter der Deutschen Volkspartei, der für seine Partei die Aufgabe in Anspruch nahm, die „Wacht am Roten Meere" zu bilden.

Der Charakter eines Vorspiels für größere Kämpfe, den der erste Sessionsabschnitt durch die Einwirkung dieser beiden Fragen erhielt, wurde noch verstärkt durch die gesetzgeberische Unfruchtbarkeit der Verhandlungen, deren Einzelheiten nunmehr zu erörtern sind.

Reichshaushaltsetat für das Finanzjahr 1904.

(1. April 1904 bis 31. März 1905.)

Der diesjährige Reichshaushaltsetat beträgt in

Einnahme und Ausgabe

in Ausgabe: 2 034 511 548 Mark, nämlich
1 696 161 674 Mark an fortdauernden,
171 861 841 „ an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und
166 488 033 „ an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats;
in Einnahme: 2 034 511 548 Mark.

Der Voranschlag im Etatsentwurf betrug 2 460 735 004 Mark, nämlich
2 057 047 075 Mark an fortdauernden Ausgaben
174 551 765 „ an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und
229 136 164 „ an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats.

Digitized by Google

Die erhebliche Differenz zwischen der Summe des Voranschlages und des durch den Reichstag genehmigten Etats, die sich insgesamt auf mehr als 400 Millionen Mark beläuft, ist nur zu einem recht geringen Teil auf Abstriche, in der Hauptsache auf formale Buchungsänderungen zurückzuführen, wie sie durch die sogenannte „Finanzreform" herbeigeführt wurden. Näheres darüber bei Erörterung dieser Finanzreform.

Auf die einzelnen Ressorts verteilen sich die Ausgaben und Einnahmen des Etats für 1904 in folgender Weise:

Fortdauernde Ausgaben:

		Mk.
Bundesrat	—	
Reichstag	759 780	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	241 600	„
Auswärtiges Amt	15 476 757	„
Reichsamt des Innern	68 995 157	„
Verwaltung des Reichsheeres	578 130 193	„
Reichsmilitärgericht	549 633	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	99 301 578	„
Reichs-Justizverwaltung	2 178 529	„
Reichsschatzamt	213 378 605	„
Reichs-Eisenbahnamt	400 880	„
Reichsschuld	104 712 550	„
Rechnungshof	973 820	„
Allgemeiner Pensionsfonds	78 867 320	„
Reichs-Invalidenfonds	41 621 399	„
Post- und Telegraphenverwaltung	413 594 192	„
Reichsdruckerei	5 519 181	„
Eisenbahnverwaltung	71 460 500	„
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 696 161 674	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat.

		Mk.
Reichstag	—	
Auswärtiges Amt	22 043 626	„
Reichsamt des Innern	9 466 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	13 271 012	„
Reichsdruckerei	283 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	36 203 833	„
Reichsmilitärgericht	16 000	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	53 153 970	„
Reichs-Justizverwaltung	55 000	„
Reichsschatzamt	900	„
Reichsschuld	—	
Rechnungshof	—	
Eisenbahnverwaltung	6 851 500	„
Reichs-Eisenbahnamt	4 000	„
Aus Anlaß der Expedition in das Südwestafrikanische Schutzgebiet	513 000	„
Summe a)	171 861 841	Mk.

Digitized by Google

b) Außerordentlicher Etat.

Reichsamt des Innern	5 000 000	Mk.
Reichsschatzamt	15 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	22 095 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	31 818 564	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	46 115 000	„
Eisenbahnverwaltung	13 041 600	„
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	12 764 047	„
Zur Deckung des Fehlbetrages im ordentlichen Haushalte für 1902	30 608 622	„
Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats	5 035 200	„
Summe b)	166 488 033	Mk.
Summe der einmaligen Ausgaben	338 349 874	Mk.
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 696 161 674	„
Summe der Ausgabe	2 034 511 548	Mk.

Einnahme.

Zölle und Verbrauchssteuern	843 686 470	Mk.
Reichsstempelabgaben	88 856 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	480 144 130	„
Reichsdruckerei	8 315 000	„
Eisenbahnverwaltung	96 305 700	„
Bankwesen	11 048 500	„
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	37 327 320	„
Aus dem Reichs-Invalidenfonds	42 562 624	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren	113 900	„
Zuschuß des außerordentlichen Etats	5 035 200	„
Ausgleichungsbeträge	18 191 558	„
Matrikularbeiträge *)	236 437 113	„
=	1 868 023 515	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel **)	166 488 033	„
Summe der Einnahme	2 034 511 548	Mk.

Zur richtigen Würdigung der Gesamtsumme des Etats ist zu beachten, daß die als **Ueberweisung an die Einzelstaaten** gebuchte Summe, über deren Charakter bei nachstehender Erörterung des Finanzreformgesetzes näheres gesagt wird, nicht nur von der Gesamtausgabe, sondern auch von der Gesamteinnahme in Abzug gebracht werden muß, will man die wirkliche Belastung des Volkes für Reichszwecke feststellen. Wir erhalten dann folgende Zahlen:

Gesamtsumme des Etats in Einnahme und Ausgabe	2 034 511 548 Mk.
davon ab die Ueberweisungssumme	195 927 000 „
Wirkliche Gesamtbelastung des Reichs für Reichszwecke nach Maßgabe des Reichshaushaltsetats:	**1 838 584 548 Mk.**

*) Laut § 4 des Etatsgesetzes werden die von den Bundesstaaten aufzubringenden Matrikularbeiträge für das Rechnungsjahr 1904 zunächst nur bis zum Betrage von 219 650 000 Mk. erhoben, bis der zur Deckung des Bedarfs nach den wirklichen Ergebnissen des Reichshaushaltsetats erforderliche Betrag festgestellt ist. (Antrag Spahn, näher erläutert unter dem Abschnitt „Zuschußanleihe und Matrikularbeiträge".)

**) Von den außerordentlichen Deckungsmitteln sind laut § 2 des Etatsgesetzes 152 065 221 Mk. im Wege des Kredits flüssig zu machen.

Digitized by Google

Neben dem Reichshaushaltsetat wird noch ein besonderer **Etat für die Schutzgebiete** (Kolonien) geführt, der in Einnahme und Ausgabe für das Rechnungsjahr 1904 mit 42877570 Mk. balanciert ist.

Insofern diese Summe vom Reich zu decken ist, sind die entsprechenden Beträge bereits im Reichshaushaltsetat enthalten. Der Etat für die Schutzgebiete darf deshalb nicht zur Gewinnung eines Gesamtbildes dem Reichshaushaltsetat hinzugerechnet werden.

Es werden nämlich aufgebracht:

aus eigenen Einnahmen der Schutzgebiete (Zölle, Steuern und Gehälter)	8 613 944 Mk.
Zuschüsse des Reichs:	
für Kiautschou (im Marineetat gebucht)	12 583 000 „
für die übrigen Kolonien (im Etat des Auswärtigen Amts)	21 680 626 „
	42 877 570 Mk.

Außer dem eigentlichen Etat hatte sich ferner der Reichstag aber auch noch aus Anlaß des **südwestafrikanischen Krieges** mit 2 Nachtragsetats für 1903 sowie 2 Ergänzungsetats für 1904 zu befassen.

Der 1. Nachtragsetat für 1903 umfaßte in Einnahme und Ausgabe	1 496 000 Mk.
Der 2. Nachtragsetat für 1903 desgleichen	3 092 000 „
Zusammen	4 588 000 Mk.

Diese nachträglichen Bewilligungen verstärken das Defizit des Jahres 1903.

Der 1. Ergänzungsetat für 1904 umfaßte in Einnahme und Ausgabe	1 325 200 Mk.
Der 2. Ergänzungsetat für 1904 desgleichen	3 710 000 „
Zusammen	5 035 200 Mk.

Diese nachträglichen Bewilligungen für 1904 sind in dem vorstehenden Hauptetat ergänzend hineingearbeitet.

Die Stengel'sche Finanzreform.

Gleichzeitig mit dem Voranschlag für den Reichshaushaltsetat wurden dem Reichstage diesmal der „Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderungen im Finanzwesen des Reichs" vorgelegt. Das Gesetz ist denn auch, allerdings mit erheblichen Veränderungen, zustande gekommen. Da es den Reichshaushaltsetat zahlenmäßig umgestaltet, worauf bei der vorstehenden Wiedergabe der Budgetzahlen bereits hingewiesen wurde, erscheint es notwendig, dies Gesetz und seine Wirkungen vorab zu erörtern.

Die eigenen Einnahmen des Reichs rühren fast ausnahmslos aus indirekten Steuern, Verbrauchsabgaben und Zöllen her. Eigene direkte Steuern sind zwar verfassungsgemäß in Aussicht gestellt. Zu deren Einführung ist jedoch seitens der Reichsregierung und der Mehrheitsparteien nie ein Finger gerührt worden. Erklärlicherweise! Denn indirekte Steuern treffen die Steuerzahler nicht nach Maßgabe ihres Einkommens, sondern wirken progressiv nach unten. Die Hauptlast hat die breite Masse des Volkes zu tragen; die Wohlhabenden merken wenig davon. Deshalb sind alle bisherigen Bemühungen unserer Partei, die indirekten durch direkte Reichssteuern zu ersetzen, an dem Widerstande der herrschenden Klassen und ihrer Regierungsorgane gescheitert. Das Bestreben der Regierung ist bisher vielmehr darauf gerichtet gewesen, die indirekten Steuern zu erweitern. Bismarcks Ideal war es, durch indirekte Reichssteuern soviel aufzubringen, daß das Reich von dem Ertrage noch einen Teil an die Bundesstaaten abgeben könne. Vorübergehend ist das auch gelungen.

Digitized by Google

Bei Begründung des Reichs waren als Nothehelf zur Ergänzung der Erträge aus indirekten Steuern die Matrikularbeiträge vorgesehen, d. h. der Fehlbetrag, der dadurch entsteht, wenn die eigenen Einnahmen des Reiches die Ausgaben nicht begleichen, ist dadurch zu decken, daß die einzelnen Bundesstaaten die erforderlichen Summen gemäß ihrer Bevölkerungszahl aufzubringen haben. Es liegt auf der Hand, daß das an sich eine durchaus ungerechte Methode der Besteuerung ist. Das reiche Bremen oder Hamburg bringt auf den Kopf der Bevölkerung an Matrikularbeiträgen ebenso viel auf wie das arme Lippe oder Waldeck. Obschon nun die Einzelstaaten den Matrikularbetrag aus dem allgemeinen Staatssäckel entnehmen, also innerhalb ihrer Bevölkerung ihn nicht als Kopfsteuer aufbringen, ist das Verfahren noch immer ungerecht genug. Die Matrikularbeiträge haben aber einen Vorzug, der vor der Hand, bis wir direkte Reichssteuern haben, ihre Beibehaltung wünschenswert macht.

Während nämlich die indirekten Steuern laut Gesetz so lange forterhoben werden, bis sie durch Gesetz, also unter Zustimmung des Reichstages und Bundesrates wieder aufgehoben werden, unterliegen die Matrikularbeiträge der jährlichen Bewilligung des Reichstages. Sie sind also die einzige Einnahmequelle des Reichs, die eine volle Ausnutzung der konstitutionellen Machtbefugnisse des Reichstages bei der Einnahmebewilligung ermöglicht. Deshalb waren sie auch dem Fürsten Bismarck und sind heute noch allen seinen Nachtretern ein Dorn im Auge. Indem er danach strebte, das Reich durch Ausdehnung der indirekten Steuern „auf eigene Füße zu stellen", zielte er damit gleichzeitig auf Einschränkung der konstitutionellen Rechte des Reichstages ab.

Als deshalb mit dem Uebergange zu einer umfassenden Schutzzöllnerei im Jahre 1879 diese konstitutionelle Gefahr näher rückte, verfiel Windthorst, der samt dem Zentrum bei der Schutzzöllnerei weidlich mitgeholfen hatte, zur Sicherung des so wie so recht schwachen konstitutionellen Einflusses des Reichstages auf ein eigenartiges Mittel, das als lex Frankenstein oder Frankensteinsche Klausel nach dem offiziellen Antragsteller bekannt geworden ist.

Ursprünglich wurde durch dies Gesetz bestimmt, daß vom Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer nur ein fester Betrag von 130 Millionen Mark dem Reiche verbleiben, der anfangs auf 40 Millionen Mark eingeschätzte Restbetrag den Bundesstaaten überwiesen werden solle. Mit der Steigerung der Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern und Hinzutritt der Branntweinverbrauchsabgabe und der Stempelsteuer zu den Ueberweisungssteuern stieg die Ueberweisung im Laufe der Jahre auf 542 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1903.

Die beabsichtigte Wirkung der Frankensteinschen Klausel war nun die, daß nach Abzug der Ueberweisungssummen von den gesamten Reichseinnahmen diese nicht mehr zur Begleichung der Ausgaben ausreichten, so daß der Fehlbetrag nach wie vor durch Matrikularbeiträge gedeckt werden mußte. Diese Matrikularbeiträge waren aber von Jahr zu Jahr neu zu bewilligen. Darin lag die konstitutionelle Garantie. Da die Ueberweisungen nach genau dem nämlichen Verfahren, wie die Matrikularbeiträge durch Umlage auf den Kopf der Bevölkerung, berechnet werden, brauchen die Gesamtsummen nur buchungsgemäß verrechnet zu werden, ausgezahlt wird nur die Differenz zwischen den Ueberweisungen und den Matrikularbeiträgen. Uebersteigen die Ueberweisungen die Matrikularbeiträge, so erhalten die Bundesstaaten vom Reich etwas herausgezahlt, reichen sie nicht aus, die Matrikularbeiträge zu decken, so müssen die Einzelstaaten die ungedeckten Matrikularbeiträge an das Reich abführen.

Eine ganze Reihe von Jahren erhielten die Bundesstaaten auf diese Weise Ueberschüsse ausgezahlt. Dieser Zustand führte zur Einführung der sogenannten Lieber 1896, auf Grund deren nach verschiedenen Modifikationen von diesen

Digitized by Google

Ueberschüssen drei Viertel zur Ablösung der Reichsschulden verwandt werden und nun ein Viertel an die Bundesstaaten abzuführen ist. Die Reichsschuld wurde so um 142 900 000 Mk. im ganzen vermindert. Sie ist allerdings trotzdem durch neue Anleihen erheblich erhöht worden.

Dem Zustand, daß überhaupt Ueberschüsse aus den Ueberweisungssteuern an die Einzelstaaten abgeführt werden konnten, wurde indes ein Ende gemacht durch das unaufhörliche Anwachsen der Ausgaben für Heer und Marine, was schließlich dahin geführt hat, daß die Einzelstaaten seit dem Jahre 1899 überhaupt nicht mehr herausgezahlt bekommen haben, sondern ihrerseits ungedeckte Matrikularbeiträge in steigendem Maße zu zahlen hatten. Im Jahre 1903 waren es 23 764 234 Mark. Diese Summe würde noch größer gewesen sein, wenn nicht gleichzeitig das System der Anleihen zur Deckung der laufenden ordentlichen Ausgaben sich eingebürgert hätte. Im letzten Jahre 1903 betrug die „Zuschußanleihe" 72 Millionen Mark. Dabei hat die Reichsverwaltung ein steigendes Defizit herausgewirtschaftet. Das heißt, durch Ueberschreitung der im Etat vorgesehenen Ausgaben und durch Zurückbleiben der wirklichen Einnahmen hinter den geschätzten Summen hat sich seit 1900 ein Fehlbetrag beim Jahresabschluß herausgestellt, der im Rechnungsjahr 1902 (wofür die letzte endgültige Feststellung erfolgt ist) 30 722 522 Mark betrug und das für 1903 auf 20 000 000 Mark geschätzt wird. Diese Defizits belasten dann natürlich das Budget des Folgejahres. Um das hier kurz skizzierte Bild der Finanzgebahrung im Deutsche Reich zu vervollständigen, muß erwähnt werden, daß die Reichsschulden seit 1880 von rund 268 Millionen Mark nunmehr auf 3103½ Millionen Mark gestiegen sind.

Für eine ernstliche Finanzreform im großen Stil hätte also ein Reichsfinanzminister eine treffliche Gelegenheit. Dazu würde nach zweierlei Richtung ein Bruch mit dem bisherigen System notwendig sein: die Ausgaben für Heer und Marine wären erheblich einzuschränken, und die Einnahmen müßten nach Möglichkeit durch direkte Steuern aufgebracht werden. Für diese von uns vertretenen Forderungen, die sich übrigens noch vollkommen im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems halten, ist jedoch bei der Regierung des weltpolitischen Zickzackkurses keine Neigung. Was da früher schon durch Miquel als „Finanzreform" ergebnislos betrieben wurde und was jetzt der neue Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel angeregt und teilweise auch durchgesetzt hat, kommt der Form nach nur auf ein neues Buchungsverfahren hinaus; im Kern der Sache ist damit obendrein eine recht bedenkliche Schwächung des konstitutionellen Einflusses des Reichstages verbunden. Dem Moloch aber wird kein Härlein versengt.

Nach den Regierungsvorschlägen kam die Reichsfinanzreform auf folgendes hinaus:

1. Von den Ueberweisungssteuern sollten künftig nur noch die Branntweingebrauchsabgabe zur Ueberweisung an die Einzelstaaten dienen. (Das würde die Ueberweisungssumme auf etwa 106 Millionen Mark reduziert haben.)

2. sollte die Bestimmung des Schuldentilgungsgesetzes vom 28. März 1903, durch die den Bundesstaaten so lange keine Mehrüberweisungen zufließen, als nicht die Zuschußanleihe vom Jahre 1903 gedeckt ist, in Fortfall kommen. (Das würde also die Tendenz haben, die Zuschußanleihe dauernd bestehen zu lassen.)

3. wurde die Klausel eingeführt, daß in der Regel der budgetmäßig von den Einzelstaaten aufzubringende Betrag an Matrikularbeiträgen den Betrag der durchschnittlich in den voraufgegangenen 5 Jahren empfangenen Ueberweisungen nicht übersteigen soll. (Das zielte darauf ab, die Einzelstaaten überhaupt von der tatsächlichen Zahlung von Matrikularbeiträgen zu entlasten, indem zunächst

Digitized by Google

auf Deckung durch Zuschußanleihen, dann aber auch auf neue Steuern, Tabak-, Biersteuer und dergleichen spekuliert wurde.)

In der mit der Generaldebatte über das Budget verknüpften ersten Lesung des Gesetzes wies unser Redner sofort daraufhin, daß diese sogenannte Reform, wenn sie auch das Buchungsverfahren etwas vereinfache, doch unter keinen Umständen unsere Zustimmung finden könne, da, wenn die Vorlage Gesetz werden sollte, *das Budgetrecht des Reichstages in der Hauptsache nur noch auf dem Papier stehe*. Außerdem würde das Reich noch mehr in die Schuldenwirtschaft hineintreiben, und für die Einzelstaaten würde durch Fortfall der ungedeckten Matrikularbeiträge auch ein wesentlicher Anreiz zu einer sparsameren Finanzwirtschaft im Reiche fortfallen.

Auch bei den anderen Parteien erregte die Vorlage starke Bedenken. In den langwierigen Beratungen der Budgetkommission wurden diese Bedenken aber bis zu einem gewissen Grade beschwichtigt. Herr v. Stengel drohte, wenn überhaupt nichts zu stande käme, mit seinem Rücktritt, welcher ungewohnte Vorgang angesichts der sonstigen Unempfindlichkeit deutscher Minister gegen parlamentarische Schlappen allgemeines Staunen erregte. Schließlich einigte sich unter Vortritt des Ausschlag gebenden Zentrums die Mehrheit auf folgende *Modifizierung* des Gesetzes:

Außer der *Branntweinverbrauchsabgabe* sollten noch die *Stempelabgaben* sowie die *Branntweinmaterialsteuer* und *Maischbottichsteuer* Ueberweisungssteuern bleiben. Das bedeutet die Erhöhung der von der Regierung vorgeschlagenen Ueberweisungssumme von 106 Millionen Mark auf etwa 200 Millionen Mark. Die *übrigen* Neuerungen des Gesetzentwurfes betreffs der Schuldentilgung und der Anordnung, daß die Matrikularbeiträge den fünfjährigen Ueberweisungsdurchschnitt nicht übersteigen dürften, wurden *gestrichen*.

In der zweiten Lesung am 7. Mai 1904 wurde durch unsere Partei auch der so modifizierte Entwurf bekämpft. Unser Redner wies nach, daß auch so durch Reduktion der Ueberweisungen und damit der Matrikularbeiträge das Einnahmebewilligungsrecht des Reichstages erheblich eingeschränkt werde. Je größer der Spielraum für die zu bewilligende Summe, um so kräftiger offenbar der Einfluß des Reichstages. Dazu komme, daß wir unmittelbar vor einer Aenderung unserer Zolleinkünfte und zwar einer Erhöhung auf Grund neuer Handelsverträge ständen, durch die die Matrikularbeiträge wesentlich beeinflußt werden müssen. Das sei der ungeeignetste Moment zu einer solchen Neuerung. Festhalten an den konstitutionellen Rechten, Abwehr ihrer Schwächung sei aber besonders geboten zu einer Zeit, in der das *persönliche Regiment* sich von Tag zu Tag mehr auszudehnen strebt.

Diese Erwägungen wie unsre Gegnerschaft gegen die Vorlage hinderten aber natürlich die Mehrheitsparteien nicht, das Gesetz in der Kommissionsfassung anzunehmen. Welche Wirkungen dieser Beschluß auf unser konstitutionelles Leben hat, wird die Zukunft lehren. Zunächst hat sie zu einer *Buchungsänderung* geführt: die Gesamtsumme des Etats in Einnahme und Ausgabe wird dadurch etwa um 8—400 Millionen Mark gekürzt. Tatsächlich werden, wie schon vorhin das bei den Budgetzahlen erwähnt wurde, die Einnahmen und Ausgaben indes nicht verringert. Dadurch, daß die *Ueberweisungen* im Reichshaushaltsetat *unter Ausgabe gebucht* werden, während die unter den *Einnahmen* gebuchten *Matrikularbeiträge* um eine den Ueberweisungen genau entsprechende Summe erhöht werden müssen, wird die Gesamtsumme, mit der das Budget balanziert, eine fiktive Zahl. In dem für 1904 fertiggestellten Budget z. B. sind im Etat des Reichsschatzamtes gebucht an Ueberweisungen an die Einzelstaaten 195 927 000 Mk., unter den

Digitized by Google

Ausgaben erschienen dann Matrikularbeiträge: 236 437 113 Mk. Würden nicht die Erträge der vorerwähnten Reichssteuer überwiesen werden, so würden auch die Matrikularbeiträge auf ihren jetzt thatsächlich zu zahlenden Betrag von 40 510 113 Mk. herabgesetzt werden müssen, und die Gesamtsumme des Budgets in Einnahme und Ausgabe wäre dementsprechend zu reduzieren. (Siehe die Schlußsumme des Etats.)

Im Anschluß an seine Beschlußfassung über das Finanzgesetz hat der Reichstag dann noch auf Vorschlag der Budgetkommission eine Resolution angenommen, der auch wir unsre Zustimmung erteilen konnten. Es wird darin zur baldtunlichen Vorlegung eines Gesetzentwurfes aufgefordert, „durch welchen die Maischbottichsteuer-Rückvergütung auf eine der tatsächlichen Ausbeute möglichst entsprechende Höhe herabgesetzt wird". Da darin ein Vorstoß gegen eine Liebesgabe an die Agrarier enthalten ist, kam es im Plenum zu einer Auseinandersetzung mit diesen unersättlichen Blutegeln am Reichskörper. Unsrerseits wurde darauf hingewiesen, wie die Maischbottichsteuer-Rückvergütung, weil sie auf Grund eines älteren Brennverfahrens veranlagt ist, geradezu als eine Prämie wirkt für die mit verbesserten Einrichtungen arbeitenden größeren Brennereien. Vorläufig ist die Resolution aber weiter nichts als ein frommer Wunsch, solange die Regierung nicht die gewünschte Neuregelung ernstlich in die Hand nimmt.

Die Etatsberatungen.

Die Etatsberatungen haben dieses Jahr einen unverhältnismäßig großen Teil des ersten Sessionsabschnitts in Anspruch genommen. Das lag aber nicht daran, daß sie etwa von epochemachender Wichtigkeit gewesen wären. Die Regierung war vielmehr mit ihren Vorarbeiten für den Etat so spät fertig geworden und hatte den Reichstag erst so spät, zum 3. Dezember, zusammenberufen, daß die erforderlichen Erörterungen der Vorlage in der Kommission und im Plenum fast die ganze verfügbare Zeit des Reichstages aufzehrten. Es war nicht einmal möglich, den Etat vor Ostern, also bis zu Beginn des Etatsjahres am 1. April, fertig zu stellen. Ein Provisorium für die Monate April und Mai wurde bewilligt. Zu Ende kamen die Beratungen mit der dritten Lesung erst am 13. Mai 1904. Zwischendurch wurden in aller Eile noch einige Gesetzentwürfe der Regierung verabschiedet. Gesetzentwürfe der Parteien aus dem Hause sind, soweit sie nicht etwa aus Anlaß einer Regierungsvorlage mit verhandelt wurden, gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden. Daß eine solche Geschäftsgebahrung der Regierung nicht zur Förderung der Reichs- und Volksinteressen dienen kann, liegt auf der Hand. Dem Parlamentarismus sind sie direkt abbrüchig. Daß die Regierung eine solche Schädigung des parlamentarischen Lebens direkt verschuldet hat, hielt aber die Wortführer des herrschenden Systems nicht ab, die Volksvertretung für die unzeitige Fertigstellung des Etats verantwortlich zu machen. Besonders gegen die Sozialdemokraten wurde der Vorwurf erhoben, daß sie durch Reden die Geschäftserledigung aufhielten. Das konnte natürlich unsere Partei nicht abhalten, ihrer hauptsächlichsten parlamentarischen Pflicht, Mißstände zu rügen und auf deren Abstellung zu dringen, im vollsten Maße Genüge zu tun. Hätte sie darauf verzichtet oder ihre Rügetätigkeit b der Etatsberatung auch nur eingeschränkt, so hätte ja die Regierung mit ihr Praxis der Verspätung die für sie sehr erfreuliche Wirkung erzielt, die Einwirkung der parlamentarischen Verhandlungen auf unser öffentliches Leben einzuschränken. Sie würde darin eine Ermutigung gefunden haben, auch künftig sich eine unbequeme Opposition durch möglichste Hinausschiebung der parlamentarischen Geschäfte vom Halse zu halten.

Digitized by Google

In der **Generaldebatte** über den Etat am 10. Dezember 1903 hatte unser Redner zunächst wieder die Finanzwirtschaft des Reichs zu geißeln, die zu einer Defizit- und Anleihewirtschaft ausgeartet ist. Er wies darauf hin, daß trotz der Erhöhung der Einnahmen in den letzten Jahren durch die Wirkungen des Steuerbuketts von 1900 und 1901 wir aus dem Defizit nicht herauskommen. Es genüge zu konstatieren, daß die Ausgaben des ordentlichen Etats trotz, wie zugegeben werden könne, sorgfältiger Veranlagung rung 59¾ Millionen Mark mehr beanspruchen als im Vorjahr und daß davon nicht weniger als 59¼ Millionen Mark im Wege der Zuschußanleihe aufgebracht werden solle, während die gesamte Anleihe, die im diesjährigen Etat verlangt werde, nicht weniger als 214¾ Millionen Mark betrage. So wachse die Reichsschuld beständig. Es sei auch gar kein Zweifel, daß der Karren immer so weiter laufen werde, so lange nach dem herrschenden System regiert werde.

Voraufgegangene Klagen des Redners der Zentrumspartei über die Finanzlage gaben unserm Redner Anlaß zu betonen, daß gerade das Zentrum ein vollgerütteltes Maß der Mitschuld an diesen Zuständen trage,

„denn die ganze Misere, die ganze finanzielle Situation, in die wir hineingekommen sind, ist in erster Linie dem Zentrum zu danken. Das muß mit allem Nachdruck immer und immer wieder ausgesprochen werden. Ohne Ihre Zustimmung, meine Herren im Zentrum, zu dem großen Flottenplan, ohne ihre Zustimmung zu all den sonstigen Anforderungen der verbündeten Regierungen an den Reichstag wäre es nicht möglich gewesen, daß wir in die gegenwärtige Situation hineingekommen wären."

Unser Redner wies dann auf die drohenden neuen Forderungen für Heer und Marine hin, die für dieses Jahr nur hinausgeschoben seien. Das Quinquennat für die Armee laufe am 31. März 1904 ab. Wenn jetzt dessen Verlängerung auf ein Jahr — ein bisher unerhörtes Verfahren — gefordert werde, so wisse jeder Denkende, warum. Bei der traurigen Finanzlage seien Mehrforderungen jetzt unmöglich. Von der schönen Gewohnheit der Mehrforderungen bei Einbringung einer neuen Septennats- oder Quinquennatsvorlage wolle aber auch der neue Kriegsminister nicht abgehen. Deshalb das ungewöhnliche Verfahren, das Quinquennat vorläufig auf ein Jahr weiter bewilligen zu lassen. Nach einer eingehenden Kritik der militärischen Zustände erklärte unser Redner, er wolle sich die Frage der Militärmißhandlungen bis zum Militäretat vorbehalten. Ausführlich präzisierte er dann unsere Stellung zu der Handelsvertragsfrage, wie sie in den einleitenden Ausführungen dieses Berichts dargelegt wurde und stellte in Zusammenhang damit die Frage, wie es sich denn mit dem angeblichen Plane verhalte, Schiffahrtsabgaben auf den deutschen Strömen einzuführen, was eine unsern Handel schwer schädigende Maßregel sein würde. Jedenfalls müsse Klarheit darüber geschaffen werden.

Einige allgemein gehaltene Bemerkungen der Thronrede über die Absicht der Regierung, die sozialpolitische Gesetzgebung weiter zu fördern, gaben unserm Redner Anlaß, darauf hinzuweisen, wie wenig die Taten der Regierung diesen schönen Worten entspräche. So habe auch der Reichskanzler am 20. Januar 1903 gesagt:

„Se. Majestät der Kaiser ist auch davon durchdrungen, daß die Arbeiter gleichberechtigt sein sollen mit den andern Ständen und Klassen und daß diese Gleichberechtigung ihren gesetzgeberischen Ausdruck finden soll."

Diese Zusicherung der Gleichberechtigung werde recht eigentümlich illustriert durch das Dreiklassenwahlsystem bei den preußischen Landtagswahlen. Man

Digitized by Google

dürfe sich nicht darauf beschränken, von einer sozialen Gleichberechtigung zu sprechen, denn die soziale Gleichberechtigung sei undenkbar ohne die politische und die politische ohne die soziale.

Wie Behörden und Unternehmer die Gleichberechtigung der Arbeiter werten, zeigte er dann in eingehender Erörterung der Crimmitschauer Aussperrung von 7000 Arbeitern. Dort hätten Unternehmer und Behörden gemeinsame Sache gemacht zur Niederhaltung der Arbeiter, die weiter nichts versucht hätten, als sich eine zehnstündige Arbeitszeit zu sichern, wie sie in anderen Ländern, zum Teil auch bereits in Deutschland, im Textilgewerbe durchgeführt sei. Die Maßregel der Regierung, durch die den Arbeitern in Crimmitschau und Umgegend Versammlungen überhaupt unmöglich gemacht und durch Gendarmen den Leuten sogar in den Lokalen, wo die Gelder an die Ausgesperrten gezahlt worden, jede Unterhaltung verboten wurde, geißelte er unter stürmischer Zustimmung unserer Fraktion mit den Worten:

„So kann man nur in Sachsen verfahren, so gewalttätig, so brutal, so rücksichtslos, so alles Recht mit Füßen tretend! Das sind recht sächsische Manieren! — das muß ich leider sagen."

Seine Kritik der Crimmitschauer Vorgänge spitzte unser Redner dann zu der Mahnung an Regierung und Reichstag zu, endlich zunächst mit der gesetzlichen Durchführung des zehnstündigen Normalarbeitstages ernst zu machen. Es sei das eine dringende kulturelle Forderung, durch deren Gewährung zahlreiche Arbeitskonflikte vermieden werden könnten.

Die auswärtige Politik streifte er durch den Hinweis auf die bedenkliche Fortführung der ostasiatischen Politik der Regierung und die traurige Rolle, die das Deutsche Reich Rußland gegenüber beobachte. Das sei schon nicht mehr bloß ein Wettkriechen, das sehe verwünscht nach Bauchrutschen aus. Für die polizeilichen Liebesdienste, die das Deutsche Reich und die preußische Regierung fortgesetzt dem Zarenregiment erwiesen, eine besondere Interpellation ankündigend, protestierte er gegen die entwürdigende Beihülfe, die deutscherseits diesem „Barbarenstaat" erwiesen werden, der die schlimmsten Barbareien im Inlande und Auslande sich fortgesetzt zu schulden kommen lasse: Die grausame Mißhandlung der eigenen Angehörigen, welche eine Besserung der heimischen Zustände erstrebten, die Greueltaten in Kischinew gegen die Juden, die Ertränkungen von Tausenden von Chinesen bei Blagowestschensk, die Anzettelung von Mordtaten in Bulgarien und Serbien. „Und dasselbe Rußland, das so nach allen Seiten hin für die Barbarei und gegen die Kultur mit Gewalt und Unterdrückung und selbst mit Morden arbeitet, das wird von deutscher Seite unterstützt!" Unerfreulich sei das Bild, das die deutsche Politik zeige, nach allen Richtungen. Die Massen in Deutschland verlangten endlich ihr vollwichtig Teil an materieller Wohlfahrt, an geistiger Freiheit und an politischer Gleichheit und Gerechtigkeit. Regierung und Reichstag würden gut tun, künftig ihre Maßregeln danach zu treffen.

Der Reichskanzler Graf v. Bülow, der dieser umfassenden Kritik zu antworten hatte, war augenscheinlich in der Hauptsache auf eine Militärmißhandlungsrede präpariert. Er brachte seinen Text denn auch mit etwas gequälter Motivierung vor, mußte sich aber damit gegen den Redner der Zentrumspartei wenden. Die auswärtige Politik Deutschlands erklärte er für äußerst friedlich und verwahrte sich gegen die „zügellose Kritik", die unser Redner an dem „befreundeten Nachbarreich" geübt habe. Ja, er verstieg sich zu der Erklärung, er sei überzeugt, die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich zu haben, wenn er nicht ablasse, auf das sorgsamste die Beziehungen zu Rußland auch weiterhin zu pflegen. Die Absicht, Stromabgaben einzuführen, bestritt Graf Bülow. Nachdem der leitende Staatsmann des Deutschen Reiches so mit einigen seichten Redewendungen sich seiner eigentlichen Aufgabe, die Reichs-

Digitized by Google

Politik zu verteidigen, entledigt hatte, stürzte er sich zu großer Belustigung der sozialdemokratischen Abgeordneten Hals über Kopf in eine Sozialistentöterrede hinein, zu der ihm der Dresdener Parteitag und allerhand sozialdemokratische Schriften älteren und neueren Datums Material zu liefern hatten. Man braucht nur diese Tatsache zu konstatieren, daß der Reichskanzler gelegentlich der Generaldebatte über das Budget, die zur Aussprache über die Gesamtpolitik des Reiches dienen soll, seine Sache in solcher Weise führt, um zu zeigen, einerseits, wie wenig die Leitung der Reichsregierung ihrer Aufgabe gewachsen ist, andererseits, welche Bedeutung für unser öffentliches Leben die Sozialdemokratie gewonnen hat. Die undankbare Aufgabe, die sächsischen Behörden wegen ihres Verhaltens in Crimmitschau zu verteidigen, fiel dem sächsischen Bevollmächtigten Geheimrat Fischer zu, dem diesmal die Mohrenwäsche natürlich ebenso wenig gelingen konnte, wie bei früheren Gelegenheiten, wenn er der besonderen sächsischen Regierungsmethode im Reichstage das Wort zu reden hatte. Unser Vertreter hat dann in einer der folgenden Sitzungen, am 14. Dezember, mit dem Reichskanzler wegen seines Angriffs auf die Sozialdemokratie gründlich Abrechnung gehalten. Der Reichskanzler replizierte abermals, ohne auch bei dieser Gelegenheit den Beweis eines halbwegs anerkennenswerten Verständnisses für die sozialdemokratische Bewegung zu erbringen. Ihm assisterte der neue Kriegsminister Generalleutnant v. Einem, der bei Befehdung der Sozialdemokraten sich den denkwürdigen Ausspruch leistete:

„Herr Bebel hat ausgeführt, es wäre hier mehrfach anerkannt worden, daß die Sozialdemokraten die besten Soldaten seien. Meine Herren! So wichtig es ist, daß ein Soldat sich gut führt, daß er ein guter Schütze ist, ein gutes Aeußere hat, den braven ordentlichen Soldaten macht die Gesinnung."

Also, ob der Soldat gut schießt, darauf kommt es weniger an; daß er „patriotisch" wählt, das ist die Hauptsache bei unseren politisierenden Obermilitärs.

Die weiteren Verhandlungen führten dann noch zu einer eingehenden, auf Akten gestützten Darlegung der Crimmitschauer Vorgänge durch einen unserer sächsischen Genossen, wodurch die Rechtfertigungsversuche des sächsischen Geheimrats für das Verhalten der Behörde widerlegt wurden.

Eine Anzapfung des konservativen Grafen Limburg-Stirum brachte den preußischen Eisenbahnminister Herrn Budde dazu, sich feierlich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß er ernstlich sich für die Wahlfreiheit der Eisenbahnbeamten ausgesprochen habe. Er habe im preußischen Abgeordnetenhause sich dagegen verwahrt, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter irgendwie angetastet zu haben.

„Dabei ist mir," fuhr er wörtlich fort, „als jungem Minister die erwähnte unglücklich gefaßte Redewendung entschlüpft: Die Eisenbahner können wählen, wen sie wollen, auch Sozialdemokraten. Das habe ich gesagt, das war ein falsch gewählter Ausdruck, wie man zu sagen pflegt: ein falscher Zungenschlag," der einem Minister, der frisch eintritt und parlamentarisch noch nicht geschult ist, wohl passieren kann."

Es spricht Bände zur Charakterisierung unserer Zustände, daß ein Minister vor dem reaktionären Politiker gegenüber de- und wehmütig Abbitte leistet für ein Wort, das halbwegs als eine ehrliche Anerkennung für das Recht der gesetzlich gestellten auf Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung hätte gedeutet werden können.

Die Antwort wurde ihm sofort von einem unserer Genossen zuteil, der wies, daß die Eisenbahnarbeiter nicht einmal das Koalitionsrecht ausüben dürfen und daß die Eisenbahnwerkstätten allgemach „Musterwerkstätten

Digitized by Google

der rücksichtslosesten Ausbeutung" geworden seien. Herr Budde zog es vor, eine Erwiderung darauf in der sozialistenreinen Atmosphäre des preußischen Abgeordnetenhauses in Aussicht zu stellen, womit er trotz seiner sonstigen Unerfahrenheit doch den vollkräftigen Beweis lieferte, daß er als „junger Minister" sich bereits die klägliche Ausweichtaktik seiner älteren Kollegen angeeignet hat.

Unser Redner begegnete aber auch noch einem Einwand, den der Reichskanzler im Einklang mit früheren Rednern aus dem Hause und vom Regierungstisch gegen unsere Partei erhoben hatte, daß die Sozialdemokratie nichts Positives geschaffen hätte. Er wies an der Hand des Aktenmaterials nach, wie groß der indirekte Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gesetzgebung gewesen ist, trotzdem es geradezu Brauch im Hause sei, daß die anderen Parteien jeden Antrag niederstimmen, der von den Sozialdemokraten ausgehe. Nachher setzen sich dennoch die von der Sozialdemokratie ergangenen Anregungen, häufig allerdings in abgeschwächter Form, durch. Mit vollem Recht gab er deshalb dem Reichskanzler den Rat, doch die Geschichte der deutschen Gesetzgebung einmal ein wenig zu studieren, dann werde er nicht wieder zu solchen Anzweiflungen der sozialdemokratischen parlamentarischen Tätigkeit kommen.

So gab auch diesmal die Generaldebatte zum Etat unseren Rednern reichliche Gelegenheit, den Standpunkt unserer Partei in den großen Fragen des öffentlichen Lebens zu wahren, die Angriffe der Gegner zurückzuweisen und die argen Mißstände in Staat und Gesellschaft zu kritisieren.

Die zweite Beratung des Etats setzte am 25. Januar 1904 mit dem **Etat des Reichstags** ein. Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete der als „Mädchen aus der Fremde" alljährlich wiederkehrende Diätenantrag, der diesmal von nationalliberaler Seite gestellt und begründet wurde. Er fordert, früheren Beschlüssen konform, Anwesenheitsgelder für die Abgeordneten in der Höhe von 20 Mark pro Tag, sowie freie Fahrt auf allen Eisenbahnen im Reich während der Dauer der Session. Es ist ein beschämender Beweis für die Einflußlosigkeit des Reichstags, daß dieser Antrag, auf den alle Parteien mit Ausnahme des reaktionärsten Teils der Konservativen sich allgemach geeinigt haben, von den verbündeten Regierungen Jahr für Jahr gleichmütig abgelehnt wird, wie es heißt, infolge des Widerstandes einzelner Personen. Beschämend für den Reichstag ist dieser Zustand deshalb, weil die geflissentliche Nichtachtung die Mehrheitsparteien nicht zu ernstlichen Gegenmaßregeln gegen die mit Gehältern und Diäten reichlich verproviantierten Bundesratmitglieder angetrieben hat. Sie bejammern die dauernde Beschlußunfähigkeit des Reichstags, die durch die Diätenlosigkeit verschuldet wird und damit basta. Zuckt die Regierung mit den Achseln, so wird geduldig weiter gewartet. Unser Vertreter bei dieser Debatte war, wie bei früheren Gelegenheiten, in der glücklichen Lage, darauf hinweisen zu können, daß die Sozialdemokratie leichter als irgend eine andere Partei die Nachteile der Diätenlosigkeit ertrüge, trotzdem der ursprüngliche Zweck der Diätenverweigerung gerade die Fernhaltung der Sozialdemokraten aus dem Reichsparlament war. Der Antrag wurde auch diesmal wieder vom Reichstage mit überwältigender Mehrheit angenommen und ist dann von der Regierung stillschweigend — zu den übrigen seiner Art gelegt worden.

Ferner brachte unser Redner mehrfach die üble Lage der Angestellten im Reichstage zur Sprache, die meist diätarisch beschäftigt werden und wenn der Reichstag nicht tagt, sich eine andere Beschäftigung suchen müssen. Er lenkte außerdem die Aufmerksamkeit auf Mißstände, die sich für die Berichterstatter auf den Tribünen herausgestellt haben: die augenschädliche

Digitized by Google

Beleuchtung, die Mangelhaftigkeit der Telephonzellen. Ein anderer Genosse ergänzte diese Beschwerden durch den Hinweis auf die Dürftigkeit der Schreibgelegenheiten in dem mit Hallen reichlich ausgestatteten Prachtbau.

Reichsamt des Innern.

Bei Eröffnung der Beratung über den Etat des Reichsamts des Innern ersuchte der Präsident die zahlreich eingelaufenen Resolutionen gesondert zu behandeln, anstatt wie sonst üblich sie gleichzeitig mit zur Verhandlung zu stellen. Das Haus ging auf diesen Vorschlag ein. Daß nicht weniger als 35 Resolutionen zum Etat des Innern eingegangen waren, war der Taktik des Zentrums zu danken, das alle seine sozialpolitischen Gesetzentwürfe, die so wie so nicht hätten zur Verhandlung kommen können, nochmals in Resolutionsform kleidete und dadurch die anderen Parteien zu dem gleichen Verfahren nötigte. Später wurde dann die üble Geschäftslage des Hauses, die durch die verspätete Einbringung des Budgets herbeigeführt worden war, zum Anlaß genommen, diese Resolutionen und damit auch die Erörterung der von ihnen behandelten Materien bis zum Herbst nach Wiederzusammentritt des Reichstages zu vertagen, so daß sie bisher überhaupt nicht zur Erörterung gekommen sind. So hat der Geschäftspraxis der Regierung unsere Partei es zu danken, daß gerade einige für uns sehr wichtige Arbeiterschutzfragen nicht gründlich erörtert, sondern nur gelegentlich gestreift werden konnten. Die von unserer Seite eingebrachten Resolutionen enthalten: 1. die Aufforderung, einen Gesetzentwurf betreffs Arbeitsämter und Einigungsämter vorzulegen (konform mit einem gleichzeitig von unserer Seite eingebrachten Gesetzentwurf); 2. die Aufforderung, das Wohnungswesen auf dem Wege der Gesetzgebung zu regulieren; 3. die Aufforderung, Vorschriften für alle Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr im Verordnungswege zu erlassen; 4. die Aufforderung, eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Arbeit an Sonn- und Festtagen in Glashütten verboten wird; 5. das Verlangen, eine Kommission einzusetzen, die Berufs- und Betriebszählungen in gesetzlich vorgeschriebenen Fristen vorzubereiten hat; 6. die Forderung eines Gesetzes zur Bestrafung von Arbeitgebern, die Arbeiter wegen Ausübung des in § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsrecht in irgend einer Weise schädigen; 7. die Aufforderung zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit, die ihrer Wichtigkeit halber hier im Wortlaut folgt:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen spätestens ab 1. Januar 1906 auf längstens 10 Stunden, ab 1. Januar 1907 auf längstens 9 Stunden und vom 1. Januar 1908 ab auf längstens 8 Stunden festgesetzt und der Sonnabend Nachmittag frei gegeben wird.

In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit spätestens vom 1. Januar 1906 ab von längstens 8 Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden; eventuell dem Reichstage noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die tägliche regelmäßige Arbeits-

zeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis in der Industrie beschäftigten Personen vom 1. Juli d. J. ab auf täglich längstens 10 Stunden festgesetzt und der Sonnabend Nachmittag frei gegeben wird."

Im Anschluß daran ist 6. ferner noch eine besondere Resolution, betreffs die Arbeit in Bergwerken eingebracht, die Vorlage eines Gesetzentwurfes verlangt, durch den insbesondere vorgeschrieben wird:

1. Einführung einer täglichen regelmäßigen Schichtzeit von längstens acht, und in Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens sechs Stunden,
2. obligatorische Teilnahme an der Ueberwachung der für die Betriebe erlassenen Schutzvorschriften durch Arbeiter, die von den Belegschaften in allgemeiner gleicher und geheimer Wahl gewählt sind,
3. Verbot der Frauenarbeit in den der Berginspektion unterstellten Betrieben,
4. einheitliche Regelung des Knappschaftswesens.

Unser Redner rechnete zunächst in der Debatte mit dem Zentrum ab, dessen Vertreter sich nicht hatte enthalten können, seine ruhmredige Verherrlichung der Arbeiterpolitik des Zentrums mit Angriffen auf die Sozialdemokratie zu verbrämen, dann beleuchtete er eingehend die Sozialpolitik der Regierung, die dem Drängen der Scharfmacher folgend mehr und mehr in Stillstand geraten ist. Den Berichten der Gewerbeinspektoren läßt er die Anerkennung zuteil werden, daß sie allgemach, wohl als Folge der sozialdemokratischen Kritik, sich zu einer objektiven Beurteilung des Verhältnisses der Arbeiter zu dem Unternehmer durcharbeiten. Wie viel aber da noch nachzuholen sei, gehe hervor aus der Tatsache, daß im Jahre 1902 von 178 986 revisionspflichtigen Betrieben nur 87,878, durchschnittlich also nur 49,1 Prozent, in Preußen gar nur 47,6 Proz. revidiert worden seien. Abgesehen von einzelnen Kleinstaaten sinke dieses Verhältnis am tiefsten in Unterelsaß, wo nur 17,8 Proz. revidiert wurden. Mehr Fabrikinspektoren müssen daher angestellt werden, besonders aber seien mehr Frauen für das Inspektorat zu verwenden. Wir hätten in den revisionspflichtigen Betrieben 860 087 Arbeiterinnen, dazu noch 101 229 jugendliche Arbeiterinnen, sowie 3399 weibliche Kinder, aber nur 19 Frauen seien im Inspektoriat tätig. Scharf ging er ins Gericht mit der Regierung wegen ihrer feindlichen Stellung gegenüber den Gewerkschaften, deren segensreiches Wirken für die Arbeiter durch Zahlen näher erläuternd. Die Chikanierung der Gewerkschaften durch die Behörden stehe im Widerspruch zu der angeblichen Fürsorge der Regierung für den Arbeiterschutz. Das sei um so unverzeihlicher, als man die Frage zu stellen habe: Was kann eigentlich die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung praktisch erreichen? Sie könne, wie er zutreffend bemerkte, im großen und ganzen nur gesetzlich festlegen, was die vorgeschrittensten Arbeiterorganisationen bereits praktisch erreicht haben. Wie wenig die Behörden ihrer sozialpolitischen Aufgabe gewachsen sind, erläuterte er dann an dem Verhalten der Eisenbahndirektion Köln, die aufgefordert hatte, den Verdienst der Arbeiter den Verhältnissen entsprechend zu reduzieren. An dem Verhalten der Behörden bei den großen Arbeitskämpfen in Crimmitschau, Bremen, Pirmasens, Iserlohn, Dresden, Cöln, Mainz, Cassel zeigt er, wie mehr und mehr die staatliche Macht in den Dienst der Unternehmer gestellt werde. Im Einklang damit ständen ja auch die Meinungsäußerungen einflußreicher Personen über die Arbeiterbewegung. Wie könne man da den Arbeitern einreden wollen, daß sie Vertrauen haben sollten zur Regierung?

Digitized by Google

Der weitere Verlauf der Debatte brachte neue Angriffe auf die Sozialdemokratie seitens der bürgerlichen Parteien. So wurde auch durch den freisinnigen Abgeordneten Mugdan versucht, die sozialdemokratische Partei mit allerlei Beschwerden zu belasten, zu denen die Aerzte sich gegenüber den Krankenkassen für berechtigt halten. Unsrerseits wurde die Identifizierung der Sozialdemokratie mit den Krankenkassenverwaltungen zurückgewiesen, gleichzeitig aber auch gezeigt, welch übertriebene Forderungen die Aerzte stellen. Es seien Aerzte aufgetreten, die das fünffache und gar das siebenfache und zehnfache des heutigen Honorars verlangten. Werde nur die bescheidenere Forderung erfüllt, die das jährliche Gesamthonorar von 85 Mill. Mark auf 175 Mill. Mark steigern würde, so wären die sämtlichen Krankenkassen bankerott. Wie wenig berechtigt die allgemeine Klagen der Aerzte seien, zeigte ein andrer Genosse durch den Hinweis auf die Tatsache, daß 1885 pro Kopf und Jahr der Versicherten 2,15 Mk. für ärztliche Behandlung, 1900 aber bereits 3,60 Mk. ausgegeben seien, und fortgesetzt steige der Betrag; im übrigen sei die Frage des Verhältnisses der Aerzte zu den Kassen keine politische, sondern eine Frage der Praxis. In den Kassenverwaltungen wirkten Angehörige verschiedener Parteien einhellig zusammen. Vor allem sei zu fordern, daß die Behörden nicht einseitig zugunsten der Aerzte sich in den Streit einmischen.

Weiter wurde unsrerseits Klage über die geringfügige Bestrafung von Arbeitgebern wegen Uebertretung von Arbeiterschutzvorschriften geführt. Verlangt wurde, daß alle diese Bestrebungen in tabellarischer Uebersicht dem Reichstage durch die Regierung mitgeteilt wurden. Jetzt wächst die Zahl der Unfälle beständig: 1902 sind 115660 Entschädigungspflichtige verletzt, das sind $6^1/_2$ Proz. der Versicherten, davon 7244 Tote und 54 234 dauernd Erwerbsunfähige. Würde die Kontrolle schärfer gehandhabt, würden die Unternehmer für ihre gefahrbringenden Verstöße gegen die Vorschriften empfindlicher bestraft, so würden diese erschreckenden Zahlen sich mindern.

Eine Anfrage betr. die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter und der Dienstboten in die Unfallversicherung erzielte von dem Staatssekretär die Auskunft, er selbst sei dafür; die Regierungen hatten noch nicht Stellung genommen; vorläufig werde eine Enquete veranstaltet.

Dann wurden dem Lederkönig von Worms, dem Herrn v. Heyl, seine arbeiterfeindlichen Machenschaften gründlich nachgewiesen. Geht er doch so weit, „seinen" Arbeitern auch außerhalb seiner Fabriken die Betätigung ihrer Ueberzeugung unmöglich zu machen.

Beim Titel **Reichsgesundheitsamt** wurde unsrerseits angeregt, Maßregeln zur Reinhaltung der Flüsse zu ergreifen, die sowohl im Interesse der allgemeinen Gesundheitspflege wie der Landwirtschaft und der Fischerei dringend erforderlich sind. Ein agrarischer Ansturm gegen die Einfuhr von Fleisch wurde von einem unsrer Redner mit einer gründlichen Auseinandersetzung über die Frage, inwieweit konserviertes Fleisch aus dem Auslande gefahrlos bei uns in den Nahrungsmittelverkehr übergehen könne, zurückgewiesen. Dabei konnten aus den Kreisen der Fleischer und Wurstfabrikanten Befürwortungen der Fleischeinfuhr angezogen werden, die nachwiesen, daß die agrarischen Forderungen dem sonst von agrarischer Seite gehätschelten Mittelstand die Existenz unnötig erschweren würden. Das Fleischbeschaugesetz in seiner gegenwärtigen Form habe zur Verschlechterung der Lebenshaltung des Volkes beigetragen. Sein Hauptzweck sei ja auch der gewesen, im Interesse der Landwirtschaft die Vieh- und Fleischpreise in die Höhe zu treiben. Wir Sozialdemokraten verlangen deshalb im allgemeinen Volksinteresse, daß das gegenwärtige Gesetz zu einem rein hygienischen umgestaltet werde. Unser

Redner hatte die Genugtuung, später konstatieren zu können, daß die Agrarier, die ihm heftig erwiderten, in der Hauptsache seine Behauptungen nur bestätigt haben. Ferner wurde auch noch unsrerseits zur Sprache gebracht, daß die Typhusepidemie in Gelsenkirchen offenbar auf Wasserverseuchung durch Schuld der Wasserwerksverwaltungen zurückzuführen sei, worüber ja denn nachträglich in dem noch schwebenden Gelsenkirchener Prozeß erstaunliche Dinge an das Tageslicht gekommen sind. Die Mängel der Unfallverhütungseinrichtungen in der Industrie, besonders aber in der Landwirtschaft, wurden beim Reichsversicherungsamt eingehend erörtert. Unser Redner ging bei seinen Erörterungen von der auffälligen Erscheinung aus, daß die Aerzte, auch die ärztlichen Mitglieder des Hauses, zwar sehr eifrig sich für die freie Arztwahl bei Krankenkassen ins Zeug legten, aber mit keinem Ton für die freie Arztwahl bei den Berufsgenossenschaften eintreten. Da wollen sie das Vertrauensarztsystem aufrecht erhalten, wo dieses System doch am wenigsten angebracht ist. Dort sei der Arzt allerdings Vertrauensarzt der Unternehmer, bei den Krankenkassen hätten auch die Arbeiter mitzureden. Unser Redner trat dann für Aufrechterhaltung des § 34 des Unfallversicherungsgesetzes ein, der die Ansammlung eines Reservefonds den Berufsgenossenschaften vorschreibt. Im übrigen sprach er sich für die Zusammenlegung der 3 Versicherungszweige aus. Jetzt werden 86 Mill. Mk. an Verwaltungskosten ausgegeben. Das lasse sich nach der Vereinheitlichung sicher auf die Hälfte herabbringen. Eine auffällige Entscheidung sei, daß neuerdings von den Berufsgenossenschaften immer weniger Vollrenten bewilligt würden. Im Jahre 1889 hätten die gewerblichen Berufsgenossenschaften noch in 2331 Fällen Vollrente bewilligt. Allmählich sei diese Zahl bis auf 605 im Vorjahre herabgegangen trotz des Anwachsens der Zahl der Versicherten. Mit besserem Heilerfolge könne man das doch unmöglich erklären. Der Verdacht sei nicht abzuweisen, daß das auf eine nicht zu billigende Geschäftspraxis zurückzuführen sei. Die Unfallverhütung lasse viel zu wünschen übrig. Es seien von den gewerblichen Berufsgenossenschaften insgesamt 204 technische Beamte angestellt zur Kontrolle der Fabriken, darunter nur 69, die ausschließlich dieser Aufgabe obliegen. Sie hätten aber insgesamt 578 000 Betriebe zu kontrollieren. Was könne dabei herauskommen? Und dabei sei Unfallverhütung der vornehmste Zweck der Organisation. Weit schlimmer stehe es aber mit der Ueberwachung der Betriebe in der Landwirtschaft. Da würde so gut wie gar nichts getan. Daraus sei es dann erklärlich, daß im Jahre 1902 wir bereits zu der ungeheuerlichen Zahl von 122 532 Unfällen in der Landwirtschaft gekommen seien. Die Landwirtschaft sei also viel gefährlicher als die Industrie. Zum guten Teil rühre das von der Leichtfertigkeit her, mit der die Unternehmer sich da über die Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften hinwegsetzen. Leider sei das nicht viel besser in den fiskalischen Betrieben. Das sei das eigentliche Hindernis für die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung, daß das fiskalische Interesse des Staates ihn auf die Seite der Unternehmer bringt. Deshalb müsse das Reichsversicherungsamt energisch zugreifen auf Grund des § 120 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes, um da Wandel zu schaffen.

Weiter wurde dann die Spruchpraxis des Reichsversicherungsamtes bemängelt, die leider dahin geführt habe, daß es „auf den kleinen, den mittleren und den Ringfinger" heute beinahe keine Rente mehr giebt. Bei Verlust eines Auges sei im allgemeinen die Rente von 33⅓ Prozent auf 25 Prozent herabgegangen. Auch über das geringe Entgegenkommen, das die Behörden den segensreich wirkenden Arbeitersekretariaten bezeige, wurde lebhaft Klage geführt. Die Regierungsvertreter vermeiden es, auf die von unsere-

Digitized by Google

Seite vorgebrachten Beschwerden anziehender zu antworten. Graf Posadowsky nahm nur das Reichsversicherungsamt in Schutz und sagte die übliche wohlwollende Prüfung der Anregungen auf Gesetzesänderung zu.

Zu einer Debatte über die deutsche Kunst gestaltete sich die Erörterung der Forderungen der Weltausstellung in St. Louis. Da stellte sich die seltsame Erscheinung einer einmütigen Verurteilung der offiziellen Begünstigung der Knackfußkunst heraus, von deren Vertretern die neuere Richtung in der Malerei als „Rinnsteinkunst" aus den offiziellen Räumen ferngehalten wird. Seitens der Sozialdemokraten wurde betont, daß die Kunst völlige Freiheit der Entwicklung brauche und keinerlei obrigkeitliche Reglementierung vertrage. Bei der Weltausstellung ist der Kunstkarren durch die Behörden allerdings bereits so verfahren, daß eine Blamage Deutschlands wie in Paris nicht mehr abzuwenden scheint.

Schließlich kam dann die Forderung einer Unterstützung von Baugenossenschaften mit 5 Millionen Mark zur Erörterung, womit im ganzen bisher 15 Millionen Mark für diesen Zweck vom Reich geleistet sind. Bisher sind 35 Baugenossenschaften damit unterstützt worden. Bis zum 1. Juli 1903 sind aus Reichsmitteln so 333 Häuser mit 1268 Wohnungen fertiggestellt, im Bau waren damals 218 Häuser, vorbereitet 151 Häuser. Alle diese Wohnungen sind ausschließlich für niedere Reichsbeamte und Arbeiter im Reichsbetriebe bestimmt. Unsrerseits wurde betont, daß wir es nur zulässig hielten, solche Genossenschaften zu unterstützen, die die erbauten Häuser dauernd in ihrem Besitz erhalten, damit sie nicht der Privatspekulation in die Hände fallen. Unter der Herrschaft des Privatkapitalismus könne dem Wohnungselend sowieso niemals ernstlich Abbruch getan werden, aber eine günstige Wohnungspolitik zur Erleichterung der kleinen Beamten und Arbeiter würden wir gern unterstützen. Da hätten wir vor allem den Wunsch, daß die Mietsverträge mindestens eine gegenseitige Kündigungsfrist von 4 Wochen stipulieren, damit die Arbeiter nicht etwa bei plötzlichen Entlassungen auch aus der Wohnung geworfen werden können. Der Staatssekretär wollte sich allerdings nicht auf den Boden stellen, daß nur solche Baugenossenschaften Unterstützung vom Reich erhalten sollten, die ihre Häuser dauernd im Besitz behielten, bestätigte aber unserm Redner, daß er in der Kommission eine Denkschrift über die Baugenossenschaften zugesagt habe, die mittlerweile erschienen ist.

Trotzdem eine Anzahl wichtiger Fragen durch die Vertagung der Resolutionen ausgeschaltet wurden, haben unsre Vertreter also auch diesmal beim Reichsamt des Innern hinreichend Stoff zur Geltendmachung der sozialdemokratischen Forderungen wegen zweckgemäßer Sozialreform gefunden.

Der Etat der Reichspost-Telegraphenverwaltung

gab unsern Redner auch diesmal wieder Anlaß, eine Anzahl Beschwerden vorzubringen. So wurde insbesondere die geringe Besoldung der Unterbeamten trotz der Ueberschüsse der Postverwaltung sowie Mängel in der Regelung ihrer Arbeitszeit gerügt. Postbeamte hätten häufig eine ganz ungeregelte Mittagspause. Auch für die Sonntagsruhe werde nicht hinreichend gesorgt. Zu erstreben sei, daß jeder Postbeamte entweder den Sonntag frei oder als Ersatz für einen entgangenen Sonntag einen Wochentag frei erhalte. Hingewiesen wurde auf das Bedürfnis von Kragenmänteln für Postboten. Die alte Klage über Beeinträchtigung des Koalitionsrechts der Beamten solle neue Nahrung erhalten. Welche Blüten die Sozialistenbekämpfung in der Postverwaltung treibt, wurde durch den Hinweis auf die Maßregelung eines Postbeamten in Hamburg bewiesen, der das Verbrechen begangen hatte, zur Begleitung seines Sohnes zehn Minuten in Zivil neben einem Arbeiterfestzuge einherzugehen.

Digitized by Google

Der Mißbrauch der Post zur Drangsalierung der Polen wurde gleichfalls scharf gerügt. Die Post sei ein Verkehrsinstitut und dürfe sich nicht zu politischen Zwecken gegen irgend einen Bevölkerungsteil mißbrauchen lassen. Die Polen hätten ein gutes Recht, ihre Muttersprache im Postverkehr zu gebrauchen. Man solle sich ein Beispiel an der Schweiz nehmen, wo bei gegenseitiger Duldung vier Sprachgemeinschaften trefflich miteinander auskommen. Schließlich wurde ja durch alle die Chikanen der Behörden gar nicht einmal erreicht, was sie bezweckte. Die Polen hielten um so zäher an ihrer Sprache fest. Bekämpft wurde auch von uns die Forderung der Regierung, den Reichspostbeamten die berüchtigte Ostmarkenzulage nach preußischem Muster zu gewähren. Die Regierung versuchte den politischen Charakter dieser Forderung abzustreiten; es sei das nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, damit die Reichsbeamten nicht hinter den preußischen Beamten in den östlichen Provinzen zurückständen. Es wurde unsrerseits entgegnet, daß ein Beispiel Preußens, wenn es schlecht sei, doch nicht nachgeahmt zu werden brucht. Die ganze Maßregel sei offensichtlich zur Unterstützung der preußischen Polenpolitik geplant und müsse eine Quelle der Korruption werden, da die Beamten, um sich die Zulage von ihren Vorgesetzten zu erwirken, sich als schneidige Hakatisten zu betätigen zu suchen würden. Die Ostmarkenzulage wurde denn auch unter unsrer Beihilfe zu Fall gebracht.

Einen eigenartigen Einblick in die Reichskulissenpolitik gewährte die Forderung von 300 000 Mk. zur Fortsetzung der früher schon bis Tabora bewilligten ostafrikanischen Telegraphenlinie. Die Regierung hatte ursprünglich die Fortsetzung dieser Linie in westlicher Richtung bis nach dem Tanganjika-See gefordert. In der Kommission war dafür keine Stimmung. Wohl aber verriet Herr Spahn, daß er ganz gern eine Fortsetzung nach Norden bis nach Muansa am Njansa-See haben würde. Im Plenum brachte er dann auch bei der zweiten Lesung einen dahingehenden Antrag auf Abänderung des Dispositivs ein. Tatsächlich wurde damit eine ganz neue Linie in Vorschlag gebracht. Und nun geschah etwas höchst Merkwürdiges. Während in der Kommission die Regierungsvertreter sich für die westliche Linie ereifert hatten, hielt plötzlich der Kolonialdirektor, ohne die westliche Linie noch zu befürworten, einen warmen Vortrag zu Gunsten der Spahnschen Linie, als deren Vorzug er unter anderm rühmte, daß sie das Missionsgebiet der „Weißen Väter" durchlaufe. Unser Einspruch gegen dies unkonstitutionelle Verfahren nutzte natürlich nichts. Die Linie der „Weißen Väter" wurde bewilligt. Hinter den Kulissen war die Sache abgemacht worden.

Etat der Reichsjustizverwaltung.

Beim Justizetat wurden zunächst eine Anzahl Resolutionen über besondere Materien gesondert bekandelt. Die Forderung eines Heimstättengesetzentwurfs war von agrarischer Seite gestellt. Sie zielt, nach der Begründung durch Herrn v. Riepenhausen zu urteilen, auf die Bindung des ländlichen bäuerlichen Grundbesitzes nach Art der Fideikommisse des Großgrundbesitzes hin. Von unsrer Seite wurde der Vorschlag bekämpft, da er eine reaktionäre Utopie ist, während er scheinbar der bäuerlichen Bevölkerung zu Hilfe kommen will. Worauf es abgesehen ist, zeigt die Forderung der brandenburgischen Landwirtschaftskammer betreffs der Rentengutsgesetzgebung, daß die Rentengüter nicht so groß werden dürfen, um den Bauer der Notwendigkeit zu entheben, sich durch Lohnarbeit noch Nebenverdienst zu verschaffen. Darauf werde auch hier hingezielt, also eine Schädigung der Bauern werde dabei herauskommen. Die Resolution wurde gegen unsre Stimmen und gegen die der Freisinnigen angenommen.

Digitized by Google

Entsprechend unsrer Stellungnahme in früheren Jahren traten wir auch diesmal für eine vom Zentrum eingebrachte Resolution ein, die einen Gesetzentwurf zur Haftbarmachung der Automobilbesitzer für die von ihren Fahrzeuge angerichteten Personen- und Sachschäden fordert.

Was die Frage der Sicherung von Bauforderungen anbetrifft, so verlangen wir, daß die Handwerker nicht nur, sondern auch die Arbeiter ihre Forderungen an die sogenannten Bauherren gesichert erhalten, wollen aber nicht den Befähigungsnachweis mit dieser Forderung verquickt wissen. Die Zuchthaus- und Gefängnisarbeit ferner wollen wir nicht den Privatunternehmern zur Ausbeutung und Schmutzkonkurrenz gegenüber der freien Arbeit überantwortet sehen.

Eine von dem oldenburgischen Abgeordneten Bargmann (freis. Volksp.) eingebrachte Resolution, daß den wegen politischer und Preßvergehen in Untersuchungs- oder Strafhaft befindlichen Personen Selbstbeköstigung sowie das Halten einer Tageszeitung gewährt werden muß, sowie daß sie ihrem Berufe und Bildungsgrad gemäß zu beschäftigen sind, fand unsre lebhafte Unterstützung. Sehr scharf ging unser Vertreter mit dem durch die „lustige Sieben" bekannten oldenburgischen Minister Ruhstraat ins Gericht, weil dem Redakteur Biermann, der den Minister angeblich beleidigt hatte, während seiner langen Strafhaft die Selbstbeköstigung und Selbstbeschäftigung verweigert worden waren. Hatte der Minister doch der Gattin Biermanns, als sie bei ihm vorstellig wurde, obendrein zugerufen: „Ihr Mann ist ein Lump, ein Jahr muß er mindestens kriegen." Die Resolution wurde indes abgelehnt und eine abgeschwächte Zentrumsresolution angenommen.

Unsre Erörterung des Königsberger Prozesses und der Handhabung des Fremdenrechts in Deutschland beim Justizetat wird im Zusammenhang mit der Interpellation über diese Frage gesondert erörtert werden.

Von unsrer Seite wurde auch darauf hingewiesen, daß das Gesetz über die Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse seinen Zweck wegen mangelhafter Fassung nicht völlig erreicht habe. Im Zusammenhange damit wurde die wachsende Entfremdung der Rechtsprechung in Prozessen politischen Charakters von dem Volksempfinden betont und gefordert, daß die Umgestaltung des Strafrechts den falschen Auslegungen des Erpressungsparagraphen in Prozessen gegen streikende Arbeiter vorgebeugt werde. Auch die Majestätsbeleidigungsprozesse, so der Leipziger gegen die Redakteure dreier Blätter, wurden angezogen, um die Notwendigkeit der Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen zu begründen.

Das preußische Ansiedlungsgesetz, das die Niederlassung von Polen in den östlichen Provinzen von der Zustimmung der Behörden abhängig machen will, wurde als ein schwerer Verstoß gegen die Reichsverfassung charakterisiert.

Wie sehr sich unsre Rechtspflege als Klassenjustiz kennzeichnet, wurde an den Urteilen gegen streikende Arbeiter einerseits, gegen Unternehmer andrerseits nachgewiesen. Eine der Ursachen, die zu der Herausbildung einer solchen Klassenjustiz führen, sei in dem Reserveoffiziersgeist zu suchen, der künstlich bei den Juristen von ihrer Studienzeit an gepflegt werde.

Bei der dritten Lesung des Justizetats wurde von unsrer Seite eine Resolution eingebracht, daß schleunigst Maßnahmen getroffen werden müßten, die die rechtzeitige Erkennung geistiger Erkrankungen bei Strafgefangenen ermöglichten und daß die Verhängung von Disziplinarstrafen gegen Gefangene unter Rechtsgarantien gestellt wird. Anlaß dazu hatten Enthüllungen über die Zustände in Gefängnissen gegeben, die in der sozialdemokratischen Presse nicht nur, sondern auch in andern Blättern publiziert waren.

Digitized by Google

Die Darlegung aller dieser Einzelheiten prallte indes an der Reichstagsmehrheit ab. Ein freisinniger Abgeordneter versuchte sogar den Spieß umzudrehen und aus den Veröffentlichungen Material gegen die Zügellosigkeit der sozialdemokratischen Presse zu schöpfen, genau nach dem Vorbilde aller reaktionärer Feinde der Preßfreiheit. Unsre Resolution wurde natürlich abgelehnt.

Beim Etat des Reichseisenbahnamts

wurde unsrerseits befürwortet, daß endlich eine wirkliche Einheitlichkeit im Eisenbahnwesen Deutschlands durchgeführt werden möge. Mehr und mehr trete es zu Tage, daß die Verwaltungen der Landeseisenbahnen sich gegenseitig Abbruch zu tun suchen, indem sie die Transporte über die eigenen Schienenwege leiten, anstatt sie die nächsten Wege gehen zu lassen. Besonders haben die süddeutschen Staaten unter der preußischen Fiskalpolitik arg zu leiden. Das Publikum hat aber unter diesem irrationellen Verfahren noch besonders zu leiden. Unsererseits wurde deshalb ein Antrag eingebracht, der verlangt, daß baldigst durch Gesetz der Betrieb und die Verwaltung der deutschen Eisenbahnen dem Reich übertragen wird. Wir gingen diesmal nicht so weit, auch die Besitzübernahme durch das Reich zu verlangen, um wenigstens der dringend erforderlichen Einheitlichkeit des Betriebes die Wege zu ebnen. Aber auch das war der Mehrheit nicht genehm. Sie begnügte sich auch hier mit einem abgeschwächten Zentrumsantrag, der die Umleitung des Güterverkehrs möglichst einschränken und den Anschluß der Personenzüge an einander an den Verbindungsstationen zur Regel machen will.

Der Etat des Reichsheeres

beläuft sich in diesem Jahre:

an fortdauernden Ausgaben auf	578 130 193	Mk.
an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf	36 203 833	„
an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats auf	31 813 564	„
Zusammen:	646 147 590	Mk.
Außerdem kommt in Betracht: für den Invalidenfonds	41 621 399	„

Ein paar Millionen Mark waren in der Kommission und später im Plenum abgestrichen worden angesichts der schlechten Geschäftslage. Da die Heeresverwaltung geplante Neuerungen auf spätere günstigere Zeiten vertagte, ist es diesmal zu ernstlichen Kämpfen über Zusammensetzung und Organisation des Heeres überhaupt nicht gekommen. Unsere Partei hat in der Kommission und im Plenum, da sie aus eigener Kraft keine Abstriche durchsetzen konnte, im wesentlichen sich darauf beschränken müssen, die Abstrichsanträge anderer Parteien zu unterstützen. Wir mußten aber leider wiederholt erleben, daß die Mehrheit in den späteren Lesungen von ihren anfänglich eingenommenen Positionen mutig zurückwich. Am meisten ist noch gestrichen an den Forderungen für das ostasiatische Expeditionskorps. Gegenstand der ausgedehnten Debatten bildeten allgemeine Mißstände in unserem Heerwesen. Es wurde von unserer Seite an mehrfachen Beispielen nachgewiesen, daß die Bemühungen der Heeresleitung, die Mißhandlungen im Heer auszurotten, scheitern müssen, weil man dem Uebel nicht an die Wurzel gehe. So lange eine nahezu unumschränkte Gewalt den Vorgesetzten in die Hände gegeben sei, während horrende Strafen der Soldaten warteten, denen die geringste Widersetzlichkeit nachgewiesen werden kann, so lange das Beschwerderecht nahezu illusorisch gemacht werde durch das Verhalten der Unteroffiziere und Offiziere den Beschwerdeführern gegenüber, sei an eine Besserung nicht zu denken. Das gegenwärtige System des Kadavergehorsams und Drills habe obendrein die Tendenz, die Soldaten feig

Digitized by Google

zu machen. Es sei ja schon so weit gekommen, daß häufig Soldaten, anstatt auf irgend eine Weise ihr Recht zu suchen gegen die Menschenquäler, lieber sich das Leben nehmen. Als der Kriegsminister in Beschönigung der Mißhandlungen meinte, gelegentliche Ausbrüche des Unmuts, die in einen kleinen Puff ausliefen, solle man nicht so schwer nehmen, wurde von einem unserer Redner erwidert:

„Es zeugt unter allen Umständen von einer großen Gemeinheit des Charakters, wenn ein Vorgesetzter seine privilegierte Stellung mißbraucht, um seinen Untergebenen Handlungen zuzufügen, von denen er wissen muß und weiß, daß sie in den wenigsten Fällen in der Lage sind, sich dagegen wehren zu können. Etwas Gemeineres, etwas Ehrloseres als ein solches Verhalten eines Vorgesetzten kann ich mir nicht vorstellen."

Als Beweis dafür, wie wenig das System des Militarismus ein ernstliches Zugreifen zur Bekämpfung der Mißhandlungen verträgt, wurde auf das Schicksal des Erbprinzen von Meiningen hingewiesen, dessen humaner Erlaß nach der Amtsenthebung des Prinzen vom Generalkommando des 6. Armeekorps sofort kassiert wurde. Die unablässige Rüge des Mißhandlungsunwesens durch die Sozialdemokratie hat wenigstens soviel erzielt, daß jetzt alle anderen Parteien sich im Prinzip auch dagegen erklären. Unseren Vorschlägen zur Remedur verweigern sie natürlich die Gefolgschaft. Wir hatten eine Resolution vorgeschlagen, der Reichskanzler möge, um den Mißhandlungen nach Möglichkeit entgegen zu treten, dahin wirken, daß

a) die wegen Mißhandlung von Soldaten durch Urteile der Militär- und Marinegerichte erfolgten Bestrafungen allmonatlich den Mannschaften der Armee und Marine zur Kenntnis gebracht werden;

b) bei dieser Gelegenheit die Angehörigen des Heeres und der Marine jedesmal auf ihr Beschwerderecht hingewiesen werden;

c) die wegen Mißhandlung Untergebener rechtskräftig verurteilten Angehörigen des Heeres und der Marine aus dem Dienst entlassen werden.

Die Resolution wurde abgelehnt und ebenso wenig Anklang fand es natürlich bei der militärfrommen Mehrheit, als von unserer Seite dem Bedauern Ausdruck gegeben wurde, daß so selten die Soldaten von ihrem Recht der Notwehr gegen scheußliche Mißhandlungen Gebrauch machen. Auf den Vorwurf, daß die Sozialdemokratie nur hetze, erwiderte einer unserer Genossen: „Wir werden unausgesetzt so weiter hetzen, bis der letzte Soldatenschinder aus der Armee hinausgehetzt ist."

Einer unserer Redner konnte sich für seine Kritik der Gefahren, die der Paradedrill und die Prunkmanöver für die kriegsmäßige Ausbildung des Heeres haben, auf eine Anzahl ehemaliger Militärs berufen. In der Abwehr des Vergleichs unserer Zustände mit denen von Jena passierte dem Herrn Kriegsministers das Mißgeschick, auf historischem Glatteis zu Fall zu kommen. Sein Urteil über Jena faßte er in den Worten zusammen:

„Der Zusammenbruch des Staates erfolgte, weil eine kosmopolitisch angehauchte Bevölkerung, die sich einem Leben für sich hingab, den Staatsinteressen fernstand, nicht wie in Spanien den Ruf erschallen ließ: gegen den Feind! — sondern dem Ruf folgte: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!"

Soviel Sätze, soviel Irrtümer. Wußte der Herr Kriegsminister doch nicht mal, daß der berüchtigte Satz „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" dem angstdrückten Herzen eines hohen Militärs, des Stadtkommandanten von Berlin, liegen war, als er vor den anrückenden Franzosen aus Berlin entfloh. Die Largie des Bürgertums in jener Zeit war aber nicht irgend welchem Kosmopolitismus", sondern der planmäßigen Ertötung des Gemeingeistes durch

die herrschende militärisch-bureaukratische Karamilla zu danken. Der nämliche Herr, der so seine staunenswerte geschichtliche Unwissenheit dokumentierte, hält es jedoch für angebracht, die Offiziere als die Führer und Erzieher der Nation zu verherrlichen.

Bei Erörterung der Frage, wie es komme, daß der Prinz Arenberg trotz seiner geistigen Minderwertigkeit als Offizier eingestellt war, bekundete der Herr Kriegsminister eine merkwürdige Vergeßlichkeit. Erst mehrfache Nachforschungen förderten die Tatsache zu Wege, daß er selbst als Regimentskommandeur die Einstellung des Prinzen verfügt hatte. Von einem geistigen Defekt des Herrn hatte er nichts gemerkt und war auch von den Verwandten nicht über frühere Beweise von dessen Anormalität unterrichtet worden. Jedenfalls erhellte aus allen diesen Erörterungen, daß bei Einstellung von Prinzen ins Militär nicht die erforderlichen Nachforschungen über deren Intelligenz und Charakter angestellt werden.

Auf die verschiedenen Vorhaltungen, daß Sozialdemokraten, die ins Heer eingezogen werden, mit Beihilfe der Polizei auf ihre Gesinnung hin beschnüffelt werden, kam der Kriegsminister mit dem Eingeständnis heraus, daß ihm unsere Parteigenossen höchst unerwünschte Elemente seien. Was ihm von unserer Seite die Mahnung eintrug, doch nicht zu vergessen, daß die Heeresleitung auf die Sozialdemokraten angewiesen ist. „Wenn Sie siegen, siegen Sie mit uns, nicht gegen uns; ohne unsere Hilfe können Sie nicht mehr auskommen.“ An allen den Korruptionserscheinungen, die in Forbach und in ähnlichen Fällen zu Tage getreten sind, wurde nachgewiesen, daß „der Kapitalismus auch ins Mark der Armee frißt.“

Gegen die Fortdauer der ostasiatischen Besatzungsbrigade wurde von uns energisch Einspruch erhoben, da sie nicht nur große Kosten dem Deutschen Reich aufbürde, sondern gerade entgegen ihrer angeblichen Bestimmung nicht als Beruhigungs-, sondern als Reizmittel auf die Chinesen wirkt. Die Mehrheit ließ sich aber durch die Regierungsvertreter mit geheimnisvollen diplomatischen Andeutungen zur Weiterbewilligung verleiten.

Von einer Anzahl Resolutionen, die auf Empfehlung der Budgetkommission unter unserer Zustimmung angenommen werden, ist zu erwähnen, daß größere Neubauten für das Heer möglichst nicht durch die städtischen Verwaltungen, sondern durch das Reich errichtet werden sollen, ferner daß Manöver nicht zur Erntezeit abzuhalten sind.

Bei den einzelnen Titeln wurde unsererseits die mangelhafte Sozialpolitik der Heeresverwaltung gegeißelt, die zum Teil ihre Lieferungen sich durch Heimarbeit mit übermäßig langer Arbeitszeit beschaffen läßt. Auch die übeln Zustände in den Militärwerkstätten in Spandau, Straßburg und an anderen Orten wurden wieder zur Erörterung gebracht und dabei die schroffe Behandlung gerügt, die den Arbeitern dort zu teil würde. Besonders schlimm sei es, daß die Arbeiter auch durch Polizeispitzel in ihrem privaten Leben behelligt würden. Aus diesen Nachweisen ging hervor, wie himmelweit die Militärwerkstätten davon entfernt sind, Musterwerkstätten sozialer Fürsorge zu sein.

Der Etat der Marine

betrug: an fortlaufenden Ausgaben	99 301 578	Mk.
an einmaligen ordentlichen Ausgaben	83 153 970	„
an einmaligen außerordentlichen Einnahmen	46 115 000	„
Zusammen:	228 570 548	Mk.

Wie beim Heer wurde auch bei der Marine für dieses Jahr jede ernstliche Auseinandersetzung über Flottenpläne durch den vorläufigen Verzicht der Regierung auf Neuforderungen vermieden.

Digitized by Google

Eine eingehende Erörterung wurde dagegen durch den Ausgang des Hüssener-Prozesses herbeigeführt. Hüssener ist bekanntlich mit 2 Jahr 7 Monat Festung davongekommen, weil das Kriegsgericht in letzter Instanz eine prinzipielle Berechtigung zum Waffengebrauch ihm zugebilligt hat. Gegen diese Auffassung wurde von unserer Seite scharf polemisiert. Der Marineminister wurde aufgefordert, sich darüber zu erklären, ob die Marineverwaltung es für zulässig halte, daß ein Vorgesetzter schon bei Anlaß von Disziplinbruch eines Untergebenen zur Waffe greife. Herr v. Tirpitz zog es aber auch diesmal wie im Vorjahre vor, eine klare Beantwortung dieser Frage zu vermeiden. Auch das Mißverhältnis zwischen den Strafen gegen Vorgesetzte und gegen Untergebene bei Konflikten beider untereinander, das eine 50mal so starke Minimalstrafe für Untergebene vorsieht, wurde gerügt und fand selbst bei den bürgerlichen Parteien soweit Verständnis, daß der Reichstag sich schließlich auf eine Resolution einigte, es möge ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der im Militärstrafgesetzbuch § 97 Abs. 1 die Minimalstrafsätze (für Untergebene) erheblich herabsetzt.

Die Arbeitsverhältnisse auf den Werften in Danzig, Wilhelmshaven und Kiel gaben zweien unserer Genossen Gelegenheit zu scharfer Kritik. Als eine rücksichtslose Benachteiligung der Danziger Arbeiter wurde es erklärt, daß die Akordlöhne in Danzig 20, 30, 50 und mehr Prozent niedriger seien als in Kiel und Wilhelmshaven. Unerhört sei es, daß in Kiel eine ganze Reihe Arbeiter unter dem ortsüblichen Tagelohn eingestellt werden. Das Beschwerderecht der Arbeiter sei tatsächlich illusorisch gemacht worden. Im Zusammenhang damit wurden auch die Zustände in den Kruppschen Werken, die durch Marinelieferungen sich erhalten, zur Erörterung gebracht. Trotz der enormen Profite, die der Firma Krupp aus den Lieferungen zufließen, wurden die Arbeitslöhne beständig verringert. Die übermäßige Abrackerung der Arbeiter führe zur Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes und schließlich auch zur Verringerung der Arbeitskraft. Die Hüttenleute z. B. müssen 12 Stunden vor der Gluthitze arbeiten. Sonntagsarbeit werde im Uebermaß verlangt.

Eine von uns eingebrachte Resolution, die eine alljährliche Uebersicht der Arbeiterverhältnisse in der Heer- und Marineverwaltung verlangte, wurde natürlich abgelehnt, dagegen angenommen auch unter unserer Zustimmung eine Aufforderung, das Submissionsverfahren bei Vergebung der Arbeiten für Heer und Marine sowie sonstige Behörden einheitlich zu vergeben, um der Schädigung von Handwerkern und Arbeitern möglichst vorzubeugen.

Die Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts

waren in der Kommission vielfach mit einander verflochten. Unsererseits wurde darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich einer zunehmenden Isolierung verfalle, wie das englisch-französische Abkommen beweise. Die gefährliche Sucht, den Russen Liebesdienste zu erweisen, könne uns leicht in den ostasiatischen Konflikt verwickeln. Dagegen müsse mit aller Kraft Einspruch erhoben werden. Offenbar werde durch die deutsche Regierung der Verkauf deutscher Schiffe durch Privatfirmen an die russische Regierung begünstigt. Auch ein nach Petersburg ergangenes Kondolenztelegramm wegen des Unterganges des „Petropawlosk", in dem es geheißen haben soll: „Russische Trauer ist deutsche Trauer" vertrage sich schlecht mit der Neutralität Deutschlands. Der Reichskanzler bekannte sich auch seinerseits zu dem Grundsatz striktester Neutralität und versuchte die Bedeutung des fraglichen Telegramms dadurch abzuschwächen, daß er behauptete, es sei rein Empfindungen der Menschlichkeit entsprungen. Damit scheint er jedoch sich in einem Irrtum befunden zu haben,

da dann ja auch der Untergang des japanischen Dampfers „Hatsuse" ein Telegramm ähnlichen Inhalts hervorgerufen haben müßte. Davon hat man aber bis heute noch nichts gehört. Als bei Beginn der Etatsverhandlungen der Reichskanzler versucht hatte, den Mandschurei-Streit auf die leichte Achsel zu nehmen, wurde ihm zu Gemüte geführt, daß die törichte deutsche Unterstützung der russischen Aktion gegen Japan zur Zertrümmerung des Friedensvertrages von Schimonoseki die Mitschuld trage an dem Ausbruch des Krieges in Ostasien und daß Deutschland gerade Grund habe, den Uebergang der Mandschurei in russische Hände *nicht* zu wünschen, da die russische Politik darauf abziele, den fremden Handel, also *auch den Handel Deutschlands von den ihm anheimfallenden Gebieten auszuschließen*. Als der Reichskanzler daraufhin seinerseits die Sozialdemokraten als Friedensstörer hinzustellen versuchte und unsere Internationalität bemängelte, wurde dem unsererseits die Erklärung entgegengesetzt, daß unsere Internationalität nicht darin bestehe, einen allgemeinen Völkerbrei zusammenzurühren, sondern daß wir *Völkerverbrüderung, Völkerverständigung* erstreben, kurz einen allgemeinen Bund aller Kulturvölker zur Erreichung der gemeinsamen Kulturaufgaben.

Die nachträglich erteilte Zustimmung des Bundesrats zur Aufhebung des *§ 2 des Jesuitengesetzes* begegnete von seiten der liberalen Parteien starker Anfechtung, einmal, weil sie zum Teil von der Jesuitenangst nicht freikommen können, dann aber aus dem formalen Grunde, daß die Zustimmung erst nach *Schluß der Legislaturperiode*, in der der Reichstagsbeschluß ergangen war, erfolgte, was mit den konstitutionellen Gepflogenheiten nicht in Einklang gebracht werden kann. Deshalb war von freisinniger Seite in einer *Resolution* ein Gesetzentwurf gefordert, der den Art. 5 Abs. 1 der Reichs-Verfassung dahin abändert,

„daß die zu einem Reichsgesetz erforderliche Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags und Bundesrats spätestens vor dem Tage des Zusammentritts des neu gewählten Reichstages herbeigeführt werden muß."

Unsererseits wurde die Zustimmung zu diesem Vorschlag mit der Motivierung gegeben: Mit dem Beschluß des Bundesrats, den § 2 des Jesuitengesetzes aufzuheben, sind wir zwar unseren frühen Voten gemäß durchaus einverstanden, da wir jedes Ausnahmegesetz verwerfen. Wir verlangen aber, daß der Bundesrat dem Reichstag die bisher bei der Beschlußfassung über Reichstagsvoten mangelnde Achtung dadurch zu beweisen hat, daß die Beschlüsse des Reichstags in einer durch Gesetz festgelegten Zeit erledigt werden.

Der Etat der Schutzgebiete

ist, wie früher bereits erwähnt wurde, gesondert vom Reichshaushaltsetat enthalten. Die Verbindung mit dem Reich ist in den *Zuschüssen des Reichs* ausgedrückt, die bei der Mehrzahl der Schutzgebiete im Etat des *Auswärtigen Amtes*, dem sie unterstellt sind, bei Kiautschou im *Marineetat*, zur Wirkung kommen. Insgesamt ergeben die Etats folgendes Bild:

	Einnahmen und Ausgaben	Reichszuschüsse
das Ostafrikanische Schutzgebiet	Mk. 9 336 720	Mk. 6 181 237
Kamerun	„ 4 086 000	„ 1 404 800
Togo	„ 1 605 500	„ —
das Südwestafrikanische Schutzgebiet	„ 12 530 450	„ 9 810 650
Neuguinea	„ 1 016 000	„ 907 500
die Karolinen, Palau und Marianen . . .	„ 328 600	„ 168 400
Samoa	„ 586 000	„ 235 450
Kiautschou	„ 13 088 300	„ 12 583 000
Zusammen . .	Mk. 42 877 570	Mk. 31 291 037

Somit bringen die Kolonien aus eignen Mitteln (Steuern, Zöllen und Gefällen) nur etwa ein Viertel des Bedarfs auf, nämlich 11 586 533 Mk. Die einzige Kolonie, die diesmal ohne Reichszuschuß auskommt, ist Togo; doch ist es sehr fraglich, ob das mehr als eine vorübergehende Erscheinung sein wird, da einige günstige Umstände diesmal zur Balanzierung des Etats dort zusammengewirkt haben. Fast allein vom Reichszuschuß lebt der Platz an der Sonne: Kiautschou. Aber auch für Südwestafrika ist der Zuschuß diesmal besonders hoch dank dem Herero-Aufstand, der nachher noch besonders behandelt wird.

Um die Bedeutung dieser kolossalen Opfer, die das deutsche Volk für die Kolonialpolitik Jahr für Jahr bringt, richtig würdigen zu können, sind die folgenden amtlichen Zahlen über den Handel Deutschlands mit den Schutzgebieten zu beachten.

Im Jahre 1902 betrug der Wert

der Einfuhr aus den Schutzgebieten . . . . 7 196 000 Mk.
der Ausfuhr nach den Schutzgebieten . . . . 22 006 000 „

Dabei enthält die Ausfuhr nach den Schutzgebieten, die den Wert der Einfuhr von dort auffällig überwiegt, die gesamte Regierungszufuhr an Nahrungsmitteln, Waffen usw. für die Verwaltung. Aber auch das einbegriffen, **reicht der Gesamtwert des deutschen Handels mit diesen kostbaren Kolonien nicht einmal an den Reichszuschuß zu den Verwaltungskosten heran.** Es ist auch keine Aussicht, daß das besser werden könnte. Bisher sind die Zuschüsse mehr und mehr gewachsen. Was ließe sich aber nicht alles an Kulturwerken in Deutschland selbst für jährlich 30 Millionen Mark, die jetzt ins Wasser geworfen werden, dem deutschen Volke zunutze schaffen! Dieser Gesichtspunkt allein, ganz abgesehen von den Gefahren, die die irrlichternde Weltpolitik in allen Meeren und Weltteilen für uns heraufbeschwört, rechtfertigt unsre durchaus ablehnende Haltung gegenüber dieser Kolonialpolitik. Von einem unsrer Genossen wurde im Laufe der diesjährigen Kolonialdebatten das dahin präzisiert, daß Deutschland sich sehr gut dabei stehen würde, wenn es alle seine gegenwärtigen Kolonien verkaufte gegen Erstattung des bisher dafür verausgabten Geldes und unter der Bedingung, daß der deutsche Handel und deutsche Reichsangehörige persönlich in diesen Gebieten dort dauernd unter den gleichen Bedingungen mit den Angehörigen des kaufenden Staates zugelassen würden. Leider würde sich nur kein Käufer für ein solches Geschäft finden. Die Auseinandersetzungen über die Kolonialfragen zeigten nun aber auch diesmal, daß außer bei einer kleinen Zahl von Kolonialsportsleuten nirgends rechte Freude in den Kreisen der bürgerlichen Politiker ist. Aber bewilligt wird schließlich alles. Wer A gesagt hat, muß auch B sagen und so weiter.

Die Budgetverhandlungen in der Kommission und im Plenum brachten nun obendrein wiederholt höchst merkwürdige Verwaltungsgebahrungen des Kolonialamts zu Tage, die sich mit konstitutionellen Einrichtungen absolut nicht vertragen. Die plötzlich vorgenommene Aenderung der ostafrikanischen Telegraphenlinie ist beim Postetat, wo der Posten rubriziert war, bereits erwähnt. Denn war beim Auswärtigen Amt unter den heimischen Verwaltungskosten für die Kolonien ein Posten von 35 000 Mk. für Kommissionskosten ausgeworfen. Zufällige Nachfragen in der Budgetkommission brachten erst zu Tage, daß dieser für Informationsreisen und dergleichen bestimmte Posten vom Kolonialamt schon im Vorjahre für die Unterhaltung von zwei Kolonialattachés in London und Paris verwandt worden war. Als ein ganz unkonstitutionelles Verfahren, als eine „Verschleierung des Etats", an der nicht nur der Kolonialdirektor, sondern auch der Minister des Auswärtigen und der Reichsschatzsekretär mitschuldig sei, wurde dies Verfahren von uns in der Kommission und im Plenum gegeißelt. In der Kommission war denn auch die

Digitized by Google

Entrüstung zunächst selbst bei den eingefleischtesten Kolonialschwärmern so allgemein, daß der Posten einstimmig abgelehnt wurde. Im Plenum jedoch sprang der stets hilfsbereite Herr Spahn mit dem Antrage dazwischen, wenigstens 16 000 Mk. für Kommissionskosten zu bewilligen, was denn auch gegen unsre Stimmen angenommen wurde. Die Mehrheit bringt es eben nicht mehr über sich, der Verwaltung bei Verfassungsverletzungen ernstlich die Zähne zu zeigen. Ein dritter Fall dieser Art, der wenigstens den Vorzug einer gewissen komischen Originalität hat, war der folgende: Im Etat für Südwestafrika war ein Posten für einheimische Söldner verzeichnet. Auf den in der Kommission gemachten Einwand, daß angesichts des Krieges mit den Hereros eine solche Negertruppe doch unmöglich unterhalten werden könne, erwiderte der Kolonialdirektor, das solle natürlich auch nicht geschehen, aber man möge den Posten doch trotzdem bewilligen; die Kolonialverwaltung könne das Geld recht gut anderweit verwenden. Ein allgemeiner Heiterkeitsausbruch ersparte dem Herrn recht bittere Wahrheiten. So weit konnte denn auch der hartgesottenste Kolonialschwärmer im Reichstag nicht gehen, eine so motivierte Forderung zu bewilligen.

An Beschwerden über Mißbräuche der Verwaltung wurde unsrerseits die Klage eines deutschen Ansiedlers in Samoa vorgebracht, der von einheimischen Polizisten im Dienste der deutschen Verwaltung auf der Polizeiwache mißhandelt worden war. Die Entlassung der Uebeltäter wurde zugesichert, woraus denn männiglich zu ersehen, daß in Samoa für Deutsche noch immerhin eher Schutz gegen Mißbrauch der Amtsgewalt zu erzielen ist, als in Deutschland selbst.

Das wichtigste Vorkommnis im Berichte der Kolonialverwaltung war der **Aufstand der Hereros in Südwestafrika.** Als am 18. Januar der Reichskanzler, am 19. Januar der Kolonialdirektor v. Stübel zuerst Mitteilungen über den Aufstand machten und die Geldforderungen zur Entsendung von Truppen begründeten, befanden sie sich offenbar im Zustande weltfremder Unkenntnis betreffs der Gründe, die zu dem Aufstande geführt haben. Es spricht das nicht für die Sachkenntnis der Verwaltung, denn vorher schon waren mancherlei auf Beobachtung an Ort und Stelle beruhende Mitteilungen in die Oeffentlichkeit gekommen, die auf Unzufriedenheit bei den Hereros infolge der Ausbeutungspraktiken der weißen Händler und der Mißgriffe der Verwaltung hindeuteten. Bei der Unwissenheit der Regierung betreffs der Aufstandsursachen konnte sich ihre Angabe deshalb nur auf bekannte Tatsachen beschränken. Da wurde nun seitens der beiden Regierungsvertreter erklärt, daß es sich zunächst um Rettung des Lebens der durch den Aufstand bedrohten Ansiedler, Beamten und Soldaten, wie ihrer Frauen und Kinder handle. Der Kolonialdirektor teilt darüber folgende Zahlen mit:

Die weiße Gesamtbevölkerung des Schutzgebietes am 1. Januar 1903 betrug 4640 Köpfe, davon 1836 Frauen und Kinder. Die von dem Aufstand zunächst betroffenen Bezirke Windhoek, Karibib und Omaruru haben zusammen eine Bevölkerung von 1800 Weißen, davon 1542 Deutsche, unter diesen sind wiederum 489 Beamte und Schutztruppensoldaten; die Zahl der Frauen beträgt 250, die der Kinder 318. Von den erwachsenen Männern der drei Bezirke sind 216 Ansiedler und Farmer; sie haben 114 Farmen.

Aus den weiteren Angaben des Kolonialdirektors ging hervor, daß eine Erhebung des Hottentottenstammes der Bondelzwarts im Süden des Schutzgebietes dem Aufstande des Kaffernstammes der Hereros vorausgegangen war, aber ohne wesentliche Zusammenstöße zu einer friedlichen Beilegung geführt hatte. Da die Hereros nach den vorliegenden Schätzungen etwa 80 000 Köpfe stark sind, war ein größerer Umfang des Aufstandes zu befürchten. Den vorliegenden Nachrichten zufolge waren mehrere Stationen bereits von den

Digitized by Google

Verbindung mit der Küste abgeschnitten. Die Regierung schlug nun vor, zunächst ein Bataillon Marine-Infanterie zu entsenden und außerdem die Schutztruppe um 500 Mann zu verstärken. Zur Bestreitung der Kosten war ein Nachtragsetat für 1903 in der Höhe von 1 496 000 Mk. und ein Ergänzungsetat für 1904 in der Höhe von 1 325 200 Mk. vorgelegt.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, bei der Abstimmung über diese Forderung sich der Stimme zu enthalten, da sie einem Rettungsversuche zum Schutze der Ansiedler, zu dem die Regierung verpflichtet war, nicht hindernd in den Weg treten wollte, aber auch nicht für die Expedition stimmen konnte, weil dieselbe über ihre Aufgabe als Hilfsexpedition hinaus zur Niederwerfung des Aufstandes benutzt werden würde, und weil darüber, inwieweit die Hereros zu ihrem Aufstande berechtigt waren, noch jede verläßliche Nachricht fehlte. Diese Stellungnahme ist nachher verschiedenerseits in der Partei bemängelt worden. Es erscheint daher angezeigt, auf diese Anfechtungen hier einzugehen.

Zunächst wurde der allgemeine Einwand erhoben, daß die Partei überhaupt niemals sich der Abstimmung enthalten dürfe, sondern entweder mit Ja oder mit Nein stimmen müsse. Dieser Einwand wird wiederlegt durch die Tatsache, daß im Jahre 1870, als Schweitzer und seine Freunde für die Kredite zur Führung des Krieges gegen Frankreich stimmten, Bebel und Liebknecht sich der Abstimmung enthalten haben. Dies Verhalten wird von der gesamten sozialdemokratischen Partei jetzt als das richtige anerkannt. Damit ist die prinzipielle Zulässigkeit dieses Verfahrens für die Partei erwiesen. Es kann sich zur Beurteilung einer bestimmten Abstimmungsenthaltung also nur immer um die Frage handeln, ob in diesem speziellen Falle besondere Gründe vorliegen, die auch hier das an sich ungewöhnliche Verfahren der Stimmenthaltung rechtfertigen. Die Gründe sind oben angeführt worden. Dagegen wird nun ferner geltend gemacht, unsre prinzipielle Negation der deutschen Kolonialpolitik zwinge auch zur Ablehnung einer jeden daraus resultierenden Einzelforderung. Auch das ist eine irrtümliche Schlußfolgerung.

Der durchschlagende Grund für das Verhalten der Fraktion war die Tatsache, daß eine Anzahl Deutscher, die auf Veranlassung der Reichsregierung dorthin gegangen waren, samt ihren Frauen und Kindern durch den Aufstand in Lebensgefahr geraten waren und deshalb gerettet werden mußten. Indem wir die Notwendigkeit einer Rettungsaktion anerkannten, gaben wir nicht ein Tüttelchen von unsrer prinzipiell ablehnenden Haltung gegenüber der Kolonialpolitik auf. Angenommen, die Regierung hätte sich ihrer Pflicht, die Bedrohten zu retten, entziehen wollen, so hätte sie doch zur Erfüllung dieser Verpflichtung auch von uns gemahnt werden müssen. Damit steht es jedoch vollkommen im Einklang, daß wir gegen den Erwerb und sogar gegen die Beibehaltung solcher Kolonien sind. Endlich ist eine Verpflichtung für uns, von Rücksichten der Menschlichkeit gegenüber den Ansiedlern uns bestimmen zu lassen, bestritten worden. Die Leute seien ohne unser Zutun dorthin gegangen, ihr Schicksal ginge uns nichts an; sie hätten auch zum Teil den [illegible]sbruch des Aufstandes mitverschuldet. Zunächst sind nicht alle der damals [illegible]t dem Leben Bedrohten mitschuldig an der Provozierung des Aufstandes [illegible]wesen. Es sind, soweit bekannt, 100 Personen, darunter 4 Frauen, ermordet [illegible]rden. Es ist aber überhaupt ganz nebensächlich für diese Frage, ob die [illegible]eute mehr oder weniger mitschuldig waren an dem Schicksal, das sie betroffen [illegible]t. Wenn die Möglichkeit vorliegt, jemand vor dem Ertrinken zu retten, läßt [illegible]n sich auch nicht erst ein Moralitäts-Attest von ihm vorweisen, sondern man [illegible]eift zu. In solchen Momenten entscheidet für das menschliche Handeln die [illegible]manität allein. Auch das ist nicht ein richtiger Gesichtspunkt zur Beurteilung

Digitized by Google

der vorliegenden Frage, ob die Hereros berechtigt waren, Rache zu nehmen für geschehene Unbilden an den Ansiedlern und Händlern. Die Richtigkeit aller Klagen der Hereros zugegeben, können wir ihnen doch nicht das Recht zugestehen, die Beschuldigten zu lynchen. Wir mißbilligen es sicher samt und sonders, wenn in Nordamerika eine weiße Volksmenge einen Neger lyncht, der mit mehr oder weniger Grund einer Untat gegen eine weiße Frau beschuldigt wird. Es liegt doch keinerlei Grund vor für uns, unsern eignen Landsleuten gegenüber, die mit Lynchen von den Negern bedroht werden, eine andre Haltung einzunehmen. Die menschliche Teilnahme und der Schutz, die dem von Weißen bedrohten Neger in Nordamerika recht sind, sind dem von Negern bedrohten Deutschen in Südwestafrika billig.

Um zu rekapitulieren: Da zur Rettung der bedrohten Ansiedler eine Expedition nötig war, konnten wir der Reichsregierung, der die Verpflichtung zu einer solchen Aktion oblag, nicht in den Arm fallen, wir konnten aber auch nicht für die Kredite stimmen, da wir erwarten mußten, daß diese Expedition nicht nur zur Rettung Weißer, sondern auch zu einem Rachefeldzug gegen die Hereros benutzt werden würde. In diesem Konflikt der Motive erschien uns Stimmenthaltung das richtige Mittel zu sein, um den entscheidenden Rücksichten der Menschlichkeit, ohne Anerkennung der Kolonialpolitik, Rechnung zu tragen. Sobald nach Entsetzung der belagerten Stationen die Expedition ihren Charakter als Rettungsaktion verloren hatte, und damit der humanitäre Gesichtspunkt für uns in Fortfall kam, haben wir dann in Konsequenz unsrer ersten Entscheidung uns bei allen weiteren Abstimmungen in der Herero-Frage ablehnend verhalten.

Der ersten Forderung der Regierung folgte am 14. März eine zweite nach, die wiederum einen Nachtragsetat für 1903 im Betrage von 3 092 000 Mk. und einen Ergänzungsetat für 1904 mit 3 710 000 Mk. forderte. Damit ist die Gesamtforderung bisher auf 9 623 200 Mk. angewachsen. Aber damit ist es noch lange nicht zu Ende. Es hat sich herausgestellt, daß die Hereros eine unerwartet hohe kriegerische Tüchtigkeit zeigen und einen Verzweiflungskampf führen, der Jahre lang dauern kann. Dem deutschen Volk wird dieses unselige Abenteuer noch viel Gut und Blut kosten, wenn es nicht bald gelingt, zu einem friedlichen Abkommen mit den Hereros zu kommen. Darauf ist aber bei dem Herrschaftsdrange der für unsre Kolonialpolitik maßgebenden Elemente leider wenig Hoffnung.

Nachträglich sind denn auch über die Ursachen, die die Hereros zum Aufstande getrieben haben, hauptsächlich durch Missionäre briefliche Mitteilungen eingelaufen, die unsre schlimmsten Befürchtungen bestätigt haben. Einer unsrer Redner hat sie folgendermaßen zusammengefaßt: „1. eine ganz und gar skrupellose Gewinnsucht einzelner und ganzer Erwerbsgenossenschaften, insbesondere direkter betrügerischer Kauf und Verkauf; 2. rigoroses Schuldeneintreiben; 3. Rechtlosigkeit der Hereros in sehr vielen Fällen, wo das Recht klar auf ihrer Seite stand; 4. Selbsthilfe der Weißen dort, wo der Herero etwas beging, was sie glaubten sich nicht gefallen lassen zu dürfen, körperliche Mißhandlungen der allerschlimmsten Art, vielfach auch Tötung einzelner Hereros."

Besonders wurde auch die Mitschuld der Regierung betont, durch Verkürzung der Fristen zur Schuldeintreibung, die Händler verleitet zu haben, auf einmal eine Flut von Pfändungsklagen gegen verschuldete Hereros einzutreiben.

Dann wurde unsrerseits energisch auf eine humane Kriegsführung gedrungen, da leider Anzeichen vorliegen, daß, wie im Chinakriege, einzelne Soldaten in den Glauben geraten waren, sie würden recht tun, den Hereros nicht Pardon zu geben. Die Regierungsvertreter sagten eine humane Kriegsführung zu. Inwieweit sich das verwirklichen wird, muß

Digitized by Google

die Zukunft lehren. Auf eine direkte Anfrage Bebels hin hatte der Kolonialdirektor an Ort und Stelle über einige Punkte Auskunft eingeholt und teilte dann das folgende vom Kommandierenden in Südwestafrika eingelaufene Telegramm mit:

„Befehl, keine Gefangenen zu bringen, ist nirgends gegeben worden. Auf Frauen und Kinder wird nicht geschossen. Einige Frauen und Kinder gefangen und nach Verabfolgung von Kost und Ausfragung unbelästigt freigelassen. Im Gefecht unverwundete Männer bis jetzt nicht gefangen. Verwundete schießen im Buschgefecht bis Unschädlichmachung weiter oder werden von Stammesgenossen fortgeschleppt. Sonstige Gefangene vor Kriegsgericht gestellt. Genaue Zahlenangabe nicht möglich. Kein Fall von Vergewaltigung von Hererofrauen früher oder jetzt. Herero früher auch gegen Frauen grausam. Jetzt nicht, wohl weil im gemeinsamen Kriegszug 96 Hererofrauen auch von uns geschont. Drei weiße Frauen getötet, einige verwundet oder mißhandelt. Kleine Kinder und Missionare geschont. Aufstand richtet sich gegen deutsche Herrschaft, daher Ausländer aus Politik geschont."

Zu diesem Telegramm war ein Nachtrag folgenden Inhalts eingegangen:

„Gerechtigkeit gebietet, Telegramm Nummer 112 hinzuzufügen, daß Rettung weißer Frauen durchweg durch eingeborene Christen erfolgt ist."

Aus diesen Telegrammen geht hervor, daß unser Eintreten zugunsten einer humanen Kriegsführung nicht ohne Nutzen gewesen ist. Nach Zusammentritt des Reichstages wird es weiter für uns notwendig werden, zu fordern, daß Menschlichkeit und Gerechtigkeit gegenüber den Hereros geübt, und mit ihnen ein Frieden geschlossen wird, der sie im Besitz ihrer Ländereien läßt.

Aus der Tatsache, daß das Deutsche Reich sich einer Anzahl tropischer Kolonien bemächtigt hat, erwächst der deutschen Sozialdemokratie die Aufgabe, sowohl den dort angesiedelten Weißen wie den Eingeborenen gegen Mißgriffe der Behörden schützend zur Seite zu stehen.

Die Zölle, Verbrauchssteuern und Stempelabgaben,

auf welchen indirekten Steuern in der Hauptsache die Einnahmen des Reiches beruhen, sind für dieses Jahr veranlagt auf folgende Ziffern:

Zölle und Verbrauchssteuern.

Aus dem Zollgebiete.

Einnahmen, an welchen sämtliche Bundesstaaten teilnehmen.

Zölle	510 869 000	Mk.
Tabaksteuer	11 855 000	„
Zuckersteuer	115 322 000	„
Salzsteuer	50 306 000	„
Branntweinsteuer:		
a) Maischbottichsteuer	14 775 000	„
b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag	106 400 000	„
c) Brennsteuer	—	„
Schaumweinsteuer	4 531 000	„
Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier	29 550 000	„
Overs a für Zölle und Verbrauchssteuern von den außerhalb der Zollgrenze liegenden Bundesgebieten	78 470	„
Summa	843 686 470	Mk.
Dazu Stempelabgaben	88 856 000	„
Zusammen	932 542 470	Mk.

Digitized by Google

Die Zölle, die im Vorjahre zu so leidenschaftlichen und bedeutsamen Debatten geführt hatten, wurden diesmal in den Verhandlungen allseits nur gestreift, da der gegenwärtige Zustand, ehe neue Handelsverträge vorliegen, allgemein als ein provisorischer aufgefaßt wird. Soweit das nötig und möglich war, wurde im Verlaufe der Verhandlungen unsrerseits die grundsätzliche Gegnerschaft gegen das System der indirekten Besteuerung scharf betont.

Zuschußanleihe und Matrikularbeiträge.

Die Reichsregierung hatte sich derart in die Defizitwirtschaft hineingelebt, daß sie auch diesmal versuchte, eine Zuschußanleihe zur Deckung des Defizits vom Reichstage bewilligt zu erhalten wie im Vorjahre, als sie 72 Millionen Mark auf diese Weise zur Sanierung ihrer Finanzwirtschaft herausgeschlagen hatte. Abgesehen von den Anleihen, die für außerordentliche Zwecke erforderlich sind, hatte sie diesmal geplant, zur Deckung des Defizits, das sich durch das Zurückbleiben der Einnahmen hinter den Ausgaben herausstellte, nur 24 Millionen Mark als ungedeckte Matrikularbeiträge von den Einzelstaaten einzufordern und dann das noch Fehlende zu decken mit einer Zuschußanleihe von 59½ Millionen Mark. Durch diese Rechnung machte die Budgetkommission einen Strich. Sie gestaltete den Etat so, daß die geforderte Zuschußanleihe zur Deckung ordentlicher Bedürfnisse in Fortfall kam, und zwar so: Verlangt war im Etat eine Zuschußanleihe von 59½ Millionen, dazu kamen noch zwei Ergänzungsetats für Südwestafrika mit 5 035 200 Mk., das gab zusammen einen Anleihebedarf von 64 535 200 Mk. Davon gehen ab infolge der Erhöhung des Zolletats um 20 Millionen, des Zuckersteueretats um 10 Millionen und der Maischbottichsteuereinnahme um 2 Millionen, ferner der Abstriche vom ordentlichen Etat mit rund 10 Millionen, zusammen rund 42 Millionen, so daß rund 22 Millionen als zu deckender Rest sich herausstellte. Es wurde nun aber auch abgelehnt, dies völlig durch eine Zuschußanleihe zu decken. Nur die Ausgabe für Südwestafrika von 5 035 200 Mk., die als außerordentliche angesehen werden kann, sollte durch Anleihe gedeckt werden, die übrigen etwa 17 Millionen Mark sollten aber den Matrikularbeiträgen zugeschlagen werden, so daß an ungedeckten Matrikularbeiträgen die Einzelstaaten etwa 41 000 000 Mark zu zahlen haben würden.

Darob erhob sich im Plenum großes Geklage seitens der Vertreter der Einzelstaaten. Mehr als 24 Millionen Mark ungedeckter Matrikularbeiträge könnten sie nicht zahlen. Einer der Herren drohte sogar mit „Reichsverdrossenheit". Sie mußten sich aber selbst von nationalliberaler Seite sagen lassen, daß eine Zuschußanleihe zur Deckung ordentlicher Bedürfnisse an sich ganz verfassungswidrig sei. Das Plenum trat denn auch auch auf die Seite des Kommissionsbeschlusses. Nur hat nachträglich in der dritten Lesung der ewig hilfreiche Herr Spahn eine Bestimmung durchgesetzt, daß die strittigen 17 Millionen Mark vorläufig außer Erhebung bleiben sollten, bis sich herausstelle, ob sie bei der möglichen Steigerung der Einnahmen über die Voranschläge hinaus nicht überhaupt überflüssig seien.

* * *

Es erübrigt noch hinzuzufügen, daß die sozialdemokratische Fraktion in der Schlußabstimmung geschlossen gegen das Budget gestimmt hat, um dadurch, wie in früheren Jahren, zum Ausdruck zu bringen, daß wir diesem Regierungssystem keinen Mann und keinen Groschen bewilligen. Daß wir mit diesem Verhalten uns allein befinden, rückt in recht erfreulicher Weise

Digitized by Google

die Tatsache in das hellste Licht, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die heutigen Tages in Deutschland ein Verfassungswesen erstrebt, das an Stelle des jetzt herrschenden bureaukratischen Regierungssystems mit parlamentarischem Aufputz einen wirklichen Parlamentarismus setzt, also einen Parlamentarismus mit dem leitenden Grundsatz:

Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz.

Gesetzentwürfe.

Die Ueberwucherung der Budgetdebatte hat eine Eindämmung aller andern Aufgaben des Reichstages zur Folge gehabt. Auch von den Gesetzentwürfen der Regierung konnte nur ein kleiner Teil erledigt werden.

Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte.

Von den wichtigeren Gesetzen, die zur Verabschiedung gelangten, und zunächst das Gesetz über die Kaufmannsgerichte zu erwähnen. Die Forderung, den kaufmännischen Angestellten die Möglichkeit zu gewähren, ihre gewerblichen Streitigkeiten mit den Prinzipalen gewerbegerichtlich entscheiden zu lassen, ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Bereits im Jahre 1890 bei Beratung des Gesetzes über die Gewerbegerichte wurde ein dahingehender Antrag von unsrer Partei gestellt. Erst sehr langsam hat sich bei andern Parteien die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer solchen Einrichtung Bahn gebrochen. Sie konnten sich schließlich nicht dem Druck entziehen, den das Verlangen aller Richtungen unter den Handlungsgehilfen auf sie ausübte. Schließlich hat denn auch die Regierung dem Drängen nachgegeben. Der Gesetzentwurf, den sie vorlegte, entsprach aber durchaus nicht den Wünschen, die wir im Einklang mit den Organisationen der Handelsangestellten an ein solches Gesetz gestellt haben. Wie einer unsrer Redner in der Generaldebatte hervorhob, merkte man deutlich, daß der scharfmacherische Einfluß des Bundes der Industriellen den Verfassern die Hand gelähmt hatte. Der Entwurf bestimmte in seinen wesentlichsten Punkten, daß kaufmännische Schiedsgerichte nach Maßgabe der Gewerbegerichte organisiert werden sollten. Im allgemeinen sollte deren Bildung fakultativ, nur Orte mit mehr als 50 000 Einwohnern dazu verpflichtet sein. Handlungsgehilfen mit mehr als 5000 Mark Gehalt sollten ausgeschlossen sein von der Benutzung des Gerichts. Von der Zuständigkeit ausgeschlossen wurden Streitigkeiten, die aus der sogenannten Konkurrenzklausel resultieren. Diese wichtige Bestimmung lautete wörtlich:

„Streitigkeiten über Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Handlungsgehilfe oder Handlungslehrling für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, gehören nicht zur Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte."

Das Schiedsgericht soll zur Hälfte aus den Prinzipalen, zur Hälfte aus den Gehilfen gewählt werden. Der Vorsitzende wird vom Magistrat ernannt und muß richterliche Qualifikation haben. Wahlberechtigt zum Gericht ist nur, er das 25. Lebensjahr überschritten hat, Frauen sind von der Teilnahme n der Wahl ausgeschlossen.

Gegen diese Fassung wurde unsrerseits im Plenum und in der Kommission chiedene Stellung genommen. Es wurde verlangt, daß die Gewerbeerichte allgemein obligatorisch sein sollten. Ferner sollte das Alter r Wahlberechtigung auf 21 Jahre herabgesetzt werden. Ganz unzulässig i die Ausschließung der Frauen. Gibt es doch ca. 200 000 weibliche ndelsangestellte. Besonders ungerecht sei auch die Ausschließung der

Digitized by Google

Konkurrenzklausel, die ein Ausnahmegesetz gegen die Handelsangestellten darstelle. Ihre Beseitigung sei geboten, da für die Handelsangestellten durch die Konkurrenzklausel auch über die Zeit ihres Arbeitsvertrages hinaus ein Zustand sozialer Hörigkeit geschaffen werde. Sie bedeute die Ausbeutung der wirtschaftlichen Notlage des Schwachen durch die Starken. In der Kommission wurde auch seitens der Mehrheit unsren Ausstellungen insoweit Rechnung getragen, daß einige wichtige Verbesserungen durchgesetzt wurden. Das Wahlalter wurde auf 21 Jahre herabgesetzt, Frauen erhielten wenigstens das aktive Wahlrecht und die Konkurrenzklausel wurde der Kompetenz des Gerichts unterstellt, indem der entsprechende Paragraph ausdrücklich in die Kompetenz des Gerichts einschließt:

„die Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Handlungsgehilfe oder Handlungslehrling für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird."

Ferner wurde bestimmt:

„Durch die Zuständigkeit eines Kaufmannsgerichts wird die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen.

Vereinbarungen, durch welche der Entscheidung des Kaufmannsgerichts künftige Streitigkeiten, welche zu seiner Zuständigkeit gehören, entzogen werden, sind nichtig."

Ferner wurde unter unsrer Zustimmung für die Wahl der Beisitzer die Proportionalwahl obligatorisch eingeführt durch folgende Bestimmung:

„Die Wahl der Beisitzer ist unmittelbar und geheim; sie findet nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt derart, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind. Hierbei kann die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem im Statute festgesetzten Zeitpunkte vor der Wahl einzureichen sind. Die Wahl erfolgt auf mindestens ein Jahr und höchstens sechs Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig."

Wäre das Gesetz in dieser Fassung zur Annahme gelangt, so hätten wir trotz einiger Mängel ihm unsre Zustimmung erteilen können. Nun aber ereignete sich eine der gewöhnlichen Umfallskomödien. Die Regierung ließ ohne Angabe von Gründen erklären, daß ein Gesetz mit dem aktiven Wahlrecht der Frauen und mit der Herabsetzung der Altersgrenze für sie unannehmbar sei. Sofort erklärte sich das Zentrum zur Nachgiebigkeit bereit. In der zweiten Lesung sollte das Gesetz verschlechtert werden wider besseres Wissen der klerikalen Sozialreformer. Da aber die Sozialdemokratie sehr stark, die übrigen Parteien sehr schwach vertreten waren, gelang uns die Ablehnung der Zentrumsanträge mit Hilfe der Freisinnigen und Antisemiten. Zur dritten Lesung trommelten die Zentrumler ihre Mannschaften zusammen. Mit ihnen fielen auch die vorher für unsre Auffassung eintretenden Antisemiten um. So kam eine Mehrheit für die Verschlechterungsanträge zu stande. Für diesen Fall hatte die Fraktion die Ablehnung des ganzen Gesetzentwurfs beschlossen. Unser Votum wurde von unserm Redner in folgender Weise begründet: „Wir sind der Meinung, daß es ein Akt der größten Ungerechtigkeit und Rückständigkeit ist, da den weiblichen Angestellten das aktive und passiv Wahlrecht für die Beisitzerposten vorenthalten werden soll. Diese Ungerechtigkeit wirkt um so drastischer und abstoßender in einem Augenblick, w auch, abgesehen von uns, die wir die Gleichberechtigung und damit das Wahlrecht der Frauen als einen unsrer Programmsätze von jeher fordern und dafü kämpfen — auch von den bürgerlichen Parteien den Bestrebungen auf E

Digitized by Google

ringung der politischen Rechte für die Frauen, soweit es sich nur um Worte handelt, volle Sympathie entgegengebracht wird.

Meine Herren, die Reden, die in diesem Hause über das Wahlrecht der Gehilfinnen von Vertretern aller Parteien gehalten worden sind, lassen es geradezu unglaublich erscheinen, daß dieselben Herren und dieselben Parteien, in deren Namen diese Reden gehalten worden sind, heute erklären, sie könnten sich jetzt nicht mehr für das aktive und passive Wahlrecht der Gehilfinnen aussprechen. Die andern Punkte, die uns die Zustimmung unmöglich machten, sind, daß der Kompromißantrag wiederum die Altersgrenze, die in der Kommission auf 21 für das aktive und 25 Jahre für das passive Wahlrecht festgesetzt war, auf 25 und 30 Jahre erhöhen will. Es ist doch absolut durch nichts zu rechtfertigen, daß man jungen Leuten von 21 Jahren, die militärpflichtig, die vermögensmündig sind, die ihr Vermögen verwalten, die wichtigsten Verträge abschließen, einen Hausstand gründen können, das Recht vorenthalten will, an Wahlen teilzunehmen, zu denen Richter gewählt werden, die in ihren Berufsangelegenheiten entscheiden sollen. In Deutschland wird man mit 18 Jahren regierungsmündig, junge Herren von 18 Jahren sind eventuell berufen, über ganze Völker zu regieren. Da werde man die jungen Kaufleute und überhaupt die jungen Leute mit 21 Jahren wohl auch für reif genug erachten, da mit zu raten, wo sie durch Zahlung von Steuern mit zu taten sehr reichlich verpflichtet sind." Der Redner schloß mit der Erklärung, daß es dem fortgesetzten Drängen des Reichstages und dem elementaren Ansturm aus den Kreisen der Gehilfen gelingen müsse, die Regierung sehr bald eines besseren zu belehren und daß dann eine Reform des Gesetzes zustande kommt, worauf wir dauernd hinarbeiten werden. „Um uns diese Möglichkeit zu erhalten, stimmen wir gegen das Gesetz, welches durch die Annahme der Kompromißanträge so verschlechtert wird, daß es unbrauchbar, ungerecht und rückständig selbst die elementarsten Forderungen der Kaufmannsgehilfen unerfüllt läßt."

Ein Gesetz, betreffend die

Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft

war gleichfalls von sozialdemokratischer Seite schon lange gefordert worden, zuerst durch Frohme im Jahre 1883 gleichzeitig mit der Entschädigung unschuldig Verurteilter. Wie letztere Forderung schließlich, wenn auch bisher in ungenügender Form, realisiert wurde, ging die Regierung endlich mit Zagen und Zögern auch an diese Reform. Der Grundsatz, von dem wir bei dieser Forderung ausgegangen waren, ist der, daß der Staat, wenn durch absichtliches oder irrtümliches Verschulden seiner Organe jemanden ein Schaden zugefügt ist, genau so zum Schadenersatz verpflichtet sein soll, wie ein Unternehmer ersatzpflichtig ist für die Schäden, die aus seinem Betriebe entstehen. Unschuldige Haft ist aber ein schwerer Betriebsschaden, den bisher der Staatsbürger ohne Entschädigung über sich ergehen lassen mußte. Der Regierungsentwurf blieb nun weit hinter dieser Anforderung zurück. Der entscheidende § 1 der Vorlage lautete:

> Personen, die im Strafverfahren freigesprochen oder durch Beschluß des Gerichts außer Verfolgung gesetzt sind, können für erlittene Untersuchungshaft Entschädigung aus der Staatskasse verlangen, wenn das Verfahren ihre Unschuld ergeben oder dargetan hat, daß gegen sie ein begründeter Verdacht nicht vorliegt.
>
> Außer dem Verhafteten haben diejenigen, denen gegenüber er kraft Gesetzes unterhaltungspflichtig war, Anspruch auf Entschädigung.

In der Generaldebatte wurde von unsern Rednern dargelegt, daß dadurch 4 Sorten von Freigesprochenen geschaffen würde, die völlig makellosen und

Digitized by Google

die mit einem Verdacht behafteten, was der grundlegenden Rechtsauffassung widerspricht, daß jeder als völlig unschuldig von Rechtswegen zu gelten hat, bis seine Schuld rechtskräftig erwiesen ist. In der Kommission wurde unsrerseits versucht, diese Bestimmung durch folgende Formulierung zu ersetzen:

„Personen, gegen welche Untersuchungshaft verhängt war oder die sistiert, vorläufig festgenommen oder vorgeführt worden sind, können Entschädigung beanspruchen, wenn sie rechtskräftig freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt sind."

Hierdurch wäre nicht nur die ungeheuerliche Schöpfung einer Klasse „verdächtiger" Freigesprochener beseitigt worden, es wäre auch das Gesetz ausgedehnt worden auf fälschlich Sistierte, wodurch vielfach polizeilichen Mißgriffen vorgebeugt worden wäre. Wie notwendig das ist, charakterisierte einer unsrer Redner mit den Worten: „Es wird bei uns so aufs Geradewohl hin so unglaublich leichtfertig darauf los verhaftet, daß es damit anders werden muß." Der Kommission, in der grundsätzlich unsre Bedenken vielfach geteilt wurden, beliebte es aber nicht, von der Regierungsfassung abzugehen.

Nicht minder verbesserungsbedürftig war der § 2, der festsetzt, welche Personen noch aus irgend welchen Gründen von der laut § 1 erteilten Berechtigung ausgeschlossen sein sollten. Ausgeschlossen soll der Anspruch sein, „wenn der Verhaftete die Untersuchungshaft vorsätzlich herbeigeführt oder durch grobe Fahrlässigkeit verschuldet hat."

„Der Anspruch kann ausgeschlossen werden, wenn das zur Untersuchung gezogene Verhalten des Verhafteten gegen die guten Sitten verstoßen hat.

„Der Anspruch kann auch dann ausgeschlossen werden, wenn der Verhaftete entweder wegen Vergehens oder wiederholt wegen Vergehens oder Uebertretung des § 361 Nr. 3 bis 8 des Strafgesetzbuchs zu Freiheitsstrafe verurteilt worden ist und seit der Verbüßung der letzten Strafe bis zur Verhaftung fünf Jahre noch nicht verflossen sind."

Diese Kautschukbestimmungen ermöglichen es, daß gerade mißliebigen Personen die Vergünstigungen des Gesetzes entzogen werden können. Grobe Fahrlässigkeit ist ein höchst vieldeutiger Begriff. „Gegen die guten Sitten" verstößt es nach Anschauung zahlreicher Richter heute schon, wenn jemand durch einen Streik sich eine Lohnaufbesserung zu sichern sucht. Der letzte Absatz gar macht schon jemand der Entschädigung unwürdig, der nur ein paar Mal wegen Beleidigung bestraft worden ist, was für Sozialdemokraten nette Aussichten eröffnet. Auch hier wurde unsererseits in der Kommission eine Besserung des Paragraphen versucht. Die „grobe Fahrlässigkeit" sollte überhaupt als Hinderungsgrund ausgemerzt und die anderen beiden Absätze durch folgende Bestimmung ersetzt werden:

„Der Anspruch auf Entschädigung ist ausgeschlossen, wenn der Angeschuldigte es unternommen hatte, jemand zu einer falschen Aussage oder dazu zu verleiten, sich der Zeugnispflicht zu entziehen oder wenn der Angeschuldigte durch ein unwahres, gerichtliches oder außergerichtliches Geständnis der Tat oder durch eine falsche Selbstanzeige oder sonst absichtlich die Einleitung oder Fortsetzung des Strafverfahrens veranlaßt hat."

Hierbei kam die Kommission wenigstens soweit unserer Kritik entgegen, daß sie die fragwürdigen Bestimmungen der Regierungsvorlage durch folgende Fassung ersetzte:

„Der Anspruch auf Entschädigung ist ausgeschlossen, wenn der Verhaftete die Untersuchungshaft vorsätzlich herbeigeführt oder durch grobe Fahrlässigkeit verschuldet hat: Die Versäumung der Einlegung eines Rechtsmittels ist nicht als eine Fahrlässigkeit zu erachten."

Digitized by Google

„Der Anspruch kann ausgeschlossen werden, wenn die zur Untersuchung gezogene Tat des Verhafteten eine grobe Unredlichkeit oder Unsittlichkeit in sich geschlossen hat oder in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Trunkenheitszustande begangen worden ist oder wenn aus den Tatumständen erhellt, daß der Verhaftete die Verübung eines Verbrechens oder Vergehens vorbereitet hatte."

„Der Anspruch kann auch dann ausgeschlossen werden, wenn der Verhaftete zur Zeit der Verhaftung sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befand oder unter Polizeiaufsicht stand oder wenn gegen den Verhafteten auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuches innerhalb der letzten zwei Jahre auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde rechtskräftig erkannt worden ist. Das Gleiche gilt, wenn der Verhaftete mit Zuchthaus bestraft worden ist und seit der Verbüßung der Strafe drei Jahre noch nicht verflossen sind."

Auch gegen diese Bestimmungen erhoben wir Einspruch, besonders gegen die Doppelbestrafung, die die letzten beiden Absätze involviere; doch waren sie immerhin besser als die Bestimmungen des Rieberdingschen Entwurfes. Eine Verbesserung ist auch im § 3 die Erweiterung der entschädigungsberechtigten Untersuchungshaft auf die vorausgegangene vorläufige Festnahme.

So kam der Gesetzentwurf vor das Plenum, wo er in zweiter und dritter Lesung mit unwesentlichen Aenderungen Annahme fand. Die Fraktion beschloß auch hier die Vorlage abzulehnen. Hätte es sich bloß darum gehandelt, daß der Kreis der Entschädigungsberechtigten in dem Gesetz enger gezogen wurde, als wir es wünschten, so hätten wir trotzdem für das Gesetz stimmen können. Ausschlaggebend für unsere Stellungnahme gegen das Gesetz war aber die Schöpfung einer neuen Klasse Halbfreigesprochener oder Halbverurteilter. Es ist das ein Rückfall in die prinzipiell, wenn auch nicht praktisch überwundene Beamtenjustiz, der jeder Untertan zunächst als ein Verbrecher gilt, bis er seine Unschuld beweist. Die Sozialdemokratie muß entschieden ablehnen, irgendwie Teil zu haben an dem Rückfall in eine solche Barbarei.

Ein Gesetz zur Bekämpfung der Reblaus

war infolge der Gefährdung unseres Weinbaus durch dieses schädliche Insekt notwendig geworden. Die Vorlage der Regierung schreibt vor, daß die Rebpflanzungen einer amtlichen Besichtigung unterworfen sein sollen. Die Beaufsichtigung soll Reichssache sein. Die näheren Bestimmungen darüber sind vom Bundesrat zu erlassen. Die zuständigen Behörden können die Vernichtung ganzer Anpflanzungen oder ihrer Teile anordnen. Soweit herrschte Uebereinstimmung über die Grundsätze des Gesetze. Meinungsverschiedenheiten entstanden betreffs der Entschädigungsfrage und der Kostenfrage. Die Entschädigung soll voll gewährt werden. Die Kommission wollte die Kosten des Verfahrens den Einzelstaaten aufbürden, da unter Führung des Zentrums sich die Mehrheit aus Rücksicht auf die Bauern auf den Standpunkt stellte, die Vernichtung einer Rebpflanzung gleichwertig mit einer Enteignung anzusehen. Unsererseits wurde
gegenüber geltend gemacht, daß die Vernichtung der Rebpflanzung nicht
mer auf die Nutzlosmachung des ganzen Grund und Bodens hinauslaufe.
as Gesetz sei nach Maßgabe eines Seuchengesetzes zu behandeln. Es
lle ein Gesetz zum Schutze des deutschen Weinbaues sein. Es müsse darauf
ngearbeitet werden, daß die Besitzer selbst, bei denen es sich auch um sehr
che Leute, nicht nur um Kleinbauern handelt, für die Bekämpfung interessiert
d daher zu den Kosten herangezogen werden. Wir wünschen deshalb, daß
eressentenverbände geschaffen werden, die der Staat unterstützt mit Bei-
en, innerhalb deren aber die großen Besitzer schärfer zu den

Digitized by Google

Kosten herangezogen werden als die kleinen. Diesem Gedankengange wurde unsererseits in folgendem Antrag zur Umgestaltung des § 6 in dritter Lesung Ausdruck gegeben:

Derjenige, dessen Rebpflanzungen von den in den §§ 1 und 2 bezeichneten Maßregeln betroffen werden, ist befugt, den Ersatz des Wertes der vernichteten und des Minderwertes der bei der Untersuchung beschädigten gesunden Reben zu verlangen.

Wird eine Rebpflanzung vernichtet, welche weder verseucht noch der Verseuchung verdächtig ist, so erstreckt sich der Ersatzanspruch auf den vollen Betrag des Schadens.

Die Bestimmungen darüber,

1. nach welchen Grundsätzen die Entschädigung zu ermitteln und festzustellen ist,
2. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie sie aufzubringen ist,

sind von den Bundesstaaten zu treffen. Werden Interessentenverbände zur Aufbringung der Entschädigungen oder eines Teiles derselben gebildet, so sind die Beitragssätze progressiv nach dem Ertragswert des dem Weinbau dienenden Besitzes zu gestalten.

Ueber unseren Vorschlag kam es zu erregten Auseinandersetzungen, da das Zentrum versuchte, in demagogischer Weise unsere Stellungnahme für bauernfeindlich zu erklären. Nachdem unser Antrag abgelehnt war, wurde dann die Kommissionsfassung des § 6 angenommen:

Derjenige, dessen Rebpflanzungen von den in den §§ 1 und 2 bezeichneten Maßregeln betroffen werden, ist befugt, aus der Kasse des Bundesstaates, zu dessen Gebiet das betreffende Grundstück gehört, den Ersatz des Wertes der vernichteten und des Minderwertes der bei der Untersuchung beschädigten gesunden Reben zu verlangen.

Wird eine Rebpflanzung vernichtet, welche weder verseucht noch der Verseuchung verdächtig ist, so erstreckt sich der Ersatzanspruch auf den vollen Betrag des Schadens.

Die Bestimmungen darüber, nach welchen Grundsätzen die Entschädigung zu ermitteln und festzustellen ist, sind von den Bundesstaaten zu treffen.

In diesem Falle haben wir trotz der Meinungsverschiedenheit über die Kostenaufbringung wegen der allgemeinen Notwendigkeit des Gesetzes in der Schlußabstimmung dafür gestimmt, so daß das Gesetz einstimmig angenommen wurde.

Ein **Servisgesetz**, das die den Beamten zu zahlenden Servizulagen regeln soll und zu dem hunderte von Petitionen eingegangen waren, wurde provisorisch bis zum 1. April 1906 in Kraft gesetzt. Dann soll eine gründliche Neuregelung erfolgen.

Ein **Gesetz zur Abänderung der Seemannsordnung und des Handelsgesetzbuches** war notwendig geworden, da sich jetzt schon die Verbesserungsbedürftigkeit der 1902 angenommenen Seemannsordnung herausgestellt hatte. Nachdem durch das Gesetz von 1903 die Krankenfürsorge für die der Krankenversicherung unterliegenden Personen allgemein auf 26 Wochen ausgedehnt war, muß diese Ausdehnung der Krankenfürsorge notwendigerweise auch den Seeleuten zute werden. Bisher war die Fürsorgedauer für Seeleute bei Erkrankungen im Au lande zwar auch auf 6 Monate bemessen, im Inlande aber nur auf 3 Mona. Wir konnten mit der vorgeschlagenen Verbesserung zwar durchaus einverstande sein, da sie unseren früheren vergeblich geltend gemachten Forderungen entsprac haben aber noch einige weitere Verbesserungen durchzusetzen gesucht, so die Si sicherung, daß der Seemann auch noch 3 Wochen nach der Abmusterur Anspruch auf Krankenentschädigung an den Rheder haben soll. Das Plen

Digitized by Google

lehnte jedoch diesen Antrag ab. Wir haben dann natürlich dennoch für das Gesetz in der Schlußabstimmung gestimmt.

Eine von uns eingebrachte Resolution, wonach den Seeleuten eine Krankenversicherung mit voller Selbstverwaltung nach Maßgabe der Krankenversicherung gewerblicher Arbeiter durch Gesetz beschafft werden soll, wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Eine **Aenderung des Münzgesetzes**, in der neue Mischungsverhältnisse für die Legierung der Silbermünzen vorgesehen war, gelangte zwar im Hause zur Annahme; da aber das Haus aus praktischen Gründen sich entgegen der Regierung für die Beibehaltung der Dreimarkstücke entschied, wofür auch wir stimmten, will die Regierung wegen der Durchberatung des Originalsystems das Gesetz in der angenommenen Fassung nicht sanktionieren.

Ein Gesetz betreffs der rechtlichen Gleichstellung des **Holsteinschen Herzogshauses** mit den souveränen Häusern in gewissen Vorrechten wurde von uns wie jede Gewährung von Sonderrechten an einzelne Personen oder ganze Familien abgelehnt, von den übrigen Parteien aber angenommen.

Ein Gesetzentwurf betreffs **die Handelsbeziehungen zum britischen Reich** sollte den Bundesrat ermächtigen, den Angehörigen des britischen Reiches die Vorteile der Meistbegünstigung „bis auf weiteres" einräumen. Die Agrarier setzten aus Abneigung gegen die Erleichterung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland durch, daß die Worte „bis auf weiteres" ersetzt wurden durch die Fassung: „bis zum 31. Dezember 1905". Von unserer Seite wurde diese Limitierung bekämpft. Dem Gesetze stimmten wir jedoch zu.

Die Afrikabahnen.

Gleich zwei Gesetze zum Bau von Bahnen in Afrika hat der Reichstag zur höheren Ehre des Kolonialwesens zu stande gebracht, trotzdem er sich in früheren Sessionen gegen eine solche Zumutung energisch sträubte. Im westafrikanischen **Togo-Gebiet** wurde der Bau einer **Bahn von Lome nach Palime** gefordert. Es ist das eine Bahn von der Küste ins Innere von 122 Kilometer Länge. Auf eine Rentabilität in der Gegenwart rechnet keiner ihrer Befürworter. Sie erhoffen nur die Rentabilität von einer späteren Zukunft, wenn die Verkehrserleichterung den Baumwollenbau und die Palmöl-Gewinnung in Aufschwung gebracht haben würde. Eine ganze Reihe von Handelskammern haben sich für die Bahn warm ins Zeug gelegt, weil sie den Textilfabrikanten nützlich sein würde. Merkwürdigerweise denken aber alle die sehr zahlungsfähigen Mitglieder dieser Körperschaften nicht daran, dies doch angeblich so lukrative, wenn auch erst später lukrative Unternehmen selbst in die Hand zu nehmen. Sie sind indes sehr freigebig zu Gunsten der Entwicklung Afrikas auf Kosten der — deutschen Steuerzahler. Das Reich soll die Bahn bauen nach Wunsch der Interessenten. Die Reichsregierung ist auch durch die Vorlage diesem Wunsch nachgekommen. Nach Vorschlag der Regierung sollte eine 3½prozentige Anleihe in Höhe von 8 Millionen Mark zum Besten des Schutzgebiets Togo genommen werden. In Wirklichkeit wäre bei einer solchen Anleihe, da dies Schutzgebiet keine selbständige wirtschaftliche Existenz hat, sondern eine Filiale des deutschen Reiches ist, das Risiko nur auf einem etwas kostspieligen Umwege auf das Reich zur Last gefallen.

Für unsere Partei ergab sich von vornherein die strikte Ablehnung dieses Gesetzentwurfes. Wir halten die geforderten Gelder für Kulturaufgaben in Deutschland selbst viel dringender nötig. Wollen die reichen Interessenten, die Togo Spinner, Weber und Kaufleute eine Bahn in Afrika, so sollen sie selber den Bau auf ihre Kosten übernehmen. Dieser Auffassung gemäß haben wir im

Digitized by Google

Plenum und in der Kommission von Anfang an Stellung zu der Forderung genommen.

Nun kam aber noch ein besonderer Umstand zu Tage. Die Bahnstraße durchläuft im oberen Teil ein von der deutschen Togo-Gesellschaft erworbenes Terrain. Die Interessenten dieser Gesellschaft gehören zu den eifrigsten Befürwortern der Bahn, da ihre Ländereien natürlich enorm an Wert gewinnen müssen durch die Bahn. Durch eine Veröffentlichung in der Zeitschrift „Die deutschen Kolonien" war es herausgekommen, daß die Gründer dieses Unternehmens sich ihren kolossalen Landbesitz für ein Spottgeld erworben haben. Die Togo-Gesellschaft hat zwei Landkomplexe von je 50 000 und 45 000 Hektaren. Der letztere am Aguberge, der hier in Betracht kommt, ist nun für insgesamt 2795 Mark erworben worden. Durchschnittlich war also 6 Pfennig für den Hektar gezahlt. Es waren einige Häuptlinge zusammengetrommelt, man hatte sie durch Backschich gefügig gemacht, und dann war der Kontrakt von ihnen unterzeichnet, d. h. unterkreuzt worden. Aus den Kontrakten selbst ging hervor, daß die Togo-Neger kein Privatgrundbesitz kennen. Das Land ist Stammeseigentum; der Einzelne erhält ein Stück Land auf 3 Jahre zur Nutznießung, pflanzt er Palmen darauf, so bleibt ihm die Nutznießung der Bäume dauernd. Jagd und Fischerei ist gemeinsam, ebenso die Holznutzung. Leute, die unter solchen Verhältnissen leben, können ja die Bedeutung des Kaufkontrakts, zu dem die Häuptlinge verleitet sind, gar nicht begreifen. Das Geschäft kommt deshalb auf eine Uebervorteilung der Neger durch Ausnützung ihrer Unwissenheit heraus. Diese Tatsachen veranlaßten uns, einen Versuch zu machen, den Negern zu ihrem Recht zu verhelfen. Wir beantragten im Anschluß an die Beratung des Gesetzentwurfs folgende Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen:

In Erwägung, daß im Togo-Gebiet der Verkauf von Land, das sich im Besitz der Eingeborenenstämme befindet, dem Gewohnheitsrecht der Eingeborenen widerspricht,

in Erwägung ferner, daß der für die Ländereien der Togo-Landgesellschaft den Häuptlingen gezahlte Kaufpreis nicht entfernt als Aequivalent für den Wert der Ländereien angesehen werden kann,

in Erwägung schließlich, daß die Durchführung der Kaufverträge zahlreichen Eingeborenen die Existenz untergraben und daher die Gefahr von Aufständen heraufbeschwören muß,

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er wolle die Annullierung der dem Landerwerb der Togo-Landgesellschft zu Grunde liegenden Kaufverträge und die Zurückführung des Landes in den Stammesbesitz der Eingeborenen in die Wege zu leiten.

In der Debatte wurde unsererseits auf die Gefahr hingewiesen, daß die Uebervorteilung der Eingeborenen im Togolande ebenso wie in Südwestafrika einen Verzweiflungsausbruch herbeiführen könne. Trotzdem die bürgerlichen Parteien sich der Einsicht nicht verschließen konnten, daß den Negern Unrecht durch die Landspekulanten zugefügt sei, war ihr Respekt vor dem Kapitalismus doch zu groß, als daß sie sich hätten dazu entschließen können, seine Praktiken ernstlich zu durchkreuzen. Sie lehnten einmütig unsere Resolution ab, sprachen dabei allerdings den Wunsch aus, daß künftig die Rechte der Eingeborenen mehr geschont werden möchten, was aber die Folgen des begangenen Unrechts nicht abwenden kann. In das Gesetz wurde ferner ein Passus eingefügt, daß die Landgesellschaften zu den Kosten herangezogen werden sollten. Seitens der Kolonialverwaltung wurde auf unsere Vorstellungen hin wenigstens in Aussicht gestellt, daß die Angelegenheit an Ort und Stelle noch näher untersucht werden sollte, wobei der Kolonialdirektor durchblicken ließ, daß er mit der Sanktionierung

Digitized by Google

des kritisierten Kaufvertrages durch seinen Amtsvorgänger nicht einverstanden sei. Das Gesetz wurde dann mit der Modifikation angenommen, daß die Anleihe nicht zu Lasten der Kolonie Togo direkt auf den Markt gebracht werden sollte, sondern der Kolonie vom Reich zu gewähren sei. Das Reich hat seinerseits dann das Geld auf dem Wege der Anleihe zu beschaffen. Wir stimmten gegen das Gesetz.

Ebenso ablehnend verhielten wir uns gegen die ostafrikanische Bahn von Dar-es-salaam nach Mrogoro. Diese Bahn bietet noch weniger Aussicht auf Rentabilität als die Togo-Bahn, da die Bevölkerung des Landes weit spärlicher, der Boden unfruchtbarer ist. Auch hier leisteten die Baumwollinteressenten Vorspann mit Eingaben an den Reichstag. Für die Finanzierung war ein anderer Modus vorgeschlagen als für die Togo-Bahn. Eine zu gründende ostafrikanische Eisenbahngesellschaft sollte den Bau mit einem Kapital bis zu 18 750 000 Mk. übernehmen unter der Bedingung einer vom Reich zu gewährenden Zinsgarantie von 3 Proz. vom Tage der Einzahlung an. Außerdem waren der Gesellschaft Ländereien entlang der Bahnlinie gratis zugesichert, so daß offenbar ohne Risiko gute Profite in Aussicht gestellt waren. Auch dieses Verfahren, das auf eine Begünstigung von Landspekulation herauskommt, wurde von unserer Seite scharf gerügt. Die anderen Parteien gingen aber in ihrem Bewilligungseifer noch zur Vergrößerung des Projektes über. Die Regierung hatte eine Spurweite von 75 Zentimeter geplant. Die Mehrheit setzte eine Meterspurweite ein wie bei der Togo-Bahn, weil das rationeller sei und erhöhte demgemäß das unter Zinsgarantie gestellte Kapital auf 21 Millionen Mark. In dieser Form fand der Gesetzentwurf gegen unsere Stimmen und die der Volkspartei Annahme. Somit haben die deutschen Steuerzahler das Vergnügen, alljährlich einige Hunderttausend Mark für das Betriebsmanko afrikanischer Bahnen aufzubringen, während daheim die Reichsregierung so wie so schon mit einem chronischen Defizit arbeitet.

Bei dieser Gelegenheit bewies auch der sattsam bekannte Graf Arnim wieder einmal, daß er ein Gemütsmensch von blaublütigster Feinheit des Empfindens ist. Auf unsere wiederholten Hinweise auf die Gefahren für Deutschland, wenn die Eingeborenen zu einem Verzweiflungskampf getrieben würden, der, wie in Südwestafrika, schwere Opfer an Menschenleben verursachen müsse, erwiderte er, das seien doch nur Nasenstüber, aus denen ein wahrer Patriot sich nichts machen dürfe. Woraus denn hervorgeht, daß bei dieser Sorte von Patrioten die Menschlichkeit völlig in die Brüche geht.

Initiativanträge

der Parteien sind überhaupt nicht zur Erörterung gekommen. Unsererseits waren deren 15 eingebracht. Die sozialpolitischen Gesetzentwürfe sind, da ihnen parallel eine Anzahl entsprechender Gesetzentwürfe eingebracht wurden, beim Etat des Reichsamt des Innern erwähnt worden. Sie beruhen auf Beschlüssen der Parteitage. Leider hat die Praxis der Regierung die Einbringung des Budgets es unmöglich gemacht, daß unsere Anträge bisher irgendwie zur Verhandlung kommen konnten. Außer den sozialpolitischen Anträgen haben wir die folgenden eingebracht:

Einen Antrag auf Wiederherstellung des durch den Antrag Gröber zerstörten § 14 der Geschäftsordnung, durch dessen Annahme der diskretionären Gewalt des Präsidenten über die Geschäftsordnung ein Ende gemacht werden würde; ein Antrag auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen; ein Gesetzentwurf zur völligen Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts; ein Gesetzentwurf betreffs die Verantwortlichkeit des

Reichskanzlers, die bekanntlich jetzt nur auf dem Papier steht; ein Gesetzentwurf zur Sicherung der Immunität des Reichstagsabgeordneten gegen Inhaftbehaltung während der Sitzungsperiode; ein Gesetzentwurf zur Reform des Preßgesetzes, wodurch die Klageanstrengung gegen eine Zeitung auf den verantwortlichen Redakteur beschränkt und eine sechsmonatige Verjährungsfrist für Beleidigungen festgesetzt wird; endlich ein Gesetzentwurf betreffs Einführung einer wirklichen Volksvertretung in Elsaß-Lothringen.

Die vom Parteitag zu Dresden der Fraktion überwiesenen Anträge 70, 71, 82, 83, 85 sind bei der Erörterung unserer Initiativanträge berücksichtigt worden. Anderen Anregungen ist im Laufe der Diskussion Genüge getan.

Interpellationen.

Einen großen Einfluß auf die Verhandlungen des Reichstags hat die von unserer Partei eingereichte Interpellation betreffs der **russischen Polizeiwirtschaft in Deutschland** ausgeübt. Sie lautet:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Russische Regierung im Deutschen Reichsgebiet Polizeiagenten zur Ueberwachung russischer und deutscher Staatsangehöriger unterhält; daß zu diesem Zweck russische Polizeiagenten Verbrechen verübt und auch versucht haben, andere Personen zu Verbrechen zu bestimmen? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Zustand zu beseitigen?

Der Herr Reichskanzler wird ferner um Auskunft über folgende Fragen ersucht: Wie kommt es, daß in Königsberg gegen Reichsangehörige wegen angeblicher Beihilfe zum Hochverrat gegen das russische Reich und zur Beleidigung des russischen Kaisers ein Verfahren eingeleitet worden ist, bevor der die Strafbarkeit bedingende Strafantrag der russischen Regierung vorlag? Auf wessen Veranlassung und auf welchem Wege ist die russische Regierung zur Stellung des Strafantrages veranlaßt worden?"

Die Interpellation kam am 19. Januar zur Beantwortung und Erörterung. Unsere Partei und die Oeffentlichkeit erfuhren da zunächst aus dem Munde des Ministers des Auswärtigen, daß unsere schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen wurden. Die Regierung duldete die russische Spitzelwirtschaft in Deutschland unter Leitung eines als Oberspitzel in Berlin etablierten Exzellenz. Sie gab zu, die russische Regierung zur Stellung des Strafantrages gegen deutsche Reichsangehörige auf diplomatischem Wege veranlaßt zu haben. Im Laufe der Erörterung der Interpellation und in den sich daran schließenden Debatten im Verlaufe der Budgetberatung traten nach einander noch der Reichskanzler, der preußische Minister des Innern und der preußische Justizminister auf, um mit Begeisterung Zeugnis abzulegen, wie die preußisch-deutsche Staatsmannskunst in den Schlamm des Zarendienstes hineingeraten ist. In dem hier zur Verfügung stehenden Raume kann ja nicht entfernt diesen wichtigen Erörterungen, den Eingeständnissen der Minister und den scharfen Gegenreden unserer Vertreter in der Debatte Genüge geschehen. Die Sache hat ja auch ihre Höhe erst erreicht in dem Königsberger Prozeß und zum Abschluß ist sie auch jetzt noch nicht gekommen. Es erscheint nur angebracht, hier die Tatsachen hervorzuheben, die geeignet sind, ein blendendes Licht auf die Regierungspolitik zu werfen. Als unsererseits die Schalen der Entrüstung ausgegossen wurden über die Auslieferung russischer politischer Flüchtlinge an die Organe zarischer Willkürherrschaft, berief sich Graf Bülow durch Verlesung einer Anzahl von Aktenstücke aus Bismarckischer Zeit darauf, daß schon dieser „Heros aller Deutschen" russische und polnische Flüchtlinge, er nannte Leon Deutsch und Mendelssohn, ausgelie-

habe ohne rechtlichen Grund, um sich durch solche Gefälligkeiten das Wohlwollen des Zaren und damit irgend welche politische Vorteile zu sichern. Graf Bülow hat damit die ganze skrupellose Niedrigkeit der Seele seines Amtsvorgängers entlarvt. Er hat aber auch gleichzeitig durchblicken lassen, welche Methoden er selber anwendet, um im Wettkriechen vor dem Zaren die Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen. Jene diplomatische Enthüllung wird erst völlig verständlich im Rahmen der gesamten politischen Ereignisse der Gegenwart. Herr Graf v. Bülow, der „moderne Mensch" mit den gefälligen Formen, tat dann noch ein Uebriges, indem er die protestierenden russischen Studenten als „Schnorrer und Verschwörer" beschimpfte, während Herr v. Richthofen es mit seiner Kavalierehre vereinbar hielt, die weibliche Ehre der russischen Studentinnen zu verdächtigen. Herr v. Schönstedt dokumentierte die Geistes- und Strebensgemeinschaft der deutschen mit den russischen Machthabern, indem er auf die Kämpfe gegen den grauenhaften Regierungsterrorismus in Rußland das Wort anwendete: tua res agitur, d. h. um die deutsche Regierungssache handelt es sich auch bei der russischen Regierungssache. Von unserer Seite wurde in gründlichster Weise das Verhalten der deutschen Regierung wie das ihrer russischen Freunde gegeißelt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es bald dem russischen Volke gelingen möge, sich von dem Druck, unter dem es seufzt, zu befreien. Selten tritt es so deutlich zu Tage wie bei dieser Gelegenheit, daß die Sozialdemokratie überall in der Welt als Vorhut der Menschheitsentwicklung kämpft. Seitens der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme natürlich der knutenbegeisterten Konservativen, wurde zwar der Mißstimmung über mancherlei entlarvte Russendienste deutscher Staatsmänner Ausdruck gegeben. Sie ließen uns aber im Stich, als wir sie auf die Probe stellten durch Einbringung einer Resolution, der Reichskanzler möge baldigst „einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Gestaltung des Fremdenrechts in Deutschland vorlegen, durch den insbesondere eine Zulassung von ausländischen Polizeiagenten im Deutschen Reich verboten wird." Nur vereinzelte Liberale stimmten mit uns für die Resolution.

Glücklicherweise hat unsere Partei dafür gesorgt, den Russenprozeß vor das Forum der Weltgeschichte zu bringen. Das Urteil wird nicht nur den Zaren und die Zarenschergen treffen, sondern auch deren Handlanger in Deutschland.

Die Verheerungen, die durch die **Wurmkrankheit unter den Bergleuten**, besonders des Ruhrgebiets, angerichtet waren, veranlaßte die Fraktion zu der Interpellation:

> Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die unter den Bergleuten stark grassierende und bereits in das Heer eingedrungene Wurmkrankheit wirksamer zu bekämpfen?

Von unseren Rednern wurde gerügt, daß ernstliche, hinreichend umfassende Abwehrmaßregeln bisher nicht ergriffen worden waren, so daß die Krankheit sich immer mehr ausbreite. Es sei auch notwendig, daß die von der Wurmkrankheit Befallenen die Kosten zur Bekämpfung des lästigen Parasiten abgenommen würden. Offiziöse Beschwichtigungsversuche der rgwerksbesitzer suchten das Publikum über die Ausdehnung der Krankheit irre führen. Es komme darauf an, die Eier und Larven bereits in der Grube vernichten. Das Reich müsse die Sache in die Hand nehmen. Seitens des gierungsvertreters Grafen Posadowsky wurde behauptet, daß die gierungen alles tun, was unter den gegenwärtigen Umständen möglich sei; s Reich brauche nicht einzugreifen. Herr Möller nahm besonders die henverwaltungen in Schutz. Alles in allem seien die Resultate der Seuchenämpfung innerhalb der Zeit von 7—8 Monaten recht erfreulich. Von unserer ite wurde dem erwidert, daß die Behörden häufig kein rechtes Verständnis für Wichtigkeit der Sache hätten. Wiederholt seien Bergarbeiter, die sich die

Aufklärung ihrer Kameraden über die Gefahr hätten angelegen sein lassen, deshalb als „Hetzer" verdächtigt worden. Die Grubenverwaltungen nehmen häufig die Arbeiter, die durch eine Wurmkur geschwächt sind, nicht wieder zur Arbeit an. Sie seien aber für die Krankheiten, die durch den Grubenbetrieb herbeigeführt werden, direkt schadenersatzpflichtig. Vor allen Dingen müsse überall frisches Trinkwasser in die Grube geschafft werden, damit die Arbeiter nicht genötigt sind, das verseuchte Grubenwasser zu trinken. Die lange Arbeitszeit mergle überdem die Bergleute so aus, daß sie durch jeden Krankheitsanfall über den Haufen geworfen werden. Heute schon habe man in den bergmännischen Krankenkassen eine Krankenziffer von 50 bis 60 Prozent, während sie in anderen Kassen nur 35 Prozent betrage. Man solle die Grubenkontrolle Arbeitern übertragen. Unter den Bergarbeitern sei die Erregung über die Lässigkeit in der Seuchenbekämpfung so gestiegen, daß sie nur mit Mühe von einem Streik zurückgehalten werden könnten. Die Regierung solle sich ihrer Verantwortung bewußt sein. Herr Möller blieb dabei, daß die Befürchtungen übertrieben seien. Die Wurmkrankheit sei in ihren schwersten Folgen gebrochen. Offenbar hat indes die Interpellation wenigstens den Nutzen gehabt, die Regierung an ihre Pflicht gegenüber den Arbeitern zu mahnen. Regen sich die Arbeiter in eigener Sache, so ist das der beste Antrieb für die Regierungen zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben.

Gleichfalls auf Bergwerksfragen bezog sich eine andere unserer Interpellationen wegen des Zechenlegens durch die Kohlenringe. Sie lautet:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um die durch Bergwerksgesellschaften, Mitglieder des Kohlensyndikats, im Ruhrrevier veranlaßte Außerbetriebsetzung von Kohlengruben und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern zu beseitigen, sowie die damit verknüpfte Existenzvernichtung von Bauern, Handwerkern und Geschäftsleuten jener Gegend zu verhindern?"

Ein Stilllegen kleiner Zechen war seit längerer Zeit beobachtet worden. Stilllegen von Zechen bedeutet aber immer Arbeitslosigkeit für zahlreiche Arbeiter, und Minderung aller Werte in der Nachbarschaft. Ein Werk außer Betrieb setzen, das seine Kosten nicht aufbringt, läßt sich rechtfertigen. Aber das traf für die Zechen im Ruhrkohlengebiete nicht zu. Der Grund ist ein eigenartiger. Das Kohlensyndikat hat in seinen Bemühungen, die Preise in die Höhe zu treiben, wenigstens hoch zuhalten, den angeschlossenen Kohlengrubengesellschaften die Förderung limitiert. Je nach ihrer bisherigen Leistung darf die einzelne Gesellschaft nicht mehr als eine bestimmte Anzahl Tonnen Kohle fördern. Eine weitere Bestimmung gestattet ihr aber, die Kohlenförderung beliebig auf die ihr gehörigen Gruben zu verteilen. So kann es im Interesse einer Gesellschaft, die mehrere Gruben besitzt, häufig liegen, die Gesamtzahl der ihr zugesprochenen Tonnen Kohle nur aus den Gruben mit leichterem Abbau zu fördern, eine Grube mit schwierigem Abbau aber stilllegen zu lassen. Einzelne Gesellschaften sind sogar dazu übergegangen, kleinere Gruben anzukaufen. Das Förderquantum dieser Gruben wurde dann dem gesamten Förderquantum der Gesellschaft zugeschrieben. Die Gesellschaft setzte aber die neue Grube außer Betrieb und förderte dafür mehr aus ihren größeren Gruben. Sie ersparte damit viel an Verwaltungskosten; außerdem sind auch die Förderungskosten in den größeren Gruben an sich häufig geringer als in den kleinen. Da der Preis der neuen Grube sich aber natürlich nach dem bisherigen Erlös richtete, machte die Gesellschaft bei der Verschiebung der Förderungsquanten ein gutes Geschäft. War aus der kleinen Grube etwa 6 Prozent Dividende herausgewirtschaftet, solange sie selbständig betrieben wurde, so war es ein gutes Geschäft für eine größere Gesellschaft, die 10 und mehr Prozent aus ihren Gruben herausgewirtschaftet hatte, die kleine Grube zu dem kapitalisierten Betrage von 8 Prozent Dividende anzukaufen, sie dann still-

zulegen und das für diese Grube limitierte Kohlenquantum aus den Gruben auch noch zu fördern, deren Betrieb bisher schon die höhere Dividende ergeben hatte. Dabei war aber die angekaufte Grube keineswegs an sich unrentabel, sie war nur weniger rentabel als die anderen Gruben der Gesellschaft. Dieses System des Grubenlegens war von dem Kohlensyndikat angewandt worden zum Profit der Aktionäre, zum Schaden des Nationalvermögens und der Arbeiter. Ein treffliches Beispiel an sich, wie verheerend der Kapitalismus wirkt, wenn er freien Spielraum hat! Grund genug auch, die Frage, wie dem Uebelstande zu begegnen sei, vor den Reichstag zu bringen. Die Reichsregierung jedoch zog es vor, der Beantwortung der Frage auszuweichen, indem sie wieder einmal den Kompetenzkonflikt erhob. Graf Posadowsky erklärte, das sei eine Landesangelegenheit, sie gehöre vor den preußischen Landtag. An sich ist das schon unrichtig, da die Aufsicht über die Gewerbebetriebe Reichssache ist. Außerdem ist es aber auch eine Syndikatsfrage, und als solche zweifellos Reichsangelegenheit. Der Abmarsch des Bundesrats hinderte den Reichstag indes nicht, die Interpellation zu besprechen, und das Nötige ist dann unsererseits gesagt worden. An einzelnen Beispielen zeigte unserer Redner, wie das Syndikat gearbeitet hat und welche übeln Folgen die Zechenlegerei für die Arbeiter nicht nur, sondern für den „Mittelstand", Handwerker und Kaufleute der Gegend, habe. Wenn das so weiter gehe, werde der ganze Kohlenbergbau im südlichen Ruhrgebiet gefährdet. Das Ruhrkohlen-Syndikat verfüge augenblicklich über eine Beteiligungsziffer von 73 Millionen Tonnen. Zur Zeit sei infolge von Absatzmangel die Gesamtförderung auf 53 Millionen Tonnen reduziert. Die weniger produktiven Gruben im südlichen Ruhrgebiet seien für das Syndikat auf 13 bis 14 Millionen Tonnen Förderung limitiert. Da könne doch einmal ein Zeitpunkt kommen, wo es dem Syndikat ratsam erscheine, die Gesamtförderung der südlichen Gruben auf die besseren nördlichen zu übertragen. Die Aktionäre würden damit ein gutes Geschäft machen, aber dies ganze südliche Ruhrbecken sei dann ruiniert. Die Gefahr sei um so größer, als dem Syndikat zwar 96 Werke angeschlossen seien, aber die 16 größeren von ihnen haben für sich bei Abstimmungen die Majorität. Alle diese Tatsachen erregten auch in den Reihen der bürgerlichen Parteien arges Unbehagen. Die Notwendigkeit gesetzlichen Eingreifens wurde auch dort betont. Aber die richtige Konsequenz, daß die Gruben in Gemeinbesitz übergehen müßten, wurde nur von sozialdemokratischer Seite gezogen. So konnte denn unser Redner konstatieren, daß auch das Kohlensyndikat in seiner Weise der Sozialdemokratie vorarbeite, indem es zur Verwirklichung des Wortes treibe: Die Expropriateure werden expropriiert.

Auch von anderer Seite sind eine Anzahl Interpellationen eingebracht worden. Das Zentrum interpellierte wegen der Regelung der **Rechtsverhältnisse der Berufsvereine und Errichtung von Arbeitskammern.** Offenbar beeinflußt durch den Frankfurter Kongreß der anti-sozialdemokratischen Gewerkschaften suchte das Zentrum eine Gelegenheit, um durch Vertretung der auch dort geltend gemachten Forderungen seine Arbeiterfürsorge zu zeigen. Der Redner des Zentrums drängte die Regierung, endlich die in den Februarerlassen von 1890 versprochene Erhöhung einer „Standesvertretung" der Arbeiter in die Hand zu nehmen. In seiner Antwort erklärte der Regierungsvertreter Graf Posadowsky, es sei ja schon ein Anfang gemacht mit der Bildung von Arbeitsvertretungen, indem der § 75 Abs. 2 des Gewerbegerichtsgesetzes das Gewerbegericht ermächtige, Anträge an Behörden und gesetzgebende Körperschaften zu richten. Die Regierungen seien bereit, diesen Keim wieder auszubilden. Auch zu einem Reichsarbeitsamt gebe es einen Ansatz in der arbeitsstatistischen Abteilung des statistischen Amts.

Digitized by Google

Unsererseits wurde erwidert, daß wir den angedeuteten Plänen recht kühl gegenüberstehen, da wir uns wenig davon versprechen. Die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter sind nicht der Ansicht, daß das, was Regierung und Mehrheitsparteien ihnen da bieten könne, den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter entsprechen würde. Allgemein hätten jetzt die Arbeiter mit dem Uebelwollen nicht nur der Unternehmer, sondern auch der Behörden zu kämpfen. „Wir haben ein Koalitionsrecht, nicht beruhend auf Gesetzeskraft, sondern beruhend auf dem guten oder bösen Willen der Polizeibehörden und der in ihrem Sinne entscheidenden Richter." Unser Redner erläuterte dann an Einzelheiten, besonders an dem Crimmitschauer Streik, wie heute die Arbeiter in der Wahrnehmung berechtigter Interessen chikaniert werden. Auf die staatliche Organisation der Arbeiter komme es nicht an, sondern darauf, daß die Arbeiter erst einmal ein wirkliches Koalitionsrecht erhielten.

Von nationalliberaler Seite war eine Interpellation wegen der **Ausdehnung der Alters- und Invaliditätsversicherung auf die Handwerker** eingebracht. Der Antragsteller Dr. Becker ließ sich verleiten, einen Angriff auf die Sozialdemokratie wegen ihrer angeblichen Handwerkerfeindlichkeit zu machen, holte sich aber prompt von einem unserer Redner den Nachweis seiner völligen Ignoranz, da bereits im Jahre 1889 bei Beratung des Invaliditätsgesetzes unsere Fraktion den Antrag gestellt hatte, das Gesetz auf alle selbständigen Unternehmer, Betriebsbeamte usw. mit einem Jahreseinkommen von weniger als 2000 Mk. auszudehnen. Wir sind auch jetzt natürlich mit einem Gedanken einverstanden, den die bürgerlichen Parteien nur aus unserem Arsenal geholt haben. Die von der Regierung zugesagte „wohlwollende Prüfung" eröffnet allerdings nur recht schwache Aussichten, daß in absehbarer Zeit etwas aus der Sache wird.

Gleichfalls von nationalliberaler Seite wurde die Frage gestellt, aus welchen Gründen die Regierung noch nicht einen Gesetzentwurf vorgelegt habe, der die Redakteure vor dem **Zeugniszwang zur Ermittelung der Einsender veröffentlichter Artikel** sichert. Einige besonders krasse Fälle des Zeugniszwanges hatte in letzter Zeit selbst bürgerliche Kreise derart aufgerüttelt, daß auch von ihrer Seite die Abstellung dieses schreienden Mißstandes verlangt wurde. Nur konnte sich der Antragsteller Dr. Fänecke, wohl erschreckt über seine eigene Kühnheit, einige Seitenhiebe gegen die Sozialdemokratie nicht verkneifen und redete sogar, um seine oppositionelle Anwandlung wett zu machen, einer schärferen Bestrafung der Presse wegen Beleidigungen das Wort. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herr Nieberding, wiederholte die seit dreißig Jahren zugesicherte wohlwollende Erwägung. Unser Redner trug als besonders krassen Fall das Zeugniszwangsverfahren gegen den Genossen Rehbein vor, von dem die Heeresverwaltung, der er Mitteilung über eine Militärmißhandlung gemacht hatte, den Namen seines Gewährsmannes erpressen wollte. Juristisch interessanter noch als solche Strafverfahren gegen „Unbekannt" seien die Disziplinarverfahren gegen „Unbekannt". Wie könne man eine gesetzliche Forderung aufstellen, deren Erfüllung jedem anständigen Menschen zur Unehre gereiche! Uebrigens sei der Zeugniszwang gegen Redakteure nur ein Mittel und ein Symptom der bureaukratischen Tyrannei. Gegen die Volksfeindlichkeit der Bureaukratie müsse der Kampf als ganzes geführt werden. Das habe die Sozialdemokratie sich zur Aufgabe gemacht.

Am Schluß der diesjährigen Reichstagsverhandlungen brachten wir dann noch folgende Interpellation zur Erörterung:

Seitens des Herrn Justizministers, des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und des Herrn Ministers des Innern des Bundesstaats Preußen ist am 6. Mai 1904 dem preußischen Abgeordnetenhause

Digitized by Google

ein „Gesetzentwurf, betreffend die Erschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes" vorgelegt worden. Da dieser Gesetzentwurf im Widerspruch zu Vorschriften der Reichsgesetzgebung, insbesondere der Reichsverfassung, des Freizügigkeitsgesetzes, der Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Strafgesetzbuchs enthält, welche

landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten, die vermeintlich einem Arbeitgeber zu landwirtschaftlicher Arbeit oder zum Gesindedienst noch verpflichtet sind, in Verruf zu erklären geeignet sind,

diejenigen mit Strafe bedroht, welche mit solchen landwirtschaftlichen Arbeitern oder Dienstboten irgend einen Dienstvertrag schließen oder für solche Arbeiter einen neuen Dienst vermitteln, und so Arbeitswillige hindern in Arbeit zu treten,

so fragen wir: was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem Bundesstaat Preußen gegenüber die Reichsgesetzgebung zur Geltung zu bringen?

In eingehender Rede wies unser Vertreter nach, daß der fragliche Gesetzentwurf nicht nur den ländlichen Arbeitern und den Kleinbauern in schmählichster Weise ihre Rechte zu Gunsten des Großgrundbesitzes verkümmern würde, sondern auch gegen die Reichsverfassung und die in der Interpellation namhaft gemachten Gesetze verstößt. Der Zweck des Gesetzes sei offenbar, die ländlichen Arbeiter an die Scholle zu fesseln, indem man ihnen den Fortzug von einem Unternehmer, der sie schlecht behandelt, erschwert. Indem man nun einen jeden Unternehmer, der kontraktbrüchige Arbeiter in Lohn nehme, bestrafen wolle, verkümmere man dem Landarbeiter die Freizügigkeit. Offenbar gehöre diese Frage aber auch zur Kompetenz des Reichs. Sie im preußischen Landtag für Preußen erledigen zu wollen, komme auf einen Bruch der Reichsverfassung hinaus. Die Fassung des Gesetzes schreibe die Bestrafung eines jeden vor, der einen kontraktbrüchigen Arbeiter in Dienst nimmt; nach ihr solle bestraft werden:

„Wer Dienstboten, Gesinde oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er weiß, oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem anderen Arbeitgeber zur landwirtschaftlichen Arbeit oder zum Gesindedienst noch verpflichtet sind, in Dienst nimmt —"

Also auch kein Fabrikant, Handwerker, Kaufmann, kurz kein Mensch dürfe einen solchen Arbeiter dann noch beschäftigen. Der kontraktbrüchige Landarbeiter soll dem Hungertode überliefert werden. Darin zeige sich neben der Rechtswidrigkeit die tiefe Unsittlichkeit dieses Gesetzentwurfs. Das Reich dürfe dessen Gesetzwerdung nicht dulden. Herr Nieberding suchte so gut es gehen wollte die preußische Regierung zu verteidigen, mußte aber zugeben, daß die Fassung des Gesetzes „etwas unklar" sei. Nicht auf den Wortlaut komme es an, sondern darauf, was der Verfasser hätte sagen wollen. Es sollten nämlich nur die Landwirte mit Strafe bedroht werden, die einen kontraktbrüchigen Landarbeiter als Landarbeiter beschäftigen wollen. Im übrigen meinte der Herr, die Rechte des Reiches seien durch den Gesetzentwurf nicht bedroht und halb werde der Reichskanzler in der Sache nichts tun. Durch seine Entschuldigung für die „unklare Fassung" hatte jedoch Herr Nieberding selber ein nichtendes Urteil gefällt über die Schönstedtsche Gesetzmacherei, denn das e Erfordernis eines jeden Gesetzes, besonders aber eines Strafgesetzes ist, es völlig unzweideutig und klar sein muß.

Verschiedene Redner bürgerlicher Parteien rückten merklich ab von diesem odukt, und von unserer Seite wurden die gequälten juristischen Entldigungsversuche des Herrn Nieberding in das rechte Licht gerückt. An den

Digitized by Google

Hand einer Fülle von Tatsachen wies unser Redner nach, wie scheußlich jetzt schon häufig die Behandlung der Landarbeiter, auch der weiblichen, ist und wie wenig Schutz sie bei den Gerichten finden. Er faßte dann unser Endresultat über die Angelegenheit in den Worten zusammen: „Gewiß: es muß die Gesetzgebung eingreifen, aber nicht in der Weise, daß sie die Bestimmungen über die Bestrafung des Kontraktbruchs erweitert oder verschärft, sondern dadurch, daß sie endlich ein Gesetz erläßt zum Schutze der Landarbeiter gegen Unterdrückung und Knechtung."

Die Petitionen.

hatten gleichfalls über den ungünstigen Einfluß der Geschäftsgebahrung der Reichsregierung zu leiden. Die Kommission hatte zwar eine ganze Reihe von Petitionen durchberaten. Im Plenum wurden aber meist nur die persönliche Angelegenheiten betreffenden erledigt. Alle Petitionen, über die eine eingehende Erörterung zu erwarten war, wurden „der Geschäftslage wegen" von der Tagesordnung abgesetzt, stehen also bis zum Winter aus.

Wahlprüfungen.

Die Wahlprüfungen wurden diesmal von der Mehrheit der bürgerlichen Parteien zur Kassierung zweier sozialdemokratischer Mandate ausgenutzt, die einer objektiven Prüfung als gültig hätten passieren müssen. Auch in diesem Rechtsbruch aus Angst erkennen wir eine Quittung für den 16. Juni 1903.

Mit Prüfung der Wahlen bürgerlicher Abgeordneter hat man sich nicht sehr beeilt. Kassiert wurde nur die Wahl des dem Zentrum und der Rechten höchst unbequemen elsässer Demokraten Blumenthal in Straßburg-Land, und der nationalliberale Jänecke in Lüneburg legte vor der bevorstehenden Kassierung sein Mandat nieder.

Trotz arger Wahlbeeinflussungen und Verstöße wurden jedoch die Wahlen des Grafen v. Ballestrem in Luhlinitz und des Fürsten Bismarck in Jerichow für gültig erklärt.

Beanstandet wurden bis zum Eingang weiter Beweiserhebungen oder an die Kommission zurückverwiesen die folgenden Wahlergebnisse:

Dr. Becker (natlib.) in Offenbach,
Boltz (natlib.) in 5. Trier,
Brejski (Pole) in Thorn,
v. Brockhausen (kons.) in 4. Köslin,
Dietrich (kons.) in 3. Potsdam,
v. Dirksen (freikons.) in Kottbus,
Eickhoff (freis. Volksp.) in Mühlhen.,
Dr. Hoeffel (els. Landesp.) in Zabern,
Korfanty (Pole) in Kattowitz,
Münch-Ferber (natl.) in Hof,
Will (kons.) in 1. Köslin.

Bei mehreren dieser Wahlen ist die Sozialdemokratie als stärkste oder zweitstärkste Partei stark interessiert; eine andere Gruppe von Wahlen, gegen die unsererseits Protest erhoben wurden, sind noch gar nicht aus dem Stadium der Kommissionsberatung herausgekommen. Das eilt auch nicht für die bürgerlichen Parteien. Fünf Jahre sind eine lange Zeit. So lange die Wahl nicht

Digitized by Google

kassiert ist, kann kein Sozialdemokrat das Mandat erwerben. Also hübsch langsam!

Um so eiliger hatten es die Herren, wo es galt, sozialdemokratische Mandate zu kassieren, die irgend einer gegnerischen Partei Aussichten boten.

Die Wahl in **Altenburg**, wo Genosse **Buchwald** gewählt war, kam im Plenum am 16. März zur Sprache. Das Wahlresultat am 16. Juni 1904 war folgendes gewesen:

Buchwald (Soz.)	18 695	Stimmen
v. Blödau (Bund der Landw.)	14 498	„
Hartmann (freis. Volksp.)	2 993	„
Zersplittert	31	„

Buchwald war demnach mit 586 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt worden. Protest war eingelegt wegen einer **Wahlbeeinflussung**, die darin gefunden wurde, daß der Minister v. Helldorf in einer konservativen Versammlung sich gegen die Aufstellung des früheren Abgeordneten v. Blödau ausgesprochen hätte. Es wurde ferner behauptet, er habe sich nicht gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen. Tatsächlich hatte er indes in der fraglichen Rede gesagt: „Der Kampf gegen den Umsturz dürfe jedoch nicht aufgegeben werden.“ Der Minister hatte auch die Aufstellung des Herrn v. Blödau nur für unzweckmäßig erklärt, kein Wort hatte er gesagt, man solle ihn **nicht wählen**. Trotzdem nahm die Kommission an, die Rede des Ministers habe zu Gunsten der Sozialdemokratie gewirkt, und deshalb müsse die Wahl kassiert werden. Im Plenum wies unser Redner nach, daß das ein ganz unerhörtes Verfahren sei. Man kann doch nur dann eine Wahl wegen Wahlbeeinflussung kassieren, wenn sie zu Gunsten des siegenden Kandidaten erfolgt sei. Würde es sich nicht um ein sozialdemokratisches Mandat handeln, so würde sicher nicht in solcher Weise verfahren sein. Es sei eine vollkommene Verleugnung der Grundsätze, nach denen bisher der Reichstag bei Wahlprüfungen verfahren sei. Half nichts! In namentlicher Abstimmung wurde die Wahl Buchwalds mit 126 gegen 81 Stimmen für **ungültig** erklärt. Mit uns hatten nur die freisinnigen Gruppen und die Polen gestimmt.

In **Frankfurt a. O.** hatte das Wahlergebnis am 16. Juni 1903 gelautet:

Dr. Braun (Soz.)	12 817	Stimmen
Felisch (kons.)	8 268	„
Schwabach (natl.)	7 025	„

Es mußte eine **Stichwahl** stattfinden, die am 25. Juni folgendes Ergebnis hatte:

Dr. Braun (Soz.)	14 685	Stimmen
Felisch (kons.)	14 204	„

Braun war also mit 240 Stimmen absoluter Mehrheit in der Stichwahl gewählt. Auch gegen diese Wahl wurde wegen Wahlbeeinflussung Protest erben. Im Januar 1903 sei ein Wahlaufruf **zu Gunsten des konservativen** Kandidaten Felisch verbreitet worden, der unterzeichnet war von dem gierungspräsidenten v. Windheim und anderen hohen Beamten. Es sei annehmen, daß diese amtliche Beeinflussung dem Herrn Felisch Stimmen zuführt hätten, die sonst dem nationalliberalen Kandidaten Schwabach zugefallen ren. Es sei ferner anzunehmen, daß, wenn Schwabach in die Stichwahl mit m Sozialdemokraten gekommen wäre, ihm dann die Mehrheit zugefallen sei. her müsse die Wahl kassiert werden. Die Kommission trat dieser Auffassung

Im Plenum stand die Wahl nach einer vorhergegangenen Vertagung wegen

Digitized by Google

Einholung neuer Formationen am 27. April auf der Tagesordnung. Unser Redner konnte nun nachweisen, daß amtliche Wahlbeeinflussung genau so wie für den konservativen auch für den nationalliberalen Kandidaten geübt sei, daß sie sich unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie gerichtet habe. Wenn die Kommission diese Berichte einfach ignoriert habe, so zeige sie damit, daß es sich nicht um die Sache, sondern um die Person für sie handle. Es soll also die Wahl eines Sozialdemokraten kassiert werden, weil amtliche Wahlbeeinflussungen zu Gunsten — seiner Gegenkandidaten ausgeübt wurden. Er schloß mit den Worten: „Wenn das Plenum sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellt, man müsse die Wahl kassieren, weil eine amtliche Wahlbeeinflussung gegen den Sozialdemokraten ohne Erfolg gewesen ist, dann — nehmen Sie mir das nicht übel — erklärt der Reichstag mit anderen Worten ganz einfach: Wahlbeeinflussungen sollen von jetzt an statthaft sein, wenn Sie von Erfolg gegen die Sozialdemokraten sind. Tun Sie das, so wollen wir uns damit abfinden; aber dann lassen Sie uns wenigstens die Wahrheit hören." Der Reichstag stellte sich tatsächlich auf diesen Standpunkt: die Wahl des Genossen Braun wurde für ungültig erklärt.

So springt der gegenwärtige Reichstag mit dem Wahlrecht des Volkes um.

Schluß.

Durch die Geschäftsgebahrung der Reichsregierung ist es also dazu gekommen, daß der Reichstag wenig positive Arbeit leisten und sich vorwiegend mit Kritik befassen mußte, an der, wie es in der Natur der Dinge liegt, unserer Partei die Hauptaufgabe zufiel. Insofern durch die Verkümmerung der Reichstagsarbeiten das Ansehen des Reichstags gemindert ist, hat also die Reichsregierung durch ihre Praxis zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Jede Minderung des Reichstagsansehens stärkt die Stellung der Regierung, und durch den ewigen Appell an die Rücksichten auf die „Geschäftslage des Hauses" ist der direkten Einwirkung des Reichstages auf die Reichsgeschäfte ein Riegel vorgeschoben. Zufrieden, aber nicht stolz kann die Reichsregierung sein. Traurig ist es, daß der Reichstag sich diese Behandlung gefallen läßt. Aber zu durchgreifenden Gegenmaßregeln, wie wir sie wollen, ist die Reichstagsmehrheit nicht zu bringen. Sie hat Angst — und zwar mit Recht — daß jede Wahrung des Reichstagseinflusses der Sozialdemokratie zu Gute kommt. Betrachten wir die Dinge bloß vom Standpunkt des Nutzens oder Schadens für unsere Partei, so haben wir festzustellen, daß auch diese Session wiederum unserer Bewegung förderlich gewesen ist. Mehr und mehr bemächtigt sich die Sozialdemokratie der Führung im Kampfe für alle große Kulturforderungen unserer Zeit. Mehr und mehr muß sich die Erkenntnis auch im Volke Bahn brechen: Der Klassenkampf des Proletariats ist zugleich der Befreiungskampf für die ganze Menschheit.

Auch in dem wachsenden Haß unserer Gegner kennzeichnet sich diese Entwicklung. Unverhohlener als je haben die Scharfmacher ihrem Streben, das Volk zu entrechten, um die Sozialdemokratie aus dem Reichstage herauszudrängen, Ausdruck verliehen. Seinen Höhepunkt erreichte das, als der Herr v. Oldenburg-Januschau in einem, selbst bei den „Edelsten der Nation" ungewöhnlich plumpen Roheitsausbruch den Sozialdemokraten von der Tribüne des Reichstages den Refrain eines studentischen Saufliedes zubrüllte: „Raus da raus da, raus aus dem Haus da!"

Auch das ist ja ein charakteristisches Zeichen der Zeit: der unsagbare geistig Tiefstand unserer Hauptgegner. Die Empfindungen, die uns das Gebahren dies Leute einflößt, dürfen uns aber nicht darüber täuschen, daß sie dank d

Digitized by Google

Kläglichkeit des deutschen Bürgertums die Macht in Händen haben und nur auf die Gelegenheit lauern, sie zu mißbrauchen. Wir müssen uns unablässig rüsten, beständig auf der Hut sein für größere Kämpfe auf allen Lebensgebieten. Die Kämpfe der Gegenwart im Reichstage führen zu helfen, die der Zukunft vorbereiten zu helfen, das ist der Anteil an dem menschheitsbefreienden Klassenkampfe des Proletariats, der der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zugewiesen wurde durch die deutschen Parteigenossen. Wir glauben, dieser Aufgabe auch in der letzten Periode unserer Tätigkeit nach besten Kräften gerecht geworden zu sein.

Digitized by Google

Anträge.

Geschäftsordnung.

1. Die Genossen von Essen, Dortmund und Hamm-Soest beantragen, § 1 der Geschäftsordnung des Parteitages folgenden Zusatz zu geben:

Die Eintragungen in die Rednerliste erfolgen erst, nachdem die jeweiligen Punkte der Tagesordnung vom Vorsitzenden zur Verhandlung gestellt sind.

Tagesordnung.

2. Die Parteigenossen in Husum, Iserlohn, Flensburg, Genosse Michaelis in Berlin II und 71 Genossen in Kiel beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Die Alkoholfrage.

3. Die Parteigenossen von Berlin I, II, III, IV, V, VI, Nieder-Barnim, Barmen, Elberfeld, Bremen, Dortmund, Kattowitz, Magdeburg, Jüterbog-Luckenwalde-Zauch-Belzig, 8. sächsischen Wahlkreises, Offenbach, Potsdam-Spandau-Ost-Havelland, Arnswalde-Friedeberg, Stettin und Teltow-Beeskow-Charlottenburg beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Die Schulfrage.

4. Die Parteigenossen von Berlin, Nieder-Barnim, Potsdam-Spandau-Ost-Havelland beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Koalitionsrecht und Kartelle.

5. Die Parteigenossen von Dortmund beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Der Russenkurs in Deutschland und die politische Lage.

6. Die Parteigenossen in Stettin beantragen auf die Tagesordnung zu setzen: Das Wahlrecht in den einzelnen Bundesstaaten.

7. Die Parteigenossen von Offenbach a. M. beantragen, auf die Tagesordnung zu setzen:

Die politischen Zustände in Deutschland und Genossen Bebel als Referent hierfür zu bestimmen.

8. Die Parteigenossen in Dresden-A., Breslau, Essen, Jena, Elberfeld, Hamburg III beantragen:

Die Organisation als Punkt 4 auf die Tagesordnung zu setzen.

Geschäftsbericht des Vorstandes.

9. Parteigenossen in Dresden-A.:

Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, in den jährlichen Geschäftsbericht eine Statistik aufzunehmen, die ein Bild über die Bewegung in den einzelnen Wahlkreisen, die Zahl der politisch Organisierten, die Beitragshöhe in den Vereinen und die Abonnentenzahl der Parteiblätter geben soll.

Digitized by Google

Taktik.

10. Parteigenossen in Dresden-A.:

Bei Aufstellung von Reichstags-Kandidaten ist die Zustimmung der Provinzial- und Agitations-Komitees, eventuell des Parteivorstandes erforderlich.

11. Parteigenossen von Berlin I und Potsdam-Spandau-Ost-Havelland:

Die Besprechung der Aufstellung des Kandidaten erfolgt in einer Kreiskonferenz des Wahlkreises, zu der das Landes- resp. Provinzial-Agitationskomitee einzuladen ist. Hat das Agitationskomitee gegen den Kandidaten der Majorität Bedenken und schließt sich ein Viertel der Delegierten diesen Bedenken an, so kann das Agitationskomitee die Entscheidung des Parteivorstandes anrufen. Diese Anrufung muß sofort geschehen.

12. Parteigenossen Berlin IV und Essen:

Der Parteitag möge Stellung nehmen zu dem Verhalten Schippels in Zoll- und Handelsfragen und event. dessen Ausschluß aus der Partei herbeiführen.

13. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises:

Der Parteitag möge die Haltung des Genossen Schippel in der Schutzzoll- und Agrarfrage einer Prüfung unterziehen. Sollte sich dabei ergeben, daß Schippel mit den Anschauungen der Partei nicht mehr übereinstimmt, so ist derselbe aufzufordern, sein Mandat niederzulegen.

14. Parteigenossen von Pommern:

Der am 28. August in Stettin tagende pommersche Provinzial-Parteitag erklärt: Solange zu den preußischen Landtagswahlen das jetzige Dreiklassen-Wahlsystem besteht oder ein ähnliches das Volk in seiner Mehrheit vergewaltigende Wahlsystem gilt, ist die Wahlbeteiligung nur dort zu empfehlen, wo sie aus agitatorischen Gründen nützlich erscheint. Der deutsche Parteitag möge daher beschließen, die allgemeine Verpflichtung zur Wahlbeteiligung aufzuheben und die Entscheidung hierüber den einzelnen Wahlkreisen überlassen.

15. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises:

Der Beschluß des Mainzer Parteitages, die zwangsweise Beteiligung bei den Landtagswahlen betreffend, ist aufzuheben. Die Beteiligung an den Landtagswahlen bleibt den einzelnen in Betracht kommenden Ländern überlassen.

16. Parteigenossen Berlin IV:

Bei allen Wahlen und Stichwahlen ist der Freisinn nicht zu unterstützen.

17. Parteigenossen des III. Berliner Wahlkreises:

Damit der frühere Parteitags-Beschluß, bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien sich strikte der Wahl zu enthalten, nicht zur Farce wird, speziell gegenüber dem jämmerlichen Verhalten der Freisinnigen Volkspartei, ist strikteste Wahlenthaltung Ehrensache jedes Genossen.

18. Die Parteigenossen Jakobsen und Wolf in Pankow:

Die Partei sieht die „Freisinnige Volkspartei" nicht mehr als „kleineres Uebel" an; dieselbe ist demnach bei Stichwahlen von unsrer Seite nicht mehr zu unterstützen, sondern nach Möglichkeit ein Sieg dieser Partei zu vereiteln.

19. Parteigenossen in Nienburg a. W.:

Da die Politik der Welfen (deutsch-hannöversche Partei) immer reaktionärer wird, ihr Verhalten bei Wahlen höchst reaktionär ist, ist unsrerseits denselben gegenüber bei Wahlen, und speziell bei Stichwahlen, strikteste Stimmenthaltung zu befolgen.

Digitized by Google

Agitation.

20. Die Parteigenossen in Nürnberg und Hamm-Soest:

Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei stete Fühlung zu unterhalten hat.

Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift. Die Zahl der Mitglieder dieser Agitationskommission wird auf jedem Parteitag neu bestimmt; die Wahl derselben überläßt er ebenso vielen Orten bezw. Landesorganisationen, als die Kommission Mitglieder zählt.

Das Mandat der Agitationskommission endet auf dem Parteitage, der seiner Wahl folgt. Die Wahl der Orte, welche die Mitglieder zu bestimmen haben, erfolgt von neuem auf jedem Parteitage.

Die Kommission erhält einen ständigen Sekretär, der vom Parteitage gewählt wird oder mit dessen Einverständnis vom Parteivorstand und den Kontrolleuren ernannt werden kann. Der Sekretär der Agitationskommission hat Sitz und beratende Stimme in den Sitzungen des Parteivorstandes. Die Kommission tritt nach Bedarf, mindestens aber einmal vierteljährlich zusammen.

21. Parteigenossen in Fürth:

Zur Entlastung des Parteivorstandes ist eine Agitationskommission zu bilden, die mit den Provinzial- und Landesvorständen der Partei stete Fühlung zu unterhalten hat. Aufgabe der Kommission ist die Organisation einer systematischen Agitation in Wort und Schrift, mit besonderer Berücksichtigung unsrer Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft.

Diese Kommission wird von Genossen aus verschiedenen Landesteilen gebildet, hat ihren Sitz am Orte des Parteivorstandes und ist dem Vorsitzenden derselben Sitz und Stimme im Parteivorstand einzuräumen.

22. Parteigenossen von Elberfeld:

Der Parteivorstand ist gehalten, schon jetzt in den Landesteilen, wo ein besonderes Bedürfnis dazu vorhanden ist und die Personenfrage befriedigend gelöst werden kann, besoldete Parteisekretäre anzustellen.

23. Parteigenossen in Hamm-Soest:

Einen Parteisekretär für das Agitationsgebiet im westlichen Westfalen anzustellen.

24. Parteigenossen in Metz:

Für den Wahlkreis Metz einen unabhängigen Genossen anzustellen, der die Parteigeschäfte zu leiten hat. Die Mittel dazu sind vom Parteitage zu bewilligen.

25. Parteigenossen in Görlitz:

Der Parteitag fordert die Parteigenossen derjenigen Wahlkreise, für welche keine Agitationsbezirke gebildet sind, auf, bis zum nächsten Parteitage Agitationsverbände zu bilden oder sich bestehenden Agitationsverbänden anzuschließen. Zu einem Agitationsbezirk gehören diejenigen Wahlkreise, welche durch den Parteivorstand für die Reichstagswahlen zu einem Agitationsbezirk vereinigt wurden. Die Beitragshöhe der einzelnen Wahlkreise bestimmt die Wahlkreiskonferenz. Jedoch ist von je 10 Pf. der erhobenen ordentlichen Mitgliederbeiträge 1 Pf. an die Zentralkasse in Berlin abzuliefern. Außerdem sind die Kreisorganisationen verpflichtet, die Gelder, welche nicht zur Bestreitung der örtlichen Agitation und zur Dotierung eines Wahlfonds nötig sind, an die Zentralkasse abzuliefern."

Digitized by Google

26. Parteigenossen in Wanne:

„Der Parteivorstand wird ersucht, die Agitation gegen die stärkste und demagogischte der bürgerlichen Parteien, des Zentrums, in Bezirken mit zahlreicher katholischer Arbeiterbevölkerung noch energischer als bisher zu unterstützen."

27. Genosse Lüdke in Berlin II:

Das in allen sogenannten Kulturstaaten wahrzunehmende ständige Anwachsen der stehenden Heere und das mit ihm verbundene Ueberwuchern des militaristischen Geistes bedeutet eine große Gefahr für die zur Befreiung durch den Sozialismus vorwärtsstrebende Arbeiterklasse in doppeltem Sinne; sowohl wegen der kultur- und humanitätsfeindlichen Tendenz des Militarismus überhaupt, wie auch wegen des Umstandes, daß die Armeen immer mehr zu Organisationen werden, die dazu berufen sind, die festesten Stützpfeiler der heutigen Gesellschaftsordnung zu bilden.

Aus diesem Grunde halten die Parteigenossen neben der Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben der Partei eine intensive, planmäßig betriebene Propaganda gegen den Militarismus und Marinismus für dringend geboten.

Als erste Vorbedingung zur Einleitung dieser Propaganda betrachten sie die Realisierung der von dem internationalen Kongreß in Paris 1900 angenommenen Resolution, welche lautet: „daß die sozialistischen Parteien überall die Erziehung und Organisierung der Jugend zum Zweck der Bekämpfung des Militarismus in Angriff zu nehmen und mit größtem Eifer zu betreiben haben."

Presse.

28. Parteigenossen in Durlach:

An Stelle der eingegangenen Zeitschrift „Die Hütte" eine andre Jugendzeitschrift zu gründen. Die Verbreitung derselben ist zur Pflicht der einzelnen Parteivereine zu machen.

29. Parteigenossen von Teltow-Beeskow-Charlottenburg:

Es ist eine Zeitschrift für die Jugend ins Leben zu rufen und ein eventuelles Defizit bei Herausgabe derselben durch Parteizuschuß zu decken.

30. Parteigenossen von Elberfeld:

Die Buchhandlung Vorwärts hat die Verpflichtung, für eine gute Jugendliteratur zu sorgen.

31. Parteigenossen in Dresden-Neustadt:

Redakteuren an Zeitungen, die im Parteiverlage erscheinen, ist die Mitarbeit gegen Honorar an andern Zeitungen, politischen und wissenschaftlichen Revuen, Genossenschaftsblättern usw. sowie die Herausgabe eigner Broschüren fernerhin nicht mehr zu gestatten. Die Verleger von Zeitschriften sind gehalten, Arbeiten von angestellten Redakteuren abzulehnen.

„Neue Welt".

32. Parteigenossen in Berlin IV:

Um das Interesse für die „Neue Welt" zu heben, sowie dem Mangel
a ner sozialistischen illustrierten Zeitung abzuhelfen, haben sich die Illustrationen
b „Neuen Welt" auch auf belehrende und interessante Begebenheiten zu erstrecken.

Kalender.

33. Die Parteigenossen in Ottensen:

Vom nächsten Jahre ab alljährlich im „Neuen Welt-Kalender" die Adressen
b Parteivorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,
d Reichs-Arbeitersekretariats, sämtlicher Partei- und Gewerkschaftszeitungen

Digitized by Google

Deutschlands, sämtlicher deutschen Arbeitersekretariate, sowie die Adressen der der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Gewerkschaften zu veröffentlichen.

34. Parteigenossen in Uetersen:

Den Preis des Arbeiter-Notizkalenders herabzusetzen.

35. Parteigenossen in Augsburg:

Dem Arbeiter-Notizkalender ein Verzeichnis sämtlicher deutscher Parteizeitungen beizufügen.

Broschüren.

36. Parteigenossen in Augsburg:

1. Eine Broschüre soll herausgegeben werden, in welcher alle krassen Fälle von Wahlterrorismus und Wahlschwindeleien geschildert und die Strafen mitgeteilt werden, zu welchen die Schwindler verurteilt sind. In einem Anhange sind die Aeußerungen und Taten der Wahlrechtsgegner mitzuteilen.

2. In einer Broschüre, deren Kolumnen zweispaltig zu drucken sind, sind Klassenurteile gegenüberzustellen. Diese Broschüre ist gratis zu verteilen.

37. Parteigenossen in Bromberg:

Von Zeit zu Zeit und namentlich in der Reichstagssaison sind Abhandlungen über Reichstagsdebatten in der Form eines Flugblattes herauszugeben, um die Arbeiter, einschließlich der Landbevölkerung, über die Verhandlungen der Gesetzesmacherei auf dem Laufenden zu halten und die Vorzüge der sozialdemokratischen Vertretung den Arbeitern vor Augen zu führen.

38. Parteigenossen in Berlin IV:

Bei allen Massen-Agitationsbroschüren ist auf der ersten oder letzten Seite das sozialdemokratische Programm nach Möglichkeit zum Abdruck zu bringen.

39. Parteigenossen in Bremen:

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Herausgabe von im Preise billigst gestellter Broschüren im Auge zu behalten, die die verschiedenen theoretischen Fragen der politischen Oekonomie und den wissenschaftlichen Sozialismus in gemeinverständlicher Weise behandeln.

40. Genosse Erb-Hamburg II:

Alle Parteibroschüren sind in einem gleich großen Format sowie zur Schonung der Augen in Lateinschrift herauszugeben.

41. Die Parteigenossen Jacobsen und Wolf in Pankow:

Eine Aufklärungsschrift über die Bestrebungen und das Ziel der Sozialdemokratie in kurzer, leicht faßlicher Ausführung, Fremdwörter möglichst vermeidend — eine Art „Katechismus der Sozialdemokratie" — in Form eines kleinen Heftchens mit gutem Druck, zu verfassen und dieselbe gratis in allen Bevölkerungsschichten zu verbreiten.

Parlamentarische Tätigkeit.

42. Parteigenossen in Essen:

Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, in Zukunft sämtliche Kolonialforderungen abzulehnen.

43. Parteigenossen in Niederbarnim:

Die Fraktion soll dahin wirken, daß die für Landarbeiter und Gesinde bestehenden Ausnahmegesetze beseitigt und diesen Arbeitern das Koalitionsrecht gesichert wird.

44. Parteigenossen in Augsburg:

Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages wird beauftragt, die Reichsregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher

Digitized by Google

schon seit 30 Jahren bestehenden Zivil-Ehe den logischen Abschluß des Zivil-Begräbnisses folgen läßt. Die Beseitigung dieser Lücke liegt im Interesse des kulturellen Fortschritts.

45. Parteigenossen in Rastatt:

Die Fraktion soll dahin wirken, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher besagt, daß alle nichtgesetzlichen Feiertage (als da sind: Peter und Paul, Maria Himmelfahrt 2c.) auf Sonntage zu verlegen oder aber diejenigen Unternehmer, welche ihre Betriebe schließen, gesetzlich zu verpflichten, den ausfallenden Lohn zu bezahlen.

46. Die Parteigenossen Jacobsen und Wolf in Pankow:

Der Reichstagsfraktion dringend zu empfehlen, dem Reichstag alljährlich einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der die Uebernahme von Grund und Boden, Fabriken, Bergwerken sowie aller Produktions-, Fabrikations- und Verkehrsmittel durch den Staat, gerechte Verteilung der Arbeit und der erzeugten Güter an alle Staatsangehörige fordert.

47. Parteigenosse H. Wolf in Hamburg:

Die Fraktion wird beauftragt: einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher bezweckt:

1. Aenderung der Eidesformel bezw. Streichung der Worte „bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden" und „So wahr mir Gott helfe".

2. Außerkraftsetzung der gesetzlichen Bestimmungen, welche die Rechte der Nichtangehörigen einer religiösen Gemeinschaft wieder aufheben.

48. Parteigenossen in Pommern:

Der pommersche Parteitag erklärt sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion bis auf die Abstimmung bei den Kaufmannsgerichten einverstanden und wünscht, daß die Fraktion ähnlichen sozialpolitischen Gesetzen, soweit dieselben nennenswerte Vorteile für die Arbeiter enthalten, ihre Zustimmung geben möge.

Maifeier.

49. Parteigenossen des Kreises Potsdam-Spandau-Osthavelland:

Es ist Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern.

50. Parteigenossen in Essen:

Der Parteitag möge beschließen, bezüglich der Maifeier die Arbeitsruhe am 1. Mai zu empfehlen.

51. Parteigenossen in Magdeburg:

Als die vornehmste Art der Maifeier ist die Arbeitsruhe anzusehen.

52. Parteigenossen in Lunzenau:

Die Maifeier ist auch ferner als höchster Feiertag des klassenbewußten Proletariats zu betrachten.

Alle Versuche, den Parteigenossen einzureden, die Maifeier habe ihren Zweck verfehlt und deshalb den Wert verloren, sind auf das entschiedenste zurückzuweisen.

53. Parteigenossen in Elberfeld:

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vollsvereins steht [illegible] wie vor auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Kongresse und [illegible] deutschen Parteitage, die dahin gehen, daß die würdigste Feier des 1. Mai [illegible] wirksamste Demonstration für den Achtstundentag die Arbeitsruhe ist.

54. Parteigenossen in Breslau:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Arbeiter-[illegible]kongresses zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und

Digitized by Google

Paris 1900 macht es der Parteitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, am 1. Mai für die Klassenforderungen des Proletariats, insbesondere aber für einen ausreichenden Arbeiterschutz und für Verkürzung der Arbeitszeit durch Veranstaltung von Versammlungen am Abend des 1. Mai zu demonstrieren.

55. Parteigenossen in Friedberg-Büdingen:

Der Parteivorstand wird beauftragt alljährlich am 1. Mai ein Flugblatt herauszugeben, in dem in für die Masse verständlicher Form die Forderungen der Arbeiter beleuchtet werden, damit dasselbe in großen Massen verbreitet und damit mehr als seither für unsre Maiforderungen Propaganda gemacht werden kann.

56. Parteigenossen in Pommern und Teltow-Beeskow-Charlottenburg:

Die Maifeier in der bisherigen Form beizubehalten.

57. Parteigenosse Kniestedt und 88 Genossen in Hannover-Linden:

Es ist Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern.

58. Parteigenosse Halfter in Berlin VI:

Um die demonstrative Wirkung der Maifeier zu erhöhen, empfiehlt der Parteitag den Genossen die Anlegung eines Demonstrationsabzeichens. Mit der Anschaffung und Einführung desselben beauftragt der Parteitag den Parteivorstand.

59. Parteigenossen in Itzehoe:

Die Maifeier am ersten Sonntag im Mai stattfinden zu lassen.

Kommunalpolitik.

60. Genosse Dr. Lindemann als Referent:

Resolution:

Die Gemeinde im heutigen Staate ist ein Verwaltungskörper, der den sozialen Bedürfnissen einer an die begrenzte Lokalität gebundenen Bevölkerung dient; sie ist zugleich Hilfsorgan der staatlichen Verwaltung. In beiden Eigenschaften unterliegt sie den aus der Klassenorganisation unsres Gesellschafts- und Staatslebens mit Notwendigkeit entspringenden Bestrebungen, ihre Verwaltungstätigkeit im Interesse der herrschenden Klassen und für deren Herrschaftszwecke auszuüben. Nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft kann daher die demokratische Organisation der Gemeinde vollendet und die Bahn für eine Verwaltungstätigkeit frei gemacht werden, welche die Wohlfahrt aller gleichermaßen fördert.

Der Umfang der kommunalen Verwaltungstätigkeit wird einerseits durch die Bedürfnisse bestimmt, welche das soziale Zusammenleben der Gemeindeangehörigen innerhalb der Gemeinde und im Rahmen der größeren Verwaltungskörper erzeugt, andrerseits durch ihre lokale Gebundenheit beschränkt.

Im Gegensatz zu der heutigen im Dienste der herrschenden Klassen geschaffenen Verfassung und von ihren Interessen beherrschten Verwaltung der Gemeinde verlangt die Sozialdemokratie die Umgestaltung des kommunalen Verfassungs- und Verwaltungswesens nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Verwaltung der Gemeinde soll nur dem Gesetz und den Gerich n unterworfen sein. Daraus folgt:

a) Bildung des Wahlkörpers nach den Grundsätzen der Einwohnergemein ; Aufhebung aller Besitzprivilegien; Einkammersystem; Bildung der (meindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wah ;

b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Be standung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung il Gesetzmäßigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Sel

Digitized by Google

verwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

2. Das Gemeindesteuerwesen ist in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln.

Die Deckung des kommunalen Bedarfs soll erfolgen durch:

a) Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaus.

b) Zuschläge zu den staatlichen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern auszubilden.

c) Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

3. Für die kommunale Verwaltung sind folgende Grundsätze maßgebend:

a) Die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben notwendigen Anstalten soll durch die Gemeinden selbst erfolgen. Das gilt besonders für die Betriebe, die die Benützung kommunaler Verkehrsanstalten zur Voraussetzung haben und durch ihre Natur zu monopolistischer Ausbeutung neigen (Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, Straßenbahnen 2c.), sowie für die Einrichtungen des Volksgesundheitswesens (Reinigungswesen, der Ernährung, Förderung der Körperpflege, Bekämpfung der Krankheiten, Bestattungswesen), der Volksbildung (Bibliotheken, Lesehallen 2c.), des Wohnungswesens.

b) Das Prinzip der Unentgeltlichkeit der Benutzung ist bei allen Instituten des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens durchzuführen. Im übrigen soll die Art und Höhe der Gebühren der Leistungsfähigkeit der die kommunalen Einrichtungen benützenden Volksklassen angepaßt sein.

4. Auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik sind folgende Forderungen an die Gemeinden zu richten:

a) Einrichtung von Arbeitsämtern als Zentralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftserteilung und der Ueberwachung der sozialpolitischen Gebahrung der Gemeindeverwaltung; Einfügung der sogenannten Lohnklausel in die Arbeits- und Lieferungsverträge der Gemeinden sowie der von ihnen konzessionierten Privatunternehmungen, und Ablehnung der Streikklausel; strenge Maßregeln, um bei Vergebung und Abnahme von Gemeinde-Arbeiten und -Lieferungen allen Schädigungen vorzubeugen, die den Gemeinde-Interessen von den Bewerbern insbesondere durch die Ausnützung einer offiziellen Stellung in der Gemeindevertretung zugefügt werden könnte.

b) Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen und Heranziehung der Arbeiter-Ausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen; Bildung von Lohnklassen und Lohnskalen nach Dienstzeitdauer; Achtstundentag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindearbeiter.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Gemeindevertreter auf, ihre kommunale Tätigkeit im Rahmen dieser Grundsätze auszuüben.

Sofern die Durchführung der vorstehenden Forderungen durch die mangelnde Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden in Frage gestellt wird, empfiehlt sich die Schaffung von Gemeindeverbänden.

Digitized by Google

61. Parteigenossen in **Friedberg-Büdingen:**

In der vom Genossen Dr. Lindemann vorgeschlagenen Resolution folgende Aenderungen vorzunehmen:

In Absatz 2 o anstatt der vorgeschlagenen Fassung zu setzen: Besteuerung **jeglichen** unverdienten Wertzuwachses.

Zu Absatz 8 einen Punkt c hinzuzufügen, der ungefähr folgendermaßen lautet: In die Anstellungsverträge der pensionsberechtigten Beamten ist aufzunehmen: Verbot jeglicher Arbeiten für Private, die mit Bezügen verbunden sind und ferner den Gemeindebeamten ist untersagt, jegliche Spekulation mit Grund und Boden ꝛc. sowie auch jede Mithilfe und Begünstigung bei Verlust der Anstellung und Pension.

Im Absatz 4b die Worte: „Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden", zu streichen.

62. Parteigenosse **Hoch-Hanau:**

Die Gemeinde im heutigen Staate ist ein Verwaltungskörper, der den sozialen Bedürfnissen einer an eine begrenzte Oertlichkeit gebundenen Bevölkerung dient; sie ist zugleich Hilfsorgan der staatlichen Verwaltung. In beiden Eigenschaften unterliegt sie den aus der Klassenorganisation unsres Gesellschafts- und Staatslebens mit Notwendigkeit entspringenden Bestrebungen, ihre Verwaltungstätigkeit im Interesse der herrschenden Klassen und für deren Herrschaftszwecke auszuüben. Diesen Bestrebungen entgegenzuwirken und die Interessen der Arbeiterklasse auch in der Gemeinde gemäß den Grundsätzen des Programms der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu vertreten, ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Daher fordert die sozialdemokratische Partei:

1. Die Verwaltung der Gemeinde soll auf demokratischer Grundlage aufgebaut und nur dem Gesetz und den Gerichten unterworfen sein.

a) Bildung des Wahlkörpers nach den Grundsätzen der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Besitzprivilegien; Einkammersystem; Bildung der Gemeindeverwaltung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen.

b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung ihrer Gesetzmäßigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

2. Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Gemeinde soll durch die Gemeindeverwaltung gefördert werden. Insbesondere sollen verbessert werden: die Verkehrsmittel, die Volksbildung, der Arbeiterschutz, die Armen- und Waisenpflege, die öffentliche Gesundheitspflege, die Wohnungen, die Krankenfürsorge, das Bestattungswesen. In ländlichen Gemeinden soll der Gemeindebesitz an Wald, Wiesen und Aeckern erhalten und möglichst vergrößert werden.

3. Die Gemeinde soll selbst diejenigen Einrichtungen beschaffen und in Betrieb halten, welche zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben nötig sind. (Krankenhäuser, Bildungsanstalten, Licht-, Kraft- und Wärmezentralen, Straßenbahnen, Mietshäuser usw.) Soweit diese Forderung nicht durchgeführt ist, sollen die städtischen Arbeiten und Lieferungen unter der Verpflichtung der Unternehmer auf die Lohnklausel und im übrigen so vergeben werden, daß die Begünstigung einzelner Personen ausgeschlossen und reelle Arbeit bei angemessenen Preisen gesichert ist.

4. Die Gemeinden sollen in ihren Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechend den Forderungen der beteiligten Gewerkschaften regeln. So ist z. B. zu verlangen: Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeitsordnungen und

Digitized by Google

Arbeitsbedingungen unter Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen; Bildung von Lohnklassen und Lohnskalen nach Dienstzeitdauer; Achtstundentag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung auf alle Gemeindearbeiter.

5. Die Ausgaben der Gemeinden sollen gedeckt werden:

a) durch staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues;

b) durch etwaige Ueberschüsse der Gemeindebetriebe. Die Art und Höhe der Gebühren soll der Leistungsfähigkeit der einzelnen Volksschichten angepaßt sein;

c) durch Steuern, die den Einwohnern nach ihrem Einkommen und Besitz auferlegt werden. (Progressive Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Wertzuwachssteuer.)

Organisation.

63. Der Parteivorstand:

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt. **Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Parteiangehörige Mitglied einer sozialdemokratischen Vereinsorganisation sein.**

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, **wer sich eines groben Verstoßes** gegen die Grundsätze des Parteiprogramms **oder die Beschlüsse der Parteiorganisation**, oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

Ueber die fernere Zugehörigkeit der Partei entscheidet ein Schiedsgericht, **das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.**

Die Hälfte der Beisitzer wird von der Organisation bezeichnet, die den Ausschluß beantragt, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz 1 aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den **Beteiligten binnen** vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und **gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.**

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens zwei Wochen Schiedsrichter ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei liert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, en den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne rteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen

Digitized by Google

vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. Die Delegierten der Reichstags-Fraktion, deren Zahl den vierten Teil der Fraktionsstärke nicht übersteigen darf,
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

Der Vorschlag der Parteileitung sucht die Fragen:

a) der Zugehörigkeit zur Partei,
b) das Ausschließungsverfahren,
c) die Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag zu regeln.

64. Parteigenossen in Randow-Greifenhagen, Jena und Stettin

schließen sich den Vorschlägen des Parteivorstandes an.

65. Parteigenossen in Teltow-Beeskow-Charlottenburg:

Zum § 1 des Organisationsstatut-Entwurfs ist hinzuzufügen: Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Partei-Angehörige Mitglied der sozialdemokratischen Vereinsorganisation seines Wohnortes sein.

66. Parteigenossen in Furchheim (Bayern):

Dem § 1 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben:

Die Sozialdemokraten Deutschlands gliedern sich in Verbände. Die Errichtung dieser Verbände ist den Sozialdemokraten der einzelnen Bundesstaaten überlassen. An der Spitze dieser Verbände steht ein Zentralvorstand mit dem Sitz in Berlin, mit welchem die Leiter der einzelnen Verbände in Verbindung stehen. Jeder Verband ist verpflichtet, für jedes seiner Mitglieder pro Vierteljahr 10 Pf. an den Zentralvorstand zu entrichten. Die Aufbringung der Mittel ist dem Verbande überlassen.

67. Parteigenossen in Randow-Greifenhagen:

§ 1 folgenden Zusatz zu geben: Jede derartige Organisation ist verpflichtet, mindestens 25 Proz. der regelmäßigen Einnahmen monatlich oder vierteljährlich an den Parteivorstand abzuführen.

68. Parteigenossen in Bant:

Dem Absatz 1 des § 2 folgenden Zusatz zu geben:

Als grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms ist auch zu betrachten, wenn ein Parteigenosse als Mitglied einer Unternehmerorganisation die Bestrebungen der Arbeiter für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich bekämpft und sich an Unternehmungen beteiligt, welche auf eine Verschlechterung oder Beseitigung des Reichstags-Wahlrechts und Koalitionsrechts hinzielen oder in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit Mittel anwendet, die gegen die gute Sitte verstoßen oder durch welche die Arbeiter in der Anwendung des Koalitionsrechts behindert werden.

69. Parteigenossen in Braunschweig:

Daß in das Organisationsstatut eine Bestimmung aufgenommen wird, die in unzweideutiger Weise den Weg des Wiederaufnahme-Verfahrens ein aus der Partei Ausgeschlossenen vorzeichnet.

Digitized by Google

70. Parteigenossen in **Berlin IV, Stettin und Potsdam-Spandau-Osthavelland:**

In das neue Organisationsstatut ist unter § 2 folgender Absatz anzufügen: Beantragt der Ausgeschlossene seine Wiederaufnahme in die Partei-Organisation, so hat zunächst die betreffende Instanz, die seinen Ausschluß verfügte, über die Wiederaufnahme zu entscheiden; sodann kommen dieselben Instanzen in Betracht, wie bei dem Ausschluß.

71. Parteigenosse **Halfter, Berlin VI:**

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann durch eine Partei-Organisation oder einen Parteigenossen gestellt werden. Im letzteren Falle muß der Antrag jedoch in einer Partei-Organisation zur Diskussion gestanden haben. Der Antrag muß schnellstens zur Diskussion gestellt werden. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

72. Parteigenossen in **Düsseldorf:**

Dem ersten Satz des Absatz 2 § 2 folgende Fassung zu geben: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Die Beisitzer werden alljährlich von den Landesorganisationen gewählt und müssen zu den Schiedsgerichten ausgelost werden.

73. Parteigenosse **Franz Luth-Hamburg III:**

§ 2 folgenden Zusatz zu geben: Von Wahlvereinen ausgeschlossene Mitglieder, deren Ausschluß im Beschwerdewege als nicht zu recht bestehend anerkannt, sind von dem betreffenden Wahlverein, von dem der Ausschluß erfolgt ist, wieder in ihre vollen Rechte einzusetzen.

74. Parteigenossen in **Randow-Greifenhagen:**

§ 3 folgende Fassung zu geben: Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen schließen sich die Parteigenossen eines jeden Wahlkreises zu einer politischen Organisation zusammen. Der jeweilige erste Vorsitzende derselben gilt während seiner Amtsperiode dem Parteivorstand gegenüber als Vertrauensperson. Nur in Kreisen oder Orten, wo eine derartige Organisation aus gesetzlichen oder andren triftigen Gründen unmöglich ist, dürfen andre Vertrauenspersonen gewählt werden. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen dieser Kreise oder Orte überlassen.

75. Parteigenossen des **Wahlkreises Reichenbach-Neurode:**

Die regelmäßigen deutschen Parteitage haben in Zwischenräumen von zwei Jahren stattzufinden.

Ausnahmsweise kann in dringenden Fällen durch gemeinsamen Beschluß des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ein Parteitag für einen kürzeren Termin einberufen werden.

76. Parteigenossen des Kreises **Nieder-Barnim:**

§ 9 der Organisation so zu fassen, daß die Vertretung der Wahlkreise auf dem Parteitage der Anzahl der im Wahlkreise vorhandenen Mitglieder der aldemokratischen Vereine entspricht.

77. Parteigenossen von **Marburg:**

Gründung eines Fonds zur Bestreitung der Reisekosten der Delegierten Parteitag.

78. Parteigenossen von **Essen:**

Als Delegierte zu den Parteitagen können nur solche Genossen gewählt den, die in dem zu vertretenden Wahlkreis ihren Wohnsitz haben.

79. Parteigenossen von **Eimsbüttel** (Hamburg III):

Im § 9 Abs. 1 des Organisationsstatuts hinter die Worte: „Insoweit unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden"

zu setzen: „und solche zur Teilnahme an den Organisationen gesetzlich verhindert sind, können“ usw.

80. Parteigenossen von Breslau:

Im § 9 Ziffer 2 des Organisationsstatuts ist die alte Fassung: „Die Mitglieder der Reichstagsfraktion sind zur Teilnahme am Parteitag berechtigt“, wieder herzustellen.

81. Parteigenossen des 11. hannoverschen Wahlkreises (Osterode):

Der Parteitag wolle § 9 unsres Organisationsstatuts folgende Fassung geben:

Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Delegierte der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß jeder Wahlkreis unter 1000 Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei einen Delegierten und über 1000 Mitgliedern zwei Delegierte zum Parteitag entsenden kann.

2. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Jeder Delegierte hat mit Mandat zu erscheinen und hat eine beratende und beschließende Stimme. Die Unkosten trägt die Parteikasse.

82. Parteigenossen von Breslau:

Entwurf eines Organisationsstatuts für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

§ 1. Die Sozialdemokraten Deutschlands bilden einen Zentralverband, der seinen Sitz in Berlin hat. Mitglied desselben kann jede Person werden, die den Grundsätzen des Parteigrogramms zustimmt und sich dem nachfolgenden Organisationsstatut unterwirft.

Ortsvereine und Wahlkreisvereine.

§ 2. In allen Orten Deutschlands, wo die gesetzlichen Vorschriften es zulassen, sollen Ortsvereine gegründet werden, die sich event. zu Wahlkreis-Organisationen mit einem gemeinsamen Vorsitzenden zusammenschließen müssen.

Der Orts- und Wahlkreis-Vorsitzende gilt als Vertrauensmann.

An jedem Ort, sofern er nicht mehrere Wahlkreise umfaßt, darf nur ein Verein bestehen. Vereine mit größerer Mitgliederzahl können jedoch Unterabteilungen gründen.

§ 3. Die Ortsvereine beschließen ihre Satzungen selbständig. Ihre Aufgabe besteht darin, die Verbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze zu fördern sowie die Wahlagitation zum Reichstage, Landtage und zu den Gemeindewahlen vorzubereiten und zu leiten.

§ 4. Die Wahl der Vereinsvorstände geschieht alljährlich im Januar. Der Vorsitzende hat seine Wahl mit Angabe der genauen Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen, ebenso der Wahlkreis-Vertrauensmann.

In Orten, in denen wegen Lokalmangel keine Versammlung stattfinden kann, haben die Genossen durch private Vereinbarung einen Vertrauensmann zu ernennen.

§ 5. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraph[en] gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den ö[rt]lichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Einzelmitglieder.

§ 6. Wo ein Zweigverein des sozialdemokratischen Parteiverband[s] nicht besteht, haben die Mitglieder das Recht, sich dem nächsten Ortsverein - zunächst im Wahlkreise — anzuschließen. Soweit das nicht geschieht, werden [sie] als Einzelmitglieder vom Hauptvorstande geführt. Das letztere geschieht a[uch] mit den Mitgliedern in Bundesstaaten, in denen die Gründung sozialdemokratisc[her] Vereine unmöglich ist.

Digitized by Google

Beiträge.

§ 7. Der Beitrag für die Hauptkasse beträgt pro Monat und Mitglied 10 Pf., die vom Ortsverein eingezogen und abgesandt werden. Der Hauptvorstand überweist den Ortsvereinen einheitliche Mitgliedsbücher und Beitragsmarken. Für arbeitslose und kranke Mitglieder, denen der Ortsverein die Beiträge erläßt, bestehen der Hauptkasse gegenüber keine Verpflichtungen.

Die Höhe der Lokalbeiträge zu bestimmen, bleibt den Ortsvereinen überlassen.

Parteitag.

§ 8. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstags-Fraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 9. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der dieselben spätestens zehn Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. Die gewählten Vertreter aus den einzelnen Orten, deren Anzahl nach Maßgabe der organisierten Genossen bestimmt wird. Jeder Wahlkreis hat jedoch das Recht, mindestens einen Vertreter zu entsenden. (Die Vertretung nach der Zahl der Organisierten kann erst geregelt werden, wenn wir eine Statistik über die sozialdemokratische Partei-Organisation besitzen; bis dahin empfiehlt sich die Beibehaltung des alten Systems.)
2. Die Delegierten der Reichstags-Fraktion, deren Zahl den vierten Teil der Fraktionsstärke nicht übersteigen darf.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Anstellung von besoldeten Parteisekretären nach dem Vorschlage des Parteivorstandes.

Digitized by Google

5. Die Beschlußfassung über die Partei-Organisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
6. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:
1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstags-Fraktion;
3. auf Antrag von mindestens 50 Ortsvereinen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einen gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8 bis 10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Parteivorstand besteht aus . . Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 2 Kassierern und . . Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer, der Kassierer und Beisitzer erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Parteivorstand verfügt nach eignem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein andrer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 14. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit e Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt

§ 15. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert prinzipielle Haltung der Partei-Organe und muß dem Parteitag auf Anregi der betreffenden Ortsvereine Parteisekretäre für einzelne Landesteile vorschlag die aus Mangel an heimischen Kräften einer Unterstützung bedürfen.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vak durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen

Digitized by Google

Kontrollkommission.

§ 17. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Parteisekretäre.

§ 18. Die Parteisekretäre haben in Verbindung mit den einzelnen Ortsvereinen für eine rege und einheitliche Agitation und für den Ausbau der Partei-Organisation in den ihnen unterstellten Bezirken zu sorgen. Sie sind verpflichtet, am Schlusse jedes Vierteljahres dem Parteivorstand einen Bericht über ihre Tätigkeit einzureichen.

Das Gehalt der Parteisekretäre wird vom Parteitag bestimmt.

Zentralorgan der Partei.

§ 19. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstags-Wahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Landes-Organisationen.

§ 20. Die Gründung von Landes-Organisationen für einzelne Bundesstaaten und Provinzen ist empfehlenswert.

Der Parteivorstand hat das Recht, einen Teil seiner Geschäfte der Landes-Organisation mit deren Zustimmung zu übertragen und überweist ihr dann einen entsprechenden Teil der aus ihrem Bezirke stammenden Einnahmen. Bei Streitigkeiten entscheidet die Kontrollkommission, in zweiter Instanz der Parteitag.

Verlust der Mitgliedschaft.

§ 21. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Partei-Organisation gestellt werden.

Die Hälfte der Beisitzer wird von der Organisation bezeichnet, die den Ausschluß beantragt, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Digitized by Google

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens zwei Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Abänderung der Organisation.

§ 22. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

83. Parteigenossen von Breslau und Elberfeld:

Für den Fall der Ablehnung des Breslauer Entwurfs eines Organisationsstatuts: 1. Annahme des Vorstandsvorschlags: Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Parteiangehörige Mitglied einer sozialdemokratischen Vereinsorganisation sein.

2. Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Organisationsstatuts, welches drei Monate vor dem nächsten Parteitag veröffentlicht werden muß.

3. Den Genossen wird empfohlen, an allen Orten sozialdemokratische Vereine zu gründen und in Wahlkreis- und Landesorganisationen den Unterbau für den sozialdemokratischen Zentralverband zu errichten.

84. Parteigenossen im Kreise Wanzleben:

Für den Fall, daß eine Parteiorganisation festerer, zentralistischer Form nach nicht geschaffen werden kann, wird der Parteivorstand in Verbindung mit einer vom Parteitag zu wählenden Kommission beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Organisationsentwurf vorzulegen.

Dieser Entwurf ist vier Monate vorher zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.

85. Parteigenossen in Jena:

An Stelle der jetzigen losen Organisation eine Zentralorganisation über ganz Deutschland zu schaffen. Damit aber nach Möglichkeit Fehler vermieden werden, wählt der Bremer Parteitag eine Kommission, wobei die Genossen der einzelnen Bundesstaaten Berücksichtigung finden sollen. Die Kommission hat die Aufgabe, die Vorarbeiten für die geplante Zentralorganisation in Angriff zu nehmen und dem Parteitag 1905 Bericht zu erstatten.

86. Parteigenossen in Marburg:

Eine einheitliche Organisation zu schaffen und einheitlichen Parteibeitrag für das ganze Deutsche Reich zu erheben.

87. Parteigenossen in Elbing und Iserlohn:

Der Parteitag möge den Organisationsvorschlag des Parteivorstandes ablehnen und ein Organisationsstatut auf Grund einer möglichst strengen Zentralisation beschließen.

Digitized by Google

88. Parteigenossen von Teltow-Beeskow-Charlottenburg:
Jeder Parteigenosse, welcher als Funktionär in der Partei tätig ist, ist verpflichtet, seiner Berufsorganisation anzugehören, soweit solche besteht.

89. Parteigenossen von Reichenbach-Neurode:
Die Parteiversammlung verhält sich ablehnend zu den Breslauer Organisationsanträgen in ihrer Gesamtheit, beantragt aber, den örtlichen Organisationen die Pflicht aufzuerlegen, mindestens 20 Proz. ihrer Beiträge an die Zentralkasse der Partei abzuführen.

90. Parteigenossen vom III. Hamburger Wahlkreis (Hamm):
1. Der Parteitag möge eine Kommission einsetzen, der die Aufgabe zuteil wird, in Verbindung mit dem Parteivorstand für den im Jahre 1905 tagenden Parteitag ein Organisationsstatut als Vorlage auszuarbeiten, das in der Weise zu halten ist, daß es sich in seinen Grundzügen die gewerkschaftlichen Zentralverbände zum Muster nimmt. Die Zahl der Mitglieder dieser Kommission ist so hoch zu bemessen, daß in ihr möglichst alle Landesteile Deutschlands vertreten sind. Alle Anträge zum diesjährigen Parteitag, die sich auf die Organisation der Partei beziehen, sind dieser Kommission als Material zu überweisen, dasselbe hat zu geschehen mit den Anträgen zum Organisationsstatut, die auf früheren Parteitagen unerledigt geblieben oder dem Vorstand zur Erledigung überwiesen sind, tatsächlich aber unerledigt blieben.

2. Der Parteitag möge beschließen: Bis zur endgültigen Einführung einer neuen Parteiorganisation auf der Grundlage eines Zentralverbandes wird von den Parteigenossen ein monatlicher Beitrag von 15 Pf. erhoben. Die Beitragserhebung geschieht in der Weise, daß vom Parteivorstand Marken zum Nennwerte von 15 Pf. herausgegeben und an die Vorstände der örtlichen oder Landesorganisationen der Partei zum Vertrieb an die Parteigenossen verabfolgt werden. Die Vorstände der örtlichen oder Landesorganisationen der Partei haben über die erhaltenen Marken allvierteljährlich mit dem Parteivorstand abzurechnen und für jede verkaufte Marke 10 Pfennig an den Parteikassierer abzuliefern, der Rest von 5 Pfennig verbleibt den örtlichen oder Landesorganisationen und können sie darüber frei verfügen. In Landesteilen, wo weder örtliche noch Landesorganisationen der Gesetzgebung wegen möglich sind, haben die Partei-Vertrauensleute die Funktionen, die hier den Vorständen der Organisationen zugewiesen sind, auszuführen.

Jeder Parteigenosse ist zur Entnahme von mindestens einer Beitragsmarke im Monat verpflichtet.

Zum Ausweis seiner Parteizugehörigkeit und der gezahlten Beiträge erhält jeder Parteigenosse eine Karte, die auf der einen Seite den Aufdruck erhält:

„Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Mitgliedskarte für Herrn . . . . . "

Die andre Seite der Karte ist in zwölf gleichmäßige Rubriken, den 12 Monaten des Jahres entsprechend, einzuteilen, in welche die Marken hineinzukleben sind. Wer sechs Monatsbeiträge im Rückstande ist, wird als zur Partei zugehörig nicht mehr angesehen. Die Karten werden ebenfalls vom Parteivorstande herausgegeben.

Sonstige Anträge.

91. Parteigenossen von Essen:
Der Parteitag wolle beschließen, daß die Referentengebühren einheitlich regelt werden resp. vom Parteitag die Taggelder festgesetzt werden.

92. Parteigenossen von Berlin I:
Der Parteitag möge für die Buchhandlung Vorwärts einen Gehaltstarif setzen, aus welchem das Anfangs- und Höchstgehalt sowie das stufenweise

Digitized by Google

Steigen desselben bis zum Höchstgehalt nach der Dauer der Tätigkeit ersichtlich ist. Die achtstündige Arbeitszeit ist dabei zu berücksichtigen.

93. Parteigenosse Heinrich Wulf, Hamburg III:

Bei Anstellung in Parteigeschäften ist darauf zu achten, daß diejenigen, welche säen, auch ernten; infolgedessen wahrt die Partei für ihre Mitglieder das Vorrecht auf Anstellung in Parteigeschäften den Gewerkschaften gegenüber und ist den langjährigen, älteren Parteimitgliedern, welche wegen ihrer Parteizugehörigkeit, agitatorisches Streben und Wirken für die Bestrebungen und Zwecke der Partei brotlos geworden, in Not geraten sind und noch mit ihrer Familie Not leiden, das Vorrecht auf Anstellung zu geben.

94. Parteigenossen von Hannover:

Der Parteitag empfiehlt den Leitern von Parteidruckereien und solchen Privatdruckereien, die Druckaufträge von der Partei oder von Gewerkschafts-Organisationen auszuführen haben, bei Abschlüssen von Verträgen über Papierlieferungen darauf zu achten, daß die Papierlieferanten und Papierfabrikanten ihren Arbeitern die Ausübung des politischen und gewerkschaftlichen Vereinigungsrechts nicht wehren.

95. Parteigenossen in Braunschweig und Altenburg sprechen die Erwartung aus, daß in Zukunft die Meinungsäußerungen innerhalb der Partei in einer solchen Form zum Austrag gebracht werden, wie es in einer Partei, deren Angehörige es mit der Erringung der im Programm enthaltenen Ziele ernst meinen, die Pflicht jedes Einzelnen gebieterisch erfordert. Der zum Parteitag nach Bremen Delegierte erhält den Auftrag, zur Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse wie in Dresden in der entschiedensten Weise mitzuwirken.

96. Genossen des Wahlkreises Wanzleben:

Da es einer Partei wie der sozialdemokratischen unwürdig ist, den Parteitag zum Tummelplatz nebensächlicher Personenfragen zu machen, ist es Pflicht aller Delegierten, das persönliche Moment bei allen Diskussionen auszuscheiden und durch praktische Arbeit die schädigenden Wirkungen des Dresdener Parteitages aufzuheben.

97. Parteigenossen in Pommern:

Der Parteitag erwartet im Interesse des Ansehens unsrer Partei, daß in Bremen die Wiederholung der Dresdener Vorgänge, wo durch grobe Taktlosigkeit einzelner Genossen die Partei in schwerster Weise geschädigt ist, unterbleibt.

Auseinandersetzungen zwischen Genossen haben sich in sachlicher und anständiger Form abzuspielen.

98. Parteigenossen in Braunschweig:

Der Bremer Parteitag möge bestimmen, daß in jedem großen Parteiort im Anschluß an die Parteizeitung und ihr dienend möglichst große öffentliche Bibliotheken mit Lesezimmern an verkehrsreichen Straßen geschaffen werden, in der Erwägung, daß die Zeitungslektüre allein in der Bildung der Arbeiter große Lücken läßt. Die Benutzung der Bibliothek müßte jedem Erwachsenen ohne Unterschied der Person gewährt sein.

99. Parteigenossen in Windischlauba und Umgegend:

In Fragen der Zollpolitik und Handelsfreiheit unser Programm dahin zu erweitern: Nicht unbedingten, sondern nur bedingten Freihandel zu fordern und über alle Staaten, die unsre Ausfuhrgüter und Waren nicht ebenfalls zollfrei einlassen wollen, die Grenzsperre zu verhängen, d. h. allen Gütern und Waren, die wir innerhalb der deutschen Zollgrenze in genügender Menge selbst erzeugen können, die Einfuhr so lange zu sperren, bis die andren Staaten auch uns Zollfreiheit gewähren.

Digitized by Google

Diese Forderung hat unsre Fraktion im Parlament etappenweise mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen und über deren Erfolg ist das Volk außer in der Presse auch in öffentlichen Versammlungen aufzuklären.

100. Genosse Erb-Hamburg II beantragt eine gründliche Revision des Parteiprogramms und hat hierzu umfangreiches Material eingesandt.

101. Parteigenossen in Königsberg:

In Anbetracht der ungeheuren Schädigungen, welche der Alkohol der Arbeiterschaft verursacht, indem er dadurch insbesondere zu einem großen Hindernis für die Verwirklichung unsrer Ziele wird, hält es der Parteitag im Interesse des Fortschreitens unsrer Bewegung für unbedingt erforderlich, den Alkoholmißbrauch in der Arbeiterschaft zu bekämpfen. Er fordert daher alle Parteigenossen und insbesondre alle Parteizeitungen auf, noch mehr als bisher die Arbeiter auf die Gefahren des Alkoholgenusses aufmerksam zu machen.

102. Parteigenosse Erb-Hamburg II:

Umgestaltung sämtlicher bestehender Krankenkassenarten zu einer Reichs-Krankenkasse mit drei Klassen, bei 20, 40 und 60 Pf. wöchentlichem Beitrag (Arbeitgeber $^1/_3$), und 9, 12 und 15 M. wöchentlichem Krankengelde. Jedem Arbeiter bezw. Arbeiterin soll es freistehen, welcher Klasse sie angehören wollen. Abschaffung der Krankenkontrolle, dafür ist jedoch jede Person, die eine krankgemeldete Person beschäftigt, in Strafe zu nehmen. Aufsicht durch die Gewerbe-Inspektion. Betrieb von Apotheken und Heilanstalten in Selbstregie. Anstellung von Aerzten mit festem Gehalt. Während Arbeitslosigkeit deckt die Invalidenversicherung die Beiträge zur Krankenkasse.

103. Die Verwaltungen der Invalidenversicherung haben jährlich eine gedruckte Abrechnung den beteiligten Versicherten zum Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen oder sonstwie bekannt zu geben. Die Abrechnung soll enthalten: 1. Wieviel Rentenempfänger unterstützt und wieviel angewiesen wurden? Welche Einzelpersonen und welche Gesellschaften haben von der Invalidenversicherung Kapitalien erhalten und zu welchem Zwecke? 3. Welche Höhe haben die einzelnen Gehälter und wie hoch sind die Ausgaben für Verwaltung? 4. Einnahme und Ausgabe.

104. Für Staatsanstellungen in den Polizeibehörden und Gendarmerien ist ein Staatsexamen einzuführen; nur wer ein solches Examen besteht, soll Anstellung erhalten. Dieses Examen muß klare Instruktionen erhalten, damit die so oft vorkommenden gesetzwidrigen Vergehen von seiten dieser Organe, sowie die vielen Mißgriffe in der Behandlung des Vereins- und Versammlungsrechtes, in Fortfall kommen.

105. Parteigenossen von Elbing, Potsdam-Spandau-Osthavelland:

Die Partei möge unter den Proletariern, die zur Armee einberufen werden, vor dem Eintritt in dieselbe in geeigneter Weise Propaganda für die Ideen des Sozialismus machen. Insbesondere sind die künftigen Soldaten durch Broschüren über ihre Pflicht gegenüber dem sogenannten „inneren Feinde" aufzuklären. In diesen Broschüren ist den Soldaten auch Rat zu erteilen, wie sie sich angesichts der zahlreichen Soldatenmißhandlungen zu verhalten haben.

106. Parteigenossen in Königsberg.

In Erwägung:

daß das abscheuliche Willkürregiment in Rußland auf das entschiedenste im Interesse der Kultur bekämpft werden muß, daß die russischen Genossen, welche diesen Kampf unter den schwersten Opfern führen, der Unterstützung auch der deutschen Sozialdemokraten versichert sein dürfen;

Digitized by Google

in Erwägung:
daß die preußischen Justizbehörden denjenigen deutschen Parteigenossen, welche den russischen Genossen durch Mitwirkung bei der Verbreitung von Agitationsschriften offen vor den Augen der deutschen Behörden behilflich gewesen sind, durch Erhebung einer Anklage von Geheimbündelei diese Mitwirkung zu unterbinden versucht haben,

beschließt der Parteitag:

1. es ist eine selbstverständliche Pflicht internationaler Solidarität, den russischen Parteigenossen bei der Verbreitung von Druckschriften, sofern sie nicht gegen die deutschen Gesetze verstoßen, gefällig zu sein;
2. diesen Beschluß der Staatsregierung noch ausdrücklich bekannt zu machen.

107. Parteigenossen in Potsdam-Spandau-Osthavelland schließen sich dem Antrag der Königsberger Genossen an:

Der Parteitag möge durch eine Resolution den Zarismus brandmarken und die Pflicht aller deutschen Sozialdemokraten, unsren russischen Brüdern in ihrem schweren Kampfe nach Kräften, insbesondere bei dem Transport sozialdemokratischer, in Deutschland nicht verbotener Literatur nach Rußland beizustehen, ausdrücklich feststellen; diese Resolution ist mit Rücksicht auf § 128 des Deutschen Strafgesetzbuchs den zuständigen Behörden ausdrücklich bekannt zu geben.

Parteitag 1905.

108. Parteigenossen in Breslau:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, während des kommenden Jahres in geeigneter Weise die öffentliche Aufmerksamkeit auf die bevorstehende grundlegende Abänderung des Strafrechts zu lenken und auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt „Sozialdemokratie und Strafrecht" zu setzen.

109. Parteigenossen in Hamburg III (Hamm), Berlin V, Freiburg i. B., J. Michaelis-Berlin, Ortsgruppe des Arbeiter-Abstinentenbundes in Mannheim, Genosse C. Wolfstein- und M. Behnke-Hamburg beantragen auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Alkoholfrage".

110. Parteigenossen von Spandau und Kiestedt-Hannover-Linden nebst 88 Genossen beantragen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Der Generalstreik".

111. Parteigenossen in Potsdam-Spandau-Osthavelland beantragen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Der politische Streik".

112. Parteigenossen in Dortmund beantragen, den nächsten Parteitag in Dortmund abzuhalten.

113. Parteigenossen in Jena beantragen, den nächsten Parteitag in Jena abzuhalten.

114. Parteigenossen in Baden beantragen, den nächsten Parteitag in Baden, wenn möglich in Karlsruhe abzuhalten.

115. Parteigenossen in Mannheim beantragen, den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.

116. Parteigenossen in Nürnberg beantragen, den nächsten Parteitag in Nürnberg abzuhalten.

117. Parteigenossen in Stettin und der Provinzialparteitag von Pommern beantragen, den nächsten Parteitag in Stettin abzuhalten.

Digitized by Google

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

118. Ulrich und 22 Genossen:

Sämtliche Lokalorganisationen führen, unter Beseitigung ihrer derzeitigen besonderen Marken, eine einheitliche, von der Berliner Zentralkasse ausgegebene Beitragsmarke zu 10 Pf. ein. Diese Marke wird von der Zentralorganisation an die Landes- resp. Provinzialorganisationen, von diesen an die Kreiskassen und von den letzteren an die Lokalkassen gegen Barzahlung verkauft. Dabei kommt eine Staffelung der Preise derart zur Anwendung, daß den einzelnen Organisationen ein ihren Bedürfnissen entsprechender Prozentteil der Beiträge verbleibt. Die Bestimmung über den Preis, zu dem die Marken an die Landes- resp. Provinzialorganisationen abgegeben werden, steht dem Parteitag, die weitere Staffelung nach unten den Landes- resp. Provinzialkonferenzen zu. Die moralische Verpflichtung zur Abführung höherer Beiträge seitens leistungsfähiger Wahlkreise oder von freiwilligen Spenden seitens einzelner Parteigenossen bleibt davon unberührt.

119. Parteigenossen in Sachsen:

Der Mainzer Parteitagsbeschluß, betreffend die Beteiligung an den Landtagswahlen wird aufgehoben. Die Beschlußfassung über die weitere Beteiligung an den Landtagswahlen wird den in Betracht kommenden Parteigenossen der einzelnen Länder, Provinzen resp. Wahlkreisen derselben überlassen.

120. Parteigenossen in Konstanz:

a) Der Parteivorstand wird beauftragt, sozialistische Jugendvereine zu gründen.

b) Der Parteitag wolle der Gründung eines Unterrichtswerkes näher treten, welches dem Lehrgang der bereits bestehenden Arbeiterbildungsschulen entspricht. Den nach Wissen Verlangenden, sowie der Allgemeinheit allerorts die Gelegenheit zu bieten, durch systematische Bearbeitung des Stoffes sich von Stufe zu Stufe, von Grund an, ein höheres Wissen anzueignen.

121. Parteigenossen in Stuttgart:

Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteitag 1905 sich mit der Frage zu beschäftigen hat, wie es zu ermöglichen sei, daß mit der zunehmenden Zahl der Parteianhänger auch die Ausbildung und Schulung derselben gleichen Schritt hält, was um so notwendiger ist, als die gegenwärtigen Zustände einer Verflachung entgegenführen. Es wäre zu prüfen, ob eine Lösung dieser Frage wohl in Verbindung mit der Schaffung möglichst umfassender Jugendorganisationen geschaffen werden kann.

122. Parteigenossen in Bremen:

Der Parteitag beschließt die Reorganisation der Partei im Sinne der Breslauer Vorschläge. Zur gründlichen Vorbereitung einer Umarbeitung des Organisationsstatuts setzt der Parteitag eine Kommission von 25 Mitgliedern ein, die aus Angehörigen der wichtigsten Bundesstaaten und Provinzen zusammengesetzt ist. Diese Kommission hat spätestens drei Monate vor Stattfinden s nächsten Parteitages einen neuen Organisationsentwurf auszuarbeiten und n Parteigenossen zur Diskussion zu unterbreiten. Die Beschlußfassung rüber erfolgt auf dem nächstjährigen Parteitage.

123. Parteigenossen in Westpreußen:

In das Organisationsstatut eine Bestimmung aufzunehmen, welche vorschreibt, ß nur solche Parteigenossen als Delegierte zum Parteitag gewählt und als ndidaten zum Reichstag aufgestellt werden können, die seit mindestens drei ren der Partei angehören.

Digitized by Google

124. Parteigenossen in Stuttgart:

Der Parteitag möge die Herausgabe eines illustrierten Wochenblatts beschließen.

125. Parteigenossen in Luckenwalde:

Der Parteivorstand wird beauftragt, bei geeigneten Genossen die Abfassung einer Agitationsbroschüre anzuregen, betitelt: „Der Klassenkampf im Klassenstaat." In dieser Broschüre soll systematisch und in kurzen Worten und in Form einer Rede der Klassencharakter des Staats und der heutigen Einrichtungen dargelegt werden.

Es soll dargelegt werden der Klassencharakter der Schule, der Kirche, der Justiz, der Armee, der Wohnungsverhältnisse usw. Es soll an allen diesen Einrichtungen, deren Klassencharakter ja schon in besonderen Broschüren genügend dargelegt worden ist, zusammenfassend in einer Broschüre der Klassencharakter des heutigen Staats unter Hinweis auf die Quellen gezeigt werden.

Wenn so an den Erscheinungen des alltäglichen Lebens, an den Einrichtungen, die ihn fortwährend umgeben, dem Proletarier das Klassenunrecht klar und deutlich vor Augen geführt wird, dann wird diese Agitationsschrift sehr wesentlich dazu beitragen, aus indifferenten, ihrer Klassenlage nicht bewußten Proletariern zielbewußte Klassenkämpfer zu machen.

126. Parteigenossen in Hohenstein-Ernstthal:

Um einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, möge der Parteitag beschließen, aus Parteimitteln eine Jugendschrift, analog der Hütte, ins Leben zu rufen, welche den Anforderungen, welche an eine derartige Zeitschrift gestellt werden können, genüge leistet.

127. Antrag Pfannkuch (Parteivorstand):

Sekretäre sind nach Bedürfnis anzustellen.

Die Parteiorte bezw. Kreise oder Provinzial-Agitationskomitees haben das Vorschlagsrecht.

Das Vorschlagsrecht ist für den Parteivorstand, dem das Recht der Anstellung zusteht, nicht bindend.

Das Anfangsgehalt der Sekretäre beträgt 2000 Mk., steigend von 3 zu 3 Jahren um 200 Mk.

Der Parteivorstand ist um einen Sekretär zu vermehren.

128. Kasch und 33 Genossen:

Zur gründlichen Vorbereitung einer Umarbeitung des Organisationsstatuts setzt der Parteitag eine Kommission von 25 Mitgliedern ein, die aus Angehörigen der wichtigsten Bundesstaaten und Provinzen zusammengesetzt ist. Diese Kommission hat spätestens drei Monate vor Stattfinden des nächstjährigen Parteitages einen neuen Organisationsentwurf auszuarbeiten und den Parteigenossen zur Diskussion zu unterbreiten. Die Beschlußfassung darüber erfolgt auf dem nächstjährigen Parteitage.

129. Wittorf und 10 Genossen:

In Erwägung, daß die Vereinsgesetze im größten Teil des Deutschen Reiches den Frauen das politische Vereinsrecht vorenthalten, daß aber der Wesen der sozialdemokratischen Partei entsprechend den Genossinnen das Recht gewahrt bleiben muß, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu sein und gleichberechtigt an ihren Arbeiten und Entscheidungen teilzunehmen; daß mithin die Anträge auf Reorganisation der Partei in dieser Beziehung besonder Prüfung bedürfen, beantragt die Frauenkonferenz:

Der Parteitag wolle die Anträge zur Abänderung des Organisationstatuts einer Kommission überweisen, welcher auch Vertreterinnen der Genossinn angehören.

130. Liebknecht-Berlin und 22 Genossen:

Der Antrag 20 wird dem Parteivorstand zur Prüfung dessen überwiesen, ob und in welcher Weise der von dem Antrag 20 erstrebte Zweck durch eine Arbeitsteilung innerhalb des Vorstandes mit dem Erfolg erreicht werden kann, daß einige Mitglieder des Vorstandes die speziellen Funktionen einer Zentral-Agitationskommission führen.

131. Resolution, Bielefeld betreffend:

Neuerdings mehren sich die Fälle mit der Zunahme der Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete, die zu Anklagen führen gegen solche Parteigenossen, welche als Mitglieder einer Gewerkschaft bei Streiks oder Aussperrungen durch ein entehrendes Verhalten die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verloren haben sollen.

Dagegen ereignet es sich sehr selten, daß ein Ehrenstreit bei gewerkschaftlichen Organisationen deshalb zur Einleitung oder zum Austrag kommt, weil ein der Berufsgenossenschaft zugehörender Parteigenosse es verschuldeterweise unterläßt, in den Stunden des politischen Klassenkampfes und zum Zweck einer erfolgreichen Agitation für die sozialdemokratische Partei seine Pflicht einigermaßen oder nach ganzem Vermögen zu erfüllen.

Es besteht unter der klassenbewußt kämpfenden Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß bei der Notwendigkeit, mit der Waffe des Streiks zu kämpfen, der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als eine ehrlose Handlung gebrandmarkt und verurteilt werden muß.

Mit Rücksicht auf diese schweren Folgen in der Ahndung einer unsolidarischen Handlungsweise muß von Fall zu Fall eine Beurteilung des Deliktes in subjektiver und objektiver Hinsicht vorangehen, ehe der sozialdemokratische Richter die schwerste Strafe zur moralischen Vernichtung eines bisherigen Parteigenossen ausspricht.

In der Bielefelder Streitsache bestreitet keine Richtung, daß die Tendenz der Streikbewegung sich gegen die Organisation der Unternehmer, gegen Verband oder Innung, richtete. Es lautete demgemäß die Kampfparole.

Der Meister des Genossen Schweckendiek steht diesem Prinzipalring ferne; es konnte wenigstens seine Zugehörigkeit zu der befehdeten Gemeinschaft nicht behauptet werden. Der Arbeitgeber ließ seine Bereitwilligkeit zur Bewilligung der Forderungen der Gewerkschaft — wie es scheint glaubhaft — versichern; sein Verhältnis zu dem alten Arbeiter war ein freundschaftliches. Als wesentlich steht fest, daß sein Geschäft in jenen Stadium des Kampfes, da Schwedendiek fortarbeitete, nicht unter die Zahl der Firmen zählte, die durch die Arbeitsniederlegung zur Nachgibigkeit gebracht werden sollten.

Objektiv liegt — wenn dies anders aufzufassen war — ein Fehler der Streiktaktik vor, wenigstens eine Abweichung von der sonst in den gewerkschaftlichen Kämpfen angewandten strategischen Methodik.

Es darf aus diesem Grunde angenommen werden, daß die Auffassung Schweckendieks über seine Stellung in diesem Streik auf dieser Tatsache begründet ist, abgesehen davon, daß Schweckendiek für eine besondere Berücksichtigung seines hohen Alters und der für seine Ueberzeugung gebrachten materiellen Opfer sich auf Beispiele aus der Streikpraxis berufen konnte.

Zweifellos wirkte diese Absonderung von der um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Kollegenschaft schädigend auf den Streik; es darf aber nach der objektiven Lage des Falles bestritten oder mindestens bezweifelt werden, ob bei Schweckendiek das Bewußtsein für das Unrecht vorhanden war.

Die Kontrollkommission hält den Beweis für die Schuld des Schweckendiek nicht für erbracht und bestätigte das freisprechende Urteil des Schiedsgerichtes; kam auch bei objektiver Würdigung aller Momente zur Ansicht, daß es der

Streikkommission nicht unmöglich gewesen wäre, den Fall Schweckendiek mit einigem Geschick im geeigneten Augenblick ohne Erregung der Gemüter der Arbeiterschaft beizulegen. Die Kontrollkommission.

132. Resolution, Mülhausen betreffend.

Ein Teil des Beschlusses der Kontrollkommission, in Sachen der Mülhausener Genossen, bestand darin, „die Parteigenossen Mülhausens aufzufordern, bis zur Erledigung der zu erhebenden Beleidigungsprozesse den Genossen Emmel mit Vertrauensposten nicht zu betrauen."

Dieser Beschluß wurde nach eingehender Verhandlung des Sachverhalts gefaßt, mit dem die Kontrollkommission sich bereits wiederholt beschäftigt hatte. Es war der mildeste Ausdruck der Konsequenzen, welche sich nach dem einstimmigen Urteil der Kontrollkommission aus dem vorliegenden Tatsachenbestand ergaben.

Der Mülhauser Arbeiter-Wahlverein hat es für gut befunden, sich über diesen Teil der Entscheidung der Kontrollkommission hinwegzusetzen. Bei Kenntnisnahme der Entscheidung erklärte er, der Aufforderung nicht nachzukommen, da kein Grund vorliege, Emmel auf die bloße Anschuldigung Weßbechers hin das Vertrauen zu entziehen. Er beschloß, die Kandidatur Emmels für den Landesausschuß aufzustellen.

Die Kontrollkommission erblickt in diesem Verhalten einen schweren Verstoß gegen die parteigenössische Disziplin, einen Verstoß, welcher die schärfste Rüge herausfordert.

Der Arbeiter-Wahlverein hatte es in der Sache gar nicht mit Weßbecher und seinen Anschuldigungen zu tun, wohl aber mit einem Beschluß der Parteiinstanz, welche vom Parteitag laut Organisation berufen war, in der schwebenden leidigen Angelegenheit zu entscheiden. Die Kontrollkommission hatte diese ihre Aufgabe pflichtgemäß erfüllt.

Die sachliche Grundlage ihres Beschlusses bildete denn auch keineswegs bloß Weßbechers Anschuldigungen, sondern noch reiches anderweitiges Tatsachenmaterial.

Die Kontrollkommission erachtet es für ihre Pflicht, auf die höchst bedenklichen Konsequenzen hinzuweisen, die unvermeidlich werden, wenn die von den Mülhauser Genossen beliebte unverantwortliche Disziplinwidrigkeit ungerügt hingeht. Sie erwartet, daß der Parteitag mit ihr übereinstimmt in der schärfsten Verurteilung des Vorgangs.

Diese Verurteilung trifft sowohl die Mitglieder des Mülhauser Arbeiter-Wahlvereins, wie den Genossen Emmel, der durch Annahme des Mandats in der gekennzeichneten Situation den Disziplinbruch unterstützte.

Die Kontrollkommission.

133. Resolution zu Punkt 3 der Tagesordnung. (Fall Schippel.)

„Der Parteitag mißbilligt auf das schärfste die Unklarheit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schippel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelzölle verhalten und dadurch unsre Feinden Material gegen die Partei geliefert hat.

Wenn schließlich der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gedrängt, erklärte, daß er Gegner der Agrarzölle sei und in der Zolltariffrage die Stellung der Partei teile, so war es um so unbegreiflicher und unverzeihlicher, daß er seit Jahren seinen ganzen Scharfsinn und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, daß vom agrarischen Standpunkt aus die Forderung der Agrarzölle gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrlich nicht diejenige eines Sozialdemokraten sein kann.

Digitized by Google

Der Parteitag mißbilligt aber auch entschieden den häßlichen und hochfahrenden Ton, in dem der Genosse Schippel die Polemik gegen die Partei und Parteigenossen führte, ein Verfahren, das sich um so weniger rechtfertigt, als er seinen Standpunkt in der Agrarfrage von Grund aus gewechselt hat." Bebel.

Auf Antrag sind die fettgedruckten Worte gestrichen.

134. Amendement zur Resolution Bebel (Resolution 133).

„Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Bekleidung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedingt bedarf, gegenüber dem Genossen Schippel aufs tiefste erschüttert ist und daß, wenn Schippel fortfährt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen."

Freythaler-Berlin und 31 Genossen.

135. Resolution zu Punkt 3 der Tagesordnung (Fall Schippel).

„Der Parteitag mißbilligt die Stellungnahme des Genossen Schippel zu den zollpolitischen Fragen und spricht ihm einen Tadel dafür aus, daß er durch seine handelspolitischen Vorträge und Artikel den Anschein erweckt hat, als hätten die Agrarier ein Recht auf Lebensmittelzölle." Paeplow u. 25 Genossen.

136. Resolution zum Punkt 3 der Tagesordnung (Fall Schippel).

„Der Parteitag mißbilligt den Ton, in dem die Polemik zwischen Schippel und einigen Parteigenossen in der Zollfrage geführt wurde;

er bekräftigt aufs neue die Resolution des Mainzer Parteitages von 1900 in bezug auf die Grundsätze der Verkehrs- und Handelspolitik der Reichsregierung;

er nimmt von der Erklärung des Genossen Schippel, daß er entschiedener Gegner der Agrarzölle ist, Kenntnis und geht damit über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über." Bernstein.

137. Resolution zu Punkt 3 der Tagesordnung (Fall Schippel).

„Der Parteitag erklärt den von dem Genossen Schippel in der Frage der Zoll- und Handelspolitik eingenommenen Standpunkt für unvereinbar mit der handelspolitischen Grundauffassung der Partei. Er ist weit entfernt von jeder Beschränkung der freien Meinung und Meinungsäußerung innerhalb der Partei, erklärt jedoch die Stellung eines Abgeordneten, der in wichtigen Grundfragen der praktischen Politik zu der grundsätzlichen Auffassung der Gesamtpartei in scharfem Widerspruch steht, für politisch und moralisch unhaltbar und fordert daher den Genossen Schippel zur Niederlegung seines Reichstagsmandates auf." Katzenstein.

138. Zusatz zur Resolution 106. (Fremdenrecht.)

Des weiteren ersucht der Parteitag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, einen Gesetzentwurf einzubringen zur Schaffung eines der modernen Kultur entsprechenden Rechts der Fremden im Deutschen Reiche und insbesondere zur Sicherung von Ausländern gegen die seit längerer Zeit befolgte und neuerdings verschärfte, verwerfliche Praxis der Auswandererpolizei, sie durch [illegible]tigung zum Lösen von Fahrkarten nach bestimmten Ländern bestimmten [illegible]dern in die Hände zu spielen und sie im Falle der Weigerung ihrem Heimatsde auszuliefern. Bernstein, Bebel.

139. Der Parteitag wolle beschließen, dem Antrag 128 folgende [illegible]sung zu geben:

Zur gründlichen Vorbereitung einer Umarbeitung des Organisationsstatuts [illegible] der Parteitag eine Kommission von 23 Mitgliedern ein, die aus Angehörigen wichtigsten Bundesstaaten und Provinzen zusammengesetzt ist. Diese [illegible]mission hat spätestens drei Monate vor Stattfinden des nächstjährigen

Digitized by Google

Parteitages einen neuen Organisationsentwurf auszuarbeiten und den Parteigenossen zur Diskussion zu unterbreiten. Die Beschlußfassung darüber erfolgt auf dem nächstjährigen Parteitage.

In der Kommission sollen vertreten sein: Preußen mit 9, Bayern mit 2, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen, Thüringische Kleinstaaten, Mecklenburg, Hamburg mit je 1 Delegierten. Außerdem sollen die Parteigenossinnen und der Parteivorstand durch je 2 Delegierte vertreten sein.

In Vorschlag werden gebracht für Preußen: Freythaler-Berlin für Berlin, Silberschmidt-Berlin für Brandenburg; Braun-Königsberg für Ost- und Westpreußen, Löbe-Breslau für Schlesien, Gewehr-Elberfeld für Rheinland-Westfalen, Meister-Hannover für Hannover, Vater-Magdeburg für Provinz Sachsen, Frohme-Hamburg für Schleswig-Holstein, Heinrich Schmidt-Stettin-Grabow für Pommern. Vollmar-München und Segitz-Fürth für Bayern. Sindermann-Dresden für Sachsen. Wasner-Stuttgart für Württemberg. Dreesbach-Mannheim für Baden. Ulrich-Offenbach a. M. für Hessen. Böhle-Straßburg in Elsaß für Elsaß-Lothringen. Baudert-Apolda für die Thüringische Kleinstaaten. Dittrich-Rostock für Mecklenburg. Paul Hoffmann-Hamburg für Hamburg. Zetkin-Stuttgart und Zietz-Hamburg für die Genossinnen.

Die Vertreter des Parteivorstandes sind von diesem zu bestimmen.

Für den Fall, daß einer der Gewählten verhindert sein sollte, an den Arbeiten der Kommission teilzunehmen, können die Genossen des betreffenden Landesteiles einen andren erfahrenen Parteigenossen in Vorschlag bringen, der dann vom Parteivorstand zu berufen ist. Gerisch.

140. Lienau und 34 Genossen:

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste den rüden Ton, den die Leipziger Volkszeitung in einer Notiz in der Nr. 221 vom 22. September dieses Jahres gegen den Genossen Südekum wegen dessen Ausführungen auf dem Parteitag anschlägt. Der Parteitag fordert die Leipziger Volkszeitung auf, sich für die Folge eines anständigen Tones gegenüber Parteigenossen zu befleißigen.

141. Gruenwaldt und 16 Genossen:

Kaum hat der Parteitag gegen einen Genossen einen Tadel wegen des „häßlichen und hochfahrenden Tones" seiner Polemik beschlossen, so setzt sich ein bekanntes Parteiblatt rücksichtslos über diesen Beschluß hinweg und unternimmt gegen einen Genossen wegen dessen Ausführungen auf diesem Parteitag einen Angriff, wie er in so beleidigender und gehässiger Form in der Partei wohl noch kaum dagewesen ist. Die unterzeichneten Delegierten sprechen hierdurch über den ganz unqualifizierbaren Ausfall der „Leipziger Volkszeitung" gegen den Genossen Südekum ihre (tiefste*) Entrüstung aus und erwarten, daß die Genossen allenthalben einer solchen, der Partei unwürdigen Kampfesweise mit aller Entschiedenheit entgegentreten werden.

142. Der Parteivorstand wird beauftragt, in seinen Bericht eine Zusammenstellung der schwersten und charakteristischsten der bekannt gewordenen Soldatenmißhandlungen aufzunehmen. Katzenstein.

143. Resolution. Veranlaßt durch die immer wiederkehrenden Fälle von Soldatenmißhandlungen rohester und ehrlosester Art erhebt der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands flammenden Protest gegen diese Betätigungen nichtswürdiger Gesinnung, wie auch gegen das System, aus dem sie immer neu hervorwachsen.

*) „tiefste" ist auf Antrag gestrichen.

Digitized by Google

„Der Parteitag macht es allen unter der Fahne stehenden jungen Männern zur heiligsten Pflicht, sich selbst jeder Art von Mißhandlung oder Ehrverletzung gegen Kameraden oder Untergebene sorgfältigst zu enthalten, zugleich aber auch zur Hintanhaltung beziehungsweise Ahndung aller gegen sie selbst oder Kameraden gerichteten Gewalttätigkeiten oder Rohheiten jede gesetzlich zulässige Beihilfe zu leisten.

Zugleich richtet der Parteitag an die Militärbehörden die dringendste Aufforderung, ihren oft in Worten bekundeten guten Willen in dieser Richtung durch Anwendung der erforderlichen Maßregeln von unbeugsamster Entschiedenheit gegen Menschenquälereien aller Art wie auch gegen die verantwortlichen Vorgesetzten in die Tat umzusetzen.

Katzenstein. v. Vollmar. Bebel.

144. Resolution. Gemäß der sozialdemokratischen Forderung auf Weltlichkeit der Schule erklärt der Parteitag, sowohl gegenüber den Verpfaffungsbestrebungen der vereinigten Konservativen, Ultramontanen und Nationalliberalen als auch gegenüber der einseitigen liberalen Agitation für die Simultanschule, daß pädagogische, ethische und politische Gründe die völlige Trennung der Schule von der Kirche und damit die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule verlangen.

Der Parteitag erklärt ferner, daß die Volksschule wie das ganze Erziehungswesen über die Regelung der religiösen Frage hinaus einer grundsätzlichen Reform an Haupt und Gliedern durch ein Reichsschulgesetz bedarf, und zwar auf dem Wege, den die vom Bürgertum längst verleugneten revolutionären Pädagogen des Bürgertums, insbesondere Comenius und Pestalozzi, ferner Goethe und Karl Marx gewiesen haben.

Der Parteitag erklärt endlich, daß keine bürgerliche Partei ein unmittelbares und uneigennütziges Interesse an der Volksschule hat. Die Befreiung der Volksschule aus ihrer heutigen unwürdigen Stellung als Magd der herrschenden Klassen und der Kirche kann nur das Werk der Arbeiterklasse vermittelst des Klassenkampfes sein. Klara Zetkin. Heinrich Schulz.

145. Dr. Michels und 19 Genossen:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beglückwünscht die italienischen Genossen zu ihrem tapfern und siegreichen, durch den politischen Massenstreik ausgefochtenen Kampfe auf das Herzlichste.

146. Zusatz-Antrag zur Resolution Katzenstein-Vollmar-Bebel:

„Der Parteitag erhebt entschieden Protest gegen die in letzter Zeit immer mehr geübte Praxis der Militärgerichte, den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei ihren Verhandlungen herbeizuführen.

Der Parteitag stellt fest, daß solche Heimlichkeit den schlimmsten Vermutungen Raum gibt und den Beweis liefert für die Unverträglichkeit der militärischen Sonderinteressen mit den anerkannten Rechtsgrundsätzen unsrer Zeit."

Carl Meist.

147. Resolution betreffend Kerrl-Delmenhorst.

Die Kommission spricht aus, daß die Delmenhorster Genossen aus der ...t klaren Buchführung den Schluß ziehen konnten, daß die Partei geschädigt ...rden ist. Um den Frieden in der Partei in Delmenhorst wiederherzustellen, die Kommission den beteiligten Parteien — den Vertretern der Delmen...ter Genossen einerseits, dem Genossen Kerrl andrerseits folgenden Vorschlag ...rbreitet: Genosse Kerrl wird in den sozialdemokratischen Verein aufgenommen, ...em er der Kommission die Erklärung abgegeben hat, nach der Aufnahme

Digitized by Google

alles zu vermeiden, was zu Differenzen Anlaß geben könnte. Die Vertreter der Delmenhorster Genossen verpflichten sich, dahin zu wirken, daß wegen der fraglichen Angelegenheit keine Angriffe mehr erhoben werden. Die Angelegenheit ist von beiden Parteien nun als vollständig erledigt zu betrachten. Beide Parteien gaben unter Hervorkehrung des Friedensbedürfnisses der Kommission die gewünschte Erklärung ab. Der Parteitag erwartet nunmehr von den Delmenhorster Genossen, daß sie die Aufnahme des Genossen Kerrl in den sozialdemokratischen Verein nach den üblichen Formalitäten vollziehen.

Die Kontrollkommission.

148. Zusatz zu Antrag 33: Heinrich Bartels und 20 Genossen:

Die angeführten Adressenverzeichnisse sind nicht auf Konto des bisherigen Textumfanges zu bringen, sondern als eine Erweiterung des bisherigen Kalenderinhalts aufzuführen.

149. Jacobsen und Wolf-Pankow:

Der Parteitag wolle beschließen, der Reichstagsfraktion dringend zu empfehlen, einen Gesetzentwurf dem Reichstag alljährlich zu unterbreiten, der das Recht auf Arbeit fordert.

150. Sozialdemokratischer Verein Bochum: In Erwägung, daß die Maifeier ihren Zweck als Propaganda- und Demonstrationsmittel für die Ideen des Sozialismus nur erfüllen kann, wenn die Beteiligung eine wirklich massenhafte, dies aber nur bei einheitlicher Form zu erwarten ist; in fernerer Erwägung, daß an eine massenhafte Beteiligung bei einer Feier durch Arbeitsruhe nach bisherigen Erfahrungen in Deutschland in absehbarer Zeit nicht gedacht werden kann; in weiterer Erwägung, daß es nicht angeht, dem opferwilligen Teile der Genossen dennoch länger die moralische Pflicht aufzuerlegen, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen oder sie mindestens den Ausfall des Arbeitslohnes erleiden zu lassen, während die Nichtfeiernden unter den obwaltenden Verhältnissen nach wie vor als gleichberechtigte Genossen anerkannt werden müssen, möge der Parteitag beschließen, die Maifeier grundsätzlich am ersten Sonntag im Mai zu begehen.

151. Resolution Richard Fischer zur Maifeier:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andren Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Digitized by Google

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 18. September 1904, abends 7 Uhr.

Heute abend tritt hier im großen Saale des „Kasino" der deutsche Parteitag zusammen, der fünfzehnte seit Fortfall des Sozialistengesetzes. Die Bremer Genossen haben es vortrefflich verstanden, dem Kongreß eine würdige Stätte zu bereiten. Ein mächtiges Schild, das von grünen Laubgewinden und roten Fähnchen umrahmt ist, während ein großes Banner in den Bremer Stadtfarben: rot und weiß darüber weht, verkündet über dem Hausportale, daß hier der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands seine Beratungen abhalten wird. In dem Flur, der zum Saale führt, grüßt von rotem Postamente die Büste Liebknechts, eine Arbeit des Berliner Bildhauers May. Der mächtige Saal selber hat sozialistischen Schmuck angelegt. An den Säulen, die die Galerie tragen, sind fünfzig prächtige Gewerkschaftsfahnen in Gruppen zu zwei und drei angebracht. Sozialistische Inschriften in Goldbuchstaben auf rotem Grunde laufen um den Balkon der Galerie herum, während in seinen Mittelfeldern auf Schildern die Namen der bisherigen Parteitage verzeichnet sind. An der einen Seite des Saales erhebt sich aus immergrünen Gewächsen eine eindrucksvolle Gruppe: die Kolossalstatue der Freiheit und darunter die Büsten von Lassalle, Engels und Karl Marx. Für das Bureau ist die breite Bühne bestimmt, während die Redner von der Tribüne davor, die zwischen den Tischen für die Presse steht, sprechen werden. Die Delegierten sind an breiten bequemen Tischen untergebracht, die in sechs in der Mitte geteilten Längsreihen das Parterre des Saales füllen. Die Räume unter der Galerie sind heute für die Zuschauer freigegeben, während sie an den übrigen Tagen frei bleiben sollen. Eine dicht gedrängte Menge, die Bremer Parteigenossen und Genossinnen, füllt sie heute und die Galerie, die etwa tausend Zuhörern Platz bietet.

Männergesang leitet um 7 Uhr die Eröffnung des Parteitages ein. Ein freier Chor, der sich aus allen Arbeitergesangvereinen Bremens gebildet hat, bringt Emanuel Wurms Festgesang und die Pottiersche Internationale in Franz Diederichs Uebertragung zum Vortrag. Lebhafter Beifall dankt den Sängern.

Dann betritt, von stürmischem Beifall begrüßt, der Vertreter der bremischen Sozialdemokratie im Reichstage

Schmalfeldt die Rednertribüne und heißt die Parteigenossen im Namen des Bremer Lokalkomitees herzlich willkommen. Die Bremer werden es sich angelegen sein lassen, den Delegierten den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen. Auch in Bremen ist früh die Fahne des Sozialismus entfaltet worden. Ein einfacher Tischlergeselle, der aus Hamburg hierher gekommen war, Deckwitz mit Namen, hat zuerst den Samen des Sozialismus hier ausgestreut; im April 1864 wurde er durch einen eigenhändig von Lassalle, jenen unvergeßlichen Agitator

und Organisator, unterzeichneten Brief zum Vorsitzenden und Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ernannt. Die Bremer Parteigenossen haben stets schwer zu kämpfen gehabt, einerseits gegen ein übermütiges, fast übermächtiges Großkapital, andrerseits gegen die damals noch rückständige im Schlepptau der bürgerlichen Parteien sich befindende Arbeiterklasse. Aeußerst schwer war der Kampf auch deshalb, weil man stets mit Erfolg versuchte, den sogenannten Lokalpatriotismus unter den Bremern zu hegen und zu pflegen. Alles, was von auswärts kam, wurde in Acht und Bann gethan, bei den Bremer Großkaufleuten stand das Wort in Geltung: „Ausländer, Fremde sind es zumeist, die unter uns gesät den Geist der Rebellion.“ Und noch bis auf den heutigen Tag wird jeder, der über das Weichbild Bremens hinaus gehoren ist, als Ausländer betrachtet und entsprechend behandelt. Im Jahre 1895 wurde ein einfacher Arbeiter Heinrich Steinert deshalb aus Bremen ausgewiesen, weil er nach der Katastrophe der „Elbe“ versucht hatte, die vorhandenen Schäden aufzudecken und Bebel das Material zu übermitteln. Wegen dieses Kapitalverbrechens mußte er die Grenzen Bremens verlassen. Kurz darauf, im Jahre 1899, wurde ein Maurer, der Oesterreicher Sobotta, ausgewiesen, der es gewagt hatte, mit seinen Kollegen Schulter an Schulter gegen das Großkapital zu kämpfen. Aber trotz allen Machinationen ist es nicht geglückt, unsre Bewegung nieder zu halten. Mit bewundernswürdiger Zähigkeit haben die Bremer Genossen die Maulwurfsarbeit verrichtet und sind allmählich zu einer derartigen Macht angewachsen, daß der bremische Wahlkreis jetzt einen sozialistischen Abgeordneten hat. Schon 1890 wurde ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt, Julius Bruhns. Das war aber mehr eine Zufallswahl. Damals war der Liberalismus noch gespalten und aus diesem Grunde siegte Bruhns. Als darauf die Großkaufmannschaft einsah, was auf dem Spiele stand, und uns daher 1893 als vereinigte liberale Partei gegenüberstand, wurde uns der Wahlkreis wieder entrissen. 1898 zeigte sich, daß wir große Fortschritte gemacht hatten; wir waren von 14 572 auf 18 636 Stimmen gestiegen. Trotzdem siegte Frese mit 20 000 Stimmen über uns. 1903 endlich war es uns vergönnt, das Bremer Mandat zurückzuerobern. Mit 25 076 Stimmen schlugen wir den Gegner, der 23 993 Stimmen erhielt. Und diesmal haben wir — die Versicherung gebe ich Ihnen — den Wahlkreis für immer an uns gerissen. (Beifall.) Denn alles, was die Gegner gegen uns ins Feld führen konnten, haben sie ins Feld geführt, und deshalb werden sie jetzt den Wahlkreis nicht mehr zurückerobern.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Der Parteitag hat große Aufgaben zu erfüllen, und wir sind uns alle bewußt, daß die gesamte Arbeiterschaft auf uns blickt. Die große Zahl der vorliegenden Anträge beweist die außerordentliche geistige Regsamkeit der Genossen. Mögen die Gemüter hie und da etwas aufeinanderplatzen, so wollen wir doch stets eingedenk sein, daß wir alle das Beste wollen, daß wir im Prinzip alle einig sind. In den Grundprinzipien sind wir alle einig und diese Einigkeit besteht darin, daß wir Schulter an Schulter kämpfen, um den Gegner zur Strecke zu bringen, um den Sozialismus zum Siege zu führen (Beifall), der, wenn er siegt, den Völkern Freiheit und den Weltfrieden bringt. In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort ergreift nunmehr

Bebel (mit stürmischem Beifall begrüßt): Parteigenossen! Es ist mir bei der Parteileitung der ehrenvolle Auftrag geworden, auf die herzliche Begrüßung, welche uns soeben Genosse Schmalfeldt im Namen der Bremer Parteigenossen zugerufen hat, in Ihrer aller Namen auf das herzlichste zu danken. Wir sind gewiß alle gern nach Bremen gekommen, wir waren überzeugt, daß die Bremer Genossen alles, was in ihren Kräften steht, aufbieten würden, um uns die Tage, die wir hier in ernster Arbeit zu verbringen haben, so angenehm

Digitized by Google

wie möglich zu machen. Ich glaube, wenn es eines Beweises dafür bedarf, daß ihnen diese Aufgabe schon bis jetzt in hohem Grade gelungen ist, dann zeigt uns das prächtige Lokal und seine glänzende Ausschmückung sowie das ganze Arrangement, daß unsre Bremer Genossen diese ihre Aufgabe zu unsrer aller Zufriedenheit gelöst haben.

Genosse Schmalfeldt hat recht: es stehen große Arbeiten bevor, Arbeiten, in denen die Geister nach mancher Richtung vielleicht differieren und aufeinanderplatzen werden. Aber wir sind überzeugt, daß wie bisher noch immer so auch die diesmaligen Beratungen zum Heil und zum Vorteil der Partei ausschlagen werden. Wir haben auf dem vorigen Parteitage in Dresden Debatten gehabt, wie sie kaum jemals auf einem deutschen Parteitag stattgefunden haben, wenn wir von jener Periode absehen, wo wir noch gespalten waren und uns auf das heftigste gegenseitig bekämpften. Wir sind scharf aneinander geraten. Unsre Gegner schöpfen aus jenen Kämpfen die Hoffnung, jetzt sei der Moment gekommen, wo in der deutschen Sozialdemokratie endlich der große, längst erhoffte und ersehnte Krach eintreten werde. Der Krach ist nicht eingetreten und er wird auch nicht eintreten, davon bin ich fest überzeugt. Wir haben uns damals gründlich ausgesprochen, wir werden uns in diesen Tagen wieder aussprechen. So lange wie wir Parteitage abhalten, wird es immer vorkommen, daß Meinungsverschiedenheiten eintreten, einmal ernsterer, einmal milderer Art. Aber davon sind wir alle überzeugt, daß, wie immer diese Meinungsverschiedenheiten sich geltend zu machen suchen, schließlich doch immer der Grundgedanke obwaltet, dem Besten der Allgemeinheit, der Partei zu dienen. Wir werden aber nicht allein innerhalb dieses Parteitages, sondern wir werden auch in der späteren Zeit harte und schwere Kämpfe zu bestehen haben. Der Genosse Schmalfeldt sowohl wie das Büchlein, das uns die Bremer Parteigenossen als Gruß zu diesem Parteitag eingehändigt haben, hat uns darüber belehrt, welche geschichtlichen Vorgänge im Laufe der vier Jahrzehnte, seitdem in Bremen eine sozialdemokratische Partei besteht, Bremen selbst durchgemacht hat. Man kann sagen, was uns jenes Büchlein erzählt und was uns heute Schmalfeldt vorgetragen hat, ist im kleinen die Geschichte der gesamten Partei. Allüberall Kämpfe schärfster Art, zeitweilig Niederlagen, aber dann ging es vorwärts, immer vorwärts, bis wir zu dem geworden sind, was wir heute sind, und es wird weiter vorwärts gehen, bis wir das geworden sind, was wir alle werden wollen: die Sieger über die bürgerliche Gesellschaft, die Sieger über den bürgerlichen Klassenstaat. (Bravo!) Und wie können wir uns in diesem Kampfe bessere Waffen wünschen als die, welche uns unsre Gegner Tag für Tag selber liefern, sie sind es ja, die uns die Waffen selbst schärfen, ohne es zu wollen. Was hat sich nicht alles in den letzten Monaten nach Schluß des Reichstages und noch während des Reichstags zugetragen, wodurch die öffentliche Meinung und speziell auch die Stimmung der Parteigenossen auf das allerstärkste beeinflußt wurden. Wir erblicken im Deutschen Reich fast überall retrograde, rückwärtige Bestrebungen, nirgends einen großen Zug, nirgends einen großen Gedanken, der in unsrem Staatswesen nach Verwirklichung trachtet, überall kleinliche Erbärmlichkeit, überall ein Streben, jedem Fortschritt entgegenzutreten aus der Furcht, daß jeder Fortschritt der Sozialdemokratie zu nutze kommen und der bürgerlichen Gesellschaft schaden werde. Wenn einst vor jetzt elf Jahren der Reichskanzler Graf Caprivi bei einer Rede unsres leider verstorbenen Freundes Karl Grillenberger bemerkte: die verbündeten Regierungen brächten eine Gesetzesvorlage ein, die sie nicht zuvor daraufhin geprüft hätten, welche Wirkung sie auf die Sozialdemokratie ausübe, so können wir sagen, dies Programm wird bis heute und noch in viel höherem Grade als zu Caprivis Zeiten in Deutschland exekutiert, und mit dem vorzüglichsten Erfolge für die Sozialdemokratie. Was konnten wir nur z. B. als Partei besseres wünschen,

Digitized by Google

als daß nach jenen großen Debatten im Deutschen Reichstage über den Russenkurs, wo das Vorgehen der Königsberger Staatsanwaltschaft vom Reichskanzler, vom Staatssekretär des Auswärtigen Amts, vom preußischen Justizminister auf das allerentschiedenste vertreten, als notwendig, als durch die Gesetze gerechtfertigt dargestellt wurde, dann der große Königsberger Prozeß ein Debacle für das offizielle Preußentum, für das offizielle Reich wurde, wie wir es uns schöner und blamabler für diese Einrichtungen nicht wünschen konnten. (Sehr richtig!) Was alles seit jener Zeit auf den verschiedensten Gebieten geschehen ist, alles hat nur dazu beigetragen, der Sozialdemokratie Wasser auf ihre Mühlen zu liefern. — Man versucht ja jetzt in verschiedenen deutschen Staaten Wahlreformen einzuführen. Die Wahlreform ist in Bayern seit Jahrzehnten eine brennende Frage; unsren Parteigenossen ist das Verdienst zuzuschreiben, daß sie unausgesetzt gebohrt haben, bis endlich die Mehrheit der Kammer die Regierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs drängte. Dieser hat der letzten Kammer vorgelegen. Die Mehrheit hat denselben auch zur Annahme gebracht, aber da keine Zweidrittelmehrheit infolge der feigen, erbärmlichen Haltung des bayrischen Liberalismus zustande kam, ist anzunehmen, daß dieses Gesetz, wie die Verhandlungen der Ersten Kammer gezeigt haben, nicht zur Verwirklichung kommen wird. Gewiß, das Zentrum hat in Bayern für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts gestimmt. Aber, Parteigenossen, es hat mich ganz besonders interessiert, daß am 11. September, jetzt vor einigen Tagen, in der großen Versammlung im Süden Bayerns, in Tuntenhausen, Herr v. Orterer, der Präsident der Kammer, einer der Führer des Zentrums, eine Rede hielt, in der folgende schöne Stelle vorkam: Von der Sozialdemokratie trennt das Zentrum eine ganze Weltanschauung, und die Zeit sei nicht mehr fern, wo es im Deutschen Reich nur einen großen Kampf geben werde zwischen der Sozialdemokratie und den konservativen Parteien, vor allem dem Zentrum. Dann werde die staatliche Autorität — das sagte er in Beziehung auf die bayrische Regierung — froh sein, wenn sie sich auf die große Masse der konservativen katholischen Männer stützen könne im Kampfe gegen das Banner des Aufruhrs. Jetzt kämpft es — das setze ich hinzu — noch Hand in Hand mit denen, die das Banner des Aufruhrs tragen (Sehr gut!), weil es hofft, mit ihrer Hilfe das allgemeine Stimmrecht zu erobern; nachher hofft man dann mit Hilfe der bayrischen Regierung eine Wahlkreiseinteilung zu erlangen, die für immer, wenigstens auf absehbare Zeit, dem Zentrum die Herrschaft in Bayern sichert. Das war ein sehr schönes Geständnis Orterers. Parteigenossen! Wir haben keinen Grund, uns einschüchtern zu lassen. Wir haben bisher in allen schweren und großen Kämpfen mit unsren Gegnern gesiegt und können mit Sicherheit darauf rechnen, das wird auch in Zukunft so bleiben, um so mehr, da alle Bedingungen im Deutschen Reich, die sozialen, wirtschaftlichen und politischen, mehr und mehr der Sozialdemokratie in die Hände arbeiten. Wir haben neben dem Königsberger Prozeß auch den Prozeß im Saargebiet gehabt, wo sich der Gegenwartsstaat des Grafen Bülow in seiner ganzen Schönheit und Herrlichkeit einmal gezeigt hat. Sie wissen ja, was f Sorge ihm der Zukunftsstaat im vorigen Jahre gemacht hat, — ich meine, je Rede, die er im vorigen Dezember gegen unsre Fraktion gehalten hat, kom gar nicht besser illustriert werden, als durch jenen famosen Prozeß im Saa revier, der uns in der nächsten Session ausgiebigstes Material zur er sprechenden Kritik geben wird. Weiter aber! Auch das Vorgehen geg unsren Genossen Pernerstorfer im liberalen Musterstaat Hessen, d gleiche Vorgehen nachher in Baden — alles das zeigt, daß wenn es einmal wenig ernsthaft auf eine Probe liberalen Regiments ankommt, selbst in je

Digitized by Google

Staaten, die heute als vergleichsweise freisinnig gelten, sofort die Reaktion einsetzt und der Wind, der heute in Berlin weht, auch für sie maßgebend wird. Es ist nicht meine Aufgabe, eine Rede über die politische Situation hier zu halten, ich habe mir nur diese kurzen Andeutungen zu machen erlaubt, um zu zeigen, daß unsre Gegner, die diesen Verhandlungen mit der denkbar größten Aufmerksamkeit folgen, keine Ursache haben zu jubeln und daß wir am allerwenigsten Ursache haben, irgend etwas in Zukunft zu fürchten. (Beifall.)

Damit erkläre ich den Parteitag für eröffnet. Es ist nunmehr Ihre Aufgabe, ein Präsidium zu wählen. Es war bisher, ich möchte sagen, eine erbliche Würde (Heiterkeit), daß Singer auf allen Parteitagen seit Fall des Sozialistengesetzes den Vorsitz führte. Leider ist, wie Sie wohl alle wissen, Genosse Singer erkrankt. Niemand bedauert das mehr als er selbst, aber auch wir alle bedauern auf das lebhafteste, daß er verhindert ist, in unsrer Mitte zu erscheinen. (Zustimmung.) Noch ein zweiter Genosse, den wir bisher auf allen unsern Parteitagen gesehen haben, Genosse Auer, ist leider infolge seiner Erkrankung nicht in der Lage, hierher zu kommen; seine Absicht war es allerdings, aber sein Arzt, seine Familie und seine Freunde haben ihm auf das allerdringendste geraten, die vergleichsweise günstigen Fortschritte, die zu aller unsrer Freude sein Gesundheitszustand in den letzten Monaten gemacht hat, nicht wieder dadurch in Frage zu stellen, daß er den Verhandlungen hier beiwohnt. Diesen Wünschen hat er Rechnung getragen. Ich glaube aber die Hoffnung aussprechen zu können, daß sowohl Singer als auch Auer in nicht allzuferner Zeit wieder ihre vollen Kräfte der Partei zur Verfügung zu stellen in der Lage sein werden. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Braun-Königsberg werden hierauf Dietz-Stuttgart und Ebert-Bremen zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt. Die Wahl erfolgt einstimmig.

Dietz übernimmt den Vorsitz: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns durch die Wahl erwiesen haben. Wir versprechen Ihnen, die Verhandlungen unparteiisch zu leiten, wir bitten aber auch um Ihre Unterstützung und wenn wir mal einen Fehler begehen sollten — Sie sind ja durch den langjährigen Vorsitz von Singer verwöhnt worden (Heiterkeit) — um gütige Nachsicht. Ich bin fest überzeugt, daß der gute Geist, der bisher stets über unsren Verhandlungen geschwebt hat, auch diesmal uns treu bleiben wird. Vor kurzem hat der Reichskanzler unsrer Partei das Zeugnis ausgestellt: Organisation, Agitation und Opferfreudigkeit Ia. Hoffentlich wird das in Zukunft nicht nur so bleiben, sondern noch wesentlich besser werden. Wir werden bemüht sein, gerade in diesen Tugenden uns zu vervollkommnen, damit es uns endlich gelingt, die alte morsch gewordene Gesellschaftsordnung zu beseitigen und eine bessere, höhere an ihre Stelle zu setzen. (Beifall.)

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Buder-Forst gewählt: Zucht-Berlin, Schmid-München, Fräulein Baader-Berlin, Dörnke-Hannover, Lehmann-Mannheim, Wasner-Stuttgart, Becker-Dortmund, Ullenbaum-Elberfeld und Feldmann-Langenbielau.

In die Mandatsprüfungs-Kommission entsendet der Parteitag , Vorschlag von Straßenmeyer-Essen die Delegierten: Braun-Königs- g, Freythaler-Berlin; Keidel-Pirmasens, Knierim-München, scher-Seifhennersdorf, Hofrichter-Köln, Düwell-Dortmund, Frau etz-Hamburg und Leopold-Zeitz.

Der Parteitag schreitet zur Festsetzung der Geschäftsordnung.

Dietz: Es liegt ein Entwurf zu einer Geschäftsordnung vor. Diese schäftsordnung hat 14mal ihren guten Dienst getan, so daß wir vielleicht tun würden, sie ohne Debatte anzunehmen. Allerdings ist hierzu der ag 1 gestellt. Aber vielleicht wird es genügen, wenn ich erkläre, daß die

Digitized by Google

Leitung des Parteitages genau so verfahren wird, wie es in dem Antrag vorgeschlagen ist. Wir werden durch diese Erklärung wohl die Jungfräulichkeit unsrer Geschäftsordnung schützen. (Große Heiterkeit.)

Straßenmeyer-Essen: Nach dieser Erklärung des Genossen Dietz ziehen wir unsern Antrag zurück.

Hierauf wird die vorgeschlagene Geschäftsordnung unverändert angenommen.

Die Dauer der täglichen Sitzungen wird auf 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr festgesetzt.

Es folgt die **Festsetzung der Tagesordnung.**

Die provisorische Tagesordnung, die der Parteivorstand vorschlägt, lautet: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: Pfannkuch und Gerisch. 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Meister. 3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: Ledebour. 4. Maifeier. Berichterstatter: R. Fischer. 5. Kommunalpolitik. Berichterstatter: Lindemann. 6. Der internationale Kongreß in Amsterdam. Berichterstatter: Bebel. 7. Organisation. Berichterstatter: Gerisch. 8. Sonstige Anträge. 9. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Hierzu liegen die Anträge 2 bis 8 vor.

Vorsitzender Dietz stellt die Unterstützungsfrage.

Die Anträge 2, 4, 6, 7, die auf die Tagesordnung gesetzt haben wollen: Die Alkoholfrage, Koalitionsrecht und Kartelle, das Wahlrecht in den einzelnen Bundesstaaten, die politischen Zustände in Deutschland (mit Bebel als Referenten), finden nicht die nötige Unterstützung.

Antrag 5: Auf die Tagesordnung zu setzen: „Der Russenkurs in Deutschland und die politische Lage" wird von den Antragstellern (Dortmund) zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende sie darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei der Behandlung der Anträge 106 und 107 voraussichtlich zu ihrem Recht kommen würden.

Antrag 8, der verlangt, die Organisationsfrage als Punkt 4 auf die Tagesordnung zu setzen, ist genügend schriftlich unterstützt.

Antrag 3 will auf die Tagesordnung gestellt haben:

Die Schulfrage. Ueber diesen Antrag wird zunächst verhandelt:

Bittorf-Berlin: Wenn wir uns die Tagesordnung ansehen, so müssen wir finden, daß ein Punkt fehlt, der die Parteigenossen im Lande zum Kampfe aufruft und sie begeistert. Fast alle Punkte der Tagesordnung sind mehr geschäftlicher Natur. Auch die Erörterung unsres kommunalpolitischen Programms wird diesem Mangel nicht ganz abhelfen. Deshalb beantragen wir die Schulfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Der Kampf gegen die Volksschule, den die Konservativen, das Zentrum und die nationalliberale Partei gegenwärtig führen, ist eine der wichtigsten Angelegenheiten der inneren Politik. Es ist um so notwendiger für uns, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, als die Jungnationalliberalen und die Freisinnige Vereinigung sich über die Schulfrage bereits geäußert haben, freilich nicht so, daß die große Masse der Bevölkerung damit zufrieden sein könnte. Die Schulfrage ist brennend. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dem Landtage noch in der laufenden Session ein reaktionäres Schulgesetz vorgelegt werden. Aus dem preußischen Landtage sind durch das elende Wahlgesetz die Vertreter des Proletariats verbannt und können dort nicht unsren Standpunkt vertreten. Da bleibt uns nichts weiter übrig, als auf unsren Parteitagen zur Schulfrage Stellung zu nehmen. Natürlich muß zur Behandlung eines solchen Themas ein Referent vorhanden sein; wir schlagen Ihnen hierzu den Genossen Dr. Arons vor. Wir wünschen, daß die Schulfrage als Punkt 5, vor der Kommunalpolitik verhandelt wird, sowie der Staat

Digitized by Google

Gemeinde vorangeht. Es gilt für unsren Kampf gegen die reaktionären Anschläge auf die Schule eine feste Richtschnur zu geben. Das wird nicht allzuviel Zeit in Anspruch nehmen. Mit allem Nachdruck müssen wir die Forderung unsres Programms erheben: Trennung der Schule von der Kirche. (Bravo!)

Geyer: Ich rate Ihnen, die so reichhaltige Tagesordnung nicht noch durch einen neuen Punkt zu belasten. Besonders wenn wir die Beratung der Schulfrage als Punkt 5 einschließen, würden die übrigen Punkte der Tagesordnung darunter leiden müssen. Ich war erstaunt, als ich in der Presse die Meinung las, die Partei müsse in der Schulfrage Stellung nehmen. Das ist durch das Parteiprogramm bereits geschehen, das die Stellung der Partei zu diesen Fragen so klar festlegt, daß besondere Erörterungen nicht notwendig sind. Ich gebe zu, daß durch die Aufrollung der Schulfrage in Preußen die preußischen Genossen in eine besondere Erregung versetzt sind. Aber prinzipiell wissen die preußischen Genossen, wie sie in dieser Frage zu handeln haben. Es könnte sich hier nur darum handeln, festzustellen, welche Taktik die preußischen Genossen im Kampfe gegen die Reaktion hinsichtlich der Schulfrage einnehmen sollen. Auch das brauchen wir, glaube ich, hier nicht festzustellen. Denn die taktischen Mittel zum Kampf werden sie erst wählen und den Kampf werden sie gründlich erst aufnehmen können, wenn sie wissen, was die Reaktion auf dem Gebiete der Schule ihnen bieten wird. Dann wird sich schon zeigen, wie sie zu handeln haben. Außerdem können die preußischen Parteigenossen ja in einer besonderen Konferenz sich über ihre Stellung in diesem Kampfe schlüssig werden. Diese Konferenz könnte gleich im Anschluß an den Parteitag oder später stattfinden. Der Vorredner führte an, daß die preußischen Liberalen bereits Stellung genommen hätten. Wenn damit gesagt sein sollte, daß die preußischen Genossen erst durch die Liberalen zur Stellungnahme hätten angespornt werden müssen, so würde ich das für verfehlt halten. Denn die Sozialdemokratie muß allen andern Parteien vorangehen, wenn es gilt, die Streiche der Reaktion zu bekämpfen. (Bravo!)

Bebel: Ich habe bereits in der „Neuen Zeit" zu dem Antrage Stellung genommen und kann mich daher kurz fassen. Auch ich meine, daß wir die Tagesordnung nicht weiter belasten sollen. Es ist dringend wünschbar, daß diesmal weit gründlicher als sonst die aus der Mitte der Genossen hervorgegangenen Anträge behandelt werden. Ich bin noch aus einem andern Grunde gegen den Antrag. Es kann sich hier nicht blos darum handeln, eine taktische Entscheidung über unser Verhalten etwa gegenüber einem Schulgesetzentwurf in Preußen zu treffen. Die Frage kann hier nur programmatisch behandelt werden. Die Debatte dürfte sich nicht nur auf die eigentliche Schulfrage beschränken, sondern sie müßte die ganze Bildungsfrage im weitesten Sinne umfassen. Das ist eine Angelegenheit, die die Partei allerdings in höchstem Maße interessiert, und ich halte es für sehr wünschbar, daß eine solche Diskussion stattfindet. Ich glaube aber, daß wir diesmal keine Zeit dazu haben, da sonst die andren Gegenstände zu kurz kommen würden. Und speziell die Kommunalpolitik hat, nachdem wir sie schon vor zwei Jahren erörtert haben, ein Anrecht darauf, jetzt erledigt zu werden neben den andern Fragen, die wir [illegible] der Tagesordnung haben und unsre Zeit sehr in Anspruch nehmen. Auch bin der Meinung, daß die preußischen Genossen eine besondere [illegible]ferenz einberufen können, wenn sie das Bedürfnis haben, sich über die [illegible]frage auszusprechen. Im übrigen glaube ich, daß andre Gegenstände, [illegible]nders die Kanalvorlage, so lange Zeit im preußischen Landtage beanspruchen [illegible]den, daß der Schulentwurf kaum noch zur Erledigung kommen wird. Ich [illegible]e wahrhaftig eine sehr geringe Meinung von den Liberalen, aber das glaube doch, daß auch der neue Gesetzentwurf, der, wenn er die Zustimmung der [illegible]servativen und des Zentrums finden soll, ein Gesicht erhält, daß die [illegible]ralen, sie mögen wollen oder nicht, diesen Entwurf bekämpfen müssen, genau

Digitized by Google

so wie den Zedlitzschen Entwurf von 1891. Der Entwurf dürfte — das ist meine Ueberzeugung, man kann ja irren — unter keinen Umständen im kommenden Winter erledigt werden. Die Erörterung würde also auf dem nächsten Parteitag noch rechtzeitig genug kommen. Auch deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Klara Zetkin: Auch ich möchte Sie dringend auffordern, die Tagesordnung nicht durch Aufnahme des Punktes Schulfrage noch mehr zu belasten, und zwar nicht nur aus den bereits angeführten Gründen, denen ich mich voll anschließe, sondern noch aus einem andern: Die Schulfrage bedeutet heute nationale Erziehungsfrage. Das ist bedingt durch die Entwicklung der Pädagogik einerseits, welche den Unterricht immer mehr zum erziehlichen Unterricht macht. Das ist bedingt durch die Entwicklung der sozialen Verhältnisse andrerseits, welche für immer größere Schichten der Bevölkerung, und zwar nicht nur des Proletariats, sondern aller Klassen, die Möglichkeit zur Erziehung der Kinder im Heim durch die Eltern immer mehr einengt und immer mehr die Schulanstalten zu Erziehungsanstalten werden läßt. Wenn die Sozialdemokratie sich mit dieser nationalen Erziehungsfrage beschäftigt, so bedeutet das nichts andres als die Verpflichtung, diese hochbedeutsame Frage, die Frage unsrer Zukunft, die die Zukunft der Menschheit ist, in ihrer ganzen Tiefe und Breite aufzurollen und in aller Gründlichkeit zu erörtern. Das kann nicht im nebenbei und zwischendrin der uns vorliegenden wichtigen Beratungsgegenstände geschehen. Wenn man das Bedürfnis fühlt, gegen die Verpfaffungsvorstöße auf dem Gebiete der Schule Stellung zu nehmen, so genügt es, das in einer scharfen Resolution zu tun und im übrigen die Behandlung der Schulfrage, die ich sehr begrüßen würde, auf ein künftiges Jahr, vielleicht das nächste, zu verschieben. Dann können die Genossen im Lande vorher über diese schwierigen, komplizierten Probleme eingehend aufgeklärt werden. Wenn wir dann die Frage hier in der ihr gebührenden weitschichtigen Weise behandeln, so bin ich überzeugt, daß wir mit dieser Behandlung eine gewaltige werbende Kraft auch auf Schichten entfalten werden, die außerhalb des Proletariats stehen, weil dann mit überzeugender Wucht die Tatsache in Erscheinung treten wird, daß die Sozialdemokratie nicht nur für die Lösung der Magenfragen kämpft, sondern der Kulturfragen der ganzen Menschheit. (Lebhafter Beifall.)

Freythaler-Berlin: Ich kann die Gründe Geyers nicht unwidersprochen lassen. Gewiß ist unsre Stellung zur Schulfrage schon im Programm festgelegt, aber die Einzelheiten sind doch im Programm nicht erschöpfend behandelt. Wenn dieser Grund maßgebend wäre, dann brauchten wir ja zu keiner Frage Stellung zu nehmen. Allerdings hat der Begründer unsres Antrages die preußischen Verhältnisse etwas sehr in den Vordergrund gerückt, und infolgedessen hat Geyer gemeint, die preußischen Genossen werden ja selbst wissen, was sie zu tun haben. Aber es gibt Bundesstaaten, in denen es um die Schulfrage noch schlechter bestellt ist als in Preußen. Wenn gesagt ist, daß durch Annahme unsres Antrages andre Punkte zu kurz kommen würden, z. B. die Kommunalpolitik, so weise ich darauf hin, daß durch die Behandlung der Schulfrage für ein gut Teil kommunaler Fragen Klarheit geschaffen wird. Daß eine große Zahl von Anträgen gestellt sind, ist richtig, aber viele dieser Anträge beschäftigen sich mit der Organisationsfrage und decken sich zum Teil. Die Organisationsfrage aber wird so erledigt werden, daß sie den Parteitag nicht in dem Umfange beschäftigen wird, wie es der eine oder der andre glaubt. Ich bitte Sie deshalb, unsrem Antrage zu zustimmen.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag 8 wird abgelehnt.

Den Antrag 8 begründet

Klühs-Breslau: In der Presse und in den Versammlungen haben die Anträge zur Organisationsfrage eine große Rolle gespielt. Ich bitte Sie, dar

Digitized by Google

diese Frage nicht zu kurz kommt, die Tagesordnung zu umstellen und die Organisationsfrage als Punkt 4 zu verhandeln. Vielleicht könnte man auch die Maifeier hinter den Punkt Kommunalpolitik setzen.

Bühler-Essen: Die große Zahl der Anträge beweist, daß die Genossen in ganz Deutschland eine eingehende Diskussion der Organisationsfrage wünschen. Die Meinung der Genossen, namentlich derer, welche praktisch tätig sind, kann aber nicht zum Ausdruck kommen, wenn dieser Punkt erst an siebenter Stelle behandelt wird. Deshalb ersuche ich um Annahme des Antrages.

Pfannkuch: Nachdem der Parteitag beschlossen hat, die Schulfrage nicht zu beraten, brauchen wir eine Umstellung der Tagesordnung nicht vorzunehmen. Die Organisationsfrage wird zu ihrem Rechte kommen, und außerdem hat der Parteitag es ja in der Hand, wenn die voraufgehenden Punkte über Gebühr unsre Zeit in Anspruch nehmen sollten, die Debatten abzukürzen, oder auch, wenn alle Stränge reißen, noch etwas über die sonst übliche Zeit hinaus so lange zu tagen, bis die Organisationsfrage geklärt und spruchreif ist. Ich glaube, daß wir, wenn wir die Tagesordnung unverändert lassen, allen gerecht werden.

Damit schließt die Debatte. **Antrag 8 wird angenommen.**

Die Tagesordnung lautet also:

1. **Geschäftsbericht des Vorstandes.**
2. **Bericht der Kontrollkommission.**
3. **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.**
4. **Organisation.**
5. **Maifeier.**
6. **Kommunalpolitik.**
7. **Der internationale Kongreß in Amsterdam.**
8. **Sonstige Anträge.**
9. **Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.**

Pfannkuch: Die Bremer Genossen haben in ihrer Liebenswürdigkeit für Donnerstag einen Ausflug nach der Insel Helgoland geplant. Selbstverständlich konnten sie ihre Arrangements nicht endgültig treffen, denn der Parteitag ist souverän und hat selbst darüber zu bestimmen, ob er die Einladung zur Dampferfahrt annehmen will oder nicht. Nun bin ich selbstverständlich darauf gefaßt, daß diejenigen, die der Meinung sind, es könne nicht genug Arbeit geleistet werden, nicht damit einverstanden sein werden, daß der Donnerstag der Erholung gewidmet wird, um so mehr, da es sich um Arbeiten im Dienste der Partei handelt. Auch der Parteivorstand konnte natürlich keine definitive Stellung zu dem Vorschlage der Bremer Genossen nehmen. Meiner Meinung nach könnte es denjenigen, denen Skrupel darüber auftauchen, ob sie einen Tag der Erholung widmen dürfen, zur Beschwichtigung ihres Gewissens dienen, daß sie sich sagen: Wenn wir in 5 Tagen unser Pensum nicht erledigen, haben wir schließlich auch noch den Sonntag für uns. (Sehr gut!) Ich kann Sie nur bitten, dem Vorschlag der Bremer Genossen zuzustimmen.

Wir fahren von hier per Bahn nicht nach Bremerhaven, sondern nach Nordenham. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat bis zur Stunde den trag der Bremer Genossen, dem Parteitag einen Extrazug nach Bremerhaven r Verfügung zu stellen, noch nicht erledigt.

Die oldenburgische Regierung ist weitherziger. Wir sind daher angewiesen f das Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung des Großherzogtums Oldenrg. Der Preis für die Fahrt von Bremen nach Nordenham und zurück beträgt M. pro Person. Diesen Betrag haben die Delegierten aus ihrem eignen Portemonnaie zu bestreiten, während die Dampferfahrt einschließlich des Ein- und sbotens in Helgoland kostenlos ist. Diese Opfer bringen die Bremer Genossen Parteitagsdelegierten. (Beifall.) Wir würden morgens 6 Uhr 10 Minuten

Digitized by Google

von hier abfahren und zwischen 1 und 2 Uhr in Helgoland sein. Die Rückfahrt ist zwischen 5 und 6 Uhr vorgesehen, so daß wir uns 3 bis 4 Stunden in Helgoland aufhalten können, um dieses von englischem in deutschen Besitz übergegangene Eiland zu besichtigen. Wir haben einen Genossen hier, der schon wiederholt eingehende Studien in Helgoland gemacht hat. (Heiterkeit.) Es steht uns also auch ein Führer zur Seite. (Erneute Heiterkeit.) Zwischen 11 und 12 Uhr nachts würden wir dann in Bremen ankommen. Ich bitte Sie, den Wunsch der Bremer Genossen zu erfüllen und die Einladung anzunehmen.

Schulz-Bremen: Ich bin in der sonderbaren Lage, die preußische Eisenbahnverwaltung in Schutz nehmen zu müssen. (Hört! hört!) Pfannkuch ist falsch unterrichtet, die preußische Eisenbahnverwaltung hat es nicht abgelehnt, uns einen Extrazug zu stellen, sie hat uns nur auf unser Ersuchen sehr lange warten lassen, so daß wir uns an die oldenburgische Verwaltung wandten. Außerdem lehnte die preußische Verwaltung jede Preisermäßigung ab; sie berief sich auf eine generelle Verfügung, wonach bis zum 27. September keine Ermäßigungen gestattet seien, während die oldenburgische Regierung uns die übliche Ermäßigung gewährte. Die Fahrt mit der preußischen Bahn nach Bremerhaven würde ca. 4 M. kosten, die mit der oldenburgischen nach Nordenham kostet nur 3 Mk., sie ist nicht unbequem und, dauert auch nicht viel länger. Ich kann mich nur den Bitte von Pfannkuch anschließen. Sollten den Delegierten Bedenken aufsteigen wegen der durch die Helgolandfahrt verloren gehenden Zeit, so könnten wir ja eventuell eine Abendsitzung einschieben. In Dresden haben wir zu unserm Bedauern die geplante Dampferfahrt nicht gemacht. Rechnen wir den halben Tag von Dresden an, so opfern wir schließlich auch nur einen halben Tag. (Große Heiterkeit.)

Der Parteitag nimmt mit großer Mehrheit die Einladung der Bremer Genossen an. Am Donnerstag fällt also die Sitzung aus.

Schluß 8½ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 19. September 1904. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr 5 Minuten eröffnet

Dietz die Verhandlungen, indem er rügt, daß heimlich ohne Wissen des Bureaus eine Drucksache verteilt worden sei. Das sei unzulässig.

Weiter teilt der Vorsitzende mit, daß Begrüßungs- und Glückwunschtelegramme eingelaufen sind von der Partie socialiste française, von dänischen Sozialdemokraten in Kopenhagen, von den Sozialdemokraten Luxemburgs, von den ungarländischen Sozialdemokraten in Budapest, dem Genossen Friedrich Leßner in London, dem Organ der sozialdemokratischen Bewegung in Chicago „Neues Leben“ und von zahlreichen einzelnen Genossen. Der Genosse Reichstags-Abgeordneter Georg Horn teilt mit, daß er durch Krankheit verhindert ist, am Kongreß teilzunehmen.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Von den hierzu gehörigen Anträgen werden unterstützt die Anträge 9, 20, 22, 28, 29, 32, 33, 35—39, 105, 108—110. Diese Anträge stehen zur Debatte.

Die Anträge 21, 23, 24, 26, 30, 31, 34, 40, 41, 111 finden die erforderliche Unterstützung nicht.

Digitized by Google

Vor Erstattung des Berichts des Vorstandes ersucht der Vorsitzende die Mandatsprüfungskommission, sich zu ihren Verhandlungen zurückzuziehen.

Den Bericht des Vorstandes erstattet hierauf

Pfannkuch-Berlin: Trotzdem die Einladung zu dem Parteitag sehr frühzeitig ergangen ist, sind auch diesmal wieder eine Anzahl Anträge später als zulässig eingegangen. Diese Anträge werden jetzt gedruckt und den Delegierten während der Verhandlungen nachträglich zugehen. Im Bericht befindet sich ein Irrtum. In Lübeck ist der Umzug bei der Maifeier nicht verboten worden; es wurde nur das Tragen von roten Fahnen dabei untersagt. Um derartige Irrtümer zu vermeiden, bitten wir, den Vorstand in Zukunft besser zu informieren und sich nicht darauf zu verlassen, daß der Vorstand sich aus der Parteipresse unterrichtet. — Zahlreiche Wünsche sind in Versammlungen und in der Presse geäußert worden, daß Vorkommnisse, wie sie auf dem vorigen Parteitage sich ereignet haben, sich nicht wiederholen mögen. Der Wunsch ist gewiß allgemein verbreitet. Es kann nicht meine Aufgabe sein, jetzt noch einmal auf die Dresdener Verhandlungen zurückzukommen und zu untersuchen, wer in Dresden das Karnickel gewesen ist, das angefangen hat. Das eine aber glaube ich aussprechen zu müssen: Mag man über den Dresdener Parteitag denken wie man will, er hat jedenfalls die Folge gehabt, daß das Parteigewissen der Genossen außerordentlich geschärft worden ist. (Sehr gut!) Meiner Auffassung nach haben alle die Anträge, die auf eine festere, geschlossenere zentralistische Form der Organisation der Partei abzielen, in letzter Linie ihre Entstehung in den Dresdener Verhandlungen. Wenn diese Auffassung richtig ist und diese Anträge zur Schaffung einer einheitlichen Organisation führen werden, dann können wir mit Stolz sagen, daß die Verhandlungen in Dresden nicht umsonst gewesen sind, sondern eine vorzügliche erzieherische Wirkung ausgeübt haben.

Ich gehe nun zum Bericht selbst über. Die Organisationsfragen werden ja als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Ich kann im allgemeinen nur erklären, daß selbstverständlich der Parteivorstand dem Streben nach einer geschlossenen Organisation mit erhöhter Aktionsfähigkeit, wie es in den Anträgen verlangt wird, nicht das geringste entgegenzustellen hat. Man hat, freilich in sehr überzuckerter Form, dem Parteivorstand vorgeworfen, er sei mit Verwaltungsarbeiten derart überlastet, daß er nicht mehr in der Lage sei, die Initiative zu größeren politischen Aktionen zu ergreifen.

Wenn die Agitation nicht in dem von den Genossen gewünschten Maße hat stattfinden können, so hat das verschiedene Gründe. Man hat die Tätigkeit der weiblichen Vertrauensperson Deutschlands dem Parteivorstand als Musterbeispiel für eine wirkungsvolle und planmäßige Agitationsarbeit vorgehalten. Man vergißt, daß in den Zeiten der Entwicklung der Sozialdemokratie — die Agitation unter den Frauen befindet sich bekanntlich in diesem Stadium — die Zahl der Agitatoren auch der Sozialdemokratie eine verhältnismäßig viel größere war, damals war sozusagen jeder einzelne Parteigenosse ein begeisterter Agitator. Mit der Ausdehnung der Partei sind die Kampfesmittel naturgemäß andre geworden. Vor allem brachte das Aufkommen der Gewerkschaftsbewegung in dieser Beziehung eine Aenderung mit sich. Es mußte selbstverständlich das Bestreben der Partei sein, die Arbeiter, welche durch Wahrung ihrer materiellen Interessen in den Gewerkschaften angezogen, für die Organisation gewonnen waren, zu überzeugten Sozialdemokraten zu machen. Was war darum natürlicher, als daß die Führer der Gewerkschaften aus den Reihen der Sozialdemokratie hervorgingen. Es ist eins der beliebtesten Argumente unsrer Gegner, die freien Gewerkschaften als sozialdemokratisch zu stigmatisieren. Ich meine aber, die Gewerkschaften selbst sollten sich nicht dagegen steifen, mit dem Ehrentitel sozialdemokratische Gewerkschaften bezeichnet zu werden. (Sehr richtig!) Da wo es darauf ankommt, wird es ihnen stets gelingen, nachzuweisen, daß sie nicht direkt unter der Leitung

Digitized by Google

der sozialdemokratischen Partei stehen, daß sie aber als überzeugte Sozialdemokraten ein Interesse daran haben, die Gewerkschaftsbewegung möglichst im Sinne der im Klassenkampf stehenden Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, zu führen. Wir beneiden die Gewerkschaften nicht um die Erfolge in der Agitation, wir hoffen im Gegenteil, daß diese Zunahme der organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften auch künftig im gleichen Maße steigen werde. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die großen Erfolge der Gewerkschaften wesentlich auch dadurch erreicht sind, daß eine Reihe tätiger überzeugter Führer der politischen Bewegung entzogen wurden. — Dazu kommt dann, daß mit der Ausbreitung der Partei die Parteipresse außerordentlich gewachsen ist.

Wir haben etliche 70 politische Organe, wir sind stolz darauf, daß tüchtiges in den Redaktionen geleistet wird, wir sind stolz auf die steigende Verbreitung unsrer Presse — wir haben über 600 000 zahlende Abonnenten, und ihre Leserzahl macht sicher das drei- bis vierfache aus. Wir sind stolz darauf, daß selbst von bürgerlicher Seite die gute Leitung unsrer Presse anerkannt wird. Aber wir dürfen nicht außer acht lassen, daß durch die 70 politischen Organe der Partei, denen eine fast gleiche Zahl von Gewerkschaftsblättern zur Seite steht, eine große Zahl agitatorisch tätiger Genossen, und zwar mit die besten, tüchtigsten und fähigsten Genossen, absorbiert und dauernd der mündlichen Agitation entzogen werden. Unsre Genossen im Lande haben immer den dringendsten Wunsch, Reichstags-Abgeordnete als Referenten zu bekommen; wenn das nicht geht, geben sie sich ja auch mal mit einem Landtagsabgeordneten oder Stadtverordneten zufrieden. (Heiterkeit.) Immer aber wünschen sie, daß der Referent einen Titel hat. Unsre Genossen sollten doch von dieser Gepflogenheit lassen. (Sehr richtig!) Wir dürfen nicht vergessen, daß unsre Reichstagsabgeordneten auch einen bürgerlichen Beruf haben, daß sie meist gezwungen sind, den Kampf ums Leben zu führen. Die Entschädigung, die sie von der Parteileitung erhalten, ist doch nur eine Entschädigung für die Unkosten, die ihnen während ihres Aufenthalts in Berlin erwachsen. In Preßäußerungen ist den Abgeordneten nahe gelegt, daß sie ihre Tätigkeit wesentlich erhöhen und eigne Initiative entfalten müßten, und es ist zu diesem Zweck eine planmäßige Einteilung der Arbeit vorgeschlagen. Wenn die Genossen, soweit sie Abgeordnete sind, allen Wünschen in legislativer Hinsicht nachkommen sollen, dann müssen sie sich ständig in Berlin aufhalten und können ihrem bürgerlichen Beruf nicht nachgehen. Dann erwächst aber auch der Partei die Pflicht, für ihren Unterhalt und den ihrer Familie aufzukommen. Ob die Partei dies will, soll jetzt nicht untersucht werden. Der Parteileitung sind jedenfalls die Hände gebunden, und es ist leichter Vorwürfe zu erheben, als es besser zu machen. In Mainz wurde gesagt, es seien immer dieselben „ollen Kamellen", die der Vorstand zu seiner Entschuldigung geltend mache. Aber wenn immer dieselben Beschwerden kommen, müssen wir das Gleiche antworten. Der Vorstand hat es niemals an Initiative fehlen lassen, wenn aktuelle Fragen auftauchen. Natürlich bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, was aktuelle Fragen sind. Das haben wir gestern bei der Schulfrage gesehen. Der Vorstand hat sich darüber sehr eingehend und wiederholt unterhalten und ist zu der Meinung gekommen, daß im nächsten Jahre noch vollkommen Zeit zur Erörterung dieser Frage sei. Aber die Genosse[n] sehen die Tätigkeit der Liberalen, sie fürchten, meine ich fast, die Konkurre[nz] derer um Naumann. So kleinliche Gesichtspunkte sollten nicht maßgebend se[in]. Die Partei ist jederzeit in der Lage, eine starke Agitation für eine bestimm[te] wichtige Frage zu entfalten. Soll freilich der Usus der Katholikentage, der a[uch] auf unsern internationalen Kongressen vorkommt, bei uns eingeführt werd[en], daß man sich damit begnügt, eine Protestresolution zu beschließen, nachdem m[an] eine Agitationsrede gegen das Treiben der Reaktion auf dem Gebiete der Sch[ule] angehört hat, bei uns eingeführt werden — nun, so müßte man sich dar[über]

Digitized by Google

verständigen. Aber ich meine, der Sozialdemokratie ist es würdig, wenn derartige Fragen auf die Tagesordnung kommen, sie nach gründlicher Vorbereitung gründlich zu erörtern. — Es wird der Parteileitung weiter vorgeworfen, daß sie bestimmte einzelne Materien hätte in Angriff nehmen müssen. Genosse Timm meinte in der „Neuen Zeit", daß die Stengelsche Finanzreform die Gelegenheit geboten haben würde, unsre programmatische Forderung auf Einführung progressiver Einkommens- und Vermögenssteuern nachhaltig zu propagieren. Er hat auch noch andre Vorschläge gemacht in bezug auf den Achtstundentag usw. Ich glaube, es wäre besser, derartige Einzelfragen nicht heranzuziehen, um der Parteileitung Vorwürfe zu machen. Wir haben jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um solche Fragen zu propagieren. Ich erinnere an die Agitation bei den Zolltarif-Verhandlungen. Es wird gesagt, die Parteileitung hätte die damals hoch aufschäumende Bewegung in Fluß erhalten sollen. Ja, solche Bewegungen sind eben nicht dauernd auf der Höhe zu erhalten; sie nehmen nur in besonderen Zeiten einen allgemeinen Aufschwung. Das wird bei den Handelsvertrags-Verhandlungen wieder geschehen. Jetzt aber kennen wir deren Inhalt noch gar nicht. Wir können nur annehmen, daß die Junker dabei jedenfalls auf ihre Rechnung kommen werden. Auf solche bloßen Vermutungen kann aber eine Partei wie die Sozialdemokratie nicht eine große Agitation gründen. Dazu müssen wir erst festen Boden unter den Füßen haben. Man hat uns weiter vorgeworfen, daß noch viel Gebiete vorhanden seien, die für die sozialdemokratische Bewegung noch nicht erschlossen sind. Diese Tatsache ist uns auch bekannt. Auf dem linken und rechten Rheinufer, in Ost- und Westpreußen, in Posen und Schlesien haben wir noch viel Arbeit zu bewältigen. Bisher war dies nicht möglich. Zur Erklärung dieser Tatsache habe ich bereits auf die Gewerkschaften hingewiesen. Ich hätte weiter die Krankenkassen und Konsumvereine nennen können, die alle eine große Zahl von Kräften vollständig in Anspruch nehmen, daß sie für die Agitation verloren gehen, weil sie sonst ihre geschäftlichen Arbeiten vernachlässigen würden. Finanziell sind wir ja in glücklicher Lage auch die noch unerschlossenen Gebiete in die Agitation einzubeziehen. In dieser Beziehung wird die Parteileitung jederzeit auf dem Posten sein. Die Hauptschwierigkeit ist, daß wir nicht die geeigneten Kräfte haben. Oberschlesien hat uns sehr viel Kopfzerbrechen gemacht. Genosse Winter ist durch sein Leiden — das wir natürlich nicht kannten, sonst hätten wir ihn nicht so lange auf diesem Posten gelassen — arbeitsunfähig geworden. Jetzt haben wir dort den Genossen Bruhns und es sind Ansätze vorhanden, um in Oberschlesien eine festgegliederte Organisation zu ermöglichen. Nicht so glücklich waren wir in Posen; wir müssen abwarten, ob die jetzt dort tätigen Genossen die richtigen Leute an der richtigen Stelle sind. Auch für andre Gegenden, für den Ober- und Niederrhein, ist seit mehreren Jahren die Anstellung von Parteisekretären gewünscht worden. Wir sind diesen Wünschen nicht nachgekommen, weil wir der Ansicht waren, daß, wenn überhaupt Parteisekretäre angestellt werden, andre Distrikte des Reiches eher berücksichtigt werden müssen. Wenn der Parteitag, wie ich annehme, die Anstellung von Parteisekretären beschließen wird, dann wird zu prüfen sein, inwieweit das Institut verwirklicht w den kann, um der Partei in bisher noch nicht erschlossenen Gebieten neue A nger zu gewinnen.

Weiter sind uns Vorwürfe gemacht worden, daß wir gegen den in der L liegenden Wahlrechtsraub, die Beschneidung oder Aufhebung des a emeinen, gleichen, direkten Stimmrechts für den Deutschen Reichstag, nicht e hieden genug die Initiative ergriffen hätten. Wir hätten rechtzeitiger die G hr kennzeichnen und Mittel zur Abhilfe nennen müssen. Wie verschieden a die Meinungen in der Partei sind, beweist die Tatsache, daß uns von a en Parteigenossen, auf deren Stimme wir gleichfalls Gewicht legen, nahe- g t worden ist, wir sollten nicht so oft mit dem Feuer spielen (Sehr richtig!)

Digitized by Google

es könne sich sonst das Sprichwort erfüllen: Wenn man den Teufel an die Wand malt, so kommt er. Jene Kreise, die damit umgehen, das Wahlrecht zu beschränken, könnten sich sagen: wir können machen was wir wollen, wir werden stigmatisiert als diejenigen, die das Wahlrecht beschränken wollen, also machen wir es. Bei drei Gelegenheiten hat der Parteivorstand die Frage trotzdem für aktuell gehalten, bei der sogenannten Giesebrechterei, dann als uns die Mitteilung wurde, daß die mechanischen Vorbereitungen für Neuwahlen getroffen wurden und drittens als die Konventikel der Konservativen und Nationalliberalen abgehalten wurden, darüber, wie man praktisch der Ausbreitung der Sozialdemokratie entgegentreten könne. Bei der zweiten Gelegenheit wurden innerhalb der maßgebenden Kreise Bedenken erhoben und nur die Darlegung der positiven Tatsachen ermöglichte es, daß schließlich beschlossen wurde, die Oeffentlichkeit zu alarmieren. Also Sie sehen: In der Parteileitung sind sachliche Differenzen auch vorhanden, aber sie werden ausgetragen, ohne daß es zu persönlichen Differenzen kommt. Wenn jeder Genosse es ebenso macht, nur sachlich diskutiert und jede persönliche Anfeindung unterläßt, dann werden unsre Gegner nicht die Freude haben, über die Angriffe der Sozialdemokraten unter sich zu frohlocken. Die Parteileitung hat bei den verschiedensten Fragen die Initiative ergriffen, ich erinnere an den großen Kampf in Crimmitschau. Da war es die Parteileitung, die Besprechungen mit den in Betracht kommenden Faktoren einleitete, und ich bin überzeugt, es wird heute niemanden geben, der mit der Führung und der Beendigung des Kampfes nicht einverstanden wäre. (Sehr wahr!) Mit den Führern der Gewerkschaften haben wir stets in gutem Einvernehmen gelebt. Wegen der Frage der Maifeier haben wir versucht, mit der Generalkommission der Gewerkschaften und der Gewerkschaftskommission ein Einverständnis zu erzielen, es ist uns nicht voll gelungen, aber über die Art der Behandlung der Maifeierfrage in Amsterdam haben wir uns doch verständigt. Wir werden uns hier auf dem Parteitage weiter damit und in Verbindung damit auch mit der Frage des Generalstreiks zu befassen haben. Gewünscht hätte ich allerdings, daß der Antrag, der sich auf den politischen Streik bezieht, die genügende Unterstützung gefunden hätte. (Sehr richtig!) Jedenfalls wird ja auch der politische Streik bei der Erörterung des Generalstreiks zur Sprache kommen. Dringend ist die Sache freilich nicht.

Ueber die Presse habe ich bereits gesprochen; ich habe nur noch eins nachzutragen. Seit 1896 wird auf allen Parteitagen der Wunsch laut, daß wir eine geeignete Jugendliteratur schaffen sollen. Auch diesem Parteitage liegen solche Anträge vor. Sie gehen von der Meinung aus: wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft, ein Spruch, der auf der Frauenkonferenz dahin erweitert worden ist: wer die Frau hat, hat die Zukunft, weil die Frau die Kinder zur Sozialdemokratie erzieht. Wir verkennen unsre Aufgabe in dieser Hinsicht nicht und wissen wohl, daß mehr geleistet werden könnte, als geleistet worden ist. Ich sage „könnte": es handelt sich hier um keine leichte Aufgabe. In Dresden ist ein solcher Versuch gemacht worden; ich bin überzeugt, daß die „Hütte" nicht wegen Mangel an materiellen Mitteln eingegangen ist. Wenn das der Hauptgrund gewesen wäre, dann würden sich die Herausgeber mit bestimmten Anträgen an die Genossen in Dresden und durch sie an die Parteileitung um Unterstützung gewandt haben, um so mehr, als ihnen bei früheren Gelegenheiten Aussicht auf eine solche Unterstützung unter Erfüllung bestimmter Vorbedingungen eröffnet worden ist. Aber derartige Wünsche bedürfen gründlicher Prüfung und gründlicher Vorbereitung. Wenn wir einmal den Stab von Genossen, der jetzt in der Presse, in Arbeitersekretariaten, in Krankenkassen, in Gewerkschaften, in den Konsumvereinen vorhanden ist, verdoppelt zur Verfügung haben, dann werden wir alle die Aufgaben, die wir erfüllen sollen, leicht erfüllen können. Auf die Angriffe der Jaurèsisten, was wir denn

unsren drei Millionen machten, was für Taten wir aufzuzeigen hätten, hat Bebel in Amsterdam geantwortet, daß diese Leistungen erst kommen könnten, wenn wir die doppelte Anzahl Wähler hätten. Wenn dieser Wunsch in Erfüllung gegangen ist, dann werden wir auch alle Kräfte zur Verfügung haben, um die Aufgaben, die jetzt schon von der Parteileitung verlangt werden, vollständig zu erfüllen. Die Stärke unsrer Partei verführt manchen Parteigenossen zu dem Glauben, die Partei-Entwicklung könne mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts marschieren. Nun ist es richtig, keine einzige Kulturbewegung hat ein so rapides Vorwärtsschreiten aufzuweisen als unsre Bewegung. Wir sind durch unsre Siege, durch das rapide Wachsen unsrer Macht so stolz geworden, daß wir der Meinung sind, wir könnten in der Zukunft nur noch mit Siegen rechnen, es handle sich nur darum, daß wir zum Sturmangriff schreiten um alles zu erobern. So liegen die Dinge in Wirklichkeit doch nicht. Auf allen Gebieten müssen wir mit dem Widerstand der Gegner rechnen, wir müssen unsre Kräfte genau abmessen und erwägen, ob sie ausreichend sind um Niederlagen zu verhüten. Eine richtige Taktik wird stets die Mittel genau abwägen und darauf aus sein, die vorhandenen Positionen zu behaupten und so zu befestigen, daß von ihnen aus neue Angriffe auf den Gegner erfolgen können. Aber verhütet muß werden, daß gewonnene Positionen wieder aufgegeben werden. Ein derartiger Rückschlag ist schwerer zu ertragen als ein Mißerfolg bei einem neuen Angriff. Wenn wir in diesem Sinne zusammenwirken, hoffe ich, daß wir auch in Zukunft Ersprießliches leisten und erreichen werden. (Lebhafter Beifall.)

Gerisch-Berlin erstattet den

Kassenbericht.

Der gedruckt vorgelegte Kassenabschluß zeigt Ihnen, daß unsre Kassenverhältnisse im abgelaufenen Jahre durchaus befriedigend wären. Es ist der beste Abschluß, den die Parteikasse jemals erzielt hat (Bravo!). Nach Bestreitung aller Ausgaben bleibt eine so hohe Summe übrig als früher die Einnahmen überhaupt betragen haben. (Bravo!) Es wäre aber sehr falsch zu glauben, daß die Parteileitung in Verlegenheit wäre, was sie nun mit dem vielen Gelde anfangen solle. (Große Heiterkeit.) Mit dem Wachstum der Einnahmen sind auch die Ansprüche gewachsen, ja geradezu lawinenartig angeschwollen. (Hört, hört!) Der gute Kassenabschluß hat einen förmlichen Sturm auf die Parteikasse hervorgerufen. (Hört, hört! und Heiterkeit.) In einer einzigen Sitzung haben der Parteileitung Anträge auf Bewilligungen von im ganzen 160 000 Mk. vorgelegen. (Große Heiterkeit; Rufe: Nicht zu wenig!) Die Sorge, was wir mit dem vielen Gelde anfangen sollen, ist also durchaus nicht vorhanden. (Heiterkeit.) Wir sind entschlossen, die schwachen Punkte unsrer Stellung in der nächsten Zeit sehr zu verstärken, und das wird große Ausgaben erfordern. Daß eine große Anzahl von Wahlkreisen gar nicht in der Tabelle vorhanden sind, daß andre sich mit einer gewissen Anstandssumme abfinden, die durchaus nicht dem entspricht, was sie leisten können, das sind alte Klagen, mit denen wir uns schon oft befaßt haben, und worüber wir uns bei der Behandlung der Organisationsfrage näher unterhalten werden. Es muß aber bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden, daß die Leistungen der [illegible]ise in den Zahlen unsres Kassenabschlusses nicht ganz zum Ausdruck kommen. [illegible]gdeburg z. B., das nach der tabellarischen Uebersicht 3800 Mk. an die Zentrale abgeführt hat, leistet noch viel für die allgemeine Agitation in der Provinz [illegible]hsen. Vielleicht gestatten Sie mir, eine persönliche Bitte vorzutragen, die mir [illegible]n bei verschiedenen Parteitagen auf der Lippe geschwebt hat. Verschiedene [illegible]ssen wünschen, daß ihre Beiträge unter einem Motto quittiert werden, das [illegible]icht in einem kleinen geselligen Kreise angebracht ist, das sich aber geschmacklos [illegible]immt, wenn es an erster Stelle in der Quittung im „Vorwärts“ steht. Es [illegible]iel: Ein Verein, der offenbar den Humor pflegt, übermies die Eintritts-

Digitized by Google

gelder der neuen Mitglieder der Parteikasse, er wählte aber hierzu das Motto: Ferkelgeld des Schweinigelklubs. (Große Heiterkeit.) Das geht doch nicht; ich als Kassierer muß mich in solchen Fällen mit den Absendern in Verbindung setzen und sie höflichst ersuchen, das Motto zu ändern. Wir haben aber doch wichtigere Dinge zu tun, als solche überflüssige und unnötige Arbeit zu verrichten.

So günstig trotz mancher Ausstellungen der Kassenabschluß gewesen ist, ebenso günstig war die Entwicklung und der Stand der Parteipresse im vergangenen Jahre. Bei den Reichstagswahlen wird ja infolge der Aufrüttelung der Massen unsern Parteizeitungen immer ein größerer Abonnentenstand zugeführt. Erfahrungsgemäß ist aber nur immer ein gewisser Prozentsatz davon festzuhalten, und es wäre kein Wunder, wenn auch in diesem Jahre die gleiche Erscheinung zu Tage getreten wäre. Ganz ohne Verluste ist es allerdings nicht abgegangen, aber immerhin hat unsre Presse sehr gut abgeschnitten. 15 Blätter haben insgesamt 8008 Abonnenten verloren, aber in fast allen Fällen tragen bestimmte örtliche Vorgänge die Schuld daran, wie große Arbeiteraussperrungen und dergleichen. Der Verlust an Abonnenten wird nur ein vorübergehender sein. Dagegen haben 39 Blätter einen Zuwachs von 47 380 Abonnenten aufzuweisen. Insgesamt zählt unsre Presse gegenwärtig nach den Berichten, die diesmal so vollständig eingingen wie noch nie zuvor, 620 282 zahlende Abonnenten.

Sollte der Antrag 9 angenommen werden, so möchte ich die Genossen bitten, uns auch das notwendige statistische Material zu liefern, denn sonst würde durch den Antrag gar nichts erreicht sein. Es hat in den verflossenen Jahren große Mühe gekostet nur über die Presse die nötigen Mitteilungen zu erhalten, einigemale konnte eine vollständige Aufstellung überhaupt nicht gegeben werden und auch in diesem Jahre habe ich eine größere Anzahl von Parteigeschäften zweimal, einige sogar dreimal bitten müssen, ehe ich das Gewünschte erhielt. Die Gesamteinnahmen aus Abonnements haben im abgelaufenen Jahre bei unsrer Presse 3 925 427 Mk. betragen. Im Durchschnitt kommt auf jeden Abonnenten ein Nettobetrag von 6⅛ Mark pro Jahr, also 52 Pfennige pro Monat. Die Einnahmen aus den Inseraten beziffern sich auf 2 253 538 Mk.; diese Einnahme legt Zeugnis davon ab, welche Stellung unsre Presse im öffentlichen Leben einnimmt. Eine der erfreulichsten Erscheinungen bei dem Wachstum unsrer Presse ist die starke Zunahme der Abonnenten der „Gleichheit". Die zähe, aufopferungsvolle Arbeit unsrer in erster Linie kämpfenden Genossin, die gewiß mancher von uns mit Bewunderung verfolgt hat, findet endlich den wohlverdienten Erfolg. (Beifall.) Einzelnen unsrer Organe sieht man es freilich schon äußerlich an, daß sie immer noch Aschenbrödel geblieben sind, sie haben an dem rapiden Aufschwung nicht teilgenommen.

Hier muß energisch eingegriffen werden. Es haben bereits eingehende Erwägungen darüber stattgefunden, wie den in der Entwicklung zurückgebliebenen Blättern nachgeholfen werden kann. Namentlich im Königreich Sachsen steht in einer Reihe von Kreisen die Leserzahl in schreiendem Mißverhältnis zu der Zahl der für uns abgegebenen Stimmen.

Eine lange Erfahrung hat uns gezeigt, daß wir unsern Besitzstand erst dann als einigermaßen befestigt und gesichert ansehen können, wenn die Zahl der Abonnenten unsrer Presse den dritten Teil der abgegebenen Stimmen e- trägt. Die bei den letzten Wahlen für uns abgegebenen Stimmen betru n drei Millionen. Wenn die Abonnentenzahl unsrer Blätter ein Drittel di r Summe betragen soll, so muß sie noch um 380 000 gesteigert werden. ir haben also noch ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten und hoffen, daß die n uns geplanten Maßnahmen erfolgreich sein werden.

Unter den Anträgen befinden sich einige, die sofort erfüllt werden kön. n. Dazu gehören die Anträge 33 und 35. Eine weitere Reihe von Anträgen entha n bankenswerte Anregungen, so die Anträge 32, 36, 37, 39 und 108. Da n

Digitized by Google

sind die Anträge 28 und 29, die Jugendliteratur betreffend, schwerer zu erledigen, weil eine solche Literatur nicht einfach durch einen Beschluß geschaffen werden kann. Für verfehlt, ja geradezu für verderblich, halte ich dagegen den Antrag 105, der bekanntlich will, daß die Partei unter den Arbeitern, die zur Armee einberufen werden sollen, eine besondere Agitation entfalte. Es ist doch nur zweierlei möglich: Entweder diese jungen Arbeiter haben bereits an dem geistigen Leben der Nation und besonders ihrer Klasse mit Nutzen teilgenommen, indem sie unsre Zeitungen und Bücher gelesen, unsre Versammlungen besucht haben, dann wissen sie, wohin sie gehören. Ist das nicht der Fall, dann kann das vor dem Eintritt in das Heer durch Broschüren nicht nachgeholt werden. Wir würden dadurch den jungen Leuten das Leben beim Militär außerordentlich erschweren. Ich rate Ihnen deshalb, alle diese Anträge im großen und ganzen dem Vorstande zu überweisen. (Bebel ruft: 105 ablehnen!) Jawohl; mit Ausnahme des Antrages 105, den wir abzulehnen bitten.

Pfannkuch-Berlin gibt einen Nachtrag zu seinem Bericht. Der Vorstand hat die Gewohnheit, Fragen, die eine größere finanzielle Tragweite haben, gemeinsam mit der Kontrollkommission zu erledigen, nicht, weil er die Verantwortung scheute, sondern um Reibungen mit der Kontrollkommission zu vermeiden. In einer dieser gemeinschaftlichen Sitzungen haben wir die Frage der Parteisekretäre erörtert und beschlossen, Ihnen folgende Vorschläge zu machen: Es möge der Parteileitung anheimgegeben werden, die Bedürfnisfrage zu entscheiden. Wird diese Frage bejaht, so sollen die Bezirke das Vorschlagsrecht für die Person des zu ernennenden Sekretärs haben. Der Vorstand soll aber an diese Vorschläge nicht gebunden sein, sondern das Recht haben, unter Umständen einen andern zu bestimmen. Als Anfangsgehalt schlagen wir 2000 M. vor. Selbstverständlich sind darin Spesen, Reisekosten u. dergl. nicht einbegriffen. Das Anfangsgehalt soll von drei zu drei Jahren um je 200 M. steigen. Ein Maximalgehalt wollen wir vorläufig nicht feststellen. Wir können vorläufig die Entwicklung abwarten und dann die Maximalgrenze zu bestimmen der Beschlußfassung späterer Parteitage überlassen.

Bebel hat gestern bereits bedauert, daß Singer und Auer durch Krankheit ferngehalten sind. Von Singer kann ich sagen, daß sein bitterster Schmerz der ist, krank zu sein, ohne Schmerzen zu haben. Auer, den ich am vorigen Sonntag besucht habe, hat auf mich den erfreulichen Eindruck gemacht, daß ich ihn seit zwei Jahren körperlich und geistig nicht so munter gesehen habe wie diesmal. Wir können also hoffen, daß er recht bald seine Krankheit überwinden wird. Nichtsdestoweniger mußten wir uns in diesem Frühjahr nach einer vorläufigen Arbeitskraft umsehen. Der wachsende Umfang unsrer Arbeiten machte das notwendig. Zahlen sprechen da eine deutliche Sprache. Die Zahl der Eingänge an Briefen usw. betrug 3400, die der Ausgänge 5400, worunter die Massensendungen nicht einbegriffen sind. Wir stellten also den Genossen Molkenbuhr ein und können heute sagen, daß wir in ihm vollständig das gefunden haben, was wir suchten. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, unbeschadet des Eintritts des Kollegen Auer den Genossen Molkenbuhr zur Vervollständigung des Bureaus in den Vorstand zu wählen. Dann wird das Bureau, glaube ich, den Ansprüchen gerecht werden können, denen von den Genossen Ausdruck gegeben worden ist.

Eben wird mir ein Zettel übergeben, in dem ich aufgefordert werde, die Stellung des Vorstandes zur Alkoholfrage mitzuteilen. (Unruhe und Oho-Rufe.) Das kann ich nicht, weil dazu erst eine Erörterung der Frage im Vorstande stattfinden müßte. (Zuruf: Beim Biere! Heiterkeit.) Das aber glaube ich aussprechen zu dürfen: Die Alkoholfrage ist eine so brennende Frage nicht, daß sie unbedingt jetzt oder auch im nächsten Jahre auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt werden müßte. Wir können uns über die Frage weiter in Versamm-

Digitized by Google

lungen und in der Presse unterhalten. Ob sie mal eine Parteifrage werden wird, will ich nicht erörtern, ich wünsche es aber nicht.

Meister-Hannover erstattet den Bericht der Kontrolleure: Leider kann ich mich diesmal nicht so kurz fassen, wie in den letzten Jahren. Bei der letzten Kontrolle über die Geschäftsführung des Vorstandes und der Partei-Unternehmungen hatten wir keine Ursache zu irgend welchem Monitum. Es war alles in bester Ordnung. Dagegen ist die Zahl der an uns gelangten Beschwerden größer als in den letzten Jahren. Schon in Dresden beschäftigte uns die unleidliche Angelegenheit Emmel. Wir konnten damals ein abschließendes Urteil nicht fällen, sondern hielten ein Schiedsgerichtsverfahren für nötig. Das Schiedsgericht fand statt und erklärte, daß zur Klärung der Angelegenheit eine gerichtliche Klage Emmels gegen Weßbecher wegen Beleidigung erfolgen müsse. Da die Beleidigungen verjährt waren, wiederholte Weßbecher seine Beschuldigungen und das Gericht hat dann in zwei Instanzen zuungunsten Emmels entschieden. Die Kontrollkommission beschloß daraufhin, das Urteil der letzten Instanz abzuwarten und zunächst die Genossen in Mülhausen nur aufzufordern, Emmel bis zur Entscheidung der Sache von allen Ehrenämtern zu entbinden. Leider haben die Mülhauser Genossen dieser Aufforderung nicht entsprochen; sie haben uns absichtlich eine Backpfeife versetzt, indem sie in derselben Versammlung, in der sie über unsern Beschluß verhandelten, die Kandidatur Emmels für den Landesausschuß aufstellten. Dem gegenüber habe ich im Namen der Kontrollkommission folgende Erklärung zu verlesen:

„Ein Teil des Beschlusses der Kontrollkommission in Sachen der Mülhauser Parteigenossen bestand darin, die Parteigenossen in Mülhausen aufzufordern, bis zur Erledigung des Beleidigungsprozesses Emmel mit Vertrauensposten nicht zu betrauen. Dieser Beschluß wurde nach eingehender Verhandlung des Sachverhalts gefaßt, mit dem die Kontrollkommission sich leider bereits wiederholt zu beschäftigen Gelegenheit nehmen mußte. Er war der mildeste Ausdruck der Konsequenzen, welche sich nach dem einstimmigen Urteil der Kontrollkommission aus dem vorliegenden Tatsachenbestand ergaben. Die Mülhauser Genossen im Wahlverein haben es für gut befunden, sich über diesen Teil der Entscheidung der Kommission hinwegzusetzen. Bei Kenntnisnahme der Entscheidung erklärten dieselben, der Aufforderung nicht nachzukommen, da kein Grund vorliegt, Emmel auf die bloße Anschuldigung Weßbechers hin das Vertrauen zu entziehen. Der Wahlverein beschloß die Kandidatur Emmels für den Landesausschuß aufzustellen. Die Kontrollkommission erblickt in diesem Verhalten einen schweren Verstoß gegen die parteigenössische Disziplin, einen Verstoß, welcher die schärfste Rüge herausfordert. Der Arbeiter-Wahlverein in Mülhausen hatte in der Sache gar nichts mit Weßbecher und seinen Anschuldigungen zu tun, wohl aber mit den Beschlüssen einer Partei-Instanz, welche vom Parteitage laut Organisationsstatut berufen ist, in schwebenden Angelegenheiten zu entscheiden. Die Kontrollkommission hatte diese ihre Aufgabe pflichtgemäß erfüllt; die sachliche Grundlage ihrer Beschlüsse bildeten denn auch keineswegs nur Weßbechers Anschuldigungen, sondern noch ein reiches Tatsachenmaterial. Die Kontrollkommission erachtet es für ihre Pflicht, auf die höchst bedenklichen Konsequenzen hinzuweisen, die unvermeidlich sind, wenn derartige unverantwortliche Disziplinwidrigkeiten an Parteigenossen ungerügt hingehen. Sie ersucht den Parteitag, daß derselbe mit ihr übereinstimme in der schärfsten Verurteilung dieses Vergehens. Diese Verurteilung trifft sowohl die Mitglieder des Mülhauser Wahlvereins, wie den Genossen Emmel, der durch die Annahme des Mandats in der gekennzeichneten Situation den Disziplinbruch unterstützte."

Ich bemerke noch einmal, daß die Kontrollkommission von ihrer Aufforderung an die Mülhauser Genossen von weiteren Beschlüssen gegen Emmel nur abgesehen hatte, weil sie das definitive Urteil abwarten wollte.

Digitized by Google

In Düsseldorf haben wir schon seit langen Jahren Verhältnisse, die man eigentlich für undenkbar halten sollte. Es sind dort zwei vollständige Parteien innerhalb der Partei. Das Resultat der Streitigkeiten war ein Schiedsgericht, in dem Gerisch den Vorsitz führte. Leider traten innerhalb der Verhandlung Zustände zu tage, die es Gerisch wünschenswert erscheinen ließen, das Schiedsgericht aufzulösen, um nicht weiteres Material zu einer Denunziation zu liefern. Zu der neuen schiedsgerichtlichen Verhandlung wurden Koenen und ich als Vertreter der Kommission als Zuhörer zugezogen. Es kamen Zustände zum Vorschein, wie ich sie in meiner langen Parteizugehörigkeit noch nirgends gefunden habe, und auch heute noch ist es damit nicht besser. Das können Sie aus den heute verteilten Flugblättern ersehen, wenn Sie Ihre Zeit damit wegschmeißen wollen, sie zu lesen. Das Resultat der Verhandlung war, daß beide Parteien Rügen erhielten und daß gegen einen Genossen eine besonders scharfe Rüge beschlossen wurde. Zum Ausschluß dieses Genossen hatte man wohl Lust, aber nicht die Courage. (Hört, hört!) Das Urteil, das über diesen Genossen gefällt wurde, war eigentlich noch schärfer als ein Ausschluß, aber man sagte sich: Man kann die Klippe des Ausschlusses umgehen, wenn man den Menschen für verrückt erklärt. (Heiterkeit.) Als die Sache dann an die Kontrolleure kam, haben wir sie eingehend geprüft. Im allgemeinen schlossen wir uns dem Urteil des Schiedsgerichts an, aber Windhoff wurde ausgeschlossen, weil wir uns sagten, daß er sich sehr wohl dessen bewußt gewesen sein müsse, was er tat. Sie finden die Begründung auf S. 26 des Vorstandsberichts (S. 34 des Protokolls).

In der letzten Zeit ist in Bielefeld ein Schiedsgericht zusammengetreten, das einen der ältesten dortigen Genossen, den Genossen Schweckendiek aus der Partei ausschloß. Es wurde ein Schiedsgericht beim Vorstand beantragt und dies fand unter dem Vorsitz von Lorberg statt.

Es betrifft gerade diese Sache nach Ansicht der Kontrollkommission eine Angelegenheit von großem Interesse. Es handelt sich um den 63 Jahre alten Genossen Schweckendiek, einen der ältesten Genossen in Bielefeld, der bis heute sich als einer der bravsten Genossen betätigt, schwere persönliche Opfer in den ganzen Jahren gebracht und in den schwersten Zeiten zur Partei gestanden hat. Ein von beiden Seiten berufenes Schiedsgericht hat am 25. Juli einstimmig beschlossen: Der Beschluß des Wahlvereins in Bielefeld ist aufzuheben und Genosse Schweckendiek auch ferner als Genosse zu betrachten. Ich habe Ihnen in dieser Sache folgende Erklärung der Kontrolleure vorzutragen: „Neuerdings mehren sich die Fälle mit der Zunahme des Kampfes auf wirtschaftlichem Gebiete, die zu Anklagen führen gegen solche Parteigenossen, welche als Mitglieder einer Gewerkschaft bei Streiks oder Aussperrungen durch ein entehrendes Verhalten die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verloren haben sollen. Dagegen ereignet es sich sehr selten, daß ein Ehrenstreit bei gewerkschaftlichen Organisationen deshalb zur Einleitung oder zum Austrag kommt, weil der der Berufsgenossenschaft zugehörige Parteigenosse in verschuldeter Weise es unterläßt, in dem politischen Klassenkampfe und zum Zweck einer erfolgreichen Agitation für die sozialdemokratische Partei seine Pflicht einigermaßen oder nach ganzem Vermögen zu erfüllen. Es besteht unter der klassenbewußtkämpfenden Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheit darüber und auch bei der Kontrollkommission ist kein Zweifel darüber gewesen, daß bei der Notwendigkeit mit der Waffe des Streiks zu kämpfen, der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als ehrlose Handlung gebrandmarkt und verurteilt werden muß. Mit Rücksicht auf die schweren Folgen einer Ahndung der unsolidarischen Handlungsweise muß von Fall zu Fall eine Beurteilung des Deliktes in subjektiver und objektiver Hinsicht vorangehen, ehe der sozialdemokratische Richter die schwerste Strafe der gesellschaftlichen Vernichtung eines bisherigen Parteigenossen, der nach allen Seiten seine Schuldigkeit gethan hat, ausspricht. In der Bielefelder Streitsache bestreitet

Digitized by Google

keine Richtung, daß die Tendenz der Streikbewegung sich gegen die Organisation der Unternehmer richtete und demgemäß lautete die Kampfparole. Der Meister des Genossen Schweckendiek steht diesem Prinzipalsring fern, es konnte wenigstens seine Zugehörigkeit zu der befehdeten Gemeinschaft nicht behauptet werden, auch hatte er dem Genossen erklärt, daß er bereit sei, die Forderungen der Gewerkschaft zu erfüllen, wenn man nur zu ihm komme. Er steht mit seinem Arbeitgeber in freundschaftlichem Verhältnis. Als wesentlich steht fest, daß sein Geschäft in jenem Stadium des Kampfes, als Schweckendiek fortarbeitete, nicht unter die Zahl der Firmen zählte, die durch Arbeitsniederlegung zur Nachgiebigkeit gebracht werden sollten. Es liegt hier ein Fehler in der Streiktaktik vor, wenigstens eine Abweichung von der sonst in gewerkschaftlichen Kämpfen angewandten Methode. Es darf aus diesem Grunde angenommen werden, daß die Auffassung Schweckendieks über seine Stellung in diesem Streik in dieser Tatsache begründet ist, abgesehen davon, daß Schweckendiek für Berücksichtigung seines hohen Alters und der für seine Ueberzeugung gebrachten materiellen Opfer sich auf Beispiele aus der Streikpraxis berufen konnte. Zweifellos wirkte diese Absonderung von der um ihre berechtigten Forderungen kämpfenden Kollegenschaft schädigend auf den Streik ein. Es darf aber nach der objektiven Lage des Falles bestritten oder bezweifelt werden, daß bei Schweckendiek das Bewußtsein für sein Unrecht vorhanden war. Die Kontrollkommission hält den Beweis für die Schuld Schweckendieks nicht für erbracht und bestätigt das freisprechende Urteil des Schiedsgerichts; sie ist bei objektiver Würdigung aller Momente der Ansicht, daß es der Streikkommission möglich gewesen wäre, den Fall Schweckendiek mit etwas mehr Geschick im geeigneten Augenblick ohne Erregung der Gemüter der Arbeiterschaft beizulegen.

Wie gesagt, die Kontrollkommission hat sich namentlich durch das hohe Alter des betreffenden Genossen veranlaßt gefühlt, dem Urteil des Schiedsgerichts beizutreten. Bislang ist in allen Gewerkschaften die Praxis geübt worden — ich habe das selbst von leitenden Personen des Maurerverbandes gehört —, daß man so alte Personen bei Streiks ruhig weiterarbeiten läßt, denn wenn sie arbeitslos werden, finden sie sehr schwer oder oft gar nicht wieder eine neue Stellung. Die Gewerkschaften sind bislang froh gewesen, wenn es möglich war, in einem solchen Falle den Betreffenden ruhig weiter arbeiten zu lassen, weil sie sich sagten: er kann den Kohl doch nicht fett machen und wir sind einer ganz gewaltigen Verantwortung ledig. Die Kontrollkommission hat daher einstimmig den Protest des Wahlvereins Bielefeld auf Aufhebung des Schiedsgerichtsurteils abgelehnt.

Weiter beschwerten sich aus Lörrach in Baden die Genossen Marquardt, Bauer und Fröhling gegen den Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei wegen Veranstaltung eines Schiedsgerichts gemäß § 2, Abs. 2 unsres Organisationsstatuts. Dieses Schiedsgericht, welches am 13. März dieses Jahres in Lörrach stattfand und sich mit dem Ausschluß der Beschwerdeführer befaßte, ist nach Ansicht der Beschwerdeführer gegen die Bestimmungen unsres Statuts zusammengesetzt gewesen.

Die Kontrollkommission erklärte die Beschwerde für berechtigt und sprach die Nichtigkeit jenes Schiedsgerichtsurteils aus. Mit Rücksicht auf die inzwis n in Lörrach eingetretenen Zustände glaubt die Kontrollkommission, den Lörra r Genossen eine Verständigung empfehlen zu dürfen. Die Einberufung des Schi gerichts war in der Tat nicht den Bestimmungen unsres Statuts entsprech . Der Parteivorstand war gar nicht gefragt worden, wie es das Statut verla . Man hatte in Lörrach geglaubt, den häßlichen Zwist beilegen zu können, ohne die großen Partei-Instanzen anzurufen; das wird bestätigt durch Schreiben des Genossen Pfeiffle, in dem zugegeben wird, daß das betreffe Schiedsgericht eine Entscheidung im Sinne des § 2 Absatz 2 unsres Organisati

Digitized by Google

statuts nicht treffen wollte. Man habe aber geglaubt, den lokalen Streit auch auf einen lokalen Herd beschränken zu können. Der Genosse Pfeiffle bittet, diesen Sachverhalt den Genossen zur Kenntnis zu bringen. Der Landesvorstand konnte daher den Ausschluß aus der Partei nicht aussprechen. Da dieser Irrtum dem Landesvorstand untergelaufen war, mußte die Entscheidung der Kontrollkommission so wie mitgeteilt ausfallen.

Weiter beschäftigte sich die Kontrollkommission mit dem Fall des Genossen Max Oppenheim in Bockenheim bei Frankfurt a. M. Dieser wandte sich an uns mit dem Ersuchen, eine Modifikation des Urteils des Parteischiedsgerichts vom 7. September d. J. in seiner Angelegenheit vorzunehmen. Die von Oppenheim zu den Akten des Parteiarchivs gegebene Erklärung war für die Kontrollkommission genügend, um seine Angelegenheit als damit erledigt zu betrachten. Weiter hat sich Frau Gubela-Berlin beschwerdeführend gegen die Vertrauensleute an die Kontrollkommission gewandt, weil sie durch den Beschluß der Vertrauensleute in ihrer Tätigkeit beschränkt sei; sie ersucht die Kontrollkommission um Aufhebung des Beschlusses. Die Kontrollkommission war aber der Meinung daß ihre Kompetenz nicht so weit gehe. Aus der Partei ist Frau Gubela nicht ausgeschlossen, ob die Berliner aber ihre weitere Tätigkeit als wünschenswert erachten, das muß ihnen selbst überlassen werden. Frau Gubela ist schriftlich dahin beschieden worden. Einem Gesuch von Marek in Zabrze um Zuwendung einer Unterstützung aus der Parteikasse konnte die Kontrollkommission nicht zustimmen. Der Parteivorstand hat den Genossen wiederholt und reichlich unterstützt, allerdings ist auch jetzt noch Not vorhanden, aber wir können es nicht verantworten, wenn der Genosse fortlaufend unterstützt wird. Der letzte Fall, der uns beschäftigte, betrifft den Fall des Genossen Geck kontra badischen Landesvorstand. Er hat seine Erledigung gefunden, ohne daß die Kontrollkommission gesprochen hat. Wir haben nur den Wunsch, daß beide Teile jetzt befriedigt sein mögen und hoffen, daß dann in dem gemütlichen Ländle bessere und gemütliche Verhältnisse Platz greifen werden.

Das ist mein Bericht. Ich habe schließlich noch im Namen der Kontrollkommission zu beantragen, daß Sie dem gesamten Parteivorstand für seine Tätigkeit Decharge erteilen mögen. (Bravo!)

Gerisch nimmt zur Ergänzung seines Berichts nochmals das Wort: Genosse Meister hat das in Düsseldorf tätig gewesene Schiedsgericht kritisiert, und zwar in der ihm eignen drastischen Weise, die ich ihm persönlich nicht im geringsten übel nehme. Aber als Vorsitzender des Schiedsgerichts fühle ich mich doch verpflichtet, das Gericht in Schutz zu nehmen. Genosse Meister sagte, das Gericht habe nicht die Courage gehabt, Windhoff auszuschließen. Das trifft nicht zu. Das Schiedsgericht ging davon aus, daß unter den in Düsseldorf obwaltenden Verhältnissen ein Urteil, das irgend welchen Wert haben sollte, einstimmig gefaßt sein müßte und daß ein mit einer Mehrheit von 4 gegen 3 Stimmen gefaßter Beschluß für Düsseldorf absolut wertlos sei. Dazu kommt, daß der als Hauptschuldiger erklärte Genosse Windhoff jahrelang unser fleißigster und tüchtigster Genosse in Düsseldorf gewesen ist. Das war ein überaus großer [illegible]ilderungsgrund. Wer übrigens den Genossen Windhoff aus früheren Partei[illegible]gen kennt, wird den Eindruck gewonnen haben, daß er im höchsten Grade [illegible]matisch und rechthaberisch ist. Sein Glaube, stets allein Recht zu haben und [illegible]n einer gefaßten Meinung allen Einwirkungen gegenüber nie abzugehen, ist [illegible]radezu krankhaft. Das Schiedsgericht, das einstimmig sein Urteil abgegeben [illegible]t, bestand aus lauter alten Genossen, die schon den Mut gefunden hätten, die [illegible]ltigen Konsequenzen zu ziehen, wenn sie den Ausschluß Windhoffs für nötig [illegible]halten hätten. Aber wir haben uns gesagt, wie wir in der bürgerlichen [illegible]rechtspflege gegen die Todesstrafe sind, so wollen wir es auch Windhoff

Digitized by Google

gegenüber noch einmal versuchen. Auch mit dem Ausschluß eines Genossen ist durchaus noch nicht alles erledigt, das beweisen die Dinge, wie sie jetzt in Düsseldorf weiter gehen.

Also aus gründlichster Kenntnis der Verhältnisse heraus ist das Schiedsgericht dazu gekommen, zwar mit äußerster Schärfe zu verurteilen, aber den Ausschluß nicht auszusprechen.

Der Vorsitzende Dietz schlägt vor, die Diskussion nach folgenden Punkten zu ordnen: 1. Agitation. 2. Presse. 3. Tagesordnung des nächsten Parteitags. (Zustimmung.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Becker-Dortmund: Am Vorstandsbericht habe ich nichts auszusetzen. Ich will nur die Verhältnisse im Ruhrgebiete besprechen. Seit die Reichstagswahlen vorüber sind, hat die Agitation in einem Teile Westfalens fast vollständig brach gelegen. Viele fähige Kräfte werden durch die Bergarbeiterbewegung absorbiert. Haben wir einen tüchtigen Genossen ausgebildet, so kommt der Bergarbeiterverband und nimmt ihn uns weg. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, einen besoldeten Agitator für das westliche Westfalen anzustellen. Unser Kampf gegen das blaue und schwarze Pfaffentum ist schwer, besonders gegen die katholische Kirche mit ihren zahllosen Organisationen. Ihnen haben wir nichts Aehnliches entgegenzusetzen. Und doch handelt es sich hier um ein weites und außerordentlich günstiges Gebiet. Wir können im Sauerland Wurzel fassen, wir können in den Fusangelschen Wahlkreis eindringen. So viel Arbeiter sind dort vorhanden, die nach Aufklärung verlangen. Wir können sie ihnen nicht geben, weil Zeit und Personen fehlen. Wenn der Parteitag uns entgegenkommt können wir einen aussichtsvollen Weg beschreiten.

Noch etwas habe ich über die Presse zu sagen: Man hat mit Recht in den höchsten Tönen das Lob der Presse gesungen. Aber es haben sich mit der Entwicklung auch gewisse Mißstände herausgestellt. Vor allem eine gewisse Uniformität. Ich habe in meiner Mappe zwei Dutzend Blätter, die an ein und demselben Tage ein und denselben Leitartikel gebracht haben. (Heiterkeit. Rufe: Wann und was war es?) Es handelte sich um die Lassallefeier. Da sollte man doch meinen, daß jedes Blatt etwas Gutes und Selbständiges von eignen Gesichtspunkten zu sagen hätte. Und da wird bei einer solchen Gelegenheit ein und derselbe Artikel aus ein und derselben Fabrik bezogen. (Ruf: War er denn gut?) Selbstverständlich war er gut. (Große Heiterkeit. Rufe: Das ist doch die Hauptsache!) Nein, darauf kommt es hier nicht an. Wir werfen ja immer der Amtsblattpresse vor, daß sie aus einer Quelle gespeist wird. Auch der Dresdener Antrag, der allerdings nicht die nötige Unterstützung gefunden hat, macht auf einen schweren Mißstand aufmerksam. Es muß einmal gründlich gerügt werden, daß Redakteure für andre Blätter schreiben, für das eigne Blatt aber nichts tun und lieber Mitarbeiter bezahlen.

Schulz-Posen: In dem Bericht des Vorstandes haben wir Posener ja schon unsern Denkzettel wegbekommen. Es ist für mich gerade nicht angenehm, das rückständigste Gebiet des Deutschen Reiches hier vertreten zu müssen. Leider glauben verschiedene Genossen, sich dadurch Lorbeeren erwerben zu können, wenn sie sich in unsre örtlichen Verhältnisse einmischen. Dadurch erhält der Streit immer neue Nahrung. Wir verlangen jetzt, daß die polnischen Genossen, anstatt Radau zu machen und das große Wort zu führen, gemeinsam mit uns arbeiten. Bis heute ist leider eine gemeinsame Agitation noch nicht möglich. Würden nicht von außen Töne hineingeworfen, die den einen oder den andren den Kamm schwellen lassen, so wären die Genossen beider Richtungen schon viel weiter. Sehr schwer haben wir unter dem Lokalmangel zu leiden. Die Wirte in Posen, die uns ihre Lokale geben, werden ausgehungert, die Tanzerlaubnis wird ihnen entzogen, sie werden auf Polizeistunde gesetzt, während Kneipen mit Dam-

Digitized by Google

bedienung die halbe Nacht offen haben. Der Wirt, der unser neu eingerichtetes Lokal inne hat, muß um zehn Uhr schließen, vermutlich, damit die Arbeiter sich ausschlafen können, um am nächsten Tage wieder für den Kapitalismus schuften zu können. (Sehr gut!) Trotzdem lassen wir uns nicht beirren. Bis zum 1. Oktober 1906 haben wir uns kontraktlich ein Lokal gesichert und nachher wird der liebe Herrgott schon weiter helfen. Unsre Mitgliederzahl ist zwar jetzt noch klein, aber sie ist in ständigem Wachsen begriffen, und auf die Mitglieder, die wir haben, können wir uns verlassen. Die Organisations- und Agitationsarbeit ist sehr schwer, denn Posen ist das Land der klassischen Armut. Von 120 000 Einwohnern wohnen in Posen 24 000 in Wohnungen von einem Zimmer, in denen mehr als 6 Personen leben. Die Kinderarbeit ist dort sehr verbreitet; dazu kommt das Umsichgreifen des Schnapskonsums in Posen. Unter diesen Umständen ist es natürlich nicht leicht, die Arbeiter aufzuklären. Kein Wunder, daß Posen die höchsten Kriminalitätsziffern aufweist! Die schwarze Garde sucht die Arbeiter zu verdummen, die Arbeitgeber zahlen schamlose Löhne, die Stadt selbst verfällt der größten Armut, da die Reichen aus Posen fortziehen. Wir haben jetzt die 15 Wahlkreise der Provinz Posen in drei Teile geteilt, um die Organisation besser betreiben zu können. Die Genossen, namentlich die von Schönlanke, richten an den Parteitag die Bitte, daß ihnen genügendes Material zur Verfügung gestellt wird, damit sie in der Lage sind, die Arbeiter aus ihrer Stupidität aufzurütteln. Die Presse genügt uns in Posen nicht, wir kommen mit unsrem Breslauer Organ nicht vorwärts. Namentlich, seitdem es keine Unterstützung mehr vom Parteivorstand bekommt, macht es uns mehr Schwierigkeiten als es uns helfen kann. Ich bin dem Parteivorstand dankbar, daß er uns auch in Zukunft unterstützen will. Unberechtigte Forderungen werden wir nicht stellen. Leider hat man Posen früher zu viel bewilligt, weil einzelne Personen es verstanden haben, dem Parteivorstand schöne Bilder vorzugaukeln. Das hat dazu beigetragen, daß die Lodderwirtschaft in Posen zunahm. Wir werden tüchtig weiter arbeiten und hoffen, mit Unterstützung des Parteivorstandes und der übrigen Genossen in Deutschland Fortschritte zu machen.

Ulenbaum-Elberfeld: Der Vorschlag des Vorstandes auf Anstellung von Parteisekretären macht unsren Antrag überflüssig. Wir freuen uns, daß sein Widerstand gegen diesen Gedanken jetzt gebrochen ist. Bedenklich erscheint es mir, schon jetzt eine Gehaltsskala für die Parteisekretäre festzustellen. Das kann den einzelnen Landesteilen überlassen bleiben. Pfannkuch meint, wir sollten nicht immer bekannte Reichstagsabgeordnete als Redner verlangen. Aber wenn wir die indifferenten Massen aufrütteln wollen, müssen wir Redner haben, deren Namen einen guten Klang besitzen. Unsre Fraktion ist doch jetzt 80 Mann stark geworden. Da muß es leichter als früher sein, Abgeordnete als Redner zu schicken, oder es muß etwas faul im Staate Dänemark sein. Man freut sich ja, wenn man auf den Parteitagen die alten Kämpen in voller Frische wiedersieht. Da sollte man meinen, sie sollten auch ein paar Wochen für die allgemeine Agitation übrig haben. Das muß sich bei irgendwie gutem Willen ermöglichen lassen. Jedenfalls sollte der Vorstand etwas Feuer dahinter machen. Unser niederrheinischer Agitationsbezirk hatte jetzt den Genossen Baudert zu einer ...gitationstour, für deren zweiten Teil nicht weniger als 33 Versammlungen ...lant waren, festgemacht. Sie ersehen daraus, welches Bedürfnis vorhanden ... Mittlerweile kommt die Nachricht, daß Baudert nicht kommen könne, weil ...nzwischen einen Redakteurposten in der Erfurter „Tribüne" übernommen hat. ... Ersatz wird Genosse Hoffmann geschickt, den wir ja akzeptieren.

Es ist ja sehr schön, daß von den Partei-Unternehmungen Ueberschüsse ...elt werden; aber ich halte es für verkehrt, daß die Partei-Buchhandlungen ... Ueberschüsse abwerfen. So hat die Vorwärts-Buchhandlung einen Ueber... von 35 000 Mk. erzielt. Man sollte mehr Wert auf die Ausgabe von

Digitized by Google

billigen Agitationsbroschüren legen. Sie scheint sich aber ein Muster an der Münchener Partei-Buchhandlung zu nehmen, indem sie den Preis für Agitationsbroschüren in die Höhe setzt. So kostet Bernsteins Agitationsbroschüre über Lassalle 50 Pf. und die Broschüre über den Prozeß in Saarbrücken 50 Pf. Solche Broschüren, die zur Massenverbreitung bestimmt sind, sollten so billig als möglich verkauft werden, sonst dringen sie nicht ins Volk ein. Ich bitte hierin um Remedur.

Wicky-Mülhausen: Ich muß bemängeln, daß der Vorstand bei der Aufführung unsrer Erfolge bei den Kommunalwahlen Mülhausen im Elsaß nicht erwähnt hat, obwohl es die einzige Stadt, wo wir die Mehrheit haben, die durch die Nachwahl noch verstärkt worden ist. Die Kontrolleure werfen uns vor, daß wir ihre Anordnungen nicht beachtet hätten. Wie liegt es aber in Wirklichkeit? Wir hatten ein Schiedsgericht gegen 2, 3 Genossen beantragt, aber kein Schiedsgericht gegen Emmel. Das Schiedsgericht beschloß den Ausschluß der zwei Genossen. Nachher kommt von der Kontrollkommission der Bescheid, daß Emmel seine Ehrenämter niederlegen solle und wir ihm keine neuen anvertrauen dürfen. Wie kommt die Kontrollkommission dazu, ohne vorher die Sache zu prüfen, auf die Anschuldigung eines gemeinen Denunzianten, eines politischen Gauners hin (Unruhe), der mit den Mitteln der Gegner arbeitet, einen solchen Bescheid zu fällen. Sie konnten ja ein Schiedsgericht gegen Emmel beantragen. Nun spricht Meister von weiterem Material. Weshalb ist uns dieses weitere Material nicht zur Verfügung gestellt worden? Auf bloße Anschuldigungen hin darf man doch nicht einen Parteigenossen verurteilen; er muß sich vorher äußern dürfen. Ich bitte Sie, die Resolution, die sich gegen die Mülhausener Genossen richtet, nicht anzunehmen. Die Kontrollkommission hätte einen andern Weg einschlagen können, dann wären wir einverstanden gewesen. Aber sie hat uns kein Wort gesagt, sondern über den Kopf der Organisation hinweg Beschlüsse gefaßt. Wir haben nicht das Recht, mit der Ehre eines Genossen, der jahrelang in der Partei steht, auf die Anschuldigungen einer einzelnen Person hin, zu spielen. Jede Gelegenheit, sich über diese Anschuldigungen auszusprechen, hat ihm gefehlt. In dem Schiedsgericht, das eingesetzt war, um den Ausschluß gegen die beiden Genossen zu prüfen, ist nicht über Emmel verhandelt worden. Jetzt geschieh ihm Unrecht.

Sindermann-Dresden begründet den Antrag 9. Nur durch eine schlagfertige Organisation können die großen Erfolge des 16. Juni hochgehalten und neue Erfolge errungen werden. Deshalb soll man jedes Mittel ergreifen, um die Organisation auszubauen. Ein solches Mittel ist zweifellos die Pflege der Statistik. Bei uns in Sachsen haben wir schon seit vielen Jahren eine solche Statistik, wie wir sie beantragen, es ist nicht allzuschwer, sie aufzustellen. Der Parteivorstand braucht sich zu diesem Zweck gar nicht an jeden einzelnen Wahlkreis zu wenden, sondern die verschiedenen Provinzial-Agitationskomitees werden ihm das Material zur Verfügung stellen. In Sachsen sind die Organisationen durch die Pflege der Statistik angespornt, und was für Sachsen möglich ist, wird auch für das übrige Deutschland möglich sein. Es entsteht durch die Pflege der Statistik und durch die Veröffentlichung derselben ein energischer Wettbewerb unter den Genossen der einzelnen Wahlkreise im Ausbau der Organisation und in der Erhöhung des Abonnentenstandes für unsre Parteipresse. Deshalb empfehle ich unsern Antrag zur Annahme.

Vetters-Gießen: Es gibt bei uns noch große Arbeitermassen, die der Aufklärung bedürfen. Von uns aus konnte diese Arbeit in der Weise, wie es notwendig ist, bisher nicht durchgeführt werden. Es ist deshalb erfreulich, daß der Parteivorstand sich bereit erklärt hat, nach dieser Richtung hin das Nötige zu tun. Verschiedene Anträge wünschen die Herausgabe weiterer Broschüren. Nach meiner Meinung verfügen wir über genug Material; dagegen wäre es nötig, alljährlich einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Reichstags-Fraktion

Digitized by Google

herauszugeben. Zum Schluß möchte ich den Parteivorstand noch fragen, wie es sich mit der Entlassung eines lange im „Vorwärts“ beschäftigten Buchdruckers verhielt. Die Kreisblätter unsrer Gegner sind aus Anlaß dieses Falles gegen unsre Partei vorgegangen. Ich will durch meine Anfrage der Geschäftsleitung des „Vorwärts“ Gelegenheit geben, den Fall klarzustellen. Namentlich möchte ich wissen, ob es nicht möglich gewesen wäre, diesen lange Jahre im „Vorwärts“ tätigen Mann anderweitig zu beschäftigen.

Wolf-Bochum: Wenn es richtig wäre, daß das Verlangen nach einem Reichstagsabgeordneten als Referenten ein Armutszeugnis bedeutet, so würde auch Berlin sich ein Armutszeugnis ausstellen, denn die Berliner beanspruchen, wie ein Blick in den „Vorwärts“ zeigt, nicht nur für öffentliche, sondern auch für Wahlvereins- und Gewerkschaftsversammlungen häufig Reichstagsabgeordnete. Die Genossen im Lande fordern die Abgeordneten nicht ihretwegen, sondern um die indifferenten Massen heranzuziehen. Wie die Dinge einmal liegen, verspricht man sich draußen im Lande von einem Reichstagsabgeordneten oder, um ein Wort Auers zu gebrauchen, von einem Paradepferd eine große Zugkraft. Man kann es also den zurückgebliebenen Gegenden nicht übel nehmen, wenn sie Reichstagsabgeordnete verlangen. Wir wollen ja, wie ich einmal auf einer Konferenz sagte, die Abgeordneten nicht als Paradepferde, sondern als „Zugochsen“. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bin nicht derjenige, der glaubt, daß es jetzt, wo unsre Fraktion so stark ist, leichter ist, Abgeordnete als Referenten zu bekommen. Ich weiß sehr wohl, daß unsre Abgeordneten auch noch ihrem Beruf nachgehen müssen, aber man soll es nicht immer so darstellen, als ob nur von den zurückgebliebenen Gegenden Abgeordnete gefordert werden. Was nun den Antrag 28 anbelangt, so sind wir seit Jahren in Erwägungen darüber getreten, ob wir für unsern Kreis nicht einen Beamten fest anstellen können, denn wir brauchen im Kohlenrevier eigentlich für jeden einzelnen Kreis einen Beamten und wir hoffen, daß wir bald in der Lage sein werden, aus eignen Mitteln einen Beamten zu besolden; wir wenden uns damit nicht an die Gesamtpartei. Ist aber die Gesamtpartei bereit, uns durch Anstellung eines Provinzial-Agitationsleiters zu Hilfe zu kommen, dann würden wir das dankbar akzeptieren.

Die Verhandlungen werden wegen Eintritts der Mittagspause vertagt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung, indem er die aus dem Auslande erschienenen Genossen Franz Schuhmeier, Winarski, Remec und Popp aus Oesterreich und Askew aus London herzlich willkommen heißt.

Schuhmeier-Wien dankt für die Begrüßung: Wir sind erschienen, um Ihnen namens der österreichischen Genossen Gruß und Handschlag zu entbieten. Wenn wir in Oesterreich auch verschiedene Sprachen reden, so sind wir doch eines [illegible]nes und Herzens in der Sache, und diese ist es, die uns auch mit Ihnen bindet. Wir verfolgen die Entwicklung unsrer deutschen Bruderpartei mit haftem Interesse. Besonders im letzten Jahrzehnt sind Sie sehr erstarkt und ben mit Ihrer Entwicklung bewiesen, wie falsch es ist, zu sagen: so war es mer, und so wird es bleiben. Mit Ihnen sind aber auch wir in Oesterreich ein gutes Stück vorwärts gekommen. Wir haben die deutsche Sozialdemokratie immer als Kriegsschule des Proletariats betrachtet, und so wollen wir auch mal von Ihnen lernen und dann das Erlernte für uns ausnützen. Und man irgendwo zu lernen bestrebt sein muß, dann in Oesterreich, wo

Digitized by Google

politische und wirtschaftliche Zustände herrschen, wie kaum in einem andren Lande Europas. Gegenwärtig ist das Regiment in Oesterreich ja etwas lockerer. Daraus dürfen Sie aber keinen weitergehenden Schluß ziehen. In Oesterreich gelten nicht Gesetze, sondern Personen. Was wir heute haben, kann uns morgen schon genommen sein. Bei uns herrscht der Absolutismus jetzt mit besonderer Schlamperei. (Heiterkeit.) Wir sind auf einer Stufe angelangt, wo unser ganzes politisches Leben zu versumpfen droht. Nur eine Partei hat bei uns immer ihr Programm hochgehalten: die internationale Sozialdemokratie. Unsre bürgerlichen Parteien haben keine Progamme. Sie sind der Spielball von Personen, mit denen sie eventuell auch ihre „Gesinnung" wechseln. Mit diesen kommen sie herunter. Personen zählen bei uns nicht, die Sache steht oben an. Noch ein paar Worte im Auftrage der österreichischen Reichsrats-Fraktion. Wir haben ja nur ein Scheinparlament in Oesterreich. Wir haben nur ein Parlament, so lange es der Regierung den Willen tut. Mit Neid sehen wir oft auf Ihr Parlament (Heiterkeit. — Bebel ruft: Da sind Sie aber bescheiden!). Ja, denn Sie haben wenigstens die Möglichkeit zu arbeiten, und die haben wir nicht.

Ob wir in Oesterreich überhaupt wieder zu parlamentarischem Leben kommen werden, ist sehr fraglich. Gegen eine Forderung wie das allgemeine geheime und direkte Wahlrecht, daß die Zeit mit schreiender Notwendigkeit erheischt, sträubt man sich mehr und mehr. Es scheint, als ob wir heute von der Regelung dieser Frage entfernter sind als je. Unser Bürgertum fürchtet, seine Sitze im Parlament zu verlieren und die Regierung ist überhaupt bei uns nicht gewöhnt, vorwärts zu schreiten. So kommen wir in Oesterreich absolut nicht vom Fleck. Bei uns strebt nicht alles zueinander, sondern auseinander. Ich will schließen mit dem Wunsche: Viel Glück zur Arbeit, die wir wahrlich alle zusammen verrichten im Namen der Freiheit für die Arbeiterschaft und für das gesamte Volk. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Askew-London überbringt die Grüße der Social Democratic Federation.

Zunächst erstattet nunmehr den Bericht der **Mandatsprüfungs-Kommission Frau Zietz-Hamburg.**

Auf Grund der Mandate, die uns zugegangen, und der Anmeldungen, die uns geworden sind, stelle ich fest, daß 279 Besucher des Parteitages hier weilen, darunter als Gäste: Genossin Popp-Wien, Nemec-Prag und Askew-London. Es sind 225 Delegierte mit 258 Mandaten anwesend; 59 Abgeordnete, von denen 5 außerdem ein Mandat besitzen und von denen 5 weitere auch als Funktionäre der Partei anwesend sind. Außer diesen Funktionären der Partei, die gleichzeitig Abgeordnete sind, sind noch 7 anwesend, entweder in ihrer Eigenschaft als Partei-Vorstandsmitglieder, als Kontrolleure oder als Vertreter der Presse oder von Parteigeschäften.

Ferner sind unter den Delegierten 15 Frauen, und zwar Genossin Popp aus Wien als Gast, Genossin Zetkin in ihrer Eigenschaft als Kontrolleurin, und ferner 13 Genossinnen mit Mandaten. Ich habe, namens der Mandatsprüfungs-Kommission zu beantragen, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. (Bravo!) Allerdings ist uns ein Protest zugegangen aus dem neunten badischen Reichstags-Wahlkreise gegen das Mandat des Genossen Fendrich. Er stützt sich darauf, daß in der Wahlkreis-Konferenz dieses Kreises zum ordentlichen Delegierten Genosse Horst-Durlach ernannt worden sei, daß dann aber außerdem dem Genossen Fendrich ein Mandat ausgestellt worden sei in dieser selben Wahlkreis-Konferenz, weil Genosse Fendrich um das Mandat nachgesucht und versprochen habe, es unentgeltlich auszuüben. Die Parteigenossen erklären in demselben Protest das Mandat für ein sogenanntes Gefälligkeitsmandat. Sie führen aus, daß die Ausstellung eines solchen Mandats die Würde des Parteitags herabsetze. (Sehr richtig!) Ein solches Verfahren würde dazu führen, daß

Digitized by Google

nossen, welche Geld genug zur Verfügung haben, um auf eigne Kosten zum Parteitag zu gehen, Gelegenheit gegeben werde, einfach ein Mandat kaufen zu können. (Sehr richtig!) Die Mandate zum Parteitag würden so ihren Charakter als Vertrauensaufträge verlieren. Diese Begründung des Protestes ist der Kommission schriftlich zugegangen. Eine weitere mündliche Anfechtung dieses Mandats stützt sich darauf, daß Genosse Fendrich gar nicht organisierter Parteigenosse sei. Auf unsre Anfrage hat Genosse Fendrich erklärt, er sei seit März-April d. J. wieder organisiert; inzwischen habe er allerdings $1^1/_2$ Jahre keiner Organisation zugehört und er entschuldigt das damit, daß er damals abseits von der großen Heerstraße in einem kleinen Orte gewohnt und deshalb seine Parteimitgliedschaft nicht aufrecht erhalten habe. (Lachen.) Auf eine Erkundigung beim Landesvertrauensmann ist ein Bescheid noch nicht eingelaufen. Bevor das geschieht, können wir das Mandat unter keinen Umständen für ungültig erklären. Das Mandat ist ordnungsgemäß in der Kreiskonferenz ausgestellt. Wir sind allerdings in der Kommission einstimmig der Meinung gewesen, daß die Protestler Recht damit haben, daß auf diese Weise zustande gekommene Mandate nicht den Ausdruck des Vertrauens involvieren. (Sehr richtig!) Wir geben deshalb dem Parteitag anheim, bei der Beratung des Organisationsstatuts einen Passus ins Statut zu bringen, der derartige Ausstellungen von Gefälligkeitsmandaten unmöglich macht. Zurzeit haben wir eine solche Bestimmung im Statut nicht. Es ist auch noch nicht erwiesen, daß Fendrich zurzeit der Ausstellung des Mandats nicht Parteigenosse war, obgleich es einen eigenartigen Eindruck macht, wenn jemand kurz vor den Wahlen zum Parteitag erst wieder Mitglied der Partei wird und dann gleich ein Ehrenrecht der Partei ausüben will. (Sehr richtig!) Aus rein formellen Gründen aber beantragen wir, auch dieses Mandat für gültig zu erklären, es sei denn, daß der Bericht vom Landesvertrauensmann besagt: „Fendrich ist nicht organisiert".

Eichhorn-Pforzheim: Unser Organisationsstatut gibt uns keine Handhabe, das Mandat von Fendrich für ungültig zu erklären, wenn man nicht von dem geschriebenen Buchstaben absehen und den Geist gelten lassen will. Zweifellos will es der Geist des Statuts nicht, daß solche Gefälligkeitsmandate zustande kommen, daß ein Genosse, dem etwas daran liegt, mal auf den Parteitag zu erscheinen, auf diese Weise ein Mandat erhält. Wollten wir nach dem Geist des Statuts verfahren, dann müßten wir das Mandat für ungültig erklären. Ich weiß nicht, wie die Genossen darüber denken und bin schon vollständig zufrieden, wenn die Debatte dahin führt, daß für die Zukunft im Organisationsstatut Fürsorge getroffen wird, daß solche Gefälligkeitsmandate nicht mehr ausgestellt werden können. Es muß das Niveau des Parteitages herabdrücken, wenn die Delegierten sich auf eigne Kosten von Kreisen hierher entsenden lassen, die sonst keinen oder andre Delegierten schicken würden. (Sehr richtig!) Das ist nicht die Art, wie wir den Parteitag zusammengesetzt zu sehen wünschen.

Darüber, ob Fendrich im Augenblick der Ausstellung des Mandats organisiert gewesen ist, ist noch keine Auskunft erteilt. Unser Statut gibt uns ja auch keine Handhabe zum Eingreifen, denn hiernach ist jeder, der die Partei dauernd unterstützt, Parteigenosse. Ich weiß aber, daß in Mainz diese Bestimmung dahin deklariert ist, daß diejenigen, die nicht durch zwingende Gründe gehalten sind, sich zu organisieren — und solche Gründe liegen bei Fendrich nicht vor — selbstverständlich organisiert sein müssen. (Zustimmung.) Aus diesem Grunde waren die Genossen in Pforzheim der Meinung, das Mandat für ungültig zu erklären, da Fendrich zurzeit seiner Wahl nicht organisiert gewesen sein soll. Vielleicht empfiehlt es sich, die Beschlußfassung so lange auszusetzen, bis eine Antwort auf die Frage der Organisationszugehörigkeit eingegangen ist.

Fendrich-Freiburg: Es widerstrebt mir natürlich, in eigner Sache zu sprechen, deshalb nur wenige Worte. Eichhorn, der die Situation so genau

Digitized by Google

politische und wirtschaftliche Zustände herrschen, wie kaum in einem andren Lande Europas. Gegenwärtig ist das Regiment in Oesterreich ja etwas lockerer. Daraus dürfen Sie aber keinen weitergehenden Schluß ziehen. In Oesterreich gelten nicht Gesetze, sondern Personen. Was wir heute haben, kann uns morgen schon genommen sein. Bei uns herrscht der Absolutismus jetzt mit besonderer Schlamperei. (Heiterkeit.) Wir sind auf einer Stufe angelangt, wo unser ganzes politisches Leben zu versumpfen droht. Nur eine Partei hat bei uns immer ihr Programm hochgehalten: die internationale Sozialdemokratie. Unsre bürgerlichen Parteien haben keine Progamme. Sie sind der Spielball von Personen, mit denen sie eventuell auch ihre „Gesinnung" wechseln. Mit diesen kommen sie herunter. Personen zählen bei uns nicht, die Sache steht oben an. Noch ein paar Worte im Auftrage der österreichischen Reichsrats-Fraktion. Wir haben ja nur ein Scheinparlament in Oesterreich. Wir haben nur ein Parlament, so lange es der Regierung den Willen tut. Mit Neid sehen wir oft auf Ihr Parlament (Heiterkeit. — Bebel ruft: Da sind Sie aber bescheiden!). Ja, denn Sie haben wenigstens die Möglichkeit zu arbeiten, und die haben wir nicht.

Ob wir in Oesterreich überhaupt wieder zu parlamentarischem Leben kommen werden, ist sehr fraglich. Gegen eine Forderung wie das allgemeine geheime und direkte Wahlrecht, daß die Zeit mit schreiender Notwendigkeit erheischt, sträubt man sich mehr und mehr. Es scheint, als ob wir heute von der Regelung dieser Frage entfernter sind als je. Unser Bürgertum fürchtet, seine Sitze im Parlament zu verlieren und die Regierung ist überhaupt bei uns nicht gewöhnt, vorwärts zu schreiten. So kommen wir in Oesterreich absolut nicht vom Fleck. Bei uns strebt nicht alles zueinander, sondern auseinander. Ich will schließen mit dem Wunsche: Viel Glück zur Arbeit, die wir wahrlich alle zusammen verrichten im Namen der Freiheit für die Arbeiterschaft und für das gesamte Volk. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Askew-London** überbringt die Grüße der Social Democratic Federation.

Zunächst erstattet nunmehr den Bericht der **Mandatsprüfungs-Kommission Frau Zietz-Hamburg.**

Auf Grund der Mandate, die uns zugegangen, und der Anmeldungen, die uns geworden sind, stelle ich fest, daß 279 Besucher des Parteitages hier weilen, darunter als Gäste: Genossin Popp-Wien, Nemec-Prag und Askew-London. Es sind 225 Delegierte mit 258 Mandaten anwesend; 59 Abgeordnete, von denen 5 außerdem ein Mandat besitzen und von denen 5 weitere auch als Funktionäre der Partei anwesend sind. Außer diesen Funktionären der Partei, die gleichzeitig Abgeordnete sind, sind noch 7 anwesend, entweder in ihrer Eigenschaft als Partei-Vorstandsmitglieder, als Kontrolleure oder als Vertreter der Presse oder von Parteigeschäften.

Ferner sind unter den Delegierten 15 Frauen, und zwar Genossin Popp aus Wien als Gast, Genossin Zetkin in ihrer Eigenschaft als Kontrolleurin, und ferner 13 Genossinnen mit Mandaten. Ich habe, namens der Mandatsprüfungs-Kommission zu beantragen, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. (Bravo!) Allerdings ist uns ein Protest zugegangen aus dem neunten badischen Reichstags-Wahlkreise gegen das Mandat des Genossen Fendrich. Er stützt sich darauf, daß in der Wahlkreis-Konferenz dieses Kreises zum ordentlichen Delegierten Genosse Horst-Durlach ernannt worden sei, daß dann aber außerdem dem Genossen Fendrich ein Mandat ausgestellt worden sei in dieser selben Wahlkreis-Konferenz, weil Genosse Fendrich um das Mandat nachgesucht und versprochen habe, es unentgeltlich auszuüben. Die Parteigenossen erklären in demselben Protest das Mandat für ein sogenanntes Gefälligkeitsmandat. Sie führen aus, daß die Ausstellung eines solchen Mandats die Würde des Parteitags herabsetze. (Sehr richtig!) Ein solches Verfahren würde dazu führen, daß

Digitized by Google

nossen, welche Geld genug zur Verfügung haben, um auf eigne Kosten zum Parteitag zu gehen, Gelegenheit gegeben werde, einfach ein Mandat kaufen zu können. (Sehr richtig!) Die Mandate zum Parteitag würden so ihren Charakter als Vertrauensaufträge verlieren. Diese Begründung des Protestes ist der Kommission schriftlich zugegangen. Eine weitere mündliche Anfechtung dieses Mandats stützt sich darauf, daß Genosse Fendrich gar nicht organisierter Parteigenosse sei. Auf unsre Anfrage hat Genosse Fendrich erklärt, er sei seit März-April d. J. wieder organisiert; inzwischen habe er allerdings $1^1/_2$ Jahre keiner Organisation zugehört und er entschuldigt das damit, daß er damals abseits von der großen Heerstraße in einem kleinen Orte gewohnt und deshalb seine Parteimitgliedschaft nicht aufrecht erhalten habe. (Lachen.) Auf eine Erkundigung beim Landesvertrauensmann ist ein Bescheid noch nicht eingelaufen. Bevor das geschieht, können wir das Mandat unter keinen Umständen für ungültig erklären. Das Mandat ist ordnungsgemäß in der Kreiskonferenz ausgestellt. Wir sind allerdings in der Kommission einstimmig der Meinung gewesen, daß die Protestler Recht damit haben, daß auf diese Weise zustande gekommene Mandate nicht den Ausdruck des Vertrauens involvieren. (Sehr richtig!) Wir geben deshalb dem Parteitag anheim, bei der Beratung des Organisationsstatuts einen Passus ins Statut zu bringen, der derartige Ausstellungen von Gefälligkeitsmandaten unmöglich macht. Zurzeit haben wir eine solche Bestimmung im Statut nicht. Es ist auch noch nicht erwiesen, daß Fendrich zurzeit der Ausstellung des Mandats nicht Parteigenosse war, obgleich es einen eigenartigen Eindruck macht, wenn jemand kurz vor den Wahlen zum Parteitag erst wieder Mitglied der Partei wird und dann gleich ein Ehrenrecht der Partei ausüben will. (Sehr richtig!) Aus rein formellen Gründen aber beantragen wir, auch dieses Mandat für gültig zu erklären, es sei denn, daß der Bericht vom Landesvertrauensmann besagt: „Fendrich ist nicht organisiert".

Eichhorn-Pforzheim: Unser Organisationsstatut gibt uns keine Handhabe, das Mandat von Fendrich für ungültig zu erklären, wenn man nicht von dem geschriebenen Buchstaben absehen und den Geist gelten lassen will. Zweifellos will es der Geist des Statuts nicht, daß solche Gefälligkeitsmandate zustande kommen, daß ein Genosse, dem etwas daran liegt, mal auf den Parteitag zu erscheinen, auf diese Weise ein Mandat erhält. Wollten wir nach dem Geist des Statuts verfahren, dann müßten wir das Mandat für ungültig erklären. Ich weiß nicht, wie die Genossen darüber denken und bin schon vollständig zufrieden, wenn die Debatte dahin führt, daß für die Zukunft im Organisationsstatut Fürsorge getroffen wird, daß solche Gefälligkeitsmandate nicht mehr ausgestellt werden können. Es muß das Niveau des Parteitages herabdrücken, wenn die Delegierten sich auf eigne Kosten von Kreisen hierher entsenden lassen, die sonst keinen oder andre Delegierten schicken würden. (Sehr richtig!) Das ist nicht die Art, wie wir den Parteitag zusammengesetzt zu sehen wünschen.

Darüber, ob Fendrich im Augenblick der Ausstellung des Mandats organisiert gewesen ist, ist noch keine Auskunft erteilt. Unser Statut gibt uns ja auch keine Handhabe zum Eingreifen, denn hiernach ist jeder, der die Partei dauernd unterstützt, Parteigenosse. Ich weiß aber, daß in Mainz diese Bestimmung dahin deklariert ist, daß diejenigen, die nicht durch zwingende Gründe gehalten sind, sich zu organisieren — und solche Gründe liegen bei Fendrich nicht vor — selbstverständlich organisiert sein müssen. (Zustimmung.) Aus diesem Grunde waren die Genossen in Pforzheim der Meinung, das Mandat für ungültig zu erklären, da Fendrich zurzeit seiner Wahl nicht organisiert gewesen sein soll. Vielleicht empfiehlt es sich, die Beschlußfassung so lange auszusetzen, bis eine Antwort auf die Frage der Organisationszugehörigkeit eingegangen ist.

Fendrich-Freiburg: Es widerstrebt mir natürlich, in eigner Sache zu sprechen, deshalb nur wenige Worte. Eichhorn, der die Situation so genau

Digitized by Google

kennt, wie keiner, hätte manches sagen können, um die Sache in objektivem Lichte erscheinen zu lassen. Ich bin jetzt 15 Jahre in der Partei tätig und ich meine, wenn ein Genosse etwa anderthalb Jahre nicht organisiert ist, so muß das doch seine ganz besonderen Gründe haben. Ich war zwei Jahre schwer krank, dreiviertel Jahr lag ich fast tagtäglich zu Bett in einem weltfremden Orte, nicht einmal in einem Dorfe, oben im Schwarzwald, wo man keine Verbindung hat. Die Aerzte hatten mich aufgegeben. In dieser Lage kann man doch wohl vergessen, einmal die Beitragsmarken zu kleben. In diesem Frühjahr, als ich halbwegs wieder gesund war, zog ich nach Freiburg und hatte mich hier selbstverständlich organisiert. Ich bin seit dem 1. April in Freiburg organisiert. In einem Gefälligkeitsmandat erblicke auch ich eine Gefahr. Aber erstens trifft es gar nicht zu, daß mein Wahlkreis nicht in der Lage war, eine Vertretung aus eignen Mitteln zu schaffen. Zweitens gehöre ich nicht zu denen, die aus Ueberfluß an Geldmitteln nach Bremen reisen. Die Sache liegt doch so: Ich habe den Genossen in Durlach ganz ehrlich geschrieben: ich habe mich auf das Feuilleton zurückgezogen. Es liegt in Bremen eine Anzahl Anträge auf Herausgabe einer Jugendzeitschrift vor. Das ist eine Sache, die mir sehr am Herzen liegt. Wollt Ihr mir die Möglichkeit geben, für mich zu wirken, dann gebt mir ein Mandat. Ich zahle die Kosten. Die Genossen in Durlach haben darin keine Gefahr gewittert und mir das Mandat gegeben. An Ihnen ist es zu entscheiden, ob das eine des Parteitages unwürdige Art der Ausübung eines Mandats wäre. Nicht aus eignen Interessen, sondern um Parteiinteressen willen bin ich hierhergekommen, um in einer Spezialfrage, von der ich etwas verstehe, mitzureden.

Schöpflin beantragt, die Gültigkeitserklärung des Mandats des Genossen Fendrich so lange auszusetzen, bis die Antwort vorliegt, ob Fendrich einer Organisation angehört.

Vorsitzender **Dietz** glaubt, daß die getrennte Abstimmung über alle übrigen Mandate und das Fendrichsche Mandat den Schöpflinschen Antrag überflüssig machen würde.

Eichhorn-Pforzheim hält es für richtiger, über den Schöpflinschen Antrag abzustimmen, da ja eine sofortige Ungültigkeitserklärung des Fendrichschen Mandats nicht beabsichtigt sei. Vorsitzender **Dietz** erklärt, nach diesem Abstimmungsmodus verfahren zu wollen.

Damit schließt die Diskussion.

In ihrem Schlußwort hebt Frau **Zietz** hervor, daß es für Fendrich, auch wenn er krank gewesen sei, Ehrenpflicht hätte sein sollen, der Parteiorganisation treu zu bleiben. (Zustimmung.) Es geht unmöglich an, daß jemand, der so lange seine Pflichten gegen die Partei vernachlässigt hat, kurz vor der Delegiertenwahl sich wieder aufnehmen läßt. (Zustimmung.) Fendrichs Gesundheitszustand verbot ihm, an den Parteiversammlungen teilzunehmen, aber er erlaubte ihm, auf dem Parteitage zu erscheinen. Uebrigens stand seiner Wahl in der Wahlkreiskonferenz eine starke Opposition gegenüber: er wurde mit 14 gegen 11 Stimmen gewählt. (Hört, hört!) Ich hatte den Auftrag, zu beantragen, sämtliche Mandate für gültig zu erklären aus formalen Gründen auch das Fendrichsche Mandat, falls es sich ergeben sollte, daß er organisiert ist. Daraus ergibt sich von selbst, daß die Abstimmung über die Gültigkeit des Fendrichschen Mandats so lange ausgesetzt werden muß, bis die Auskunft des Landesvorstandes vorliegt.

Der Parteitag beschließt, alle Mandate für gültig zu erklären mit Ausnahme des Mandates von Fendrich, das an die Kommission zurückverwiesen wird.

Die Versammlung tritt in die Tagesordnung ein und setzt die Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes und der Kontrollkommission fort.

Digitized by Google

Böhle-Straßburg: Ich bin durch die Darlegungen des Genossen Wicky gezwungen, auf den Fall Emmel zurückzukommen. Den Schiedsgerichtsverhandlungen habe ich als Zeuge beigewohnt und kann bezeugen, daß Emmel vollständig vom Kläger zum Angeklagten wurde. Jeder andre hätte, nachdem das Schiedsgericht ausdrücklich ausgesprochen hatte, daß er klagbar gegen Weßbecher usw. vorgehen müsse, und nachdem die Kontrollkommission sich diesem Urteil angeschlossen hatte, seine Aemter niedergelegt. Das war Emmel der Partei schuldig, und dadurch, daß er es unterließ, hat er die Partei geschädigt. Die Vorwürfe treffen weniger die Mülhauser Genossen als die leitenden Personen in Mülhausen, diese sind allein schuld daran, daß es so weit gekommen ist. Ich bitte, die Resolution der Kontrollkommission anzunehmen; ich bin überzeugt, daß die Mülhauser Genossen sich diesem Beschluß fügen werden.

Dönnecke-Mühlhausen hält eine rege Agitation auf dem Lande für notwendig. Die Frage der Referenten spielt eine große Rolle. Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß von Zeit zu Zeit auch Abgeordnete Referate übernehmen. Denn die einheimischen Genossen werden allmählich in ihrem Bezirk zu bekannt. Ich bin der letzte, der leugnet, daß unsre Abgeordneten viel zu tun haben. Aber es wird immer angeführt, daß es früher viel leichter war, einen Abgeordneten als Referenten zu bekommen, als jetzt. Das deutet darauf hin, daß sich in dieser Beziehung unter den Abgeordneten eine Art Berufskrankheit ausbildet, jeden Wunsch, Referate in ländlichen Kreisen abzuhalten, abzulehnen. Ich spreche nicht von allen Abgeordneten, aber einige Abgeordnete haben so viel Zeit zu theoretischen Arbeiten, daß ein Teil dieser Zeit wohl besser zu praktischen Arbeiten verwendet werden könnte. Die Annahme des Antrages 20 halte ich für unbedingt notwendig. Meines Erachtens sollte jeder Abgeordnete einmal eine Agitationstour auf dem Lande unternehmen. Wenn dann jeder Abgeordnete nur zehn Vorträge hält, so macht das bei 78 Abgeordneten schon 780 Vorträge. Eine solche Agitation würde sicher von Nutzen sein.

Thöne-Kassel bringt eine Beschwerde gegen den Vorstand vor. Wir hatten in unserm Parteiblatt die Namen der Firmen veröffentlicht, die nicht bei uns inserieren, und aufgefordert, bei diesen Firmen nicht zu kaufen. Diese Aufforderung erklärte der Vorstand im „Vorwärts" für unzulässig und nannte sie einen groben Unfug (Sehr richtig!), ja, die Partei schädigend. (Sehr gut!) Natürlich griffen dies die bürgerlichen Blätter sofort gegen uns auf. Ein Teil der betreffenden Firmen stellte Strafantrag gegen unser Parteiblatt wegen Erpressung und erzielte wirklich die Verurteilung des Redakteurs zu 3 Monaten Gefängnis. Ich meine, es wäre nützlicher gewesen, wenn der Vorstand seine Erklärung nicht öffentlich erlassen und dadurch die Firmen, die Strafantrag stellen wollten, dazu ermutigt hätte, sondern wenn er zunächst an den Redakteur persönlich geschrieben hätte. Hoffentlich wird so etwas nicht wieder vorkommen.

Hoffmann-Bielefeld: Der Fall Schweckendiek ist weniger persönlicher als prinzipieller Natur. Zu der Entscheidung der Kontrollkommission hatte die Bielefelder Parteigenossenschaft noch nicht Stellung genommen, sonst würde wohl schon heute die Berufung an den Parteitag vorliegen. Die Bielefelder Genossen sind keine Kannibalen, die gegen einen alten Mann wüten. Sie fühlen auch menschlich und hatten auch einen guten Grund, als sie den Ausschlußantrag gestellt haben. In dem Urteil der Kontrollkommission ist ein Irrtum enthalten. In Bielefeld haben wir eine Zwangsinnung, der jede Firma angehören muß. Das wußte auch Schweckendiek. Er wußte, daß auch die Firma, bei der er arbeitete, zu der Zwangsinnung gehörte, gegen die vorgegangen werden sollte. Ganz entschieden muß ich mich gegen die theoretischen Ausführungen der Kontrollkommission über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei wenden. Es wird so dargestellt, als wenn sich die Gewerkschaften so zur Partei verhalten müssen, wie die Partei zu den Gewerkschaften. Ich will die Neutralitätsfrage

Digitized by Google

hier nicht anschneiden, aber soviel steht fest: die Partei verlangt mit vollem Recht, daß ihre Mitglieder gewerkschaftlich organisiert sind, aber man darf nicht umgekehrt von den Gewerkschaften verlangen, daß sie allen ihren Mitgliedern die Pflicht auferlegen, einer sozialdemokratischen Organisation anzugehören. Gewiß wird in den Gewerkschaften das Klassenbewußtsein gepflegt, aber sie können nicht von dem nationalsozialen und dem konservativen Arbeiter, der als Novize zu ihnen kommt, verlangen, daß er sozialdemokratisch organisiert sei. Die Partei muß darauf halten, daß der Streikbruch unter allen Umständen als ehrlose Handlung gilt. Noch einmal: nur die sachliche Seite ist in der ganzen Angelegenheit für uns entscheidend. In Bielefeld besteht das allerbeste Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Stets sind sie Hand in Hand in der dunkelsten Ecke, wenigstens des evangelischen Deutschlands, tätig gewesen. Dieses gute Verhältnis sollte nicht gestört werden. Wir sind nicht gesonnen, auch nur den kleinsten Teil der Schuld auf uns zu nehmen, wenn aus einer falschen Entscheidung irgend welche Unannehmlichkeiten folgen.

Leber-Jena: Ich will nicht in Klagelieder darüber einstimmen, daß Reichstagsabgeordnete es abgelehnt haben, in Versammlungen zu referieren. Wenn die Versammlungen genügend vorbereitet sind, dann werden wir Erfolge aufzuweisen haben, auch wenn kein Abgeordneter spricht. Nun ist es ja recht erfreulich, daß der Genosse Gerisch das günstige Resultat von unsrer Parteipresse berichten konnte, aber es gibt noch große Gebiete in Deutschland, wo eine eigne Presse not tut und dazu gehören wir Genossen in Sachsen-Weimar. Für uns in Sachsen-Weimar ist ein eignes Organ nötig. Die Erfurter „Tribüne" kann unsre speziellen Interessen nicht so vertreten, wie es nötig ist. Was die Anstellung von Beamten betrifft, so sollten einmal die Gewerkschaftsbeamten sich mehr als bisher der Partei widmen und zweitens sollten da, wo es möglich ist, Parteisekretäre angestellt werden.

Berten-Düsseldorf: Nach den Ausführungen des Referenten könnte es scheinen, als beständen in Düsseldorf zwei Parteiorganisationen, die sich bekämpfen. Das ist nicht der Fall. Wir haben eine feste Organisation, die für uns maßgebend ist, die Windhoff allerdings bekämpfte, weil er auf andre Weise seinen Ehrgeiz leichter zu befriedigen hoffte. Wir haben nicht nur mit dem Zentrum, sondern auch mit Gegnern aus unsern eignen Kreisen zu kämpfen. Wenn Sie uns in diesem Kampfe moralisch unterstützen, so werden wir auch mit dieser Gesellschaft fertig werden.

Habicht-Limburg: In den nassauischen Kreisen sowie in allen ländlichen Kreisen wird der aktuelle russisch-japanische Krieg und die ebenso aktuelle Schulfrage bei unsrer Agitation zu wenig behandelt. Es fehlt uns an geeignetem Material. Hier könnten kleine Broschüren sehr wirksam und klärend wirken. Die Anstellung eines Parteibeamten begrüße ich. Natürlich müßten die Beamten die Bevölkerung über alle aktuellen Fragen aufklären und namentlich den ländlichen Arbeitern über alles Auskunft geben können. Sehr wichtig ist die Frage der Neuregelung der Wahlkreiseinteilung. Diese Frage bedeutet für uns ein gutes Agitationsmittel, und wir dürfen dieses Mittel nicht aus der Hand geben aus Furcht, daß uns das allgemeine Wahlrecht entrissen werden könne. Ich bitte, daß diese Frage mehr in den Vordergrund gerückt wird. Das Gleiche gilt von der Schulfrage.

Wicky-Mülhausen: Wie gegen den Genossen Emmel in Mülhausen vorgegangen ist, beweist die Behauptung, daß er der Partei 30 000 M. unterschlagen habe, eine Behauptung, deren Unsinnigkeit auf der Hand liegt. Es ist darauf hingewiesen worden, daß Genosse Bebel gegen Emmel verschiedene Anschuldigungen erhoben habe und es hat sich herausgestellt, daß Genosse Bebel angelogen worden war. Zu denen, die diese Anschuldigung erhoben hatten, gehörte auch Böhle. Die Untersuchungskommission hat sich

an ihn gewendet, aber keine Antwort erhalten. Ob Böhle zu feige war, oder ob er die Kommission nicht für würdig erachtete, lasse ich dahingestellt. Genosse Böhle holt sich sein Mandat auch auf Umwegen. Er ist nicht in seinem Wahlkreise aufgestellt und bezahlt sein Mandat selbst. Wollen Sie unsre Erfolge nicht abschwächen und die Genossen in Mülhausen nicht entmutigen, dann bitte ich Sie dringend, jeden Beschluß in der Mülhauser Angelegenheit auszusetzen, bis die Sache Emmel vor Gericht entschieden ist. Soviel Gerechtigkeit muß man einem Genossen geben.

Zetkin-Stuttgart: In Sachen Schweckendieks hat sich die Kontrollkommission auf das vorliegende reiche Material gestützt. In dem Urteil der Schiedsrichter, die 6 Bielefelder Genossen waren, und gegen deren Kompetenz kein Einspruch erfolgt ist, heißt es ausdrücklich, daß der Meister des Genossen Schweckendiek dem Unternehmerring nicht angehört (Hört! hört!); außerdem habe der Unternehmer bedauert, daß die Streikleitung nicht mit einer Anfrage an ihn herangetreten sei (Zuruf: Das stimmt nicht!); er sei bereit gewesen, sofort die Forderungen zu bewilligen. Ich kann Ihnen nur vortragen, was uns als offiziell beglaubigtes Material vorgelegen hat. Unter diesen Umständen erscheint uns das rigorose Vorgehen gegen Schweckendiek als eine unbegründete Härte, ja als eine gewisse Leichtfertigkeit gegenüber dem Gewerkschaftsinteresse selbst. Jede Gewerkschaft hat doch ein wesentliches Interesse daran, daß die Zahl der Ausgesperrten so klein wie möglich sei, damit sie weniger Unterstützung zu zahlen hat. Gegen die grundsätzliche Auffassung von der Neutralität der Gewerkschaftsbewegung haben wir mit unserm Beschluß nicht zu verstoßen gemeint. Wir wollten nur dem Ausdruck geben, daß unsrer Ansicht nach eine innere unzerreißbare Einheit und damit eine gewisse Gegenseitigkeit der Verpflichtungen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisation besteht. Wenn auch die Gewerkschaften als politisch neutrale Organisationen formal nicht in der Lage sind, irgendwie in politischen Kampfesfragen eine Entscheidung zu treffen, so können sie doch in jenen Fällen, wo Mitglieder, die zugleich politisch organisiert sind, sich schwerer Verfehlungen, ehrloser Handlungen im politischen Klassenkampfe schuldig machen, einen gewissen moralischen Einfluß geltend machen, um denselben die Verwerflichkeit ihrer Handlungen auf dem andren Kampfgebiete zum Bewußtsein zu führen. Wir haben der Einheitlichkeit von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung als gleichwertiger Kampfesbewegungen des klassenbewußten Proletariats dadurch Ausdruck gegeben, daß wir mit allem Nachdruck aufs neue betonten, daß der mit Bewußtsein geübte Streikbruch als ehrlose Handlung gebrandmarkt und beurteilt werden muß. Also über die Schärfe und Bestimmtheit dieses Standpunktes kann kein Zweifel obwalten.

In der Mülhauser Angelegenheit hat es der Kontrollkommission durchaus ferngelegen, einer der beiden Parteien, Weßbecher oder Emmel, ohne gewissenhafte Prüfung Gefolgschaft zu leisten. Sie hat sich bei ihrer Entscheidung keineswegs ausschließlich auf die Anschuldigungen Weßbechers gestützt. Es hat ihr vielmehr reiches Tatsachenmaterial vorgelegen, das sich seit langen Jahren im Partei-Archiv angehäuft hat. Bei der Bewertung dieses Materials haben all [illegible] Vorgänge, die sich vor dem bürgerlichen Gericht abgespielt haben, nur die [illegible]ntung von Einzelerscheinungen. Abgesehen von dem, was sich als juristisch [illegible]n weisbar ergibt, liegen doch eine ganze Reihe bedeutsamer moralischer [illegible]ondérabilien vor. In deren Erörterung jetzt einzutreten, solange die Verhandlungen vor Gericht noch nicht zu Ende geführt sind, müssen wir als unklug [illegible]klweisen. Wenn aber Wicky gemeint hat, der Parteitag dürfe, solange kein [illegible]ültiger Beschluß in der Angelegenheit selbst gefaßt ist, die Resolution der [illegible]Kontrollkommission nicht annehmen, so hat er übersehen, daß es sich um eine [illegible]Ablehnung der unerhörten Herausforderung, der beispiellosen Disziplinlosig[illegible]keit der Mülhausener Genossen handelt und nicht um die Angelegenheit

Emmel überhaupt. Ich hoffe, daß Sie der Resolution einstimmig zustimmen werden. Es wäre das erste Mal, daß ein solcher Fall von Disziplinbruch ungerügt bliebe. (Lebhafter Beifall.)

Eilers-Bielefeld verbreitet sich über den Bielefelder Fall. Der Genosse Schweckendiek ist zwar jetzt 63 Jahre alt, aber so rüstig, daß er es mit jedem hier im Saale aufnimmt. Er lehnte es wiederholt ab, die Arbeit einzustellen. Darauf erst schritt man gegen ihn ein. Es lag gar keine Ursache vor, gegenüber diesem Manne unsre Grundsätze zu ignorieren. Man kann nicht sagen, daß man allgemein gegenüber Leuten von 63 Jahren nachsichtig sein müsse; das kommt ganz auf den einzelnen Mann an. Es ist Schweckendiek vom Schiedsgericht anheim gegeben worden, sich zu organisieren. Wir haben für ein solches Mitglied, das immer nur auf seinen Vorteil bedacht war, gedankt und die Aufnahme abgelehnt. Auf den Schützenfesten spielte er eine große Rolle; in den Parteiversammlungen schimpfte er aber darüber, daß die Arbeiter auf die Schützenfeste liefen. (Heiterkeit.) Wir haben jahrelang durch diesen Genossen Schwierigkeiten gehabt. Solche Leute können wir nicht gebrauchen.

Hoffmann-Bielefeld protestiert dagegen, daß über die Resolution abgestimmt werden soll. Gegen die Entscheidung der Kontrollkommission hat Bielefeld ja noch gar keine Berufung eingelegt. Bielefeld hat daher auch das Material über den Fall nicht vorgelegt. So lange die Berufung nicht eingelegt ist, darf über die Resolution nicht abgestimmt werden. Ich bleibe dabei, daß die von der Kontrollkommission angeführten Tatsachen falsch sind. Was das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei anlangt, so ist die Partei der engere Kreis. Es können sehr wohl in den Gewerkschaften Personen sein, die der Partei nicht angehören. Die Kontrollkommission erklärt, Streikbruch ist eine ehrlose Handlung, aber trotzdem muß von Fall zu Fall entschieden werden. Aber eben diese nachfolgende Einschränkung hebt die vorhergehende Erklärung wieder auf. Das wäre ja auch noch schöner, wenn die Kommission den Streikbruch als eine ehrliche Handlung erklärt hätte. Die Resolution ist übrigens so miserabel stilisiert, daß daraus deutlich hervorgeht, wie haltlos der Standpunkt der Kommission ist.

Vorsitzender **Dietz** teilt mit, daß die Delegierten **Arons** und **Stadthagen** beantragen, den Fall Schweckendiek durch Vorlegung der Resolution der Kontrollkommission für **erledigt zu erklären**, da Berufung nicht eingelegt ist. Die Folge dieses Antrages würde sein, daß über die Resolution nicht abgestimmt wird. (Zustimmung der Antragsteller.)

Der Antrag wird **genügend unterstützt**.

Böhle-Straßburg: Genosse Dreesbach als Vorsitzender des Schiedsgerichts wird bestätigen, daß das, was ich gesagt habe, Wort für Wort zutrifft. Die Art, wie Wicky gegen mich polemisiert hat, muß ich als ganz ungehörig zurückweisen. Wie kommt Wicky dazu, zu sagen, ich reise im Lande umher, um mir Mandate zu holen? Auf die Vorgänge in Mülhausen will ich nicht eingehen. Würde ich alles schildern, was Emmel vorgeworfen wurde, so würden Sie sagen: wie ist es nur möglich, daß in einem Parteiorte ein solcher Genosse noch Vertrauensämter beibehalten kann.

Dreesbach: Ich kann die Erklärung abgeben, daß die gesamten Schiedsrichter die moralische Qualifikation des Genossen Weßbecher nicht im mindesten als unantastbar betrachteten. Das geht daraus hervor, daß wir uns mit dem Ausschluß Weßbechers und eines anderen Genossen, Nußbaumer, einverstanden erklärten. Tatsache ist aber doch, daß gegen Emmel ehrenrührige Vorwürfe erhoben waren, die kein Genosse auf sich sitzen lassen darf, und zwar nicht nur von Weßbecher. Drei Monate lang hatte in der Presse ein Kampf um Emmel getobt, in dem Emmel von verschiedenen Seiten der ehrenrührigsten Dinge beschuldigt wurde; Emmel und seine Freunde antworteten darauf, indem sie

Angreifer wieder beschimpften, aber ohne etwas zu widerlegen. Deshalb waren wir der Ansicht, daß Emmel Klage erheben müsse. In zwei Instanzen erkannte darauf das Gericht, daß für den Vorwurf des Betruges der Beweis erbracht sei. Ich meine, darauf hätten die Mülhausener Genossen Emmel sofort klar machen müssen, daß er von seinen Aemtern zurückzutreten habe. Das geschah nicht; und wenn später die Mülhausener Genossen aufgefordert wurden, ihn nicht wiederzuwählen, so geschah das im Interesse der Partei. Wenn wir nun zu dem Antrage auf Ausschluß Weßbechers Ja gesagt haben, so geschah das, weil wir uns sagten: sind die Beschuldigungen nicht wahr, so ist Weßbecher ein Verleumder; sind sie aber wahr, dann ist bewiesen, daß Weßbecher jahrelang Tatsachen verschwiegen hat, obwohl er sie kannte. Erst als er sich mit Emmel entzweit hatte, trat er gegen ihn auf.

Er hat also nicht im Interesse der Partei gehandelt, sondern nur, um seine Rachgier zu befriedigen.

Vortmann-Metz: Es liegt mir fern, die Angelegenheit Emmel hier zu untersuchen. Es liegt nicht im Interesse der Partei, wenn die Sache öffentlich weiter breigetreten wird. Wir haben wichtigere Dinge zu erledigen.

Die Diskussion ist damit erschöpft. Das Schlußwort nimmt

Pfannkuch-Berlin und wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Genossen Thöne-Kassel. Die fragliche Notiz, die ich im Falle Garbe geschrieben habe, hat einiges Aufsehen erregt. Daß sie den Anlaß für die Staatsanwaltschaft gab, gegen das „Kasseler Volksblatt" einzuschreiten, ist sehr unwahrscheinlich. Trotz unsrer Warnungen aber hat das „Kasseler Volksblatt" die fragliche Annonze nun erst recht aufgenommen. Vielleicht hat sich der Staatsanwalt gesagt: Wenn das Blatt auf die parteiamtlichen Warnungen keine Rücksicht nimmt, dann müssen wir es ihm noch deutlicher machen. (Heiterkeit.) Leber hat gemeint, daß man in Weimar ein Parteiblatt dringend brauche. Ja, das meinen die Genossen andrer großer Städte auch. An Gründen, die sehr plausibel erscheinen, fehlt es nicht, aber die Prosperität muß doch einigermaßen gesichert sein. Wo die Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung eines Blattes vorhanden waren, hat sich der Parteivorstand noch niemals ablehnend verhalten. Die Genossen müssen natürlich nachweisen, daß genügend Kapital und Kräfte für die Leitung eines Blattes vorhanden sind. Verschiedene Redner haben die Art der Agitation des Vorstandes bemängelt. Insbesondere hat Ullenbaum billigere Broschüren gewünscht. Demgegenüber weise ich auf die Tatsache, daß der Vorstand 20 000 Exemplare der Broschüre über die Zustände in Saarabien den Genossen unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat. (Hört! hört!) Wir sind stets bereit, den Genossen Broschüren im Interesse der Agitation zu Herstellungskosten zu überlassen, wenn entsprechende Anträge an uns gestellt werden. Ueber den Königsberger Prozeß ist eine sehr umfangreiche Broschüre in Vorbereitung, die demnächst erscheint. Schon der Umfang der Broschüre macht es nötig, daß wir einen höheren Preis dafür nehmen. Aber das schließt nicht aus, daß wir Kreisen, die nicht in der Lage sind, sie zu kaufen, dieselbe zur Agitation zur Verfügung stellen. Der Genosse Wolf betonte die [illegible]wendigkeit, Abgeordnete als Referenten zu bekommen. Er zitierte das Wort [illegible]rs von den Paradepferden. Auer hat damit dem Streben entgegentreten [illegible]len, die sozialdemokratischen Versammlungen zu öffentlichen Schaustellungen [illegible]bzuwürdigen. Diesem Streben aber wird Vorschub geleistet, wenn es immer [illegible]t, es muß der oder der Abgeordnete sein, sonst nutzt die Versammlung [illegible]ts. Ich meine, bei der fortschreitenden Entwicklung der Partei sind auch hier in [illegible]er Mitte Genossen, die sich mit der Hoffnung tragen, beim nächsten Wahl[illegible]g in den Reichstag zu kommen; sind diese nun bis dahin minderwertig? [illegible]in bin ich mit den Genossen einverstanden, wenn sie darauf dringen, daß [illegible]e Abgeordneten nicht bloß die großen Städte besuchen, sondern auch die

Digitized by Google

kleineren Orte. Wenn da die Worte, die hier gefallen sind, auf guten Boden gefallen sind, dann ist diese Debatte nicht vergebens gewesen. (Zustimmung.)

Gerisch nimmt das Schlußwort zum Kassenbericht:

Während sonst immer dem Vorstande vorgeworfen wird, daß er zu knapp wirtschafte, hat ihm heute Genosse Schulz-Posen vorgehalten, er habe nach Posen zu reichliche Mittel bewilligt und sei deshalb moralisch mitschuldig an der Lotterwirtschaft in Posen. Aber ist dieser Vorwurf denn wirklich richtig? So schlimm ist es wirklich nicht gewesen. Wir haben immer die Hand auf den Beutel gehalten, und nur das absolut Notwendige ist bewilligt worden. Hätten wir anders gehandelt, würde uns heute der Vorwurf der Knauserei gemacht worden sein. Nach Posen ist weiter nichts als der Monatszuschuß für den Vertrauensmann gegangen, um diesem die Existenz zu ermöglichen. Ferner ist ein Kopfblatt der „Schlesischen Volkswacht" bewilligt worden, dessen Defizit die Partei getragen hat. Posen beweist wieder, daß dem Versuch, von außen her eine Bewegung zu schaffen, der Erfolg versagt bleiben muß. Nach irgendwelcher Schablone lassen sich solche Fälle nicht beurteilen. Auf Grund unsrer Erfahrung bemühen wir uns, die rechte Mitte zu halten.

Meister rekapituliert in seinem Schlußwort nochmals den Verlauf der Affäre Emmel. Milder als die Kontrollkommission gegenüber Emmel vorgegangen ist, konnte unmöglich vorgegangen werden. Ich kann es Ihnen verraten, daß uns sehr viel Material vorlag, und daß in der Kontrollkommission sehr wohl die Ansicht vertreten wurde, daß dies Material durchaus genügte, um Emmel auszuschließen. Diese Ansicht blieb aber in der Minderheit. Was den Stil unsrer Erklärung in der Bielefelder Sache anlangt, so ist das ja Geschmackssache. Ich glaube, daß diese Erklärung vor der Kritik wohl bestehen kann. Zur Sache selbst wiederhole ich, daß unser Urteil sich auf eingehende Prüfung des uns vorliegenden Materials gründete. Wenn die Bielefelder reichhaltiges Material haben, warum haben sie es denn nicht eingeschickt? Wenn die Bielefelder glauben, sie würden mit einer Berufung Erfolg haben, so mögen sie Berufung einlegen. Wir würden uns deswegen durchaus nicht etwa beleidigt fühlen. Wir urteilen nach Recht und Gewissen, aber allen können wir es nicht recht machen. Dazu sind wir auch nicht eingesetzt. (Lebhafter Beifall.)

Schulz-Posen bemerkt persönlich: Es hat mir fern gelegen, dem Parteivorstande den Vorwurf der Verschwendung von Parteimitteln machen zu wollen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß dadurch, daß der Parteivorstand in jeder Weise durch finanzielle Unterstützung die Bewegung in Posen hochzubringen suchte, eine Lotterwirtschaft insofern bei uns eingerissen ist, als die Genossen in Posen auch in Zukunft denken: alles Gute kommt von oben! Sogar die Beschickung von Parteitagen geschah auf Agitationskosten.

Vors. **Dietz**: Sie überschreiten den Rahmen der persönlichen Bemerkung.

Schulz (fortfahrend): Gerisch hat mich also falsch verstanden, wenn er glaubt, ich wollte dem Parteivorstand Vorwürfe machen.

Richard Fischer-Berlin geht als Leiter der Druckerei des „Vorwärts" in einer persönlichen Bemerkung auf den von Vetters in die Debatte gezogenen Fall der Entlassung des Maschinenmeisters Hellmann ein. Ich möchte vorausschick daß es nicht angängig ist, jeden einzelnen Fall, der sich in der „Vorwärt Druckerei abspielt, hier vor dem Parteitag zur Entscheidung zu bringen, sch deshalb nicht, weil die Berliner Druckerei Eigentum der Berliner Genossen, ni das der Gesamtpartei ist. (Sehr richtig!) Unmittelbar nachdem die „Germani den Fall aufgegriffen hatte, erschien im „Vorwärts" eine aktenmäßige Darstellu Die Parteigenossen hatten also Gelegenheit, die Angriffe der bürgerlichen Pr zurückzuweisen. Hellmann war, nachdem er 15 oder 16 Jahre in der Priv buchdruckerei beschäftigt war, die früher den „Vorwärts" druckte, bei uns Obermaschinenmeister für einen vollständig neuen Typ von Maschinen angeb

worden. Nach $1^1/_2$ Jahren sah sich die Leitung der „Vorwärts"-Druckerei genötigt, ihn zu entlassen, weil er seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Wir zögerten, die Maschinen abzunehmen, weil sie nicht dem Vertrage entsprechend funktionierten. Die Fabrik wies uns nach, daß es nicht an den Maschinen, sondern an der ungenügenden Besetzung derselben durch den Obermaschinenmeister lag. Wir haben alles Mögliche versucht, wir haben einen zweiten Maschinenmeister angestellt, der die Maschine sofort sachgemäß zu bedienen verstand, wir haben Hellmann von der größeren an die kleinere Maschine gestellt, dann klappte es an der größeren, aber nicht mehr an der kleineren. Man kann doch nicht so teure Maschinen einem Mann übergeben, von dem man sich überzeugen mußte, daß er sie nicht beherrscht. Wir haben uns dann bemüht, Hellmann andre Stellung an solchen Maschinen, wie er sie früher bediente, zu verschaffen, er hat sie abgelehnt. Es sind noch andre Dinge vorgekommen, so daß wir uns schließlich fragen mußten, ob wir eine weitere Beschäftigung von Hellmann noch verantworten können. Wir haben mit ihm Rücksprache genommen und ihm Zeit gegeben, sich nach einer andern Stelle umzusehen. Schließlich haben wir ihm, so leid uns das auch tat, kündigen müssen. Gegen seine persönlichen Eigenschaften war kein Wort zu sagen, aber er war seiner Aufgabe nicht gewachsen. Daraus irgendwie Kapital gegen die Partei zu schlagen, ist einfach unmöglich. Hätten wir Hellmann für andre Arbeit das hohe Gehalt gegeben, das er früher bezogen hatte, während seine Kollegen an solchen Posten, sogar in leitender Stellung, viel weniger erhalten, so wäre das ein Zustand geworden, der auf die Dauer nicht haltbar ist; und ihm weniger Lohn zu geben, ging erst recht nicht; das habe ich einmal getan, aber nicht wieder; denn dann müßte ich mir den Vorwurf der Lohndrückerei gefallen lassen. Arbeit für die Maschine, die er verstand, hatten wir nicht, sonst hätten wir ihn natürlich daran beschäftigt. Aber auch bei uns muß ebenso, wie in andren Betrieben, jeder, der eine Funktion übernehmen will, seiner Aufgabe gewachsen sein; kann er den Posten, den er übernommen, nicht ausfüllen, dann muß er eben gekündigt werden. (Zustimmung.)

Es wird zur Abstimmung geschritten. Zunächst wird dem Vorstande einstimmig Entlastung erteilt.

Der Antrag 9 wird angenommen, ebenso der Antrag Arons-Stadthagen, nachdem Meister erklärt hat, daß die Kontrollkommission keinen Wert auf die Abstimmung ihrer Resolution lege.

Angenommen wird auch schließlich die Mülhausener Resolution der Kontrollkommission.

Die Debatte wendet sich darauf den Anträgen zu, die sich auf Agitation beziehen: 20, 22 und Antrag Pfannkuch (127): „Sekretäre sind nach Bedürfnis anzustellen. Partei-Orte beziehungsweise Kreise oder die Provinzial-Agitationskomitees haben das Vorschlagsrecht. Der Vorschlag ist für den Parteivorstand, dem das Recht der Anstellung zusteht, nicht bindend. Das Anfangsgehalt der Sekretäre beträgt 2000 M., steigend von 3 zu 3 Jahren um 200 M. Der Parteivorstand ist um einen Sekretär zu vermehren."

Dr. Südekum: Der Antrag Nürnberg will eine Direktive geben, in welcher Weise die Agitation in Zukunft besser zu gestalten sei. Er schlägt vor, eine Agitationskommission für das ganze Reich zu bilden, die eine systematische Agitation zu betreiben hat. Durch den Antrag 127 ist ein großer Teil dessen, was wir wünschen, bereits zugesagt, nur ermöglicht er nicht das, was unser Antrag hauptsächlich bezweckt, nämlich die lebhaftere Fühlung des Parteivorstandes mit den Parteigenossen draußen im Lande. Wenn jetzt im Parteivorstande noch ein Sekretär hinzugefügt wird, so wird es ja möglich sein, daß dieser sich der Agitation mit besonderem Eifer widmet. Aber an dem ganzen System, das bisher geherrscht hat, wird dadurch nichts geändert. Ein Versuch mit einer solchen Agitationskommission könnte doch wenigstens für

Digitized by Google

ein Jahr gemacht werden. Ich glaube, es wird, wenn der Antrag Pfannkuch angenommen wird, ungefähr so werden, wie unser Antrag will. Wenn die Sekretäre nach dem Bedürfnis der einzelnen Landesteile angestellt werden, so wird man auch dazu kommen, sie von Zeit zu Zeit zu Konferenzen zusammen zu berufen, um sich darüber zu vergewissern, welche Agitationsstoffe auszubeuten sind. Wir denken übrigens bei unserem Antrage nicht allein an die sogenannten dunkelsten Teile Deutschlands. Gerade in den Wahlkreisen, die wir bei der letzten Wahl bei einer Wahlbeteiligung unter 50 Proz. neu gewonnen haben, ist eine rege Agitation dringend notwendig; alle diese Kreise sind ohne weiteres als gefährdet zu betrachten. Wir bitten Sie, dem Antrag Nürnberg zuzustimmen.

Klühs-Breslau beantragt zur Geschäftsordnung, die Beratung des Antrages 20 mit der Beratung der zum Punkte „Organisation" gestellten Anträge zu verbinden.

Dieser Antrag wird angenommen.

Nunmehr beantragt Klühs, auch die Anträge 22 und 127 zurückzustellen.

Vorsitzender Dietz: Ich bitte Sie dringend im Interesse der Erfüllung dieser Wünsche, das nicht zu tun. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Diskussion über den Punkt „Organisation" solche Dimensionen annimmt, daß man gezwungen ist, diese ganze Angelegenheit einer Kommission zu überweisen. Diese Kommission bringt vielleicht erst im nächsten Jahre ihre Resultate, während es sich bei dem Antrage Pfannkuch um sofortige Erfüllung eines seit Jahren gehegten Wunsches handelt. Hindern Sie das nicht, sondern nehmen Sie es an. Lehnen Sie den Antrag 22 ab. Besser wäre es noch, er würde von Elberfeld zurückgezogen.

Der Antrag 22 wird zurückgezogen.

Pfannkuch wiederholt zur Begründung des Antrages 127, daß die Steigerung des Gehaltes der Parteisekretäre nicht ins Uneudliche gehen soll. Die Festsetzung der Maximalgrenze wollten wir uns aber für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten, wo wir Erfahrungen gesammelt haben werden.

Vollmar: Ich stehe der Idee des Antrages 127 durchaus sympathisch gegenüber und möchte nur verhüten, daß in einem Punkte ein Mißverständnis entsteht. Es ist in dem Antrage gesagt, daß die Sekretäre vom Parteivorstande ernannt werden, daß ihr Gehalt so und so viel betragen soll ꝛc. Es versteht sich meines Erachtens von selbst, daß es sich dabei nur um die Sekretäre handeln kann, die vom Vorstande angestellt und bezahlt werden. Wir haben aber eine ganze Reihe von Sekretären, die von lokalen oder Bezirksorganisationen angestellt sind und auf die der Antrag 127 selbstverständlich keine Anwendung finden kann. (Zwischenruf Pfannkuch: Vollständig einverstanden!) Das wollte ich nur feststellen, da der Wortlaut des Antrages eine andre Deutung zulassen würde.

Hoffmann-Hamburg meint, man könne sehr wohl jetzt schon eine Maximalgrenze etwa von 3000 M. festsetzen. Es steht dem Parteitage dann ja immer noch frei, diesen Beschluß in einem späteren Jahre abzuändern.

Der Antrag Pfannkuch (127) wird einstimmig angenommen.

Der Parteitag geht über zu dem Punkt: „Presse".

Die hierzu noch eingegangenen Anträge 124 und 125 werden nicht genügend unterstützt, während Antrag 126 und 148 (Zusätze zu Antrag 38) die nötige Unterstützung finden.

Es stehen demnach zur Diskussion die Anträge 28, 29, 32, 33, 35—37, 105, 126 und 148.

Jentsch-Berlin begründet den Antrag 32. Die „Neue Welt" hat in ihren Illustrationen eine gewisse Einseitigkeit. Alle Errungenschaften auf wissenschaftlichem und technischem Gebiete werden vollständig übergangen, obgleich

Digitized by Google

für das Proletariat von höchstem Interesse sind. Ebenso wie in der „Neuen Welt" vor Augen geführt wird, was auf dem Gebiete der Plastik und der Malerei geleistet wird, ebenso ist es auch möglich, die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften zur Kenntnis des Proletariats zu bringen, so daß es einigermaßen auf dem Laufenden bleibt. Nehmen Sie daher unsern Antrag an, oder überweisen Sie ihn dem Parteivorstande zur Berücksichtigung. Schließlich möchte ich den Vorstand bitten, zu erwägen, ob nicht die „Neue Welt" in der „Vorwärts"-Druckerei hergestellt werden kann.

Zubeil vertritt den Antrag 29. Der Gedanke ist nicht neu. Es sind schon ähnliche Versuche gemacht worden. Wir betonen immer, daß die Zukunft gehört, wem die Jugend gehört, trotzdem haben wir heute nicht ein einziges Werk in unsrer Literatur, welches erzieherisch auf unsre Jugend einwirken kann. Heut ist dieselbe ausschließlich in die Hände der Eltern gelegt, ohne daß dieselben ein Hilfsmittel besitzen, die Jugend zu der neuen Weltanschauung zu erziehen. Gewiß ist die Aufgabe schwierig, aber wir müssen trotzdem trachten, sie mit der Zeit zu lösen. Das Kapital, das wir für den guten Zweck aufwenden, wird sich reichlich verzinsen. Was den Druck der „Neuen Welt" anbelangt, so ist es durchaus begreiflich, daß die Berliner den Wunsch haben, daß die „Neue Welt", wenigstens soweit es sich um die Auflage des „Vorwärts" handelt, in der „Vorwärts"-Druckerei hergestellt wird. Der jetzige Zustand wird immer unerträglicher. Sobald eine Sonntagsnummer einmal stärker verlangt wird, müssen die Berliner, um die „Neue Welt" liefern zu können, immer erst in Hamburg nachbestellen. Das dauert 3, 4, 5 Tage. Es ist notwendig, daß hier eine Aenderung eintritt.

Bérard-Hamburg: Ich bin in der angenehmen Lage, mit dem Antrage Berlin IV mich einverstanden erklären zu können. Auch ich meine, daß mehr für Illustrationen in der „Neuen Welt" geschehen muß. Nun werden Sie sagen: Ja, warum sorgen Sie denn nicht dafür? Nun, in unsren Betrieben hat der Verleger bekanntlich nichts zu sagen, der Redakteur alles. Deshalb ist es mir angenehm, daß dieser Antrag erfolgt ist. Ich wünsche nur, daß der Redakteur der „Neuen Welt" sich diesen Antrag als Fingerzeig dienen läßt. Das Beste ist es, den Antrag Berlin IV. dem Vorstande zur Berücksichtigung und mit dem Ersuchen zu überweisen, recht bald an die Frage heranzugehen. Es ist weiter der Wunsch ausgesprochen, daß die „Neue Welt" den technischen Errungenschaften folgen und sie besprechen soll. Wenn wir so die Aufgaben des Blattes erweitern, kann es nicht mehr als Beilage für politische Zeitungen gelten und für einen so billigen Preis abgegeben werden. Der Wunsch Berlins, die „Neue Welt" entweder in der ganzen oder doch in der Berliner Auflage zu drucken, ist ja begreiflich. Berlin hat jetzt eine eigne Druckerei und ist in solchem Umfang eingerichtet, daß der Wunsch besteht, viele Druckarbeiten zu erhalten und sie auch andern wegzunehmen. Auch bei uns muß man aber mit Anstand konkurrieren. Auf früheren Parteitagen haben wir uns lange darüber unterhalten, ob Hamburg sich zum Druck der „Neuen Welt" eine besondere Maschine anschaffen soll. Ich habe mich lange dagegen gesträubt, denn eine solche Maschine kostet ein großes Stück Geld und kann zu nichts Andrem gebraucht werden. Erst als der Vorstand zu mir sagte: „Wenn Sie die Maschine nicht kaufen, dann wird die „Neue Welt" in Berlin gedruckt," entschloß ich mich zur Anschaffung der Maschine. Geht der Druck der „Neuen Welt" nach Berlin, dann muß sich Berlin sofort eine solche Maschine anschaffen oder unsre Maschine übernehmen. Bei dieser Uebernahme werden sich angesichts der großen Auflage viele technische Schwierigkeiten einstellen, so daß mindestens 4 Wochen lang keine „Neue Welt" erscheinen könnte. Es ist richtig, daß Berlin jetzt den dritten Teil der Auflage besitzt. Es ist ungehalten über die hohen Frachtkosten, die es tragen muß. Aber diese Frachtkosten würden bei dem Druck in Berlin auf Hamburg

Digitized by Google

fallen, und so wäre an dem finanziellen Ergebnisse für die Gesamtpartei nichts geändert. Zubeil hat mit besonderem Nachdruck betont, es handele sich jetzt in Berlin um ein eignes Parteigeschäft. Ja, das Hamburger Geschäft ist doch auch unser eignes Geschäft. Es ist viel älter, als das Berliner (Heiterkeit) und hat der Partei großen Nutzen gebracht. (Sehr richtig!) In die Lage, in der jetzt der „Vorwärts" ist, würde beim Druck in Berlin das „Echo" kommen, dessen Auflage auch unausgesetzt steigt und dann Nachlieferungen der „Neuen Welt" erforderlich machen würde. Auf einem Parteitage kann die ganze Angelegenheit nicht erledigt werden. Sie muß sehr genau besprochen und sollte deshalb dem Vorstande zur Erwägung überwiesen werden.

Vorsitzender **Dietz** stellt nachträglich noch den Antrag 105 mit zur Debatte.

Bühler erhebt Widerspruch, daß Fendrich das Wort erteilt werde, bevor über sein Mandat endgültig entschieden sei.

Vorsitzender **Dietz**: Es ist überall Sitte, so lange ein Mandat nicht für ungültig erklärt worden ist, seinen Inhaber zur Abstimmung und zur Rede zuzulassen. (Zustimmung.)

Fendrich-Freiburg: Die Hauptfrage scheint zu sein: Wollen wir eine Zeitschrift, die sich nur an die Jugend wendet oder eine Familienzeitschrift, die dem Unterhaltungsbedürfnisse der Genossen mehr als bisher entgegenkommt. Aus rein praktischen Gründen muß man zu dem Schlusse kommen, daß für eine Familienzeitschrift, wenn auch nicht in ausreichendem Maße, bereits gesorgt ist. Was uns fehlt, ist eine Jugendzeitschrift. Bröck hat in seinem Artikel in der Parteitagsnummer der „Neuen Zeit" durchaus das Richtige getroffen, wenn er sich dagegen wendet, daß eine solche Jugendzeitschrift gewissermaßen eine Agitationsschrift, für unsre Jugend sei. Eine derartige Zeitschrift wäre von vornherein zum Tode verurteilt; denn sie würde nicht gelesen werden, namentlich nicht von denen, für die sie geschrieben ist. Von der Kommissionsberatung bitte ich entschieden Abstand zu nehmen; denn dadurch würde die Schwierigkeit nur noch vergrößert. Eine solche Zeitschrift braucht mehr einen geeigneten Verleger und einen geeigneten Redakteur. Sobald sich diese zwei zusammenfinden, ist jede Kommissionsarbeit überflüssig. Ich will Ihre Geduld, ja zum Teil Ungeduld, nicht lange in Anspruch nehmen, sondern vielmehr bitten, dem Antrage der Genossen in Durlach, der ja den Gedanken einer Jugendzeitschrift am entschiedensten zum Ausdruck bringt, zuzustimmen.

Dr. **Liebknecht-Berlin**: Einige Worte zur Begründung des Antrags 105. Man wird gegen den Antrag einwenden: Wozu ist eine derartige Agitation notwendig? — Der Kampf gegen den Militarismus ist doch in unserm allgemeinen Kampf gegen den Kapitalismus einbegriffen und wird schon seit jeher aufs schärfste geführt! Und wer nicht außerhalb der Kaserne Sozialdemokrat geworden ist, wird es sicher in der Kaserne; der Militarismus ist der beste Agitator gegen den Militarismus! — Aber ich sehe nicht ein, weshalb wir nicht die besondere Art der Agitation unter der proletarischen Jugend, die ja nebenher schon betrieben wird, spezialisieren sollen, gerade deswegen, weil der Militarismus unser schlimmster Feind ist, und weil der Kampf gegen ihn nicht besser geführt werden kann als durch fortgesetzte Vermehrung der Sozialdemokraten unter den Soldaten. Natürlich nicht, während sie Soldaten sind. Aber wenn sie Sozialdemokraten sind, bevor sie Soldaten werden, stehts um unsre Sache am besten. Die bedeutendsten Vertreter unsrer Partei sind ja überzeugt, daß der Militarismus in sich zermorschen müsse, bevor der Sieg unsrer Ideen gelingen könne.

Da wir nicht in der Lage sind, wie in andern Ländern in der Kaserne Agitation zu treiben, muß die Agitation in die Zeit verlegt werden, wo die Gesetze sie nicht verhindern. Natürlich ist eine solche spezialisierte Agitation gewissem Sinne gefährlich; es sind überall kriminelle Fußangeln ausgelegt. Ab es genügt, unter der proletarischen Jugend systematisch unsre Ideen zu prop

Digitized by Google

gieren, unter ganz besonderer Hervorhebung des Charakters des Militarismus; die sozialdemokratischen Rekruten wissen, wie sie sich beim Militär zu verhalten haben. Der Militarismus stellt die höchste Konzentration der brutalen Gewalt des Kapitalismus dar. Die Armee wird aber auch viel in wirtschaftlichen Kämpfen mißbraucht, um Streikbrecherdienste zu leisten. Ich erinnere nur an den Eisenbahnerstreik in Ungarn. Ich weiß sehr wohl, daß es eine große Gefahr wäre, wollten wir die Rekruten zum Widerstand auffordern, das würde dazu führen, daß ungezählte Jahre Zuchthaus und Gefängnis verhängt würden. Wohl aber müssen wir dafür sorgen, daß, wenn es einmal zu heftigen Zusammenstößen zwischen der gegenwärtigen Staatsgewalt und dem organisierten Proletariat kommt, sich die Staatsgewalt nicht mehr so stark fühlt, wie gegenwärtig, wo sie sicher ist, daß ihr die blindlings gehorchende Armee auch zu Ungesetzlichkeiten zur Verfügung steht. Ich weiß, daß unser Antrag insofern in Deutschland nicht den günstigen Boden hat, wie in andern Ländern, weil uns ein Glied in der Kette der Organisation noch fehlt, nämlich das Glied der sozialdemokratischen Jugendorganisation. Aber wenn wir den Antrag annehmen, so wird das auch für Deutschland nicht fruchtlos sein. Es würde eine spezielle Aufgabe der Gewerkschaften werden, denen ja viele junge Leute angehören, auf sie einzuwirken. Der Zweck des Antrages ist, einen Impuls zu geben zur Verschärfung und Systematisierung eines besonders wichtigen Zweiges der Agitation, der Jugendagitation gegen das Hauptbollwerk des Kapitalismus, gegen den Militarismus.

Ein Antrag W. Fischer will sämtliche zu diesem Punkte gestellten Anträge dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen.

Richard Fischer-Berlin: Wenn Sie den Antrag 105 dem Parteivorstande zur Erwägung überweisen, so stellen Sie ihm eine Aufgabe, die er einfach nicht erfüllen kann. Der Vorstand wird, wenn er seine Aufgabe ernst nimmt, dem Wunsche des Kongresses widersprechen und sagen müssen: Ich kann den Antrag nicht ausführen. Sie können doch dem Parteivorstande nicht zumuten, Anträge anzunehmen, von denen er überzeugt ist, daß er sie nicht ausführen kann. (Sehr richtig.) Daß wir alle das Interesse haben, die Jugend sozialdemokratisch zu machen, darüber brauchen wir uns hier nicht zu unterhalten, das müssen wir tun, das ist unsre Lebensaufgabe und außerdem eine aus den Verhältnissen sich ergebende Notwendigkeit. Aber durch solche Anträge kann man die Jugend nicht sozialdemokratisch machen. Bis zu einem gewissen Grade ist die Jugend eben Jugend, muß sich austoben und ist für den Ernst des Lebens noch nicht zu haben. Wir müssen mehr Vertrauen zu unsrer Sache selbst haben. Ich müßte ein schlechter Vater sein, wollte ich nicht meinen Sohn in meiner Gedankenwelt erziehen, und der müßte ein schlechter Arbeitskamerad sein, der nicht schon den Lehrling zum Sozialdemokraten macht. Das ist eine Aufgabe, die Sie überall zu erfüllen haben. Derartige Anträge dürfen wir nicht annehmen, denn sie haben keinen Erfolg. In dem Augenblick, wo wir sie ausführen wollten, würde uns die Möglichkeit dazu genommen sein. Ich habe heute schon das Vertrauen zu unsern Richtern, daß sie durch entsprechende Auslegung der bestehenden Gesetze eine derartige Propaganda verhindern werden, und wenn das nicht möglich sein sollte, dann würde der Reichstag innerhalb vierzehn Tagen bereit sein, ein Gesetz zu apportieren, das eine solche Agitation unmöglich macht. (Sehr richtig!) Ueberhaupt die ganze Jugendagitation! Schauen wir doch unsre Vereinsgesetze an! Was in Oesterreich, Belgien usw. möglich ist, ist bei uns, selbst wenn es wünschenswert wäre, unmöglich. Sie treiben damit nur Spielerei! (Zustimmung. — Vollmar: Eine sehr böse Spielerei!) Ich glaube, der Parteitag wird den Antrag ablehnen. (Bebel: Sehr richtig!)

Nun zu Bérard. Bérard befindet sich in einem Mißverständnis. Weder Heilmann noch Fentsch haben davon gesprochen, daß der Druck der gesamten „Neuen Welt" nach Berlin kommen soll, sondern nur den Gedanken ausgedrückt, daß

diejenigen Exemplare, die dem „Vorwärts" beigelegt werden, in Berlin gedruckt werden. Nach meiner Meinung kann es nicht die Aufgabe des Parteitages sein, hierüber Beschluß zu fassen. Das müssen die in Betracht kommenden Faktoren unter sich regeln, und ich glaube, wir werden uns darüber verständigen, um so mehr, als wir dadurch einen Zustand wieder herstellen, der schon bestand. Daß es ein Unsinn ist, jährlich über 4000 Mk. für Fracht auszugeben, wenn sich diese Ausgabe vermeiden läßt, ist doch klar. Außerdem ist die Auflage der „Neuen Welt" so gestiegen, daß der Druck Bérard schon Kopfschmerzen macht.

Eine Reihe von Anträgen bezieht sich auf die Jugend-Zeitschriften. Es sollen entweder neue Zeitschriften herausgegeben oder alte wieder ins Leben gerufen und die Defizits durch Parteizuschüsse gedeckt werden. Das ist ja sehr schön. Aber heute früh haben wir eine Rede von Ullenbaum-Elberfeld gehört, der es geradezu als Verbrechen hingestellt hat, daß die Buchhandlung Vorwärts so unverschämte Ueberschüsse erzielt. (Große Heiterkeit.) Sonst habe ich immer gefunden, man kriegt seine Hiebe, wenn man Defizits macht. (Heiterkeit.) Daß man aber geprügelt wird, wenn man Ueberschüsse hat, ist mir neu. (Erneute Heiterkeit.) Wenn Sie beschließen, daß wir Defizits machen sollen, ich glaube, das Kunststück kriegen wir auch fertig. (Heiterkeit.) Aber dem Tröpfchen jüdischen Bluts, das ja in der Buchhandlung Paul Singer vorhanden ist, würde es weh tun, wenn wir mit Defizits arbeiten sollten. (Stürmische Heiterkeit.) Die Ueberschüsse sind nicht auf die Weise erzielt, wie Ullenbaum glaubt, der da meint, wir hätten nur infolge des hohen Preises der Agitationsbroschüren 35 000 Mk. abliefern können. Ich will Ullenbaum verraten, daß der Ueberschuß sogar noch höher ist. Wir haben nur noch nicht alles abgeliefert. (Heiterkeit.) Woher kommen die 35 000 Mk. Ueberschuß? Wir haben z. B. 650 000 Hefte „Wider die Pfaffenherrschaft" in einem halben Jahre vertrieben bei 1 Pf. Gewinn pro Heft. Das sind 6500 Mk. Wir haben 650 000 „Der wahre Jacob" in Berlin und Umgebung verschleißt; das macht bei $^3/_4$ Pf. Profit pro Nummer 4500 Mk. Wir haben weiter ca. 600 000 Mai-Zeitungen und dergleichen verbreitet, das macht bei 1 Pf. Profit 6000 M. An den 40 000 Protokollen, die wir für 75 Pf. verkauft haben, haben wir $2^1/_2$ Pf. pro Exemplar verdient. Bei 75 Pf. wird man doch $2^1/_2$ Pf. verdienen müssen. Das macht wieder 1000 Mk. Ebenso an den ca. 40 000 Arbeiter-Notizkalendern. Wir haben vielleicht 1 250 000 Hefte „In Freien Stunden" verkauft, da muß es uns gestattet sein, 1 Pf. zu verdienen. Das sind wieder 12 500 Mk. Rechnen Sie das zusammen, so haben Sie schon da allein über 30 000 Mk. Ueberschuß. Die Ueberschüsse können nur erzielt werden in der Massenauflage und den Massenumsätzen, und kein einziges von den angeführten literarischen Erzeugnissen hätte auch nur um 5 Pf. billiger sein können. Einzelne haben ja überhaupt nur 5 Pf. gekostet. Die Zusammenstellung, die ich jetzt aus dem Handgelenk gemacht habe, zeigt, daß an den übrigen Broschüren kein unverhältnismäßig hoher Profit bleibt. Da sind wir oft froh, wenn wir die Kosten decken. Wir fragen uns bei der Herausgabe einer Broschüre doch jedesmal, wie hoch der Absatz sein wird, und auf der Grundlage dieser Berechnung wird der Preis festgesetzt. Nun kommt es ja vor, daß manche Broschüre, z. B. „Saarabien" und „Der Junkerstaat", die wir zu 20 000 angenommen haben, in 60 000 Exemplaren abgesetzt werden. Dann ist der Profit natürlich erheblich größer als wenn wir drei Broschüren in je 20 000 Auflagen herstellen. Also ich meine Sie sollten sich vor den Ueberschüssen der Buchhandlung nicht so sehr fürchten. Ich halte es für eine Aufgabe der Partei-Institute, möglichst hohe Ueberschüsse zu erzielen, und ich würde es mir zum großen Verdienst anrechnen, wenn wir z. B. an dem „Vorwärts" solche Ueberschüsse erzielen könnten, daß wir nicht nur der Partei noch viel mehr abführen, sondern auch den Wunsch der Berliner nach Verbilligung ihres Organs um zehn Pfennige erfüllen könnten. Ich glaube heute schon sagen zu können, daß wir im nächsten Jahre vielleicht 150 000 M. Ueberschuß

Digitized by Google

aus dem „Vorwärts" haben werden. Eigentlich dachte ich, wir von der Buchhandlung Vorwärts würden hier als Muster hingestellt, vielleicht nach dem Vorgange von heute früh photographiert werden, statt dessen bekommen wir jetzt Hiebe. (Heiterkeit.) Wir haben heut morgen die Anstellung von Agitatoren beschlossen, die planmäßig den sozialistischen Gedanken verbreiten sollen. Ja, wovon sollen die besoldet werden? Der Parteikassierer wird mir bestätigen, daß drei Viertel sämtlicher Einnahmen aus den Beiträgen der Berliner und Hamburger Parteigenossen und aus den Ueberschüssen der Partei-Institute kommen. Die Partei-Institute haben also geradezu die Aufgabe, Ueberschüsse zu erzielen, natürlich, ohne daß dadurch die Aufgaben dieser Institute oder die Interessen der Partei verletzt werden, und ich glaube nachgewiesen zu haben, daß wir nach der Richtung in der Buchhandlung Vorwärts nicht gesündigt haben. Wahrscheinlich werden Sie die Herausgabe einer Jugendzeitschrift beschließen, und wenn die Frage so gestellt würde: ob es wünschenswert ist, eine Jugendzeitschrift zu begründen, so würde ich sogar mit 2 Händen dafür stimmen. (Heiterkeit.) Es fragt sich nur, ob es möglich ist. Wir haben ja wiederholt Versuche nach der Richtung unternommen. Schon vor 12 Jahren haben wir im Parteivorstande einen Lehrer mit den Vorarbeiten betraut, zwei Hefte wurden fertiggestellt, aber wir mußten von der Ausgabe absehen, weil sie den zu stellenden Ansprüchen nicht genügte. Einige Jahre später haben wir dem verstorbenen Genossen Keßler denselben Auftrag erteilt, das Resultat war wieder ein negatives. Man spricht von der „Hütte". Es liegt mir fern, auch nur ein tadelndes Wort dagegen zu sagen, aber daß das eine Jugendzeitschrift war, wie die Genossen sie wünschen, das muß ich verneinen. Es war eine sehr gute Zeitschrift, aber keine Jugendzeitschrift. Die Frage ist überhaupt nicht die, ob wir eine Jugendzeitschrift haben wollen, sondern ob wir sie schaffen können, ob wir den geeigneten Redakteur und die geeigneten Mitarbeiter finden. August hat selbst schon Beiträge für Jugendlektüre geliefert. (Heiterkeit. — Bebel ruft: Sie waren auch danach. Erneute Heiterkeit.) Gewiß wie alles, was von Dir kommt, gut ist. (Große Heiterkeit.) Aber ich glaube, er bildet sich selbst nicht ein, daß das das Beste war, was er geschrieben hat. Ich kenne keinen Parteischriftsteller, der der geeignete Mann für die Leitung einer Jugendzeitschrift wäre. Wer für die Jugend schreibt, muß den Stoff vollkommen beherrschen, er muß die Gabe haben, das Wesentlichste abgerundet, sozusagen plastisch darstellen zu können, er muß gleichsam in der Jugend aufleben. Wir haben auch in der bürgerlichen Welt sehr wenig gute Jugendschriften. Jedes Jahr kommen und verschwinden ganze Berge solcher Jugendschriften. Dazu kommt noch eins. Die bürgerliche Welt hat ein nahezu unbeschränktes Absatzgebiet für solche Sachen. Wenn wir ein solches Buch herausgeben, dann ist der Absatz nach einem Jahr abgeschlossen. Das wird mir Genosse Dietz bestätigen, der auch einen praktischen Versuch damit gemacht hat. Nur alle Menschenalter einmal gibt es einen wirklich guten Jugendschriftsteller, der für lange Zeit schreibt, darüber müssen wir uns klar sein.

Wenn eine solche Jugendschrift herausgegeben werden soll, so kann das nur von Parteiwegen geschehen. Es dürften nicht zu diesem Zweck Parteigelder Privatleute gegeben werden, die man nicht kontrollieren kann. Suchen Sie s solche Leute, die gute Jugendschriften leiten und gute Beiträge für die gend schreiben können. Die Partei ist es aber sich selbst und der Bedeutung r Dinge schuldig, ein solches Unternehmen nicht in Angriff zu nehmen, ehe e geeigneten Leute gefunden sind. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Dietz teilt mit, daß W. Fischer-Berlin I und Freiwaldt-nkow aus dem Antrage auf Ueberweisung der Anträge zur Presse an den rteitag den Antrag 105 gestrichen haben.

Hierauf vertagte der Parteitag die Beratung auf Dienstag 9 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Digitized by Google

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Dietz eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 10 Minuten und bringt Begrüßungstelegramme der sozialistischen Partei Amerikas, des Parteivorstandes der holländischen Parteigenossen, des Generalrats der revolutionären Partei Rußlands, des Komitees des Bundes des kämpfenden jüdischen Proletariats von Litauen, Polen und Rußland, des sozialdemokratischen Leseklubs in Luxemburg und einer Anzahl einzelner Parteigenossen zur Kenntnis der Versammlung.

Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung ein und setzt die Debatte über die zur „Presse" gehörenden Anträge fort.

Liebknecht, Müllenstädt und Otto Braun beantragen zu Antrag 105:

„In Anerkennung der Notwendigkeit, unter der proletarischen Jugend eine systematische Agitation für die sozialdemokratischen Lehren zu entfalten; in Anerkennung weiter der Notwendigkeit, bei dieser Jugendagitation den Kampf gegen den Militarismus in den Vordergrund zu stellen, hält der Kongreß den Antrag 105 für erledigt."

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Dr. Südekum: Ich glaube, daß die klaren und scharfen Worte, die Fischer gestern abend schon gegen den von dem Genossen Liebknecht verteidigten Antrag, auf einen fruchtbaren Boden bei Ihnen gefallen sind. Die Parteigenossen, in deren Namen Liebknecht sprach, sind in der Tat auf vollständig falschem Wege. Die Agitation, die sie sich denken, kann keinen Nutzen haben, würde aber eine Menge von unsern jetzigen und zukünftigen Parteigenossen in schwere Gefahr bringen. Und zwar nicht diejenigen werden in Gefahr kommen, die schon lange sich in unsre Ideenwelt hineingelebt haben, sondern gerade jene guten Leute, die sich nicht sowohl durch große Schießfertigkeit auszeichnen — wie Herr v. Einem im Reichstage sagte — wie durch eine gute patriotische Gesinnung, die zum ersten Mal von einer solchen Agitation hören und dann nicht Selbstbeherrschung genug besitzen, um allen Situationen gewachsen zu sein. Aber nicht nur gefährlich, sondern auch nutzlos ist diese Agitation. Als ich vor zwei Jahren zur Zeit des verunglückten Generalstreiks in Belgien war, bei dem auch die Gefahr bestand, daß das reguläre Militär auf die Straße geführt wurde, erkundigte ich mich bei den Genossen, ob sie wohl glaubten, daß die in den Kasernen konsignierten Truppen im entscheidenden Augenblick schießen würden. In Belgien ist das Experiment gemacht worden mit dieser sozialistischen Propaganda in den Kasernen, und zwar unter ganz andren Umständen als bei uns. Es entspricht dem ganzen Volkscharakter in Belgien viel mehr, daß man dort mit einer gewissen Frechdachsigkeit an die geheiligten Institutionen des Klassenstaates herangeht. Trotzdem waren die belgischen Genossen überzeugt, im entscheidenden Moment würden die Soldaten unter dem Eindruck einer Massenpsychose doch schießen und wenn auch nur ein Drittel schießen würde, so würde das genügen, um entsetzliches Unheil anzurichten. Ich glaube, das beste ist, wenn der Parteitag über den Antrag 105 zur Tagesordnung übergeht, und zwar nicht erst auf dem Umwege des neuen Antrages.

Nun zu etwas andern. Die vielen Anträge auf Schaffung einer Jugend-Zeitschrift zeigen doch, daß in den Massen unsres Proletariats das Bedürfnis nach einer solchen Zeitschrift unzweifelhaft besteht. Nicht ohne eine gewisse Bitterkeit kann man jetzt die Nekrologe für die „Hütte" hören, nachdem sie längst fest entschlafen ist. Als es damals darauf ankam, diese Zeitschrift zu fördern, da sie nicht so viel freundliche Hilfe gefunden, wie man jetzt nach den Reden glauben sollte. (Leichenreden!) Ja, Leichenreden sind es. Im entscheidenden Augenb

Digitized by Google

als Verhandlungen zwischen Wallfisch und den Leipziger Genossen im Gange waren, haben es auch führende Parteigenossen an der Befürwortung, daß die Leipziger die Zeitschrift übernehmen sollten, fehlen lassen, sie haben im Gegenteil den Leipzigern abgewinkt. Es wäre durchaus möglich gewesen, die „Hütte“ weiterzuführen und ganz anders auszugestalten, wenn man nur wenige Tausende, höchstens 10 000 M. zur Verfügung gehabt hätte. Das Defizit im ersten Jahre war durch die Einführungskosten bedingt. Eine halbe Million Prospekte der deutschen sozialdemokratischen Presse beizulegen, kostet allein 3 bis 4000 Mark. Das kann man aber nicht als Defizit der Zeitschrift aufmarschieren lassen, denn das wiederholt sich doch nicht alle Jahre. Fischer sagte, es sei sehr schwer, die geeigneten Leute zu finden. Das mag sein; gibt es aber solche Leute, so hätten sie doch heute gar keine Möglichkeit, ihr Talent zu entfalten. Damals hat man die Erfahrung gemacht, daß sehr bald höchst talentvolle Leute mit wertvollen Beiträgen auch aus Kreisen kamen, wo wir sie gar nicht vermutet hatten. Der Redakteur der „Hütte“ hatte sicher in seiner Mappe noch viele gute Beiträge. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß ein solches Unternehmen unter allen Umständen nur als Partei-Unternehmen zu denken wäre. Auch die „Neue Zeit“ ist doch jahrzehntelang Privatunternehmen gewesen. Uebrigens Geldgeschäfte machen wollte auch Wallfisch mit der „Hütte“ nicht, er war sich klar, daß die Partei das Unternehmen eines Tages für sich reklamieren würde, und mit Recht. Also stoßen Sie nicht die Privatinitiative von vornherein zurück auf einem Gebiete, wo jeder Schritt auf unbekanntes Terrain führt. Beschließen Sie vielmehr, daß jemand, der einen solchen Versuch aufnehmen will, auf Ihre moralische und, falls nötig, finanzielle Unterstützung rechnen kann.

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich bin der Meinung, daß wir die Schaffung der Jugendschrift keinesfalls der Privatinitiative überlassen können. Die Erfahrungen beweisen, daß es sich um eine sehr schwierige Aufgabe handelt. Es ist nicht leicht, eine Jugendzeitschrift unter die Arbeiter zu bringen, wo wir zum großen Teil noch nicht einmal die Frauen haben. Ueber die Notwendigkeit einer Jugendzeitschrift in einer Zeit, wo die Vermuckerungsversuche und die Geschichtsfälschung in der Volksschule immer mehr zunimmt, sind wir uns alle klar, aber die Ausführung ist schwierig, und daß die Sache viel Geld kosten wird, kann ich Ihnen versichern. Wir haben es mit der von Dr. Wille redigierten „Freien Jugend“ erlebt, wie teuer und wie schwer es ist solche Schrift im Volke einzuführen. Freilich, als ich gestern Fendrich hörte, hatte ich den Eindruck, daß er einen Verleger und Redakteur schon in der Tasche habe und nur noch die Geldbewilligung brauche. Ich meine, so etwas kann nur von Parteiwegen gemacht werden. Die moralische Verantwortung müssen wir doch tragen, da ist es auch unsre Pflicht, sie von Parteiwegen herauszugeben, damit wir die nötige Kontrolle haben. Es wäre vielleicht am leichtesten als Beilage zur „Gleichheit“ eine solche Jugendzeitschrift zu schaffen, etwa unter dem Titel „Für unsere Kinder“, da bekämen unsre Frauen es in der Hand. Noch besser wäre es wenn es allen Parteiblättern beigelegt werden könnte; aber alle solche Unternehmungen müssen in der Hand der Partei sein, damit wir nicht zu Zuständen kommen, wie wir sie in andern Ländern haben.

Jacob-Bant: Die „Neue Welt“ müßte vielseitiger und aktueller sein und essere Illustrationen bringen. Wir haben bürgerliche Unterhaltungsblätter, die uns da als Vorbild dienen können. Die „Neue Welt“ ist eben nicht das, was sie sein soll, es ist kein Familienblatt, das man sich aufbewahrt, sie wird vielfach als Butterbrotpapier benutzt, und das Geld dafür ist weggeworfen. Ich bitte den Parteivorstand dringend, für die Schaffung eines guten Familienblattes zu sorgen.

Bühler-Essen: Im Interesse unsrer Agitation, namentlich im Kampf gegen das Zentrum, ist es nötig, daß die große Masse darüber aufgeklärt wird, warum

Digitized by Google

unsre Reichstagsfraktion diesem oder jenem Gesetzentwurf gegenüber eine negierende Haltung eingenommen hat. Ich bitte Sie deshalb um Annahme des Antrags 87.

Katzenstein-Charlottenburg: Ich bitte, den Antrag Liebknecht dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, wenn ich auch mit seinen Einzelheiten nicht einverstanden bin. Was wir in der Presse lesen, beweist uns, daß die Soldatenmißhandlungen trotz der alljährlichen Militärdebatten im Reichstage nicht abgenommen haben. Wir können den Mißhandlungen nicht ruhigen Blutes gegenüberstehen, denn ein so großer Vorzug auch die Ruhe ist, so gibt es doch Dinge, bei denen die Leidenschaft am Platze ist. Heute, wo die Selbstzersetzung des Militarismus so an die Oeffentlichkeit tritt, liegt für die Sozialdemokratie wahrhaftig keine Veranlassung zu ängstlicher Zurückhaltung mehr vor. Es ist unsre Aufgabe agressiv vorzugehen, nicht aber zu warten, bis die Dinge an uns herankommen. Südekum sprach von einer Volkspsychose, aber die Sozialdemokratie ist nicht dazu da, derartige Volkspsychosen ruhig wirken zu lassen, sie soll vielmehr das Volk davon kurieren. Und die Erfahrungen in Rußland beweisen, das auch diese Einflüsse von oben her nicht unüberwindlich sind. Wir müssen dafür sorgen, daß an Stelle des blinden Gehorsams das Gefühl der menschlichen Persönlichkeit, das Mitgefühl mit den Klassengenossen, tritt. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, denn es wäre bedenklich, hier Vorschläge zu machen, die nicht vorher beraten und geprüft worden sind. Der Parteivorstand muß die in weiten Kreisen herrschende Stimmung gegen den Militarismus für unsre Zwecke auszunutzen suchen. Selbstverständlich ist es, daß er, wenn wir ihm Anträge überweisen, uns auch Rechenschaft darüber ablegen muß, wie er die Aufträge ausführt.

Noch ein Wort über die Jugend-Zeitschriften. Es wäre nach meiner Meinung sehr leicht gewesen, die „Hütte" zu halten, wenn man sich nur mehr um Abonnenten bemüht hätte. Die „Hütte" stand auf der Höhe dessen, was wir erwarten und verlangen können. Daß ein Bedürfnis nach einer Jugend-Zeitschrift vorhanden ist, beweisen die vielen Anträge. Möge der Vorstand dafür sorgen, daß das Bedürfnis befriedigt wird.

Schöpflin-Leipzig. Ich bitte Sie, den Antrag 105 abzulehnen. Würden wir ihn annehmen, so würde seine Wirkung so schlimm sein, daß wir in ein, spätestens in zwei Jahren bestimmt bedauern würden, einem derartigen Antrag unsre Zustimmung gegeben zu haben. (Sehr richtig!) Was sollen wir denn eigentlich dem jungen Arbeiter, der ins Heer eintritt, für Verhaltungsmaßregeln erteilen? Sollen wir ihm sagen, verhalte Dich in Deinem Interesse ruhig, benimm Dich wie ein geduldiges Lamm. Das wäre doch zweifellos verfehlt. Oder sollen wir ihm raten, laß Dir nichts gefallen, vergilt gleiches mit gleichem? Was aber würden wir dann für Erfahrungen machen! (Sehr richtig!) Wie viel Mißhelligkeiten würden entstehen! Was für Gerichtsverhandlungen würden wir erleben! (Sehr richtig!) Es ist ja ganz unmöglich, 18, 19jährigen jungen Leuten in ein paar Monaten genaue Instruktionen über ihr Verhalten beim Militär zu erteilen. Das geht bei einer Instruktion für den Wachtposten; dem wird gesagt, wenn Dich einer belästigt, dann verhaftest Du ihn, stellst ihn ins Schilderhaus mit dem Rücken zur Straße, knöpfst ihm die Hosenträger ab usw. (Heiterkeit.) Das kapiert der junge Mann. Aber in den ganz verschiedenartigen Fällen, die das Militärleben bringt, würde der junge Mann in den ersten zwei Stunden, die er in der Kaserne verlebt, elend Schiffbruch erleiden, wenn er sich auf Instruktionen von außen verlassen wollte. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die jungen Leute Sozialisten sind, ist es gar nicht nötig, ihnen Instruktionen mitzugeben. (Lebhafter Beifall.) Dann hat der junge Mann so viel Takt, so viel sicheres Gefühl, daß er weiß, wie er sich in ernsten Situationen zu verhalten hat. Und angenommen, es wäre möglich, in Berlin, Hamburg oder Leipzig

Digitized by Google

ihren starken Organisationen solche Instruktionen zu erteilen, in den andern Städten wäre es gar nicht durchführbar. Stellen Sie sich dann einmal vor, daß es zu einer Gerichtsverhandlung kommt und der schüchterne Rekrut — schüchtern sind sie alle, wenn sie vor den Offizieren stehen — sagt aus, er habe sich nach unsern Instruktionen gerichtet. Das wäre eine schöne Geschichte. General v. Endres hat im Reichstage Bebel erwidert, die Sozialdemokraten leisteten beim Militär passiven Widerstand, machten damit die Vorgesetzten nervös und verursachten so die Soldatenmißhandlungen. Der General glaubt das, und diese Anschauung würde, wenn wir den Antrag 105 annehmen würden, sich um so rascher verbreiten, und das Resultat würde in kriegsgerichtlichen Urteilen zum Ausdruck kommen. Die jungen Rekruten, die aus sozialistischen Kreisen kommen, würden noch schärfer als bisher angefaßt werden, und ein paar hundert Jahre Gefängnis wären der materielle Erfolg. (Lebhafte Zustimmung.) Der Kampf gegen den Militarismus muß doch anders geführt werden. Wir müssen versuchen, die Jugend im allgemeinen zum Sozialismus zu erziehen und nicht im speziellen am Militarismus herumpfuschen. (Sehr richtig!) Mit der Annahme des Antrages 105 würden wir nur dem Staatsanwalt mehr Arbeit verschaffen, und dazu haben wir keinen Anlaß. Die Wirkung des Antrages würde eine sehr üble sein; er würde sehr schlimm ausgelegt und auf sein Conto alles geschoben werden, was beim Militär passiert. (Bravo!)

Molkenbuhr: Bei der Rede Katzensteins fragte ich mich unwillkürlich, ob denn Katzenstein unsrer Agitation so ganz fern stehe, weil er sagte, daß der Kampf gegen den Militarismus mehr in den Vordergrund gerückt werden müsse. Sehen Sie sich die Wahlflugblätter der letzten Reichstagswahlen an: keine andre Frage nimmt in diesen einen so breiten Raum ein, wie der Kampf gegen den Militarismus. Von jeher ist der Militarismus systematisch bekämpft worden, weil wir in ihm die Hauptstütze des Klassenstaats sehen. Was soll denn eigentlich geschehen? Das sagen uns die Antragsteller nicht. Es ist gesagt worden: Auf Einzelheiten dürfe man nicht eingehen, das sei zu gewagt. Der Grundgedanke des Antrags ist von der Partei bis jetzt entschieden abgelehnt worden. Als Domela Nieuwenhuis seine Propaganda für den Militärstreik betrieb, war es die deutsche Sozialdemokratie, die dieser Utopie entschieden entgegentrat. Derselbe Gedanke verbirgt sich hinter all den Wendungen des Antrages 105. Nun wird gesagt, wir müßten für die Jugend eine besondere Agitation haben. Darauf erwidere ich, daß es für uns darauf ankommt, die Einheit des Prinzips zu wahren und nicht für die Jugend andre Grundsätze zu haben als für die Erwachsenen. (Sehr richtig!) Die Bekämpfung des Militarismus geschieht durch die Propagierung des Sozialismus. Mit dem Siege des Sozialismus wird auch der Militarismus gestürzt werden, vorher nicht. Es kommt also darauf an, tüchtige Sozialdemokraten zu erziehen, die werden dann schon genug Ehrgefühl, Selbstbewußtsein und Erkenntnis haben, um zu wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Die Schaffung einer besondren Jugendbewegung könnte schließlich zu ganz erheblichen Gegensätzen führen. Hätten wir eine solche Bewegung, so müßten wir sie bekämpfen (Sehr richtig!), denn das Streben der Partei geht auf Zentralisation und größere Einheitlichkeit. Solche besondren Jugendorganisationen mögen gut sein für die Nationalliberalen. Sie entsprechen dem ...igen Charakter des Nationalliberalismus, bei dem die Alten alle Grundsätze, ... sie in der Jugend vertreten haben, verleugnen, und der deshalb besondre ...gendorganisationen zur Vertretung der Ideale hat, für die die Alten nicht ...hr zu haben sind. (Heiterkeit und Zustimmung.) Bei uns ist das anders. ...shalb halte ich den Antrag für verfehlt, ganz abgesehen davon, daß er ... mit dem Staatsanwalt in Konflikt bringen würde. Wenn die Väter des ...rags diese Dinge einmal durchdenken, so werden sie gewiß selbst den ...llen an ihrem Antrag verlieren. (Lebhafter Beifall.)

Digitized by Google

Der Vorsitzende Dietz gibt hierauf Vollmar das Wort. (Vollmar: Ich denke, erst kommt Bebel?

Vorsitzender Dietz: Bebel hat verzichtet. Bebel: Der Antrag ist genug totgeschlagen!

v. Vollmar: Ich bedauere es, daß diese Debatte überhaupt hervorgerufen worden ist (Sehr wahr!). Denn je weniger man über die Frage des Militarismus in der sonderbaren Form, wie sie hier angeschnitten worden ist, redet, desto besser ist es. (Sehr wahr!) Schon als ich hierher ging, nahm ich mir vor, gegen den Antrag 105 zu stimmen und womöglich auch zu sprechen. Die Begründung aber, welche gestern diesem Antrage gegeben worden ist, nötigt mich vollends, auf das allerentschiedenste dagegen Stellung zu nehmen. Aufrichtig gestanden bin ich darüber erstaunt, wie jemand, der imstande ist, die Folgen einer Sache zu ermessen und der weiter über den Augenblick, in dem er spricht, hinaus zu denken versteht, es fertig bringt, eine solche Sache in solcher Form hier zur Sprache zu bringen. (Sehr richtig!) Anträge wie diese, Begründungen wie diese, mögen ja recht stark aussehen, aber in Wirklichkeit sind sie nichts als ein Spiel mit Schießgewehr, und zwar auf andrer Leute Kosten (Sehr richtig!). Auf Kosten in erster Linie derjenigen, die in die Kasernen hinein müssen (Sehr richtig!), und dann weiter auch auf Kosten der Partei im allgemeinen und ihrer einzelnen Genossen, ihrer Redner im besonderen. (Sehr wahr!) Denn es ist doch sicher, daß nicht nur ein großes Maß von Kenntnissen, sondern auch eine außerordentliche Gewandtheit dazu gehören würde, die fraglichen Dinge so zu besprechen, daß man nicht gefaßt werden könnte. Ist doch gerade hier der kitzlichste Punkt in Deutschland, und man würde keinerlei Bedenken tragen, durch Gesetz, Verwaltung und Rechtsauslegung jedem Versuch in der vorgeschlagenen Richtung zu begegnen. Wie man die Sache auch ansehen mag, sie ist außerordentlich ernst und müßte schwere Folgen nach sich ziehen. Es ist auf die Jugendorganisationen andrer Länder hingewiesen, z. B. auf die bekannten jeunes gardes in Belgien. Aber ich finde es an sich noch keineswegs besonders verdienstvoll, in andren Ländern bestehende Dinge ohne weiteres zu uns verpflanzen zu wollen; man muß doch die Verhältnisse berücksichtigen, und daß diese in Belgien ganz andre sind als bei uns, das braucht nicht erst gesagt zu werden. (Sehr wahr!) Es ist gesagt worden, es geschehe nicht genug in bezug auf den Kampf gegen den Militarismus; es würden wohl Reden im Parlament gehalten, aber dann sei wieder alles still. Ja, um des Himmels willen, hat denn der Genosse, der das sagte, die Jahre über geschlafen? Ist es nicht vielmehr richtig, daß wir auf dem ganzen Gebiet unsrer Agitation kaum irgend etwas haben, über das von jeher so viel gesprochen und das so viel bekämpft ist wie gerade der Militarismus? Ich habe wahrlich nicht nötig, über die Schäden des Militarismus hier zu reden jede Minute des Parteitages, die man zu diesem Zweck benutzte, wäre hinausgeworfen. Aber man soll doch die Dinge nicht übertreiben. Gestern hat Liebknecht gesagt, der Militarismus sei unser ärgster Feind. Ja, wieviel ärgste Feinde haben wir denn? (Heiterkeit.) So lange ich in der Partei bin, habe ich immer geglaubt, der ärgste Feind sei das, was wir mit dem kurzen Wort „Kapitalismus" bezeichnen, und alles andre seien nur mehr oder minder Begleit- und Folgeerscheinungen. (Sehr richtig!) Man stelle also doch die Dinge nicht auf den Kopf! Gewiß soll jeder Sozialist auch auf diesem Gebiet, wie in allen Dingen mit Eifer vorgehen; aber er muß sich doch auch jederzeit der Verantwortung der Partei bewußt sein und darf nicht einer Augenblickslaune folgen. Und wer die Dinge bei uns überblickt, der weiß, wohin es führen würde, wenn wir eine andre Stellung als bisher einnehmen würden. Wir haben uns im Reichstage und im bayerischen Landtage stets darüber beschwert, daß man die Sozialisten in der Armee anders behandle, als andre Wehrpflichtige, daß die Behörden geheime Erhebungen darüber machten

Digitized by Google

und an die Militärbehörde weiter gehen, welche Rekruten vor dem Einrücken sozialdemokratische Versammlungen besuchten, welche sich als lokale Führer hervorgetan haben, und welche eine größere Rolle in der Partei gespielt haben. Man weiß, daß die so Gekennzeichneten unter spezielle Aufsicht gestellt werden und man kann sich denken, welche Annehmlichkeiten ihnen daraus erwachsen. Wir haben stets die Rechtswidrigkeit dieser Methode bekämpft, indem wir hervorhoben, daß der sozialistische Soldat kraft desselben Gesetzes zum Militär einrücke, wie jeder andre, und daß er auch ebenso seine Pflicht genau wie jeder andre tue und darum auch keine Ausnahmestellung einnehmen dürfe. Die Kriegsminister haben ihr Vorgehen dadurch zu rechtfertigen gesucht, daß sie infolge der Besonderheit der sozialistischen Bewegung der Leute nicht sicher seien. Wir haben demgegenüber stets dargetan, daß zu solchen Maßnahmen keinerlei Veranlassung vorliege. Aber wenn derartige Anträge angenommen würden, wenn wir Maßnahmen träfen, die zweifellos der erste Schritt zur Kasernen-Agitation wären, die wir von jeher zurückgewiesen haben — dann würden es die Kriegsminister leicht haben, weil ein großer Teil unsrer Argumente gegen das jetzige Vorgehen der Militärverwaltung dann fortfallen würden. Ich will keine weiteren Worte machen, schon auch deshalb, weil gerade auf diesem Gebiet die Zahl der Sachverständigen bei uns eine so große ist, daß Sie sich das, was man nicht weiter ausspricht, von selbst sagen können. Der Parteitag kann den Antrag 105 unmöglich annehmen. Und wenn Liebknecht dann, nachdem er dies erkannt hat, uns nun einen anders formulierten Antrag einbringt, so wundere ich mich nur darüber, wie ein Jurist uns dergleichen zumuten kann; denn dieser Antrag bedeutet sachlich ganz dasselbe wie der erste Antrag, nur noch mit einer besonderen Unterstreichung. Ich bin der Meinung, daß wir sowohl den Antrag 105 als auch den Antrag Liebknecht kurzerhand und rundweg ablehnen müssen. Der Parteitag erklärt damit, daß er die ihm angesonnene neue Methode **nicht** zu der seinigen macht, sondern auf der bewährten Taktik, die wir in dieser Sache seit Jahrzehnten eingehalten haben und in der wir vorbildlich gewesen sind auch für Parteien außerhalb Deutschlands, bestehen bleiben will. (Lebhafter Beifall.)

Wolf-Bochum: Was den Antrag 105 anlangt, so kann ich mich den Ausführungen der Vorredner nur anschließen. Der Antrag stellt uns das Armutszeugnis aus, als hätten wir kein Vertrauen mehr zu der Jugend und ihrer Empfänglichkeit für den Sozialismus, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten und Gefährlichkeiten des Antrages. Ich bitte Sie, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. — Die Gründung einer speziellen Jugend-Zeitschrift würde jedenfalls ihre großen Schwierigkeiten haben. Wenn aber vom Genossen Fischer die Redaktionsfrage als Hindernis ins Feld geführt wird, so kann ich das nicht als ausschlaggebend anerkennen. Da wäre die Geduld und Ausdauer am Platze, die wir bei den „Freien Stunden" beobachtet haben, die doch Jahre hindurch fast alles zu wünschen übrig ließen. Inwieweit es damit besser geworden, will ich nicht entscheiden. Was wir jedoch brauchen, wäre eine in unsrem Geiste geleitete illustrierte Familien-Zeitschrift. Das Bedürfnis danach ist zweifellos vorhanden, und eine solche Zeitschrift könnte auch eine besondere Abteilung für die Jugend haben. Natürlich dürfte das kein Diskussionsorgan sein, sondern es müßte ein bestimmtes Programm festgelegt werden, innerhalb dessen sich die Beiträge unbedingt bewegen müßten. An Stoff und an Kräften dürfte es uns dafür nicht fehlen. Die „Hütte" hat uns da ein Beispiel gezeigt. Fordern wir den Parteivorstand auf, nochmals einen ernstlichen Versuch in dieser Richtung zu machen. Das beste wäre, wie gesagt, die Gründung einer illustrierten Familien-Zeitschrift. Was die „Neue Welt" anlangt, so ist es richtig, daß die Illustrationen sehr mangelhaft sind. Das muß gesagt werden, wenn schon nicht außer acht gelassen werden darf, daß es sich hier um eine **Zeitungsbeilage** handelt, die möglichst

Digitized by Google

billig sein muß, wenn die kleinen Parteiblätter sich dieselbe leisten können sollen. (Bravo!)

Dr. Liebknecht-Berlin: Haben Sie keine Sorge, daß ich noch lange Erörterungen pflegen werde. (Bravo!) Es ist meinem Antrage so gegangen wie einem Opfer in der Schlacht, das erst totgeschossen, dann nochmal totgeschlagen, dann geviertteilt und schließlich ins Wasser geworfen und ersäuft wird. Also vier- bis fünffacher Mord ist von den verschiedensten Partei-Autoritäten schon an dem Antrag geübt worden, es ist sogar behauptet, ich hätte Selbstmord an ihm geübt durch meinen neuen Antrag. Das ist nicht zutreffend und ich habe mich vor allem zum Worte gemeldet, weil Genosse v. Vollmar meinen Antrag gänzlich mißverstanden hat, jedenfalls infolge eines Hörfehlers. Mein Antrag geht nicht dahin, daß Jugendorganisationen gegründet werden sollen in Deutschland und daß diese Jugendorganisationen die besondere Aufgabe haben sollen des Kampfes gegen den Militarismus. Der Antrag geht vielmehr dahin, den Antrag 105 für erledigt zu erklären, indem der Parteitag anerkennt, daß es notwendig ist, eine besondere Agitation für den Sozialismus in der Jugend zu entfalten und in dieser Agitation den Kampf gegen den Militarismus in den Vordergrund zu stellen. Das ist etwas ganz andres, als was Genosse Vollmar bekämpft hat. Unberechtigt ist auch der hier mit besonderer Pointierung erhobene Vorwurf, daß hier eine neue Methode versucht werde. Es ist ja besonders pikant, diesen Vorwurf aus dem Munde Vollmars zu hören, er ist aber unzutreffend. Ich will nichts, als daß die alte Methode, meinetwegen um die Phrase zu gebrauchen, die altbewährte Methode angewandt werde mit besonderem Nachdruck auf einem besonderen Gebiete, nämlich dem der Agitation in der Jugend gegen den Militarismus. Genosse Vollmar meinte, meine Ausführungen schon durch den Hinweis darauf abtun zu können, daß ich den Militarismus als das ärgste Uebel bezeichnet hätte. Das habe ich nicht getan. Ich nehme es ja niemand übel, wenn er vergißt, was ich gestern gesagt habe. Ich habe begonnen: Ich vermutete, die Gegner würden sagen: Dieser Antrag rennt offene Türen ein. Das ist ganz richtig: er rennt, was die Prinzipien unsrer Taktik anbelangt, offene Türen ein, aber die Prinzipien der Taktik werden nicht immer mit gleichem Nachdruck durchgeführt. Ich habe den Militarismus als das wichtigste Bollwerk des Kapitalismus bezeichnet — das ist doch selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist die Notwendigkeit, ja die Pflicht, die Jugend ihren besonderen Interessen, ihrer besonderen Lebenslage entsprechend zu packen in der Agitation für den Sozialismus und insbesondere gegen den Militarismus. Man hat darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen den Militarismus besonders bei den Wahlen mit großem Nachdruck geführt sei. Da zeigt sich gerade ein Hauptmangel der Agitation. Bei den Wahlen, die gewissermaßen den Grundstock unsrer großzügigen Agitation bilden, wendet man sich naturgemäß hauptsächlich an die Leute, die bereits über das militärpflichtige Alter hinaus sind; es handelt sich aber gerade darum, schon vorher die Jugend zu packen. Das sind natürlich abgetretene Sachen, daß die Jugend durch die Zustände von selbst zum Sozialismus erzogen wird, daß sozialistische Eltern ihre Kinder sozialistisch erziehen, aber so richtig es ist, daß unsre Partei die Agitation nötig hat, und daß wir dann und wann auch spezielle Agitation bei den Landarbeitern, bei den Frauen usw. entfalten, genau so erwägenswert ist die Frage, ob es sich nicht empfiehlt, unter der Jugend eine besondere prinzipielle Agitation in Angriff zu nehmen. Von einer neuen Methode ist keine Rede. — Daß der Antrag 105 unglückselig gefaßt ist, darüber sind wir uns alle einig, ich habe jedoch von vornherein selbst verschiedene Vorbehalte gemacht. Alles was hier angeführt ist, um zu deduzieren, daß ich ein Mensch wäre, der nicht über seine Nasenspitze hinaussehen kann, habe ich gestern selbst ausgeführt. Aber durch meinen heutigen Antrag sind alle Bedenken beseitigt. Es ist für keinen Sozialdemokraten zweifelhaft, daß wir

Digitized by Google

verpflichtet sind, die Jugenderziehung in Angriff zu nehmen und Jugenderziehung heißt Erziehung gegen den Militarismus. Diesem Antrag stehen keinerlei juristische und politische Schwierigkeiten gegenüber, ich bitte Sie um seine Annahme.

Es ist folgender Antrag Dr. Südekum-Segitz-v. Vollmar eingelaufen: Der Parteitag geht über den Antrag 105 und den Antrag Liebknecht zur Tagesordnung über.

Frohme-Hamburg: Nach der geradezu vernichtenden Kritik, welche der Antrag Liebknecht bereits erfahren hat, war es nicht meine Absicht, diese Kritik noch zu vervollständigen. Was mich veranlaßt, jetzt noch das Wort zu nehmen, ist die geradezu verblüffende Dreistigkeit, mit der Genosse Liebknecht auftritt, um auf Umwegen das zu erreichen, was er mit dem ersten Antrag nicht erreichen kann. Liebknecht macht sich die Sache außerordentlich leicht mit Hilfe einer rücksichtslosen juristischen Rabulistik. Es kommt ihm offenbar darauf an, unter allen Umständen in irgend einer Weise das zu erreichen, was er mit dem ersten Antrag nach der gehörten Kritik nicht erreichen kann. Wir sind es — dafür sind ja Gründe genug beigebracht worden — unsrer Partei in mehrfacher Hinsicht unter den wichtigsten Gesichtspunkten schuldig, daß wir diesen Antrag und alles, was sich daran knüpft, also auch den zweiten Antrag, auf das allerentschiedenste zurückweisen. Ich bitte Sie, auch über diesen zweiten Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Damit kommen wir am passendsten über diese ganze geradezu unqualifizierbare Angelegenheit hinweg. (Bravo!)

Lementzow-Hamburg: Ich kann mich dieser Aufforderung nur durchaus anschließen. Als einstiger Kommisjunge, der als überzeugter Sozialdemokrat zum Militär kam, kann ich die Sache aus eigener Erfahrung beurteilen. Infolge einer solchen Jugendagitation würden die jungen Leute sehr leicht dazu gedrängt werden, in irgend einer Form Unbesonnenheiten zu begehen, die sie nachher sehr schwer zu büßen haben. Schon jetzt werden von den Behörden schwarze Listen über diejenigen, die ihnen als Sozialdemokrat bekannt sind, geführt und der Militärbehörde überwiesen. Es finden Nachforschungen nach sozialdemokratischen Schriften in den Kasernen statt. Die Folge der Annahme des Antrags würde sein, daß die jungen Leute versuchen würden, ihre sozialistische Gesinnung in der Kaserne in irgend einer Form zu betätigen, aber nur der intelligente und in allen Dienstfächern tüchtige Soldat kann sich einen gewissen passiven Widerstand erlauben. Alle übrigen würden ihn schwer büßen und dazu dürfen wir die jungen Soldaten nicht auffordern. Wir wissen ja alle, mit wie schweren Strafen militärische Vergehen bedacht werden. Lehnen sie den Antrag ab!

Damit schließt die Debatte.

Die Anträge zur „Presse" werden mit Ausnahme von 105 dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Entsprechend dem Antrage Südekum geht der Parteitag über Antrag 105 und den später hierzu gestellten Antrag Liebknecht mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über.

Es folgt die Diskussion über den Punkt „Anträge zur Tagesordnung für den nächsten Parteitag" (108—110).

Klühs-Breslau begründet den Antrag 108, auf dem nächsten Parteitag
[illegible]er Sozialdemokratie und Strafrecht zu verhandeln. Seit einiger Zeit ver-
[illegible]delt bereits eine vom Reichs-Justizamt berufene Kommission über eine
[illegible]orm des Strafrechts. Das ist eine Gelegenheit, den Klassencharakter unsrer
[illegible]tiz von neuem dem Volke zu Gemüte zu führen. Dazu soll unser Antrag
[illegible] Vorstand anregen; darauf kommt es uns an, weniger auf die Tagesordnung
[illegible] nächsten Parteitages. Wir würden es freilich für sehr erwünscht halten, daß
[illegible] nächste Parteitag die Frage gründlich erörtert.

Digitized by Google

Liebknecht empfiehlt Antrag 110, den Generalstreik auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Die Spandauer Genossen, von denen der Antrag ausgeht, verstehen unter dem Generalstreik den politischen Streik, nicht den eigentlichen Generalstreik. Beide Begriffe werden ja oft durcheinander geworfen. Die Frage des Generalstreiks ist sehr alt und nicht etwa von Friedeberg erfunden. Unsre Bruderparteien im Ausland diskutieren sie seit ihrer Entstehung und in Deutschland hat sie vor einigen Jahren Bernstein wieder zur Debatte gestellt; auch Kautsky, Parvus und Klara Zetkin verteidigen den Generalstreik. Schon diese Tatsache müßte verhindern, daß unser Antrag einfach als lächerlich abgehalftert wird, wie es in dem Begrüßungsartikel der „Chemnitzer Volksstimme" zum Parteitag geschehen ist. Von dem Genossen Friedeberg rücke ich auf das allerschärfste ab. Die Spandauer Versammlung, in der der Antrag beschlossen wurde, verschluckte allerdings Friedeberg mit Haut und Haaren. Das lag aber wohl daran, daß die Spandauer Genossen ihn nicht kannten. Die Ausführungen Friedebergs sind in der Tat unerhört; auf den Generalstreik im Sinne Friedebergs paßt allerdings das Wort Auers: Generalstreik ist Generalunsinn. Friedeberg propagiert den Generalstreik im anarchistischen Sinne; er ist nichts als ein aufgewärmter Nieuwenhuis. Das Auftreten Friedebergs widerspricht den primitivsten Interessen der Partei. Es steht im Gegensatz zu allem, was die Partei bisher war und getan hat. (Sehr richtig!) Er stellt den Parlamentarismus in Gegensatz zur Gewerkschaftsbewegung, weil diese von den Gegnern unabhängig sei. Das ist einfach unrichtig. Ueberall haben unsre Gewerkschaften mit den Tücken der Gegner zu kämpfen. Sobald wir keine politische Bewegung, sondern nur Gewerkschaften hätten, könnten die Gegner jeden Tag die Gewerkschaften einfach von der Bildfläche wegwischen. Formell stände dem nichts entgegen. Tatsächlich allerdings steht jetzt hinter den Gewerkschaften eine so gewaltige Macht, daß die Gegner nicht leicht wagen werden, dies Ventil für die Unzufriedenheit der Arbeiter zu verschließen. Daß es aber ganz ähnlich mit dem Parlamentarismus steht, werde ich noch auszuführen haben. Friedeberg sagt, unsre Bewegung könne vorwärts kommen nur durch freie Persönlichkeiten; auch das ist unrichtig. Gerade die bedrückten Persönlichkeiten, die gewissermaßen fasziniert sind durch das Gefühl der allgemeinen Unterdrückung, sind es, die unsre Bewegung unwiderstehlich machen. Wir erstreben auch durchaus nicht die absolute Freiheit des Einzelnen. Die Pflichten an der Solidarität, die allerdings hoffentlich freiwillig übernommen werden, können nie verschwinden. Die Konsequenz des Friedebergschen Standpunkts ist der Anarchismus. Denn wenn — wie er ausdrücklich hervorhebt — der Anarchismus einen Fortschritt über den Sozialismus bedeutet und diesen in sich schließt, weshalb sollten wir denn Sozialdemokraten bleiben. Haben wir uns denn je gescheut, mit unsren Idealen möglichst weit in die Zukunft hinauszugreifen? — Ich habe mich so scharf gegen Friedeberg gewandt, weil dieser die Idee des Generalstreiks diskreditiert und mir an einer ernsten sachlichen Debatte der Frage, um die ich Sie dringend bitte, sehr viel liegt. (Die Redezeit ist abgelaufen. Der Redner meldet sich von neuem zum Wort.)

Katzenstein-Charlottenburg: Ich habe über die Alkoholfrage zu sprech
(Rufe: Oh! Oh!) Ihre Zustimmung beweist mir (Große Heiterkeit), daß ich
einen minder unfruchtbaren Boden zu beackern habe, als die Anhänger
Generalstreiks. Wir Alkoholgegner müssen nun endlich aus der Beschieden it
herauskommen. Wir müssen daran erinnern, daß es Klara Zetkin gewesen t,
die auf dem Stuttgarter Kongreß die erste Anregung zur Behandlung der Alkol-
frage gegeben hat. Sie ist dem Antrag allerdings keine gute Mutter gewe n
(Heiterkeit), sondern hat ihn rauhen Männerhänden überlassen. (Heiterkeit.) Off n-
bar war sie zu schüchtern (Große Heiterkeit), so vielen Männern ihre Sin n

Digitized by Google

vorzuhalten. Die Alkoholfrage verdient, ernsthaft behandelt zu werden. Wir sozialdemokratischen Abstinenten halten uns von dem Blödsinn der bürgerlichen Abstinenten fern, der den Anti-Alkoholismus in den Kreisen der Arbeiterschaft diskreditiert hat. Besonders von frommer Seite sind solche Fehler begangen worden, die heuchlerisch Wasser predigt, während sie heimlich Wein trinkt. (Sehr gut!) Wir sind keine Mucker, die dem Volke keine Freude gönnen und die Erde in ein Jammertal verwandeln wollen, damit die Sehnsucht nach dem Himmel um so größer wird. Davon sind wir himmelweit entfernt. Wir wollen der Arbeiterklasse nicht ihre bescheidenen Freuden trüben, sondern im Gegenteil ihre Empfänglichkeit für größere und höhere Genüsse wecken. Ist doch die verdammte Bedürfnislosigkeit der Boden, auf dem der Alkoholismus wuchert und wiederum die Wirkung des Alkohols. (Sehr richtig!) Der hochverdiente, jetzt verstorbene Stefan Gschwind in der Schweiz, hat aus seinen Erfahrungen als Fabrikbesitzer geschrieben: „Ich muß konstatieren, daß die abstinenten Arbeiter die unzufriedenen Arbeiter sind. Die Alkoholtrinker arbeiten viel länger und erheben keine Ansprüche." (Widerspruch.) Er hat weiter darauf hingewiesen, daß die alkoholgegnerischen Arbeiter in bezug auf das Familienleben höhere Ansprüche erheben, als die alkoholtrinkenden; sie sehen es viel eher, wenn das Kind im zerrissenen Kleidchen umherläuft. Wir müssen den Mut haben, auch auf die Schäden hinzuweisen, die sich in der Arbeiterbewegung zeigen. Und da muß zugestanden werden, daß das Familienleben vielfach gehemmt und gestört wird durch den Alkoholkonsum. (Sehr richtig!) Dieser Alkoholkonsum aber wird durch Vorurteile verursacht. Dabei sind die Schäden, die der Alkohol verursacht, unendlich. Unser Genosse, Oberrichter Lang in Zürich, hat darauf hingewiesen, daß nach der Kriminalstatistik am Sonntag sechsmal soviel Körperverletzungen vorkommen, als vom Dienstag bis Freitag. (Hört!) Unter dem Einfluß des Alkohols kommt diese Vermehrung an einem Tage zustande, wo man meinen sollte, daß die Leute friedlich beieinander sitzen, während in der Woche doch viel mehr Konfliktsstoff vorhanden sein sollte. Dasselbe wie für die Körperverletzungen gilt für Totschlag und Sittlichkeitsverbrechen. Die Schädigungen, die der Alkohol auf gesundheitlichem Gebiete anrichtet, liegen ebenso klar zutage. Die Arbeiterkategorien, die in ihrem Berufe mit dem Alkohol zu tun haben, die Kellner und Brauer, haben eine zwei- bis dreifach höhere Sterblichkeit als die andern Berufe. Auch die Unfallgefahr steigt mit dem Alkoholgenuß. Nach der Reichsstatistik ist die Unfallziffer am Montag durchschnittlich viel höher als am Freitag, wo die Leute von der Arbeit doch ermüdet sind.

Nun sagt man: wir sind ja alle gegen den Suff! Der Alkoholgenuß muß sich in den Schranken vernünftiger Mäßigkeit halten. Ja, wenn die Selbstkontrolle so leicht wäre! (Sehr richtig!) Nun wäre es ja aussichtslos, die Partei auf die Abstinenz verpflichten zu wollen. Das wäre ja auch lächerlich, weil es ein Eingriff in die persönliche Freiheit wäre. Aber die Partei soll mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß sich die Arbeiterklasse ernster als bisher mit der Frage zu befassen hat. Das ist zu erreichen und das muß erreicht werden. In Mannheim hatten wir Alkoholgegner mit sehr viel Hohn und Spott zu kämpfen, jetzt aber besteht dort ein stattlicher Abstinentenverein, und der Genosse L mann, der an der Spitze steht, ist ein glänzendes Beispiel dafür, wie gut es d n Mitgliedern bekommt. (Heiterkeit.) Franz Joseph Ehrhart ist allerdings noch n ht gewonnen, aber den kriegen wir auch noch. (Stürmische Heiterkeit. Ehrh rt schüttelt den Kopf.) Am schlimmsten sind die Gefahren, die der Alkohol für d Nachkommenschaft mit sich bringt, die Kinder im Mutterleibe werden bereits g schädigt. Der Alkoholkonsum der Eltern ist die Ursache für die Entstehung von I ioten und Epileptikern. Auch die Mehrzahl der Mörder stammt von Alkoholikern a Daß Kinder unter keinen Umständen Alkohol erhalten dürfen, ist eine l berzeugung, die in Arbeiterkreisen noch lange nicht so verbreitet ist, wie in der

Digitized by Google

Bourgeoisie. (Sehr richtig!) Während in der Arbeiterklasse noch das Vorurteil besteht, daß der Alkohol Nährwert enthalte und daß schwächliche Kinder durch seinen Genuß dick würden, hält die Bourgeoisie viel mehr darauf, daß die Kinder keinen Alkohol bekommen, wenn sie auch selber trinkt. Die Lehrer haben festgestellt, daß die Kinder, die Alkohol trinken, in der Schule rückständig sind. Ja, wir wissen, daß sechs, sieben Jahre nach einem guten Weinjahr die unterste Schulklasse minderwertig ist. (Ehrhart: Es wird nur gesagt, es sei 'ne böse Schulklass'! — Heiterkeit.) Es ist beliebt bei uns, den Alkoholismus als Folge des Elends hinzustellen. Wo ist er aber am stärksten verbreitet? Doch unter den Corpsstudenten und in gewissen Kreisen der Offiziere. Diese armen Teufel besaufen sich aus geistigem Elend und nicht aus physischem. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch die Arbeiterschichten, denen es am schlechtesten geht, die russischen Juden, die Konfektionsarbeiter, die Textilarbeiter können nicht als Alkoholtrinker bezeichnet werden. Nein, die Alkoholseuche herrscht gerade in der besser situierten Arbeiterschaft. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Katzenstein bittet noch weiter reden zu dürfen. (Stadthagen: Sie sind unmäßig! Das ist es eben! — Heiterkeit.) Vorsitzender Dietz erklärt, keine Ausnahme machen zu können.

Leinert-Hannover wendet sich gegen Antrag 110. Dieser und Antrag 57 sind in einer Versammlung des Wahlvereins Hannover abgelehnt worden. Kniestedt und 88 Genossen haben dann auf einem Umwege, den das Statut zuläßt, die Anträge vor das Forum des Parteitages gebracht. Das muß konstatiert werden. Wollten wir Friedeberg folgen, so müßten wir unsre bisherige Taktik aufgeben. Friedeberg verfährt unehrlich, indem er mit einer in den 70er Jahren getanen antiparlamentarischen Aeußerung Liebknechts operiert, in der es heißt: „Was, wir sollten aus praktischen Gründen parlamenteln? Nur Verrat und Kurzsichtigkeit könnten uns dazu bringen." Damit geht man nun hausieren, und es ist nicht richtig, daß, wie der Vorredner sagte, es sich um den politischen Massenstreik bei den Antragstellern in Hannover handelt. Sie wollen den Generalstreik, so wie ihn Friedeberg propagierte, und nichts andres. Dieser Aeußerung des alten Liebknecht steht seine Aeußerung auf dem internationalen Kongreß 1890 gegenüber, wo er sich gegen den Generalstreik aussprach, und ausführte:

„Der Generalstreik ist ein Ding der Unmöglichkeit, da er eine so starke und einheitliche Organisation voraussetzt, wie sie zurzeit noch nicht existiert und in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt nicht existieren kann. Die englischen Arbeiter waren Ende der 30er und Anfang der 40er Jahre trefflich organisiert, weit besser, als es die Franzosen jetzt sind, und doch scheiterten ihre großen Streiks sowie andre Versuche einer allgemeinen Arbeitseinstellung.

Haben die Arbeiter aber erst einmal eine so starke Organisation, um den Generalstreik durchsetzen zu können, so werden sie sich hoffentlich nicht mit einem solchen begnügen, sondern einen besseren Gebrauch von ihrer Organisation machen. Dann sind sie die Herren der Welt. Und die Arbeit dann einzustellen, wäre erst recht eine grenzenlose Torheit."

Wenn man also mit Aeußerungen, die länger als 20 Jahre zurückliegen, agitiert, so treibt man damit nur eine die Partei schädigende Verwirrung. Friedeberg kann sich um so weniger auf Liebknecht berufen, als Liebknecht noch 1897 auf dem Parteitage in Hamburg die praktische Tätigkeit der Fraktion im Reichstage besonders hervorhob und damals die Waffe des Parlamentarismus empfohlen hat. Wir in Hannover haben es abgelehnt, den Antrag auf Besprechung des Generalstreiks zu stellen, und die 88 Leute, die den Antrag eingebracht haben, sind noch nicht einmal alle Genossen. Wir werden uns bei der Beratung des Organisationsstatuts die Frage vorzulegen haben, wie dem Unfug, daß auf solche Weise Anträge hier gestellt werden, ein Ende gemacht werden kann. Friedeberg will keineswegs den politischen Streik, sondern den Generalstreik.

Digitized by Google

auf diese Weise die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen. Friedeberg will durch den Generalstreik den Parlamentarismus nicht schützen, für ihn bedeutet er das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Bedeutet nun aber der Generalstreik das Ende der heutigen Gesellschaftsordnung, so müßte letztere ja blind sein, wenn sie nicht zu einer Zeit, in der sie noch die Macht besitzt, die Voraussetzung für ihr Ende — das Koalitionsrecht — beseitigte. Aber ich gebe zu bedenken, ob wir, wenn wir keinen Parlamentarismus mehr haben, noch das Koalitionsrecht besitzen. (Beifall.)

Pfannkuch: Es sind zur Begründung der vorliegenden Anträge die wunderbarsten Sprünge gemacht worden. Die Genossin Zetkin ist einmal unter die Männer versetzt worden (Heiterkeit), die die Anregung zum Generalstreik auf dem Gewissen haben. Katzenstein hat das Geschlecht wieder hergestellt und die Mutterschaft der Genossin Zetkin für die Alkoholfrage festgestellt. (Erneute Heiterkeit.) Doch sei dem, wie ihm wolle, ich bin der Ansicht, der heutige Parteitag kann gewiß beschließen, was auf die Tagesordnung des nächsten kommen soll. Was ist natürlicher, als daß einer der Punkte, die den nächsten Parteitag in erster Linie beschäftigen werden, die Schulfrage ist. Dazu kommt, daß heute noch gar nicht abzusehen ist, welche aktuellen Fragen im laufenden Jahre aufgerollt werden, zu denen der nächste Parteitag Stellung nehmen muß. Es trägt nicht zur Förderung der Geschäfte bei, wenn wir heute schon beschließen würden, wie die Tagesordnung des nächsten Parteitags sein soll, der Parteivorstand würde dann mit gebundenen Händen dastehen. Ich ersuche Sie aus diesen rein sachlichen Gründen um Ablehnung der Anträge 108, 109 und 110.

Ed. Bernstein: Die Debatte über den Generalstreik oder den politischen Streik ist nach meiner Auffassung in ganz falsche Bahnen gelenkt. Daß ich mich in den „Soz. Monatsheften" für den Generalstreik behufs Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts ausgesprochen haben soll, ist mir nicht erinnerlich. Ich habe jedoch in den „Soz. Monatsheften" und schon früher in der „Neuen Zeit" über den politischen Streik geschrieben und bin der Auffassung entgegengetreten, daß der politische Streik unter allen Umständen zu verwerfen sei. Wir haben ja in Belgien und Oesterreich die Erfahrung gemacht, daß unter bestimmten Konstellationen in der Tat der Massenstreik ein Mittel war, eine Bewegung zur Erkämpfung politischer Rechte zu unterstützen. Es handelt sich für mich darum, den Gedanken zu propagieren, daß die Zeiten kommen können, wo wir genötigt sind, zu stärkeren Formen der Demonstration zu greifen als etwa nur zu Versammlungsbeschlüssen. Ich bin, als vor einigen Jahren die Belgier in ihrem Generalstreik geschlagen wurden und sich Stimmen in der deutschen Parteipresse geltend machten, es sei damit der Beweis geliefert, daß der Generalstreik ein verfehltes Mittel sei, in Versammlungen diesem Gedanken entgegengetreten. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir, wenn man uns vielleicht zu überrumpeln und das Wahlrecht zu nehmen versucht, es nicht dabei bewenden lassen können, daß wir dagegen lediglich in Versammlungen protestieren oder gar sagen: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen! Der Name des Herrn sei gelobt in Ewigkeit! (Sehr gut!) Das geht nicht, dann müssen wir eben zu andren Mitteln greifen. Der Barrikadenkampf ist überlebt, unser einziges Mittel ist der politische Massenstreik. Ob er zum Siege führt, kommt ganz auf die Verhältnisse an. Bei dem Barrikadenkampf war das Hauptziel, zu demonstrieren und Unruhigkeit und Verwirrung in die Reihen der Gegner zu bringen. Das kann unter Umständen auch der politische Massenstreik bewirken. Stellen Sie sich doch vor, was es heißt, wenn Hunderttausende von Arbeitern streiken, wie viel Interessen da in Mitleidenschaft gezogen werden, wie ein solcher Streik die Strömungen, die den reaktionären Maßnahmen entgegentreten, stärken, wie er die Strömungen, die für die Reaktion eintreten, verwirren und uneinig machen kann! Ich gehöre keineswegs zu denen, die dafür schwärmen, daß der politische Streik auf die

Digitized by Google

Tagesordnung kommt, ich habe solchen Antrag nicht gestellt, ich bin auch nicht unglücklich, wenn er abgelehnt wird. Aber daß man sich über die Frage klar wird, das halte auch ich für notwendig. Sicher ist der politische Massenstreik eine außerordentlich zweischneidige Waffe. Wenn in einem romanischen Land, wo die anarchistischen Ideen propagiert sind, ohne Berücksichtigung der Machtverhältnisse der Massenstreik aus einem kleinen Anlaß heraus proklamiert wird und mit einer Niederlage endet, so ist das noch kein Grund, den Gedanken eines solchen Streiks zurückzuweisen. Wir müssen da unterscheiden, wir müssen vor Abenteurertum, vor Romantik warnen, aber wir dürfen nicht in das andre Extrem verfallen. Vor allem bei uns in Deutschland. Ich genieße ja den Ruf eines gemäßigten Genossen, und ich halte den Namen für einen Ehrennamen, ich nehme ihn gern auf mich, aber Mäßigung darf nicht gleichbedeutend sein mit Schwäche, mit Energielosigkeit. Mäßigung heißt nur, abwägen, was man zu leisten imstande ist. Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, daß ich dabei irgendwie provokatorisch auftrete. Jaurès hat in Amsterdam hervorgehoben — und wir alle wissen das ja —, daß das deutsche Volk, abgesehen von dem Jahre 1848, das ja schnell genug vorüberging, keine revolutionäre Tradition hat; ich bin erstaunt, wie uns der Gehorsam gegen die Polizei eingeimpft ist, wie still man z. B. Versammlungsauflösungen über sich ergehen läßt. Andrerseits haben wir damit zu rechnen, daß wir eine starke Arbeitermasse haben, stark an Zahl und an Bedeutung und daß man in diesen Arbeitern nicht den Gedanken aufkommen lassen darf, daß sie zu jeder Zeit widerstandslos alles über sich ergehen lassen müssen und höchstens durch Versammlungsbeschlüsse protestieren dürfen. Man muß die Arbeiter mit dem Gedanken vertraut machen, daß Umstände eintreten können, wo sie zu einer stärkeren Form der Demonstration zu greifen haben. Wir wissen natürlich nicht, welches das Resultat eines solchen Widerstandes sein würde, aber wenn man etwa versuchen wollte, uns das Wahlrecht zu nehmen, so hoffe ich, wird unter den deutschen Arbeitern der Gedanke, daß sie unter keinen Umständen auf dieses Recht verzichten dürfen, so stark sein, daß sie alle Formen des Widerstandes ergreifen werden, über die sie verfügen. (Beifall.) Und wenn sie dann geschlagen werden, dann lieber mit Ehren unterliegen, als sich das Wahlrecht nehmen lassen, ohne irgend einen Versuch des Widerstandes. (Lebhafter Beifall.)

Braun-Königsberg spricht zur Alkoholfrage. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen. Um die Schädigung der Volksgesundheit durch übermäßigen Alkoholgenuß zu erkennen, braucht man nicht gerade zu den oft recht zweifelhaften Schlußfolgerungen aus Statistiken zu greifen, man braucht nur einmal die Akten der Invalidenversicherung durchzusehen, um zu sehen, welche Verheerungen der Alkoholismus in unserm Volke anrichtet. Wer das einsieht, kann die Frage nicht als nebensächlich abtun und sich einfach damit trösten, der Alkoholismus sei lediglich die Folge des sozialen Elends. Das ist gar nicht mal immer richtig. Im einen Fall ist der Alkohol die Folge des sozialen Elends, im andern die Ursache. Es handelt sich hier um eine soziale Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die kann man nicht leichthin damit abtun, daß man sagt, sie sei eine Folgeerscheinung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise und werde mit dieser verschwinden. Jedenfalls ist der Alkoholismus eine Stütz des Kapitalismus und hemmt unsre auf die Beseitigung der kapitalistische Gesellschaft gerichtete Bewegung, insbesondere in den rückständigen Gebiete ungemein. Geben wir das zu, und das kann wohl kaum bestritten werden, dann haben wir die Pflicht, den Alkoholismus ebenso wie jedes andre Hemmnis, da der Verwirklichung des Sozialismus entgegensteht, zu bekämpfen. Diese Notwendigkeit sehen Versammlungsredner und Agitatoren nicht so sehr ein, wo aber die Genossen, die die Kleinarbeit der Organisation haben. Ich will nic die Abstinenz empfehlen, das gehört nicht auf den Parteitag, auch will

Digitized by Google

nicht dafür plädieren, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. Ich halte die Frage für vollkommen spruchreif; wir können ohne weiteres zum Ausdruck bringen, daß mehr als bisher auf die schädigende Wirkung des Alkohols hingewiesen werden soll. Es muß die Erkenntnis durchdringen, daß der Alkohol unsre Bewegung schädigt. Deshalb stimmen sie der Königsberger Resolution (101) zu. (Sehr richtig!)

Grenz-Leipzig: Daß alle, welche für die Generalstreik-Idee eintreten, „von der Gewerkschaftsbewegung praktisch wenig oder gar nichts verstehen", wie die „Chemnitzer Volksstimme" in ihrem Artikel zum Parteitag schreibt, stimmt nicht. Es gibt Genossen, die, wie ich, sich der Verantwortlichkeit in dieser Frage voll bewußt sind. War ich doch schon vor über zwanzig Jahren berufen, einen größeren Streik zu leiten und bin bis heute praktisch für die Gewerkschaftsbewegung tätig. Und doch können Verhältnisse eintreten, unter denen man für den Generalstreik eintritt. Ich glaube daher nicht, daß man den Generalstreik einfach für indiskutabel erklären kann. Daß mit der zunehmenden Stärke der Gewerkschaften die Frage des Generalstreiks hinfällig werde, halte ich nicht für richtig. In Sachsen hat man trotz der großen Organisation das Wahlrecht verschlechtert; angesichts solcher Vorgänge können wir die Diskussion des Generalstreiks nicht einfach ablehnen. Die Wucht der Tatsachen wird uns zur Diskussion zwingen. Und da sage ich: je eher, um so besser. Ich bin ein Gegner Friedebergs. Wenn Sie aber die Diskussion einfach ablehnen, so werden wir bald mehr Friedeberge bekommen. Nehmen Sie also den Antrag 110 an oder überweisen Sie ihn wenigstens dem Vorstande.

Dr. Liebknecht-Berlin geht zum positiven Teil seiner Ausführungen über den Generalstreik über. Es wird gesagt: Wenn wir den Generalstreik machen *können*, brauchen wir ihn nicht mehr. Das ist unrichtig. Wir können in den Generalstreik *hineingedrängt* werden durch aktuelle politische Fragen. Gewiß, der Gedanke, die bürgerliche Gesellschaft durch den Generalstreik auszuhungern, ist lächerlich. Für mich handelt es sich um den politischen Massenstreik, der nur unter Umständen die Form des eigentlichen Generalstreiks annehmen kann. Mit solchen Rechenexempeln aber wie daß die Arbeiter ihre kümmerlichen Vorräte schneller aufzehren würden als die Besitzenden ihre reichlichen und daß der Massenstreik deshalb aussichtslos sei, kann man auch die Frage des eigentlichen Generalstreiks nicht lösen. Es gibt zu viel andre Faktoren, die zugunsten der Streikenden sprechen können. Ich weise auf die berühmten Hungerstreiks in Rußland hin, die auf dem Gedanken beruhen, durch Gefährdung des eignen Lebens einen Zwang auf die regierenden Gewalten auszuüben. Diese Streiks sind ein Beispiel dafür, wie durch Imponderabilien, durch Furcht vor Skandalen, durch Erweckung menschlicher Empfindungen doch ein Eindruck erzielt werden kann. Es heißt, wir dürften den Massenstreik nicht diskutieren, weil wir den Gegnern unsre Pläne nicht enthüllen dürfen. Das wollen wir gar nicht. Wann wir den Generalstreik inszenieren wollen und in welcher Form, darüber sprechen wir ja gar nicht. Es ist richtig, wir können nicht für alle Eventualitäten Vorsorge treffen; wir müssen darauf vertrauen, daß die Massen das lebendige Gefühl des Klassenkampfs haben und im gegebenen Fall das Richtige finden werden. Man erinnere sich der interessanten Ausführungen der Genossin Luxemburg über die Entwicklung der Taktik in der russischen Arbeiterbewegung. Aber müssen doch die Mittel, die wir schon heute als brauchbar erkennen, diskutieren. Ist nicht Sachsen ein Menetekel für die Partei? Man sagt, das Reichstagswahlrecht ist uns geblieben. Aber wenn uns auch das genommen wird? Dann sollen wir in die Kommunen gehen. Aber wenn uns auch da der Zugang genommen wird? Dann bleiben die Gewerkschaften. Aber wenn uns das Koalitionsrecht genommen wird? Was tun wir dann? Es ist nicht sicher, daß wir unter allen Umständen eine Kraftprobe vermeiden können. Es

Digitized by Google

kann der Fall eintreten, wo wir unsre Macht, von der wir jetzt einen mehr formalen Gebrauch machen, realisieren und manifestieren müssen. Das geschieht in der drastischten Form durch die Entfaltung eines Massenstreiks. Das ist der Gedanke, den die Partei in sich aufnehmen muß. Es besteht in der Tat eine gewisse Gefahr für die Partei, die Gefahr des Verrostens in bezug auf die Kampfesmittel. Wir sind verwöhnt in Deutschland, trotz des Sozialistengesetzes, weil uns auch da das Wahlrecht nicht genommen worden ist. Dazu kann es aber kommen, und wir müssen darauf gerüstet sein. Es heißt, denken Sie an Pfannkuchs Bericht, man solle den Teufel nicht an die Wand malen. Aber der Teufel ist doch leibhaftig da; es wäre Vogelstraußpolitik, wenn wir das leugnen wollten. Und Genossen, wie sollen wir die ganze Welt erobern, wenn wir nicht einmal imstande sind, unsre wenigen Grundrechte, die wir schon haben, zu verteidigen, unsre jetzigen Positionen zu halten?! Dazu ist es notwendig, den Massenstreik zu diskutieren. Wir wollen Ihnen gar nicht empfehlen, ihn ohne weiteres als neues Kampfmittel zu akzeptieren. Wir wünschen vorläufig nur eine Diskussion und damit eine gewisse Sympathiekundgebung für den Grundgedanken. Toujours en vedette, stets auf den Posten sein, komme was kommen mag, ist erste Pflicht und Lebensinteresse der Partei. Jener ganz gefährlichen Feindseligkeit gegen den Grundgedanken des Massenstreiks gilt es entgegenzutreten. Die Frage des Massenstreiks ist die aktuellste Frage unsrer gegenwärtigen und künftigen Politik. Gehen Sie nicht mit Lächeln darüber hinweg. Erfassen Sie den Wert dieser Frage und unsre Partei wird gerüstet sein!

Es ist ein Antrag Dr. Gradnauer eingelaufen: Die Anträge 108, 109, 110 dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. — Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Frau Zetkin-Stuttgart: Genossen und Genossinnen, ich halte es für das beste, wenn man zur Festsetzung der Tagesordnung des nächsten Parteitages dem Parteivorstande freie Hand läßt (Sehr richtig!) und nicht jetzt schon Beschlüsse faßt, welche ihn verpflichten, diese oder jene Frage unter allen Umständen auf die Tagesordnung setzen zu müssen. Andrerseits muß ich erklären, daß ich allerdings der Ansicht bin, daß eine ausführliche und gründliche Erörterung der Idee des politischen Massenstreiks zu einer unabweisbaren Notwendigkeit für die Partei geworden ist. Sie wird nicht bewirken die Begriffe zu verwirren, nein umgekehrt, sie wird die Verwirrung, die vorhanden ist, klären und beseitigen. Wir müssen unbedingt zu einer Klärung kommen der Konfusion, die in den Köpfen vieler Parteigenossen existiert bezüglich des Unterschiedes zwischen politischem Massenstreik und dem anarchistischen oder anarchistelnden Generalstreik als dem einen, ja einzigen und vorzüglichsten Mittel zur Herbeiführung der sozialen Revolution. Wir müssen Klarheit darüber schaffen, daß der politische Massenstreik von dem Generalstreik nicht nur grundverschieden ist, sondern daß der politische Massenstreik auch nicht in Betracht kommen kann, wie es Friedeberg vorschlägt, als ein Mittel, um den Parlamentarismus zu ersetzen oder überflüssig zu machen, gewissermaßen als ein Surrogat für den Parlamentarismus. Nein, der politische Massenstreik kann nur unter bestimmten geschichtlichen Umständen in Betracht kommen gerade als ein Mittel, die parlamentarische Aktion des Proletariat zu erhalten und sie vielleicht erst möglich zu machen, besonders auch, um ihr durch den Massentritt der Arbeiterbataillone immer mehr Nachdruck zu geben, durch jenen Druck der Massen von außen her, von dem der verstorbene Genosse Liebknecht so oft gesprochen hat. Ueber alle die verschiedenen Fragen, die hier in Betracht kommen, muß Klarheit geschaffen werden, und so sehr ich mich in meiner Auffassung und Bewertung des politischen Massenstreiks in schärfster Weise grundsätzlich von der Auffassung des Genossen Friedeberg unterscheide, genau so unter-

Digitized by Google

scheide ich mich, und geniere mich gar nicht, das zu erklären, von denjenigen, die mit dem Worte — „Generalstreik ist Generalunsinn" — die ganze Frage ein für allemal erledigt wähnen. Geschichtliche Umstände können uns zwingen, den politischen Massenstreik nicht a priori aus der Reihe der möglichen, vielleicht absolut notwendigen Kampfes- und Aktionsmittel auszuscheiden. Freilich eins müssen wir da betonen: Daß der politische Massenstreik nun und nimmer das Mittel sein kann, die kleine mühselige Tagesarbeit in Agitation und Organisation auf gewerkschaftlichem und auf politischem Gebiet zu ersetzen und überflüssig zu machen: Nein, im Gegenteil, die Bedingungen, unter denen ein Massenstreik ausgeführt werden kann, erfordern eine ungemein große Summe Organisation, Zielbewußtsein und vor allen Dingen von fester Selbstdisziplin, die sich nicht einschüchtern, aber auch nicht unklug provozieren läßt. Daraus geht hervor, daß die bloße Idee des politischen Massenstreiks unauflösbar verbunden ist mit der intensivsten und nachdrücklichsten Arbeit für die Aufklärung der Massen und ganz besonders für ihre gewerkschaftliche und politische Organisation.

Noch einige Bemerkungen zu der hier angeregten Frage des Alkoholismus. Genosse Katzenstein hat mich als Mutter des Antrages reklamiert, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen. Ich bekenne, daß ich eine Rabenmutter bin, denn ich erinnere mich dieses Kindes ganz und gar nicht. (Große Heiterkeit.) Wenn jemand so lange im Parteileben steht und so lebhaften Anteil daran nimmt, wie ich, dann ist es wohl möglich, daß er einmal in einer Frage seine Meinung ändert. Heute bin ich jedenfalls nicht mehr der Ansicht, daß die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen sei. Man soll die Aktion der Partei nicht in dieser ganz offiziellen Weise mit einem Gegenstande, wie der Alkoholfrage, verknüpfen. (Sehr richtig!) Dagegen unterschreibe ich, was Genosse Katzenstein gesagt hat über die Schädlichkeit des Alkoholismus insbesondere aber über den verderblichen Einfluß des Alkoholismus auf Kinder. Mich durchzuckt jedesmal ein Gefühl der Empörung, und ich empfinde es als ein Verbrechen, wenn ich sehe, wie Eltern mit Stolz ihren Kindern Alkohol einflößen. Ebenso stimme ich ganz mit der Auffassung Katzensteins überein, daß, soweit der Alkoholismus als Massenerscheinung in Betracht kommt, er die Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, daß aber andrerseits das, was hier Wirkung ist, individuell zur Ursache einer Verschärfung und Steigerung des Elends werden kann. Töricht wäre es auch, wollten wir uns der Ansicht verschließen, daß für rückständige, auf der tiefsten Stufe des wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Elends stehende Bevölkerungsschichten der Schnapsteufel ein Hindernis für die Ausbreitung unsrer Ideen und für die Vertiefung unsres Kampfes auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete ist. Er täuscht ja den Arbeiter über das Elend hinweg, das der Kapitalismus über ihn bringt, er zermürbt und zerstört seine Kampfeskraft und seine Kampfesfähigkeit. Ich betone außerdem ausdrücklich, daß die bürgerliche Bewegung gegen den Alkoholmißbrauch bis jetzt einen Bankrott bedeutet, weil sie sich einseitig auf das Predigen legte und vom Moralpredigen nicht übergegangen ist zu positivem Wirken in praktischer fruchtbringender Sozialpolitik, weil sie darauf verzichtet, für die Massen des Volkes Einrichtungen zu schaffen, welche ihm eine höhere Lebenshaltung und einen höheren Lebensgenuß ermöglichen. (Lebhafte Zustimmung.) Will die bürgerliche Anti-Alkoholbewegung den Alkoholteufel wirksam bekämpfen, dann heraus ihrerseits mit der Agitation für den Achtstundentag! Möge sie für das Volk Einrichtungen schaffen, wie Volksbibliotheken, Lesehallen, gute Theater, Volkskonzerte, möge sie die Museen öffnen lassen auch des Sonntags, des Abends, wenn der Arbeiter allein die Möglichkeit hat, diese Kulturgüter zu genießen. Ich schließe mit der Aufforderung an Sie, den Antrag, den Genosse Braun-Königsberg begründet hat, anzunehmen, d. h. auszusprechen, daß wir es für eine Pflicht der Parteipresse und der Parteibewegung

Digitized by Google

überhaupt halten, mit allem Nachdruck auf die Gefahren des Alkoholismus hinzuweisen. Wir werden damit den Kampf gegen den Kapitalismus nicht schwächen, nein, ihn stärken und ihm neue Streiter zuführen. (Lebhafter Beifall.)

Katzenstein-Charlottenburg: Nach den Ausführungen der Genossin Zetkin, für die ich ihr dankbar bin, brauche ich über die Alkoholfrage nichts mehr zu sagen. Nur noch wenige Worte zur Frage des Generalstreiks. Liebknecht hat Friedeberg unrecht getan. Dieser hat nicht gesagt, das Koalitionsrecht könne den Arbeitern nicht genommen werden, sondern die Möglichkeit, zu streiken. Wenn der Genosse Friedeberg gesagt hat, daß wir in letzter Linie nicht nur den Kapitalismus, sondern die Zwangsform des Staates überhaupt bekämpfen, so kann er sich dabei auf Genossen wie Engels, Kautsky und Bebel berufen, die dasselbe gesagt haben. Im übrigen liegt es mir fern, die Auffassung Friedebergs, der den Parlamentarismus verwirft, mir zu eigen zu machen. Aber mit Recht haben Bernstein und Grenz darauf hingewiesen, daß wir uns klar werden müssen über die Frage: Was tun wir, wenn es so weit ist? Das Wort: „Man soll den Teufel nicht an die Wand malen", paßt nicht, denn der Teufel wartet nicht auf uns. Es ist gefährlich, Vogelstrauß-Politik zu treiben. Eigentümlich hat es mich berührt, daß der ganz rechts stehende Genosse Turati sagen konnte: „Soweit wie unsre sächsischen Genossen braucht man die Gesetzlichkeit nicht zu treiben." Was schließlich geschehen wird, hängt davon ab, was die Gegner von uns erwarten, und was wir uns selbst zutrauen. Da stimme ich den Worten Bernsteins zu: „Lieber ehrenvoll unterliegen, als ohne Ehre das einzige Volksrecht, das uns heute geblieben ist, preisgeben."

Klühs-Breslau ersucht, die vorliegenden Anträge dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag (101) wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag Gradnauer, die Anträge 108—110 dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit beschließt der Parteitag auf Vorschlag des Vorsitzenden Dietz, das Referat Ledebours über die parlamentarische Tätigkeit erst in der Nachmittagssitzung entgegenzunehmen, und die Zeit bis zum Eintritt der Mittagspause mit der Unterstützungsfrage der zum „Parlamentarischen Bericht" vorliegenden Anträge auszufüllen.

Die Anträge zerfallen in verschiedene Gruppen. Die erste Gruppe, die Anträge 12 und 13, beziehen sich auf den „Fall Schippel". Diese Anträge werden genügend unterstützt. Dagegen finden die Anträge 14, 15 und 119, die sich auf die Frage der Landtagswahl beziehen, nicht genügende Unterstützung. — Von den eigentlichen Anträgen zur parlamentarischen Tätigkeit werden die Anträge 42, 43, 44 und 47 unterstützt, die Anträge 45, 46 und 48 nicht. Die sonst noch vorliegenden Anträge 99, 102, 103 und 104 werden nicht unterstützt.

Vorsitzender Dietz: Zahlreiche Delegierte wünschen, daß der Parteitag ein Begrüßungstelegramm an Auer und Singer senden möge (Beifall), für das folgender Wortlaut vorliegt:

„Der Parteitag bedauert tief, die Genossen Auer und Singer nicht in seiner Mitte zu sehen, und spricht den bewährten Führern die herzlichsten Wünsche auf baldige Wiederherstellung aus. Der Parteitag."

(Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag beschließt einstimmig die Absendung der Telegramme.

Nunmehr tritt die Mittagspause ein.

Schluß 12¾ Uhr.

Digitized by Google

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Ebert eröffnet kurz nach 3 Uhr die Verhandlungen.

Zur Beratung kommt Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Zu den Anträgen, die in der Vormittags-Sitzung genügend Unterstützung gefunden haben, tritt auch die Resolution Bebels über den Fall Schippel (Resolution 133).

Die Diskussion soll sich zunächst auf die Anträge 42, 43, 44 und 47 erstrecken, dann sollen die Anträge 12, 13 und die Resolution 133 behandelt werden.

Berichterstatter zu diesem Punkt der Tagesordnung ist Genosse

Ledebour: Genossinnen und Genossen! Da ich im gedruckten Berichte die Stellung der Fraktion zu den verschiedenen Fragen ausführlich dargelegt habe, glaube ich mir ein Eingehen darauf ersparen zu können. In der Zeit, die mir hier zur Verfügung steht, möchte ich nur auf die Einwendungen eingehen, die nach Schluß der Session gegen die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion in Presse und in Versammlungen erhoben worden sind. Vorher muß ich aber noch eine Angelegenheit erörtern, die Angelegenheit des Genossen Schippel, die durch den Beschluß der Fraktion in Fluß gekommen ist. Wenn ich den Fall im schriftlichen Berichte nicht behandelt habe, so deshalb, weil dieser Bericht eine Schilderung unsrer Kämpfe im Parlament mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu geben hat. Der Fall Schippel ist aber eine innere Angelegenheit der Partei, die allerdings im Zusammenhange mit der Reichstagstätigkeit steht. Der zweite Grund, weshalb ich Abstand nahm, war der, daß nach meiner Meinung, als ich meine Arbeit abschloß, Schippel in seinen Auseinandersetzungen noch nicht über die Einleitung hinausgekommen war.

Man konnte damals nicht wissen, wann er zum Abschluß kommen würde. (Sehr richtig!) Wollte man die Darstellung Schippels in der „Chemnitzer Volksstimme" und nachher in den „Sozialistischen Monatsheften" und in Zuschriften an den „Vorwärts" als richtig annehmen, dann müßte man glauben, daß Schippel als getreuer Eckard der Partei sie vor den „Freihandelshaufierburschen" gewarnt hat, daß dann plötzlich aus unbegründeten Anlässen nachträglich ein paar „Stänker" oder „Krakeeler" — augenblicklich kann ich die Ehrentitel, die auf diese Genossen gefallen sind, nicht zusammenhäufen —, daß „berufsmäßige Denunzianten" den Konflikt herbeigeführt haben, um ihn eines Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei zu zeihen, und daß daraufhin die Fraktion sich hat verleiten lassen, an ihn die Aufforderung zu richten, sich über seine Stellung zu der Zollfrage zu äußern. Tatsächlich hat sich die Sache nicht so entwickelt. Bekanntlich bestand der Hauptkampf unsrer Partei, den insbesondere auch die Reichstagsfraktion in den letzten Jahren durchzukämpfen hatte, in der Gegnerschaft gegen die Zollpolitik der Regierung. Man kann über die Wichtigkeit der Frage der Handelspolitik für die Sozialdemokratie verschiedener Meinung sein und sicher gibt es für uns wichtigere Fragen. Aber wie gesagt, in den letzten Jahren war die Frage der Handelspolitik für uns eine akute Frage, die uns leidenschaftlich erregte und mit der wir die Volksmassen in Erregung gebracht haben. **Wenn jemals im Laufe der Geschichte die Partei und ihre Fraktion ihre Pflicht im vollsten Maße getan haben, so war es bei der Zollaktion, und den Beweis dafür, daß unsre damalige Taktik die richtige war, hat ganz sonnenklar der Ausfall der letzten Reichstagswahlen geliefert.** Wenn eine solche große und richtige Aktion die gesamte Partei beschäftigt, insbesondere die Genossen, die Wortführer der Partei sind, dann ist es eine selbstverständliche Pflicht eines

Digitized by Google

jeden Parteigenossen, vor allem eines Reichstagsabgeordneten, alles aufzubieten, um nach besten Kräften zur Unterstützung der Partei einzuspringen. Da haben wir nun die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß Genosse Schippel während dieser Kämpfe sich so ziemlich passiv verhalten hat. Wenn ich mich irre, werde ich mich gern berichtigen lassen. Aber nach meiner Erinnerung hat Genosse Schippel während der ganzen Kämpfe im Reichstage kein einziges Mal das Wort ergriffen; ich weiß auch nicht, ob er damals an den Kommissionsberatungen teilgenommen hat. Er hat nie eingegriffen, obgleich er, was seine Fähigkeiten und Kenntnisse anbelangt, einer der Berufensten gewesen wäre, um unsren Standpunkt zu verteidigen, wenn er überhaupt mit den Anschauungen der Partei übereinstimmte. Das ist natürlich die Voraussetzung. Wir verlangen von keinem, daß er seine Ueberzeugung verleugne, daß er etwas redet, was er selbst nicht glaubt. Man kann ja nun anführen, daß Schippel, wenn er in dieser Frage andrer Ansicht war als die Partei, deshalb der Partei noch nicht den Rücken zu kehren und auch sein Mandat nicht niederzulegen brauchte: Er konnte sagen: Ich will der Partei in dieser Situation keine Schwierigkeiten bereiten, es bleibt mir also nichts übrig als zu schweigen. Dann hätten wir keinerlei Anlaß gehabt, uns mit dem Verhalten Schippels hier zu befassen. Aber Schippel hat nicht geschwiegen in dieser Zeit, er hat außerhalb des Reichstages schriftliche Auseinandersetzungen und Erörterungen über die Handelspolitik, die Zollpolitik insbesondere, zum besten gegeben, die direkt gegen diejenigen Anschauungen ankämpften, die wir vertreten. Er selber bestreitet das, glaube ich, nicht. Wenigstens entnehme ich aus seinen letzten Ausführungen, daß er zugibt, in seinem Buche „Die Grundzüge der Handelspolitik“ und in den Versammlungen, die er im Laufe der letzten Jahre über Handelspolitik abgehalten hat, im wesentlichen die Argumente vorgebracht zu haben, die seitens der Interessenten in den bürgerlichen Parteien für die Schutzzölle und Agrarzölle geltend gemacht worden sind. Auch dafür hat er ja eine Erklärung. Er sagt, es ist wichtig, daß die Parteigenossen die Ansichten und Gründe des Gegners kennen lernen. Das ist richtig. Aber darin weiche ich durchaus von Schippel in meiner Auffassung ab: Ein Parteigenosse kann es für gerechtfertigt, ja für seine Pflicht halten, die Partei in weitestem Maße aufzuklären über die Fragen der Handelspolitik, wie sie in den Köpfen bürgerlicher Politiker und Interessentenkreise sich abspielen, aber für einen Sozialdemokraten, meine ich, knüpft sich daran die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, im Anschluß daran nachzuweisen mit all dem wissenschaftlichen Rüstzeug, das ihm zu Gebote steht, weshalb wir diese gegnerischen Anschauungen nicht akzeptieren können (Zuruf Bebels: Sehr richtig!), weshalb wir sie verwerfen müssen und in welchen Punkten sie töricht sind; das hat eben Genosse Schippel unterlassen. In den letzten Jahren haben sich im Reichstage — ich sehe von den Preßäußerungen ab — die gegnerischen Politiker wiederholt auf Schippel berufen. Ich erinnere nur daran, daß z. B. Herr v. Heyl zu den hervorragendsten Bewunderern Schippels gehört. Häufig wurde darauf hingewiesen: Seht einmal, so denkt euer bedeutender Kopf, der Sozialdemokrat Schippel, über diese Frage. Bemerken will ich, daß in der gegenwärtigen Zeit für einen Sozialdemokraten nicht viel dazu gehört, von den bürgerlichen Politikern für einen bedeutenden Kopf erklärt zu werden; er braucht nur in irgend einem wesentlichen Punkte gegen die Partei zu polemisieren, dann gilt er sofort als „bedeutender Kopf“: dafür kann er nicht, das liegt in der Praxis der bürgerlichen Politiker. Jedenfalls aber haben die bürgerlichen Politiker sich auf Schippels Bücher berufen. Sie haben herausgelesen, daß Schippel innerlich Agrarschutzzöllner ist und haben selbstverständlich, was man ihnen nicht verargen kann, diese günstige Gelegenheit benutzt, um zu zeigen, daß auch innerhalb der Sozialdemokratie agrarzöllnerische Ideen um sich greifen und hervorragende Vertreter gewonnen haben. Was hat

Digitized by Google

Schippel im Reichstage getan? Wenn solche Sachen vorkamen, hat er, ohne eine Miene zu verziehen, dagesessen, als wenn die Sache ihn gar nichts anginge. Sein Verhalten erinnerte mich immer an das, was Goethe im zweiten Teil des Faust von den Sphinxen sagt:

„Sitzen vor den Pyramiden
Zu der Völker Hochgericht,
Ueberschwemmung, Krieg und Frieden —
Und verziehen kein Gesicht.

(Heiterkeit.) Andre Genossen traten im Reichstage auf, um die Berufung der Gegner auf Schippel abzuweisen.

Sie konnten immer nur erklären: Sie irren sich, Schippel ist kein Agrarschutzzöllner. Er hat den Aufruf der Fraktion mit unterschrieben, der in flammenden Worten der Entrüstung den Brotwucher gebrandmarkt hat. Schippel aber hat geschwiegen; ja, es ist wiederholt vorgekommen, daß Schippel in Versammlungen von Parteigenossen derartige Ansichten geäußert hat. Eine Versammlung, über die durch Zufall ein ausführlicher Bericht gebracht wurde, hat Anlaß dazu gegeben, daß die Sache akut wurde und in der Fraktion zur Erörterung kam. Schippel behauptet, das war eine abgeschlossene Versammlung organisierter Parteigenossen, von denen man voraussetzen darf, daß sie nicht irre geführt werden, selbst wenn der Redner sich darauf beschränkt, die Anschauungen agrarischer Interessenkreise zur Darstellung zu bringen. Das ist ein Irrtum. Es war allerdings eine Wahlvereinsversammlung, aber jeder von uns, der im Parteileben steht, weiß, daß zu Parteiversammlungen, die in der Parteizeitung des Ortes angekündigt sind (Zuruf: Das war sie nicht!), jeder Zutritt hat, daß es nahezu dasselbe wie eine öffentliche Versammlung ist. Ja, selbst dann, wenn es nur organisierte Parteigenossen waren! Bei aller Hochachtung vor denselben — ich glaube sie nicht zu kränken, wenn ich sage, daß überall unter den organisierten Parteigenossen nur ein kleiner Bruchteil vorhanden ist, der in der Handelspolitik so beschlagen ist, daß er imstande wäre, die ausführlich, mit Wärme und logischer Konsequenz vorgetragenen Anschauungen eines auf diesem Gebiete als Autorität geltenden Genossen zu widerlegen oder auch nur so zu ergänzen, daß das Bild herauskommt, das wir uns von diesen Dingen machen.

Mit dieser Frage haben sich unsre Genossen im allgemeinen nicht so eingehend beschäftigt. Schippel hätte alles aufbieten müssen, um zu verhindern, daß eine Verwirrung entsteht. Verwirrung ist tatsächlich entstanden; nicht nur bei den Genossen, sondern auch bei den Gegnern ist die Anschauung durchgebrochen, daß Schippel im Herzen Agrarschutzzöllner sei. Daß sogar Genossen in leitender Stellung dieser Anschauung sind und sich durch Schippel verwirren lassen, davon haben wir den besten Beweis in dem bewährten Genossen Enders in Chemnitz (Sehr richtig!), der sich unter der warnenden Stimme des getreuen Eckard Schippel zum Schutzzöllner, ja sogar zum Agrarschutzzöllner entwickelt hat und bis zuletzt des Glaubens war, daß sein verehrter Abgeordneter und Lehrer die gleiche Stellung einnimmt. Also selbst der Mann, der Schippel am nächsten stehen mußte als Redakteur des Partei-Organs in Schippels Wahlkreise, hielt ihn im Herzen für einen Agrarschutzzöllner! Enders unterscheidet allerdings zwischen einem Bereicherungszoll und Schutzzoll. Aber das ist ziemlich gleichgültig. Ein Zoll kann bald als Bereicherungszoll und bald als bloßer Schutzzoll wirken. Diese Unterscheidung ist ganz künstlich. Die Fraktion mußte zu der Ueberzeugung kommen, daß Schippel im Herzen eigentlich Agrarschutzzöllner ist, daß er aber aus irgend welchen Gründen, vielleicht weil er sich noch selbst nicht ganz klar ist, vielleicht aus seelischen Gründen, die ich nicht erforschen kann, weil mir Schippel ja in manchen ein psychologisches Rätsel ist, nicht recht aus sich heraus will. Schippel sagte an einer Stelle seiner Darlegung: jahrelang sei es so gegangen, bis dann sich bei einem ganz harmlosen Anlaß ein großer Aufruhr gemacht sei. Ja,

Digitized by Google

so ist es immer: Wenn sich langsam die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit einer Position Bahn bricht, dann gibt man nicht ohne weiteres der Anwandlung nach, loszuschlagen. Daß es so lange gedauert hat, ist doch nur ein Zeichen der Toleranz der Fraktion. Es sind ja wiederholt Preßfehden von großer Schärfe zwischendurch entstanden mit Kautsky, der dem armen Schippel bekanntlich als ewiger Alp auf der Seele liegt. Die Rede im dritten Berliner Wahlkreise war der letzte Tropfen, der den Becher zum Ueberlaufen brachte. (Sehr richtig!) Es war gewissermassen ein spontaner Ausbruch, daß die Fraktion sagte: Wir müssen endlich einmal Klarheit über die Stellung Schippels haben. Das war der allgemeine Wunsch, der elementar zum Ausdruck kam.

Die Diskussion in der Fraktionssitzung drehte sich natürlich um die Form, in welcher Weise Schippel Klarheit schaffen sollte. Nun hat Schippel in seiner Zuschrift an die „Chemnitzer Volksstimme" vom 15. Dezember eine Erklärung abgegeben, die durchaus einen unrichtigen Eindruck über die Absicht der Fraktion erwecken muß. Er sagt, er hätte auf Anregung eines andern Genossen sich schließlich bereit erklärt, durch eine der Fraktion vorzulegende Erklärung den Zwischenfall für die Oeffentlichkeit aus der Welt zu schaffen. Sein Vorschlag sei aber aus geschäftsordnungsmäßigen Rücksichten gefallen, weil die Diskussion bereits geschlossen war. Allerdings hat Schippel seinen Vorschlag erst nach Schluß der Diskussion gemacht, und er ist aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen abgelehnt. Aber wer bloß diese Darstellung von Schippel liest, der muß glauben, daß, wenn sein Vorschlag rechtzeitig gemacht wäre, die Fraktion sich mit einer solchen Erklärung begnügt hätte. Das ist ein vollständiger Irrtum, der aktenmäßig widerlegt werden kann. Eine solche Erklärung hatten wir ja erst kurz vorher von Schippel bekommen. Er erklärte da, daß er noch genau auf demselben Boden stehe, wie bei Erlaß der Proklamation gegen den Zolltarif. Aber diese Erklärung genügte nicht, und deshalb wurde die bekannte Resolution beschlossen und in die Presse gebracht, damit die Genossen erfuhren, daß die Fraktion Klarheit verlangte. Die Resolution lief darauf hinaus, daß Schippel eine klare, unanfechtbare Auskunft über seine Stellung geben sollte. Nach dem, was vorgefallen war, konnte eine solche unanfechtbare Darstellung gar nicht in einer kurzen Erklärung gegeben werden. Ich bedauere es, daß unsre damalige Resolution nicht präziser gefaßt war. Der Kern der Frage war folgender: Wie vereinbart Schippel die Tatsache, daß er im Reichstage den Kampf der Fraktion gegen den Zolltarif unterstützt und den Aufruf der Fraktion unterschrieben hat, mit der andren Tatsache, daß er in den letzten Jahren ständig mit Argumenten operiert, die nur den Gegnern zu gute kommen? Wie will Schippel mit den schutzzöllnerischen Argumenten, die er vorgebracht hat, seine praktische Stellungnahme vereinbaren? Daß das nicht mit der Erklärung getan ist: Jawohl, ich bin Gegner der Schutzzölle, sondern daß die Gründe angegeben werden müssen, ist selbstverständlich. Nun, Schippel hat sich zunächst besonnen. Er hat mit einem gewissen Gleichmut, wie er ihn öfter an den Tag legt, zunächst erklärt, er wolle sich überlegen, ob er der Anregung der Fraktion Folge geben wolle. Er hat ihr aber dann doch Folge gegeben, aber die Art, wie er ihr Folge gegeben hat, war keine Antwort auf die Frage, die ihm gestellt war. Er hat uns längere historische Auseinandersetzungen gegeben über die Entwicklung der Agrarfrage in den mitteleuropäischen Staaten, insbesondere Deutschland. Er hat alle möglichen Genossen aus der Gegenwart und Vergangenheit zitiert (Zuruf Bebels: Falsch zitiert), die sich einmal zu den Schutzzöllen erklärt haben. Aber das wollten wir gar nicht wissen. Seine Stellung sollte er angeben, den unvereinbaren Widerspruch zwischen seinen Handlungen und seiner Schreiberei und Rederei sollte er lösen. Wir konnten das nicht, und eine Aufklärung mußte erfolgen im Interesse der Partei und

Digitized by Google

Parteigenossen, denen im Lande bei allen möglichen Gelegenheiten dieser große Nationalökonom Schippel als ein Knüppel zwischen die Beine geworfen wird. (Sehr richtig!) Das, was wir wissen wollten, hat Schippel nicht gesagt, bis heute noch nicht. Alle möglichen interessanten Ausführungen, die richtig oder unrichtig sein mögen, sind in diesen Artikeln zu finden. Dann kommt plötzlich die Erklärung: es ist mir nicht im Traum eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein. Die Leute, die das Gegenteil aus seinen Artikeln herausgelesen haben, werden verhöhnt; und das sind die ganze Partei und seine besten Freunde. (Sehr richtig!) Wie man dies psychologische Rätsel lösen soll, weiß ich nicht. Ich bin doch nicht dazu berufen, mich in so sonderbar geschraubte Seelenzustände zu versetzen. (Sehr gut!) Wenn ich nach der Ansicht andrer Leute urteilen würde, würde ich glauben, der Mann ist allmählich innerlich Schutzzöllner geworden, aber es ist ihm höchst peinlich, sich den Zwiespalt einzugestehen, in den er dadurch geraten ist. Deshalb sucht er sich auszureden und überhaupt dann natürlich diejenigen, die seine Widersprüche festnageln, mit allerlei Schmeichelreden. Auf die sachliche Frage gehe ich nicht ein, sondern erkläre nur für meine Person: — die Fraktion hat darüber naturgemäß noch nicht beraten — nach meiner Empfindung hat Schippel die Frage, vor die er gestellt worden ist, noch nicht beantwortet. Diese Antwort ist er uns vollkommen schuldig geblieben in 47 Spalten. (Sehr gut!) Was er getan hat, ist, daß er die Fraktion verhöhnt hat. (Lebhafte Zustimmung.) In der letzten Nummer des „Neuen Montagsblattes" ist ein Artikel enthalten, in dem mit meisterhaftem Geschick die Frage auf den Kopf gestellt wird. Es wird da so getan, als ob der Beschluß der Fraktion einen Eingriff in die Meinungsfreiheit enthielte. Es wird gesagt: „Gibt es ein Gebiet, wo die Meinungsfreiheit nicht mehr gelten soll? Die Frage stellen, heißt sie schon beantworten." Gewiß, wenn die Frage so stände, würden wir ebenfalls sagen: Nein, ein solches Gebiet gibt es nicht. (Bebel: Sehr richtig!)

Aber Parteigenosse Bernstein selbst macht in dem Artikel schließlich eine Aeußerung, in der er vielleicht ohne Absicht sagt, worum es sich handelt. Er führt aus, daß die Partei freiesten Meinungsaustausch nötig habe und von jedem Genossen den größten Mut der eignen Meinung verlangen müsse, der gestärkt werden müsse, wo er bedroht sei. Ganz richtig, Genosse Bernstein! Gerade, weil wir als Fraktion von Schippel wie von jedem andren Genossen den Mut der eignen Meinung verlangen müssen, deshalb haben wir ihn aufgefordert, endlich einmal seine eigne Meinung klar und unzweideutig zu erklären. (Lebhafte Zustimmung.)

Das ist also gerade das Gegenteil von Beschränkung der Meinungsfreiheit. Das ist Geburtshilfe der Meinungsfreiheit (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit) gegenüber einem Genossen, bei dem die eigene Meinung nicht zum Durchbruch kommen will. Das ist ein Kaiserschnitt. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.)

Nun zu andren Fragen. Antrag 42 fordert die Fraktion auf, in Zukunft alle kolonialen Forderungen abzulehnen. Der Antrag hat seinen Sprung in dem Mißfallen, das die Haltung der Fraktion in der Hererosache erweckt hat. Wir haben uns damals zunächst der Stimme enthalten. In den Zeitungsberichten über die Rede, die Bebel damals hielt, ist der Hauptgrund, der uns bewog, nämlich die Rücksicht auf die in ihrem Leben bedrohten Ansiedler, unglücklicherweise weggefallen. Das war unser wichtigster und, nicht etwa, daß wir den Maßnahmen gegen die Hereros an sich zustimmt hätten. Der schriftliche Bericht enthält ja schon das Nötige. Ein Teil der Genossen hat sich so geäußert, als ob die Neger das Recht hatten, die Weißen zu massakrieren. Das können wir nicht billigen. Gegenüber den Wilden müssen wir den Grundsatz vertreten: Gleiches Recht für alle. Es ist

auch nicht richtig, daß alle Ansiedler die Neger unterdrücken. Es sind ja doch auch Arbeiter, die auf den Farmen und in den Werkstätten tätig sind, es sind Frauen und Kinder darunter, von denen viele in Lebensgefahr waren. Wir Sozialdemokraten sind selbstverständlich Gegner einer ausbeuterischen Kolonialpolitik; aber nachdem das Deutsche Reich einmal diese Gebiete in Besitz genommen hat, hat es auch gewisse Pflichten übernommen, und zu diesen Pflichten gehört der Schutz des Lebens. Die Regierung hatte die Pflicht, das Leben der Ansiedler zu retten, deshalb haben wir, als die Regierung die Mittel dazu verlangte, nicht mit Nein gestimmt, sondern uns der Stimme enthalten. Dafür haben wir nicht gestimmt, weil im voraus zu sehen war, daß die Expedition sich nicht auf den Schutz des Lebens der Ansiedler beschränken würde.

Unser Verhalten ist nicht ohne Präzedenzfall. Im Jahre 1870, bei den Forderungen für den Krieg, haben sich unsre Vertreter ebenfalls der Stimme enthalten, desgleichen 1885 beim Dynamitgesetz. **Einen prinzipiellen Verstoß kann man also in der Stimmenthaltung nicht erblicken.** In der allgemeinen Abneigung gegen koloniale Unternehmungen innerhalb der kapitalistischen Aera sind wir uns alle einig. Aber trotzdem kann es Situationen geben, wo wir genötigt sind, positiv bessernd in die Kolonialpolitik einzugreifen. Man darf sich nicht auf den Standpunkt stellen: die Sache geht uns gar nichts an; denn sonst können wir nicht die Aufgabe erfüllen, schützend unsre Hand über die in den Kolonien Unterdrückten und Ausgebeuteten zu halten. Ein Vergleich mit den Chinawirren ist ganz haltlos, denn da handelte es sich um deutsche Soldaten, die gegen eine unabhängige Macht geschickt wurden. Der Antrag 42 ist ganz unannehmbar. Zu welchen Konsequenzen dessen Annahme führen würde, will ich Ihnen an zwei Beispielen zeigen: In der Budgetkommission handelte es sich einmal um die Finanzierung des ostasiatischen Expeditionskorps, eine Einrichtung, die wir aufs heftigste bekämpft haben; aber trotzdem wir schließlich alles ablehnten, haben wir doch den Antrag des Zentrums, an den Forderungen für Lazarette Abstriche zu machen, durch den Mund von Singer bekämpfen lassen, und mit Hilfe der Sozialdemokratie wurde der Antrag zu Falle gebracht; es war also ein Eintreten für koloniale Zwecke, die wir aus Humanitätsgründen bewilligten. Wir sagten uns, wenn unsre Soldaten dorthin geschickt werden, dann muß auch für genügende sanitäre Einrichtungen in ihrem Interesse gesorgt werden. Wäre damals Antrag 42 schon angenommen gewesen, so hätten wir nicht so handeln dürfen. Ferner werden Sie aus den Reichstags-Verhandlungen wissen, daß wir den Schutz der Neger in Togo gegen die Landspekulanten in die Hand genommen und die Rückerstattung der ihnen abgeschwindelten Ländereien an sie gefordert hatten. Ich habe damals im Namen der Fraktion erklärt, daß wir bereit seien, Gelder zu bewilligen, um aus Reichsmitteln das Land kostenfrei wieder zur Verfügung zu stellen. Eine solche Haltung wäre unmöglich, wenn der Antrag Essen angenommen würde. Er würde die Fraktion binden in einer wichtigen Frage und sie verhindern, ihre Pflicht den zehn Millionen Negern und den weißen Ansiedlern gegenüber zu erfüllen. Damit fördern wir aber nicht das Kolonialwesen, das ist in keiner Hinsich die Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik.

Nun zu einigen andern Punkten. Ich bedauere, daß der Antrag 48 hie nicht unterstützt worden ist, weil ich ihn nun nicht mehr bekämpfen kann. Manch Anträge sollte man unterstützen, nur damit sie zur Debatte kommen. Wen vollends ein Provinzial-Parteitag einen Antrag stellt, muß man auch dafü sorgen, daß er zur Verhandlung kommt. Glücklicherweise kann diese Frag trotzdem hier besprochen werden, da Körsten eine Rede gehalten hat, auf d ich eingehen muß. Körsten hat die Haltung der Fraktion dem Gesetzentw über die Kaufmannsgerichte gegenüber kritisiert. Die Fraktion hatte mit gro

Mehrheit beschlossen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Leider hatte Körsten die Gründe für unsre Haltung in Stettin nicht mit angeführt. Wir stimmten gegen das Gesetz, einmal, weil den Frauen das Stimmrecht verweigert wurde. Das bedeutet für die weiblichen Angestellten im Kaufmannsstande einen schweren Schlag. Selbst einige Liberale hatten deshalb gegen den Entwurf gestimmt. Wir hatten keine Veranlassung, den Umfall der bürgerlichen Parteien mitzumachen. Der zweite Grund, gegen das Gesetz zu stimmen, bestand in der Verkürzung des Wahlrechts für männliche Angestellte des Kaufmannsberufes, eine Maßnahme, die das Gesetz für einzelne Orte überhaupt unausführbar gemacht hätte. Hätten wir dafür gestimmt, so wäre das eine Blamage für die Partei gewesen. (Sehr wahr!) Wir sind der Ueberzeugung, daß wir uns hier genau so auf dem richtigen Weg befanden, wie bei unsrer ablehnenden Stellung gegenüber dem Gesetze über die Entschädigung unschuldig Verhafteter. Wir können uns nicht so schematisch an die Vorschrift binden, jedes Gesetz anzunehmen, das einen kleinen sozialpolitischen Fortschritt enthält. Es kann einen größeren Nachteil enthalten oder durch Gewährung eines kleinen Vorteils die Erringung eines größeren in nächster Zeit verhindern. **Wir müssen immer nach der Situation entscheiden,** sonst wird die Fraktion eine Jasagemaschine für alle sozialpolitischen Reformisteleien. (Sehr richtig!)

Nun noch einige Worte über den allgemeinen Angriff gegen die Tätigkeit der Fraktion. So meint Timm in der „Neuen Zeit", wir hätten uns in der Defensive befunden. Welche agressiven Aktionspläne wir in der Fraktion erörtert haben, brauche ich nicht zu erzählen, aber Timm irrt sich in der Hauptsache. Er hält offenbar jede Kritik für defensiv, aber unsre Kritik ist keine defensive, sondern eine aggressive Aktion. Es liegt im Wesen einer Opposition, daß sie aggressiv ist; aber eine Opposition, die in der Minderheit ist, kann sich im Reichstage nicht den Kampfplatz wählen. Die Regierung und die Mehrheitsparteien bestimmen ihn. Unsre Aufgabe ist, bei allen Gelegenheiten zu zeigen, wie schlecht in Deutschland regiert wird, welche Mißbräuche bestehen. Wir folgen dem alten politischen Grundsatz, der schon in der englischen Revolution aufgestellt worden ist, Beschwerden abzustellen. Timm führt auch ein Beispiel an, er meint, wir hätten anläßlich der lex Stengel eine Steuerreform beantragen müssen. Timm macht sich eine ganz falsche Vorstellung, wenn er glaubt, daß man durch eine bloße Steuerreform eine Volksbewegung entfesseln könne. Wir würden doch, bevor wir solche Reformen beantragen, erst dafür sorgen müssen, daß die Ausgaben für Militarismus, Marinismus und andre unproduktive Zwecke verschwinden, und erst dann würden wir zu untersuchen haben, wie die noch übrigbleibenden Ausgaben gedeckt werden können. Weiter wirft uns Timm vor, daß wir kein Heimarbeiterschutzgesetz eingebracht haben. Den Wunsch, ein solches Gesetz einzubringen, haben wir alle; wir haben es auch versucht, aber der Entwurf befriedigte uns nicht. Dazu kommt der rein äußerliche Grund, daß wir überhaupt in der ganzen Session keinen Gesetzentwurf zur Erörterung bringen konnten. Das ist uns vereitelt worden. Soweit es möglich ist, l ngen wir Gesetzentwürfe ein; wir haben etwa 15 eingebracht 1) werden auch ein Heimarbeiterschutz-Gesetz beantragen. Daß unser Einfluß z ückgegangen ist, stimmt nicht. Diese Aeußerung von Timm zeugt von einer k kennung der Situation. Der Einfluß der Partei beruht doch nicht auf dem S hlwollen irgend welcher bürgerlicher Abgeordnete oder Minister; darauf verz ten wir. Unser Einfluß beruht auch nicht auf den 78 Abgeordneten, sondern i auf, daß wir in ständiger Fühlung mit der großen Masse der Parteigenossen l n. Wir würden nichts freudiger begrüßen, als wenn diese Fühlung noch e er und dadurch der Einfluß der proletarischen Emanzipationsbewegung ver- s t würde, so daß sie den Gegnern schließlich über den Kopf wächst.

Digitized by Google

Darauf arbeiten wir hin, das suchen wir mit unsren bescheidenen Kräften im Reichstage zu erreichen. Mögen wir hier und da fehlen — ja, ich glaube, es ist keiner unter uns, der sich nicht bei jeder Aktion sagt: eigentlich hätten wir es besser machen können. In dieser Selbstkritik liegt die Bürgschaft dafür, daß nun und nimmer die Zeit eintreten wird, die Timm schon jetzt gekommen glaubt, wo der Einfluß der Fraktion oder der Partei schwindet. Wir wollen dafür sorgen, daß unser Einfluß stärker und stärker wird. Wenn aber die Fraktion sich loslöst von der Partei, wenn sie sich absondert von der Masse des klassenbewußten Proletariats, dann wird es ihr gehen wie dem Riesen Antäus, der macht- und kraftlos wird, wenn er von dem Mutterboden losgerissen ist, ich hoffe jedoch, daß auf unsre Partei das Heinesche Wort zutrifft, das er in Anspielung auf die Sage von dem Riesen Antäus singt:

„Der Riese hat wieder die Mutter berührt,
Und es wachsen ihm wieder die Kräfte."

(Lebhafter Beifall.)

Die Resolution Bebel (133) wird genügend unterstützt, steht also mit zur Debatte.

Die Diskussion wird eröffnet.

Dr. Michels-Marburg: So formgewandt und durchdacht das Referat Ledebours war, in einer Beziehung hat er mich und andre nicht überzeugen können, ich meine die Haltung der Fraktion in der Hererofrage. Gewiß war das eine schwierige Lage. Wir hatten keine sicheren Nachrichten, denn in den Kolonien haben wir noch keine Vertrauensleute. (Heiterkeit.) Die Hereros, das stand fest, waren zur Revolution geradezu aufgepeitscht worden und kämpften für ihr Land, von dem sie die Kapitalisten depossediert hatten. Das mußte ihnen schon gewisse Sympathien bei uns sichern. Ja, sie hätten sogar die Sympathie der Verteidiger des Privateigentums haben müssen! Wir teilen den Standpunkt nicht, daß es sich darum gehandelt habe, Menschenleben zu retten. Wie will man Menschenleben retten, indem man Menschenleben preisgibt und Tausende von Soldaten eventuell in den Tod schickt? Mit dem Antrage 42 bin ich allerdings nicht einverstanden. Eine Stimmenthaltung kann ja Verschiedenartiges bedeuten: Zustimmung oder Ablehnung. Der Hinweis auf das Verhalten unsrer Fraktion im Jahre 1870 hinsichtlich der Kriegsforderungen paßt meines Erachtens nicht. Es handelt sich bei den Kolonialforderungen um eine Politik, die wir bisher stets bekämpft haben. Wenn wir uns da plötzlich der Stimme enthalten, macht das den Eindruck des Schwankens. Bebel hat in einer großen Reichstagsrede erklärt: die Sozialdemokraten würden das Vaterland mit verteidigen, wenn es angegriffen würde; wir würden keinen Fetzen Landes preisgeben. Ein organisierter Genosse schrieb mir damals, Bebel sei wohl nationalsozial geworden. (Heiterkeit.) Ich erwiderte ihm: „Das glaube ich nicht. Bebel sei eine wunderbare Stradivarigeige, nur manchmal setze der Bogen falsch an, und dann komme ein Ton heraus, der um einen Ton zu hoch sei." (Heiterkeit.) Ich bin allerdings der Meinung, daß der Satz, wir würden jeden Fetzen des Reiches verteidigen, dem Parteiprogramm widerspricht. (Bebel: Na, na!) Ich meine den Satz unsres Programms über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ja, hätten wir den abgeschlossenen Nationalstaat, so hätte Bebel Recht. Aber wir leben in einem Staatswesen, welches sich dänische, französische und polnische Gebietsteile angeeignet hat. Denken Sie sich nun den Fall, die Hakatisten trieben die polnische Bevölkerung zum Aufstande; müßte dann nicht unsre Sympathie auf seiten der Polen stehen? Sollten wir da bis zu unsrem letzten Blutstropfen kämpfen, um die Polen zaristisch niederzuwerfen?

Digitized by Google

Vors. Ebert stellt zu dem Antrage Jakobsen (149) die Unterstützungsfrage:

Der Antrag wird nicht unterstützt.

Hoch-Hanau bedauert, daß die Fraktion die Beratung der von ihr gestellten sozialpolitischen Resolutionen im Reichstage nicht erreicht hat, und erwartet, daß sie in Zukunft auf eine Beratung dringen wird.

Weiter bedauert er, daß die Fraktion das an sie herangetretene Ersuchen abgelehnt hat, die Vorfälle beim Leipziger Aerztestreik zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Zur Aerztefrage selbst braucht dabei ja gar nicht Stellung genommen zu werden, es handelt sich nur darum, gegen die unerhörten Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Kassen zu protestieren.

Rollwagen-Augsburg begründet den Antrag 44.

Der Schutz der Gewissensfreiheit ist neben den politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Gewissensfreiheit ist in verschiedenen Stadien des Lebens bedroht, so auch beim Ableben eines Menschen. Der Staat überläßt das Begräbnis seiner Bürger der Kirche und den Hinterbliebenen. Wir wollen nicht einen Kampf mit der Kirche mit unsren Anträgen provozieren, sondern nur, daß der Staat wie bei der Ehe auch beim Begräbnis die Gewissensfreiheit seiner Angehörigen schützt. Es gibt Momente, wo die Kirche, namentlich die katholische, überhaupt versagt, ein Begräbnis zu geben. Hier muß der Staat unter allen Umständen eingreifen. Es muß auch die Brutalität beseitigt werden, daß z. B. Selbstmördern kein ehrliches Begräbnis gewährt wird. Wir sind überzeugt, daß wir mit der Propagierung des Zivilbegräbnisses in weiten Kreisen der Arbeiterschaft und auch der Bürgerschaft Anklang finden würden.

Lipinski-Leipzig: Dem Genossen Hoch erwidere ich, daß die Fraktion in der Krankenkassen-Angelegenheit nicht untätig gewesen ist. Sie hat eine Kommission gewählt, der auch Fräßdorf angehörte. Diese hat während der Pfingstferien getagt und dann vorgeschlagen, zurzeit keine Schritte zu ergreifen. Die Fraktion hat sich dem Vorschlage angeschlossen und Genosse Fräßdorf, der Beteiligter war, sowie die Mehrzahl der Leipziger Abgeordneten, haben sich hiermit einverstanden erklärt. Ich komme auf die Rede Körstens und das Tadelsvotum der pommerschen Genossen zurück. Wie lag die Sache? Im Jahre 1903 wurde ein Regierungsentwurf veröffentlicht, der die obligatorische Errichtung von Kaufmannsgerichten im Anschluß an das Gewerbegerichtsgesetz für Gemeinden von über 20 000 Einwohnern vorsah. Im Januar 1904 kam dann der andre Regierungsentwurf, der die obligatorische Errichtung für Gemeinden von mehr als 50 000 Einwohnern vorsah und eine Reihe reaktionärer Bestimmungen enthielt. Nun ist durch die Gewerbezählung von 1895 festgestellt worden, daß bei dem in der Vorlage vorgesehenen Alter zum aktiven Wahlrecht von 25 Jahren 53 Prozent der Handlungsgehilfen und beim passiven Wahlrecht von 30 Jahren 70 Prozent der Handlungsgehilfen vom Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten ausgeschlossen wurden. Die Handlungsgehilfen im höheren Alter werden selbständig und sei es als Agent oder scheiden aus dem Berufe aus. ...rzukam, daß die Kaufmannsgerichte nicht zuständig sein sollen, wenn der Jahres...eitsverdienst 5000 M. übersteigt und das passive Wahlrecht an die Bedingung ...zweijährigen Beschäftigung am Orte geknüpft wird. Dadurch wurde die ...l der Handlungsgehilfen, die vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen wurden, noch bedeutend erhöht. 1895 wurden ferner 120 000 Handlungsgehilfinnen gezählt, deren Zahl nach der Stichprobe der Enquête von ... auf 200 000 geschätzt werden kann, bei ca. 600 000 Handelsangestellten überhaupt. All diese Tatsachen bestimmten die Kommission, die obligatorische Einführung für Gemeinden von mehr als 20 000 Einwohnern vorzusehen, das aktive

Digitized by Google

Wahlrecht an das 21. Lebensjahr und das passive Wahlrecht an das 25. Lebensjahr zu binden, sowie den Frauen das aktive Wahlrecht zu geben. Den Frauen auch das passive Wahlrecht zu geben, scheiterte an einer zufälligen Minderbesetzung der Kommission. Im Plenum brachten aber die Mehrheitsparteien einen Kompromißantrag, der den Frauen das aktive Wahlrecht wieder nahm und das Alter für das aktive Wahlrecht auf das 25. und für das passive Wahlrecht auf das 30. Lebensjahr heraufsetzte. Dadurch waren wir vor die Frage gestellt, ob das Gesetz noch den gewollten Zweck erreichen könne. Wir kamen zu der Ueberzeugung, daß die Vorlage wieder durch den Kompromißantrag auf die Regierungsvorlage zurückgeführt werde und das Gesetz nur für größere Gemeinden ausführbar sei und grundsätzlich die Frauen ausgeschlossen wurden. Alles dies bestimmte uns, gegen das verkrüppelte Gesetz zu stimmen. Ein Ausweg war nur dann möglich, wenn man die Vorlage als Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz ansah, die dann tatsächlich einige Vorteile gegenüber dem Gewerbegerichtsgesetze brachte. Diesen Weg konnte man nicht gehen, wollte man sich nicht juristisch Zwang antun. Der ausgesprochene Tadel wird auch von den gewerkschaftlich organisierten Handlungsgehilfen der Großstädte nicht geteilt und ist es auffällig, daß gerade der Tadel aus Pommern kam. Die Fraktion konnte nicht anders stimmen, wollte sie sich den Weg für später nicht verlegen, eine Verbesserung des Gesetzes zu erreichen.

Düwell-Dortmund: In erster Linie mißbilligen die Dortmunder Genossen die Haltung der Fraktion in der Herero-Frage. Die Fraktion habe sich die Konsequenzen ihrer Haltung nicht klar gemacht. Mit demselben Argumente könnte man sagen, die Franzosen haben ein neues Geschütz eingeführt, infolgedessen müssen die Sozialdemokraten auch diesem System neue Kanonen bewilligen zum Schutze der Deutschen. Mit demselben Argument kann man schließlich auch sagen, die und die Industrie ist in Gefahr, wir müssen sie schützen. So kommen wir zu den berühmten Erziehungszöllen. In Wirklichkeit sind die Zölle auf Rohprodukte, speziell der Roheisenzoll, keine Erziehungszölle, sondern Bereicherungszölle für die Großindustrie zum Schaden der Verarbeitungsindustrien. Diese Art Zollpolitik hat unsre gesamte Volkswirtschaft schwer geschädigt. Wenn Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs vorgelegt werden sollten, würde es sich eventuell wieder empfehlen, Obstruktion dagegen zu treiben. Wir würden es für richtig halten, die theoretischen Diskussionen über die Handelspolitik zurzeit einzustellen und die Agitation der Partei auf praktisches Handeln zu konzentrieren, nämlich auf eine kräftige Abwehr gegen Handelsverträge auf Grundlage des neuen Zolltarifs.

Körsten-Berlin: Ich muß einiges auf die Ausführungen Ledebours zu dem Antrag aus Pommern erwidern. Es ist nicht Effekthascherei oder Lust zum Nörgeln, die mich zu meiner Rede bestimmt hat, sondern ich empfand längst das Bedürfnis, zu dieser Frage einmal offen meine Meinung zu sagen. Ich bin überzeugt, daß in bezug auf die Abstimmung bei den Kaufmannsgerichten so manche Genossen mit mir übereinstimmen, wenn man auch nicht den Mut hat, das hier zum Ausdruck zu bringen. (Unruhe.) Durch diese Abstimmung wird uns die Agitation in den einzelnen Landesteilen furchtbar erschwert (Sehr richtig!), besonders auch in Pommern. Es besteht allerdings ein Unterschied zwischen Berlin VI, Leipzig und Hinterpommern, und weil unsre Wähler anders sind als die Wähler in den Industriebezirken, verfechten wir unsern Antrag.

Sie sollten einmal unsre Wähler kennen lernen, wenn sie antreten mit sämtlichen Orden und Ehrenzeichen, um alsdann sozialdemokratisch zu wählen. Ich habe es selbst erlebt, daß ein Polizist in das Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmte. (Heiterkeit.) In Pommern hat man in den letzten Wahlen mit kaum etwas andrem agitiert als damit, daß die Sozialdemokratie unschuldig sei an der sozialen Gesetzgebung. Allerdings glauben ja unsre Leute den Gegnern

Digitized by Google

nicht. (Adolf Hoffmann: Na also!) Aber auf der andern Seite stehen die Dinge so, daß die Gegner stets darauf bedacht sind, uns den Boden abzugraben. (Zuruf: Selbstverständlich!) Es ist uns vorgeworfen worden, wir hätten nicht den Mut unsren Wählern die Ablehnungsgründe vorzutragen. Wir haben aber vielfach gar keine Gelegenheit, die Wähler aufzuklären, weil wir keine Lokale haben. Sollen wir auf die andern Wähler verzichten? Wir müssen sie doch erst allmählich zur Sozialdemokratie erziehen. Wenn wir mit dem Achtstundentag in Pommern agitieren wollten, dann wäre es aus mit den Erfolgen; wir müssen zu dieser mittleren Politik greifen, das hat uns die Stimmen gebracht. Man hat mir gesagt: Du darfst das nicht zur Sprache bringen. Ich halte diesen Standpunkt für prinzipiell falsch. Mir wäre es lieber, wenn die Partei für die soziale Gesetzgebung überhaupt stimmen würde. Die Fraktion kann ihren Standpunkt trotzdem mit aller Verve zum Ausdruck bringen. Wir haben ja für verschiedene Gesetze gestimmt, die auch nicht unsre Wünsche erfüllten; ich erinnere an das Unfall- und Invaliden-Versicherungsgesetz, vor allem an das Gewerbegerichts-Gesetz, das nicht einmal das erreicht, was bei den Kaufmannsgerichten durchgesetzt ist, wie die obligatorische Proportionalwahl, die Konkurrenzklausel usw. Nun wird behauptet, wir hätten gegen das Gesetz stimmen müssen, weil den Frauen nicht das Stimmrecht gewährt würde. Die Fraktion selbst aber hatte beschlossen, wenn auch das Frauenstimmrecht fiele, doch für das Gesetz zu stimmen, wenn nur die Wahlrechtsgrenze nach unsren Wünschen festgesetzt wurde. Wir sind ja in der angenehmen Lage, daß das Gesetz angenommen ist, aber wie hätten wir dagestanden, wenn das Gesetz gefallen wäre? Wir hatten doch die Zustimmung der organisierten Handlungsgehilfen für dieses Separatgesetz für die Kaufleute auch ohne für das Frauenstimmrecht zu stimmen. Lipinski hat heute durchaus nicht im Interesse und Sinn der Handlungsgehilfen gesprochen. Ich befürchte, daß diese in der Agitation zur Wahl einen schweren Standpunkt haben werden.

Bebel: Genosse Düwell hat die Frage der Handelsverträge berührt. Keiner von uns ist in der Lage, erklären zu können, wie die Fraktion ihre Taktik bei der Handelsvertragsfrage einrichten wird. (Sehr richtig!) Eine eigentliche Obstruktionspolitik aber ist deshalb unmöglich, weil bei den Handelsverträgen keine Detailberatung stattfindet. Die Verträge können nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. (Sehr wahr!)

Nun zu den Ausführungen von Körsten. Ich bedauere, daß mir nicht längere Zeit zur Verfügung steht, denn Körsten hat hier gewissermaßen die Prinzipienfrage über unsre Taktik aufgerollt. Nach seiner Auffassung hätte die Partei und die Fraktion in ihrer ganzen parlamentarischen und agitatorischen Tätigkeit immer nur auf die rückständigsten Wahlkreise Rücksicht zu nehmen. (Sehr gut!) Was man da für angemessen hält, das hätte die Grundlage für unsre Taktik zu sein. Wir haben bisher die gegenteilige Auffassung vertreten. Wir haben die Ansicht vertreten, daß wir die rückständigen Wähler zu erziehen haben (Sehr richtig!) und daß wir das einzig und allein von dem höheren Standpunkt des Prinzips aus können, und wir sind dabei gut gefahren, wie unsre Erfolge beweisen. Alle die Anklagen, die Körsten vorgebracht hat, haben im letzten Wahlkampf eine entscheidende Rolle gespielt, und das Resultat war eine Steigerung unsrer Stimmen um fast 50 Prozent und eine entsprechende Steigerung unsrer Mandate. Wie man angesichts solcher Resultate eine rückständige, ich möchte fast sagen reaktionäre Taktik vertreten kann, ist mir unbegreiflich. Sollte das richtig sein, was Körsten hier gesagt hat, dann wundert mich nur, daß er gewählt ist. (Sehr gut!) Wir wollen Körsten die Freiheit, sich vor seinen Wählern zu verantworten, nicht nehmen. Er konnte sich auch wegen seiner Haltung in der Fraktion ein Vertrauensvotum von ihnen ausstellen lassen. Was wir aber tadeln, ist, daß er es nicht verhindert hat, daß ein solcher

Digitized by Google

Antrag angenommen wurde, der indirekt ein Tadelsvotum gegen die Mehrheit seiner Kollegen in sich schließt. (Zustimmung.) Wir sind alle — das wissen Sie ganz genau, Kollege Körsten, auch bei Ihrer kurzen parlamentarischen Tätigkeit — bald der eine, bald der andre in der Minderheit geblieben, und ich in meiner langjährigen parlamentarischen Praxis sehr oft. Wenn wir aber dann hingehen, unsern Wählern die Sache einseitig schildern und mit solchen Anträgen auf den Parteitag kommen, dann würde das ein schöner Zustand in der Partei werden. Dagegen muß ich mich auf das allerentschiedenste verwahren.

Einige Worte über die Kritik von Timm. Ich freue mich immer über jede Kritik, die geübt wird, und ich freue mich besonders, daß diesmal auch dem Vorstande etwas am Zeuge geflickt wird. Wenn ich nicht Vorstandsmitglied wäre, hätte ich schon längst dem Vorstande eins ausgewischt. (Große Heiterkeit.) Also kritisiert, so viel Ihr wollt, aber die Kritik muß gerecht sein, und die Kritik von Timm war zum großen Teil nicht gerecht. Das beruht zum großen Teil darauf, daß Timm den parlamentarischen Mechanismus nicht genau kennt, was mich allerdings bei einem so alten Genossen sehr wundert. Wir haben in den ersten zehn Tagen dieser Session nicht weniger als 14 Initiativanträge eingebracht, darunter den großen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, den Antrag betr. den Achtstundentag, den Antrag betr. den Frauen-Arbeitstag, den Antrag, die Gewerbe-Inspektion zur Reichssache zu machen usw., lauter sozialpolitische Anträge von großer Bedeutung. Wir haben dann später den Bauarbeiterschutz-Entwurf, den die Maurer ausgearbeitet hatten, in der Fraktion beraten und eingebracht. Der Heimarbeiterschutzgesetz-Entwurf wurde zu spät fertig, wir überwiesen ihn einer Kommission, aber der Beschluß der Kommission fand nicht die Zustimmung der Mehrheit der Fraktion, und es sollte abermals der Heimarbeiterschutz einer Beratung unterzogen werden. Aber mittlerweile wurde die Session vertagt. Das war jedoch vollständig gleichgültig, weil überhaupt keine Aussicht war, den Entwurf, selbst wenn wir ihn als ersten eingebracht hätten, zu verhandeln. Und wenn nun Timm sagt, die Machtstellung der Fraktion habe im Reichstage abgenommen, so frage ich: ja, wo findet man auch nur den geringsten Beweis dafür? Wir im Reichstage haben von unsrer größeren Schwäche trotz größerer Stärke nicht das mindeste zu spüren bekommen; wir haben das Gegenteil wahrgenommen, wir haben vielmehr gesehen, daß die Tatsache der drei Millionen Stimmen und der zirka 80 Mandate auf unsre Gegner außerordentlich anfeuernd gewirkt hat. Das Zentrum hat in keiner Session soviel Initiativanträge eingebracht wie diesmal. Und um uns nun erst recht den Rang abzulaufen, hat es, als es ganz klar war, daß an die Beratung der Anträge überhaupt nicht mehr zu denken war, einen besonders schlauen Weg beschritten, seine sämtlichen Initiativanträge als Resolutionen zum Etat zu stellen. Wir fragten uns, ob auch wir diesen Weg betreten sollten. Es war ein illoyaler Weg, aber alle übrigen Parteien betraten ihn, und da sagten auch wir uns, so sehr wir diesen Weg verurteilen, bleibt uns doch nichts andres übrig, als ebenso zu verfahren. Nun erlebten wir das wunderbare Schauspiel, 70 bis 80 Initiativanträge in Resolutionen umgewandelt zu sehen. Es war ein solcher Reichtum an Resolutionen, daß der Reichstag buchstäblich daran erstickt ist, das heißt keine einzige konnte mehr zur Beratung kommen, um so weniger, als diesmal die Spezialberatung des Etats einen Umfang annahm wie nie zuvor, so daß der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet wurde. Bis heute noch steht die Beratung dieser Resolutionen aus, weil es eben infolge der ganz ungewöhnlich langen Etatsberatung nicht möglich war, auch nur eine zu beraten, machte Graf Ballestrem den Vorschlag, die Resolutionen nach einzelnen Kapiteln zu teilen und nach Schluß des Etats zu beraten. Aber da stellte es sich heraus, daß durch die Beratung der Nachtrags-Etats für den Hereroaufstand usw. es unmöglich

Digitized by Google

war, das durchzuführen. Wir haben im Seniorenkonvent alles Mögliche aufgeboten, die Resolutionen zur Beratung zu bringen, aber die Mehrheit war gegen uns. Ich habe schon in Dresden die Warnung ausgesprochen: Bildet Euch nicht ein, daß, weil wir jetzt drei Millionen Stimmen und 80 Mandate haben, unser Einfluß im Reichstag auf die Entscheidungen desselben ein maßgebenderer geworden sei als früher. Es ist eine Torheit dieses zu glauben. (Sehr richtig!) Im übrigen ist an eine praktische Verwirklichung dieser ganzen Initiativantrags-Wirtschaft, wie ich es einmal nennen will, nicht zu denken. Der Reichstag müßte mindestens zwei volle Sessionen zu je sechs Monaten daran wenden, um alle die Anträge zu erledigen. Das ist aber unmöglich, und so kommen wir auch auf parlamentarischem Gebiete in eine Situation, aus der wir nicht mehr wissen wie wir herauskommen. So liegen die Dinge heute im Reichstag. Deshalb rate ich Ihnen dringend, die parlamentarische Tätigkeit nicht zu überschätzen, wie ich mich auch dagegen erklären muß, daß man sie unterschätzt. Es konnte gar nicht anders gehandelt werden, und wenn wir jetzt eine Kommission, wie sie Timm wünscht, niedersetzen würden, die uns in einem Jahre 12 Gesetzentwürfe fertig machte, so würde das im Reichstage uns auch nicht einen Schritt weiter bringen.

Ich möchte nun erst auf einige Vorwürfe eingehen, die bis zu einem gewissen Grade mich persönlich betreffen. Man hat die Haltung der Fraktion bei der ersten Beratung der Herero-Kredite bemängelt, weil wir uns der Abstimmung enthielten. Hätte man die Motivierung, die ich damals namens der Fraktion abgab, mit in Erwägung gezogen, dann hätte zu diesen Bemängelungen kein Anlaß vorgelegen. (Sehr richtig!) Beiläufig bemerkt, war ein Teil der Fraktion gegen die Bewilligung. Man glaube überhaupt nicht, daß es in der Fraktion immer so friedlich hergeht; wir geraten uns bei jeder Gelegenheit an die Köpfe (Heiterkeit), und das ist sehr gut. Wir hatten sehr scharfe Debatten. Schließlich hat sich die Mehrheit, und darunter war ich, für die Stimmenthaltung ausgesprochen. Warum? — Weil in der Periode, wo die Sache zur Verhandlung stand, wirklich erwiesene Tatsachen über die Ursachen des Aufstandes noch nicht vorlagen. In Volksversammlungen, wo man keine direkte Verantwortung zu tragen hat, kann ein Redner leicht auftreten und kurzerhand sagen: wir dürfen die Forderung unter keinen Umständen bewilligen. Aber als Volksvertreter habe ich zu prüfen, wie das vorhandene Material auf meine Entschließung einzuwirken hat. Deshalb habe ich namens der Fraktion dem Sinne nach erklärt: Wir haben große Befürchtung, daß durch Eure Politik in Südwest-Afrika der Aufstand hervorgerufen wurde, aber wir haben in diesem Augenblick noch nicht diese Beweise, und weil wir andrerseits auch nicht glauben können, daß die Schuld nur auf der Gegenseite liegt, wie ihr es darstellt, enthalten wir uns vorläufig der Abstimmung, werden aber, falls unsre Befürchtung, daß durch Eure Politik der Aufstand verursacht war, sich rechtfertigt, gegen die Forderung stimmen. Das war eine Erklärung, wie sie korrekter nicht abgegeben werden konnte, und die Wut unsrer Gegner über dieses unser Verhalten bewies, daß wir recht hatten. Als dann bei der dritten Lesung des Etats das Material vorlag, das bewies, was wir von Anfang an befürchtet hatten, haben wir die Kredite abgelehnt. Noch ein Wort über meine Erklärung, daß wir im Falle eines Angriffskrieges unter keinen Umständen dulden würden, daß deutsches Land verloren geht. Ich habe mich gewundert, daß diese Erklärung innerhalb und außerhalb der Partei solches Aufsehen erregt hat. Das kommt daher, weil die meisten Menschen ein so kurzes Gedächtnis haben und weil es in der Partei eine Menge junger Leute gibt, die die Parteigeschichte nicht kennen. Diese gleiche Erklärung habe ich vor 24 Jahren zum erstenmal im Reichstage abgegeben und im Jahre 1890 hat es darüber sogar zwischen Vollmar und mir einer Auseinandersetzung im „Sozialdemokrat" geführt. Vollmar war damals

Digitized by Google

andrer Ansicht, hat sich aber später bekehrt. In den achtziger und neunziger Jahren haben wir bei der Etatberatung wiederholt dasselbe erklärt. Diese Erklärung steht keineswegs in Widerspruch zu unsrer Taktik gegen den Militäretat zu stimmen, denn im Militäretat bekämpfen wir das System, das zur Verteidigung des Landes in Betracht kommt. Aber in dem Augenblick, wo wir die Ueberzeugung haben, daß ein Angriffskrieg zwecks Eroberung deutschen Landes vorliegt, haben auch wir uns stets zur Verteidigung des Landes bereit erklärt. (Sehr richtig!) Hätten wir 1870 die Ueberzeugung gehabt, die sich ja nachher bewahrheitet hat, daß Bismarck durch eine raffiniert geschickte Politik die Karten so gemischt hatte, daß Napoleon gezwungen war, den Krieg zu erklären in dem Moment, den Bismarck wollte, dann hätten wir uns damals nicht der Abstimmung enthalten, sondern gegen die Kredite gestimmt. Wir haben uns auch in dieser Frage stets korrekt verhalten. Sie können versichert sein, daß die Fraktion am allerwenigsten bei wichtigen Fragen so Holterdiepolter-Beschlüsse faßt, sondern daß wir stets eingehend beraten und entsprechend dem Beschluß der Mehrheit handeln. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen antwortet auf die Beschwerde Hochs. Darüber waren wir uns in der Fraktion einig, daß wir, wenn irgend möglich, den gemeinsamen Eingriff von Aerzten und Verwaltung in das Recht der Krankenkassen gebührend kennzeichnen müßten. Zunächst war man in der Fraktion geneigt, sofort eine Interpellation einzubringen, die auf die Leipziger und Kölner Eingriffe in erster Linie sich beziehen sollte. Bei näherer Prüfung der Sachlage in dieser Unterkommission der Fraktion und in dieser selbst gelangten wir zu der Ueberzeugung: bei der damaligen politischen Situation wäre eine Interpellation ergebnislos und vielleicht für die Kassen direkt schädigend gewesen. Man hätte uns gesagt, das Verwaltungsstreitverfahren ist ja auf Grund des § 45 möglich, — ob und in welchem Umfange gegen Maßnahmen, die sich auf § 56a stützen ein Verwaltungsstreitverfahren möglich ist, war doch mindestens damals noch unentschieden und ist auch jetzt in befriedigender Weise noch nicht entschieden — wartet doch erst einmal den ordentlichen Instanzenweg ab. Außerdem wäre das gesetzwidrige Verhalten der Aerzte und die bekannten Maßnahmen der Verwaltungsbehörden, die gleichfalls mindestens gegen den Sinn des Gesetzes verstoßen, zweifellos von den bürgerlichen Parteien so verteidigt worden, daß die Behörden nur zu weiteren Eingriffen auch an anderen Orten ermuntert worden wären. Wir stehen ja nicht vor einzelnen Vorkommnissen, sondern vor einem systematischen Vorgehen gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen auf allen Gebieten, nicht nur dem der Aerztefrage, und diesem Vorgehen müssen wir allgemein gründlich entgegentreten. Das haben wir verschoben. Also in der Sache differieren wir mit Hoch nicht. Im Interesse der Sache mußte die Interpellation verallgemeinert und verschoben werden. Die Eingriffe in das schmale Selbstverwaltungsrecht sind systematische. Die ganze Sozialgesetzgebung soll immer mehr zu einem Stück Armenrecht ohne Selbstverwaltung werden. In dieser Beziehung stehen wir vor schweren Kämpfen. Körsten irrt sich, wenn er meint, daß irgend etwas für die Arbeiter geschehen wäre, was nicht die Sozialdemokratie angeregt hätte. Wenn wir aber jeder scheinbaren Reform zustimmen würden, würden wir das Schicksal der Nationalliberalen teilen. Ich würde meine Wähler außerordentlich gering schätzen, wenn sie mir Vorwürfe machten, weil ich ein Gesetz abgelehnt habe, dem ich nach meinen Grundsätzen nicht zustimmen konnte. Es ist gesagt worden, die Erwartungen, die man an die Fraktion gesetzt habe, seien nicht erfüllt worden. Das kann nun daran liegen, daß diese Erwartungen unberechtigt waren. Bedenken Sie immer, daß es im Wesen des Klassenkampfes liegt, daß, je größer unsre Partei wird, um so energischer auch der Widerstand gegen uns wird. Der Gegensatz zwischen der inneren Macht unsrer Partei und dem äußeren Insaugefallen liegt im Wes

Digitized by Google

des Klassenkampfs, liegt in der Natur des Klassenkampfs, in dem die alte Welt mit immer größerer Hartnäckigkeit sich gegen die neue Welt, gegen die Zukunft, für die wir arbeiten, sträubt. Die Furcht und die Ohnmacht unsrer Gegner vor unsrer Idee zwingt zu widerwilligen Zugeständnissen, aber noch viel lebhafter zu dem Schein, als ob die Sozialdemokratie äußere Erfolge nicht zeitige. Es gibt kaum ein Gesetz, in dem nicht die vorwärtsdrängende Arbeit der Sozialdemokratie in den Grundlinien und in Einzelheiten sich offenbarten ja, in einigen Punkten sind wir — darauf mache ich Genossen Körsten besonders aufmerksam und bitte ihn, seine Kraft dahin zu verwenden, daß ähnliches in Zukunft vermieden werde — im Gesetz weiter als Gewerkschaften festzuhalten vermochten. Ich weise auf die Abmachung hin, die Sie auf S. 17 des Vorstandsberichtes (S. 25 des Protokolls) finden. Sie steht hinter dem Erfordernis des § 616 B.G. Auch Tarifverträge sind teilweise nicht in der Lage gewesen, das festzuhalten, das z. B. in §§ 616 und 394 B.G. für den Arbeiter heute schon errungen ist. Unsre Aufgabe muß es sein, das für den Arbeiter zu fordern und zu erringen, auf das er heute schon nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse und infolge des heutigen Systems Anspruch hat, uns nichts abringen zu lassen, darüber hinaus die Notwendigkeit der Vergesellschaftung, der Umgestaltung des heutigen wirtschaftlichen und politischen Systems zur Erkenntnis immer weiterer Kreise zu machen, selbständig denkende Sozialdemokraten zu erziehen, Mitläufer zu klaren Sozialdemokraten zu machen. Nicht sollen wir gewählt werden, weil hier und da ein einzelner Wunsch durch uns zu erfüllen ist, sondern weil wir Sozialdemokraten sind und als solche für Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit wirken und unser Ziel nicht aus den Augen lassen. So haben wir Erfolge errungen und werden neue Erfolge erringen. Achten Sie doch nicht zu sehr auf die äußeren Erfolge, die man den Wählern gegenüber ins Feld führen kann; lieber weniger Wähler, aber mehr Sozialdemokraten, und nicht die geringsten Konzessionen gegenüber unsrem Prinzip nichtsozialdemokratisch denkenden Wählern gegenüber. (Beifall.)

Lipinski-Leipzig: Körsten hat die Prinzipienfrage aufgerollt, ob wir für jedes soziale Gesetz stimmen sollen, ganz gleichgültig ob wir den Nutzen hoch oder niedrig bewerten. Das ist eine Politik nach außen, eine Effekthascherei, deren wir uns nicht schuldig machen dürfen. Stimmen wir für schlechte, in der Praxis nicht durchführbare Gesetze, so tragen wir in Mitschuld mit der Regierung die Verantwortung. Der Standpunkt Körstens ist ganz derselbe, der die Nationalliberalen veranlaßt hat, für das Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte zu stimmen, obgleich sie wußten, daß das Gesetz in dem gewollten Umfange nicht ausführbar ist. Diesen Standpunkt können wir nicht teilen, dafür sind wir Sozialdemokraten. (Zustimmung.)

Krasemann-Neu-Ruppin: Ueber die ländlichen Arbeiter ist noch kein Wort gesprochen worden. Ich empfehle Ihnen als Vertreter eines ländlichen Kreises den Antrag 43 (Nieder-Barnim). Das Elend der Landarbeiter ist unbeschreiblich; es bestehen geradezu russische Zustände. Bei uns herrschen die Arnims und die Eulenburgs. Sieht man ihre Schlösser, f- meint man, im Dorado zu sein. Einige Stunden weiter aber trifft man ; mmerliche Arbeiterbehausungen. Die Hütten der Steinklopfer gewähren] eren Schutz gegen Witterungsunbilden als diese Löcher. Und wie sind die ; hne? Die männlichen Arbeiter verdienen bei 12—13stündiger Arbeitszeit ; Pf. bis 1,25 M., die Frauen 60—80 Pf. Arbeiterinnen, die morgens um ! Uhr aufstehen und um ½3 zum Melken gehen, eine Arbeit, die bis ½6 Uhr ; uert, erhalten dafür 25—30 Pf. (Hört! hört!) Sie sehen, in welchem Elend Landbevölkerung lebt. Und wie sieht es erst mit den Kinderchen aus! Die ulen auf dem Lande sind so schlecht, daß wir uns nicht zu wundern brauchen, u wir bei den Landarbeitern noch kein Gehör finden. Kinder von

Digitized by Google

9—10 Jahren erhalten im Sommer so gut wie gar keinen Schulunterricht, denn nur von 6—8 Uhr ist Schule, dann geht es an die Feldarbeit. Aus eigner Kraft kann sich die Landarbeiterschaft nicht befreien, fehlt ihr doch sogar das Koalitionsrecht, und jetzt sucht die preußische Regierung durch das Kontraktbruchgesetz neue Fesseln für sie zu schmieden. Da sollte sich die Fraktion dieser unterdrücktesten Arbeiterklasse besonders annehmen. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion über diesen Antrag.

In seinem Schlußwort hebt Ledebour hervor, daß die Angriffe gegen die Reichstagsfraktion zum größten Teil durch Fraktionskollegen in der Diskussion zurückgewiesen worden seien. Nur wenige Worte gegenüber Körsten sind notwendig. Wenn wir uns die Politik zu eigen machen wollen, die er uns empfiehlt, dann würden wir aufhören, eine Oppositionspartei zu sein. (Lebhafte Zustimmung.) Von einer revolutionären Partei wäre schon gar keine Rede, wir wären nichts als eine Posadowsky-Partei, die dazu da wäre, die sozialreformatorischen Gesetzentwürfe durchzudrücken, die die Regierung zu gewähren die Gnade hat. (Sehr richtig.) Eine weitere Folge dieser Taktik der Rücksicht auf rückständige hinterpommersche Wahlkreise wäre obendrein, daß sehr bald die Reformpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien einschlafen würde. (Sehr richtig!) Wie sind sie denn in unsre offizielle Sozialpolitik hineingeraten? Doch nur aus Angst vor dem kämpfenden Proletariat. (Sehr richtig!) Sie bringen uns doch keine Geschenke aus gutem Willen entgegen. Was sie geben, geben sie nur aus Angst. Es ist erstaunlich, daß man einen Genossen daran erinnern soll, daß alle Reformisteleien in der Furcht vor der revolutionären Kraft und dem Willen der sozialdemokratischen Partei ihren Ursprung haben. Mit einer solchen Politik des Entgegenkommens gegen die bürgerlichen Parteien und die Regierung, wie Körsten sie empfiehlt, würde das, was er will, der sozialdemokratische Fortschritt, geradezu vereitelt werden. Soweit ich die Partei kenne, ist jedoch keine Aussicht vorhanden, daß sie je auf solche hinterpommersche Politik herunterkommen wird. (Heiterkeit und Beifall.)

Antrag 42 wird von Bühler nach der berichtigenden Erklärung der Reichstagsfraktion durch den Genossen Ledebour zurückgezogen.

In der Abstimmung wird der Antrag 43 angenommen, die Anträge 44 und 47 abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Anträge 12, von Berlin IV und Essen gestellt; 13, von Parteigenossen des 8. Hamburger Wahlkreises gestellt, sowie der Resolution Bebel (Nr. 133), sowie des dazu gestellten Amendement Freythaler-Berlin (Nr. 134) und der Resolution Paeplow-Hamburg (Nr. 135).

Jentsch-Berlin: Ich werde den Antrag meines Kreises begründen. Schippel muß unbedingt erfahren, wie die Masse der Genossen über sein Verhalten denkt. Darüber scheint er sich nämlich in einem großen Irrtum zu befinden.

Nur noch eine Berichtigung: Der Vorstand hat bei der Zusammenstellung der Anträge unsern Antrag mit dem Antrag Essen zusammengeschoben; er unterscheidet sich von diesem aber etwas und lautet wörtlich:

„Der Parteitag wolle zum Fall Schippel und seiner Haltung in der Zoll- und Handelspolitik Stellung nehmen."

Ueber die Taktik denken wir folgendermaßen: Tauchen wichtige Fragen für die Partei, wie bei der Zoll- und Handelspolitik, auf, dann haben alle Zeit und alle Zungen zu sprechen, da soll das Für und Wider erwogen werden

Digitized by Google

herrscht voller Individualismus. Hier kommt Bernstein zu seiner Rechnung, unbeschränkte Rede- und Preßfreiheit ist vorhanden. Anders ist es, wenn die Partei Stellung genommen und sich festgelegt hat, dann gilt die Entscheidung unbedingt für alle. Vor der Entscheidung volle Freiheit, wenn aber einmal die Marschroute vorgeschrieben ist, muß jeder Genosse soviel demokratisches Gefühl haben, sich nach ihr zu richten. Ich erinnere an die Frage der preußischen Landtagswahlen. Als die Partei in den 90er Jahren zunächst nur bedingte Beteiligung an diesen Wahlen beschloß, beteiligten sich die Berliner Genossen nicht. Sobald aber der Parteitag gegen den Willen der Berliner unbedingte Beteiligung beschlossen hatte, haben die Berliner mit voller Energie den Parteitagsbeschluß zur Geltung gebracht. Eine der bedeutendsten Fragen, die uns in den letzten Jahren beschäftigt haben, war die Zollfrage. Auch zu dieser Frage hat die Partei nach eingehender Prüfung Stellung genommen und über ihre Taktik Beschluß gefaßt. Der Beschluß fand im Lande überall freudige Zustimmung, die Fraktion fand im ganzen Lande Unterstützung. Ich erkenne an, daß neben dem Parteitag die Reichstagsfraktion in parlamentarischen Fragen die oberste Instanz ist. Die Fraktion hat durch Mehrheitsbeschlüsse ihre Taktik zur Zollvorlage festgelegt. In tausend Versammlungen haben die Parteigenossen im Lande ihrer Taktik zugestimmt und der Genosse Schippel, als Mitglied der Fraktion, war unbedingt verpflichtet, diese Beschlüsse zu respektieren. Nach meiner Meinung war der Beschluß der Fraktion bindend. Trotzdem fand es Schippel für nötig, die Frage von neuem aufzurollen; dazu hatte er gar kein Recht. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Schöpflin-Leipzig: Nach meiner Ansicht ist die Resolution Bebels nur annehmbar, *wenn auch das dazu gestellte Amendement angenommen wird*. Ohne dieses Amendement würde ich nicht dafür stimmen können; denn dann wäre es *einfach* eine *Resolution*, wie *viele andre auch, die nichts besagt*, wenigstens nichts, was dem Fall Schippel entspräche. Es wäre weder eine ordentliche Verurteilung noch sonst etwas, und dann wäre es schon besser, man hätte die Frage gar nicht angeschnitten. Daß wir endlich einmal ein ernstes Wort mit dem Kollegen Schippel sprechen müssen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Es geht nicht so weiter, daß der Genosse Schippel in der Art, wie er es macht, die Partei dauernd in Atem hält und die ganzen Federn beschäftigt. Wenn man draußen agitieren und sich besonders in ländlichen Bezirken abquälen muß, so ist es stets Schippel, der einem die Arbeit erschwert. Wären im vorigen Jahre unsre Gegner etwas fleißiger und mitunter geschickter gewesen, so hätten auf dem Lande Schippels Aeußerungen noch viel schlimmer ausgebeutet werden können, als es geschehen ist. Was für mich vor allem mit in Frage kommt, ist, daß Schippel niemals zu seinen Worten steht. Wie oft haben wir es jetzt schon gesehen, daß, wenn man an Schippel die Frage richtet: wie stehst Du nun eigentlich? er dann mit allerlei interessanten und uninteressanten Redensarten sich aus der Affäre zu ziehen sucht. Ein solcher Mann gehört einfach nicht mehr an die Stelle, an der er steht. Wir können und müssen von jedem Genossen, besonders aber von einem führenden Genossen, verlangen, daß er auch zu einmal geäußerten Anschauungen steht, sie in jeder Situation vertritt. Es kann jeder einmal eine andre Meinung vertreten, die meinetwegen mit den Traditionen der Partei vollkommen in Widerspruch steht, aber wir verlangen, daß er dann wenigstens zu seinen Worten steht und nicht nachträglich immer derjenige ist, der es nicht gewesen sein will. Im letzten Falle war es ja einfach kraß, wie Schippel versuchte, zunächst den Bericht für unwahr zu erklären, wie er schließlich die Richtigkeit zugeben mußte und sich herauszureden suchte, wie er zu einer Antwort gezwungen wurde, und dann 47 Spalten mit Ausführungen füllte, aus denen die meisten Leser gar nicht klug wurden. Das kann nicht

Digitized by Google

weiter geduldet werden. Das spricht das Amendement klar aus. Ob Schippel dann die Konsequenzen zieht, ist seine Sache. Aber die Ueberzeugung habe ich, er ist dann erledigt. Bevor Schippel sich von seinen Wählern das Vertrauensvotum ausstellen ließ, hätte er wenigstens einmal veranlassen sollen, daß die Haupteinwände, die gegen ihn erhoben worden waren, in unserm Chemnitzer Organ zum Abdruck gebracht werden; so aber hatten die Chemnitzer von allen diesen Einwendungen gar nichts gehört. (Hört! hört!) Sie hatten nur die 47 Spalten Schippels vor sich. Dazu kam dann die alte Liebe und Verehrung Schippels, denn Schippel ist persönlich ein sehr liebenswürdiger Mann, und so haben sie ihm das Vertrauensvotum ausgestellt. Dann erst ist langsam der Abdruck der Einwendungen losgegangen. Es tut mir außerordentlich leid, aber ich habe Schippel im Verdacht, daß er diesen Gedanken selbst hatte, aber sich hütete, ihn auszuführen, weil er ein Vertrauensvotum wollte, um dann erklären zu können, die Sache wird ausgehen, wie das Hornberger Schießen. Gegen ein solches Verhalten verwahren wir uns, von allem haben wir es satt, immer und immer wieder uns mit einem Fall Schippel zu beschäftigen und verantwortlich gemacht zu werden für alle die Tifteleien, Grübeleien und Spintisiereien, die Schippel beinahe Woche für Woche auszuhecken beliebt. (Lebhafter Beifall.)

Hoch-Hanau: Ich will nicht auch noch einen Stein auf Schippel werfen, es sind genug Steine geworfen, und mit vollem Recht, ganz nach Verdienst. In dieser Beziehung ist die Sache geklärt. Ich werde für die Resolution Bebel mit dem Amendement stimmen, weil ich überzeugt bin, daß es so nicht weitergehen kann. Ich hatte mich aus Gesundheitsrücksichten außerordentlich gesträubt, zu diesem Parteitage zu kommen, und habe mich nur auf ausdrücklichen Wunsch der Genossen meines Kreises delegieren lassen, um in ihrem Auftrage zu erklären, daß ihre Geduld zu Ende ist angesichts der fortwährenden Taktlosigkeiten, die keinem Arbeiter verziehen werden würden. (Sehr richtig!) Würde ein Arbeiter sich so etwas erlauben, so wäre er längst unmöglich. (Sehr wahr!) Es tut mir außerordentlich leid, daß ich genötigt bin, in dieser Weise gegen Schippel aufzutreten, denn ich gestehe offen, ich habe aus seinen „Grundzügen" sehr viel gelernt; ich halte das Buch für eine sehr verdienstvolle Leistung und hätte nur erwartet, daß er es vollendet und das Fehlende, nämlich die notwendige Ergänzung, den zweiten Teil, geschrieben hätte. Statt dessen hat er die Partei fortwährend in der Agitation gehemmt. Was Schippel geschieht, muß daher geschehen. Aber in einem Punkte hat er allerdings recht, sich zu beklagen, nicht darüber, daß ihm etwas geschieht, sondern darüber, daß es ihm geschieht, daß er allein es ist, der gepackt wird. Schippel ist es nicht allein, der Taktlosigkeiten begangen hat. Sehr viele andre Parteigenossen haben sich dasselbe zu schulden kommen lassen. Wie oft haben wir es schon erlebt, daß wir solche Krakehle bekommen. Der Genosse kommt dann vielleicht nicht einmal zum Parteitag. Es wächst Gras über die Geschichte, und nach einiger Zeit kommt derselbe Skandal von neuem. Das bedaure ich, daß nicht summarisch verfahren werden kann, und ich hoffe nur, daß das Exempel, das jetzt an Bebel (Große Heiterkeit) — Pardon — a Schippel statuiert wird, nicht aufgefaßt wird als allein an di Adresse von Schippel gerichtet; so fassen es auch die Arbeiter nich auf, die Arbeiter verurteilen das Verhalten Schippels so wie auch das de andern Genossen, die Unfrieden und Krakehl in unsr Reihen bringen; in den weitesten Kreisen der Genossen wird es nid verstanden werden, daß solche ganz unglaubliche Ungehörigkeiten einfach durc gehen. Das Bedauerlichste jedoch ist, daß die betreffen den Genossen nur in ihre Wahlbezirke zu gehen brauch

Digitized by Google

und daß ihnen dann die dortigen Genossen ein Vertrauensvotum erteilen. (Aha-Rufe.) Wenn ein Genosse aber ein Mandat weggeworfen hat, finden sich sogar andre Genossen, die ihm ein neues Mandat auf dem Präsentierteller entgegenbringen. (Zustimmung.) Das ist ebenso zu verurteilen, wie das Verhalten Schippels. Die Disziplin und den Takt, die wir von den Arbeitern verlangen, müssen wir in einem höheren Maße von den Genossen in leitender Stellung beanspruchen. (Beifall.)

Der nächste Redner ist Schippel.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Es fehlen nur 5 Minuten an 7. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir Schippel nur die übliche Redezeit von 10 Minuten gewähren. (Zustimmung.) Da er doch sozusagen Angeklagter ist, muß er selbstverständlich Gelegenheit haben, alles vorzubringen, was er zu sagen hat. Ich schlage deshalb vor, ihm eine einstündige Redezeit (Zuruf: Unbeschränkte Redezeit!) meinetwegen auch eine unbeschränkte zu gewähren, und uns jetzt zu vertagen, damit Schippel morgen beginnen kann.

Vorsitzender **Ebert**: Das Bureau hat sich bereits mit Schippel dahin verständigt, daß ihm eine Redezeit von einer halben Stunde gegeben werden soll. Wenn sich gegen den Antrag Bebel kein Widerspruch erhebt — (Rufe: Nein!) — so ist das Bureau auch damit einverstanden. (Zustimmung.) Schippel wird also unbeschränkte Redezeit haben.

Persönlich bemerkt

Ullenbaum-Elberfeld: Meine Ausführungen von gestern sind von einigen Blättern entstellt wiedergegeben worden, so daß sie eine gehässige Spitze gegen den Abgeordneten Adolf Hoffmann enthielten. So hat z. B. der hier anwesende Reichstagsabgeordnete v. Gerlach in der „Berliner Zeitung" geschrieben, ich hätte dem berühmten „Zehngebote-Hoffmann" einen Hieb versetzt. Demgegenüber betone ich, daß ich in meinen Ausführungen nicht den Namen des Genossen Adolf Hoffmann genannt habe, sondern den Genossen Karl Hoffmann-Bielefeld gemeint habe, und auch diesem habe ich keinen Hieb versetzen wollen. Im Gegenteil, ich bin sehr dankbar für seine Bemühungen und habe nur ausgeführt, daß es den alten Parteigenossen ganz gleich ist, welcher Redner kommt, daß es aber bei den Agitationsreisen für die großen Massen etwas ausmacht, daß ein Abgeordneter kommt. Ich hoffe, daß die anwesenden Berichterstatter der bürgerlichen Presse so anständig sein werden, ihre Berichte richtig zu stellen.

Vorsitzender **Ebert** teilt mit, daß folgendes Telegramm eingelaufen ist: Herzlich danke ich für brüderliche Teilnahme und Wünsche. Besserung schreitet fort. (Beifall.) Viele Grüße allen Genossen und Wünsche für gutes, erfolgreiches Resultat des Parteitages. Paul Singer. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 7 Uhr.

Digitized by Google

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 21. September. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr und teilt mit, daß Auer folgendes Telegramm an den Parteitag gerichtet hat:

„Besten Dank für Euren Glückwunsch, hoffentlich erfüllt sich derselbe bald und bin ich wieder imstande, für die Partei zu wirken. Hoch die internationale und die deutsche Sozialdemokratie! Auer."

(Lebhafte Bravo!-Rufe.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung steht der Fall Schippel.

Schippel: Parteigenossen! Ich werde Sie vielleicht in gewissem Sinne enttäuschen, wenn Sie eine sogenannte große Verteidigungsrede erwarten. Vielleicht werde ich nicht einmal die volle Stunde, die Sie mir zu bewilligen die Güte hatten, ausnutzen. Sie dürfen mir das nicht übel nehmen. Wenn man sechs Monate hindurch in einem solchen Streit steht, wenn man anfangs die Sache zu beschwichtigen versucht hat, um den Frieden herzustellen, wenn man Erklärung auf Erklärung abgegeben hat, die von vornherein alle dahin gingen, daß die Beschuldigungen gegen mich falsch sind, daß ich in Zollfragen auf dem Standpunkt der Partei stehe und weiter bereit bin, ihn zu vertreten, wenn man dann einen „Bandwurm von 47 Spalten" — wie mir so oft vorgehalten worden ist — produziert hat und dann noch nicht einmal erreicht, daß die Genossen zugeben: Nun ja, wir wissen jetzt, woran wir sind — dann dürfen Sie mir nicht übel nehmen, daß ich langen Darlegungen keinen Wert mehr beimesse. Wie kommen wir dann überhaupt zu einem Ende, wenn in dieser Weise die Aeußerungen eines Genossen einfach ignoriert werden, und wenn nach der Melodie „Wer das Lied nicht mehr weiter kann, der fängt dann wieder von vorne an", einfach die alten Beschuldigungen wieder erhoben werden. Also ich habe selbstverständlich die Pflicht, Sie noch einmal zu orientieren über das, was geschehen ist; aber ich werde es so kurz wie möglich tun. Denn wenn meine Erklärungen in 6 oder 8 Monaten nichts geholfen haben, dann werden sie wohl auch heute nicht mehr viel helfen und wir müssen sehen, daß wir zu einem Ende kommen; das scheint mir die Hauptsache zu sein. Mag das Ende für mich weniger oder mehr unerfreulich sein, die Hauptsache ist, daß wir zum Schluß kommen. (Rufe: Sehr richtig!)

Ja, Parteigenossen, um erst einmal auf das Referat Ledebours zurückzukommen. Ich gebe zu, wir haben es mit Fraktionsreferaten nie so streng genommen, wie im Parlament etwa bei Kommissionsreferaten: daß der Referent selber nicht Partei sein, sondern durch sein Referat nur orientieren soll über die Strömungen, die in der Fraktion oder im Reichstag in der Kommission sich geltend gemacht haben. Ich will deshalb auch Ledebour keinen Vorwurf machen, aber betonen muß ich doch: ein objektives Referat über das, wie es in der Fraktion gelaufen ist, war das Gehörte denn doch nicht. Da war doch viel zu viel subjektiver Standpunkt, viel zu viel subjektive Verurteilung mit dabei. Wenn Ledebour objektiv referieren wollte, hätte er schon nicht das Recht gehabt, immer uneingeschränkt von „Fraktion" zu sprechen. (Sehr richtig!) Es hat dort Minderheiten und Mehrheiten gegeben und die Minderheiten

Digitized by Google

keine kleinen. Die Fraktionserklärung ist angenommen mit einigen 30 gegen verschiedene 20 Stimmen. Das ist eine ganz ansehnliche Minderheit, das hätte man doch wenigstens erwähnen sollen. Dann wurde ein zweiter Beschluß gefaßt, ob man diese Erklärung veröffentlichen sollte; also ob man die Sache schärfer oder milder in der Oeffentlichkeit behandeln sollte. Dies wurde angenommen mit 28 gegen 25 Stimmen, zwei Stimmen hätten ausgereicht und die Sache wäre vor der Oeffentlichkeit gar nicht oder in weniger grellem Lichte erschienen. Auch das hätte vielleicht Ledebour erwähnen sollen. Es gab weiter eine starke Strömung, die sagte: bei einer so wichtigen Sache, die uns vielleicht in Streitereien auf Wochen und länger hinaus verwickelt, sollte man doch die Gesamtfraktion extra einladen. Das wurde abgelehnt, aber man weiß ja, die Süddeutschen sind es vor allem, die weniger in Berlin sein können, weil sie zum Teil in den Landtagen festgehalten werden. Vielleicht wäre sonst das Stimmenverhältnis noch anders gewesen. Also Sie sehen, die Dinge liegen nicht so einfach, daß die Fraktion etwa wie ein Mann in dieser Frage gegen mich gestanden hätte.

Auch das ist weiter charakteristisch: Wo ist denn die Entrüstung am größten gewesen? Da etwa, wo meine Artikel erschienen sind, da wo die „Chemnitzer Volksstimme" verbreitet ist und gelesen wird? Mit großer Aufmerksamkeit sind gerade die Artikel gelesen worden. Ist da die Entrüstung aufgeschäumt, hat da die Volksseele gekocht? Nein. Die „Chemnitzer Volksstimme" hat eine sehr große Verbreitung, sie ist das Organ für die Wahlkreise 10. Döbeln, 15. Mittweida, 16. Chemnitz, 17. Glauchau-Meerane, 19. Stollberg-Schneeberg, 20. Zschopau-Marienberg, 21. Annaberg-Schwarzenberg. Ich lese die Zeitung sehr aufmerksam, auch alle Versammlungsberichte. Da aber hat keiner aufgeschäumt vor Entrüstung. Da ist einmal Stücklen in den 15. Wahlkreis gekommen, da ist Schöpflin hingekommen und hat wahrscheinlich ungefähr dieselbe Rede gehalten, wie gestern hier auf dem Parteitage, aber solche Aeußerungen sind spurlos an den Versammlungen vorübergegangen, es ist nirgends ein Beschluß gegen mich gefaßt. Also gerade, wo die Genossen am meisten hätten aufschäumen müssen, ist nichts davon zu sehen gewesen, nichts von Entrüstung über meinen Ton, über das, was ich sachlich da entwickelt hatte. Auf der andern Seite aber ist wieder sehr charakteristisch: In Hamburg hat man einen scharfen Beschluß gegen mich gefaßt, dort hat man verlangt, daß gegen mich vorgegangen werde. Aber gerade im „Hamburger Echo" habe ich gelesen, daß die Redner immer wieder dabei betonen mußten: ja eigentlich wissen wir ja gar nicht, was los ist, das „Hamburger Echo" hat uns darüber nichts mitgeteilt, das müssen wir erst auf dem Parteitage erfahren. Also so ist der Unterschied. Dort haben sie nichts erfahren, da entrüsten sie sich; in Chemnitz aber und überall, wo die „Volksstimme" verbreitet ist, wo man meine Artikel mit Aufmerksamkeit gelesen hat, wo man sie vor sich hatte, Woche für Woche, Monat für Monat, da ist nichts davon wahrzunehmen gewesen. Im Gegenteil, es ist dort öfter vorgekommen, daß bekannte Parteigenossen, Referenten offen dafür eingetreten sind, daß der Fall Schippel objektiv behandelt werden soll und daß kein Grund zu einem Ketzergericht vorliege. In dem 17. Wahlkreise, wo Auerbach ist, einem unsrer ältesten und berühmtesten Wahlkreise, der den Genossen Scheidemann als Delegierten hierher geschickt hat, hat einer der häufigsten Redner dort, der Genosse Knauf, folgende Ausführungen gemacht mit bezug auf den Fall Schippel:

„Die Hauptsache ist, daß die Verhandlungen sachlich geführt werden. In allen Dingen dürfe man bei abweichenden Meinungen nicht immer gleich das Schlimmste befürchten. Die Meinungsfreiheit müsse unter allen Umständen

Digitized by Google

hochgehalten werden. Er begreife deshalb auch nicht, wenn man gegenüber dem Genossen Schippel wegen seiner abweichenden Meinung bezüglich der Handelspolitik so schwerwiegende Vorwürfe erheben und mit Ausschluß drohen könne. Die Sozialdemokratie sei keine Partei des absoluten Freihandels und auch die Fraktion habe sich nie auf diesen extremen Standpunkt gestellt, auch nicht stellen können. Diese Erklärung habe kein Geringerer als unser alter Wilhelm Liebknecht im sächsischen Landtage gegeben, ähnlich habe sich auch schon Genosse Bracke geäußert. Schippel habe ganz recht, wenn er den Grundsatz aufstelle: Wer Handelsverträge wolle, müsse notgedrungen auch Zölle wollen. Wir seien Vertreter der Vertragspolitik. Wenn aber über solch wichtige Punkte noch Unklarheit herrsche, so müsse man eben dafür sorgen, daß mehr Aufklärung geschaffen werde. Dann dürfe man aber nicht gleich aus dem Häuschen geraten — über die Sache selbst wollen wir uns ja jetzt nicht streiten, es handelt sich jetzt nur um die Entrüstung — wenn theoretische Auseinandersetzungen stattfinden. Diese sachlichen Auseinandersetzungen schadeten der Partei nicht, wohl aber, wenn man abweichende Meinungen nicht dulden wolle. Gewiß, auch die Ausführungen Schippels — das ist das einzige, was da etwa bemängelt wird — hätten sachlicher sein können, für ihn komme aber als Entschuldigung in Frage, daß er in ganz ungerechtfertigter Weise angegriffen und zu seinen theoretischen Darlegungen gezwungen worden sei."

So also entrüstet man sich dort, wo man mich kennt, und so in Hamburg, wo man mich nicht kennt. Nun, Parteigenossen, legen Sie selber mal die Hand aufs Herz: Wie viele von Ihnen, die bereit sind, mich zu verurteilen oder scharf zu kritisieren, haben die Artikel gesehen, wie viele haben die Artikel gelesen, wie viele haben Nummer für Nummer verfolgt, ob mein Ton ein schlechterer war oder der Ton der Gegner. Denn das müssen Sie doch auch bedenken, beim Hobeln fallen immer Späne, die Abwehrmaßregeln richten sich auch nach dem Verhalten der Gegner, das ist doch selbstverständlich. Wenn Sie die Dinge genügend gelesen und verfolgt haben — dann gut, das Urteil wird für mich gewiß schwer wiegen, aber ich glaube, wenn Sie ernst an die Dinge herangehen wollen, so wird es Ihnen so ähnlich gehen, wie es den Hamburgern gegangen ist, wo man sich sagen mußte: Was eigentlich los ist, wissen wir nicht, darüber sind wir nicht orientiert.

Wie ferner die Stimmungen wechseln, dafür ist folgender Vorgang charakteristisch. Ich habe gestern mittag mit Hoch privatim gesprochen und er hat dann am Nachmittag hier von der Tribüne denselben Standpunkt vertreten, wie mir gegenüber am Mittag. Als ich aber am Mittag mit ihm sprach, war niemand mehr verblüfft über das, was mir Hoch sagte, als ich selber. Denn im Reichstag waren die Dinge so:

Eines schönen Tages kam ein Fraktionsfreund auf mich zu und sagte: Hoch ist über Ihr Buch ganz entzückt, er wird es Ihnen wahrscheinlich auch noch selbst sagen. Nach ein paar Tagen traf ich Hoch. Das erste, was er tat, war, daß er mir sein Entzücken über mein Buch aussprach. Aber über meine Rede im dritten Berliner Wahlkreise entrüstet sich Hoch, obwohl Kautsky nachgewiesen hat, daß genau dasselbe, was ich da gesagt habe, in meinem Buche steht. Ich vermag mir solchen Widerspruch nicht zu erklären. In dem Buch, das ja den Mittelpunkt der Anklage bildet, steht doch nur ausführlicher und kräftiger betont dasselbe, was man mir zum Vorwurf macht. An dem Buch hat man seine Freude, und dann steigt man hier auf die Tribüne und hält die Anklagerede. Das reimt sich nicht zusammen. Und wenn es immer heißt: „Die Gegner hätten mich gelobt; daß sie den Schippel öfter loben, das ist ein Beweis von seiner Gr ud-

Digitized by Google

schlechtigkeit" — ja, Genosse Hoch, denken Sie daran, wie Sie in der Zolltarif-Kommission saßen, da haben Sie den Standpunkt vertreten — und das ist auch von den Gegnern ausgenutzt worden — da haben Sie den Standpunkt vertreten, wer Handelsverträge haben will, der muß auch einen Unterhandlungstarif, der muß auch Zölle haben. Da stand Graf Posadowsky auf und pries unsren Genossen Hoch über den grünen Klee. (Heiterkeit.) Daraus mache ich Hoch nicht den geringsten Vorwurf, seine Aeußerung entspricht ja in vieler Beziehung ganz meiner Stellungnahme. Aber dann soll man doch einen andren Genossen nicht deshalb angreifen, weil er um ähnlicher Anschauungen willen auch mal von den Gegnern gelobt wird. Ich bin dem Lob nicht nachgelaufen, aber ich fürchte mich auch nicht davor, ich kann mir doch meine Anschauungen nicht von den Gegnern vorschreiben lassen, ich kann mir doch nicht, wenn sie mich loben, flugs eine andre Anschauung bilden.

Hamburg III möchte, wenn etwas bewiesen wird — das ist ein ganz loyales Vorgehen — scharfe Maßnahmen gegen mich ergreifen. Hamburg III ist mit vertreten durch Päplow; das ist ein alter Bekannter von mir aus Chemnitz, ich habe stets seine Entwicklung sehr aufmerksam verfolgt, und ich glaube, er wird auch meiner noch nicht ganz vergessen haben. Nun, Päplow vertritt bekanntlich mit am allerenergischsten den Standpunkt, auch für die Ware Arbeitskraft könnten sich einmal die weltwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse, die internationalen Konkurrenzverhältnisse bei der heutigen rapiden Entwicklung des Weltverkehrs und des Menschenverkehrs sehr leicht und sehr rasch dahin ändern, daß wir den internationalen Freihandel in der Ware Arbeitskraft nicht mehr dulden können, daß wir da Beschränkungen, daß wir Absperrungen haben müssen — es braucht ja kein Schutzzoll zu sein, aber eine andre Art des Protektionismus. Päplow wird extra hierher geschickt, um mich wegen meines Protektionismus zu verurteilen, für die Ware Arbeitskraft aber behält er sich vor, heute und morgen schon Protektionist zu werden, wenn andre Konkurrenzverhältnisse eintreten sollten. Aehnlich wie Päplow denken bekanntlich die Arbeiter in den Vereinigten Staaten betreffs der Chinesen, Japaner und andrer unliebsamer Zuwanderer und Konkurrenten, denken die kanadischen Arbeiter, denken die Australier betreffs der Kanaken, Chinesen und Indier, denken die Arbeiter in Südafrika, die von jedem Kandidaten verlangen, daß er dafür eintritt, die Indier auszuschließen, die Chinesen auszuschließen, die Schwarzen-Arbeit in gewisser Beziehung einzudämmen. Zugleich aber vertritt Päplow Hamburg III, das mich als Protektionisten am schärfsten verurteilen möchte.

Nun ist gestern eine wunderbare Anschauung kundgegeben, zuerst in milder Weise von Ledebour, dann in schärferer Weise von Schöpflin, den wir ja als Vertreter der schärferen Tonart kennen, über mein Buch: Die Grundzüge der Handelspolitik. Ja, ich weiß nicht, hat Schöpflin das Buch überhaupt mal in der Hand gehabt? Er scheint sich darunter so etwas vorzustellen, wie eine Rezeptensammlung, wie man sich die besten Schlagworte gegen die Agrarier zurechtmachen solle. Und da Schöpflin nicht genug Schlagworte und Rezepte findet, so ist das Buch nichts wert, ja es ist sogar gefährlich, denn es schafft Unklarheit. Ich möchte Ihnen raten, Genossen, sich das Buch doch einmal anzusehen; das wird niemand etwas schaden. Sie werden in mancher Beziehung Anregung finden; über manches werden Sie sich vielleicht ärgern; Sie werden manchmal andrer Meinung sein — aber Sie werden nichts finden, was Sie entrüsten könnte. Was will das Buch denn eigentlich? Mit den heutigen Zollfragen hat es überhaupt direkt nichts zu tun. Jeder Wissenschaftler, der ein wissenschaftliches Buch herausgibt, stellt sich doch die Aufgabe selbst. Ich bin nicht verpflichtet, einen Leitfaden für die Agitation zu schreiben, wenn ich mich sonst im innerhalb des Rahmens der Partei halte. Das Buch soll eine Geschichte der handelspolitischen Strömungen im Laufe des 19. Jahrhunderts sein, eine rein

Digitized by Google

geschichtliche Arbeit, die darstellt, wie diese Strömungen entstanden, gewachsen, zum Siege gelangt sind und welche theoretischen Formulierungen sie gefunden haben. Das erste Kapitel des Buches stellt dar, wie im Anfang des 19. Jahrhunderts in England der Freihandel emporgewachsen ist. Hätte ich da Rezepte gegen die Agrarier hineinbringen müssen? Das zweite Kapitel schildert die großen Gegenströmungen, die hauptsächlich in Amerika und dann auf dem Kontinent entstanden. England wollte den Freihandel international haben, aber überall, wo auf dem Kontinent eine Industrie emporwuchs, die noch schwach, kinderhaft, hilflos war, entstanden schutzzöllnerische Bewegungen. Man sagte: Wir werden einfach niedergetreten und auf den rein agrarischen Produktionsstandpunkt zurückgeworfen, wenn wir den freihändlerischen Lockrufen Englands folgen. Natürlich handelte es sich damals nur um Industrieschutz. Das dritte Kapitel behandelt die kurze Periode des Freihandels, die wir zwischen 1860 und 1870 auf dem Kontinent hatten. Auch diese Darstellung hat nichts mit den heutigen Fragen zu tun. Im vierten Kapitel wird dann die Frage erörtert: Wie kommt es, daß wir seit dem Ende der 70er Jahre allüberall einen so gewaltigen Umschwung aller Anschauungen über die ganze Handelspolitik wahrnehmen, daß die früher von den bürgerlichen Parteien so verfemten Agrarzölle jetzt trotz aller entgegenstehenden alten Ueberlieferungen acceptiert werden, und zwar reih um in einem Lande nach dem andern: in Deutschland, in Oesterreich-Ungarn, in Frankreich, in Italien, in der Schweiz, in Portugal, in Spanien? Das muß doch tiefliegende ökonomische Ursachen haben. So große Wandlungen und Umwälzungen in der Politik — nochmals: in der Politik aller Kontinentalstaaten — müssen doch machtvollen Umwälzungen in den materiellen Grundlagen des Weltverkehrs, großen internationalen Verschiebungen in der Weltproduktion entsprechen. Und gerade wir Sozialdemokraten als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung sollten uns eigentlich *freuen*, wenn einer von uns einmal diese tiefliegenden neuartigen Wirtschaftserscheinungen und ihre Folgen im „Oberbau" der Politik und speziell der Handelspolitik eingehender verfolgt und verfährt. Und weil mir die neuartigen grundlegenden Wirtschaftserscheinungen nicht vorübergehend schienen, deswegen bin ich allerdings weiter zu der Schlußfolgerung gekommen, daß der „vereinte *Agrar- und Industrieschutz*", der seit dem Ende der siebziger Jahre überall auf dem Kontinent, trotz aller Widerstände, trotz aller alten Traditionen, zum Durchbruch gelangte, *keineswegs* so *vergänglicher* Natur ist, wie man das vielfach glaubt. Ich *beschönige*, ich *billige* diese Politik *keineswegs*; aber ich *schätze sie* in ihren Ursachen, in ihrer Lebenskraft allerdings *anders* ein. Wir gehen von andern Anschauungen und Interessen aus wie die herrschenden Klassen; *auch ich tue das*. Aber wir müssen doch auch für die uns umgebende *bürgerliche* Welt ein richtiges Augenmaß gewinnen; wir müssen, wie man sagt, mit den Tatsachen rechnen. Wenn ich diese Tatsachen *anders* sehe, kann man mir daraus einen *Vorwurf* machen? Ich soll dabei „unklar" gewesen sein? Ist das ein Grund zu Vorhalten von Partei wegen? Man nennt mich zweideutig. Ja, wenn bisher die Position unsrer *Gegner unterschätzt* worden ist, und es weist jemand darauf hin, daß diese Position eine viel festere, viel schwerer einnehmbare ist, aus den und den Gründen . . . führt er dann die Sache der Gegner, ist er dann in Zweideutigkeiten der Partei in den Weg getreten? Ach nein, mit einem solch Vorwurf kann man mich diskreditieren, aber widerlegt hat man mich dam noch nicht!

Was ist denn für mich das Empörendste an der ganzen Geschichte? D Buch, das den Mittelpunkt der ganzen Anklage bildet, ist vor 3 Jahren schienen. Gewiß, es *sind Artikel dagegen erschienen*. Das ge bei jedem Buch so, das einen eigenen Standpunkt vertritt. Ein Autor, bei d

Digitized by Google

sich andre Anschauungen in langen Jahren festgewurzelt haben, wird durch solche Kritiken nicht bekehrt werden. Es gibt auch Artikel, bei denen man den Autor gar nicht bekehren will, die nur geschrieben sind, um einen Autor zu diskreditieren. Solche Artikel, Genossen, liest man nicht. Ich habe sie nicht gelesen, bis heute noch nicht. Und ich verbitte mir das (Bebel: Na, na!), daß mir zugemutet wird, ich hätte diese Artikel lesen müssen. Nein, so steht die Sache denn doch nicht. Wenn Leute, die mich gar nicht gelesen haben, trotzdem über mich urteilen, dann werde ich auch wohl sagen dürfen: die betreffenden kritischen Artikel habe ich auch nicht gelesen. In der Partei haben sie auch gar keine Wirkung gehabt. Niemand ist aufgestanden und hat gesagt: hier ist eine Anklage erhoben worden, die muß jetzt zur Entscheidung gebracht werden. Haben Sie so etwas wahrgenommen? Ich habe nichts davon gemerkt. Dann kamen die Zollkämpfe im Reichstage. Ist da jemand aufgetreten mit der Behauptung, daß ich wegen meines Buches in die Fraktion nicht mehr hineinpasse? Niemand ist aufgestanden. Dann haben wir Wahlen gehabt. Ich bin in Chemnitz einstimmig wieder aufgestellt worden. Das hat man gewußt und hätte man Widerspruch erheben wollen, so wäre die Möglichkeit dazu vorhanden gewesen. Wir wissen ja, daß es in solchen Fragen nicht auf das formelle Recht ankommt; die Möglichkeit lag jedenfalls vor. Wissen Sie etwas davon, daß einer aufgestanden wäre und gesagt hätte, um einen Auerschen Ausdruck zu gebrauchen: „Lassen Sie Schippel die Klinke von außen zumachen!"? Ich habe nichts davon gehört. Wir sind dann als neue Fraktion im Reichstag zusammengetreten; ich wurde wieder als Schriftführer präsentiert und habe sämtliche Fraktionsstimmen dafür bekommen, hat damals jemand gesagt: Schippel hat das Buch geschrieben, er ist nicht mehr würdig, der Fraktion anzugehören? Ich habe nichts davon gehört.

Und als ich dann meinen Vortrag hielt, war es nun wirklich notwendig, daß um jeden Preis dieser Streit entfesselt werden mußte? Ich habe den Vortrag gehalten in kleinem, geschlossenem Kreise. Als ich darauf hinwies, hat man gesagt, ich wolle mich verkriechen. Nein, ich habe mich nie verkrochen; man wirft mir jetzt ja gerade vor, daß ich rücksichtslos wie ein Grobian aufgetreten sei. Ich denke in solchen Dingen so: Widersprechen Meinungsabweichungen dem Parteiprogramm und den Grundanschauungen der Partei, so hat ein Genosse beiseite zu gehen. Ein solcher Fall lag meiner Meinung nach bei mir nicht entfernt vor. Ich sage aber auch weiter noch: eine Meinung kann innerhalb des Parteirahmens durchaus zulässig sein, sie braucht in keiner Weise parteiwidrig zu sein; auch dann gibt es Zeiten und Umstände, wo dennoch Zurückhaltung zur Pflicht wird; auch zulässige und nicht-parteiwidrige Anschauungen kann man der Partei geflissentlich wie Knüppel zwischen die Beine werfen, und das ist gleichfalls unzulässig. Wie die Dinge beim Vortrag im 3. Wahlkreis lagen, kann von einer solchen Absicht wirklich nicht die Rede sein. Die Sache stand so: Schöpflin sollte an dem Abend im dritten Berliner Wahlkreis eine Rede halten. Weil aber die Reichstagssitzung an dem Tage ausfiel, reiste er nach Hause und der Vorstand des Kreises kam in große Verlegenheit. Ich wurde mit Bitten bestürmt, einzuspringen, und weil ich schon so oft gelehnt hatte, sagte ich schließlich zu. Damals wurde gerade der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein gegründet, und ich schlug, weil keiner von uns ein andres Thema wußte, vor, daß ich über diese Fragen sprechen wolle. So ist der Vortrag entstanden. Hätte ich gewußt, daß über den Vortrag ein Bericht veröffentlicht werden sollte, so hätte ich dem Berichterstatter — ich kannte ihn nicht — gesagt: Ich bin hier nur als Lückenbüßer, die Sache könnte in der Öffentlichkeit doch irgendwie ausgenützt werden (Hört! hört!), tun Sie mir den gefallen und machen Sie es, wie sonst bei solchen Wahlvereinsvorträgen: bringen Sie weiter keinen Bericht; wir sind in einem kleinen Kreise, da kann

Digitized by Google

man schon mal etwas sagen, was, wenn es in die Oeffentlichkeit gebracht wird, Mißtöne und Mißverständnisse erregen kann." (Hört! hört!) So war die Sache und da kann man doch nicht behaupten, daß ich die Absicht gehabt hätte, der Partei Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Und nach der Absicht müssen Sie urteilen. Wenn mir eine falsche Beurteilung der Wirkung meiner Rede passiert wäre: von der Absicht, einen Streit zu provozieren, kann wirklich nicht gesprochen werden. Und wenn diese Absicht nicht vorliegt — sie kann nicht vorliegen —, so sollte man sie auch nicht unterstellen.

Nun komme ich auf die Entwicklung in der Fraktion. Hätte ich gewußt, daß der „Vorwärts" einen Bericht über den Vortrag bringen würde, so hätte ich zum mindesten gebeten, daß er mir vorher vorgelegt würde. Auch in der Fraktion wurde von allen Seiten offen ausgesprochen: Wenn man einen so sensationellen Bericht bringt mit Stellen, die offenbar so nicht gelautet haben können, dann müßte der Bericht dem Redner unbedingt unterbreitet werden. Ich glaube, durch zwei Sätze und die Aenderung von sechs oder sieben Worten hätte der ganze Bericht eine korrektere Form bekommen können, so daß kein besonderes Unglück hätte entstehen können. Ledebour sagte gestern, die Fraktion hätte mich erst zwingen müssen zu der Erklärung, daß ich gegen Agrarzölle sei, natürlich als Forderung der Sozialdemokratie. Das ist nicht richtig. An demselben Tage, an dem der Vorwärtsbericht erschien, waren wir abends in der Fraktion zusammen. Damals war die Stimmung allgemein: Die Sache ist wenig erfreulich, aber nach den Aufklärungen, die erfolgt sind, müssen wir sehen, darüber hinweg zu kommen. Man wollte überhaupt nichts gegen mich unternehmen. Im Laufe der Debatte hatte Pfannkuch — ich glaube, er war es — das Wort fallen lassen: „Wenn Schippel eine Erklärung abgibt, er teile den gegnerischen Standpunkt der Partei gegen den Zolltarif, so würde die Sache am besten erledigt." Ein Beschluß wurde in dieser Beziehung nicht gefaßt, ich griff den Vorschlag, der mir einleuchtete, auf, und Stadthagen hatte die Freundlichkeit, eine entsprechende Erklärung zu formulieren. Und so fanden Sie denn am nächsten Tage meine Erklärung im „Vorwärts", die mit den Worten schließt: „Nach wie vor vertrete ich die beim Zollkampf und im Wahlkampf von der Partei und mir betätigten Anschauungen". Damit sollte die Sache erledigt sein; das war die allgemeine Stimmung. Dann aber kamen die Hinweise auf mein Buch. Es wurden Aeußerungen von mir zitiert wie die, daß der Zoll keine verteuernde Wirkung habe — eine Behauptung, die in dieser Form einfach geschmacklos ist —; es kamen immer neue Anzapfungen. Man wollte die Sache auf der andern Seite nicht zur Ruhe kommen lassen, und so mußte schließlich die Fraktion auch etwas tun. Ich mache der Fraktion keinen Vorwurf. Sie hätte vielleicht sagen können: „Beweist mal Eure Vorwürfe!" Aber wenn sich draußen so viel Mißtrauen angesammelt hat, so kommt jede Fraktion schließlich dazu, daß die bisherige Erklärung nicht genüge. Ich schlug eine nochmalige eingehendere Erklärung meinerseits vor. Diese Anregung scheiterte aus Geschäftsordnungsrücksichten. — Sie finden das in der „Neuen Zeit" und in der Ihnen zugegangenen „Volksstimme" näher dargelegt. So kam die Resolution der Fraktion zustande. Wenn Sie sich diesen Sachverhalt überlegen, so kön n Sie nicht sagen, ich hätte den Streit provozieren wollen. Im Gegenteil, h habe alles getan, um den Streit beizulegen. Es ist wahrlich nicht angenel , jeden Tag erklären zu müssen, ich stehe in diesen Dingen durchaus nicht r praktischen Haltung der Partei gegnerisch gegenüber. Und wenn man s erklärt hat, und jeden Tag von neuem kommen dieselben Angriffe, nun, s geht einem schließlich gegen den Mann. Fortwährend diese beweisl r Anschuldigungen, dann Erklärungen von mir und immer dabei die Empfind- : orgen gehts wieder von vorn los, als ob man niemals etwas erklärt h .

Digitized by Google

Ich bin bis an die Grenze des Möglichen gegangen, vielleicht noch darüber hinaus. Trotzdem ist der Streit weiter gegangen, den in seinen Einzelheiten zu schildern gar nicht möglich ist.

Ich wende mich deshalb der Resolution Bebel zu. Welche Stellung Sie dazu nehmen werden, ist Ihre Sache. Ich weise Sie nur auf einige Punkte hin, die Sie unmöglich annehmen können. Da wird mir zunächst mein Ton vorgeworfen. Ein Jahr nach dem Dresdener Parteitag derjenige zu sein, dem in erster Linie in der Partei der schlechte Ton vorgeworfen wird, das habe ich nicht erwartet. Ich glaube nicht zu denjenigen zu gehören, die gern gegen Parteigenossen polemisieren. Aber bedenken Sie: ich habe auch eine Leber, über die mal eine Laus läuft. (Heiterkeit.) Wissen Sie, was gegen mich geschrieben worden ist? Wenn Sie meinen Ton tadeln, warum nehmen Sie den Ton der andern nicht mit hinein! (Sehr richtig!) Warum nur immer den Ton desjenigen, der angegriffen, der herausgefordert worden ist, der sich verteidigen muß gegen beweislose Verdächtigungen. Ich will Ihnen mal ein paar Stellen verlesen. Da gibt der Genosse Parvus eine Korrespondenz heraus: „Aus der Weltpolitik". Darin schreibt er am 30. Januar 1904 und die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung" und wohl noch manches Parteiblatt hat diese Beleidigungen und Beschimpfungen wortgetreu nachgedruckt. Es heißt da:

„Max Schippel hielt in Berlin eine große Rede über Handelspolitik. Der „Vorwärts" brachte einen langen Bericht darüber. Dieser Bericht enthielt von der ersten bis zur letzten Zeile nichts als stockagrarische Ausführungen (Sehr richtig!) über Agrarzölle, über Landwirtschaftsnot, über Handelsverträge. Ganz und gar im Sinne eines Grafen Kanitz. Dann publizierte Schippel eine Berichtigung im „Vorwärts", wonach seine Ausführungen zwar durchaus genau im Bericht wiedergegeben seien, nur habe er damit bloß die Ansichten der andren Parteien zum Ausdruck bringen wollen, seine Ansichten aber seien die Ansichten der Partei. Wir gestatten uns, dieses Dementi in den Papierkorb zu schmeißen. Hätte Schippel gesagt, er sei es gar nicht gewesen, der den Vortrag gehalten hat, die Versammlung habe nicht stattgefunden, der Bericht sei gar nicht im „Vorwärts" erschienen, sondern in der „Deutschen Tageszeitung", so würde man vielleicht an seiner geistigen Intaktheit, aber nicht an seiner Aufrichtigkeit zweifeln. Schippel würde gut tun, in der Zukunft, um Mißdeutungen vorzubeugen, an die Genossen, die von ihm ein Referat verlangen, erst die Anfrage zu richten: Von welchem Standpunkte wollt ihr, daß ich die Frage behandle? Vom agrarischen, vom ultramontanen oder vom antisemitischen? Oder noch anders? In der Ankündigung wird es dann ungefähr heißen: Max Schippel spricht über Justiz vom Standpunkte Fritz Friedmanns" — eine Geistreichigkeit ersten Ranges —. „Den Kulminationspunkt des Ganzen bildet eine Verherrlichung des neuen Zolltarifs" — meine Rede eine Verherrlichung des neuen Zolltarifs! — „man soll nicht sagen: Mit dem neuen Zolltarif ist nichts anzufangen. Damit ist sehr viel anzufangen. Wer spricht denn da? Ist es Bassermann? Ist es Posadowsky? Oder sind Sie es gar wirklich, Genosse Max Schippel? Existieren Sie denn leibhaftig und lebendig? Oder ist es vielleicht nur noch ein sozialdemokratisches Reichstagsmandat, hinter dem sich der Geist des verstorbenen Freiherrn von Wangenheim verbirgt? Da haben wir nun gegen den Zolltarif gekämpft und gewütet, Obstruktion getrieben, beinahe eine Staatskrisis zustande gebracht — und jetzt erfahren wir, daß das alles umsonst war, daß wir ruhig der Zolltarifvorlage hätten zustimmen, oder jedenfalls, wie bei der Herero-Vorlage, uns der Abstimmung enthalten, neutral bleiben können! Das ist nun Schippel!" —

Digitized by Google

Es ist immerhin ein Trost, daß in derselben Nummer der „Wp." gerade so gegen die Fraktion wegen ihrer Abstimmung über die Herero-Vorlage losgegangen wird. Es ist ein Trost für den Elenden, mit andren zusammen abgeschlachtet zu werden. Ein schöner Ton war das nicht, mein Ton war doch wohl um verschiedene Grade schöner. Ich bitte, mir das Gegenteil zu beweisen. Das waren aber noch lange nicht die schönsten Töne, die Parvus riskiert hat. Und seine gefälligen Helfershelfer haben es abermals nachgedruckt. Das ist „Parteidisziplin", das ist die „Förderung des guten Verhältnisses unter den Parteigenossen". So heißt es, nach Parvus, in der „Dortmunder Arbeiterzeitung" vom 10. 2. 1904:

„Schippel macht sich nichts daraus. Es ist ihm überhaupt alles egal. Das Gefühl der allgemeinen Wurstigkeit beseelt ihn. Man weist ihm nach, daß er alte agrarische Ladenhüter produziert, deren Nichtigkeit längst aufgedeckt, von ihm selbst erkannt ist, daß er Zitate fälscht." (Ruf: Sehr richtig!) — Nun, Zitate fälschen wir ja alle. Das lese ich seit Jahren als Vorwurf bei jeder Polemik unter Parteigenossen — „daß er die Unwahrheit sagt, — das rührt ihn nicht. Er ist unverletzbar, denn er hat jedes moralische Empfinden verloren. Man kann ihm, wie dem unverwundbaren Ali im Variété Stricknadeln durch die Wangen ziehen und brennendes Werg in den Mund stecken. (Heiterkeit.) Er fühlt es nicht. Was man auch über ihn schreibt, er liest es nicht. Alles ist nichtig. Er ist jenseits von Gut und Böse. Er lebt in einem Nirwana, deutsch, in einem Dusel. Mit halbgeschlossenen, verschlafenen Augen sieht er sich die Welt an — sie erscheint ihm klein, unbedeutend, und was wir andern treiben, wofür wir uns ereifern, erhitzen, unnütz und erbärmlich. Wahrheit, Wissenschaft, — alles ist unsicher, schwankend, vergänglich. Revolution, Sozialismus, politische Macht, Weltumwälzung, Prinzip, — Hallucinationen, Utopien, Zeitvertreib! Jedes Ding läßt sich verschieden darstellen — je nach dem Gesichtspunkt. Tritt man ihm entgegen, sucht man ihn zu überzeugen, so höhnt er bloß: Das alles kann er ebensogut wie wir, und wenn wir es wünschen, könne er es auch anders darstellen. (Ruf: Leider sehr richtig!) Er zeichnet eine Karikatur der Volksmiliz und agitiert mit uns gegen das stehende Heer; er schreibt ein schutzzöllnerisches Buch und agitiert mit uns gegen die Schutzzölle. Er glaubt weder an das eine noch an das andre; weder an das, was wir tun, noch an das, was er schreibt. Der Mann ist zu bedauern. Er lamte einst bessere Zeiten."

Was sagt weiter die Dortmunder „Arbeiterzeitung" dazu? „Soweit Parvus. Wir haben gestern schon unsrer Hoffnung Ausdruck gegeben und wiederholen das auch heute, daß die Fraktion alle Befürchtungen zu Schanden machen wird, indem sie resolut zwischen sich und Schippel das Tischtuch zerschneidet." Und bei andrer Gelegenheit schreibt dasselbe Blatt: „Schippel hat den ehernen Boden der marxistischen Denkweise verlassen, und nun hat er gar keinen Boden mehr unter den Füßen, er sinkt — sinkt ins Bodenlose. Gerade im Falle Schippel zeigt sich aufs neue deutlich, wie selbst die größte Begabung und die umfassendsten Spezialkenntnisse nicht vor völligem politisch-wissenschaftlichen Schiffbruch schützen, wenn man nicht geleitet wird von dem Kompaß einer fest fundierten Theorie, wenn man nicht unverwandt blickt auf den Leuchtturm eines zielklaren Programms. Das erlaubt sich hier dem Genossen Max Schippel jemand zu sagen, der es weder an Begabung noch an Spezialkenntnissen mit ihm aufnimmt, der weder „allweise" noch ein „Parteiidol" ist, der aber vor Schippel einen großen Vorzug voraus hat, den nämlich, daß er nach wie vor ein klassen- und zielbewußter Sozialdemokrat ist."

Digitized by Google

Habe ich angesichts solcher Auslassungen nicht recht, wenn ich meinen Ton gleichfalls um ein paar Nuancen verschärfe? Wenn die Dinge von vornherein so behandelt werden, bevor es zu einer Aussprache kommt, wenn die Parteigenossen nicht das Bedürfnis haben, abzuwarten, wie die Erklärungen ausfallen, sondern gleich derart losschlagen, nun, dann darf man sich nicht beschweren, wenn auch mein Ton etwas kräftig geworden ist. Ich weiß also nicht recht, weshalb die Resolution Bebel nur den Ton der einen Seite tadelt.

Dann enthält die Bebelsche Resolution noch eine Stelle, die Sie unmöglich so annehmen können. Es heißt da: „Wenn schließlich der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gedrängt, erklärte, daß er Gegner der Agrarzölle sei ..." Zu meiner ersten Erklärung bin ich durchaus nicht gedrängt worden. Ich selber habe mich freiwillig bereit erklärt, eine versöhnliche Erklärung abzugeben.

Ferner bemängelt die Resolution meine Stellung zur Agrarfrage. Aber niemand hat hier die Aenderung seines Standpunktes bereitwilliger zugegeben als ich. Ich habe in der „Chemnitzer Volksstimme" vom 10. August geschrieben: „Folgern darf man aus meinen Darlegungen allerdings, daß für die Partei die Agrarfrage wohl noch nicht als „gelöst" zu betrachten ist. Kommt sie, was in keiner Weise eilt, wieder einmal ernstlich zur Erörterung, — sowohl hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen über die Lage der Landwirtschaft, wie hinsichtlich der Möglichkeit sozialistischer Heilmittel gegen etwa anzuerkennende Notstände — so unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß wir vieles besser machen werden wie 1895. Ich selber bin ein lebender Zeuge manches Meinungsumschwunges auf diesem Gebiete, und auch andre haben unterdes mancherlei gelernt. Das geht uns nun einmal allen so oder doch den meisten von uns — glücklicherweise. Selbst rettende Gegenprogramme gegen den bürgerlichen Agrarschutz auszuhecken, dazu bin ich selbstverständlich nicht verpflichtet, dazu bin ich ferner sehr wenig veranlagt. Ich huldige in solchen Dingen noch immer dem altväterischen Grundsatz, daß Programme und programmatische Kundgebungen nur Kollektivarbeit, nur das Ergebnis vorangegangener vielseitiger Aussprachen und Verständigungsversuche innerhalb der Partei sein können und sein sollen, daß sie darum zunächst ein in der Partei allseitig empfundenes Bedürfnis nach einer bestimmten Stellungnahme zur Grundlage haben müssen. Seit dem Jahre 1895 habe ich davon nichts mehr verspürt. Das wird sicher eines schönen Tages abermals anders werden. Bis dahin jedoch kann unsereiner vernünftigerweise weiter nichts wollen, wie Aufklärung über die maßgebendsten agrarischen Entwicklungserscheinungen mit verbreiten zu helfen, um auf diese Weise spätere Diskussionen zu erleichtern und spätere Vorschläge vorzubereiten. Heute schon mehr zu tun, hieße Eier bebrüten, ehe sie gelegt sind."

Nun, Genossen, wenn einer so offen ausspricht, daß er seinen Standpunkt geändert hat, dann sollen wir auch hier nicht diese Aenderung anmaßen wollen, als wenn sie einen Vorwurf bedeutete. (Zuruf von Bebel.) Ich gebe zu, das mag ja nicht die Absicht sein, aber Sie wissen ja, wie solche Resolutionen draußen beurteilt werden, und wegen dieser Wirkung nach außen ten Sie die Annagelung fallen lassen.

Und nun zum Schluß! Ich glaube, es war Schöpflin, der hier mit der Verve gegen mich gesprochen hat und der erklärte, selbst die Resolution bel ohne das Amendement Freythalex sei nicht annehmbar, und er hat hinefügt, ob Schippel dann die Konsequenzen ziehen wird, s steht dahin. Nun, Genossen, darüber zerbreche ich mir zunächst den f nicht, ich habe die Gewohnheit, die Dinge an mich herankommen zu lassen nicht schon im voraus nachzugrübeln über die Konsequenzen von Umständen,

Digitized by Google

die vielleicht einmal eintreten können, und von Anträgen, die vielleicht einmal zur Annahme gelangen können. Ob und welche Konsequenzen ich eventuell ziehen werde, darauf kann ich Ihnen also im Augenblick keine Antwort geben. Aber Sie haben gern von meiner Zweideutigkeit gesprochen. Nun, Genossen, wenn Sie durch das Amendement wirklich das bezwecken, was Schöpflin ganz offen als Absicht ausgesprochen hat, dann haben Sie heute den Mut, eindeutig zu sein, dann verlangen Sie auch klipp und klar das, was Sie wollen. Dann werden wir uns weiter sprechen. (Vereinzelter Beifall).

Sindermann-Dresden: Der Wunsch, **Klarheit** zu schaffen, besteht unter den Genossen fast aller Wahlkreise, und es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß wir Schippel gegenüber mal eine **klare Stellung einnehmen müssen.** Die Geschichte liegt doch nicht so einfach, wie Schippel sie darzustellen beliebt. Lebedour hat durchaus objektiv berichtet; wir haben seitens der Fraktion von Schippel eine Erklärung darüber verlangt, ob er noch auf dem Standpunkt steht, den er zur Zeit des Kampfes gegen den Zollwucher einnahm. **Diese Klärung ist nicht erfolgt.** Es ist in den letzten Monaten ein bedauerlicher Unfug damit getrieben worden, daß man sich Vertrauensvoten von Wahlkreisen ausstellen läßt. (Sehr richtig!) **Die Chemnitzer haben Schippel ein Vertrauensvotum erteilt, noch bevor er gesagt hat, welchen Standpunkt er eigentlich einnimmt.** Ich habe sogar gehört, daß er die **Vertrauensresolution selbst geschrieben** und sie nur durch einen andren Genossen hat einbringen lassen. (Lebhaftes Hört! hört!) Welchen Wert haben denn solche Vertrauensvoten noch? Ich glaube, auch die Chemnitzer werden das mysteriöse Verhalten Schippels zu würdigen wissen und denselben Weg betreten, den der Parteitag heute durch die Resolution Bebel und das Amendement Freythaler ihnen anzeigt. Die Resolution Bebel geht mir nicht weit genug, wir müssen Schippel zeigen, was er zu tun und zu lassen hat, und das kommt in dem Amendement zum Ausdruck. Schippel macht den schweren Kampf gegen den Zollwucher nicht mit, er läßt sich nicht drücken, er gibt den Gegnern Material gegen uns, **und heute kommt er hierher und liefert dasselbe traurige Schauspiel wie in seinen Artikeln in der „Chemnitzer Volksstimme".** (Sehr richtig!) Wenn ich einmal die Notwendigkeit von Agrarzöllen einsehe, dann ziehe ich auch die Konsequenzen daraus. Gegen das mysteriöse Verhalten von Schippel muß der Parteitag endlich Stellung nehmen. Zurzeit des Wahlkampfes im 20. sächsischen Wahlkreise, wo Göhre eine so taktlose Rolle spielte, als die bürgerlichen Parteien die Stellung von Schippel gegen uns ausnutzten, hat sich Schippel trotz der Aufforderung, zu sprechen, nicht gerührt. **Er liest nichts, er hört nichts, er weiß nichts, und dabei ist er fähig, uns eine ganze Reihe von Zitaten vorzuführen, die zu seinen Gunsten sprechen.** (Sehr gut!) Auf der sächsischen Landeskonferenz sagte er, er kümmere sich um die Streitigkeiten in der Partei nicht. Erst rollte er eine Streitfrage auf, und wenn dann die Genossen Klarheit verlangen, dann sagt er: Ach, Ihr wollt ja bloß stänkern, ich lasse mich darauf nicht ein, denn jedesmal fangen diese Stänkereien an mit einer Auseinandersetzung über die materialistische Geschichtsauffassung und sie enden mit einer dreckigen Rinnsteingeschichte. (Pfui!) Er hat **keine Erklärung** abgegeben, obwohl **nichts leichter gewesen wäre, als einfach zu sagen: ich verwerfe alle Lebensmittelzölle, ich verwerfe alle Agrarzölle in Deutschland! Statt** das zu erklären, hat er nachher die Genossen in der **höhnendsten Art und Weise heruntergerissen.** Das darf in der Partei nicht Brauch werden, die Genossen müssen Schippel zu erkennen geben, daß wenn er nicht mehr fähig ist, die neue Weltanschauung gegen die alte zu vertreten, in der Partei kein Platz mehr für ihn ist. Wenn ein jüngerer, in den hintersten Reihen kämpfender Parteigenosse so schwere Fehler machte, so hätte man ihm längst den richtigen Weg gewiesen und was man gegen den einen tut, darf man gegen den andern nicht unter-

Digitized by Google

lassen. Schippel läßt es zu, daß die Gegner ihn fortwährend gegen uns ausspielen, aber er hat nicht den Mut, zu sagen, ich kann nicht mehr durch Dick und Dünn mit Euch gehen und muß deshalb die Konsequenzen ziehen. Das fällt ihm gar nicht ein. Wir alle haben keine Lust, in der Partei zu stänkern, wir wissen, daß es notwendig ist, gerade in Zollfragen die größte Einheit zu bewahren. (Sehr richtig!) Mancher Genosse, der es 1895 nicht verstand, wie Bebel sagen konnte: er sei mit Schippel als Mensch fertig, wird heute sagen, daß Bebel recht gehabt hat. An Stelle von Schippel würde ich den Mut haben, zu sagen: ich gehöre innerlich nicht mehr zu Euch, ich gehe meiner Wege, ich kann nicht mehr mit Euch marschieren. (Lebhafter Beifall.)

Bernstein: Ich habe mich einschreiben lassen, um gegen die Resolutionen zu sprechen, **nicht etwa, weil ich den Standpunkt Schippels teile**, sondern, weil die Resolutionen nur **Aeußerlichkeiten** betreffen und **nicht das, worauf es ankommt.** Ich will nicht leugnen, daß in Schippels Auftreten eine gewisse Zweideutigkeit liegt, aber das ist nur eine Aeußerlichkeit. Viel wichtiger ist, daß der Standpunkt Schippels ein theoretisch falscher und zweideutiger ist. Auch die Art, wie er hier die Frage behandelt hat, hat das von neuem bekräftigt. Er hat unter anderm Päplow angeführt als einen Genossen, der zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß unter Umständen die Ware Arbeitskraft geschützt werden muß gegen die Konkurrenz von Arbeitern andrer Länder auf dem Arbeitsmarkt. Das ist aber etwas ganz andres als das, worum es sich in der Handelspolitik handelt. (Sehr richtig!) Ich will damit nicht etwa sagen, daß ich all das gut heiße, was in den verschiedensten Ländern geschehen ist, um fremde Arbeiter vom Arbeitsmarkt abzuhalten. Die deutsche Technik und die deutsche Industrie sind im allgemeinen so entwickelt, daß sie keines Schutzzolles bedürfen. Schutzzölle sind wirtschaftlich betrachtet schließlich eine Verteuerung der sachlichen Produktionskosten, die Arbeiter haben ein Interesse daran, die sachlichen Produktionskosten möglichst zu vermindern. Wir wissen weiter, daß der Agrarzoll für kleine Landwirte, je mehr sie sich ihrer Klassenlage nach den Arbeitern nähern, gleichgültig, ja sogar schädlich ist. **Die Arbeiterklasse muß eine durchaus einheitliche Handelspolitik betreiben** aus ihrer ganzen Stellung in der modernen Gesellschaft heraus. Daß die bürgerlichen Parteien, wie Schippel feststellt, die Fahne des Freihandels haben fallen lassen, ist begreiflich, einmal weil sie überhaupt reaktionärer geworden sind, teils auch, weil sie die Kraft verloren haben, für ihre einstigen Ideale einzutreten. Deshalb ist die Fahne des Verkehrs auf die Arbeiterklasse übergegangen. Ich bedauere, daß Schippel diesen Standpunkt nicht hat, aber aus solchen theoretischen Auffassungen kann man niemandem von vornherein einen Vorwurf machen. Andrerseits darf man dazu auch nicht schweigen. Ich vermisse in den Resolutionen die Betonung des Standpunktes der Partei, wie er in den Beschlüssen von Mainz und München zum Ausdruck kommt. Also, theoretisch trennt mich sehr viel in dieser Frage von Schippel, ich stehe vielleicht am schärfsten von allen Genossen gegen ihn, aber daraus, daß er in einem improvisierten Vortrag (Zuruf: improvisiert?) in einer geschlossenen Versammlung seine theoretischen Anschauungen vorgebracht hat, ist ihm kein Vorwurf zu machen. Die Sache ist gegen seinen Willen und seine Absicht in die Oeffentlichkeit gezogen, er ist aufgefordert worden, Stellung zu nehmen. Die Art, wie Schippel seinen Standpunkt entwickelt hat, hat auch mir nicht gefallen, er hätte schon etwas deutlicher sprechen und von vornherein seinen Standpunkt öffentlich kundgeben können. (Bebel: Das verlangen wir ja, **das haben wir aber auch heute nicht erfahren!**) Schippel hätte auch im Ton anders sein können, aber ich weise darauf hin, daß uns sonst immer gesagt wird, alte Weiber beschweren sich über den Ton, eine kräftige Partei kann auch einen kräftigen Ton vertragen. Also, man soll auf

Digitized by Google

den Ton nicht so viel Gewicht legen, oder aber, wenn man ihn rügt, dann soll man ihn bei allen rügen. Schippel ist doch auch scharf angegriffen worden. Hinsichtlich der Polemik will ich übrigens bemerken, daß Schippel Kautsky gegenüber sachlich im Unrecht ist, insofern er ihm Widersprüche vorwarf, wo keine Widersprüche vorhanden waren. Ich teile, kurz gesagt, den Standpunkt von Schippel nicht, und ich halte es weiter für notwendig, daß der Parteitag nochmals seine Stellung zur Verkehrs- und Handelspolitik und zur gegenwärtigen Zollpolitik bekräftige. Ich habe auch nichts dagegen, wenn der Parteitag einen Tadel ausspricht über den Ton, aber nicht über den Ton allein von Schippel, sondern über den Ton von allen. (Sehr richtig!) Schippel befand sich in einer sehr schwierigen Lage, man hätte ihn nicht zwingen dürfen zu sprechen. Aus seinem Schweigen kann ihm ein Vorwurf nicht gemacht werden. Ich empfehle Ihnen die Annahme der von mir gestellten Resolution 136.

Päplow-Hamburg: Schippel hat recht, wenn er mich als alten Freund reklamiert, ich gehöre zu denen, die ihn vor 15 Jahren in den Sattel gehoben, d. h. als Reichstagskandidaten für Chemnitz aufgestellt haben, und ich bin in gewisser Beziehung auch heute noch Schippelianer, obwohl ich nicht alles, was er geschrieben hat, mit verantworten will. Ich sage auch, daß die handelspolitischen Fragen diskutiert werden können in dem Sinne, wie Schippel es getan hat. Was ich ihm vorwerfe, ist, daß er die politische Situation nicht beachtet, daß er gerade als die Partei im Kampfe gegen den Zolltarif stand, diese Fragen aufgeworfen hat. Schippel sagt, ich sei Protektionist. Ich bin in Amsterdam keineswegs protektionistisch aufgetreten, ich habe nur gesagt, daß ich das Wort von Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ nicht so auffasse, daß ausländische Arbeiter in ungezählten Scharen ohne Rücksicht auf die Zustände bei uns nach Deutschland kommen dürften, ich habe gesagt, wir müssen die internationale Freizügigkeit an gewisse Bedingungen knüpfen. Wer so unter der internationalen Freizügigkeit gelitten hat, wie wir Bauhandwerker unter dem Zuzug der Italiener, der darf wohl mit Recht verlangen, daß die internationale Solidarität auch von den übrigen Arbeitern gefördert wird. Genau so, wie wir uns jetzt unter Umständen wehren müssen gegen die massenhafte Einwanderung von Arbeitern, können wir auch zu der Anschauung gelangen, daß die Ware an und für sich geschützt werden muß. Ich will darauf nicht weiter eingehen, sondern nur betonen, daß ich auch den Standpunkt von Bernstein nicht für den richtigen halte. Will man die Ware Arbeitskraft schützen, dann muß man unter Umständen auch so weit gehen, daß man die Ware selbst schützt. Ob der Zeitpunkt dazu gekommen ist, will ich nicht erörtern.

In der Resolution Bebel ist von dem Ton die Rede, aber man muß doch berücksichtigen, welcher Ton vorher angeschlagen ist. Und leider hat ja das Wort noch immer Geltung: Wie es in den Wald hinein schallt, so schallt es wieder heraus. Kautsky, der sich ja Schippel besonders vorgenommen hat, hat in dieser Beziehung auch sehr viel gesündigt. Und Bebel — ich schätze ihn sehr hoch, ich bin sachlich in fast allem mit ihm einverstanden, mir ist sein Standpunkt mitunter sogar noch nicht scharf genug — aber der Ton, den er manchmal anschlägt, gefällt mir nicht. Der Ton, den er in Dresden angeschlagen hat, wird mir niemals gefallen. Also, wenn man soviel vom schlechten Ton redet, so soll man auch andern diesen Vorwurf machen. Ich halte deshalb sowohl die Resolution Bebel als auch das Amendement Freythaler für unannehmbar. Wollen wir Schippel einen Tadel aussprechen, so kann das nur in der milden Form geschehen wie ich es in meiner Resolution beantragt habe. Wäre keine andre Resolution vorgeschlagen, so könnte ich die meinige sogar zurückziehen und beantragen, daß die Sache durch die Aussprache hier als erledigt angesehen wird. Ich würde eigentlich noch der Resolution Bernstein den Vorzug geben.

Digitized by Google

Da ich aber nach der Stimmung, wie sie sich bisher hier gezeigt hat, nicht wage, anzunehmen, daß diese versöhnliche Resolution angenommen wird, so muß ich vorläufig meine Resolution aufrecht erhalten, die noch etwas schärfer ist. Ich würde es für sehr wünschenswert halten, wenn Bebel seine Resolution zurückziehen würde. (Bebel: Unmöglich!) Dann könnten wir alle Resolutionen verwerfen und uns auf die Bernsteins verständigen. (Lachen.) Wir wollen doch nicht so intolerant sein und so böse Scharfrichterei treiben. Es ist doch nicht zuleugnen, daß Schippel heute ganz unzweideutig seine Meinung gesagt hat.

Noch kurz zu dem Antrage von Hamburg III. Schippel meinte mir gegenüber, die Hamburger Genossen hätten mich wohl zu dem Zwecke hergeschickt, um ihn abschlachten zu helfen. Das trifft nicht zu. Ich weiß nicht, wie die Resolution von Hamburg III zustande gekommen ist; ich habe sie erst kennen gelernt, als sie im Druck vorlag. Die Hamburger Genossen haben mir nichts davon gesagt, ich habe keinen Auftrag von ihnen. Ich würde einen solchen Auftrag auch zurückgewiesen haben. Ich hätte den Hamburger Genossen meinen Standpunkt dargelegt, daß ich es nicht nur für möglich, sondern sogar für nützlich halte, wenn theoretische Erörterungen darüber gepflogen werden, ob wir nicht schließlich doch einmal protektionistisch, schutzzöllnerisch werden müssen. Ich bitte Sie, nicht immer den schärfsten Ton anzuschlagen, seien wir doch tolerant und versöhnlich. Geben wir Schippel Gelegenheit seine Fehler innerhalb der Partei wieder gut zu machen.

Es wird hierauf die Unterstützungsfrage für die Resolution Bernstein gestellt; sie wird genügend unterstützt.

Jentsch-Berlin: Ich muß meine gestrigen Ausführungen etwas ergänzen. Die Genossen sind mit Recht der Ansicht, daß Schippel in der „Chemnitzer Volksstimme" wie auch in den „Sozialistischen Monatsheften" wie die Katze um den heißen Brei gegangen ist. Er stellt es so dar, als ob er alle Gegner in der Partei zur Strecke gebracht hat. Seine Darlegungen gipfeln darin, daß es für die deutsche Regierung unumgänglich war, die Zollpolitik zu inaugurieren. Er liefert also den Vertretern der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung den Beweis, daß sie auf dem richtigen Wege sind. Hinterher sagt er dann, er identifiziere sich nicht mit diesem Standpunkt der Gegner, den er eben gerechtfertigt hat. Das verstehen die Parteigenossen im Lande nicht. Gehört ein Mann, der beweist, daß unsre Gegner mit ihrer Politik recht haben, noch in unsre Reihen? Ich bin nicht der Meinung. Das Volk verlangt von seinen Vertretern, daß sie ihre wissenschaftlichen Kenntnisse in der Dienst der Sache des Proletariats und nicht in den Dienst der Gegner stellten. Gegen den Individualismus Schippels haben wir nichts, aber als Abgeordneter muß er seinen Individualismus beschränken. Er ist verpflichtet, seine Studien im Interesse der Partei zu verwerten. Tut er das nicht, so muß er von dieser Stellung zurücktreten und im Hintergrunde der Partei seinen wissenschaftlichen Neigungen huldigen. Ich bitte Sie um Annahme der Resolution Bebel mit dem Amendement Freythaler. (Beifall.)

Zubeil-Berlin: Wir haben wieder das alte Bild erlebt, daß Schippel sich hier als der Angegriffene hinstellt, er ist nicht das Karnickel, das angefangen hat, er ist durch den Ton der andren gereizt. Der früher so radikale Schippel, wie ihn die Berliner kennen, will dem Parteitage glauben machen, daß die Versammlung des 3. Berliner Reichstagswahlkreises nur von einer kleinen geschlossenen Gesellschaft besucht gewesen sei. Es war eine Versammlung, die öffentlich bekannt gemacht und von zirka 400 Personen besucht war, und das nennt Schippel einen kleinen geschlossenen Kreis. Ja, Schippel hat die Stirn gehabt vor den Parteitag zu treten und zu behaupten, er habe Schulter an

Digitized by Google

Schulter den Zollkampf mit uns gekämpft, **während er uns niemals weder im Plenum, noch in der Kommissionsberatung auch nur im geringsten unterstützt hat, ja wo er zu den Abstimmungen im Plenum erst telephonisch herbeigerufen werden mußte.** In einem Buche seine Ansichten niederzulegen ist wahrlich leichter und bequemer, als öffentlich im Reichstag seine Ansichten zu vertreten. Ich spreche es offen aus: Dazu ist Schippel zu feige. Schippel beklagt sich über den Ton der Gegner. Was schreibt er aber in der „Volksstimme“ über Kautsky: In Nr. 147 ist zu lesen:

„Was erwidert da unser „weitersehendes“ Prinzip und Endziel mit der ganzen Rückgratlosigkeit der politischen Gelegenheitsmacherei?“

An einer andern Stelle derselben Nummer:

„Nur ein vollendeter Knabe oder ein Krakeeler um jeden Preis kann in einem solchen Falle noch das Prinzip ausspielen.“

In Nr. 153 heißt es:

„Denn bisher galt gerade Kautsky, der seit Februar-März klägerisch entrüstete Genosse Kautsky, der mit einem Male das anti-agrarische Parteigewissen verkörpernde Genosse Karl Kautsky vielen als der wahre sozialdemokratische Agrarier.“

In Nr. 171 höhnt Schippel:

„In der Tat, Abtrünniger, Verräter, Doppelzüngiger, Unzurechnungsfähiger, Kleinbürger, Agrarier, Rodbertusianer, jetzt naht dein langverdientes, bitteres, letztes Stündlein! Hier ist nichts mehr zu leugnen, nichts mehr zu entrinnen: Du hast ... Du hast ... Du hast ... behauptet, die Agrarzölle hätten zu keiner Verteuerung der zollbetroffenen Artikel geführt! ...

„Ja, Kinder, ihr habt euch bei dieser „Diskussion“ wohl an mancherlei gewöhnt. Aber, entschuldigt schon, so etwas von .... — ihr müßt schon entschuldigen, wenn ich das Wort, das mir auf die Zunge kam, wieder unterdrücke — also, sagen wir, so etwas von unsagbarster Kinderei ist mir in meinem ganzen Leben kaum jemals vorgekommen.

Aber da ich nunmehr aus verschiedenen Preßäußerungen gesehen habe, daß man bei manchem Parteiwächter noch nicht einmal das einfachste A. B. C. und Einmaleins jeder handelspolitischen Debatte voraussetzen darf, so muß ich notgedrungen mit den jetzigen Ausführungen ganz von unten beginnen.“

Hier aber stellt sich Schippel als das unschuldige Opferlamm des Tones hin. Wir wollen keinen abschlachten, aber wir wollen, daß die Doppelseele Schippels, seine Doppelzüngigkeit endlich mal aus der Partei entfernt wird. Wer nicht mit uns gehen will, der muß gegen uns sein. Wenn er selbst die Konsequenzen seines unqualifizierbaren Verhaltens nicht zieht, müssen wir ihm die Wege weisen. Ich stehe auf dem Standpunkte der Resolution Bebel mit dem Amendement, über die der Parteitag in namentlicher Abstimmung sich entscheiden muß. Mit Annahme der Resolution Bernstein, die den Pelz waschen will, ohne ihn naß zu machen, wird das Ganze auslaufen, wie das Hornberger Schießen. (Sehr richtig!)

Ulrich-Offenbach: Auch ich will nicht, daß die Sache ausläuft, wie das Hornberger Schießen. Wir müssen jeden Versuch, agrarische Neigungen bei uns einzubürgern, energisch zurückweisen auch einem Genossen gegenüber, der lange Zeit der Radikalste der Radikalinskis gewesen ist. (Sehr richtig!) Jetzt steht er direkt im Lager der Klapper und Genossen. Schippel ist mir als Mensch stets sehr sympathisch gewesen, aber wir haben es hier nicht mit dem Menschen Schippel zu tun, sondern mit dem Politiker Schippel. Der Politiker Schippel hat sich selbst überholt und es ist der Gelehrte, der Silbenstecher, der Stubenhocker Schippel herausgekommen. Er glaubt, mit einerseits und andrerseits lassen sich solche Fragen lösen. Solche Fragen wie die Zol

Digitized by Google

frage lassen sich aber nicht mit Lawendelkraut und Thymian erledigen, mit Rosenwasser auch nicht (Heiterkeit) und noch weniger mit Bescheidenheit, sie müssen als reine Machtfragen behandelt werden und wir haben die Pflicht, unsre ganze Kraft daran zu setzen, um die Junker-Politik zu verhindern. Bernstein meinte, wenn man sonst in allen Fragen einig ist, dürfte diese Frage nicht dazu führen, daß man Schippel veranlasse, die Klinke der Tür zur Partei von außen in die Hand zu nehmen. Ja, wenn es nur die eine Frage wäre! Ich erinnere Sie aber an Schippels Auffassung über Militarismus und Miliz. Ich gestehe offen, Schippel scheint mir durchaus konsequent zu sein insofern als er uns ein abschließendes Urteil über Miliz und Agrarzölle nicht gibt, weil er immer noch keins hat und deshalb uns auch jetzt nicht sagen kann, was er über die Agrarzölle wirklich denkt. Ich habe aus Schippels Munde auch heute nicht gehört, daß er ein Gegner der Agrarzölle sei; er hat zwar die Erklärung verlesen, die er auf Veranlassung der Fraktion mit Hilfe Stadthagens abgegeben hat, aber er hat nicht klipp und klar erklärt: Ich stehe auf dem Standpunkt, auf dem Ihr steht, die Agrarzölle sind ein Unglück für die Arbeiter, und deshalb müssen wir sie bekämpfen. Ich meinerseits erkläre es für eine Illusion, daß die Frage der Agrarzölle je ausscheiden wird aus dem politischen Kampf. So lange die preußischen Junker am Ruder sind, wird ihre Räuberpolitik nicht aufhören. Wie ihre Vorfahren als Wegelagerer an der Straße lagen, so benutzen ihre Epigonen die Klinke der Gesetzgebung, um aus dem Volke herauszuholen, was ihnen möglich ist. (Frau Zietz: Um Ihre Macht zu stärken!) Es steht fest, daß die Agrarzölle sich in aufsteigender Richtung bewegen werden, so lange jene Leute am Ruder sind, die materielle Vorteile davon erhoffen. Jeder nachfolgende Junker wird wieder mehr verschuldet sein und wird Hilfe vom Staat verlangen in Form von höheren Getreidezöllen. Jede Lohnerhöhung, die wir der bürgerlichen Gesellschaft abringen, wird durch die Verteuerung der Lebensmittel wieder illusorisch gemacht, und so müssen wir den Kampf immer wieder von neuem anfangen. Die Vorgänge in Italien zeigen uns, wohin wir steuern. Die General Boguslawski und Genossen sind nicht vereinzelt in Deutschland; wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht so diszipliniert wäre, hätten wir schon ganz andre Dinge erlebt. Für Schippel ist in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kein Platz mehr. (Sehr richtig!) Er müßte sich selbst sagen: ich bin innerlich zerfallen mit meinen Kollegen und müßte daraus die Konsequenzen ziehen. Schippel hat bei den ganzen Zollkämpfen ruhig beiseite gestanden. Er hat zwar unsern Aufruf unterschrieben — insofern als er nicht gegen die Benutzung seines Namens protestiert hat —, den Aufruf, in dem mit glühenden Worten zum Kampfe gegen den Zolltarif aufgefordert wurde, aber er sieht untätig zu, wie man in den wilden Zollkämpfen seinen Kameraden die Köpfe einschlägt und mit Gewalt gegen sie losgeht. Da war Schippel bereits innerlich zerfallen mit den ganzen Traditionen, mit dem Programm der Partei.

Und nun noch einige Worte über die Resolutionen. Aus der ganzen Situation geht hervor, daß wir uns entscheiden müssen. Ich will kein Ketzergericht, ich will niemandem zumuten, daß er etwas andres sagen soll, als er denkt. Wenn aber Schippel schreibt und ausspricht, was er denkt — jedoch meint, es höre keiner — so hört doch alles auf; diese Art der Politik darf nicht geheißen werden. Schippel hat in seinem Berliner Vortrage wenn auch nicht sichtlich gegen die Partei gehandelt, so doch tatsächlich das Tischtuch zwischen ihm und der Fraktion zerschnitten. Ich glaube nicht, daß er nicht gewußt haben sollte, was daraus entsteht. Dazu halte ich ihn für viel zu klug. (Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Redezeit abgelaufen sei.)

Aus alledem ergibt sich die Forderung: entweder erklärt Schippel klipp und klar: ich stehe auf dem Boden des Kampfes gegen die Agrarzölle mit Euch

— diese Erklärung hat er aber auch heute nicht abgegeben — oder: ich kann und will nicht gegen die Agrarzölle wirken. Tut er das erstere nicht, so kann er eben nicht mehr innerhalb der Fraktion gegen die Agrarier kämpfen, weil er innerlich selbst Agrarier ist. Ich kann also nicht die Resolution Bernstein empfehlen, sondern bitte die Resolution Bebel mit dem Zusatz von Freythaler anzunehmen. (Bravo!)

Dilwell-Dortmund: Als früherer Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung" habe ich einige Worte gegen Schippels Angriffe zu sagen. Wir haben nur von ihm verlangt, daß er seine Meinung klar und deutlich sagt. Wenn Schippel verlangt, daß nur diejenigen über ihn urteilen, die sein Buch gelesen haben, so wäre die Konsequenz dieser Auffassung, daß wir von unsren 3 000 000 Wählern manche Null streichen müßten, denn es haben auch nicht all diese drei Millionen Marx gelesen. Schippel verbittet es sich, daß man von ihm verlangt, alles zu lesen, was gegen ihn geschrieben wird, aber er vergißt nicht, sorgfältig alles zu sammeln, was sich an persönlichen Angriffen findet. Doch nicht das persönliche Moment wird ihm vor allem zum Vorwurf gemacht, sondern, daß er die Partei vexiert hat, wie auch heute morgen wieder. Er sagt: ich stehe auf dem Boden des Programms, aber ich habe meine Anschauungen geändert, kann Euch aber noch nicht sagen, was eigentlich los ist, höchstens im ganz kleinen Kreise. — Er hat auf Päplows Anschauung hingewiesen. Hätte er damit recht, dann dürften wir auch keine Streikposten ausstellen, denn das ist auch eine Beschränkung in der freien Anwendung der Arbeitskraft. Wenn Schippel schließlich meinte, der Parteitag solle nicht zweideutig sein, so weiß er ganz gut, daß der Parteitag formal nicht das Recht hat, das zu tun, was er ihm als Konsequenz empfiehlt. Vielleicht stützt er gerade darauf seine Drohung: Dann sprechen wir uns weiter! Meiner Ansicht nach kommt es nicht so sehr darauf an, welche Resolution hier angenommen wird, sondern der wertvollste Effekt der heutigen Aussprache wird sein, daß die Genossen im Lande erkennen, nicht von oben vom Parteitag kann Aenderung kommen, sondern von unten aus müssen die unhaltbaren Zustände reformiert werden. Schaffen wir nicht Ordnung von unten aus, so werden wir mit Schippel heute fertig und morgen fängt die Schippelei wieder an. Unerhört ist es, daß Schippel meinen Kollegen Hänisch, der in bezug auf sich selbst bemerkte, ein guter Sozialdemokrat zu sein, mit der wegwerfenden Bemerkung: das ist Nebensache, abzutun sich bemühte.

Bebel: Es ist heute sowohl von Schippel wie von andrer Seite wieder beliebt worden, die Dinge so darzustellen, als handle es sich hier um einen Angriff auf die Meinungsfreiheit. Schon gestern hat Ledebour klar und scharf dargetan, daß das nicht der Fall ist. Man kann die beantragten Resolutionen mit der Lupe darauf hin untersuchen, ob darin irgend ein Wort von Unterdrückung der Meinungsfreiheit enthalten ist, man wird keines finden. Darum hat es sich bisher überhaupt nicht gedreht. Ich behaupte, es gibt überhaupt keine Partei, in der so viel Meinungsfreiheit herrscht wie gerade in der Sozialdemokratie. Es versteht sich ganz von selbst, daß jeder Parteigenosse, der glaubt eine bisherige Grundanschauung der Partei angreifen zu müssen, weil er auf Grund seiner besseren wissenschaftlichen Ueberzeugung sie für falsch oder überwunden hält, das Recht dazu haben muß. (Sehr richtig!) Aber dann darf er sich nicht allein damit begnügen, zu kritisieren, sondern muß zugleich sagen, was er an deren Stelle zu setzen vorschlägt. Bei Schippel aber liegt die Sache ganz eigentümlich. Er schreibt große Bücher, lange Artikel und hält Reden, in denen er von A bis Z die gegenwärtig herrschende Wirtschaftspolitik als notwendig und im höchsten Interesse der herrschenden Gesellschaft gelegen recht fertigt, aber wie die Sozialdemokratie sich dazu stellen soll, davon hören wir kein Wort. (Sehr richtig!) Sehr charakteristisch ist folgender Satz: Er ist zu der Ansicht gekommen, daß das Neugewordene — nämlich die Wirtschaft

politik, die gegenwärtig herrscht — der Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft für die bürgerliche Gesellschaft in Mitteleuropa eine Notwendigkeit und ein Zeichen von enormer Lebenskraft sei. Werte Genossen! Wenn ein Sozialdemokrat einen derartigen Satz als Postulat für die Rechtfertigung der herrschenden Zustände der bürgerlichen Gesellschaft ausspricht und nicht zu gleicher Zeit die schärfste Kritik anwendet, um nachzuweisen, daß diese Auffassung von unserm Standpunkt aus falsch ist, dann verstehe ich einfach den sozialdemokratischen Schriftsteller nicht mehr. (Sehr richtig!) Wie kann der Mann, der diesen Satz ausspricht, der das für eine Lebensnotwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, in der wir doch leben, hält, wie kann der in Wirklichkeit noch ernsthaft diesen Zustand bekämpfen. (Sehr richtig!) Das ist ja ein Ding der Unmöglichkeit, das ist eben eine von diesen Zweideutigkeiten, die ich in meiner Resolution annagle.

Ich will nun zunächst einmal auf die Dinge in der Fraktion eingehen. Ich hoffe, daß mir das in meiner Rede zu gute gehalten wird, da ich als Vorsitzender der Fraktion in jener Sitzung doch das richtig stellen muß, um nachzuweisen, daß, was Schippel über die Vorgänge in der Fraktion ausgeführt hat, in jeder Richtung falsch ist. (Sehr richtig!) Zunächst habe ich zu konstatieren, daß all das was Schippel Ihnen hier des langen und breiten erzählt hat, wie er zu jenem Vortrage gekommen und wie er nicht gewünscht habe, daß er veröffentlicht werde — daß all das in der breitesten und gründlichsten Weise in der Fraktion gesagt worden ist neben vielen andrem. Die Sachlage ist die folgende: Als jenes Referat im „Vorwärts“ erschien — es war während der Tagung des Reichstages — waren die im Reichstag anwesenden Parteigenossen einfach außer sich. Soll ich Ihnen sagen was ich gesagt habe zu einem meiner Freunde: „Hast Du den Bericht gelesen?“ — „Ja.“ — „Ja, weißt Du, wie ich den beurteile: Schippel will ein Pronunziamento gegen die Partei machen, er will aus der Partei heraus, aber er will herausgeschmissen sein, sonst kann ich mir den Vortrag gar nicht erklären!“ Da sagte der andre, der sonst gar nicht immer auf meinem Standpunkt steht: Dieselbe Anschauung habe auch ich. Nun kam die Gegenerklärung Schippels, die den Inhalt an sich nicht bestritt, aber sagte, das sei nicht sein Standpunkt. Darauf erklärte der Genosse Kautsky in seiner Gegenerklärung: Was Schippel in diesem Referat gesagt hat, das ist wirklich die Ueberzeugung Schippels, denn genau dasselbe steht in seinem Buche. Darauf erörterten wir in der Fraktion die Angelegenheit und der Vorstand wurde beauftragt, gewissermaßen als eine Art Untersuchungsbehörde die Genossen Schippel und Kautsky vorzuladen und mit ihnen über die Sache einen Austausch der Meinungen herbeizuführen. Das Resultat war vorauszusehen, es blieb alles hüben wie drüben beim Alten, wir waren sehr schnell fertig. Alsdann haben wir in der nächsten Fraktionssitzung über die Vorgänge Bericht erstattet. Nachdem abermals die ganze Sache in der Fraktion hin- und herdiskutiert war, kam man zu der Ueberzeugung, es sei endlich notwendig, daß Klarheit geschafft werde, und nun bitte ich Sie, den Wortlaut des Beschlusses der Fraktion vortragen zu dürfen, der Ihnen deutlich zeigt, daß der Fall nicht in oberflächlicher Weise, wie Schippel das darstellt, behandelt ist — was auch eine Schmach für die Fraktion wäre — sondern, daß sehr gründlich beraten wurde. Die Resolution lautet: „Nach Entgegennahme des vom Fraktionsvorstand erstatteten Berichtes in der Angelegenheit Schippel-Kautsky und unter Berücksichtigung der in derselben Angelegenheit stattgehabten Erörterung in der Parteipresse erklärt die Fraktion:

1. Die Art und Weise, wie Schippel sowohl in literarischen Arbeiten als in Vorträgen die Agrarzölle behandelt, steht im Widerspruch mit der von der Partei beschlossenen Taktik und ist geeignet, Unklarheit und Zersplitterung im Kampfe gegen die Lebensmittelzölle zu erzeugen.

2. Trotzdem Schippel behauptet, bei seinen Aeußerungen nur über die Ansichten der Gegner referiert zu haben, führten seine Ausführungen zu der Annahme, daß er seine eignen Ansichten über die Agrarzölle zum Ausdruck gebracht hat.

3. Der Umstand, daß Schippel sich bei den parlamentarischen Beschlüssen dem Votum der Fraktion angeschlossen hat, ändert nichts an der Tatsache, daß seine in Wort und Schrift geäußerte Meinung über die Agrarzölle den Gegnern Gelegenheit gegeben hat, die Stellung der Partei zu diesen Fragen zu bekämpfen.

4. Das unklare und zu Mißdeutungen führende Verhalten Schippels in der Zollfrage ist mit einer wirksamen Vertretung der von der Partei wiederholt festgelegten Stellung zu dieser Frage unvereinbar und führt zu einem für die Partei und die Fraktion unerträglichen Zustand.

5. Es ist erforderlich, daß Schippel ungesäumt Veranlassung nimmt, auf klare und unanfechtbare Weise der Oeffentlichkeit gegenüber festzustellen, welche grundsätzliche Stellung er den Agrarzöllen gegenüber einnimmt. Die Fraktion fordert in Rücksicht auf die Notwendigkeit einheitlicher und übereinstimmender Propagierung der Parteibeschlüsse Schippel auf, die Zollfrage fortan nur auf eine jede Mißdeutung ausschließende Weise zu behandeln.

In dieser ganz klaren und deutlichen Weise hat damals nicht etwa eine zweifelhafte Mehrheit, sondern die **übergroße Mehrheit** der **Fraktion** in der Frage beschlossen. Nur darüber waren Meinungsverschiedenheiten vorhanden, ob die Resolution zu veröffentlichen sei. In dieser Frage gab es eine starke Minorität, die die Veröffentlichung nicht wollte, während die Majorität sie beschloß. Daraufhin hatte Schippel jetzt die Verpflichtung, in einer ihm ganz anheimgegebenen Form eine Klarstellung zwischen sich und der Fraktion und der Partei zu schaffen. Darauf, Parteigenossen, passierte es, daß Schippel erklärte, **er wisse überhaupt noch nicht, ob er diesem Beschlusse der Fraktion nachkommen werde.** (Hört! hört!) Wir aber sagten, das geht nicht. Was beschlossen ist, muß auch durchgeführt werden. Wir bestehen darauf, daß Sie diesem Beschluß der Fraktion nachkommen. Nach einiger Zeit — es dauerte ziemlich lange — begannen dann die acht, in Wirklichkeit elf Artikel Schippels in der „Chemnitzer Volksstimme", die 47 Spalten ausfüllten, und wo Schippel **in 46 Spalten wiederum**, und von seinem Standpunkt in glänzender Weise, **die herrschende Agrarzollfreiheit rechtfertigte**, bis er dann am Schluß erklärte: ich bin weder für Agrarzölle, noch für den neuen Zolltarif. **Im Grunde genommen also waren wir genau so klug wie vorher.** Auch heute nach der ganzen Rede, weiß denn einer von Ihnen, wie Schippel nun in Wahrheit zu der Frage steht? (Sehr richtig!)

Er hat sich ausdrücklich als Schutzzöllner erklärt. Ja inwieweit denn als Schutzzöllner? Von Agrarzöllen will er nichts wissen, die er in Stuttgart und in seinem Buche rechtfertigte, von Industriezöllen nichts, die er ebenfalls in Stuttgart und in seinem Buche gerechtfertigt hat. Wenn er die herrschende Agrarpolitik als Politik von enormer Lebenskraft hinstellt, dann war es seine Pflicht als sozialdemokratischer Schriftsteller, das zu sagen, **wie wir mit diesen Zuständen fertig werden sollen, und welche Stellung wir demgegenüber einzunehmen haben.** Denn dann kann, was wir bisher getan haben, unmöglich dazu dienen, diesen Zustand zu erschüttern. Aber wie gesagt bis zu diesem Augenblick sind wir darüber vollständig im unklaren. Nun hat er sich darauf berufen, daß man ihn bei dieser Sachlage wieder zu den Wahlen aufgestellt, daß man ihn später in die Fraktion aufgenommen und sogar zur Schriftführerposten vorgeschlagen habe. Das beweist doch nur, wie außerordentlich tolerant wir in der Fraktion waren (Sehr richtig

welche Nachsicht wir dort übten. Es ist nicht wahr, daß im Vordergrunde der Verhandlung in der Fraktion sein Buch stand. Davon ist kaum die Rede gewesen. Wie lagen denn die Dinge? Wir hatten glücklich den Wahlkampf hinter uns. Wir hatten trotz aller Unannehmlichkeiten, die uns Schippels Stellungnahme verursacht hatte, einen großartigen Sieg erfochten. Schippel selbst war gewählt, ohne daß einer von uns das geringste gegen seine Wahl unternommen hätte.

Also dachten wir, es ist gut; er hat ja gesehen, was er angerichtet hat, er wird vorsichtig sein, und wenn er nicht offen sagen will, was er denkt, wenigstens schweigen. Da kam aufs neue jenes Referat, wie ein Blitz aus heiterm Himmel. Es stellte sich heraus, daß er fortfuhr, für seine Ideen und Anschauungen Propaganda zu machen. Er stellt die Dinge so dar und auch Bernstein hat in sonderbarer Weise darin ihn unterstützt, als wenn er in den zweimal 24 Stunden, die er Zeit hatte zur Vorbereitung, gar nicht in der Lage gewesen wäre, sich genau zu überlegen, was er reden will. Ja, zum Teufel, Parteigenossen, **wo immer ich als Parteigenosse rede, im Vorstande, in Konventionen, in Parteivereinen, in Volksversammlungen — ich rede doch überall als Sozialdemokrat.** (Sehr richtig!) Das ist nur wieder ein charakteristisches Zeichen für die Taktik, die dieser Mann in den 18 Jahren seiner öffentlichen Tätigkeit in allen entscheidenden Fragen beobachtet, daß er nie wagt, ernsthaft zu sagen, was seine wirkliche innere Ueberzeugung ist, daß er, zur Rede gestellt, immer wieder auszuweichen sucht. Er hat sich selbst das Pseudonym „Isegrim" beigelegt, ich gebe ihm den guten Rat, den Namen Schippel abzulegen und „Isegrim" als echten Familiennamen anzunehmen. Das würde seine Stellung und seine Rolle durchaus charakterisieren. Ich erinnere Sie daran, daß dieser Mann, mit dem wir es heute zu tun haben, einstmals in der Partei auf dem äußersten linken Flügel stand, daß er sich alle paar Jahre einmal wandelte, bis er heute auf dem äußersten rechten Flügel der Partei steht (Sehr richtig!), ja es gibt einige seiner intimsten Genossen, die sagen: innerlich gehört er im Grunde gar nicht mehr zu uns. Ich erinnere an seine Stellung zur Stadtverordnetenwahl im Jahre 1886 und an die Verlegenheiten, in die er uns damals in Berlin versetzt hat. Ich erinnere an die bekannte Stellung auf dem St. Gallener Parteitage, an die Verlegenheiten, die er der Partei 1890 bei der Maifeier bereitete, wo die ganze Fraktion extra in Halle zusammenkam, um ihm recht gründlich den Kopf zu waschen. Ich erinnere an sein mehr als merkwürdiges, im vollsten Sinne zweideutiges Verhalten in Breslau in der Agrarfrage. Er wird in die Kommission gewählt, berät mit uns gemeinsam das Programm, macht einige wenige Widersprüche, stimmt für das Programm, und dann, **als er merkt, daß bei einem erheblichen Teil der Partei die Stimmung dagegen ist, tritt er in Breslau als Gegner desselben in höhnender, herabsetzender und verletzender Weise auf und bekämpft aufs entschiedenste, wofür er noch am Tage zuvor in engerer Sitzung der Fraktion gestimmt hat.** (Hört! Hört!) Ist das keine Zweideutigkeit? Was soll man von einem Manne der Intelligenz denken, der in dieser Weise umkippt und das Vertrauen der Genossen in schnödester Weise ißbraucht. Ich erinnere Sie weiter an seine Artikel in den „Monatsheften" er Friedrich Engels Stellung zur Miliz und an den Ton, den er in denselben gen die Programmforderung der Partei und die Männer, die diese Forderung Reichstag zu vertreten hatten, anschlug. Dort verhöhnte und verspottete er rtei und Parteigenossen in einer Weise, wie das, so lange die Partei besteht, ch nie ein Genosse getan hat. Das ist wohl auch keine zweideutige Haltung, in? Es wird ihm der Auftrag gegeben, ein parlamentarisches Handbuch auszugeben. Wir im Parteivorstande waren mittlerweile mißtrauisch geworden. Im Frühjahr 1897 hatte Schippel einen solchen trag bekommen. Es hatte aber Jahre gedauert, ehe er ihn zur Ausführung

brachte. Mittlerweile war Stuttgart aber herangekommen, wo er sich zugunsten der Zollpolitik ausgesprochen hatte, dann Hamburg, wo er die berühmte Kanonenrede hielt. Der alte Liebknecht und ich waren damals so naiv (Zuruf: Leider!) ihn in Schutz zu nehmen. Wir sagten: er hat ja doch mit uns gestimmt, seine Rede war ein Lapsus. Aber in Wirklichkeit war es seine Ueberzeugung? Das zeigte sich bei dem famosen Artikel über Engels und das Milizsystem. Da zeigte sich, was sein wahrer Standpunkt war. Sein parlamentarisches Handbuch, das der Partei schweres Geld gekostet hat, ist für den Geschichtsschreiber der Partei vollständig unbrauchbar, weil es durchaus irreführend ist in bezug auf die Stellung der Partei in einer ganzen Reihe Fragen. Wir waren also mißtrauisch geworden und beschlossen seine Arbeit, so weit sie sich auf Hauptfragen, wie die Stellung der Partei in Militär-, Marine-, Kolonial-, Zollfragen usw. zu kontrollieren. Damit war auch R. Fischer als Verleger einverstanden. Ich bekam den Auftrag, die Artikel über Militär und Marine zu kontrollieren. Eines Tages wurde mir ein langes Manuskript überreicht, volle 4 Seiten darin waren aus dem Richterschen ABC-Buch ohne Quellenangabe ausgeschnitten und eingeklebt und der ganze Artikel war so gehalten, daß Wort für Wort im Richterschen ABC-Buch erscheinen konnte. (Hört! hört!) Ich sagte im Vorstande: „Das ist ja ganz unmöglich," daß wir diesen Artikel aufnehmen! Richard Fischer mochte wohl glauben, ich hätte schon so manchen Span mit Schippel gehabt und wäre vielleicht etwas parteiisch. Er wollte deshalb das Manuskript selbst lesen. Nachher sagte aber auch er: „Jawohl, es ist ganz richtig, die Artikel sind unannehmbar. Wir forderten also Schippel auf, die Sache umzuarbeiten. Und nun kam eine neue Arbeit, die Wort für Wort dem entsprach, was wir verlangen mußten. Da konnte er also auf einmal auch anders. Hört! hört! Ja, wenn man das alles hinter sich hat und er sich dann noch hinstellt und sagt, er sei nicht zweideutig, so weiß ich nicht, woher er die Stirn zu einem derartigen Auftreten nimmt. (Sehr richtig!)

Nun hat man in meiner Resolution die Sätze über den Ton Schippels beanstandet. Es ist richtig, daß der Ton in unsrer Partei sehr häufig ein sehr unangenehmer ist. Der Parteivorstand selbst hat im Laufe dieses Frühjahres sich veranlaßt gesehen, die bekannte Erklärung zu veröffentlichen, worin er einige Blätter, ohne sie zu nennen, sozusagen zur Ordnung rief. Ich will auch gar nicht leugnen, daß ich selbst zuweilen in der Hitze des Kampfes gegen den einen oder andren Genossen im Tone über die Schnur gehauen habe. Aber es ist ein großer Unterschied, ob ich in der Hitze des Gefechts von Mund zu Mund in der Erregung über die Schnur haue (Sehr richtig!) oder ob ich mich zu Hause kühl hinsetze und da Artikel über Artikel schreibe, in denen nicht nur die Gegner, sondern die ganze Partei in den höhnendsten und verletzendsten Formen kritisiert wird. Sofern die Sätze in meiner Resolution sich auf Personen beziehen, gebe ich sie frei, aber was Schippel in seinen Artikeln in der „Chemnitzer Volksstimme", die ich sehr genau gelesen habe, an zahlreichen Stellen gegen die Partei selbst gesagt hat, muß mit Notwendigkeit Verbitterung erregen und die Partei in der Achtung der Gegner herunterzusetzen u dagegen muß Stellung genommen werden.

Schippel sagt: „Habt Ihr denn überhaupt alles gelesen, was in dies Sache geschrieben worden ist?" Ich glaube auch, daß die große Mehrheit v Ihnen das nicht alles gelesen hat. Ich bin selbst nicht sicher, ob ich alle gelesen habe, obwohl ich mir die größte Mühe gegeben habe. Das eine o andre mag mir trotzdem entgangen sein. Aber soweit ich die Presse verfol habe, haben wenigstens unsre großen Blätter über die ganze Sache fortlauf objektiv referiert, die entscheidenden Stellen aus den Artikl Schippels ausgezogen und ihre Meinung dazu gesagt. Sie k—

doch nicht die ganzen 47 Spalten abdrucken! Also der Parteitag ist nach meiner Ueberzeugung in reichlichstem Maße über die Sache informiert, wie er vielleicht niemals zuvor in einer Frage informiert war. Der Parteitag ist vollkommen in der Lage auszusprechen, daß es nötig ist, Schippel in die Schranken zu rufen. Wir wollen ihn nicht ausschließen. Manche Genossen sagen, er wird gezwungen sein, sich von uns zu trennen. Ich würde das offen gestanden bedauern. Aber es ist nicht zu viel gesagt: so kann es nicht weiter gehen. (Sehr richtig). **Seit 18 Jahren haben wir alle paar Jahre einen Fall Schippel gehabt.** Da ist es Zeit, endlich einmal ein Ende zu machen. Wir haben gewiß eine ganze Anzahl von Parteigenossen unter uns, die in manchen Punkten von der Mehrheit der Partei abweichen, Genosse Bernstein steht unter ihnen gewiß nicht in letzter Linie. Aber haben wir denn auch nur einen einzigen Parteigenossen, mit dem wir uns fortgesetzt in dieser Weise beschäftigen müssen, wie mit dem Genossen Schippel? Obgleich Schippel gewiß seine Meinung oft genug gewechselt hat, schreibt er, und das ist das Verletzende, immer von oben herab im Tone der absolutesten Sicherheit und Unfehlbarkeit und des Spotts und des Hohnes über diejenigen, die nicht so denken wie er. (Sehr richtig). Das können die Parteigenossen am wenigsten vertragen. Wo sollten wir denn hinkommen, wenn wir mit zehn Schippels in der Partei zu tun hätten? Das würde notwendigerweise **vollständige Zerrüttung** in die Partei bringen, das würde mit Notwendigkeit Spaltungen erzeugen, die wir nicht wollen. (Sehr richtig). Was wir verlangen, ist, daß ein Mann, der sich Sozialdemokrat nennt, sich so zum Parteiprogramm stellt und sich so benimmt, daß wir jederzeit wissen, daß wir es mit einem Parteigenossen zu tun haben. (Lebhafter Beifall.)

v. Elm: Bebel meinte, der Parteitag sei vielleicht noch nie über eine Frage so gut informiert gewesen wie über den Fall Schippel. Wenn das der Fall wäre, müßte es ganz ausgeschlossen sein, daß hier Parteigenossen von der Intelligenz des Genossen Ulrich erklären können, Schippels Buch über Handelspolitik und seine Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme" seien nichts weiter als eine Befürwortung der Agrarzölle. Ich gehöre zu den wenigen, die Schippels Artikel gelesen haben. Sein Buch über Handelspolitik habe ich freilich auch nicht gelesen (Heiterkeit) und es werden hier wohl nur wenige sein, die es gelesen haben. Aber ich bin entgegen der allgemeinen Auffassung zu der Ansicht gekommen, daß Schippel von unserm Standpunkt aus keineswegs die Agrarzölle befürwortet, sondern nur sagt: Vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft aus sind Agrarzölle eine Notwendigkeit. Das ist nach meinem Dafürhalten kein Majestätsverbrechen, kein Verbrechen gegen die Partei. Bebel erklärt, daß, wenn jemand sage, die Politik der Agrar- und Industriezölle sei eine Politik von enormer Lebenskraft für die heutige Gesellschaft, so sei schon das unter allen Umständen zu verurteilen und zu verdammen. Dieser Ansicht bin ich nicht. Wir sagen doch auch, der Militarismus ist vom Standpunkte der heutigen Gesellschaft aus eine Notwendigkeit. (Bebel: Die wir ändern wollen!) Trotzdem kämpfen wir ihn, wie Schippel auch die Agrarzölle von unserm Standpunkt bekämpft. Am Schluß seines Buches führt Schippel ausdrücklich aus, daß Arbeiter in den Brotzöllen unmöglich etwas anders sehen können als Schläge auf ihren Magen. Wie sollte die Arbeiterschaft an dem wirtschaftlichen Schicksal ihrer schlimmsten Peiniger und Feinde auch nur das geringste Interesse nehmen. Man möge über die Ursachen der Agrarkrise streiten solange man will und den landwirtschaftlichen Notstand hoch oder niedrig einschätzen, das industrielle Proletariat werde die Kopfsteuer der Brotzölle stets als lastlose Brotsteuer der vereinigten Volksfeinde verwerfen. Das muß doch gestellt werden, daß Schippel trotz aller theoretischen Abweichungen zu

brachte. Mittlerweile war Stuttgart aber herangekommen, wo er sich zugunsten der Zollpolitik ausgesprochen hatte, dann Hamburg, wo er die **berühmte Kanonenrede** hielt. Der alte Liebknecht und ich waren damals so naiv (Zuruf: Leider!) ihn in Schutz zu nehmen. Wir sagten: er hat ja doch mit uns gestimmt, seine Rede war ein Lapsus. Aber in Wirklichkeit war es seine Ueberzeugung? Das zeigte sich bei dem famosen Artikel über Engels und das Milizsystem. Da zeigte sich, was sein wahrer Standpunkt war. Sein parlamentarisches Handbuch, das der Partei schweres Geld gekostet hat, ist für den Geschichtsschreiber der Partei vollständig unbrauchbar, weil es durchaus irreführend ist in bezug auf die Stellung der Partei in einer ganzen Reihe Fragen. Wir waren also mißtrauisch geworden und beschlossen seine Arbeit, so weit sie sich auf Hauptfragen, wie die Stellung der Partei in Militär-, Marine-, Kolonial-, Zollfragen usw. zu kontrollieren. Damit war auch R. Fischer als Verleger einverstanden. Ich bekam den Auftrag, die Artikel über Militär und Marine zu kontrollieren. Eines Tages wurde mir ein langes Manuskript überreicht, **volle 4 Seiten darin waren aus dem Richterschen ABC-Buch ohne Quellenangabe ausgeschnitten und eingeklebt** und der ganze Artikel war so gehalten, daß Wort für Wort im Richterschen ABC-Buch erscheinen konnte. (Hört! hört!) Ich sagte im Vorstande: „Das ist ja ganz unmöglich," daß wir diesen Artikel aufnehmen! Richard Fischer mochte wohl glauben, ich hätte schon so manchen Span mit Schippel gehabt und wäre vielleicht etwas parteiisch. Er wollte deshalb das Manuskript selbst lesen. Nachher sagte aber auch er: „Jawohl, es ist ganz richtig, die Artikel sind unannehmbar. Wir forderten also Schippel auf, die Sache umzuarbeiten. Und nun kam eine neue Arbeit, die Wort für Wort dem entsprach, was wir verlangen mußten. **Da konnte er also auf einmal auch anders.** Hört! hört! Ja, wenn man das alles hinter sich hat und er sich dann noch hinstellt und sagt, er sei nicht zweideutig, so weiß ich nicht, woher er die Stirn zu einem derartigen Auftreten nimmt. (Sehr richtig!)

Nun hat man in meiner Resolution die Sätze über den Ton Schippels beanstandet. Es ist richtig, daß der Ton in unsrer Partei sehr häufig ein sehr unangenehmer ist. Der Parteivorstand selbst hat im Laufe dieses Frühjahres sich veranlaßt gesehen, die bekannte Erklärung zu veröffentlichen, worin er einige Blätter, ohne sie zu nennen, sozusagen zur Ordnung rief. Ich will auch gar nicht leugnen, daß ich selbst zuweilen in der Hitze des Kampfes gegen den einen oder andren Genossen im Tone über die Schnur gehauen habe. Aber es ist ein **großer Unterschied**, ob ich in der Hitze des Gefechts von Mund zu Mund in der Erregung über die Schnur haue (Sehr richtig!) **oder ob ich mich zu Hause kühl hinsetze und da Artikel über Artikel schreibe, in denen nicht nur die Gegner, sondern die ganze Partei in den höhnendsten und verletzendsten Formen kritisiert wird.** Sofern die Sätze in meiner Resolution sich auf Personen beziehen, gebe ich sie frei, aber was Schippel in seinen Artikeln in der „Chemnitzer Volksstimme", die ich sehr genau gelesen habe, an zahlreichen Stellen gegen die Partei selbst gesagt hat, muß mit Notwendigkeit Verbitterung erregen und die Partei in der Achtung der Gegner herunterzusetzen ur dagegen muß Stellung genommen werden.

Schippel sagt: „Habt Ihr denn überhaupt alles gelesen, was in dies Sache geschrieben worden ist?" Ich glaube auch, daß die große Mehrheit vo Ihnen das nicht alles gelesen hat. Ich bin selbst nicht sicher, ob ich all gelesen habe, obwohl ich mir die größte Mühe gegeben habe. Das eine o andre mag mir trotzdem entgangen sein. Aber soweit ich die Presse verfo habe, haben wenigstens unsre großen Blätter über die ganze Sache fortlauf objektiv referiert, die entscheidenden Stellen aus den Artike Schippels ausgezogen und ihre Meinung dazu gesagt. Sie lo-

doch nicht die ganzen 47 Spalten abdrucken! Also der Parteitag ist nach meiner Ueberzeugung in reichlichstem Maße über die Sache informiert, wie er vielleicht niemals zuvor in einer Frage informiert war. Der Parteitag ist vollkommen in der Lage auszusprechen, daß es nötig ist, Schippel in die Schranken zu rufen. Wir wollen ihn nicht ausschließen. Manche Genossen sagen, er wird gezwungen sein, sich von uns zu trennen. Ich würde das offen gestanden bedauern. Aber es ist nicht zu viel gesagt: so kann es nicht weiter gehen. (Sehr richtig). Seit 18 Jahren haben wir alle paar Jahre einen Fall Schippel gehabt. Da ist es Zeit, endlich einmal ein Ende zu machen. Wir haben gewiß eine ganze Anzahl von Parteigenossen unter uns, die in manchen Punkten von der Mehrheit der Partei abweichen, Genosse Bernstein steht unter ihnen gewiß nicht in letzter Linie. Aber haben wir denn auch nur einen einzigen Parteigenossen, mit dem wir uns fortgesetzt in dieser Weise beschäftigen müssen, wie mit dem Genossen Schippel? Obgleich Schippel gewiß seine Meinung oft genug gewechselt hat, schreibt er, und das ist das Verletzende, immer von oben herab im Tone der absolutesten Sicherheit und Unfehlbarkeit und des Spotts und des Hohnes über diejenigen, die nicht so denken wie er. (Sehr richtig). Das können die Parteigenossen am wenigsten vertragen. Wo sollten wir denn hinkommen, wenn wir mit zehn Schippels in der Partei zu tun hätten? Das würde notwendigerweise vollständige Zerrüttung in die Partei bringen, das würde mit Notwendigkeit Spaltungen erzeugen, die wir nicht wollen. (Sehr richtig). Was wir verlangen, ist, daß ein Mann, der sich Sozialdemokrat nennt, sich so zum Parteiprogramm stellt und sich so benimmt, daß wir jederzeit wissen, daß wir es mit einem Parteigenossen zu tun haben. (Lebhafter Beifall.)

v. Elm: Bebel meinte, der Parteitag sei vielleicht noch nie über eine Frage so gut informiert gewesen wie über den Fall Schippel. Wenn das der Fall wäre, müßte es ganz ausgeschlossen sein, daß hier Parteigenossen von der Intelligenz des Genossen Ulrich erklären können, Schippels Buch über Handelspolitik und seine Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme“ seien nichts weiter als eine Befürwortung der Agrarzölle. Ich gehöre zu den wenigen, die Schippels Artikel gelesen haben. Sein Buch über Handelspolitik habe ich freilich auch nicht gelesen (Heiterkeit) und es werden hier wohl nur wenige sein, die es gelesen haben. Aber ich bin entgegen der allgemeinen Auffassung zu der Ansicht gekommen, daß Schippel von unserm Standpunkt aus keineswegs die Agrarzölle befürwortet, sondern nur sagt: Vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft aus sind Agrarzölle eine Notwendigkeit. Das ist nach meinem Dafürhalten kein Majestätsverbrechen, kein Verbrechen gegen die Partei. Bebel erklärt, daß, wenn jemand sage, die Politik der Agrar- und Industriezölle sei eine Politik von enormer Lebenskraft für die heutige Gesellschaft, so sei schon das unter allen Umständen zu verurteilen und zu verdammen. Dieser Ansicht bin ich nicht. Wir sagen doch auch, der Militarismus ist vom Standpunkte der heutigen Gesellschaft aus eine Notwendigkeit. (Bebel: Die wir ändern wollen!) Trotzdem kämpfen wir ihn, wie Schippel auch die Agrarzölle von unserm Standpunkt aus bekämpft. Am Schluß seines Buches führt Schippel ausdrücklich aus, daß die Arbeiter in den Brotzöllen unmöglich etwas anders sehen können als Ochsenprügel auf ihren Magen. Wie sollte die Arbeiterschaft an dem wirtschaftlichen Schicksal ihrer schlimmsten Peiniger und Feinde auch nur das geringste Interesse nehmen. Man möge über die Ursachen der Agrarkrise streiten so viel man will und den landwirtschaftlichen Notstand hoch oder niedrig einschätzen, das industrielle Proletariat werde die Kopfsteuer der Brotzölle stets als boshaftes Brotsteuer der vereinigten Volksfeinde verwerfen. Das muß doch festgestellt werden, daß Schippel trotz aller theoretischen Abweichungen zu

Digitized by Google

demselben praktischen Standpunkt kommt wie wir: Wir müssen die Agrarzölle bekämpfen.

Ich kann auch nicht finden, daß Schippel in seinem Gedankengang inkonsequent ist. Sein Gedankengang ist vielmehr durchaus durchdacht und konsequent. Ich stimme nicht mit Schippel überein. Darin stimme ich ihm zu, daß für den Großgrundbesitz die Agrarzölle notwendig sind. Gewiß, sie wirken nur für eine Generation. Aber können wir es denn den Agrariern verdenken, wenn sie sagen: „Nach uns die Sündflut!"? In bezug auf die Landwirtschaft im ganzen bin ich allerdings ganz andrer Ansicht als Schippel. Ich meine, daß für den Kleinbauern der Agrarzoll geradezu Selbstmord ist. Es ist nicht richtig, daß wir, wie behauptet worden ist, in der Fraktion in bezug auf den Fall Schippel einmütig gewesen wären. Dazu hätte zunächst mal gehört, daß die Fraktionsgenossen das Buch Schippels gelesen hätten. Das war aber wahrscheinlich nur bei sehr wenigen der Fall. Mir wurde sogar gesagt, daß nicht einmal in der von der Fraktion eingesetzten Kommission alle Mitglieder das Buch kannten.

Nun der Vortrag Schippels! Eins hätte Schippel unter allen Umständen verlangen können, nämlich, daß ihm der „Vorwärts"bericht vorher vorgelegt worden wäre. Das ist nicht geschehen und deshalb halte ich es für durchaus falsch, auf diesen Bericht hin eine große Anklage aufzubauen. Nun sagt man: Schippel hat den Gegnern Waffen geliefert. Wem unter uns ist nicht schon dieser Vorwurf gemacht worden? In meinem Wahlkreis, der durchweg ländlich ist, ist das Buch Schippels während des Wahlkampfes überhaupt nicht erwähnt worden, dagegen wurden Aussprüche von Stadthagen, Ledebour und Bebel uns entgegengehalten, so daß man eventuell auch sagen könnte, daß diese Genossen Waffen für unsre Gegner geliefert haben. Wenn Schippels Buch derartig wäre, daß man behaupten könnte, Schippel habe absichtlich den Gegnern Waffen liefern wollen, dann hätte man seinerzeit, als das Buch gedruckt wurde und erschien, diese Anklage erheben müssen. Aber heute, nachdem Jahre vergangen sind, nachdem die Wahlen gewesen sind, aufzustehen und zu erklären, das Buch sei zweideutig und Schippel sei wegen dieses Buches zu verurteilen, das ist falsch und ich bin der Meinung, daß Sie im Begriff sind, auf dem Parteitage ein großes Unrecht zu begehen. — Man hat die Vergangenheit Schippels angeführt und alle Sünden aufgezählt, die Schippel begangen hat, und ich bin gewiß der letzte, der zu den Bewunderern Schippels gehört. Ich kann nur Leute loben und schätzen, die den Mut der Konsequenz zu jeder Zeit haben, und Schippel habe ich bereits in Stuttgart, als er sein Referat über Zollpolitik hielt, gefragt: warum weichen Sie zurück? Aber ich meine, wir haben nicht über die Vergangenheit Schippels und seine Sünden zu urteilen, sondern über einen ganz konkreten Fall. Und in diesem liegt kein Anlaß zu einer Verurteilung. — Dann ist über den Ton Schippels gesprochen worden. Wenn wir alle, die in den letzten Jahren einen gehässigen Ton gegen ihre Gegner angeschlagen haben, vor das Forum des Parteitages zitieren wollten, so säßen auch noch andre Genossen auf der Anklagebank. Und wenn man den Ton verurteilen will, den auch ich verurteile, dann muß man es allgemein tun. Deshalb stimme ich der Resolution Bernstein zu. Es ist schlimm, sehr schlimm, daß bei allen diesen Diskussionen immer das persönliche Moment hervorgekehrt wird. Auf mich macht es den Eindruck, als wenn es sich auch hier wiederum darum drehte, das persönliche Moment zu betonen. Man entscheidet und verurteilt, ohne die Sache selbst zu kennen. Ich bin überzeugt, wenn diese 47 Spalten Ihnen allen zugänglich wären und Sie ruhig und leidenschaftslos die Sache prüfen könnten, dann würden Sie mit mir zu dem Ergebnis kommen, daß es absolut falsch ist, Schippel ein Mißtrauensvotum seitens des Parteitages auszustellen.

Digitized by Google

Dr. Arons-Berlin stimmt der Resolution Päplow zu. Zunächst aus einem äußerlichen Grunde. Je weiter die Diskussion vorgeschritten ist, desto klarer wird es den bisher Unentschiedenen geworden sein, daß eine scharfe Aktion gegen Schippel auf diesem Parteitag erfolgen muß. Aber eine derartige Exekution gegen einen Genossen, der seit langen Jahren und in schweren Zeiten zur Partei gestanden hat, ist eine mißliche Sache und es ist wünschenswert, daß wir in unserm Beschlusse auch äußerlich zum Ausdruck bringen, daß uns diese Abschlachtung keine Freude macht, sondern daß wir sie scharf und deutlich, aber auch kurz und ohne Nebenwerk erledigen. Von diesem Standpunkt aus muß ich natürlich die Resolution Bernstein bekämpfen. Bernstein will sich für befriedigt durch die Aeußerungen Schippels erklären. Das ist auf keinen Fall möglich. Was die Resolution Bebel betrifft, so ist sie schon äußerlich viel zu lang. Im Absatz I erscheint mir der Schlußsatz vollkommen überflüssig. Was sollen wir denn in der Resolution auf die Gegner Rücksicht nehmen? Etwa in dem Sinne, daß Schippel den Gegnern Material geliefert hat insofern, als sie sich auf ihn als auf einen von der großen Masse der andern Genossen abweichenden Genossen berufen können? Ja, das werden die Gegner jedesmal tun können, wenn ein Genosse von der Meinung der übrigen abweicht, und dies Recht wollen wir doch, wie Bebel ausdrücklich erklärt hat, einem jeden von uns einräumen. Der Absatz II fügt in außerordentlicher Länge, schwer übersichtlich, eine Reihe von Tatsachen und Urteilen aneinander, die mit vollem Recht hier in der Diskussion zur Besprechung gekommen sind, die aber in eine Resolution um so weniger hineingehören, als sie den Gegenstand keineswegs erschöpfen. Sie haben die Anklagen von Bebel gegen Schippel gehört, und es lassen sich dem vielleicht noch mehr Anklagen hinzufügen, aber sie im Rahmen einer Resolution zu erschöpfen, ist unmöglich. Ganz und gar aber möchte ich mich gegen den Absatz III der Resolution Bebel aussprechen, der den Ton behandelt. Man kann sich auch nicht auf den Standpunkt Bernsteins stellen und den Ton im allgemeinen tadeln. Gewiß ist es ganz gut, wenn hier mal ausgesprochen wird, wir wollen einen besseren Ton haben, aber das in einer Resolution festzulegen zur Freude der Gegner, das halte ich für durchaus unzweckmäßig. Und nun gar „hochfahrender" Ton! Ich weiß nicht, was das heißen soll. (Bebel: Na!) Sehen Sie mal die Apostelgeschichte an! (Heiterkeit.) Sie sind ja in der Religion alle ganz außerordentlich bewandert dank unser Volksschule. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Die Apostel waren außerordentlich bescheiden, aber diese Bescheidenheit hinderte sie gar nicht, wenn Jakobus auf Paulus und seine Anhänger oder Paulus auf Jakobus und seine Anhänger zu sprechen kam, dreinzuhauen, daß die Funken flogen (Heiterkeit), sie waren alle durchdrungen von dem gleichen großen Gedanken, sie bildeten eine große Gemeinde, aber wenn sie in Gegensätze gerieten über irgend welche für damalige Verhältnisse wissenschaftliche Fragen, dann fingen sie an, sich zu frotzeln, dann kamen sie höher und höher, bis schließlich jeder auf dem hohen Pferd saß und auf die andren verächtlich herabblickte. Solche Dinge werden immer vorkommen, wir werden sie nicht ändern, in die Resolution gegen einen einzelnen gehört eine Mißbilligung derselben nicht hinein. Noch schlimmer ist die Resolution Bebel durch das Amendement Freythaler geworden. Eine derartige bedingte Begnadigung er Verurteilung haben wir hier nicht auszusprechen, man hat es ruhig dem enossen Schippel, man hat es ruhig einer so großen und anerkannt bewährten arteigenossenschaft wie der von Chemnitz zu überlassen, was sie aus dem Tadel rauslesen wollen, den der Parteitag ausspricht. Wollen Sie aber, daß Schippel s der Partei heraus muß, so sprechen Sie das — darin kann ich Schippel r beipflichten — auch offen aus! Dann sagen Sie offen, er kann der rtei nicht mehr angehören, oder er kann keine Ehrenämter mehr bekleiden. se bedingte Form, die gewissermaßen die Chemnitzer Organisation von hinten

Digitized by Google

herum zwackt, ihre Schuldigkeit zu tun, halte ich des Parteitags nicht für würdig. Wollen Sie sich aber nicht dazu verstehen, Schippel eines Vertrauenspostens für unwürdig zu erklären, dann bleibt nur übrig, einmal den Standpunkt Schippels zu mißbilligen und zweitens, der Person Schippels einen Tadel auszusprechen, und das tut in präzisester Weise die Resolution Päplow, der ich Sie möglichst einmütig zuzustimmen bitte.

Hoch-Hanau: Ich verwahre mich zunächst dagegen, daß Schippel mich als Mitschuldigen anführt, um für sich mildernde Umstände zu erwirken. Zu diesem Resultat ist er nur gekommen, indem er der Wahrheit nicht die Ehre gegeben hat. (Ruf: Wie so oft!) Das Eine ist richtig: in der Zollkommission hat Graf Posadowsky gesagt, ich hätte dem Satze zugestimmt: wer Handelsverträge wolle, müsse auch Zölle wollen. Ich habe daraufhin sofort erklärt, daß dies eine mißverständliche Auffassung meiner Worte sei. Es handelte sich in der Zollkommission damals um Zollsätze, die so unsinnig waren, daß sie von keiner Seite ernst genommen werden konnten. Einer der Geheimräte erklärte denn auch: sie sind nicht ernst gemeint, sie sollen nur Kompensationsobjekte (Pfannkuch: Schacherobjekte!) sein, wir brauchen sie, um den Gegnern etwas zu bieten. Darauf habe ich erwidert: Das ist keine durchschlagende Antwort; ebenso gut wie wir wissen die andren Staaten, die unsre Einfuhrstatistik ebenso genau kennen wie wir, daß diese Zölle nicht ernst gemeint und daß ihnen mit einer Herabsetzung dieser Zölle nichts geboten würde. Und ich fuhr fort: Wenn Sie wirklich Handelsverträge wollen, dann genügt es nicht, daß sie diese unmöglichen Zölle opfern, sondern sie müssen die Wucherzölle auf Lebensmittel heruntersetzen. Ich habe damals diesen Sachverhalt auch noch durch eine besondere Erklärung im „Vorwärts" festgestellt, die von den bürgerlichen Blättern natürlich unterschlagen worden ist. Wenn nicht aus bösem Willen, so hat doch Schippel mit unbegreiflicher Fahrlässigkeit kein Wort davon gesagt, daß ich sofort die falsche Anschuldigung berichtigt habe. Dann hat Schippel versucht, mich als einen Menschen hinzustellen, der bald so, bald so rede. Er hat gesagt: als Hoch mein Buch gelesen hatte, war er entzückt davon. Das stimmt. Heute noch bin ich in gewissem Sinne von diesem Buch entzückt, in dem ich eine sehr ernste und verdienstliche Arbeit erblicke, weil es die nichts als freihändlerischen Argumente der bürgerlichen Seite, die allzu oft auch von uns angewendet werden, begrenzt und zeigt, wie man vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft zu Schutzzöllen kommt. Das halte ich für eine verdienstvolle Arbeit, ohne alles darin zu unterschreiben. Und das habe ich vor allen Fraktionskollegen, mit denen ich über das Buch sprach, anerkannt. Aber ist das nun ein Freibrief für Schippel, nachdem er das Buch geschrieben, fortgesetzt Krakeel zu machen und die Partei zu schädigen? (Sehr richtig!) Wir halten doch hier kein Ketzergericht gegen das Buch Schippels ab! Da würde ich nicht mitmachen. Das sehe ich nicht als Aufgabe eines Parteitages an. Und das erklärt auch, weshalb vor drei Jahren, als das Schippelsche Buch erschien, alles ruhig blieb. Schippel fragt, warum kommt Ihr erst jetzt. Es war damals eben noch gar keine Veranlassung, Lärm zu machen. Was hat sich aber dann abgespielt? Schippel hat in seinem Buche doch nur die eine Seite der Frage beleuchtet und hat dann in sehr kurzer Weise unsren Standpunkt angedeutet. Das war nur die eine Hälfte. Er müßte mit derselben Gründlichkeit, mit der er die Nichtigkeit der Einwände der bürgerlichen Freihändler gegen die agrarischen Forderungen nachwies, nun auch die Gründe der Arbeiter für den Kampf gegen den Brotwucher behandeln. Hierauf haben wir aber vergeblich gewartet. Er hat noch viel Schlimmeres getan. Wir führten den Zollwucherkampf. Wo blieb da Schippel? (Sehr richtig!) Wo hat er mit seiner hervorragenden Kraft eingegriffen? Er hat nicht daran gedacht. Wie oft wurde er uns im Plenum, in der Kommissio

Digitized by Google

entgegengehalten. Posadowsky hatte sein Buch aufgeschlagen vor sich. Ich habe seinerzeit protestiert. **Aber wo ist Schippel geblieben und hat protestiert?** (Sehr richtig!) Darum dreht es sich. Dem Faß den Boden ausgeschlagen hat aber sein Vortrag. Ich halte Schippel für einen geschickten und kenntnisreichen Redner. Aber heute hat er sein Auftreten im dritten Berliner Wahlkreise auf das allerschärfste selbst verurteilt. Er sagt, ich habe in einem kleinen Kreise gesprochen; ja, wenn ich gewußt hätte, daß sich die Oeffentlichkeit damit befassen würde, dann hätte ich es anders gemacht, denn es ist ja richtig, daß der Vortrag ein gewisses Mißtrauen und falsche Auffassungen hervorrufen konnte. **Ja, ist es denn die Aufgabe solcher Vorträge, Mißverständnisse zu schaffen?** Er mußte wissen, was er anrichtete. Nicht um seine wissenschaftlichen Anschauungen handelt es sich, sondern darum, daß ein Mann, der eine führende Stellung einnimmt, uns im Kampfe schwer geschädigt hat. Das dürfen, das brauchen wir uns nicht gefallen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Wie traurig die Situation für ihn ist, zeigt sein Auftreten. Er gibt zu, schädlich gewirkt zu haben, und seine besten Freunde geben es zu. Er sagt nur, er habe *nicht die Absicht* gehabt. Da müssen wir uns aber fragen: Ist ein Mann geeignet, eine führende Stellung einzunehmen, wenn er die *Tragweite seiner Handlungen nicht übersehen kann*? (Lebhafte Zustimmung.) Ein Mann von seiner geistigen Bedeutung muß sich wie ein Schulbube hinstellen und sagen: Ich hab's nicht so gemeint. Von diesem Standpunkte aus sind die Resolutionen zu beurteilen. Die Bernsteinsche führt die Konfusion auf den Gipfel. (Ruf: Wie immer!) Weshalb sollen wir unsre Stellung zu der Zollfrage bestätigen, die Schippel selber teilt. Weil einer eine Dummheit gemacht hat, brauchen wir doch nicht zu sagen, wir wollen sie nicht machen. Damit würde der Streit auf ein andres Gebiet geführt werden. Nicht um Takt, Disziplin und politischen Anstand würde es sich handeln, sondern um ein Ketzergericht gegen eine andre Meinung. *Diese Taktik können wir allerdings häufig beobachten.* Wenn er eine Dummheit gemacht hat und sie nicht eingestehen will, dann stellt er sich hin und sagt: Ihr wollt ein Ketzergericht abhalten. Nicht um die Ansichten Schippels handelt es sich, sondern um sein Auftreten. Von diesem Standpunkt aus gefällt mir Bebels Resolution auch nicht. Er wird sie wohl selber nicht für ein Meisterwerk halten. (Bebel: Machen Sie es doch! Heiterkeit.) Ich bin kein Meister. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Also nur noch so viel. An den Einzelheiten der Bebelschen Resolution ist sehr viel auszusetzen. Für mich handelt es sich nicht darum, Schippel einen *gelinden* Tadel auszusprechen, sondern zu sagen: er ist **nicht geeignet, nicht fähig, an leitender Stelle zu stehen.** (Sehr richtig!) Mit dem milden Tadel kommen wir nicht weiter. Dann haben wir morgen wieder denselben Krakeel. Eigentlich genügt das *Freythalersche Amendement. Es enthält eine Aberkennung der Ehrenämter* — **Schippel aus der Partei herauszuschmeißen, davon ist keine Rede.** — Ich habe das Zutrauen, Schippel wird die Konsequenzen ziehen, wenn er nur eine Spur von Würde in [illegible] trägt. (Sehr richtig!)

Grenz-Leipzig: Ich will nur einige Richtigstellungen bringen. Schippel [illegible] sich darauf berufen, daß in dem Verbreitungsgebiet der „Chemnitzer Volksstimme" nichts von einer Erregung gegen ihn zu spüren gewesen wäre. Ja, [illegible] hat *einen* Genossen herangezogen, der sich mit ihm einverstanden erklärt [illegible]he, den Genossen Kaufmann. Ich bin ein aufmerksamer Leser der „Volksstimme". (Rufe: Es ist der Genosse *Knauf*-Meerane). Dieser Genosse [illegible] auf ist der einzige geblieben. — Und Schippel darf sich nichts darauf zu gute [illegible]en. In den Kreisen an der böhmischen Grenze steht uns kein Versammlungs[illegible]l zur Verfügung. Alle diese Kreise aber haben eine Preßkommission für die „Volksstimme" aus den Vertrauensleuten aller Kreise zusammengesetzt. In th-

ist wiederholt über die Schreibweise der „Chemnitzer Volksstimme" gesprochen worden, und es hat nur an einem Fädchen gehangen, dann hätte der Redakteur des Blattes, Genosse August Enders, quittieren müssen. (Hört! hört!) Wenn man von einer Meinung in diesen Kreisen sprechen will, dann ist das gerade Gegenteil von dem wahr, was Schippel darüber gesagt hat. (Ruf: Wie immer!) Wenn Gelegenheit zu Versammlungen wäre, dann würde Schippel ebenso verurteilt werden, wie er in andern Versammlungen verurteilt worden ist. (Geyer: Und wie auch in der Landesversammlung!) Ja, auch auf der Landeskonferenz ist die Frage angeschnitten worden. Dort hatte er Gelegenheit, seinen Standpunkt auseinanderzusetzen. Statt dessen hat er gemeint, er hätte keine Veranlassung dazu, er müsse sich das erst überlegen, genau so, wie er es sich überlegen wollte, als die Fraktion das Verlangen an ihn stellte. Elm hat gesagt, ihm seien Aeußerungen Ledebours als Knüppel zwischen die Beine geworfen worden. In meinem Wahlbezirk, dem 21. sächsischen, aber versuchte der Antisemit Zimmermann sofort in der ersten Versammlung, uns Schippel aufs Butterbrot zu schmieren. Wir haben ihm freilich in die Suppe gespuckt. (Heiterkeit.) Heute handelt es sich nicht um die alten Sünden, sondern um das neue Vorgehen Schippels. Alle Genossen, die in der praktischen Agitation stehen, haben sich nicht allzuviel mit seinen wissenschaftlich spintisierenden Auseinandersetzungen und denen seiner Gegner befaßt. Aktuell wird so etwas erst, wenn es in Versammlungen vorgetragen wird und uns die Agitation erschwert. Von diesem Augenblick an datiert erst das Vorgehen gegen Schippel. — Mit der Bebelschen Resolution bin ich einverstanden bis auf den letzten Teil, wo vom Ton die Rede ist. Diese Stelle sollte beseitigt werden und dafür das Amendement Freythaler gesetzt werden. Welche Konsequenzen Schippel oder die Chemnitzer ziehen werden, ja, damit haben wir nichts zu tun. Der Parteitag hat nur die Aufgabe, seine Anschauungen unumwunden auszusprechen, ohne Hintertüren offen zu lassen. Der Betreffende hat dann die Konsequenzen zu ziehen, die er für richtig hält.

Kautsky: Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, weil mein Ton gegenüber Schippel bemängelt worden und gesagt worden ist, wenn man schon den Ton verurteilen wolle, so müsse man auch den von Parvus, mir u. a. verurteilen. Wäre der betreffende Passus in der Bebelschen Resolution so aufzufassen, daß Schippel wegen des Tones getadelt werden soll, den er gegen einzelne von uns angeschlagen hat, dann würde ich allerdings dafür sein, daß dieser Passus gestrichen wird. Ich meine, die Art und Weise, wie wir unsre Fehden ausfechten, überläßt man uns am besten; jeder von uns ist Mannes genug, sich seiner Haut zu wehren und ich persönlich habe nie zu denen gehört, die wehleidig den Ton beklagen, in dem sie angegriffen werden. Ich fasse den Passus aber anders auf. Nicht der Ton Schippels gegen einzelne seiner Kritiker soll getadelt werden, sondern **der Ton, den er gegen die Masse der Parteigenossen angeschlagen hat, und das ist etwas ganz andres.** Dieser Ton Schippels steht in Widerspruch mit allen Parteitraditionen. In Dresden sind gewiß viele harte Worte gefallen, aber daß dort jemand mit Geringschätzung von der Partei gesprochen hätte, ist mir nicht bekannt. Ebensowenig kann das von einem der Kritiker Schippels behauptet werden. Schippel aber schreibt z. B. in einem seiner Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme", den Umstand, daß er vielfach für einen Agrarschutzzöllner gehalten wird, könne er nur dadurch erklären, daß die Genossen in den Redaktionen überhaupt nur kurze Artikel, aber keine Bücher lesen, so daß sie sich über Dinge entrüsteten, von denen sie nichts verstehen. Aber darauf komme es gar nicht an, wenn man sich nur überhaupt entrüste; das sei immer ein Beweis von Parteieifer und Gesinnungstüchtigkeit. Hier werden nicht einzelne Genossen kritisiert; nein, **die ganze Partei wird als eine Herde hingestellt**, in der Ent-

rüstung verlangt wird über Dinge, von denen man nichts versteht. Tiefer kann man die Partei nicht einschätzen. Selbst die Anständigen unter unsren Gegnern haben uns derartiges nie nachgesagt.

So viel über den Ton. Da ich einmal das Wort habe, will ich auch noch einige Worte über die Sache verlieren. Das ist allerdings nicht leicht, denn wenn man Schippel packen will, so weiß man nicht, wo man packen soll. Seine heutige Rede war sachlich genau so inhaltlos wie die 47 Spalten, die er in der „Chemnitzer Volksstimme" geschrieben hat. Es handelt sich um die Agrarzölle. Das ist die Grundfrage, die uns erregt und über die Schippel sich äußern soll. Wenn ich mich aber recht erinnere, hat Schippel in seiner ganzen heutigen Rede das Wort Agrarzölle überhaupt nicht in den Mund genommen oder, wenn er es tat, so ist er jedenfalls nicht darauf eingegangen. Er meint vielleicht, seine Erklärung, es sei ihm nicht im Traume eingefallen, Agrarzöllner zu sein, genüge. Nein, das genügt nicht. Zu einer kurzen Erklärung kann auch ein Papagei abgerichtet werden. Dazu braucht man keinen Reichstagsabgeordneten. Ein Reichstagsabgeordneter muß nicht nur erklären: „Das ist mein Standpunkt," sondern diesen Standpunkt auch begründen und auch richtig begründen. Wir sind eine Partei der Propaganda und sind verloren von dem Augenblick an, wo wir nicht Gründe anführen können für unsern Standpunkt. Aus Rücksichten der Propaganda haben wir uns gegen Schippel erhoben und verlangt, daß er sich äußert. Nun hat er gesagt: Er habe seine eigne Meinung überhaupt nicht geäußert; seine „Grundzüge" seien nur ein historischer Abriß der Entwicklung der handelspolitischen Strömungen. Da ist es allerdings merkwürdig, daß der Sozialdemokrat Schippel in seiner Schilderung des Ideenganges in der Entwicklung der Handelspolitik gerade dort abbricht, wo er auf die Handelspolitik seiner eignen Partei zu sprechen kommt. (Sehr gut!) Man sollte meinen, daß das auch noch ein Teil der Geschichte der Handelspolitik ist, und für die Sozialdemokratie sogar der wichtigste Teil. Darüber hat Schippel kein Wort gesagt. Weiter ist es auch nicht einmal richtig, daß seine „Grundzüge" bloß ein historisches Buch sind, nein, das Buch enthält neben einer Darstellung von Gründen auch statistisches Material, und dies statistische Material spricht einzig und allein zugunsten der Agrarzölle. (Sehr richtig.) In dem Vortrag, der die Grundlage der ganzen Diskussion bildet, hat Schippel dann dasselbe ausgeführt wie in seinem Buch und auch in den 47 Spalten der Chemnitzer „Volksstimme", wo man doch annehmen darf, daß er endlich mal seine eignen Gedanken ausdrückt, daß er sich nicht bloß als Phonograph gefühlt hat, in den man eine agrarische Walze hineinlegt, sondern als Mensch mit eignen Gedanken und eignem Hirn, auch da hat er Material angeführt, das mit Naturnotwendigkeit für Agrarzölle spricht, und zwar ganz in der Weise wie in seinen „Grundzügen". Er hat da z. B. den Satz ausgesprochen, daß „diese modernen Agrarzölle mit Mühe und Not, mit Ach und Krach aufrechthalten, was in Mitteleuropa schon lange war und was schon längst zusammengebrochen und nicht mehr sein würde, wenn gar nichts seitens der mitteleuropäischen Staaten geschehen wäre." Wenn dieser Satz richtig ist, dann ist das eine Verurteilung der Haltung der Fraktion in der Zollfrage. (Sehr richtig!) Wenn durch unsre Gegnerschaft gegen Agrarzölle die Landwirtschaft zusammenbrechen müßte, wenn unser Sieg zum Zusammenbruch der Landwirtschaft führte, ja, eine stärkere Anklage gegen die Sozialdemokratie könnte man sich gar nicht vorstellen. Nebenbei bemerkt ist es gar nicht wahr, daß Agrarzölle, bloß die Agrarzölle den Zusammenbruch der Landwirtschaft verhindert haben. Es gibt in Europa Länder, die keine Agrarzölle haben, England, Holland, Dänemark. Zu den Ländern, deren Landwirtschaft heute doch am blühendsten ist, gehören gerade diese beiden letztgenannten freihändlerischen Staaten.

Digitized by Google

Schwerer als in Dänemark und Holland mußte allerdings die Landwirtschaft in England kämpfen, weil sie den Anprall der überseeischen Produkte am ersten auszuhalten hatte. Aber die englische Landwirtschaft ist nicht zugrunde gegangen. Es trat nur eine Krisis ein, die heute schon gemildert ist. Die heutige englische Landwirtschaft steht mindestens so gut da wie die deutsche, trotzdem diese durch Zölle geschützt ist. Die englische Landwirtschaft hat nur eine Aenderung durchgemacht. Der Rückgang ist eingetreten in bezug auf den Körnerbau, und die Viehzucht ist in den Vordergrund gerückt. Außerdem sind die Pachtzinsen heruntergegangen. Die Großgrundbesitzer können heute aus dem englischen Volke nicht mehr soviel herausziehen wie früher. **Das ist die Not der Landwirtschaft in England, daß die Großgrundbesitzer heute nicht mehr so wie früher auf Kosten der Arbeiter schwelgen können. Das ist nicht etwas, worüber wir uns zu grämen haben, sondern was wir mit Freuden begrüßen.** (Sehr richtig!) Wir würden uns freuen, wenn in Deutschland dasselbe einträte. (Sehr wahr!) Und wann war denn in Deutschland die Not der Landwirtschaft am größten? — Gerade als die Agrarzölle am höchsten waren. Seit der Caprivischen Zollreform, seitdem die Zölle etwas ermäßigt sind, hat sich die Landwirtschaft wieder etwas gehoben.

Auch da finden wir wieder, daß der Zoll durchaus nicht zum Gedeihen der Landwirtschaft notwendig ist. Im Gegenteil; daß in einer Zeit, wo die Agrarzölle herabgesetzt werden, die Landwirtschaft in die Höhe geht, ist kein Zufall. In jedem Zeitalter gibt es einen bestimmten Produktionszweig, der den Charakter der Gesellschaft bestimmt. Heute ist es *nicht die Landwirtschaft*, sondern *die Industrie*. Von dem Gedeihen der Industrie hängt das Gedeihen der ganzen Gesellschaft ab. Wo die Industrie zurückgeht, geht auch die Landwirtschaft zurück. Die Agrarzölle sind aber eines der mächtigsten Mittel zur Hemmung der Industrie. Sie hemmen infolgedessen auch die Entwicklung der Landwirtschaft und wirken also gegen die Landwirtschaft. Wir müssen sie bekämpfen nicht nur vom Konsumentenstandpunkt aus. Wäre aber *der Standpunkt Schippels richtig*, müßten wir *für Agrarzölle* eintreten, und so *hätte sich die Partei eine große Versündigung zu Schulden kommen lassen durch ihren Kampf gegen die Agrarzölle*. Es ist nicht richtig, daß es sich nur um wissenschaftliche Spekulationen Schippels handelt. Schippel als Mann der Wissenschaft kommt hier nicht in Frage. Hätte Schippel bloß sein Buch geschrieben als Mann der Wissenschaft, wir würden ihn laufen lassen. Aber er ist ebenso *sozialistischer Abgeordneter und beeinflußt die Propaganda unsrer Partei*. Und weil er Gesichtspunkte entwickelt, die, wenn sie angenommen würden, unsre Partei vollständig auf falsche Bahnen leiten müssen, die, auch wenn sie nicht angenommen, aber von den Gegnern kolportiert werden, *die Partei aufs schwerste schädigen müßten*, deshalb müssen wir gegen ihn auftreten und keinen Zweifel lassen, wie wir über ihn denken. Aber so unangenehm auch die ganze Frage ist, mit der wir uns heute zu beschäftigen haben, ich hoffe, daß sie wenigstens ein Moment gezeitigt hat. Es war sehr erfreulich zu sehen, daß, wie verschieden auch die Ansichten der Redner sind, doch nur eine einzige Stimme über unsre Stellung zu den Agrarzöllen herrscht und Schippels Anschauung, daß der Agrarzoll in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft notwendig sei, einmütig zurückgewiesen ist. Unsre Gegner haben gehofft, daß Schippel einen neuen Keil zwischen uns treiben, daß er ein neues Werkzeug sein würde, um Uneinigkeit in die Partei zu bringen. Wir haben ja in den letzten Jahren schwere Differenzen gehabt. Aber nun sehen wir, daß in der wichtigsten praktischen Frage, die uns beschäftigt, in der wir die schwersten Kämpfe auszufechten haben, die Einigkeit größer ist als jemals. Und gerade der Fall Schippel hat dazu beigetragen, daß diese Einigkeit zu Tage tr

Schippel selbst hat sich vor dem einmütigen Edikt gebeugt und sich als reumütiger Sünder bekannt. Er sagt: Ich anerkenne zwar Eure Gründe nicht, aber ich bin mit Euch gegen den Agrarzoll. Diese Einmütigkeit bürgt dafür, daß wir auf dem Gebiete der Handelspolitik nach wie vor die Führung haben und nach wie vor neue Siege erringen werden. (Lebhafter Beifall.)

Eingegangen ist ein Begrüßungsschreiben der Genossen von Dresden-Altstadt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Um 3 Uhr 10 Min. eröffnet der Vorsitzende Ebert die Sitzung. Eingegangen ist Resolution 137, Katzenstein, die nicht die nötige Unterstützung findet.

Stücklen-Altenburg: Schippel behauptet, daß die ganze Bewegung gegen ihn von einzelnen „Hetzern" und „Stänkern" ausgehe und erwähnte heute Vormittag auch, daß in Sachsen nur Schöpflin und Stücklen über seine Angelegenheit gesprochen haben. Ich habe auf Einladung aus meinem Wahlkreis über die Aufgaben des Parteitages gesprochen und dabei mußte des Falles Schippel Erwähnung getan werden. Es ist allerdings richtig, daß man in Sachsen sich öffentlich mit der Sache wenig beschäftigt hat. Es sind dort eben die Fragen der Zollpolitik noch nicht eingehend erörtert worden. Daß die Chemnitzer Genossen Schippel ein Vertrauensvotum ausgesprochen haben, ist ganz natürlich. Aber daraus darf nicht etwa geschlossen werden, daß die Chemnitzer die Seitensprünge Schippels billigten. Die Chemnitzer Genossen haben den Genossen Schippel ebenso mißverstanden, wie die ganze Partei. Sie waren bis zu dem Schlußartikel Schippels der Ansicht, Schippel sei allerdings Agrarzöllner. Schrieb doch die „Chemnitzer Volksstimme", ehe Schippel mit seiner Artikelserie begann, was liege denn daran, wenn das Pfund Brot einen Pfennig mehr koste, könne man damit den Bauern helfen, dann müsse es eben bezahlt werden. Und Schippel nahm keinen Anlaß die Redaktion darauf aufmerksam zu machen, daß ein solcher Schluß aus seinen Ansichten nicht gezogen werden könne. Ich habe in der Polemik den Boden der Sachlichkeit nie verlassen. Aber die Methode Schippels muß verurteilt werden. Hätte Schippel in der Fraktion erklärt, daß er kein Agrarzöllner sei, oder hätte er diese Erklärung an den Schluß seiner 47 Spalten gestellt, so hätte die Affäre nicht diesen Umfang angenommen. Schippel sollte doch der letzte sein, der sich über Anzapfungen beklagt. Wer so in den Wald hineinruft, darf sich nicht wundern, wenn es entsprechend wieder herausschallt. Die Aeußerung Schippels, daß sein Vortrag nur für einen kleinen Kreis bestimmt gewesen sei, sieht sehr nach einer politischen Moral mit doppeltem Boden aus: ein Standpunkt für einen kleinen Kreis, eine Schablone für die große Masse. Für die Agrarzölle wird die Partei nie zu haben sein. Die Frage der Industriezölle liegt ja etwas anders. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß sehr wohl die Partei einmal in die Lage kommen kann, einer bestimmten Industrie unter die Arme greifen zu müssen. Hier muß nur von Fall zu Fall entschieden werden. Den Eisenzoll zum Beispiel spürt der Arbeiter wenig, der Eisenzoll ist aber eine Stütze des kapitalistischen Systems und deshalb müssen wir ihn ablehnen. Ueber den Standpunkt Schippels sind wir noch immer nicht klar. Statt den Agrariern Argumente zu liefern, hätte er lieber ein Buch schreiben sollen, in dem er den Parteigenossen vor Augen führt

wie gemeinschädlich die Agrarzölle und wie wenig die Massen an der Erhaltung der Grundrente interessiert sind. Ich bitte das Amendement Freythaler anzunehmen. Es bedeutet keinen Ausschluß Schippels aus der Partei, den ich vermieden sehen will, es soll auch die freie Forschung nicht gehemmt werden, aber wir schieben damit einen Riegel vor, daß Schippel weiterhin unter dem Mantel der Meinungsfreiheit Uneinigkeit in die Partei bringt.

Langer-Chemnitz: Es ist behauptet worden, das Vertrauensvotum, das die Chemnitzer Genossen Schippel ausstellten, sei von Schippel selbst abgefaßt worden. Allerdings haben wir vor der ersten Versammlung Schippel beauftragt, eine Resolution zu formulieren. (Hört! hört!) Das tat Schippel. Sein Vorschlag wurde aber dann nach allen Richtungen erwogen und schließlich in wesentlich andrer Form angenommen; in der Versammlung am 30. August dagegen war Schippel an der dort angenommenen Resolution absolut nicht beteiligt. Wenn Sie die Resolution Bebels mit dem dazu gestellten Amendement annehmen, so wird in Zukunft jeder Genosse, der auf wissenschaftlichem Gebiete tätig ist, sich hüten müssen, neue Gedanken auszusprechen. (Rufe: O nein!) Jawohl, er wird sich schließlich hüten müssen, Ansichten auszusprechen, die der Mehrheit nicht gefallen. Ich bitte Sie, im Interesse unsrer Partei und unsers Wahlkreises davon Abstand zu nehmen, die Resolution Bebels oder irgend eine andre anzunehmen. Ich bitte Sie, über die gestellten Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Cunow: Es handelt sich nicht um die Frage: Freihandel oder Schutzzoll, sondern um das Verhalten Schippels. Schippel meint, wir würden die ganze Debatte nicht gehabt haben, wenn der „Vorwärts“ nicht das Referat über den Vortrag im 3. Berliner Wahlkreise gebracht hätte. Ich glaube, daß dadurch wenig an der Sache geändert wäre. Das Mißtrauen gegen Schippel besteht doch schon lange Zeit, mindestens schon seit dem Breslauer Parteitage. Der Vortrag war nur gewissermaßen der letzte Tropfen, der das Faß zum Ueberlaufen brachte. Die Wirkung des Referats hätte Schippel einfach beseitigen können, wenn er es sofort berichtigt und mitgeteilt hätte, was er in Wahrheit gesagt hat. Statt dessen schwieg er sich vollständig aus. Erst nach einigen Tagen kam eine Berichtigung. Diese ließ aber wieder im Unklaren, welches denn seine Auffassung sei. Warum hat er nicht damals gleich in einer oder anderthalb Spalten seinen Standpunkt dargelegt? Nachdem er die Berichtigung veröffentlicht hatte, schwieg er wieder, bis die Fraktion ihre Resolution beschloß. Auch dann zögerte er noch. Als er sich aber daran machte, zu antworten, hat er wieder nicht einen kurzen Artikel geschrieben. Da kamen zunächst in über 40 Spalten alle möglichen Erörterungen, und dann erst folgte zum Schluß die bekannte Ausrede: Es ist mir nicht im Traum eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein. Vorher hatte er monatelang Artikel über Artikel geschrieben zum Gaudium aller Gegner, ließ sich aber durch den Spott der Gegner nicht irritieren, sondern fuhr fort, immer weiteres Material gegen die Partei aufzuhäufen. v. Elm sagte, der Bericht hätte vor der Drucklegung Schippel vorgelegt werden müssen. Das ist aus journalistischen Gründen unmöglich. Wir haben in Berlin und den Vororten manchmal an einem Abend 15 bis 20 Versammlungen. Wenn wir da all Referate allen Rednern erst vorlegen wollten, würden wir manchen Bericht erst nach 8 bis 14 Tagen bringen können.

Antrick: Schippel hat heute morgen gesagt, es müsse ein Ende gemacht werden. Das unterschreibe ich voll und ganz und hätte nur gewünscht, daß Schippel zu dieser Ansicht schon vor Jahren gelangt wäre, dann hätte er der Partei viel Aerger und Verdruß erspart. Ich selbst, der ich mit Schippel jahrelang freundschaftlich verkehrt und von ihm manches gelernt habe, bin durch sein Verhalten zu der Ansicht gekommen, daß Schippel innerlich mit den Grundanschauungen der Partei seit längerer Z

gebrochen hat, und daß er nur nicht den Mut hat, dies öffentlich auszusprechen. Diese mangelnde Offenheit ist nach meiner Auffassung der einzige Grund für die Zweideutigkeit Schippels. Wäre das nicht der Fall, so hätte Schippel sein Buch nicht so geschrieben. Schippel weiß, daß ich das Buch mehrmals gelesen und mich mit ihm wiederholt darüber unterhalten habe. Schippel hätte folgedessen sein Verhalten im Reichstage während der Zollkämpfe ganz anders einrichten müssen. Schippel war es, der den Gegnern das Scheinargument geliefert hat, man dürfe die Zollfrage nicht betrachten vom Standpunkt der Arbeiter als Konsumenten allein, sondern man müsse sie wesentlich vom Standpunkt der Arbeiter als Produzenten betrachten. Graf Posadowsky und der lange Möller haben dieses Argument begierig aufgegriffen. Während von uns im Reichstage der Kampf bis zur Erschöpfung geführt wurde, saß Schippel ruhig und gelassen in seinem Sessel und lachte sich ins Fäustchen. Er hat keine Hand gerührt und uns in keiner Weise geholfen. Ich habe wiederholt nach meinen Reden zu Schippel gesagt: jetzt müßten Sie gegen mich sprechen, er hat dafür nur ein ruhiges Lächeln gehabt. Ich kann hier auf das Scheinargument nicht eingehen. Wer sich dafür interessiert, findet in unsren Reichstagsreden Material genug. Ich selbst habe fast einen ganzen Tag geredet, wo ich lediglich die ganze Frage vom Standpunkt der Arbeiter als Produzenten behandelt habe. v. Elm sagt, man hätte die Anklage gegen Schippel früher erheben müssen. Ganz recht! Auch ich habe gleich nach dem Erscheinen des Buches mit verschiedenen Genossen darüber gesprochen, ob man Schippel nicht zwingen müsse, seinen Standpunkt klar darzulegen, damit er uns nicht immer wieder entgegengehalten werden könne. Stadthagen war da immer derjenige, der als Antwort die bekannten letzten Sätze aus dem Buche Schippels vorlas. Ich muß sagen, mich überlief es immer heiß und kalt, wenn dies Argument vorgebracht wurde. Da habe ich mich denn auf die Hosen gesetzt, studiert und immer wieder studiert, um diese Frage von Schippels Produzentenstandpunkt zu untersuchen. Ich bin dabei zu einem von Schippel entgegengesetzten Standpunkt gekommen. Inwieweit Schippel dabei mit mir einverstanden war, weiß ich nicht. Dem Wunsche Schippels, zu Ende zu kommen, werden wir, glaube ich, am besten entsprechen durch Annahme der Resolution Bebel mit dem Amendement Freythaler. Damit würden wir Schippel nicht ausschließen, sondern nur den Gesamtwillen der Partei zum Ausdruck bringen, daß wir von einem Abgeordneten verlangen, daß er nicht der Partei fortwährend Verlegenheiten bereitet. Ich pflege auf die Worte der Gegner wenig zu geben. Aber ich habe eine Aeußerung Richters im Gedächtnis, dessen Zeitung die Meinung ausspricht, kein Gegner habe die Partei schlimmer verhöhnen können, als Schippel, und daß, wenn die Partei sich das gefallen lasse, beide einander wert seien. Ich hoffe, wenn Schippel die Hand aufs Herz legt und sich noch einmal prüft, wird er uns selbst danken, daß wir ihn durch Annahme der Resolution Bebel endlich aus dieser Affäre befreien.

Frau Zietz-Hamburg: Schippel hat heute morgen verlangt, daß d-- Parteitag klipp und klar Stellung nimmt. Wenn wir die R olution Bebel mit dem Amendement Freythaler annehmen, dann haben w r klipp und klar gesagt, was wir wünschen. Ich möchte G deshalb bitten, der Aufforderung Schippels dadurch Rechnung zu tragen, d Sie die Resolution mit dem Amendement annehmen. In der Resolution i lar ausgesprochen, was wir an der Haltung Schippels kritisieren, und in d Amendement ist deutlich gesagt, welche Konsequenzen er zu ziehen hat, t n er fortfährt, so zu handeln wie bisher. Es ist heute morgen nachgewiesen, i elcher Weise Schippel Zweideutigkeiten ausgesprochen, in welcher Weise er

Digitized by Google

wie gemeinschädlich die Agrarzölle und wie wenig die Massen an der Erhaltung der Grundrente interessiert sind. Ich bitte das Amendement Freythaler anzunehmen. Es bedeutet keinen Ausschluß Schippels aus der Partei, den ich vermieden sehen will, es soll auch die freie Forschung nicht gehemmt werden, aber wir schieben damit einen Riegel vor, daß Schippel weiterhin unter dem Mantel der Meinungsfreiheit Uneinigkeit in die Partei bringt.

Langer-Chemnitz: Es ist behauptet worden, das Vertrauensvotum, das die Chemnitzer Genossen Schippel ausstellten, sei von Schippel selbst abgefaßt worden. Allerdings haben wir vor der ersten Versammlung Schippel beauftragt, eine Resolution zu formulieren. (Hört! hört!) Das tat Schippel. Sein Vorschlag wurde aber dann nach allen Richtungen erwogen und schließlich in wesentlich andrer Form angenommen; in der Versammlung am 30. August dagegen war Schippel an der dort angenommenen Resolution absolut nicht beteiligt. Wenn Sie die Resolution Bebels mit dem dazu gestellten Amendement annehmen, so wird in Zukunft jeder Genosse, der auf wissenschaftlichem Gebiete tätig ist, sich hüten müssen, neue Gedanken auszusprechen. (Rufe: O nein!) Jawohl, er wird sich schließlich hüten müssen, Ansichten auszusprechen, die der Mehrheit nicht gefallen. Ich bitte Sie, im Interesse unsrer Partei und unsers Wahlkreises davon Abstand zu nehmen, die Resolution Bebels oder irgend eine andre anzunehmen. Ich bitte Sie, über die gestellten Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Cunow: Es handelt sich nicht um die Frage: Freihandel oder Schutzzoll, sondern um das Verhalten Schippels. Schippel meint, wir würden die ganze Debatte nicht gehabt haben, wenn der „Vorwärts" nicht das Referat über den Vortrag im 8. Berliner Wahlkreise gebracht hätte. Ich glaube, daß dadurch wenig an der Sache geändert wäre. Das Mißtrauen gegen Schippel besteht doch schon lange Zeit, mindestens schon seit dem Breslauer Parteitage. Der Vortrag war nur gewissermaßen der letzte Tropfen, der das Faß zum Ueberlaufen brachte. Die Wirkung des Referats hätte Schippel einfach beseitigen können, wenn er es sofort berichtigt und mitgeteilt hätte, was er in Wahrheit gesagt hat. Statt dessen schwieg er sich vollständig aus. Erst nach einigen Tagen kam eine Berichtigung. Diese ließ aber wieder im Unklaren, welches denn seine Auffassung sei. Warum hat er nicht damals gleich in einer oder anderthalb Spalten seinen Standpunkt dargelegt? Nachdem er die Berichtigung veröffentlicht hatte, schwieg er wieder, bis die Fraktion ihre Resolution beschloß. Auch dann zögerte er noch. Als er sich aber daran machte, zu antworten, hat er wieder nicht einen kurzen Artikel geschrieben. Da kamen zunächst in über 40 Spalten alle möglichen Erörterungen, und dann erst folgte zum Schluß die bekannte Ausrede: Es ist mir im Traum eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein. Vorher hatte er monatelang Artikel über Artikel geschrieben zum Gaudium aller Gegner, ließ sich aber durch den Spott der Gegner nicht irritieren, sondern fuhr fort, immer weiteres Material gegen die Partei aufzuhäufen. v. Elm sagte, der Bericht hätte vor der Drucklegung Schippel vorgelegt werden müssen. Das ist aus journalistischen Gründen unmöglich. Wir haben in Berlin und den Vororten manchmal an einem Abend 15 bis 20 Versammlungen. Wenn wir da all Referate allen Rednern erst vorlegen wollten, würden wir manchen Bericht er nach 8 bis 14 Tagen bringen können.

Antrick: Schippel hat heute morgen gesagt, es müsse ein Ende gemacht werden. Das unterschreibe ich voll und ganz und hätte nur gewünscht, da Schippel zu dieser Ansicht schon vor Jahren gelangt wäre, dann hätte er di Partei viel Aerger und Verdruß erspart. Ich selbst, der ich mit Schippel jahr lang freundschaftlich verkehrt und von ihm manches gelernt habe, bin durch s Verhalten zu der Ansicht gekommen, daß Schippel innerlich m den Grundanschauungen der Partei seit längerer Z

gebrochen hat, und daß er nur nicht den Mut hat, dies öffentlich auszusprechen. Diese mangelnde Offenheit ist nach meiner Auffassung der einzige Grund für die Zweideutigkeit Schippels. Wäre das nicht der Fall, so hätte Schippel sein Buch nicht so geschrieben. Schippel weiß, daß ich das Buch mehrmals gelesen und mich mit ihm wiederholt darüber unterhalten habe. Schippel hätte folgedessen sein Verhalten im Reichstage während der Zollkämpfe ganz anders einrichten müssen. Schippel war es, der den Gegnern das Scheinargument geliefert hat, man dürfe die Zollfrage nicht betrachten vom Standpunkt der Arbeiter als Konsumenten allein, sondern man müsse sie wesentlich vom Standpunkt der Arbeiter als Produzenten betrachten. Graf Posadowsky und der lange Möller haben dieses Argument begierig aufgegriffen. Während von uns im Reichstage der Kampf bis zur Erschöpfung geführt wurde, saß Schippel ruhig und gelassen in seinem Sessel und lachte sich ins Fäustchen. Er hat keine Hand gerührt und uns in keiner Weise geholfen. Ich habe wiederholt nach meinen Reden zu Schippel gesagt: jetzt müßten Sie gegen mich sprechen, er hat dafür nur ein ruhiges Lächeln gehabt. Ich kann hier auf das Scheinargument nicht eingehen. Wer sich dafür interessiert, findet in unsren Reichstagsreden Material genug. Ich selbst habe fast einen ganzen Tag geredet, wo ich lediglich die ganze Frage vom Standpunkt der Arbeiter als Produzenten behandelt habe. v. Elm sagt, man hätte die Anklage gegen Schippel früher erheben müssen. Ganz recht! Auch ich habe gleich nach dem Erscheinen des Buches mit verschiedenen Genossen darüber gesprochen, ob man Schippel nicht zwingen müsse, seinen Standpunkt klar darzulegen, damit er uns nicht immer wieder entgegengehalten werden könne. Stadthagen war da immer derjenige, der als Antwort die bekannten letzten Sätze aus dem Buche Schippels vorlas. Ich muß sagen, mich überlief es immer heiß und kalt, wenn dies Argument vorgebracht wurde. Da habe ich mich denn auf die Hosen gesetzt, studiert und immer wieder studiert, um diese Frage von Schippels Produzentenstandpunkt zu untersuchen. Ich bin dabei zu einem von Schippel entgegengesetzten Standpunkt gekommen. Inwieweit Schippel dabei mit mir einverstanden war, weiß ich nicht. Dem Wunsche Schippels, zu Ende zu kommen, werden wir, glaube ich, am besten entsprechen durch Annahme der Resolution Bebel mit dem Amendement Freythaler. Damit würden wir Schippel nicht ausschließen, sondern nur den Gesamtwillen der Partei zum Ausdruck bringen, daß wir von einem Abgeordneten verlangen, daß er nicht der Partei fortwährend Verlegenheiten bereitet. Ich pflege auf die Worte der Gegner wenig zu geben. Aber ich habe eine Aeußerung Richters im Gedächtnis, dessen Zeitung die Meinung ausspricht, kein Gegner habe die Partei schlimmer verhöhnen können, als Schippel, und daß, wenn die Partei sich das gefallen lasse, beide einander wert seien. Ich hoffe, wenn Schippel die Hand aufs Herz legt und sich noch einmal prüft, wird er uns selbst danken, daß wir ihn durch Annahme der Resolution Bebel endlich aus dieser Affäre befreien.

Frau Zietz-Hamburg: Schippel hat heute morgen verlangt, daß der Parteitag klipp und klar Stellung nimmt. Wenn wir die Resolution Bebel mit dem Amendement Freythaler annehmen, dann haben wir klipp und klar gesagt, was wir wünschen. Ich möchte Sie deshalb bitten, der Aufforderung Schippels dadurch Rechnung zu tragen, daß Sie die Resolution mit dem Amendement annehmen. In der Resolution ist klar ausgesprochen, was wir an der Haltung Schippels kritisieren, und in dem Amendement ist deutlich gesagt, welche Konsequenzen er zu ziehen hat, wenn er fortfährt, so zu handeln wie bisher. Es ist heute morgen nachgewiesen, in welcher Weise Schippel Zweideutigkeiten ausgesprochen, in welcher Weise er

Digitized by Google

Unklarheiten in die Massen getragen hat. Besonders hat Bebel eine Stelle aus Schippels Artikeln zitiert, daß der Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft in Mitteleuropa eine Notwendigkeit für die bürgerliche Gesellschaft sei und ein **Produkt enormer Lebenskraft darstelle.** v. Elm hat gemeint, Schippel stelle damit den Standpunkt der bürgerlichen Parteien dar: ebensogut wie das Militär notwendig für die bürgerlichen Parteien sei, sei auch dieser Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft eine Notwendigkeit. Aber nach meiner Ansicht hat v. Elm außerordentlich daneben gehauen. Er hat zwei Dinge verglichen, die gar nicht mit einander zu vergleichen sind. Die Forderung hoher Industrie- und vor allem hoher Agrarzölle wird nur erhoben im Interesse einer kleinen Clique von Leuten, die auch politisch unsre allerärgsten Gegner sind (sehr richtig!), nicht im Interesse der allgemeinen bürgerlichen Gesellschaft. Wenn die Bourgeoisie sagt, wir haben das Militär nötig, und wir dann erklären, wir wollen das Militär nicht beseitigt wissen, sondern nur das **Milizsystem** an seine Stelle setzen, so ist das **etwas andres,** als wenn wir **völlige Beseitigung** dessen fordern, was nur einer kleinen Clique zu gute kommt, die dadurch ihre politische Macht stärkt und die Reaktion unterstützt. (Sehr richtig!) Es ist mit Recht betont worden, daß Schippel alle diejenigen Gründe zusammengetragen hat, welche die Haltung der Agrarzöllner rechtfertigen. (Sehr wahr!) Es ist mit Recht betont worden, wenn er als Sozialdemokrat handeln wollte, hätte er mit derselben Ausführlichkeit unsre Argumente zusammentragen und sagen müssen: **Das ist unser Standpunkt!** (Sehr wahr!) Nun sagt Schippel: Ihr haut auf mein Buch los, aber im Schlußsatz meines Buches ist auch unser Standpunkt dargelegt. Angenommen, das wäre Tatsache, so bitte ich doch eines nicht zu vergessen. Wenn Schippel sagt: Das ist der Standpunkt, den wir als Partei vertreten, und wenn er vorher in seinem Buche diesen Standpunkt fortwährend verhöhnt hat, so hat er damit gesagt: Dieser Standpunkt, den ich am Schluß wiedergebe, ist ein **unrichtiger.** (Sehr gut!) Außerdem sagt Schippel, unmittelbar bevor er am Schlusse seines Buches den Konsumentenstandpunkt darlegt: „Erst seit den Agrarzöllen ist der reine Konsumentenstandpunkt wieder zum vollen Siege gelangt". Und dann kommt das, was nach Schippels Ansicht der Konsumentenstandpunkt ist, dann kommt das, was tatsächlich unser Parteistandpunkt ist. **Sonst aber hat Schippel in seinem ganzen Buche diesen „Konsumentenstandpunkt" heruntergerissen und verhöhnt.** (Sehr richtig!) Er sagt u. a.: Entscheidet sich die Arbeiterklasse eines Landes für den Freihandel, so wird ihre Stellung nur dann richtig sein, wenn sie erfolgt im Hinblick auf die **Produktion** und den Arbeitsmarkt, nicht aber in **oberflächlicher Konsumentenschwärmerei** für einen **niedrigen Preisstand.** Am Schluß faßt er dann den „Konsumentenstandpunkt" in wenigen Sätzen zusammen. Entweder ist das Schippels Standpunkt nicht, und er sagt ja auch nirgends, daß es sein Standpunkt ist, oder aber, wenn es sein Standpunkt wäre, hätte er es klipp und klar sagen müssen und vorher nicht diesen Hohn und Spott ausschütten dürfen. Denn damit hätte er dann sich selbst verhöhnt. Körsten hat gestern gemeint, es ist nur ein außerordentliches Hindernis für unsre Agitation, wenn unsre Gegner uns vorwerfen, daß wir durch unsre Haltung zu den sozialpolitischen Gesetzen das Interesse der Arbeiterschaft schädigen. Nach meiner Meinung hat uns unsre ablehnende Haltung gegenüber den Gesetzentwürfen, die nicht einmal unsre minimalsten Forderungen entsprechen, noch niemals geschädigt. Wir haben, wenn unsre Gegner uns das vorhielten, Gelegenheit bekommen, die Massen aufzuklären und ihnen zu sagen: Seht mal, das haben wir gewollt. Aber dasselbe Bürgertum, das uns jetzt Vorwürfe macht, hat es verhindert, daß unsre weitergehenden Forderungen erfüllt sind. (Sehr richtig!) Aber etwas ganz andres ist es, wenn wir uns im Kampf mit unsern schlimmsten politischen Gegnern, den preußischen Junkern, befinden und dann auf einmal **einer un er**

Digitized by Google

Reichstagsabgeordneten kommt und uns Knüppel zwischen die Beine wirft. — Das schadet uns, das hemmt uns, das hindert uns, ja das raubt den Massen das Vertrauen zu uns. (Sehr richtig!) Deshalb müssen wir erklären, wer solchen Standpunkt einnimmt, wie Schippel, und diesen Standpunkt auch noch in Zukunft einzunehmen gewillt ist, **der muß auch die Konsequenzen der Resolution im Verein mit dem Amendement Freythaler ziehen.** Ich hoffe, daß die Resolution angenommen und daß Schippel dann die Konsequenzen ziehen wird. Tut er das nach der einen Richtung hin, indem er klipp und klar erklärt, was er heute hier nicht getan hat, daß er kein Agrarzöllner ist und dann auch dementsprechend handeln, reden und schreiben wird, so soll uns das freuen. Tut er es nicht, so sind wir davon befreit, daß einer aus unsren Reihen uns hemmt und schädigt. Schippel hat nicht bewiesen, daß wir ihm Unrecht tun, wenn wir ihm sagen, er habe den Schutzzöllnern Waffen geliefert. Er ist selbst der ärgste Schutzzöllner. Ja, er hat nachzuweisen gesucht, daß die Leute, die ihn anklagen, selbst auf einem ähnlichen Standpunkt stehen. Er hat nicht in klaren Worten, aber in seiner bekannten Zweideutigkeit nachgewiesen, daß er im innersten Herzen Schutzzöllner ist. Entweder er erklärt: ich bin es nicht, und handelt danach; oder aber, wenn er das nicht kann, hoffe ich, daß er selbst die Konsequenzen zieht.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Lipinski begründet und von v. Elm bekämpft, wird abgelehnt.

Bartels-Dortmund: Ich befürchte, daß wir zu keinem befriedigenden Abschluß mit dem Falle Schippel gelangen werden. Die Resolutionen bringen keine Klärung; die einzige, die sie gebracht hätte, die Katzensteinsche, hat leider nicht die nötige Unterstützung gefunden. Die Empörung der Genossen im Lande ist sehr groß. Mit der Haltung der „Arbeiterzeitung" in der Schippelangelegenheit hat sich eine Wahlkreis-Konferenz einstimmig einverstanden erklärt. Die in diesem Sinne zustande gekommene Resolution — „welche dem Parteivorstand zur Veröffentlichung zu den übrigen unsrer Anträge eingesandt wurde" — ist leider nicht in Druck gekommen. Beachten Sie nicht die Autorität Schippels. Er mag als Journalist Hunderten seiner Kollegen überlegen sein, **aber wir dürfen nicht die Spitzbubentaktik der Gegner befolgen und nur die kleinen Diebe hängen und die großen laufen lassen.** Das Parteiprogramm muß für jeden gelten, und das sagt unzweideutig: Wir sind gegen Agrarzölle und gegen indirekte Steuern. (Sehr richtig.) Mag Schippel erklären: ich bin Schutzzöllner, dann wissen wir, woran wir sind, oder mag er hier hintreten und sagen: ich habe einen großen Bock geschossen, ich widerrufe. (Zustimmung.)

Dr. Südekum: Wenn die Absicht bestand, so ausführlich auf den Fall Schippel einzugehen, hätte man erwarten sollen, daß das gesamte Material, vor allem die 47 Spalten, die Schippel in der „Volksstimme" veröffentlicht hat, den Delegierten vorgelegt worden wären. Eine ganze Reihe von Delegierten ist im Saal, die das Material sich nicht beschaffen konnte, es aber gern in Händen haben möchte. (Sehr richtig!) Nun wirft man Schippel nicht nur seinen Vortrag im 3. Berliner Wahlkreise vor, man hält ihm seine Vorstrafen sozusagen vor und erzählt, wie oft er der Partei Unbequemlichkeiten und Verlegenheiten be...tet hat. Haben die Genossen recht — ich urteile darüber nicht und bestreite de...alb auch nicht, daß die Genossen recht haben — dann liegt der Fall doch so: S...ippel ist ein psychologisches Rätsel, und die Partei soll es l... Es gibt aber bekanntlich noch mehr psychologische Rätsel in unsern Reihen, die ungelöst sind. Was man zur Lösung vorschlägt, er...eint durchaus ungeeignet dazu. Das Amendement Freythaler zur Resolution B...el ist nichts anders, als der Ausschluß Schippels aus der Partei (Widerspruch F...thalers), wofür der Parteitag aber die Verantwortung nicht übernehmen.

Digitized by Google

Unklarheiten in die Massen getragen hat. Besonders hat Bebel eine Stelle aus Schippels Artikeln zitiert, daß der Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft in Mitteleuropa eine Notwendigkeit für die bürgerliche Gesellschaft sei und ein **Produkt enormer Lebenskraft darstelle.** v. Elm hat gemeint, Schippel stelle damit den Standpunkt der bürgerlichen Parteien dar: ebensogut wie das Militär notwendig für die bürgerlichen Parteien sei, sei auch dieser Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft eine Notwendigkeit. Aber nach meiner Ansicht hat v. Elm außerordentlich daneben gehauen. Er hat zwei Dinge verglichen, die gar nicht mit einander zu vergleichen sind. Die Forderung hoher Industrie- und vor allem hoher Agrarzölle wird nur erhoben im Interesse einer kleinen Clique von Leuten, die auch politisch unsre allerärgsten Gegner sind (sehr richtig!), nicht im Interesse der allgemeinen bürgerlichen Gesellschaft. Wenn die Bourgeoisie sagt, wir haben das Militär nötig, und wir dann erklären, wir wollen das Militär nicht beseitigt wissen, sondern nur das **Milizsystem** an seine Stelle setzen, so ist das **etwas andres,** als wenn wir **völlige Beseitigung** dessen fordern, was nur einer kleinen Clique zu gute kommt, die dadurch ihre politische Macht stärkt und die Reaktion unterstützt. (Sehr richtig!) Es ist mit Recht betont worden, daß Schippel alle diejenigen Gründe zusammengetragen hat, welche die Haltung der Agrarzöllner rechtfertigen. (Sehr wahr!) Es ist mit Recht betont worden, wenn er als Sozialdemokrat handeln wollte, hätte er mit derselben Ausführlichkeit unsre Argumente zusammentragen und sagen müssen: **Das ist unser Standpunkt!** (Sehr wahr!) Nun sagt Schippel: Ihr haut auf mein Buch los, aber im Schlußsatz meines Buches ist auch unser Standpunkt dargelegt. Angenommen, das wäre Tatsache, so bitte ich doch eines nicht zu vergessen. Wenn Schippel sagt: Das ist der Standpunkt, den wir als Partei vertreten, und wenn er vorher in seinem Buche diesen Standpunkt fortwährend verhöhnt hat, so hat er damit gesagt: Dieser Standpunkt, den ich am Schluß wiedergebe, ist ein **unrichtiger.** (Sehr gut!) Außerdem sagt Schippel, unmittelbar bevor er am Schlusse seines Buches den Konsumentenstandpunkt darlegt: „Erst seit den Agrarzöllen ist der reine Konsumentenstandpunkt wieder zum vollen Siege gelangt". Und dann kommt das, was nach Schippels Ansicht der Konsumentenstandpunkt ist, dann kommt das, was tatsächlich unser Parteistandpunkt ist. **Sonst aber hat Schippel in seinem ganzen Buche diesen „Konsumentenstandpunkt" heruntergerissen und verhöhnt.** (Sehr richtig!) Er sagt u. a.: Entscheidet sich die Arbeiterklasse eines Landes für den Freihandel, so wird ihre Stellung nur dann richtig sein, wenn sie erfolgt im Hinblick auf die **Produktion** und den Arbeitsmarkt, nicht aber in **oberflächlicher Konsumentenschwärmerei** für einen **niedrigen Preisstand.** Am Schluß faßt er dann den „Konsumentenstandpunkt" in wenigen Sätzen zusammen. Entweder ist das Schippels Standpunkt nicht, und er sagt ja auch nirgends, daß es sein Standpunkt ist, oder aber, wenn es sein Standpunkt wäre, hätte er es klipp und klar sagen müssen und vorher nicht diesen Hohn und Spott ausschütten dürfen. Denn damit hätte er dann sich selbst verhöhnt. Körsten hat gestern gemeint, es ist nur ein außerordentliches Hindernis für unsre Agitation, wenn unsre Gegner uns vorwerfen, daß wir durch unsre Haltung zu den sozialpolitischen Gesetzen das Interesse der Arbeiterschaft schädigen. Nach meiner Meinung hat uns unsre ablehnende Haltung gegenüber den Gesetzentwürfen, die nicht einmal unsre minimalsten Forderungen entsprechen, noch niemals geschädigt. Wir haben, wenn unsre Gegner uns das vorhielten, Gelegenheit bekommen, die Massen aufzuklären und ihnen zu sagen: Seht mal, das haben wir gewollt. Aber dasselbe Bürgertum, das uns jetzt Vorwürfe macht, hat es verhindert, daß unsre weitergehenden Forderungen erfüllt sind. (Sehr richtig!) Aber etwas ganz andres ist es, wenn wir uns im Kampf mit unsern schlimmsten politischen Gegnern, den preußischen Junkern, befinden und dann auf einmal **einer uns**

Digitized by Google

Reichstagsabgeordneten kommt und uns Knüppel zwischen die Beine wirft. — Das schadet uns, das hemmt uns, das hindert uns, ja das raubt den Massen das Vertrauen zu uns. (Sehr richtig!) Deshalb müssen wir erklären, wer solchen Standpunkt einnimmt, wie Schippel, und diesen Standpunkt auch noch in Zukunft einzunehmen gewillt ist, **der muß auch die Konsequenzen der Resolution im Verein mit dem Amendement Freythaler ziehen.** Ich hoffe, daß die Resolution angenommen und daß Schippel dann die Konsequenzen ziehen wird. Tut er das nach der einen Richtung hin, indem er klipp und klar erklärt, was er heute hier nicht getan hat, daß er kein Agrarzöllner ist und dann auch dementsprechend handeln, reden und schreiben wird, so soll uns das freuen. Tut er es nicht, so sind wir davon befreit, daß einer aus unsren Reihen uns hemmt und schädigt. Schippel hat nicht bewiesen, daß wir ihm Unrecht tun, wenn wir ihm sagen, er habe den Schutzzöllnern Waffen geliefert. Er ist selbst der ärgste Schutzzöllner. Ja, er hat nachzuweisen gesucht, daß die Leute, die ihn anklagen, selbst auf einem ähnlichen Standpunkt stehen. Er hat nicht in klaren Worten, aber in seiner bekannten Zweideutigkeit nachgewiesen, daß er im innersten Herzen Schutzzöllner ist. Entweder er erklärt: ich bin es nicht, und handelt danach; oder aber, wenn er das nicht kann, hoffe ich, daß er selbst die Konsequenzen zieht.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Lipinski begründet und von v. Elm bekämpft, wird abgelehnt.

Bartels-Dortmund: Ich befürchte, daß wir zu keinem befriedigenden Abschluß mit dem Falle Schippel gelangen werden. Die Resolutionen bringen keine Klärung; die einzige, die sie gebracht hätte, die Katzensteinsche, hat leider nicht die nötige Unterstützung gefunden. Die Empörung der Genossen im Lande ist sehr groß. Mit der Haltung der „Arbeiterzeitung" in der Schippelangelegenheit hat sich eine Wahlkreis-Konferenz einstimmig einverstanden erklärt. Die in diesem Sinne zustande gekommene Resolution — „welche dem Parteivorstand zur Veröffentlichung zu den übrigen unsrer Anträge eingesandt wurde" — ist leider nicht in Druck gekommen. Beachten Sie nicht die Autorität Schippels. Er mag als Journalist Hunderten seiner Kollegen überlegen sein, **aber wir dürfen nicht die Spitzbubentaktik der Gegner befolgen und nur die kleinen Diebe hängen und die großen laufen lassen.** Das Parteiprogramm muß für jeden gelten, und das sagt unzweideutig: Wir sind gegen Agrarzölle und gegen indirekte Steuern. (Sehr richtig.) Mag Schippel erklären: ich bin Schutzzöllner, dann wissen wir, woran wir sind, oder mag er hier hintreten und sagen: ich habe einen großen Bock geschossen, ich widerrufe. (Zustimmung.)

Dr. Südekum: Wenn die Absicht bestand, so ausführlich auf den Fall Schippel einzugehen, hätte man erwarten sollen, daß das gesamte Material, vor allem die 47 Spalten, die Schippel in der „Volksstimme" veröffentlicht hat, den Delegierten vorgelegt worden wären. Eine ganze Reihe von Delegierten ist im Saal, die das Material sich nicht beschaffen konnte, es aber gern in Händen haben möchte. (Sehr richtig!) Nun wirft man Schippel nicht nur seinen Vortrag im 3. Berliner Wahlkreise vor, man hält ihm seine Vorstrafen sozusagen vor und erzählt, wie oft er der Partei Unbequemlichkeiten und Verlegenheiten
l ettet hat. Haben die Genossen recht — ich urteile darüber nicht und bestreite
l halb auch nicht, daß die Genossen recht haben — dann liegt der Fall doch so:
(hippel ist ein psychologisches Rätsel, und die Partei soll es
l n. Es gibt aber bekanntlich noch mehr psychologische Rätsel
i unsern Reihen, die ungelöst sind. Was man zur Lösung vorschlägt,
(heint durchaus ungeeignet dazu. Das Amendement Freythaler zur Resolution
! el ist nichts anders, als der Ausschluß Schippels aus der Partei (Widerspruch
; thalers), wofür der Parteitag aber die Verantwortung nicht übernehmen.

Digitized by Google

sondern sie auf Schippel abwälzen soll. Bartel verlangt, man solle Schippel behandeln wie jeden andern. Dieser Meinung bin ich auch. Nun aber enthält das Organisationsstatut ganz genaue Vorschriften für den Ausschluß. Es muß eine ehrlose Handlung oder eine Schädigung der Partei nachgewiesen sein. Die Genossen, die für das Amendement sind, glauben zweifellos, daß Schippel die Partei geschädigt hat. Dann steht ihnen ja der Weg offen, den Ausschlußantrag zu stellen und ein Schiedsgericht gegen Schippel zu beantragen. (Lebh. Widerspruch; Rufe: Der Parteitag ist souverän!) Gewiß, er kann die ganze Parteiverfassung umstoßen und durch eine neue ersetzen, aber wenn Sie auf einem Parteitage einen Genossen ausschließen, so entziehen Sie ihm direkt die Wohltaten, die das Parteistatut vorsieht; Sie stellen ihn sofort vor die letzte Instanz, statt vor die erste. (Sehr richtig!) Jeder Genosse hat auf drei Instanzen Anspruch, zuerst ein Schiedsgericht, dann die Kontroleure, dann der Parteitag. Vor dem Schiedsgericht ist eine viel größere Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Sache nach allen Seiten erwogen, das ganze Material durchgearbeitet und ein gerechtes Urteil gefunden wird. Durch die Annahme der Resolution aber die Verantwortlichkeit Schippel aufzubürden, ist ein Verfahren, das ich nicht billigen kann. Ich kann darin nur eine solche Zweideutigkeit sehen, wie sie an Schippel getadelt wird. Freythaler meint, ich hätte sein Amendement nicht ordentlich gelesen. Es steht allerdings nicht darin, daß Schippel ausgeschlossen wird, aber es wird ihm überlassen, die Konsequenzen zu ziehen, und sieht es doch als beste Lösung an: Schippel legt sein Mandat nieder und verläßt die Partei. Gönnen Sie Schippel für seinen letzten Gang die Rechtswohltaten, die jedem zustehen. Nehmen Sie weder die Resolution Bebel, noch das Amendement Freythaler an, sondern gehen Sie den Weg, den Ihnen Arons empfohlen hat, stimmen Sie für die Resolution Paeplow.

Schöpflin: Schippel hat in Chemnitz selbst erklärt, daß er von der Fraktion aufgefordert wurde — und das ist doch gedrängt —, seine Stellung zu präzisieren. In Chemnitz wurde er dazu aufgefordert in der Landeskonferenz. Er hat es aber abgelehnt und hat Wert auf die Feststellung gelegt, daß er nicht provoziert habe. Zweifellos wahr ist, daß er nicht die Absicht hatte, das Referat im dritten Berliner Wahlkreise zu halten. Aber wenn er dort nicht gesprochen hätte, würde er bei einer andern Gelegenheit dieselbe Rede gehalten haben, das Resultat wäre dasselbe. Im ganzen Erzgebirge hat Schippels Verhalten schlimm gewirkt. In der Zeit der Protestkundgebungen gegen den Zolltarif war gerade im Chemnitzer Bezirk die Proteststimmung eine leidenschaftliche und nachhaltige, wie ich aus eigner Erfahrung weiß. Jetzt aber können dort zollpolitische Ansichten, wie die Schippels, ohne besondren Widerspruch vorgetragen, ja propagiert werden. Der Chemnitzer Delegierte Langer hat erklärt, Schippel hat recht, wer Handelsverträge will, muß auch Zölle wollen, und andre Parteigenossen haben dort erklärt, wir stehen noch immer auf Schippels Standpunkt. Das kann im sächsischen Manchester widerspruchslos gesagt werden, ohne daß die Arbeiter Protest erheben! Und darin, daß diese Meinung ruhig hingenommen wurde, sehe ich die Gefahr, daß Schippel die Partei aufs schwerste desorganisiert. v. Elm meint, die Vergangenheit Schippels könne nicht die Grundlage des heutigen Verfahrens bilden. Im Gegenteil, die Vergangenheit Schippels beweist ja gerade, daß er unzuverlässig ist, daß er nicht zu dem steht, was er sagt. Immer und immer wieder ist in den „Monatsheften“ und in der „Neuen Zeit“ von Schippel mit der ihm eignen Gemütlichkeit erklärt worden: Aber, Genossen, die Sache ist ja gar nicht so arg! Südekum meinte, das richtigste wäre gewesen, wenn Schippels Artikel den Delegierten zugänglich gemacht worden wären. Aber warum hat Schippel nicht selbst darauf gedrungen? Die Artikel waren ja schon in Form einer Broschüre gesetzt. Auch in Chemnitz hat man meines Wissens erwogen, die Artikel als Broschüre zu veröffentlichen. Ich

Digitized by Google

meine, wenn jeder Delegierte diese Artikel gelesen hätte, würde die Stimmung gegen Schippel noch ungünstiger gewesen sein, als sie ist. Ich halte mich nicht für berufen, in solchen Streitfragen eine führende Rolle zu spielen; aber als ich die 47 Spalten gelesen hatte, empfand ich die Pflicht, hinauszugehen und zu sagen, wie die Dinge stehen. Schippel ist mir stets freundlich und liebenswürdig entgegengekommen. Persönlich war mir die Sache sehr unangenehm, denn ich huldige auch etwas der vielleicht altväterlichen Anschauung vor den Alten großen Respekt zu haben. Schippel war schon zu einer Zeit für das Proletariat tätig, wo ich noch die Schulbank drückte, aber trotz aller persönlichen Liebenswürdigkeit Schippels, trotz aller seiner Verdienste um die Partei können wir diese Dinge nicht weiter dulden, sonst erhalten wir die schwersten Nackenschläge und andre könnten sich auf Schippel berufen. Die Resolution sagt auch einigen andren Genossen, daß wir endlich einmal Ruhe haben wollen. Stimmen Sie der Resolution Bebel mit dem Amendement Freythaler zu. (Beifall.)

Vorsitzender Ebert teilt mit, daß beantragt ist, in dem letzten Absatz der Bebelschen Resolution in der 3. Zeile von oben die Worte: „und Parteigenossen" zu streichen.

Bebel erklärt, selber die Absicht gehabt zu haben, diese Streichung vorzunehmen, und nimmt die vorgeschlagene Aenderung in der Resolution auf.

Katzenstein: Sie können mir glauben, daß ich mich zu meinem Antrage nicht leichten Herzens entschlossen habe. Die Resolution Bebel enthält eine Reihe der schärfsten Mißbilligungen, die wie Peitschenhiebe knallen, aber sie zieht doch keinerlei Konsequenzen aus diesem Vorwurf, und das Amendement Freythaler winkt zwar mit dem Zaunpfahl, aber irgend eine Konsequenz wird auch darin nicht gezogen. Sehr verletzt hat es mich, wenn Genossin Zietz von Schippel verlangt, er soll klipp und klar sagen: ich habe mich gebessert und bin kein Schutzzöllner. Das kann Schippel nicht sagen. Er hat seine Ansichten sich Jahre hindurch erarbeitet, und da dürfen Sie ihm jetzt nicht die Pistole auf die Brust setzen und sagen: Denke so oder so. Ich sage vielmehr: Du denkst so, darum ziehe die Konsequenzen. In diesem Sinne war mein Antrag gestellt. Das Bureau glaubte, er sei nicht genügend unterstützt; mehrere Genossen waren andrer Meinung. Ich halte die Stellung Schippels in der Tat für politisch und moralisch unhaltbar, solange er Abgeordneter ist; politisch unhaltbar zweifellos, denn man hat ihn von der gegnerischen Seite vielfach zitiert, und er hat stillschweigen müssen; moralisch unhaltbar, da er in seiner Vertrauensstellung mit seinem Namen alle Aktionen der Partei decken muß, wenn er auch innerlich nicht mit ihnen übereinstimmt. Ich verstehe nicht, warum er sich aus dieser Situation nicht längst herausgezogen hat, indem er sagte: ich bin Parteigenosse, ich will weiter wissenschaftlich für die Partei arbeiten, aber ich kann nicht die Partei nach außen hin vertreten. Südekum hat durchaus recht, der Parteitag hat nicht das Recht, jemand auszuschließen, wenn kein Schiedsgericht vorausgegangen ist. Aber es handelt sich gar nicht um den Ausschluß, wenigstens verlangt ihn keine der Resolutionen. Es ist bei diesen moralischen Verurteilungen auch von einer Beleidigung der Partei durch Schippel die Rede gewesen. Mein demokratisches Herz wird verletzt, wenn da ein neuer § 95 für Majestätsbeleidigungen der Partei eingeführt wird. Mein Antrag sollte durchaus eine Aberkennung der Ehrenrechte bedeuten. Wenn aber in einem parlamentarischen Staate das Ministerium mit der Mehrheit des Parlaments nicht übereinstimmt, tritt es zurück. Und wenn ein Parteigenosse sich in den Grundanschauungen mit der großen Mehrheit der Parteigenossen nicht deckt, kann er nicht mehr politischer Führer sein. (Sehr richtig!)

Digitized by Google

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Beckmann dafür, Frau Zetkin dagegen gesprochen, mit großer Mehrheit angenommen. Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden, daß Schippel in seiner Sache das Schlußwort erhält.

Schippel: Ich will kurz einige Tatsachen richtigstellen und auf einige Wünsche und Forderungen zurückkommen, obwohl ich meinen sollte, daß das, was ich früher geschrieben und gesagt habe, auch recht anspruchsvollen Genossen genügen könnte. Zuerst einmal eine kleine Nebensache, die aber doch unter Umständen eine recht persönliche Gehässigkeit sein kann. Es ist von Bebel gesagt, ich hätte seiner Zeit beim parlamentarischen Handbuch bei der Behandlung der Militärfrage eine Stelle aus dem freisinnigen „Abc-Buch" herausgenommen. Ich habe mit Richard Fischer darüber gesprochen, er hat mich ausdrücklich ermächtigt, zu erklären, daß nach seiner Ansicht diese Stelle nicht etwa gegen den Parteistandpunkt gewesen wäre. Ich glaube, auch Bebel wird sich daran erinnern. Damit kann wohl die Sache für die Oeffentlichkeit erledigt sein. Wenn wir das im kleinen Kreise besprochen hätten, hätte sich die Sache auf die einfachste Weise erledigt.

Dann weiter noch: Daß, wie es hier von einer Reihe von Rednern geschehen ist, so leicht Behauptungen aufgestellt werden, die sich einfach schwarz auf weiß durch meine Erklärungen mit Nennung des Datums widerlegen lassen, hätte ich allerdings selbst nach den Erfahrungen der letzten Wochen kaum für möglich gehalten. Den Gipfel hat ja Genosse Cunow erreicht. Er ist als Vertreter der „Vorwärts"-Redaktion hier, gebraucht also gewissermaßen ein Vorrecht; aber Privilegien legen doch auch Pflichten auf, und da hätte ich in allererster Linie erwartet, daß er, bevor er hier auftrat, wenigstens erst im „Vorwärts" seine Behauptungen nachprüfte. Aber da kommt er mit Darlegungen, die vollständig den Tatsachen und der Wahrheit ins Gesicht schlagen. Erst behauptet er, ich hätte nicht sofort eine Erklärung abgegeben. Ich habe am Tage, wo der Versammlungsbericht erschienen, noch abends in der Fraktion meine Erklärung formuliert, am nächsten Tage früh stand sie im „Vorwärts". Das weiß Cunow nicht. Er behauptet, alles wäre anders gekommen, wenn Schippel erklärt hätte — (Zuruf Cunows: Ich habe behauptet, diese Erklärung enthielt nicht Ihren Standpunkt!) Warten Sie nur ruhig ab! Was habe ich also erklärt? „Ich habe, um einer Legendenbildung vorzubeugen, bereits im Reichstage den Versammlungsbericht im „Vorwärts" als irreführend bezeichnet, was übrigens nicht den geringsten Vorwurf gegen den Berichterstatter einschließen soll. Der Bericht erweckt besonders dadurch ein ganz falsches Bild, daß Anschauungen, die ich als die heute in den parlamentarischen Mehrheiten maßgebenden schilderte, als meine Auffassungen erscheinen. Nach wie vor vertrete ich die bei dem Zollkampf und im Wahlkampf von der Partei und mir betätigten Anschauungen." Diese Erklärung wurde von mir am Abend aus freier Initiative der Fraktion vorgelegt und stand am nächsten Tage im „Vorwärts". Der „Vorwärts"-Redakteur brauchte davon nichts zu wissen. Er braucht auch von folgender Erklärung als „Vorwärts"-Redakteur nichts zu wissen, die am 2. Februar 1904 erschien: „Genosse Schippel schreibt uns: Ich möchte zum Frieden noch um ein letztes Wort bitten. Ich habe es, soweit möglich, stets abgelehnt, Zeitungsreferate üb meine Aeußerungen richtig zu stellen, weil darin meist eine, wenn auch ga unbeabsichtigte Kränkung des Berichterstatters liegt, der so wie so eine d undankbarsten Positionen in unserm Zeitungswesen einnimmt. Da oft ei bloße ungewollte Nüanzierung von Worten hinreicht, einen Gedanken wesentl zu verändern, so habe ich dem Genossen Reinke gegenüber jeden Vorwurf a drücklich bestritten. Meines Erachtens wäre an seinem Berichte nicht viel m auszusetzen gewesen, als das bei jedem Referate unvermeidlich ist, wenn

Digitized by Google

zwei Tatsachen mehr hätte hervortreten lassen. Erstens gewinnt der „Vorwärts"-Bericht durch seine ganze Appretur den Anschein des beabsichtigt Sensationellen, während bisher über theoretische Vorträge in kleinen geschlossenen Mitgliederversammlungen kaum ein Wort gesagt wurde. Ich betone deshalb nochmals, was ich bereits in der Versammlung gleichfalls betonte, daß ich für Dienstag nur als Lückenbüßer für einen verhinderten Fraktionsgenossen einsprang, noch dazu mit der Erwartung, daß die Erledigung des vorangehenden geschäftlichen Teiles den Vereinsabend vollständig ausfüllen würde. Zweitens läßt der Bericht meine breit ausgeführten Eingangsworte zu sehr zurückstehen. Diese gingen etwa dahin: „Man kann Zollfragen einfach kritisch, gemessen an unsern Partei-Anschauungen behandeln. Damit will ich Sie heute nicht weiter aufhalten. Darüber sind wir alle einig und als organisierte Parteigenossen alle aufgeklärt. Man muß aber auch die treibenden ökonomischen Kräfte, die Denkweise, die Stärke der wirtschaftspolitischen Strömungen bei unsern Gegnern studieren, denn sonst kommt man zu einer ganz falschen Schätzung ihrer Widerstandskraft und zu einer falschen Bewertung der Lockerheit des Bündnisses zwischen Industriellen und Agrariern. Darauf möchte ich heute abend Ihre Aufmerksamkeit lenken, und ich bitte Sie, das nicht aus dem Auge zu verlieren." Wäre das im Bericht, vielleicht durch reichliche Sperrung und fetten Druck unterstützt, derart herausgearbeitet, daß dieser Vorbehalt als deutliche Umrahmung und Einschränkung des Ganzen gewirkt hätte, so konnte wohl jede Unannehmlichkeit verhindert werden. Statt dessen verschwindet die Vorbemerkung im „Vorwärts" so gut wie ganz, und die Sperrungen werden Aeußerungen zu teil, die nur unter diesem ausdrücklichen Vorbehalt gelten. Der Redner begann — heißt es im Berichte, allerdings unentschieden und vielleicht auch mißverständlich — mit der Bemerkung, er wolle die handelspolitischen Strömungen besprechen, mit denen wir zu rechnen haben, ohne daß er sie von unserm parteipolitischen Standpunkte kritisieren wolle. Hier ist die sedes materiae, und 3 oder 4 Zeilen hätten den ganzen Zwischenfall erledigen können." Also wiederum am nächsten Tage gab ich diese Erklärung ab. Heute aber kommt der „Vorwärts"-Redakteur hergefahren und hält mir Vorlesungen, ich hätte alles weitere durch eine Richtigstellung beseitigen können, ich hätte aber keine Erklärung abgegeben, das könne er als „Vorwärts"-Redakteur beschwören.

Nun lassen Sie mich zu einem andern Fall übergehen, wie hier Behauptungen aufgestellt werden, nicht einfache Behauptungen — man sagt ja so manches in einer Rede —, sondern Anklagepunkte ohne einen Funken von Gewissenhaftigkeit. Da kommt Schöpflin, der war selber dabei auf der Landeskonferenz. Ein fester, aufrechter Mann hätte ja so viel Mut gehabt und hätte auf der Landeskonferenz selbst gesagt: Das und das gefällt mir nicht bei Schippel. Aber nein! In der Fraktion hob man dann den Finger in die Höhe, wie in der Schule und erklärte: Schippel hat auf der Landeskonferenz die Fraktion brüskiert! Ich habe daraufhin schon in der Fraktion dargelegt, daß es einfach unwahr sei: ich hätte damals angekündigt, ich würde der Fraktionsaufforderung nicht nachkommen. Ich habe mich nur, da 3 oder 4 Wochen nach der Fraktionsaufforderung mir bereits wieder ein Kollege öffentlich Vorhalte machen wollte, dem Sinne nach erwidert:

› nimmt man die Berechtigung zu solchen Anzapfungen her, da in so kurzer eit die Fertigstellung einer Broschüre oder einer eingehenderen Darstellung r nicht möglich war und da mir zudem das Recht zusteht, zu überlegen, ob e Angelegenheit nicht besser in andrer Weise, etwa vor dem Parteitag, erledigt ürde? Die Rechtfertigungsbroschüre Mehrings war doch auch nicht in 8 bis Wochen fertig und niemand beklagte sich darüber und hatte das Recht dazu. › habe jedoch auf der sächsischen Landeskonferenz sofort hinzugefügt, habe das ter auch in der Fraktion nochmals festgestellt, in Anwesenheit Schöpflins,

Digitized by Google

und wundere mich um so mehr, daß er heute wieder nichts davon weiß: ich werde tatsächlich der Fraktionsaufforderung nachkommen. Ich habe mir glücklicherweise, bevor ich hierher kam, die Zeitungsberichte über die Landeskonferenz nochmals durchgesehen. Da heißt es über meine Rede:

„Voss. Ztg." vom 7. April 1904 Nr. 162: „Die Fraktion hat mich aufgefordert, mich einmal ganz klar auszusprechen." Das ist nicht so leicht, aber ich werde es versuchen. Ich kann bei dem nächsten Parteitage verlangen, daß der Fraktionsbeschluß aufgehoben wird. Ob ich es tun werde, weiß ich zur Stunde nicht bestimmt. Ich glaube aber, ich werde es versuchen, zunächst in Schriften oder in der Presse die Sache klarzumachen.

„Leipziger Volkszeitung" vom 7. April 1904 Nr. 79: „Die Fraktion hat mich aufgefordert, mich über die Zollfrage einmal gründlich auszusprechen. Das ist nicht leicht. (Zwischenruf.) Denn ich habe mich schon oft darüber ausgesprochen, und klarer als früher könnte ich es kaum tun, aber ich will es doch versuchen."

„Vorwärts" vom 8. April 1904 Nr. 82 wörtlich dasselbe.

„Chemnitzer Volksstimme" vom 7. April 1904 Nr. 79 wörtlich dasselbe.

Nun komme ich zu meinem Freunde Antrick, der wohl heute als mein präsumtiver Erbe hier gesprochen hat. Ich will Ihnen ganz offen mein Verhältnis zu Antrick darlegen. Antrick hat nie ein Wort der scharfen Kritik über mein Buch geäußert, er hat wohl dies und jenes darin bezweifelt, aber daß er davon gesprochen hätte, mit einem solchen Buche stehe man außerhalb der Partei — niemals! Ich weiß auch nicht, daß er mir im Reichstage jemals Vorhaltungen gemacht hat über mein Verhalten im Zollkampf. (Zwischenruf Antricks: Das ist stark!) Ich habe mit ihm wie vorher weiter verkehrt, besonders eng befreundet waren wir nie. Ich habe ihn im großen ganzen nur auf den Parteitagen gesehen. Er hat gesagt, er hätte mein Buch gelesen; ich weiß es nicht. Er hat gesagt, er hätte viel daraus gelernt; ich weiß auch das nicht. (Heiterkeit.) Zur Wahlzeit hat Antrick noch bei der Stichwahl in freundschaftlichster Weise mit mir verkehrt. Ich habe nie eine Feindschaft seinerseits bemerkt. Wie kann er nun hierher kommen und die Dinge so darstellen, als hätte er sich schon seit Jahren langsam zurückziehen müssen. Sein Gewissen habe ihm das geboten — ich verstehe das nicht (Antrick: Hannover!) — es mag sein, daß Antrick in Hannover in der Milizfrage einmal seine abweichende Anschauung zum Ausdruck gebracht hat (Zuruf: Handelspolitik) — meine Handelspolitik war damals noch gar nicht erschienen, sie erschien erst zwei Jahre später! Also, daß er in der Frage, um die es sich hier handelt, der Handelspolitik, mir jemals Vorstellungen gemacht hat, davon weiß ich nichts, und ich müßte es doch wissen.

Nun sind die Aeußerungen von Enders angezogen — wenige von Ihnen kennen ja den Genossen Enders. Er legt großen Wert darauf, und das ist sehr hübsch von ihm, seine Redaktion absolut selbständig zu führen. Seit Jahr und Tag habe ich mich nie auch nur mit einer Zeile oder einem Worte in seine Redaktionsführung eingemischt. Er hat zudem ausdrücklich gesagt, er wisse zwar nicht, wie Schippel denkt, aber er denke sich das so und so. Ich habe nie intim mit ihm über Zollfragen gesprochen. Er hat manches in der Zo frage geschrieben, wofür ich mit Unrecht verantwortlich gemacht wurde. Ich ac seinen Sonderstandpunkt, ich kann dafür aber nicht verantwortlich gemacht werd

Dann ist mir vorgeworfen worden: ich treibe eine Moral mit do peltem Boden, weil ich von dem Rechte gesprochen habe, in kleiner Kreise mitunter etwas zu sagen, wovon ich in der großen Oeffentlichkeit abse Ja, macht das nicht jeder von uns zuweilen so? (Rufe: Nein!) Würden es für unzulässig halten, in kleinerem Kreise — sagen wir in der Fraktion

Digitized by Google

einen Minderheitsstandpunkt zu vertreten, und wäre es richtig, diese Meinungsabweichung — ich betone nochmals: eine durchaus innerhalb des Parteiprogramms und des Parteirahmens bleibende Meinungsabweichung — an die große Oeffentlichkeit zu zerren und zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen, vor den Augen der Gegner, zu machen? Das erstere halte ich für zulässig und das letztere wollte ich vermieden sehen. Ist das Moral mit doppeltem Boden? Ich vertrete den Standpunkt, daß man in handelspolitischen Fragen vieles anders beurteilen kann als die heutige Parteimehrheit; ich beanspruche auch das Recht, in kleinerem Kreise Abweichungen geltend zu machen; ich wünsche aber nicht, daß solche Abweichungen durch unzeitiges Lärmschlagen von den Gegnern gegen die Partei ausgespielt werden können. Ich selber darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich das zu vermeiden gesucht habe. Ich habe im Fraktionsvorstand immer und immer wieder betont, daß erst nach Abschluß der Handelsverträge die Zeit wieder da wäre zu breiteren Diskussionen über die strittigen Punkte. Hat das Anschneiden der Fragen also die Partei geschädigt, meine Absicht war es nicht; ich habe vielmehr alles getan, jeden Streit zu verhüten. Parteigenossen aber soll man nach der Absicht beurteilen. Gegnern gegenüber soll man gewiß jede schwache Stelle ausnutzen, aber wenn man das Parteigenossen gegenüber tut, dann kommt es dahin, daß jede kleine Meinungsverschiedenheit immer in große Differenzen ausartet, und das Parteileben würde darunter leiden. Also, Moral mit doppeltem Boden habe ich nicht getrieben und ist nie meine Absicht gewesen.

Und, Genossen, messen Sie doch auch nicht so sehr mit doppeltem Maß. Man hat mir immer Verhöhnung der Partei vorgeworfen, aber der einzige Beweis, den man angeführt hat, war meine Aeußerung: Wenn man sich entrüstet, ist man immer ein guter Parteigenosse! Ob das in jenem Zusammenhang ein so großes Vergehen war, will ich dahingestellt sein lassen. Aber wie halten Sie es denn bei andern? Antrick hat vorhin die „Freisinnige Zeitung" zitiert. Das imponiert mir in keiner Weise. Die „Freisinnige Zeitung" zitiert auch Kautsky und Bernstein gegen die Partei, und sie hat seinerzeit ganz besonders zitiert die Artikel der „Leipziger Volkszeitung" gegen die Entscheidung der Parteischiedsgerichte, namentlich den Leitartikel über „Wanzentaktik" und den mit „dt." gezeichneten Artikel über die Prinzipienverräterei der bürgerlichen Parteiführer, der von jedem als Verhöhnung, als Ironisierung unsrer Partei aufgefaßt ist und nicht etwa bloß einzelner Genossen, sondern der Partei-Instanzen. Wer hat damals seine Stimme dagegen erhoben? Ich glaube, was da in jenem Artikel gestanden hat von Wanzentaktik und dergleichen, das geht mehrere Tausend Prozent über das hinaus, was ich geschrieben.

Daß ich jetzt eine handelspolitische Debatte eröffne, werden Sie nicht mehr erwarten. Aber das werden Sie erwarten — das ist ja von vielen gewünscht worden —, daß ich klipp und klar mich über meine Stellung äußere. Genosse Dittwell und Genossin Zietz haben gefordert, ich solle doch einmal kategorisch erklären, ich sei kein Schutzzöllner. Wie kommt man dazu, eine solche Erklärung von mir zu verlangen? Schutzzöllner haben wir immer unter uns gehabt. Auf dem Stuttgarter Parteitage ist es als durchaus berechtigt anerkannt, daß man in gewissen Fällen in den internationalen Verkehr regulierend und hemmend eingreifen darf. Das nennt man eben Schutzzoll. Auch Kautsky ist nur nach „Lage der Dinge", nicht prinzipiell Gegner von Schutzzöllen. Uebrigens, seine etwaigen sozialistischen Grundsätze hören bei Edenbach auf. Auf dem österreichischen Parteitag hat er sogar Resolutionen mit beschließen helfen, in denen steht: Prinzipiell können wir Industrieschutzzölle nicht verwerfen. Dann kann man aber doch nicht verlangen, daß ich sagen soll, ob ich prinzipiell Schutzzölle verwerfe, und erklären, daß wir, wenn

Digitized by Google

ich das nicht sage, getrennte Leute sind. Genossin Zietz, als ich in Stuttgart mein Referat hielt, war es mir eine ganz besondere Freude, daß ich von mehreren Seiten darin Zustimmung fand, daß unter Umständen doch ein Schutzzoll zulässig sein könne. Ein Redner, der sich im allgemeinen auf den Freihandelsstandpunkt stellte, schloß mit den Worten: „Ich ersuche Sie also, der Kautskyschen Resolution zuzustimmen, aber einen Passus einzuschieben, der unsre Abgeordneten ermächtigt, gegebenenfalles unbeschadet unsrer prinzipiellen Stellung auch für Schutzzölle zu stimmen", und dieser Redner war die Genossin Zietz. (Große Heiterkeit.) Ja, so geht es. (Frau Zietz: Aber nicht für die Agrarzölle.) Sie haben vorher von Schutzzöllen gesprochen!

Meine Stellung ist im Grunde genommen doch sehr einfach. Ich habe in meiner geschichtlichen Darstellung — dazu bin ich als Wissenschaftler einfach verpflichtet — angesichts des kolossalen Umschwunges in der Handelspolitik auf dem europäischen Kontinent die Frage gestellt: Wie kommt es, daß die ganze bürgerliche Politik, die früher gegen die Agrarzölle war, seit Ende der 70er Jahre überall sich so sehr gewandelt hat, in allen Ländern? Ich habe gemeint, das müsse tiefe Ursachen haben, und die habe ich geschildert und daraus geschlossen, daß, solange diese neuen Verhältnisse bestehen, die bürgerliche Politik aus verschiedenen Gründen an den Agrarzöllen festhalten wird. Und solange wird meines Erachtens auch die Industrie daran festhalten aus Ursachen, denen ich näher nachzugehen versucht habe, und die ich gern in die Formel zusammenfasse: Die heimische Landwirtschaft bedeutet für das Absatzreich der Industrie ganze Provinzen, und Provinzen läßt man, so wenig wie Gliedmaßen, nicht so leicht amputieren.

Diese meine Analyse der bürgerlichen Handelspolitik seit beinahe einem Vierteljahrhundert mag richtig oder falsch sein. Aber es steht nur, vom meinem, vom sozialdemokratischen Standpunkte aus gar nichts im Wege, diese Politik arbeiterschädlich und darum für uns verwerflich zu finden. Das habe ich in der Tat auch stets gesagt. Aber man ist noch immer nicht zufrieden. Kautsky äußerte heute erst wieder: ich hätte keinen Grund angegeben, sondern nur gesagt, ich bin Gegner der Agrarzölle. Ich habe jedoch z. B. in der „Chemnitzer Volksstimme" wörtlich geschrieben: „Als einen, für ihn bedeutsamen Grund führt Kautsky an, daß die Zollhilfe aufgebracht wird in Form einer Kopfsteuer, die alle, ob reich oder arm, gleich belastet, ja, Arme mehr als Reiche". Na also: Warum soll ich allein nicht in der Lage sein, zwar die Not und Hilfsbedürftigkeit der Landwirtschaft, wie Kautsky anzuerkennen und die Wirkung der Zölle rein tatsächlich ähnlich wie Zolla, zu beurteilen; aber dennoch Arm in Arm mit Kautsky und Zolla die spezifische Form der heutigen Staatshilfe, nämlich die Hilfe durch Agrarzölle, entschieden abzulehnen, deshalb abzulehnen, weil die Mittel zur Abhilfe nach einem am meisten für die Arbeiter durchaus ungerechten Modus aufgebracht werden. Sogar bei der Arbeiterversicherung, bei gesetzgeberischen Anläufen zu durchaus berechtigten proletarischen Zielen (Gegenwartszielen) haben wir Sozialdemokraten oft genug die Negation hervorgekehrt, weil uns die Art der Aufbringung der Mittel nicht gefiel. Dann, denke ich, wird es als durchaus konsequent angesehen werden müssen, wenn ich aus dem gleichen Gesichtspunkt, der Agrarkrisis in andrer Weise begegnet sehe möchte wie seitens der Agrarzöllner. Ich habe darum und aus naheliegenden allgemeinen politischen Gründen am Schluß meiner Handelspolitik geschrieben, und würde heute höchstens die Stelle über den Brotwucher in klarer Weise fassen: Wie sollten die arbeitenden Massen der Städte in den Brotzöllen etwas andres sehen als Stockprügel auf den Magen, wie sollten sie an de Schicksal ihrer schlimmsten politischen Peiniger und Feinde, die überall an der Spitze der Agrarbewegung stehen, das geringste Interesse nehme

Digitized by Google

Wir mögen uns über die Ursachen der Agrarkrisis streiten, soviel wir wollen, wir mögen die Höhe des landwirtschaftlichen Notstandes hoch oder niedrig einschätzen, wir mögen das Eintreten des industriellen Besitzes für Agrarzölle für selbstmörderisch-kurzsichtig oder für weitblickend und notwendig halten, das industrielle Proletariat wird die Brotzölle stets nicht nur als ungeeignetes Mittel der Hilfe, sondern als den gewissenlosesten Brotwucher der vereinten Volksfeinde verwerfen. Hier löschen alle nicht nur denkbaren, sondern auch wirklich bemerkbaren Unterschiede in der mehr theoretischen allgemeinen Auffassung der handelspolitischen Grundfragen aus vor den drängenden konkreten Entscheidungen der nächsten Gegenwart, und mehr bedarf eine politische Partei zu ihrer Tätigkeit nicht."

Da habe ich also auch die Gründe hervorgehoben, aus denen ich von dem Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu einer ablehnenden Haltung komme. Aber trotzdem ich das wieder und wieder zitiert habe, heißt es immer wieder: Wenn wir nur wüßten, ob Schippel überhaupt gegen die Agrarzölle ist. Ich bin sogar so weit gegangen, zu erklären, nur ein vollendeter Knabe kann mir unterstellen wollen, daß ich jemals für Agrarzölle eingetreten wäre; das sei mir nimmer im Traum eingefallen. Nun, ich erkläre dies auch hier an dieser Stelle nochmals. Wenn Sie noch mehr wissen wollen, stellen Sie bestimmte Fragen! Aber wenn ich das erkläre, bitte ich, daß Sie diese Erklärung auch ernst nehmen.

Endlich, Parteigenossen, noch ein Wort über die mir abermals vorgeworfene Zurückhaltung beim Zollkampf im Reichstag. Eine solche Zurückhaltung ergibt sich meines Erachtens von selber, wenn man zwar die allgemeine Ablehnung eines Gesetzes billigt, aber doch nicht alle Einzelgründe der Opposition. Bei jeder parlamentarischen Diskussion spielen eben die Einzelgründe die größte Rolle. Daß ich gegen meine Ueberzeugung hätte sprechen sollen, wird auch niemand verlangen. In ähnlicher Lage hat sich wohl schon jeder im Reichstage befunden, und eine gewisse Zurückhaltung ist alsdann einfach nur anständig. Aber eines wollen Sie noch berücksichtigen. Manches hätte doch wohl anders sein können, die Zurückhaltung habe ich mir selber anfangs durchaus nicht so weitgehend gedacht. So war z. B. die vielzitierte Schlußstelle meiner „Handelspolitik" eigens mit dazu geschrieben, um etwaigen Gegnern, die sich auf mich berufen würden, entgegentreten zu können; sie ist ja förmlich dazu formuliert, den Gegnern entgegengehalten zu werden. Aber Voraussetzung war dabei, daß nicht Parteigenossen da sind, die längst vor den Gegnern erklärt haben, daß sie die Stelle nicht ernst nehmen. Dadurch haben Sie mir diese letzte Waffe selbst aus der Hand geschlagen. Wenn Sie das auf Schritt und Tritt jedem Genossen gegenüber tun wollten, werden Sie jeden in ähnlicher Lage zwingen, zu schweigen. Jeden Augenblick hätte man mir bei meinem rednerischen Eingreifen, und zwar mit Recht, erwidern können: Deine eigenen Parteiblätter, die „Neue Zeit", der „Vorwärts", haben ja selber betont, daß diese Aeußerungen und Stellen nicht ernst zu nehmen seien. Damit verbot sich dann zuletzt, wider meinen Willen, jedes Eingreifen.

Aber wer hat die Lage erst derart zugespitzt? Wer hat jede Stelle, die mißdeutet werden kann, auch mißdeutet? Wer hat auf diese Weise geradezu die Geschäfte der Gegner besorgt, viel eifriger wie die Gegner selber? Wer erst die Gegner mit der Nase auf alle Punkte gestoßen, die allenfalls — bei wagtester und meines Erachtens unzulässigster Interpretation — von den Gegnern gegen Parteigenossen ausgenutzt werden können?

Ich habe nie behauptet, daß alles, was ich getan, geschrieben und gesagt habe, richtig gewesen sei. Mir geht es wie jedem Schriftsteller und Redner, daß man hinterher manches anders gewünscht hätte. Aber Zweideutigkeit in der unbelegenden Haltung können Sie mir nicht, zum mindesten jetzt nicht mehr, vorwerfen. Die Erklärung, ich sei Gegner der Agrarzölle, habe

Digitized by Google

ich in bestimmtester Weise und wiederholt abgegeben — sie zu hören, kann ich freilich niemanden zwingen. Sorgen Sie nun andererseits dafür, daß jene vergiftende Form des parteigenössischen Meinungskampfes aufhört, die alle Meinungsdifferenzen zu großen Gegensätzen aufbauscht und die die Aufmerksamkeit der Gegner erst geflissentlich weckt — dann, denke ich, werden wir immer noch ganz gut mit einander auskommen können. (Lebhafter Beifall.)

Das Schlußwort als Referent erhält

Lebedour: Ich bedaure, daß verschiedene Redner nicht das beherzigt haben, worauf ich in meinen Einleitungsworten ganz besonderes Gewicht legte. Ich sagte, daß unsre Aufforderung an Schippel, in klarer und unzweideutiger Weise Stellung zu nehmen in der Agrarzollfrage, nicht so zu verstehen sei, daß er die Erklärung abgibt: ich bin gegen Agrarzölle; auf eine solche Erklärung kam es uns nicht an, die lag ja unmittelbar vor (Sehr richtig!) und Schippel hat sie jetzt selber wieder verlesen. Was haben wir aber im Laufe der Debatte erlebt? Eine ganze Anzahl von Genossen hat mit großem Eifer immer wieder gefordert: Schippel muß hier auftreten und erklären, daß er gegen Agrarzölle ist. Eine solche Erklärung haben wir damals nicht von ihm verlangt, und jetzt hat sie um so weniger zu bedeuten; nicht eine Erklärung, wie sie Schippel jetzt mit großem Pathos abgegeben hat, wollten wir, sondern wir verlangten, von ihm zu hören, wie er die logische Verbindung herstellen wolle zwischen der Tatsache, daß er in seinen Schriften und Reden Gedankengänge entwickelt hat, die notwendigerweise zu dem Schluß führen müssen, daß Agrarzölle unvermeidlich seien und daß er dann diese Erklärung abgibt, die er jetzt hier wiederholt hat, nachzuweisen, wie das logisch vereinbar sei. Das war der Grundgedanke unsrer Aufforderung an Schippel. Jene 47 Spalten waren aber noch nicht die Antwort, die wir verlangten. Das war eine historische Auseinandersetzung über alles Mögliche, was dieser oder jener über Schutzzölle gesagt hat. Im Anschluß daran kam wieder die Aeußerung unvermittelt, die wir jetzt wiederholt gehört haben: „Uebrigens ist es mir auch nicht im Traum eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein."

Daß es Schippel nicht im Traume eingefallen ist, Agrarschutzzöllner zu sein, mag sein. Ich kann seine Träume nicht kontrollieren. Es handelt sich hier aber nicht um seine Träume, sondern darum, daß er in wachem Zustande mit sehenden Augen jahrelang darauf hingearbeitet hat, die Notwendigkeit von Agrarzöllen zu beweisen, wodurch eine Anzahl von Parteigenossen von dieser Notwendigkeit überzeugt worden ist. Der Genosse Enders ist Chefredakteur unsres Organs in der großen Industriestadt Chemnitz. Er ist ein Mann von Charakter, den ich deshalb hochschätze, wenn ich auch mit seinen Ansichten vielfach nicht übereinstimme. Dieser Mann steht seit Jahren mit Schippel in so enger politischer Verbindung wie vielleicht kein andrer Parteigenosse. Auch Enders war durch die Aeußerungen Schippels zu der Ueberzeugung gekommen, daß Schippel Agrarschutzzöllner sei. Jetzt sagt Schippel: „Enders, — ja, der, na ja, der kann das ja nicht beurteilen, der kennt meinen Standpunkt ja gar nicht." Ja, wenn Schippel das Unglück hat, daß ein solcher Mann nicht im stande ist, seinen Standpunkt klar zu erfassen, wenn Schippel gezwungen ist, diesen Mann in dieser Weise zu desavouieren, so können wir schon daraus Schlüsse ziehen — und wir könnten es, wenn wir nichts wüßten als die Tatsache, — daß dieser unglückliche Mann nicht in der Lage ist, eine Vertrauensstellung, wie die eines Abgeordneten unsrer Partei zu bekleiden, deren Inhaber volle Klarheit über seine Auffassung in wichtigen Fragen schaffen muß, die Kampfobjekt für unsre Partei bilden. Auch jetzt wieder hat Schippel über alles Mögliche gesprochen und sich gegen alle möglichen Genossen gewendet, die angeblich nicht verstanden haben. Selbst wenn das alles richtig wäre, was gegen Cunow, Kautsky usw. vorgebracht hat, so wäre das nebensächlich, weil

Digitized by Google

mit der Frage, die uns beschäftigt, nichts zu tun hat. Das alles ist bloß Zeitverschwendung. Bis zu diesem Zeitpunkt ist er uns die Antwort schuldig geblieben auf die Frage, die die Fraktion an ihn gestellt hat, auf die Frage: Wie erklären Sie diese für unser Denken unvereinbaren Tatsachen, daß Sie auf der einen Seite für Agrarschutzzölle schriftstellerisch arbeiten und sich dann hinstellen und sagen: „Im übrigen ist es mir nicht im Traum eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein?“ Darin, daß er diese Antwort noch nicht gegeben hat, liegt das, was ich als Verhöhnung der Fraktion bezeichnet habe. Nicht auf den Ton, den Schippel angeschlagen hat, kommt es mir an — das ist völlig Nebensache — sondern darauf, daß er nicht die Antwort gegeben hat, die wir verlangt haben, daß er in 47 Spalten diese Antwort nicht gegeben hat. Mit einer kurzen Erklärung können wir uns nicht begnügen, sondern müssen auch eine Entwicklung der Gründe verlangen. Wenn er die von uns verlangte Aufklärung nicht gegeben hat, so lag das daran, daß er sie *nicht geben konnte*, weil diese beiden Tatsachen eben unvereinbar sind. Schippel hat die Schlußsätze seines Buches verlesen, um zu beweisen, daß er nicht Agrarschutzzöllner sei. Er hat dabei aber die einleitenden Worte weggelassen, die zeigen, daß diese Sätze nicht seinen auf wissenschaftlicher Ueberzeugung gegründeten Standpunkt ausdrücken, sondern allerhöchstens seinen Opportunitätsstandpunkt: Weil eben die Arbeiter die Geschichte nicht begreifen können, deshalb mache ich die Antiagrarierei mit. Die einleitenden Worte hat Schippel weggelassen, und das kann gar nicht auf einem Versehen beruhen. Denn Kautsky hat ihn auf diese Unterlassungssünde schon bei einer früheren Gelegenheit aufmerksam gemacht. Mit der Ausrede, daß er es nicht gelesen habe, wird er wohl nicht mehr kommen. Er hat uns ja heute die abgelegtesten Zitate vorgelesen, die er alle gelesen hätte. Diese Einleitung lautet: „Erst seit den Agrarzöllen ist der reine Konsumentenstandpunkt wieder zum Siege gelangt. (Bei den Arbeitern, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht.) Wie sollten auch die Lohnarbeiter der Städte in Brotzöllen etwas andres sehen als Stockprügel auf den Magen“ usw. Wenn die Worte einen Sinn haben, dann kann das im ganzen Zusammenhang nur folgendes bedeuten: Früher verhielten sich die Arbeiter verhältnismäßig indifferent gegen Zölle. Erst seit die Agrarzölle die Oberhand gewonnen haben, ist der reine Konsumentenstandpunkt bei den Arbeitern zum Durchbruch gekommen. Und weshalb? Weil die Arbeiter nicht die nötige Objektivität haben, um die Notwendigkeit der Agrarzölle begreifen zu können. (Sehr richtig!) Das ist der Sinn. Schippel verhöhnt eben diesen Konsumentenstandpunkt. Dieser Konsumentenstandpunkt steht für ihn noch unter dem Standpunkt des Freihandels-Hausierburschen. Schon in dem Gegensatz, den er zwischen Konsumenten- und Produzentenstandpunkt konstruiert, liegt es, daß er den Konsumentenstandpunkt nicht billigt. Dieser Gegensatz existiert nach meiner Auffassung für die Partei gar nicht, sowie man nur den Produktionsprozeß in seiner Totalität ins Auge faßt. Für uns handelt es sich nicht um einen Kampf zwischen Konsumtion und Produktion, sondern zwischen den Gliedern des Produktionsprozesses und seinen Ausbeutern. (Sehr gut!) In dieser ganzen Frage hat Schippel den wissenschaftlichen Standpunkt verlassen und ist in einen ganz oberflächlichen Gedankengang hineingekommen. Ich weiß mich persönlich von aller Animosität gegen Schippel frei, es tut mir außerordentlich leid, daß der Mann in diese Position geraten ist. Aber es ist nun einmal so. Er sagt jetzt, ja, er ist wohl Schutzzöllner aber nicht Agrarzöllner. Das ist wieder ein Widerspruch. Denn wer für Industriezölle ist, muß auch für Agrarzölle sein. Wenn man den Produktionsprozeß im Interesse der Ausbeuter durch Industriezölle erschwert, erschwert man den Agrariern ihren Betrieb, und dann sind diese allerdings von ihrem Standpunkte aus auch berechtigt, Agrarzölle zu fordern. So gelangt die Partei mit Notwendigkeit zur Ablehnung aller Schutzzölle. Schippel

Digitized by Google

sagt: „Wer für Handelsverträge ist, muß auch für Zölle sein, unter Umständen für Agrarzölle". Aber weshalb sind wir denn für Handelsverträge? Nur deshalb, weil sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen das einzige Mittel sind, um die Zölle herunterzudrücken. (Sehr richtig!) Auch hier wieder ist der Schippelsche Standpunkt ganz oberflächlich. Wir kommen um die Tatsache nicht herum, daß Schippel auf einem für unsre gegenwärtige Aktion sehr wichtigen Gebiete mit der Partei in Differenz gekommen ist. Daraus folgt für mich: Da diese Frage gegenwärtig und vielleicht auch noch auf lange Zeit für uns eine der wichtigsten und entscheidendsten Aktionen bedingt, so ist Schippel allerdings gegenwärtig nicht fähig, ein Reichstagsmandat für die Partei inne zu haben. In diesem Sinne stimme ich dem Amendement Freyhaler zu. Durch dieses Amendement soll Schippel nicht etwa aus der Partei ausgeschlossen werden, wie Südekum meint. Soweit ich die Sachlage beurteilen kann, denkt der Parteitag in seiner überwiegenden Mehrheit gar nicht daran, Schippel direkt oder indirekt auszuschließen. Das Amendement hätte allerdings bedeutend besser gefaßt werden können, wie ich überhaupt keine auf irgend einem Parteitag angenommene Resolution kenne, die nicht besser hätte gefaßt werden können. (Heiterkeit.) Im Sinne der Debatte bedeutet das Amendement, glaube ich, weiter nichts, als das: es kann Schippel nicht mehr dasjenige Vertrauen geschenkt werden, das für einen Abgeordneten notwendig ist. Es soll ihm da nur in höflicher Form ausgedrückt werden, daß er augenblicklich zur Ausübung eines Mandats nicht befähigt ist. Faßt man das Amendement so auf, so hat es nichts Ehrenrühriges. Die Ehre Schippels wird nicht angetastet; ich bitte Sie, die Resolution Bebels mit dem Amendement anzunehmen, damit die Klarheit geschaffen werde, die nun einmal unbedingt notwendig ist. (Lebhafter Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Cunow: Ich habe nicht behauptet, Schippel habe keine Berichtigung eingesandt. Das habe ich vielmehr ausdrücklich mitgeteilt, aber hinzugefügt, daß Schippel verpflichtet gewesen wäre, in einem Artikel sofort seinen Standpunkt klarzulegen.

Antrick: Schippel hat bestritten, daß ich über sein Buch mit ihm gesprochen habe. Demgegenüber stelle ich fest, daß Schippel sogar schon lange, bevor das Buch erschien, über die darin behandelten Grundfragen eingehend mit mir gesprochen hat. Zum Glück war ich dabei nicht allein; in Hannover war ein ihm sehr bekannter Herr dabei, als wir uns während des dortigen Parteitages über diese Fragen unterhielten. Weiter habe ich im Reichstage wiederholt mit Schippel darüber gesprochen und auch außerdem auf gemeinsamen Spaziergängen mich über seine Grundrenten-Theorie mit ihm auseinandergesetzt. Ich habe weiter nicht nur das Buch gelesen und dann ein Urteil darüber gefällt, sondern auch eine ganze Reihe von Genossen, darunter Bebel, gefragt. Findet Ihr nicht auch, daß Schippel da hauptsächlich die Argumente der Agrarier vertritt? Wie Schippel angesichts dieser Tatsachen sagen kann, ich hätte nicht mit ihm über diese Dinge gesprochen, verstehe ich nicht. Das läßt nur zwei Deutungen zu, entweder sein Gedächtnis ist so schwach, daß er all das wieder vergessen hat oder er hat die Unwahrheit gesagt.

Vorsitzender Ebert: Das war nicht mehr persönlich.

Frau Zietz: Die Aeußerung vom Stuttgarter Parteitage, die Schippel mir zitiert hat, ist in der Tat so gefallen. Es ist darin der Standpunkt vertreten, der in unsrer Partei gilt. Jetzt hat Schippel diesen Ausspruch als mit meinen heutigen Ausführungen in Widerspruch stehend hinstellen versucht. Ich meine aber, Schippel hätte aus meinen Ausführungen entnehmen müssen, daß mir vorhin nur ein lapsus linguae passiert ist. Ich wollte Agrarzölle sagen und nicht Schutzzölle. Wenn er diesen falschen Zungenschlag so gegen mich ausnutzt, muß es um seine Argumente

Digitized by Google

schlecht bestellt sein. Wenn ihm als besonders routinierten Redner ein solch falscher Zungenschlag passiert, wie er es behauptet von seinem Berliner Referat, wird man auch mir einen solchen zugute halten.

v. Elm: Ich habe nicht behauptet, daß Schippel im Reichstag gegen Agrarzölle gesprochen habe, sondern nur gesagt, daß Schippel in seinem Buche und in seinen Artikeln sich vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus gegen Agrarzölle ausgesprochen hat.

Schippel: Wenn der Genossin Zietz ein falscher Zungenschlag passiert ist, so ist die Sache erledigt. Aber ihre Zunge ist doch sonst sehr gewandt, und warum will sie denn bei mir nie einen falschen Zungenschlag anerkennen? Da sollte sie doch Nächstenliebe üben und auch mir einmal einen falschen Zungenschlag verstatten. (Heiterkeit.) Daß Antrick nie mit mir über Zollfragen gesprochen hat, habe ich nicht behauptet. Ich sage nur: Er hat nie in einem Sinne mit mir gesprochen, daß ich hätte annehmen können, er mißbillige mein Buch, weil es in Widerspruch mit dem Grundgedanken der Partei stände. In Hannover kann ich mich gar nicht mit ihm über das Buch unterhalten haben, aus dem einfachen Grunde, weil es noch nicht erschienen war. (Zurufe: Ueber die Grundfragen! Ueber die Grundrententheorie!) Ich wüßte nicht, weshalb ich mit Antrick über Grundrententheorie hätte sprechen sollen.

Antrick: In Hannover hat Schippel natürlich nicht über sein Buch, sondern über die darin behandelten Grundfragen mit mir gesprochen. Ich bin bereit, ihm den Namen des Mannes, der dabei war und den er sogar zu seiner Ansicht bekehrte, in einem kleineren Kreise zu nennen. Ich habe Schippel schon damals in Hannover gesagt: Wenn ich zu derselben Ueberzeugung gekommen wäre wie Sie, so würde ich als ehrlicher Mann sagen, meine wissenschaftliche Ueberzeugung hat mich dahin geführt, daß ich mit Euch nicht mehr weiter zusammenarbeiten kann.

Der Vorsitzende Ebert macht hierauf Vorschläge für die Abstimmung. Es soll abgestimmt werden zunächst über die Resolution Bernstein, dann über die Resolution Päplow, weiter über die Resolution Bebel mit der von Bebel akzeptierten Abänderung und zuletzt über das Amendement Freythaler. Es wird beantragt, über den dritten Absatz der Resolution Bebel gesondert abzustimmen. Die Abstimmung über die Resolution Bebel sowie über das Amendement Freythaler soll eine namentliche sein. Die Anträge 12 und 18 werden durch die Vorlegung der Resolutionen für erledigt erklärt.

Zur Geschäftsordnung schlägt

Ledebour vor, nach allgemeinem parlamentarischen Brauch die Abstimmung über das Amendement Freythaler vor der Abstimmung über die Resolution Bebel vorzunehmen.

Bebel erklärt, gegen die Trennung der Abstimmung über seine Resolution keinen Widerspruch zu erheben.

Richard Fischer bittet, es bei dem Vorschlage des Vorsitzenden zu belassen. Eine große Anzahl Delegierten wünschen zwar gegen das Amendement, aber für die Resolution Bebel zu stimmen, wozu sie nicht in der Lage wären, wenn das Amendement vorher etwa angenommen würde und dann die Abstimmung über die Resolution mit dem Amendement folgte.

Vors. Ebert: Das Bureau war sich wohl bewußt, daß in der Regel erst über das Amendement und dann über den Hauptantrag abgestimmt wird. Aber Vorschlag aber wird die Meinung des Parteitages besser zum Ausdruck kommen lassen.

Der Widerspruch gegen den Vorschlag des Vorsitzenden wird zurückgezogen. Die Anträge werden also in der vom Bureau vorgeschlagenen Reihenfolge zur Abstimmung gebracht.

Digitized by Google

Die Resolutionen Bernstein (136) und Päplow (135) werden abgelehnt. Ebenso wird die Trennung der Abstimmung über die Resolution Bebel abgelehnt.

Es wird nunmehr zur namentlichen Abstimmung über die Resolution Bebel (133) geschritten.

Dabei wird festgestellt, daß für diese Abstimmungen auch die Abgeordneten Stimmrecht haben, da es sich nicht um eine Frage der „Tätigkeit der Fraktion" handelt.

In namentlicher Abstimmung wird nunmehr die Resolution Bebel (Antrag 133) mit 234 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Mit Ja stimmten:

Adelung, Albrecht, Anders, Antrick, Ottilie Baader, Paul Bader, Baerer, Albert Bartels, Heinrich Bartels, Baudert, Baumann, Baumgärtel, Bauschke, Bebel, Becker, Georg Beckmann, Heinrich Beckmann, Beeck, Behle, Bérard, von den Berg, Berten, Berthold, Bittorf, Blos, Bock, Böhle, Böhme, Bolljes, Bömelburg, Borgmann, Otto Braun, Brey, Brühne, Budde, Buddenberg, Buder, Buhl, Bühler, Burgau, Burgund, Conrad, Dietz, Dittmann, Donath, Dönnecke, Dörfel, Dorn, Dörnke, Düwel, Eberhardt, Ebert, Efflinge, Eichhorn, Eilers, Eilken, Ernst, Evers, Ewald, Faber, Fallenbeck, Fauth, Feldmann, Heinrich Fischer, Richard Fischer, Robert Fischer, Wilhelm Fischer, Förster, Freiwaldt, Freythaler, Fritzsch, Frohme, Fuchs, Geck, Gehrt, Gerisch, Geyer, Goldstein, Gomringer, Graeger, Gramsdorf, Greifenberg, Greiner, Grünberg, Grünig, Grünhagen, Gruenwaldt, Habicht, Hahn, Hänchen, Hanisch, Haupt, Haberkamp, Heinze, Henke, Herbst, Hering, Hinsche, Hoch, Adolf Hoffmann, Karl Hoffmann, Hofrichter, Horst, Jacob, Jahn, J. D. Jakobsen, E. Jakobsen, Jansen, Jensch, Inger, John, Jung, Junghans, Jürs, Kaden, Kähler, Karl, Kaufmann, Kenngott, Kinkel, Klampfer, Koch, Koenen, König, Köppen, Kratsch, Kressin, Kufner, Kurth, Lange, Leber, Ledebour, Lehmann, Leinert, Leister, Lemenzow, Leopold, Leutert, Liebknecht, Lienau, Lipinski, Litzinger, Lohmann, Lorenz, Löwenstein, Lungwitz, Lüttich, Lutz, Maier, Mädger, Meist, Meister, Metzger, Mirus, Carl Müller, Emil Müller, Theodor Müller, Müllenstädt, Nitsch, Oehlking, Olberdissen, Osterroth, Paulus, Pfannkuch, Pfarr, Pötzsch, Rackl, Rhein, Reißhaus, Riem, Rindfleisch, Rollwagen, Rosin, Sachse, Segitz, Seifer, Schaumburg, Scheidemann, Schievink, Schlegel, Schmalfeldt, Gustav Schmidt, Heinrich Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schneider, Schubert, Schuhmacher, Heinrich Schulz, Wilhelm Schulz, Schulze, Schwartz, Silberschmidt, Sindermann, Soberski, Sonnenburg, Sperka, Stadthagen, Starosson, Stelling, Stille, Stolpe, Straßenmeyer, Stubbe, Stücklen, Thiel, Thöne, Trenkhorst, Tutzauer, Ullenbaum, Ulrich, Vesper, Vetterlein, Vetters, Voigt, Vortmann, Wartenburg, Wasner, Weinheber, Wels, Wengels, Weißmann, Weyers, Wicky, Wissell, Wolf, Wollermann, Wurm, Zeise, Zetkin, Zietz, Zimmermann, Zink, Zubeil, Zucht.

Mit Nein stimmten:

Arons, Bernstein, Heinrich Braun, Dies, Dreesbach, Ehrhardt, v. Elm, Esser, Fendrich, Edmund Fischer, Genzen, Grabnauer, Grenz, Heitmann Hildenbrand, Holzapfel, Hofmann-Saalfeld, Horn, Hug, Jasper, Kasch, Katzenstein, Keidel, Klühs, Knieriem, Körsten, Krasemann, Langer, Lindemann, Mahlke Meis, Michels, Mothes, Nietzel, Paeplow, Repp, Scherf, Schippel, Eduard Schmid, Schöpflin, Adolf Schulz, Südekum, Vater, Vollmar.

Der Stimme enthielt sich: Cohn.

Entschuldigt waren: Finsel, Paul Hofmann, Thiele, Molkenbuhr.

Es folgt die namentliche Abstimmung über das Amendemen Freythaler (Antrag 184) zur Resolution Bebel. Das Ergebnis i

Digitized by Google

Abstimmung ist die Annahme mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten: Albrecht, Anders, Antrick, Ottilie Baader, Paul Bader, Albert Bartels, Heinrich Bartels, Baudert, Baumann, Baumgärtel, Bauschke, Bebel, Becker, Heinrich Beckmann, Behle, von den Berg, Berten, Berthold, Bittorf, Borgmann, Otto Braun, Brühne, Budde, Buhl, Bühler, Conrad, Dittmann, Donath, Dörfel, Düwell, Eberhardt, Efftinge, Eichhorn, Ernst, Ebers, Ewald, Fallenbeck, Heinrich Fischer, Robert Fischer, Wilhelm Fischer, Freiwaldt, Freythaler, Fuchs, Geck, Gehrt, Geyer, Goldstein, Gomringer, Graeger, Greifenberg, Greiner, Grenz, Grünig, Gruenwaldt, Habicht, Hahn, Hanisch, Haupt, Haverkamp, Heinze, Henke, Hering, Hoch, Adolf Hoffmann, Karl Hoffmann, Hofrichter, Jahn, Jansen, Jensch, Inger, John, Jung, Jürs, Baden, Kähler, Karl, Katzenstein, Kinkel, Koch, Koenen, Köppen, Kressin, Kurth, Lange, Leber, Ledebour, Leopold, Leutert, Liebknecht, Lipinski, Lohmann, Lorenz, Lungwitz, Lüttich, Lutz, Maier, Mädger, Meist, Meister, Metzger, Michels, Mirus, Emil Müller, Theodor Müller, Nitsch, Oehlking, Pfarr, Rindfleisch, Rollwagen, Rosin, Scheidemann, Schiewink, Gustav Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schneider, Schöpflin, Schubert, Schuhmacher, Schulze, Schwartz, Seifer, Sindermann, Soberski, Sonnenburg, Sperka, Stadthagen, Stelling, Stolpe, Straßenmeyer, Stücklen, Thiel, Trenkhorst, Ullenbaum, Ulrich, Vesper, Vetters, Voigt, Wengels, Wels, Weyers, Wissel, Wollermann, Wolf, Wurm, Zeise, Zetkin, Zietz, Zimmermann, Zink, Zubeil.

Mit Nein stimmten: Adelung, Arons, Baerer, Beeck, Georg Beckmann, Bérard, Blos, Bock, Böhle, Böhme, Bömelburg, Bolljes, Heinrich Braun, H. Bernstein, Brey, Buddenberg, Buder, Burgau, Burgund, Cohn, Dies, Dietz, Dönnecke, Dorn, Dörnke, Dreesbach, Ebert, Ehrhardt, Eilers, Eilken, v. Elm, Esser, Faber, Fauth, Feldmann, Fendrich, Edmund Fischer, Richard Fischer, Förster, Fritzsch, Frohme, Genzen, Gradnauer, Gramsdorf, Grünberg, Grünhagen, Hänchen, Heitmann, Herbst, Hildenbrand, Hinsche, Holzapfel, Hofmann, Horn, Horst, Hug, Jacob, E. Jacobsen, J. D. Jacobsen, Jasper, Junghans, Kasch, Kaufmann, Keidel, Kemngott, Klampfer, Klühs, Knieriem, König, Körsten, Krasemann, Kratsch, Kufner, Langer, Lehmann, Leinert, Leister, Lemenzow, Lienau, Lindemann, Litzinger, Löwenstein, Mahlke, Meis, Mothes, Carl Müller, Müllenstedt, Nietzel, Olderdissen, Osterroth, Paeplow, Paulus, Pötzsch, Rackl, Reißhaus, Repp, Rhein, Riem, Sachse, Schaumburg, Schert, Schippel, Schlegel, Schmalfeldt, Eduard Schmid, Heinrich Schmidt, Adolf Schulz, Wilhelm Schulz, Segitz, Silberschmidt, Starosson, Stille, Stubbe, Südekum, Thöne, Tutzauer, Vater, Vetterlein, v. Vollmar, Vortmann, Wartenberg, Wasner, Weinheber, Wicky, Weißmann, Zucht.

Der Stimme enthielten sich: Gerisch und Pfannkuch.

Entschuldigt waren: Finsel, Paul Hoffmann, Thiele und Molkenbuhr.

Nachträglich haben zu Protokoll erklärt:

Finsel, daß er für die Resolution Bebel und für das Amendement Freythaler gestimmt hätte; Paul Hoffmann, daß er für die Resolution Bebel, aber gegen das Amendement Freythaler; Heinrich Schulz, daß er gegen das Amendement Freythaler und Thiele, daß er gegen beide gestimmt haben würde.

Während die Schriftführer das Ergebnis ermitteln, wird über Fendrichs Mandat entschieden. Für die Mandatsprüfungskommission berichtet Frau Zietz über die Bemühungen der Kommission, Informationen darüber zu erhalten, ob Fendrich zurzeit, als das Mandat ausgestellt wurde, organisiertes Parteimitglied war oder nicht. Die erste Antwort war zweifelhaft. Ein telegraphisches Ersuchen um präzise Beantwortung liefen zwei Depeschen ein. Im ersten Fall hatte Fendrich selbst angefragt, ob es wahr sei, daß er seit

Die Resolutionen Bernstein (136) und Päplow (135) werden abgelehnt. Ebenso wird die Trennung der Abstimmung über die Resolution Bebel abgelehnt.

Es wird nunmehr zur namentlichen Abstimmung über die Resolution Bebel (133) geschritten.

Dabei wird festgestellt, daß für diese Abstimmungen auch die Abgeordneten Stimmrecht haben, da es sich nicht um eine Frage der „Tätigkeit der Fraktion" handelt.

In namentlicher Abstimmung wird nunmehr die Resolution Bebel (Antrag 133) mit 234 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Mit Ja stimmten:

Adelung, Albrecht, Anders, Antrick, Ottilie Baader, Paul Bader, Baerer, Albert Bartels, Heinrich Bartels, Baudert, Baumann, Baumgärtel, Bauschke, Bebel, Becker, Georg Beckmann, Heinrich Beckmann, Beeck, Behle, Bérard, von den Berg, Berten, Berthold, Bittorf, Blos, Bock, Böhle, Böhme, Bolljes, Bömelburg, Borgmann, Otto Braun, Brey, Brühne, Budde, Buddenberg, Buder, Buhl, Bühler, Burgau, Burgund, Conrad, Dietz, Dittmann, Donath, Dönnecke, Dörfel, Dorn, Dörnke, Düwel, Eberhardt, Ebert, Efftinge, Eichhorn, Eilers, Eilken, Ernst, Evers, Ewald, Faber, Fallenbeck, Fauth, Feldmann, Heinrich Fischer, Richard Fischer, Robert Fischer, Wilhelm Fischer, Förster, Freiwaldt, Freythaler, Fritzsch, Frohme, Fuchs, Geck, Gehrt, Gerisch, Geyer, Goldstein, Gomringer, Graeger, Gramsdorf, Greifenberg, Greiner, Grünberg, Grünig, Grünhagen, Gruenwaldt, Habicht, Hahn, Hänchen, Hanisch, Haupt, Haverkamp, Heinze, Henke, Herbst, Hering, Hinsche, Hoch, Adolf Hoffmann, Karl Hoffmann, Hofrichter, Horst, Jacob, Jahn, J. D. Jakobsen, E. Jakobsen, Jansen, Jensch, Inger, John, Jung, Junghans, Jürs, Kaden, Kähler, Karl, Kaufmann, Kemgott, Kinkel, Klampfer, Koch, Koenen, König, Köppen, Kratsch, Kressin, Kufner, Kurth, Lange, Leber, Ledebour, Lehmann, Leinert, Leister, Lementzow, Leopold, Leutert, Liebknecht, Lienau, Lipinski, Litzinger, Lohmann, Lorenz, Löwenstein, Lungwitz, Lüttich, Lutz, Maier, Mädger, Meist, Meister, Metzger, Mirus, Carl Müller, Emil Müller, Theodor Müller, Müllenstädt, Nitsch, Oehlking, Olberdissen, Osterroth, Paulus, Pfannkuch, Pfarr, Pötzsch, Rackl, Rhein, Reißhaus, Riem, Rindfleisch, Rollwagen, Rosin, Sachse, Segitz, Seifer, Schaumburg, Scheidemann, Schievink, Schlegel, Schmalfeldt, Gustav Schmidt, Heinrich Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schneider, Schubert, Schuhmacher, Heinrich Schulz, Wilhelm Schulz, Schulze, Schwartz, Silberschmidt, Sindermann, Soberski, Sonnenburg, Sperka, Stadthagen, Staroffon, Stelling, Stille, Stolpe, Straßenmeyer, Stubbe, Stücklen, Thiel, Thöne, Trenkhorst, Tutzauer, Ullenbaum, Ulrich, Vesper, Vetterlein, Vetters, Voigt, Vortmann, Wartenburg, Wasner, Weinheber, Wels, Wengels, Weißmann, Weyers, Wicky, Wissell, Wolf, Wollermann, Wurm, Zeise, Zetkin, Zietz, Zimmermann, Zink, Zubeil, Zucht.

Mit Nein stimmten:

Arons, Bernstein, Heinrich Braun, Dies, Dreesbach, Ehrhardt, v. Elm, Esser, Fendrich, Edmund Fischer, Genzen, Grabnauer, Grenz, Heitmann, Hildenbrand, Holzapfel, Hofmann-Saalfeld, Horn, Hug, Jasper, Kasch, Katzenstein, Keidel, Klühs, Knieriem, Körsten, Krasemann, Langer, Lindemann, Mahlke, Meis, Michels, Mothes, Nietzel, Paeplow, Repp, Scherf, Schippel, Eduard Schmid, Schöpflin, Adolf Schulz, Südekum, Vater, Vollmar.

Der Stimme enthielt sich: Cohn.

Entschuldigt waren: Finsel, Paul Hofmann, Thiele, Molkenbuhr.

Es folgt die namentliche Abstimmung über das Amendement Freythaler (Antrag 184) zur Resolution Bebel. Das Ergebnis ist

Digitized by Google

Abstimmung ist die Annahme mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten: Albrecht, Anders, Antrick, Ottilie Baader, Paul Bader, Albert Bartels, Heinrich Bartels, Baudert, Baumann, Baumgärtel, Bauschke, Bebel, Becker, Heinrich Beckmann, Behle, von den Berg, Berten, Berthold, Bittorf, Borgmann, Otto Braun, Brühne, Budde, Buhl, Bühler, Conrad, Dittmann, Donath, Dörfel, Düwell, Eberhardt, Efftinge, Eichhorn, Ernst, Evers, Ewald, Fallenbeck, Heinrich Fischer, Robert Fischer, Wilhelm Fischer, Freiwaldt, Freythaler, Fuchs, Geck, Gehrt, Geyer, Goldstein, Gomringer, Graeger, Greifenberg, Greiner, Grenz, Grünig, Gruenwaldt, Habicht, Hahn, Hantsch, Haupt, Haverkamp, Heinze, Henke, Hering, Hoch, Adolf Hoffmann, Karl Hoffmann, Hofrichter, Jahn, Jansen, Jensch, Inger, John, Jung, Jürs, Kaden, Kähler, Karl, Katzenstein, Kinkel, Koch, Koenen, Köppen, Kressin, Kurth, Lange, Leber, Ledebour, Leopold, Leutert, Liebknecht, Lipinski, Lohmann, Lorenz, Lungwitz, Lüttich, Lutz, Maier, Mädger, Meist, Meister, Metzger, Michels, Mirus, Emil Müller, Theodor Müller, Nitsch, Oehlking, Pfarr, Rindfleisch, Rollwagen, Rosin, Scheidemann, Schievink, Gustav Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schneider, Schöpflin, Schubert, Schuhmacher, Schulze, Schwartz, Seifer, Sindermann, Soberski, Sonnenburg, Sperka, Stadthagen, Stelling, Stolpe, Straßenmeyer, Stücklen, Thiel, Trenkhorst, Ullenbaum, Ulrich, Vesper, Vetters, Voigt, Wengels, Wels, Weyers, Wissel, Wollermann, Wolf, Wurm, Zeise, Zetkin, Zietz, Zimmermann, Zink, Zubeil.

Mit Nein stimmten: Adelung, Arons, Baerer, Beeck, Georg Beckmann, Bérard, Blos, Bock, Böhle, Böhme, Bömelburg, Bolljes, Heinrich Braun, H. Bernstein, Brey, Buddenberg, Buder, Burgau, Burgund, Cohn, Dies, Dietz, Dönnecke, Dorn, Dörnke, Dreesbach, Ebert, Ehrhardt, Eilers, Eilken, v. Elm, Esser, Faber, Fauth, Feldmann, Fendrich, Edmund Fischer, Richard Fischer, Förster, Fritzsch, Frohme, Genzen, Gradnauer, Gramsdorf, Grünberg, Grünhagen, Hänchen, Heitmann, Herbst, Hildenbrand, Hinsche, Holzapfel, Hofmann, Horn, Horst, Hug, Jacob, E. Jacobsen, J. D. Jacobsen, Jasper, Junghans, Kasch, Kaufmann, Keibel, Kemgott, Klampfer, Klühs, Knieriem, König, Körsten, Krasemann, Kratsch, Kuhnert, Langer, Lehmann, Leinert, Leister, Lementzow, Lienau, Lindemann, Litzinger, Löwenstein, Mahlke, Meis, Mothes, Carl Müller, Müllenstedt, Nietzel, Olderdissen, Osterroth, Paeplow, Paulus, Pötzsch, Rackl, Reißhaus, Repp, Rhein, Riem, Sachse, Schaumburg, Schert, Schippel, Schlegel, Schmalfeldt, Eduard Schmid, Heinrich Schmidt, Adolf Schulz, Wilhelm Schulz, Scgitz, Silberschmidt, Staroffon, Stille, Stubbe, Südekum, Thöne, Tutzauer, Vater, Vetterlein, v. Vollmar, Vortmann, Wartenberg, Wasner, Weinheber, Wicky, Weißmann, Zucht.

Der Stimme enthielten sich: Gerisch und Pfannkuch.

Entschuldigt waren: Finsel, Paul Hoffmann, Thiele und Molkenbuhr.

Nachträglich haben zu Protokoll erklärt:

Finsel, daß er für die Resolution Bebel und für das Amendement Freythaler gestimmt hätte; Paul Hoffmann, daß er für die Resolution Bebel, aber gegen das Amendement Freythaler; Heinrich Schulz, daß er gegen das Amendement Freistthaler und Thiele, daß er gegen beide gestimmt haben würde.

Während die Schriftführer das Ergebnis ermitteln, wird über Fendrichs Mandat entschieden. Für die Mandatsprüfungskommission berichtet Frau Zietz über die Bemühungen der Kommission, Informationen darüber erhalten, ob Fendrich zurzeit, als das Mandat ausgestellt wurde, mitgliedes Parteimitglied war oder nicht. Die erste Antwort war zweifelhaft. telegraphisches Ersuchen um präzise Beantwortung liefen zwei Depeschen Im ersten Fall hatte Fendrich selbst angefragt, ob es wahr sei, daß er seit

April organisiert sei und im Juli Beiträge bezahlt habe. Darauf lief vom Vorsitzenden des Wahlvereins, Engler, eine bejahende Antwort ein. Inzwischen hatte sich die Kommission an den Kassierer des Wahlvereins gewendet. Dieser antwortete, daß Fendrichs Name nicht in den Mitgliederlisten stehe und daß er keine Beiträge von ihm erhalten habe, daß aber Engler behauptete, er habe im August von Fendrich Geld erhalten, und zwar die Beiträge vom April ab. Die Referentin machte auf den Widerspruch in den beiden Ausführungen von Engler aufmerksam. Das zweite Telegramm lasse die Möglichkeit zu, daß Fendrich zurzeit seiner am 28. August stattgefundenen Wahl noch nicht organisiert gewesen sei. Da aber hier der Satz gelten müsse: in dubio pro reo, habe die Kommission angenommen, daß Fendrich im August schon Mitglied gewesen sei. Dasselbe habe er auf Ehrenwort erklärt. Die Kommission ist der Ansicht, daß es außerordentlich merkwürdig ist, daß jemand im Juli Beiträge vom April ab bezahlt und daß weder seine Mitgliedschaft noch seine Beiträge registriert sind. Bei einer richtigen Handhabung der Parteigeschäfte müßte die Feststellung, ob Fendrich Mitglied war, sehr einfach sein. Die Kommission schlägt vor, aus rein formalen Gründen das Mandat für gültig zu erklären, da wir keine Handhabe haben, es Fendrich abzusprechen. Sie hält es aber nicht für opportun, daß in dieser Weise Mandate zustande kommen und verurteilt es aufs schärfste, daß soeben erst organisierten Parteigenossen Mandate gegeben werden.

Eichhorn: Die Genossen von Pforzheim werden mit dem Erfolg ihres Protestes zufrieden sein. Sie wollten nur zum Ausdruck bringen, daß solche Gefälligkeitsmandate nicht erteilt werden sollten. Die Gerechtigkeit gebietet aber festzustellen, daß es nicht richtig ist, wenn Frau Zietz sagt, Fendrich sei ein soeben erst organisierter Parteigenosse. Fendrich war früher schon lange Zeit in der Partei tätig. Seine Krankheit im Frühjahr 1902 läßt es begreiflich erscheinen, daß er seine Parteigenossenschaft eine Zeitlang vergessen hat, sie entschuldigt aber nicht, so lange damit zu warten.

Adolf Hoffmann: Mit Gefälligkeitsmandaten haben wir sehr häufig zu tun. Das wird auch nicht besser werden, so lange der Parteitag nicht einen dicken Strich durch macht. Wie die Sache liegt, ist der Parteitag durchaus berechtigt, das Mandat für ungültig zu erklären. Die eine Depesche ist doch recht fragwürdig. Fendrich hatte ja selber telegraphiert, was als Antwort telegraphiert werden soll. Beide Antworten von demselben Absender sind widersprechend, und daher ist die Kassierung dieses Mandats die Pflicht des Parteitages, um endlich einmal dem Unfug mit Gefälligkeitsmandaten ein Ende zu machen.

Leinert-Hannover empfiehlt gleichfalls die Kassierung des Mandats. Schon öfter sei es vorgekommen, daß Delegierte auf dem Parteitage erscheinen, die in dem Wahlkreise, in dem sie gewählt sind, gar nicht bekannt seien und nur geschickt wurden, weil der Kreis zu arm sei, einen eignen Delegierten zu entsenden. Ja, es sei vorgekommen, daß die Parteigenossen im Wahlkreise gar nichts von einer Delegation wußten, sondern sagten, das sei so „von oben runter" gemacht worden. Diese Delegierten erstatten nicht einmal Bericht über den Parteitag, sie lehnen es also ab, auf ihre Kosten nun auch einmal den Genossen in dem betreffenden Wahlkreise gegenüber die aus der Delegation herrührenden Pflichten zu erfüllen.

Fendrich erklärt, daß er sein Telegramm der Mandatsprüfungs-Kommission vorgelegt habe, um nicht in den Verdacht zu kommen, als wolle er ein tendenziös oder suggestiv wirkendes Telegramm absenden. Seine Wahl sei im übrigen ordnungsgemäß zustande gekommen.

Digitized by Google

Leopold-Zeitz ist für Gültigkeit des Mandats, billigt aber die Art, wie es zustande gekommen ist, nicht.

Dreesbach: Wir haben kein Recht, Fendrich das Mandat abzuerkennen, denn noch auf jedem Parteitage waren Delegierte anwesend, die auf ähnliche Weise zu ihrem Mandat gekommen sind. Wir werden dafür sorgen müssen, daß in Zukunft solche Mandate nicht mehr anerkannt werden, aber so lange keine entsprechende Bestimmung im Organisationsstatut steht, können wir derartige Mandate nicht für ungültig erklären. Uebrigens hat Fendrich Durlach im Landtage vertreten, er ist also im Kreise sehr gut bekannt. Wir müssen weiter berücksichtigen, daß Fendrich lange Zeit nervenkrank war und infolgedessen sehr leicht vergessen konnte, für seine Organisationszugehörigkeit zu sorgen. Sobald er wieder schaffen konnte, hat er seine Pflichten als Parteigenosse erfüllt. Im übrigen muß man auf die Auskunft von Engler, dem Vertrauensmann des Wahlkreises und Vorsitzenden des Wahlvereins, großes Gewicht legen. Wenn er erklärt, daß Fendrich seine Beiträge bezahlt hat, steht das für mich fest!

Frau Zietz bestätigt, daß Fendrich der Mandatsprüfungs-Kommission sein Telegramm vorgelegt hat; die Kommission habe beschlossen, sich selbst Informationen einzuholen. Daß das Mandat formell ordnungsgemäß zustande gekommen sei, habe sie bereits am Montag zugestanden.

Auf Antrag Arons-Berlin wird die Debatte geschlossen.

Entsprechend dem Antrage der Kommission erklärt der Parteitag das Mandat von Fendrich für gültig und spricht den Wunsch aus, daß in Zukunft Mandate auf solche Weise nicht mehr zustande kommen mögen.

Nach Verlesung eines Glückwunsch-Telegramms vom Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel wird die Sitzung geschlossen.

Schluß 7½ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Freitag, den 23. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet Vorsitzender Dietz die Sitzung.

Ein Begrüßungs-Telegramm von deutschen Genossen aus Paris wird verlesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Bernstein: Ich habe nicht, wie der „Vorwärts"-Bericht irrtümlich behauptet, Kautsky vorgeworfen, er habe Schippel Widersprüche vorgeworfen, wo keine waren, sondern umgekehrt gesagt, Schippel habe Kautsky in der Frage der Agrarzölle Widersprüche vorgeworfen, wo keine waren.

Pfannkuch: Die Resolution von Hamburg III habe ich nicht erst hier in Mainz kennen gelernt; sie ist mir schon in Hamburg gedruckt vorgelegt worden. Der Bericht hat also an der betreffenden Stelle das Wort „hier" wegzufallen.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein und geht zu Punkt 4 über:

Organisation.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Dietz verzichtet der Parteitag vorläufig die Entscheidung über die Unterstützung der hierzu gestellten 84 Anträge, da voraussichtlich Kommissionsberatung beschlossen werden würde und die Anträge nur einfach der Kommission überwiesen werden könnten.

Das Wort als Berichterstatter erhält

Gerisch: Parteigenossen und Genossinnen! Durch Beschluß des Dresdener [illegible] war dem Parteivorstand die Aufgabe zuteil geworden, dem dies-

jährigen Parteitage einen neuen Entwurf unsrer Organisation vorzulegen; gleichzeitig waren ihm eine ganze Reihe der in Dresden zur Organisationsfrage gestellten Anträge als Material überwiesen worden. Davon beschäftigten sich allein sechs mit einer Neuregelung der Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage, man wünschte, daß sie sich entweder durch den Fraktionsvorstand oder durch eine Delegation solle vertreten lassen. Der Vorstand hat diesen Anträgen insofern Rechnung getragen, als in dem neuen Entwurf, der Ihnen im Antrag 63 vorliegt, die Vertretung der Fraktion dermaßen geregelt wird, daß in Zukunft nur der vierte Teil der Fraktion als Delegation auf dem Parteitage anwesend sein soll. Das mag Katzenstein zur Beruhigung dienen, der, wenn auch nur in sehr bedingter Weise den Vorwurf erhoben hat, es würden dem Parteivorstande auf allen Parteitagen Anträge überwiesen, ohne daß man je höre, was daraus würde. Ob gerade der in Vorschlag gebrachte Modus von 25 Prozent das richtige trifft, darüber wird sich ja reden lassen.

Eine Reihe weiterer Anträge beschäftigt sich mit der Neuregelung der Vertretung der Parteigenossen auf dem Parteitage überhaupt. Es wurde da wie schon früher der Wunsch laut, daß diese Wahlen nach dem Proportionalwahl-System vorgenommen würden. Es lagen im Vorjahre zwei spezialisierte Vorschläge in dieser Richtung vor von Berlin III und von Bremen. Die Bremer Genossen wünschten, daß in Wahlkreisen, in denen bis 10 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben waren, 1 Delegierter gewählt werden sollte, in Wahlkreisen bis zu 25 000 Stimmen 2, in solchen über 25 000 Stimmen 3. Unter Zugrundelegung dieses Modus hätten sich 281 Wahlkreise ergeben, die Delegierte hätten entsenden können, und zwar 162 Kreise mit je einem Delegierten, 97 Kreise mit zwei Delegierten, also zusammen 194, und 22 Kreise mit drei Delegierten, also zusammen 66 Delegierten, so daß wir eine Gesamtvertretung von 422 Delegierten hätten. Nach diesem Vorschlag war weiter vorgesehen, daß Wahlkreise, die weniger als 1500 Stimmen aufgebracht hatten, einen eignen Delegierten überhaupt nicht entsenden durften, sondern daß sie berechtigt bezw. verpflichtet waren, ihre Vertretung einem Nachbarkreise zu übergeben. Andrerseits ging der Vorschlag des dritten Berliner Wahlkreises dahin, es sollten in Wahlkreisen bis zu 5000 Stimmen ein Delegierter, in solchen bis zu 20 000 Stimmen zwei und in Kreisen mit über 20 000 sozialdemokratischen Stimmen drei Delegierte gewählt werden. Unter der Voraussetzung, daß ebenfalls 281 Wahlkreise in Betracht kämen, hätten sich danach ergeben 87 Kreise mit einem Delegierten, 160 mit zwei, zusammen 320, und 34 Kreise mit drei, zusammen 102 Delegierte, mithin eine Gesamtvertretung von 509 Delegierten. Das wäre also schon ein ganz stattliches Parlament geworden.

Nun ist es aber mit dem bloßen Recht, Vertreter zu entsenden, nicht getan, diese Vermehrung wäre ja in erster Linie den kleineren und mittleren Kreisen zu Gute gekommen. Aber dies Recht haben die Kreise jetzt auch schon. Schwierigkeiten ergeben sich nur bei der Kostenaufbringung, da liegt der Hase im Pfeffer. Wenn nicht gleichzeitig mitbestimmt worden wäre, daß die Kosten aller Delegationen aus der Zentralkasse getragen werden, hätte die ganze Aenderung gar keinen Zweck gehabt, und es lag auch ein Antrag vor, der diese Eventualität vorsah, der verlangte, daß der Zentralvorstand die Kosten der Delegati übernehmen sollte. Das würde aller Voraussicht nach zu ziemlichen Unzuträgli keiten geführt haben, wenigstens solange wir die gegenwärtige lose Organisati haben. Würde die Zentralkasse die Kosten übernehmen, so würden die Kre von ihrem Wahlrecht zweifellos Gebrauch machen, aber an der Aufbringu der Kosten würden sie sich nicht beteiligen, und wir hätten dann denjenig Kreisen, die ohnehin die Mittel für die Gesamtbedürfnisse der Partei in hoh Maße aufbringen müssen, auch noch diese Lasten aufgebürdet, und es wü

nicht lange gedauert haben, dann würden von diesen Kreisen Klagen darüber laut geworden sein, daß sie von den Delegierten der kleinen Kreise überstimmt und erdrückt werden. Außerdem hat die gegenwärtige Form der Vertretung keinerlei nennenswerte Mißstände bisher ergeben, daß etwa eine dringende Notwendigkeit zu einer Aenderung vorläge; das ist erst dann möglich, wenn die Organisation insoweit geschlossener geworden ist, daß *jeder Kreis seinen Anteil an den Kosten aufbringen muß.* (Sehr richtig!) Heute bildet das Bestreben, auf dem Parteitag vertreten zu sein, immerhin noch den Ansporn für viele Kreise, einmal etwas Geld aufzubringen; das würde fortfallen, wenn die Kosten von der Zentralstelle übernommen würden. Neu ist unser Vorschlag, daß jeder Genosse, so weit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, einer bestimmten Vereinsorganisation angehören muß. Bisher genügte es, daß jemand sich zu den Grundsätzen der Partei bekannte und die Partei dauernd mit Geldmitteln unterstützte. Nun ist ja die Einschränkung, „so weit nicht zwingende Gründe vorliegen" vielfach angefochten worden; man hat gefragt: „Was sind zwingende Gründe? Das wird wieder jeder selbst entscheiden müssen, und dadurch wird alles beim alten bleiben." Ja, wir haben keine bessere Form finden können, die „zwingenden Gründe" sind eben so verschiedener Natur, daß es nicht möglich ist, sie einzeln aufzuführen. Nach unsrer Meinung würden, wenn dieser moralische Zwang, durch den wir es jedem Einzelnen zur Pflicht machen, zu prüfen, ob er dem Verlangen, sich zu organisieren, nachkommen kann, nicht genügt, andre Bestimmungen auch nicht helfen, um die Genossen in die Organisation zu bringen. Eine *grundlegende Aenderung* schlägt der Parteivorstand *insofern* vor, als in *Zukunft Ausschlüsse* aus der *Partei* nur von einer *Organisation* beantragt werden können. Eigentlich ist damit nur wiederhergestellt, was immer Parteibrauch gewesen ist, aber in der Fassung, die das Organisationsstatut in Mainz erhalten hat, ist dieser Punkt unklar geblieben, und es hat sich im Laufe der Zeit der Gebrauch herausgebildet, daß einzelne Genossen Ausschlußanträge stellten, denen Folge geleistet wurde. Die Mainzer Kommission ist andrer Auffassung gewesen, sie hat stillschweigend vorausgesetzt, daß solche Anträge nur von einer Organisation gestellt werden dürfen. Wir schlagen Ihnen nun vor, diese Bestimmung so zu fassen, wie es die Mainzer Kommission voraussetzte. Das gegenwärtige Statut läßt es auch im unklaren, was geschieht, wenn ein Genosse sich überhaupt dem Schiedsgericht nicht stellt. Auch da war die Kommission in Mainz der Meinung, daß dann der Betreffende ohne weiteres als ausgeschlossen gilt, sie hat das nur nicht ausgesprochen. Wir beantragen deshalb, daß jeder Genosse, der sich einem ordnungsgemäß zusammengesetzten Schiedsgericht nicht stellt, ohne weiteres als ausgeschlossen gilt. Ein gewisses Gegengewicht gegen diesen Vorschlag bietet die Bestimmung, daß Ausschlußanträge einer gewissenhaften Vorprüfung unterzogen werden sollen; der Parteivorstand kann und darf diese materielle Vorprüfung nicht vornehmen, er kann die Sache nur nach der formellen Seite hin behandeln, und um nun zu verhindern, daß etwa frivole Ausschlußanträge gestellt werden, wird verlangt, daß nur eine Organisation den Antrag stellen darf. Wenn die Genossen *verpflichtet* sind, *unter allen Umständen zu stellen*, so darf wenigstens *kein Zwang* mit den Schiedsgerichten getrieben werden. Es ist zu dem Vorschlag, daß jeder Genosse einer Organisation angehören muß, noch der Zusatzantrag gestellt, er muß am Ort seines Wohnsitzes organisiert sein. Diesem Antrag ist eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen, man wird ihn akzeptieren können, um so mehr, da auch in diesem Fall noch Spielraum gelassen ist. Der neue Entwurf sieht dann weiter noch eine Anzahl von Bestimmungen vor über diejenigen, die bei dem schiedsgerichtlichen Verfahren innezuhalten sind. Und endlich beantragt er die bereits früher beantragte Aenderung, daß in Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt

werden, der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich zu achten ist und deshalb nur im Wege des schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen darf. Darüber hinaus glaubte der Vorstand nicht gehen zu sollen, er ist im großen ganzen bei der bisherigen Form der Organisation geblieben, er glaubt, daß in seinem Vorschlag alles enthalten sei, was gegenwärtig geschehen kann.

Nun ist aus den Reihen der Genossen heraus vielfach die Forderung einer strengeren, strafferen, geschlossenen Organisation erhoben worden. Dieser Wunsch ist weit verbreitet, er hat seinen prägnantesten Ausdruck in dem Breslauer Antrag gefunden. Während der Vorstand sich aber an das Mögliche hielt, haben die Breslauer einfach nach der bekannten Weise der Kochbücher gearbeitet: man nimmt 3 Pfd. rohes Fleisch, 6 Eier usw. (Heiterkeit.) Man tut so, als ob wir allein zu bestimmen hätten, als ob nur unser Wille bei Gestaltung der Dinge maßgebend wäre, als ob keine andern Faktoren vorhanden wären, die ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Ich nehme als selbstverständlich an, daß der Sitz einer derartigen geschlossenen Organisation Berlin sein müßte, es ist ja möglich, vorübergehend auch von einem andern Ort aus die Parteigeschäfte zu führen, aber auf die Dauer ist es gar nicht zu umgehen, daß der Vorstand seinen Sitz in Berlin haben muß. Damit aber würden wir den ganzen Zentralverein dem preußischen Vereinsgesetz unterstellen, es wäre dann unmöglich, zu sagen, Mitglied der sozialdemokratischen Partei kann nur der sein, der der Zentralorganisation angehört, denn damit würden wir sofort alle Genossinnen ausschließen. Um diese entscheidende Frage geht leider auch der § 1 des Breslauer Entwurfs herum wie die Katze um den Brei. Es heißt da nur: „Die Sozialdemokraten Deutschlands bilden einen Zentralverband, der seinen Sitz in Berlin hat; Mitglied desselben kann jede Person werden, die . . .“ usw. Es fehlt aber die Zusatzbestimmung: „Wer diesem Verbande nicht angehört, ist nicht Parteigenosse“ oder: „Er kann unter den und den Bedingungen trotzdem Parteigenosse sein“. Das muß ausgesprochen werden: Entweder — oder! Da wir aber nicht große Gruppen von Parteigenossen ausschließen können, so müßte doch die so viel angefochtene Formulierung des Vorstandes eingefügt werden: „Soweit nicht zwingende Gründe es unmöglich machen, muß jeder Parteiangehörige Mitglied dieser sozialdemokratischen Zentralorganisation sein!“ Ich erinnere daran, daß sich in dem saarabischen Prozeß wieder gezeigt hat, welch unerhörten Druck unsre Staatsgewalten auf die Arbeiter ausüben, um sie von uns fernzuhalten. Wir haben ganze Länder, wie Mecklenburg, in denen politische Vereine sich überhaupt nicht bilden können. In Elsaß-Lothringen sind sie nur mit behördlicher Erlaubnis zulässig, die uns natürlich nicht erteilt wird. Wir können doch nicht die Arbeiter aller dieser Länder von uns ausschließen. Schon diese Gründe machen es unmöglich, die Breslauer Form zu wählen. Weiter: das preußische Vereinsgesetz legt dem Vorstand politischer Vereine die Verpflichtung auf, die Mitglieder anzumelden. Diese Bestimmung ist nie Vernunft gewesen, sie erst durch den Wandel der Zeit zum Unsinn wurde, sondern sie war von Anfang an eine Plage für alle Staatsbürger, die sich zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten zusammenfanden. Während aber in jener Zeit der schwärzeste Reaktion, wo diese Bestimmung entstand, Gevatter Schneider und Hand schuhmacher noch annähernd in der Lage waren, dieser Bestimmung gerecht zu werden, ist das bei der heutigen Entwicklung der Dinge für eine Partei wie unsre, die Millionen von Anhängern umfaßt, beim besten Willen nicht mehr möglich. Wir könnten versuchen, was wir wollen, wir könnte Bureaus einrichten, soviel wir wollten: dieser Bestimmung könnten wir nie gerecht werden. Es ist auch keine Hoffnung vorhanden, daß der Parteivorstand diese Verpflichtung auf die lokalen Vereine abwälzen könnte. Das Kammerger

in Berlin, die höchste Instanz für diese Frage, hat seit langer Zeit immer entschieden: wenn erst eine Anzahl von Merkmalen vorliegen, aus denen ersichtlich ist, daß der Gesamtvorstand eine Zentralgewalt ausübt, so sind die einzelnen Vereine lediglich als dienende Glieder des Ganzen zu betrachten; sie sind dem Vorstand unterstellt und dieser hat die Anmeldung zu besorgen. Es würden sich dadurch aber weitere Unannehmlichkeiten ergeben. Wir haben Bundesstaaten, in denen diese Anmeldepflicht nicht besteht und in denen deshalb nicht nur Staatsarbeiter, sondern auch andre Staatsangestellte eingeschriebene Mitglieder unsrer Parteiorganisation sind. Das würde sich ändern, wenn der Berliner Parteivorstand die Mitgliederlisten einreichen müßte. Dann würden die betreffenden Bundesregierungen auf dem Umwege über Berlin erfahren, welche von ihren Angestellten und Beamten Mitglieder der Parteiorganisation sind. Das dürfen wir aber nicht zulassen. Und, Parteigenossen, darüber, daß die Polizeibehörden rücksichtslos auf der Erfüllung unsrer Pflichten bestehen würden, daß sie uns Tag für Tag auf das schärfste drangsalieren würden, darüber kann von vornherein kein Zweifel bestehen. Ich erinnere Sie an die Zeit, wo noch das Verbot der Verbindung politischen Vereine bestand. Für die besitzenden Klassen war diese Bestimmung längst nicht mehr vorhanden. Die großen Interessenverbände der Kapitalisten haben gemeinsame Aufrufe erlassen, gemeinsame Tagungen abgehalten, gemeinsame Petitionen an das Parlament gerichtet, in denen sie Gesetze forderten oder verwarfen und so direkt ihre Gesetzesübertretung denunziert, aber wir haben nie davon gehört, daß bei diesen Stützen der Gesellschaft bei Nacht und Nebel Haussuchungen abgehalten worden wären, daß einige Dutzend von Kommerzienräten unter Anklage gestellt worden wären, wie es uns gegenüber durch den Köller-Koup geschehen ist. Zu Beginn der damaligen Prozeßverhandlung, wo wegen Uebertretung des Verbindungsverbots die Anklage gegen uns erhoben war, sagte der Vorsitzende des Gerichts zu den Angeklagten: „Ich mache Sie auf eines aufmerksam, kommen Sie nicht mit dem Einwand, daß andre Parteien das, was Ihnen zur Last gelegt wird, auch tun. Das geht uns hier nichts an.“ Der Vorsitzende hielt es also für gerichtsnotorisch, daß die betreffende Bestimmung ganz allgemein übertreten wurde. Und trotzdem sind stets nur Anklagen gegen unsre Partei erhoben worden, obgleich die sozialdemokratische Partei, wie dies ja auch durch den Ausgang des Köller-Koup-Prozesses erwiesen wurde, die betreffende Bestimmung des Vereinsgesetzes peinlich beachtete. Wir haben also auf keinerlei Nachsicht zu rechnen. Und was würde es für eine Blamage sein, wenn wir nach ein paar Jahren erklären müßten: „Wir können unsre Beschlüsse nicht durchführen und müssen zur alten Form zurückkehren“. Nein, eine Partei wie die unsre, kann für ihre Organisation keine Grundlage brauchen, die durch den Federstrich eines preußischen Polizeiministers erschüttert werden kann. (Sehr richtig!)

Darüber besteht kein Zweifel: Eine Zentralisation, eine Zusammenfassung der Kräfte, eine einheitliche Leitung ist unbedingt notwendig. Im Prinzip sind wir alle dafür. Aber auch das wollen wir im Auge behalten: Ein absolutes Mittel, unsrer Organisation ungezählte Tausende neuer Mitglieder zuzuführen, und zu erhalten, ist die geschlossene Organisation auch nicht. Es wird auf die Erfolge der Gewerkschaften hingewiesen, die namentlich nach der Durchführung der Zentralverbände eingetreten sind. Aber es haben da auch andre Ursachen mitgewirkt. Früher, als die Mitglieder der Gewerkschaften monatlich nur halb so viel Beiträge zahlten, wie jetzt wöchentlich, und wo entsprechend die Leistungen der Gewerkschaften ganz minimal waren, hatten wir in den Gewerkschaften ein ewiges Kommen und Gehen. Erst mit der Erhöhung der Beiträge und der entsprechenden Steigerung der Leistungen der Gewerkschaften ist die rapide Zunahme eingetreten und erst seitdem bleiben die Arbeiter ihren Gewerkschaften treu. Es ist ganz charakteristisch, daß beispielsweise die Königsberger Genossen,

Digitized by Google

die auf ihrem vorgeschobenen Posten gewiß reiche Erfahrungen auf dem Gebiete der Organisation und Agitation haben, den Familien der Mitglieder der Parteiorganisation Sterbegeld gewähren. Sie wissen ganz genau, warum sie das eingeführt haben. In dieser Beziehung sind wir eben gegenüber den Gewerkschaften im Nachteil, weil wir unsern Mitgliedern keine direkten Vorteile gewähren können. Das wird aber nicht immer so bleiben. In demselben Maße, in dem unsre Aufklärungsarbeit fortdauert, wird auch die Mitgliederzahl unsrer Parteiorganisationen zunehmen, und wir hoffen ja, daß schließlich alle Mitglieder der Gewerkschaften, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, unsern Parteiorganisationen beitreten werden. Nur müssen wir noch etwas Geduld haben und nicht meinen, daß eine bestimmte Organisationsform uns ohne weiteres die Mitglieder bringen müßte. Alle Vorteile, die die Zentralisation mit sich bringt, können wir einheimsen, ohne die fürchterlichen Fesseln des preußischen Vereinsgesetzes in Kauf zu nehmen. Und das muß unser Ziel sein. Wir können sehr wohl an Stelle der jetzigen Buntscheckigkeit die Kreisorganisation obligatorisch einführen. Wir können diese Kreisorganisationen zu Bezirksverbänden zusammenfassen und den Bezirks- und Landesverbänden besoldete Parteisekretäre geben. Wir können auch die Beitragspflicht regeln. Es kommt nicht darauf an, daß die Mitgliedsbücher und Marken von Berlin ausgegeben werden, sondern darauf, daß bestimmte Beiträge nach Berlin gezahlt werden. (Sehr richtig!) Auf diese Weise können wir eine straffere Zusammenfassung unsrer Kräfte vornehmen, ohne auf die Bewegungsfreiheit zu verzichten, die die Vielgestaltigkeit unsrer Aufgaben — die größer ist als die der Gewerkschaften — erfordert.

So klar das alles ist, so sehr bin ich doch überzeugt, daß wir heute zu einem abschließenden Resultat nicht kommen können. Viele Parteigenossen haben viel zu lange in dem luftigen Reiche der Phantasie gebaut, als daß wir uns hier sofort auf dem realen Boden der Tatsachen wieder zusammenfinden könnten. Welche Summe von Unkenntnis in diesen Fragen noch vorhanden ist, zeigt ja der Artikel Calwers, der in den „Monatsheften" sein Licht leuchten ließ. Wie wenig aber auch andre Parteigenossen in der Lage sind, diese Fragen zu überschauen, zeigt der Antrag 20, der durch Beschluß des Parteitages diesem Punkt der Tagesordnung zugewiesen worden ist, und den Südekum am Montag begründet hat. Der Antrag will dem Vorstande noch eine besondere Agitationskommission an die Seite stellen. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Mitglieder des Parteivorstandes ihren Aufgaben nicht gerecht werden, so wählen Sie andre Personen. Das ist Ihr gutes Recht und hat einen Sinn. Aber dem Vorstande noch einen zweiten Vorstand an die Seite zu setzen — darauf läuft der Antrag hinaus —, wäre meines Erachtens ein totaler Mißgriff, denn da würden keine guten Fäden gesponnen werden. Beide Körperschaften würden sich ins Handwerk pfuschen und es würde nichts Gescheites herauskommen. So sehen wir, wie notwendig eine eingehende Besprechung der Differenzpunkte ist. Wir werden deshalb um eine Kommissionsberatung gar nicht herumkommen. Diese Kommissionsberatung wird im Antrag 128 ja bereits gefordert. Ich erlaube mir nur eine etwas andre Fassung vorzuschlagen. Der Eingang des Antrages bleibt, nur mit d Aenderung, daß statt 25 nur 23 Mitglieder vorgeschlagen werden. Eigentlich i auch diese Zahl noch zu groß (Sehr richtig!) und es wäre vielleicht wünschens wert, sie kleiner zu wählen. Aber wir sind zu dieser Zahl gekommen, weil wi die einzelnen Landesteile und Provinzen doch einigermaßen berücksichtig wollten. Ich schlage Ihnen daher vor, dem Antrag 128 in der von mir b antragten Fassung (Antrag 189) zuzustimmen.

Soweit es irgendwie möglich war, sind bei dieser Vorschlagsliste d Vorschläge der betreffenden Landesteil selbst berücksichtigt worden. Sie s

Digitized by Google

an diese Vorschlagsliste selbstverständlich nicht gebunden. Bis auf einen Fall, der zwischen Berlin und der Provinz Brandenburg spielt, ist Uebereinstimmung bei den Vorschlägen erzielt worden. (Zwischenrufe.) Wenn diese Uebereinstimmung jetzt auch zwischen Berlin und Brandenburg erfolgt ist, um so besser! Nehmen Sie den Antrag an; die Kommission wird in dem Jahre die Arbeit leisten und dem nächsten Parteitage Vorschläge unterbreiten, die hoffentlich zum Wohle der Partei dienen werden. (Lebhafter Beifall.)

Arons und Genossen beantragen, die §§ 1 und 2 des Organisationsstatuts auf diesem Parteitage zu erledigen, den Rest des Organisationsstatuts der Kommission zur Erledigung zu überlassen. — Es findet nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Behandlung der Anträge zu diesem Punkte statt.

Paul Hoffmann-Hamburg: Ich bitte Sie, von einer Diskussion der vorliegenden Anträge überhaupt Abstand zu nehmen und ohne weiteres zur Wahl der Kommission überzugehen. Es liegt klar auf der Hand, daß eine solche Diskussion doch nicht zum Abschluß kommen könnte. Gerisch hat das ja auch selbst zugegeben. Jeder Redner wird versuchen, die einzelnen Anträge, die schon gedruckt vorliegen, zu verteidigen, eine Klärung der Frage kann dabei nicht herauskommen, da die einzelnen Wünsche zu verschiedenartig sind. Die einen verlangen eine straffe Zentralisation in der schärfsten Form nach Art der Gewerkschaftsorganisationen, während andre den augenblicklichen Zustand unter Beseitigung der Mißstände beibehalten, dritte wieder einen Mittelweg einschlagen wollen. Sehr schwierig ist auch die Frage der Beitragszahlung, der Beitragsabführung, des Schiedsgerichts usw. Im nächsten Jahre wird sich weit besser eine Diskussion ermöglichen. Wenn drei Monate vor dem Parteitag die Resultate der Kommissionsberatung veröffentlicht werden, so werden die Delegierten besser in der Lage sein, sich vorher ein bestimmtes Urteil zu bilden. Ich bitte Sie also, heute von einer Debatte Abstand zu nehmen. (Zustimmung.)

Haug-Bant: Ich bitte Sie, diesen Antrag nicht anzunehmen. Bei dieser wichtigen Frage ist eine Diskussion unbedingt notwendig, um manchen guten Gedanken, der weder in den Anträgen, noch im Referat geäußert worden ist, zur Geltung kommen zu lassen. Im übrigen muß ich entschiedenen Protest einlegen gegen die ganz willkürliche Zusammensetzung der Kommission.

Molkenbuhr: Es ist ganz ausgeschlossen, daß auf diesem Parteitage die Sache zum Abschluß kommt. Andrerseits ist es aber niemand benommen, wenn er einen guten Gedanken hat, diesen der Kommission mitzuteilen. (Sehr richtig!) Eine andre Zusammensetzung der Kommission ließe sich ja in Erwägung ziehen.

v. Vollmar: Ich kann mich im wesentlichen Molkenbuhr anschließen. Gewiß wäre es wünschenswert, wenn die Organisationsfrage hier erst eingehend erörtert würde, bevor die Kommission zusammentritt, aber ein irgendwie befriedigender Abschluß der Debatte ist ausgeschlossen, und es ist ein alter Erfahrungssatz, wenn eine Debatte nicht richtig geführt werden kann, so ist es besser, man fängt sie überhaupt nicht an. (Sehr richtig!) Wir würden doch abbrechen müssen und vielleicht gerade in einem Moment, wo die wichtigsten Gesichtspunkte noch gar nicht geäußert sind. Wir sind also in einer Zwangslage nd können gar nicht anders, als von einer Debatte Abstand nehmen. — Wenn er aber die Anträge einer Kommission überweisen, so muß das auch mit allen nträgen geschehen, es liegt gar kein Grund vor, die beiden Anträge des Vorndes, wie der Antrag Arons es will, herauszunehmen. (Sehr richtig!) — an ist Klage erhoben worden über die Zusammensetzung der Kommission. er Bremer Antrag, 25 Mitglieder zu wählen, war uns ganz sympathisch, aber wurde in dem Antrag von vornherein festgelegt, in welcher Richtung die mmission arbeiten sollte, und das geht nicht. Wir stellten daher einen ag, der ganz dem Bremer entsprach, mit Ausnahme des ersten Satzes, und

Digitized by Google

da uns 25 Mitglieder zu viel schienen, haben wir 15 angenommen und versucht, eine Einteilung zu machen, durch die alle Teile des Reiches zu ihrem Rechte kommen. Da sind uns nun soviel Einwendungen gemacht, daß man schließlich zu 17 Mitgliedern kam. Seitdem habe ich nichts mehr davon gehört, unterdessen aber sind aus den 17 bereits 23 geworden; warum es dann nicht auch 25 sein können, verstehe ich nicht recht. Es sind ohnehin von Bayern nur zwei Vertreter vorgesehen, während wir drei Kreise mit ganz verschiedener Organisation und verschiedenen Interessen haben. Wenn die Kommission 23 Mitglieder haben soll, so würde ich nicht einsehen, weshalb ein so wichtiger Gau wie die Pfalz unvertreten sein soll. Ich würde dann vorschlagen, Bayern und Sachsen noch je einen Vertreter zu geben und 25 Mitglieder zu wählen. Aber ich weiß, sobald einmal die Rivalität in dieser Richtung beginnt, dann gibt es an allen Ecken und Enden ein Ach und Weh, weil jeder Teil glaubt, er ist gerade so wichtig. Ich will deshalb hier keinen Antrag stellen. Das beste wären wohl 15 Mitglieder, aber 25 werden die Partei auch nicht umbringen.

Bader-Magdeburg: Ich kann nicht einsehen, weshalb nicht eine Debatte über die Frage hier von Nutzen sein sollte. Man erwartet in Parteikreisen eine bestimmte Stellungnahme in der Organisationsfrage seitens des Parteitages. Man sollte zum mindesten eine Generaldiskussion zulassen, aus der die Kommission wichtige Informationen entnehmen könnte. Was die Zusammensetzung anlangt, so scheint mir Preußen mit 9 Stimmen von 23 viel zu wenig berücksichtigt, zumal die Frauen, die in Organisationsfragen dank unsrer Vereinsgesetze am wenigsten Erfahrung haben, 2 Stimmen erhalten sollen. Ich würde dafür sein, daß die Kommission noch verstärkt wird und daß sie ihre Arbeit nach Art der Agrarkommission durch Einsetzung von Unterkommissionen erledigt.

Stadthagen: Ich schließe mich dem Antrage Vollmars, alle Anträge der Kommission zu überweisen, an. Den Antrag Arons bin ich ermächtigt, zurückzuziehen. Die Zahl von 23 oder 25 Mitgliedern scheint mir viel zu hoch, die höchste Zahl wäre für mich 15, zu denen noch zwei Vorstandsmitglieder und zwei Frauen kommen würden. Ueber die Personen, die in der Kommission sitzen sollen, kann der Parteitag unmöglich beschließen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das muß den Organisationen der einzelnen Landesteile überlassen werden, und es muß der Kommission das Recht der Kooptation gelassen werden. Dann haben wir die Gewähr, daß auch wirklich Genossen gewählt werden, die etwas von den Organisationsfragen verstehen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Hug-Bant: Ich glaube doch, daß eine Generaldiskussion nichts schaden würde, sie ist umso notwendiger, als für den § 2 des Organisationsstatuts nun endlich eine Interpretation gegeben werden muß. Ich bin gewiß bekannt dafür, daß ich nicht nach Amt und Würden strebe, aber was dem Großherzog von Hessen recht ist, das muß uns billig sein. (Heiterkeit.) Wir haben es in Oldenburg und Ostfriesland, die in der Kommission nicht vertreten sind, mit 7 bis 8000 Werftarbeitern zu tun, wo gerade die von Gerisch hervorgehobene Frage in Betracht kommt. Es sollte doch nicht von den Genossen Preußens der Anschein erweckt werden: Wir Preußen sind groß, Ihr seid klein, drum müßt Ihr uns zu Willen sein. (Heiterkeit.) Die Erfahrung machen wir genug im Parlament, wir wollen sie nicht auch hier noch machen.

Pfannkuch: Ich bitte Sie, den Antrag Bader abzulehnen. Eine Generaldiskussion hat auch keinen Zweck. Wir sind doch alle Autoritäten auf dem Gebiete der Organisation. (Heiterkeit.) Es wird jeder etwas darüber zu sagen haben und schließlich wird doch nur ein kleiner Bruchteil zum Worte kommen. Die Gründe Vollmars sind durchschlagend. Darüber müssen wir uns klar sein, so vollkommen auch die Kommission zusammengesetzt wird, Mängel wird die Vorlage, die sie produziert, auch haben. (Sehr richtig!) Und Sie können heute noch so viel diskutieren, ihren eignen Weg wird die Kommission doch gehen

Digitized by Google

müssen, unbeschadet dessen, was hier in der Generaldiskussion gesagt wird. Diskutieren wir jetzt die Sache, dann wird der Kommission womöglich im nächsten Jahre der Vorwurf gemacht, sie habe die gegebenen Anregungen nicht genügend berücksichtigt. — Was die Zusammensetzung der Kommission anbelangt, so könnte man vielleicht Bayern und Oldenburg noch einen Sitz geben, dann kämen wir auf 25 Mitglieder.

Ulrich-Offenbach: Eine Generaldiskussion hätte nur Sinn, wenn wir Beschlüsse fassen wollten. Da dies nach der Menge der Anträge heute unmöglich ist, so ist auch eine Generaldiskussion überflüssig. Ich kann aber auch Stadthagens Vorschlag nicht zustimmen. Sein Apparat ist viel zu kompliziert. Bei der Kooptation kämen wir über die 15 und 17 doppelt und dreifach hinaus. Ich bin für den Vorschlag Volkmars. Damit wollen wir nicht erst anfangen, uns über das große Preußen zu beschweren, sonst müßte auch ich im Namen des Großherzogs von Hessen (Heiterkeit) dagegen protestieren, daß wir zu klein gemacht werden. Die Hauptsache ist, daß wir eine aktionsfähige Kommission schaffen. (Sehr richtig!)

Hoffmann-Bielefeld: Ich bin überzeugt, daß die Generaldiskussion abgelehnt wird. Auch wenn der Parteitag Zeit hätte, würde sie nicht ersprießlich werden können; das muß der Presse überlassen werden. Was die Zusammensetzung anlangt, so ist mir der Vorschlag Stadthagens, nur 15 Mitglieder zu wählen, am sympathischsten. Es kann sich dann kein Kreis über Nichtberücksichtigung beschweren.

Ein Schlußantrag Leber-Jena wird angenommen. In der Abstimmung wird hierauf der Antrag Bader auf Vornahme einer Generaldiskussion abgelehnt. Ebenso wird abgelehnt der Antrag Stadthagen, 15 Mitglieder anzunehmen und die Wahl den Organisationen der Landesteile zu überlassen, und ein Antrag, noch Bayern und Oldenburg je einen Sitz zu gewähren. Der Antrag Gerisch, Antrag 139, wird hierauf mit großer Majorität angenommen. Damit sind alle Anträge, die sich auf die Organisation beziehen, der Kommission überwiesen. Der vierte Punkt der Tagesordnung ist erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung „Maifeier".

Von den hierzu vorliegenden Anträgen 49 bis 59 werden die Anträge 55, 57, 58, 59 und Resolution 150 nicht unterstützt.

Das Wort erhält der Berichterstatter:

Richard Fischer: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich glaube, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich bei der gegenwärtigen Geschäftslage des Parteitages mich darauf beschränke, die Hauptgesichtspunkte, die in diesem Jahre in Frage kommen, hervorzuheben, dagegen auf die einzelnen Anträge nicht eingehe. Die Entscheidung der Frage ist ja eigentlich schon gegeben, der internationale Kongreß hat die Frage entschieden, der Beschluß in Amsterdam ist gefaßt worden nicht bloß unter Mitwirkung, sondern sogar auf Anregung der deutschen Delegation; wir Deutsche haben Stellung genommen gegen jede Verschärfung, aber auch gegen jede Schwächung der Resolution, und deshalb halte ich es einfach für die Pflicht des Parteitages, sich auf den Boden des Amsterdamer Beschlusses zu stellen und ihn zur Ausführung zu bringen. (Sehr richtig!) Gewiß, wenn man Wortklauberei treiben will, kann man ja sagen: Der internationale Kongreß in Amsterdam hat die früheren internationalen Kongreßbeschlüsse verschärft, insofern, als jetzt von einer Pflicht der proletarischen Organisationen gesprochen wird, Arbeitsruhe anzustreben, während bisher die internationalen Kongresse, wenn man von dem Uebersetzungsfehler der Resolution von Zürich absieht, sich darauf beschränkt haben, an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen

das Ersuchen zu stellen, die Arbeitsruhe anzustreben. Wer, ich meine, das heißt man Haarspalterei treiben. Der Gedanke ist der gleiche geblieben, der bisher auf allen internationalen Kongressen ausgesprochen ist, und wenn ein internationaler Kongreß den Beschluß faßt, die Arbeitsruhe zu erstreben, so ist es selbstverständlich Pflicht jeder Organisation und jedes einzelnen, alles das zu tun, was die Erfüllung dieser Forderung beschleunigt. Auch insofern, glaube ich, kann von einer Verschärfung schon nicht die Rede sein, als in dem Beschluß selbst schon die Grenzen dieser Pflichterfüllung gezogen sind; es ist die Bestimmung aufgenommen, daß die Arbeitsruhe nur da durchzuführen ist, wo keine Schädigung der Klasseninteressen der Arbeiter zu befürchten sind. Wenn also der Beschluß von Amsterdam loyal aufgefaßt wird, dann können alle die Bedenken und Einwände fallen, die innerhalb der Partei-Organisationen und namentlich von gewerkschaftlicher Seite in dem letzten Jahre gegen die jetzige Form der Maifeier erhoben sind. Da möchte ich gleich dem Grundeinwand begegnen, daß man sagt: es geht nicht an, daß die Partei so weittragende Beschlüsse faßt, aber die Durchführung derselben und vor allem die finanzielle Verantwortung dafür einfach auf die Schultern der Gewerkschaften abwälzt. Das ist ein Grundirrtum, es ist einfach nicht wahr, daß der Beschluß von den Vertretern der politischen Parteien gefaßt ist. Sowohl auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 als auf allen folgenden internationalen Kongressen, einschließlich des Amsterdamer, waren die Vertreter der Gewerkschaften mit anwesend, alle Beschlüsse, auch die in bezug auf die Maifeier, sind unter Mitwirkung der Vertreter der Gewerkschaften zustande gekommen, auf alle internationalen Kongresse haben die deutschen Gewerkschaften eigne Delegierte geschickt, sie haben genau so mitgewirkt wie die Vertreter der politischen Parteien, ihre Verantwortung ist also genau dieselbe. Nun bin ich der letzte, der sich verhehlen wollte, daß der Kampf um den 1. Mai gerade den Gewerkschaften in erster Linie große Opfer auferlegt und den Gewerkschaftsbeamten, soweit sie es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, ein großes Stück Verantwortung aufbürdet, aber doch nur in der Einschränkung, daß kein internationaler Kongreß und kein deutscher Parteitag ihnen jemals die Erstrebung der Arbeitsruhe unter allen Umständen zur Pflicht gemacht hat. Aber der Maßstab der finanziellen Verantwortung, der Maßstab der Geldkosten darf an eine solche Frage nicht angelegt werden, die geradezu eine Frage der internationalen Solidarität, eine Frage der internationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Die Maifeier ist historisch und gerade durch das Verhalten unsrer Gegner, der Regierung und der Bourgeoisie, eine Klassenfrage des Proletariats geworden, gleichsam ein Stück Klassenkampf gegen Regierung und Bourgeoisie. Wann hat jemals in der deutschen Arbeiterbewegung die Frage der Geldkosten bei einem Klassenkampf die entscheidende Rolle gespielt? (Sehr wahr!) Wie würden wir uns dazu stellen, wenn z. B. bei einer Frage wie der Aussperrung der Crimmitschauer Textilarbeiter die politischen Organisationen herkommen und sagen wollten, das ist in erster Linie Sache der Gewerkschaften, die Frage berührt die Partei in erster Linie nicht. Da wären wir alle einig, daß das gerade ein Verrat, ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung wäre. (Sehr wahr!) Bei alle solche Konflikte sind Fragen der Arbeiterklasse, und alles, was auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ist da solidarisch. Und als die Zuchthausvorlage auf der Bildfläche erschien, eine Vorlage, die in erster Linie gegen die Gewerkschaften gerichtet war, eine Vorlage, die den Zweck hatte, den Arbeitern die Möglichkeit zu nehmen, auf dem Wege des Streiks ihre Lage zu bessern, da war es selbstverständlich, daß die Partei sich sagte: Das ist ein Attentat auf die Arbeiterklasse, wir haben die Führung in diesem Kampf zu übernehmen und keinerlei Unterscheidung zu treffen darüber, welche Interessen da

in erster Linie berührt werden, die des politischen oder die des gewerkschaftlichen Flügels der Arbeiterbewegung. (Sehr wahr!) Genau so steht es mit der Feier des 1. Mai, das ist keine politische Demonstration, sondern eine Klassendemonstration, eine Demonstration für das Klassenideal, deren Bedeutung nicht in dem Augenblickserfolge liegt, sondern in dem ständigen Wachstum, in der Unerschütterlichkeit des Entschlusses, für das Klassenideal einzutreten auf allen Gebieten, wo uns das möglich ist. Eines sollten wir gerade bei dieser Frage besonders betonen und unser Augenmerk besonders darauf richten: Je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsformen, je mehr sie sich entwickelt und je mehr ihre Aufgaben sich erweitern, um so mehr lösen sich allmählich die äußeren Bande, die die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen verknüpfen, um so größer wird für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Gefahr, daß sie über den Kämpfen des Tages, über den Streit um Einzelfragen die großen Ziele der Arbeiterklassenbewegung, das Endziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppeljoch der ökonomischen und der politischen Knechtung, daß sie das Ziel der Zertrümmerung des kapitalistischen Lohnsystems mehr und mehr aus dem Auge verliert. (Beifall.) Und gerade unter diesem Gesichtspunkte hat die Maifeier ihre besondere Bedeutung. Das Eintreten für unsren Standpunkt wird immer mehr ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften und die Massen Jahr für Jahr ablegen. (Sehr wahr!) Und wenn dann immer die sogenannten guten Freunde aus dem bürgerlichen Lager kommen und uns erklären, daß es doch bloß Kraftvergeudung sei, für eine bloße Formsache, für eine Demonstration, die ihren Zweck doch nicht erreichen könne, Mittel auszuwerfen, daß die Gewerkschaften haushälterisch zu Werke gehen und ihre Kassen füllen sollten für die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die ihnen aufgedrängt werden, so haben wir allen Anlaß, uns immer wieder vor Augen zu halten, daß das die alte Melodie des alten Liedes ist, die Arbeiterbewegung in zwei Flügel zu trennen (Sehr richtig!), dort der Flügel, der für die Gegenwartsforderungen kämpft, dort der intransigente Flügel. Das ist nur der alte Standpunkt des „Teile und herrsche", damit man die Arbeiterklasse kastrieren kann. Unsre Aufgabe muß es vielmehr sein, dafür zu sorgen, daß dieses sozialdemokratische Glaubensbekenntnis, das die Massen Jahr für Jahr ablegen und mit dem sie ihre Solidarität ausdrücken wollen, nicht zu einer inhaltslosen Formel, zu einer äußerlichen Form wird, die man nur anstandshalber erfüllt, sondern wir müssen dies Glaubensbekenntnis mit dem Geiste des Klassenbewußtseins erfüllen, so daß die öffentliche Bekundung desselben den Massen zu einem Herzensbedürfnis, unsren Gegnern zu einem drohenden Menetekel wird. (Beifall.)

In diesem Sinne bitte ich Sie, nehmen Sie unsre alte Maifeier-Resolution auch diesmal an! Sie ist in würdiger Form die treue und ehrliche Erfüllung eines internationalen Beschlusses, an dem wir mitgewirkt haben, sie gewährt den gewerkschaftlichen Organisationen die Möglichkeit, nach ihrem eignen Entscheid
n Rahmen ihrer eignen Organisation und nach Maßgabe ihrer organisatorisch
sammengefaßten Kräfte ihre Klassenpflicht als Arbeiter zu erfüllen. (Beifall.)
ie Resolution lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andren Kundgebungen

für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Diese Resolution ist hervorgegangen aus den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, sie ist hervorgegangen aus der Erfüllung unsrer internationalen Verpflichtungen, sie ist hervorgegangen aus der Erkenntnis unsrer Kräfte. Deshalb bitte ich Sie, auch in diesem Jahre ihr möglichst einstimmig Ihre Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Bugund-Breslau: Daß die Maifeier eine Klassendemonstration ist, darin sind wir einig. Aber ich bestreite, daß die Feier jetzt einen einheitlichen Charakter trägt. Nur in wenigen großen Orten wird die Arbeit in einem nennenswerten Umfange eingestellt. Es muß einen traurigen Eindruck machen, wenn in Breslau am ersten Mai 200 Arbeiter im ganzen die Arbeit einstellen; in Görlitz sind es noch weniger; im oberschlesischen Kohlenrevier niemand. Der erhebende Gedanke der Maifeier kann am besten und einheitlichsten durch Abendversammlungen am ersten Mai zum Ausdruck kommen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag 54 anzunehmen.

Habicht-Limburg: Es sind nur die Führer der großen Gewerkschaften, die die Klassendemonstration des Proletariats am ersten Mai beseitigen wollen. (Sehr richtig!) Sie fürchten sie wegen der Schmälerung des gewerkschaftlichen Geldsacks. (Sehr richtig!) Dabei sind die Opfer, die für Aussperrungen infolge des 1. Mai gebracht werden müssen, ganz minimal. Es würde sich vielleicht empfehlen, bestimmte Gewerkschaftsforderungen, die sonst aus geringerem Anlaß erhoben werden, am 1. Mai zu erheben. Gerade die Maifeier ist ein gutes Mittel zur Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Jedes Gewerkschaftsmitglied ist polizeilich angemeldet, da sollte es auch den Mut haben, sich am 1. Mai zu zeigen. Den Abendversammlungen würde der Charakter der Demonstration gänzlich fehlen. (Sehr richtig!) Uebrigens sind in der Ausdehnung der Maifeier große Fortschritte erzielt worden. Diejenigen, die im vorigen Jahre zum erstenmale am 1. Mai durch Arbeitsruhe demonstriert haben, würden es nicht begreifen, wenn diese Form der Maifeier beseitigt würde. Nun sagen die Gewerkschaftsführer: die politische Partei will den Gewerkschaften vorschreiben, daß sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern sollen und das geht nicht, der nächste Gewerkschaftskongreß muß die Bestimmungen treffen. Umgekehrt wird ein Stiefel daraus. Die Gewerkschaftsführer wollen die politische Partei vorschieben, weil sie die Kosten der Klassendemonstration nicht bezahlen wollen. (Sehr richtig!) Da sollten sie doch einmal erst durch eine Urabstimmung feststellen, wie die Massen darüber denken, und es wird sich herausstellen, daß die Massen für diese Form der Demonstration sind. (Sehr richtig!)

Weinhebel-Hamburg: Ich will hier nur meine persönliche Meinung aussprechen. Der andre Standpunkt wird gleich nach mir eine sehr beredte Vertreterin finden. (Pfannkuch: Sie fürchten sich wohl schon! Heiterkeit.) Nein, ich habe keine Angst, sonst wäre ich nicht hierher getreten. Wir sollen uns nach dem Beschluß des Amsterdamer Kongresses richten, wonach die wirksamste Form der Maifeier in der Arbeitsruhe zum Ausdruck kommt. Wäre die Amsterdamer Resolution ohne die zwei letzten Absätze angenommen worden, könnten die Arbeiter den 1. Mai so feiern, wie es im Interesse des Landes und der Organisation ihnen wünschenswert erscheint.

So würde eine einheitliche Demonstration auch dort zustande kommen wo es sonst nicht möglich ist, die Feier so zu begehen, wie in andren Ländern. Nun kommt man und sagt: weil der Amsterdamer Kongreß einen Beschluß gefaßt hat, müssen wir uns fügen. Nun ja, das erfordert das Solidaritätsgefül

Aber es müßte doch wenigstens klipp und klar gesagt werden, was unter den Worten: „wo die Arbeitsruhe ohne Schädigung der Arbeiterinteressen erfolgen kann“ zu verstehen ist. Ist es denn keine Schädigung, wenn die Unternehmer sagen: Wir sperren die Arbeiter auf drei bis zehn Tage aus. In der Großindustrie ist von einer Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe gar keine Rede. Da heißt es, in Hamburg haben 30 000 Arbeiter den 1. Mai gefeiert. Aber von den 7000 organisierten Metallarbeitern waren nur 300 beteiligt. Die Demonstranten sind in erster Linie die Bauhandwerker, Schuhmacher, Schneider, Gastwirte, Angestellte der Krankenkassen usw. Aber im Hafen wird weiter gearbeitet und ebenso in der Metallindustrie. Die feiernden Metallarbeiter arbeiten bei Kleinindustriellen. Sehr habe ich mich darüber gewundert, daß gerade aus Spandau und Essen der Antrag gekommen ist, den 1. Mai durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Der Antrag kommt gerade aus Orten, wo seine Durchführung vollkommen ausgeschlossen ist. Wir alle sind mit der Maifeier nicht zufrieden, sie ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Unzufrieden sind diejenigen, die volle Arbeitsruhe verlangen, unzufrieden die, die die Arbeitsruhe ganz beseitigen wollen. Der Metallarbeiterverband hat bekanntlich beschlossen, daß nur dort der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden darf, wo mindestens drei Fünftel der Arbeiter organisiert sind und wenn sie es verlangen, und daß auf keinen Fall Aussperrungen mit Gegenforderungen beantwortet werden dürfen. Wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, zahlt der Verband bei Aussperrungen die Unterstützung. Es müßte ein Riegel vorgeschoben werden, um große Aussperrungen zu verhüten, damit nicht so die gewerkschaftlichen Erfolge, die in jahrelanger Arbeit errungen sind, verloren gehen. Eine klare Aussprache ist hier erforderlich. Fischer sagt: nur dort soll die Arbeit eingestellt werden, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Was heißt aber gerade die „Möglichkeit.“ Man braucht wirklich nicht auf den großen Geldsack der Gewerkschaften hinzuweisen. Sie haben die Verpflichtung, für die Besserstellung der Arbeiter und für Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen. Das sind doch auch Klassenforderungen des Proletariats. Ich will nicht die Ablehnung des Antrages Fischer empfehlen, aber wir sollten uns klar darüber aussprechen, ob es nicht möglich ist, eine würdige Form der Maifeier zu finden, ohne die Arbeiter zu verpflichten, für volle Arbeitsruhe einzutreten.

Frau Zietz: Der Vorredner hat gefragt, was denn unter großer Schädigung der Arbeiterinteressen zu verstehen sei. Nun können wir selbstverständlich darauf eine detaillierte Antwort nicht geben. Als eine große Schädigung der Arbeiterinteressen kann ich es jedenfalls nicht ansehen, wenn einige tausend Mark Unterstützungsgelder wegen einer Mai-Aussperrung aus der Gewerkschaftskasse genommen werden müssen. (Sehr richtig!) Zu einer wirklichen Schädigung aber rechne ich, wenn Arbeitsruhe in einem Ort am 1. Mai stattfindet, wo die Organisation noch nicht stark genug ist und wo die Unternehmer die jungen Anfänge der Organisation zertrümmern können. Die großen Aussperrungen, die auf das Ruhenlassen der Arbeit am 1. Mai gefolgt sind, sollten von den organisierten Arbeitern nicht als Grund für eine Einschränkung der Maifeier angeführt werden. Erinnern wir uns doch, daß ganz minimale Forderungen zu ganz gewaltigen Aussperrungen geführt haben, die niemand als Schädigung der Arbeiterinteressen ansieht. In diesen Kämpfen sind große Opfer gebracht worden, aber diese Opfer sind uns zu gute gekommen. (Sehr richtig!) Denken Sie an die Hamburger Werftarbeiter-Aussperrung; die Veranlassung war, daß die Nieter eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 2 Pf. verlangt hatten. Denken Sie an Crimmitschau, wo das Verlangen nach einer Arbeitszeitverkürzung zu der gewaltigen Aussperrung führte. Der rechnerische Standpunkt, das nüchterne

Digitized by Google

für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Diese Resolution ist hervorgegangen aus den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, sie ist hervorgegangen aus der Erfüllung unsrer internationalen Verpflichtungen, sie ist hervorgegangen aus der Erkenntnis unsrer Kräfte. Deshalb bitte ich Sie, auch in diesem Jahre ihr möglichst einstimmig Ihre Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Burgund-Breslau: Daß die Maifeier eine Klassendemonstration ist, darin sind wir einig. Aber ich bestreite, daß die Feier jetzt einen einheitlichen Charakter trägt. Nur in wenigen großen Orten wird die Arbeit in einem nennenswerten Umfange eingestellt. Es muß einen traurigen Eindruck machen, wenn in Breslau am ersten Mai 200 Arbeiter im ganzen die Arbeit einstellen; in Görlitz sind es noch weniger; im oberschlesischen Kohlenrevier niemand. Der erhebende Gedanke der Maifeier kann am besten und einheitlichsten durch Abendversammlungen am ersten Mai zum Ausdruck kommen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag 64 anzunehmen.

Habicht-Limburg: Es sind nur die Führer der großen Gewerkschaften, die die Klassendemonstration des Proletariats am ersten Mai beseitigen wollen. (Sehr richtig!) Sie fürchten sie wegen der Schmälerung des gewerkschaftlichen Geldsacks. (Sehr richtig!) Dabei sind die Opfer, die für Aussperrungen infolge des 1. Mai gebracht werden müssen, ganz minimal. Es würde sich vielleicht empfehlen, bestimmte Gewerkschaftsforderungen, die sonst aus geringerem Anlaß erhoben werden, am 1. Mai zu erheben. Gerade die Maifeier ist ein gutes Mittel zur Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Jedes Gewerkschaftsmitglied ist polizeilich angemeldet, da sollte es auch den Mut haben, sich am 1. Mai zu zeigen. Der Abendversammlungen würde der Charakter der Demonstration gänzlich fehlen. (Sehr richtig!) Uebrigens sind in der Ausdehnung der Maifeier große Fortschritte erzielt worden. Diejenigen, die im vorigen Jahre zum erstenmale am 1. Mai durch Arbeitsruhe demonstriert haben, würden es nicht begreifen, wenn diese Form der Maifeier beseitigt würde. Nun sagen die Gewerkschaftsführer: die politische Partei will den Gewerkschaften vorschreiben, daß sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern sollen und das geht nicht, der nächste Gewerkschaftskongreß muß die Bestimmungen treffen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Gewerkschaftsführer wollen die politische Partei vorschieben, weil sie die Kosten der Klassendemonstration nicht bezahlen wollen. (Sehr richtig!) Da sollten sie doch einmal erst durch eine Urabstimmung feststellen, wie die Massen darüber denken, und es wird sich herausstellen, daß die Massen für diese Form der Demonstration sind. (Sehr richtig!)

Weinheber-Hamburg: Ich will hier nur meine persönliche Meinung aussprechen. Der andre Standpunkt wird gleich nach mir eine sehr beredte Vertreterin finden. (Pfannkuch: Sie fürchten sich wohl schon! Heiterkeit.) Nein, ich habe keine Angst, sonst wäre ich nicht hierher getreten. Wir sollen uns nach dem Beschluß des Amsterdamer Kongresses richten, wonach die wirksamste Form der Maifeier in der Arbeitsruhe zum Ausdruck kommt. Wäre die Amsterdamer Resolution ohne die zwei letzten Absätze angenommen worden, könnten die Arbeiter den 1. Mai so feiern, wie es im Interesse des Landes und der Organisation ihnen wünschenswert erscheint.

So würde eine einheitliche Demonstration auch dort zustande kommen, wo es sonst nicht möglich ist, die Feier so zu begehen, wie in andern Länder Nun kommt man und sagt: weil der Amsterdamer Kongreß einen Beschluß gefaßt hat, müssen wir uns fügen. Nun ja, das erfordert das Solidaritätsgefü

Aber es müßte doch wenigstens klipp und klar gesagt werden, was unter den Worten: „wo die Arbeitsruhe ohne Schädigung der Arbeiterinteressen erfolgen kann“ zu verstehen ist. Ist es denn keine Schädigung, wenn die Unternehmer sagen: Wir sperren die Arbeiter auf drei bis zehn Tage aus. In der Großindustrie ist von einer Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe gar keine Rede. Da heißt es, in Hamburg haben 30 000 Arbeiter den 1. Mai gefeiert. Aber von den 7000 organisierten Metallarbeitern waren nur 300 beteiligt. Die Demonstranten sind in erster Linie die Bauhandwerker, Schuhmacher, Schneider, Gastwirte, Angestellte der Krankenkassen usw. Aber im Hafen wird weiter gearbeitet und ebenso in der Metallindustrie. Die feiernden Metallarbeiter arbeiten bei Kleinindustriellen. Sehr habe ich mich darüber gewundert, daß gerade aus Spandau und Essen der Antrag gekommen ist, den 1. Mai durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Der Antrag kommt gerade aus Orten, wo seine Durchführung vollkommen ausgeschlossen ist. Wir alle sind mit der Maifeier nicht zufrieden, sie ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Unzufrieden sind diejenigen, die volle Arbeitsruhe verlangen, unzufrieden die, die die Arbeitsruhe ganz beseitigen wollen. Der Metallarbeiterverband hat bekanntlich beschlossen, daß nur dort der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden darf, wo mindestens drei Fünftel der Arbeiter organisiert sind und wenn sie es verlangen, und daß auf keinen Fall Aussperrungen mit Gegenforderungen beantwortet werden dürfen. Wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, zahlt der Verband bei Aussperrungen die Unterstützung. Es müßte ein Riegel vorgeschoben werden, um große Aussperrungen zu verhüten, damit nicht so die gewerkschaftlichen Erfolge, die in jahrelanger Arbeit errungen sind, verloren gehen. Eine klare Aussprache ist hier erforderlich. Fischer sagt: nur dort soll die Arbeit eingestellt werden, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Was heißt aber gerade die „Möglichkeit.“ Man braucht wirklich nicht auf den großen Geldsack der Gewerkschaften hinzuweisen. Sie haben die Verpflichtung, für die Besserstellung der Arbeiter und für Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen. Das sind doch auch Klassenforderungen des Proletariats. Ich will nicht die Ablehnung des Antrages Fischer empfehlen, aber wir sollten uns klar darüber aussprechen, ob es nicht möglich ist, eine würdige Form der Maifeier zu finden, ohne die Arbeiter zu verpflichten, für volle Arbeitsruhe einzutreten.

Frau Zietz: Der Vorredner hat gefragt, was denn unter großer Schädigung der Arbeiterinteressen zu verstehen sei. Nun können wir selbstverständlich darauf eine detaillierte Antwort nicht geben. Als eine große Schädigung der Arbeiterinteressen kann ich es jedenfalls nicht ansehen, wenn einige tausend Mark Unterstützungsgelder wegen einer Mai-Aussperrung aus der Gewerkschaftskasse genommen werden müssen. (Sehr richtig!) Zu einer wirklichen Schädigung aber rechne ich, wenn Arbeitsruhe in einem Ort am 1. Mai stattfindet, wo die Organisation noch nicht stark genug ist und wo die Unternehmer die kaum Anfänge der Organisation zertrümmern können. Die großen Aussperrungen, die auf das Ruhenlassen der Arbeit am 1. Mai gefolgt sind, sollten von den organisierten Arbeitern nicht als Grund für eine Einschränkung der Maifeier angeführt werden. Erinnern wir uns doch, daß ganz minimale Forderungen zu ganz gewaltigen Aussperrungen geführt haben, die niemand als Schädigung der Arbeiterinteressen ansieht. In diesen Kämpfen sind große Opfer gebracht worden, aber diese Opfer sind uns zu gute gekommen. (Sehr richtig!) Denken Sie an die Hamburger Werftarbeiter-Aussperrung; die Veranlassung war, daß die Nieter eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 2 Pf. verlangt hatten. Denken Sie an Crimmitschau, wo das Verlangen nach einer Arbeitszeitverkürzung zu der gewaltigen Aussperrung führte. Der rechnerische Standpunkt, das nüchterne

Digitized by Google

für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Diese Resolution ist hervorgegangen aus den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, sie ist hervorgegangen aus der Erfüllung unsrer internationalen Verpflichtungen, sie ist hervorgegangen aus der Erkenntnis unsrer Kräfte. Deshalb bitte ich Sie, auch in diesem Jahre ihr möglichst einstimmig Ihre Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Bugund-Breslau: Daß die Maifeier eine Klassendemonstration ist, darin sind wir einig. Aber ich bestreite, daß die Feier jetzt einen einheitlichen Charakter trägt. Nur in wenigen großen Orten wird die Arbeit in einem nennenswerten Umfange eingestellt. Es muß einen traurigen Eindruck machen, wenn in Breslau am ersten Mai 200 Arbeiter im ganzen die Arbeit einstellen; in Görlitz sind es noch weniger; im oberschlesischen Kohlenrevier niemand. Der erhebende Gedanke der Maifeier kann am besten und einheitlichsten durch Abendversammlungen am ersten Mai zum Ausdruck kommen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag 54 anzunehmen.

Habicht-Limburg: Es sind nur die Führer der großen Gewerkschaften, die die Klassendemonstration des Proletariats am ersten Mai beseitigen wollen. (Sehr richtig!) Sie fürchten sie wegen der Schmälerung des gewerkschaftlichen Geldsacks. (Sehr richtig!) Dabei sind die Opfer, die für Aussperrungen infolge des 1. Mai gebracht werden müssen, ganz minimal. Es würde sich vielleicht empfehlen, bestimmte Gewerkschaftsforderungen, die sonst aus geringerem Anlaß erhoben werden, am 1. Mai zu erheben. Gerade die Maifeier ist ein gutes Mittel zur Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Jedes Gewerkschaftsmitglied ist polizeilich angemeldet, da sollte es auch den Mut haben, sich am 1. Mai zu zeigen. Der Abendversammlungen würde der Charakter der Demonstration gänzlich fehlen. (Sehr richtig!) Uebrigens sind in der Ausdehnung der Maifeier große Fortschritte erzielt worden. Diejenigen, die im vorigen Jahre zum erstenmale am 1. Mai durch Arbeitsruhe demonstriert haben, würden es nicht begreifen, wenn diese Form der Maifeier beseitigt würde. Nun sagen die Gewerkschaftsführer: die politische Partei will den Gewerkschaften vorschreiben, daß sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern sollen und das geht nicht, der nächste Gewerkschaftskongreß muß die Bestimmungen treffen. Umgekehrt wird ein Stiefel daraus. Die Gewerkschaftsführer wollen die politische Partei vorschieben, weil sie die Kosten der Klassendemonstration nicht bezahlen wollen. (Sehr richtig!) Da sollten sie doch einmal erst durch eine Urabstimmung feststellen, wie die Massen darüber denken, und es wird sich herausstellen, daß die Massen für diese Form der Demonstration sind. (Sehr richtig!)

Weinheber-Hamburg: Ich will hier nur meine persönliche Meinung aussprechen. Der andre Standpunkt wird gleich nach mir eine sehr beredte Vertreterin finden. (Pfannkuch: Sie fürchten sich wohl schon! Heiterkeit.) Nein, ich habe keine Angst, sonst wäre ich nicht hierher getreten. Wir sollen uns nach dem Beschluß des Amsterdamer Kongresses richten, wonach die wirksamste Form der Maifeier in der Arbeitsruhe zum Ausdruck kommt. Wäre die Amsterdamer Resolution ohne die zwei letzten Absätze angenommen worden, könnten die Arbeiter den 1. Mai so feiern, wie es im Interesse des Landes und der Organisation ihnen wünschenswert erscheint.

So würde eine einheitliche Demonstration auch dort zustande kommen wo es sonst nicht möglich ist, die Feier so zu begehen, wie in andren Länder Nun kommt man und sagt: weil der Amsterdamer Kongreß einen Beschluß gefaßt hat, müssen wir uns fügen. Nun ja, das erfordert das Solidaritätsgef

Aber es müßte doch wenigstens klipp und klar gesagt werden, was unter den Worten: „wo die Arbeitsruhe ohne Schädigung der Arbeiterinteressen erfolgen kann“ zu verstehen ist. Ist es denn keine Schädigung, wenn die Unternehmer sagen: Wir sperren die Arbeiter auf drei bis zehn Tage aus. In der Großindustrie ist von einer Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe gar keine Rede. Da heißt es, in Hamburg haben 30 000 Arbeiter den 1. Mai gefeiert. Aber von den 7000 organisierten Metallarbeitern waren nur 300 beteiligt. Die Demonstranten sind in erster Linie die Bauhandwerker, Schuhmacher, Schneider, Gastwirte, Angestellte der Krankenkassen usw. Aber im Hafen wird weiter gearbeitet und ebenso in der Metallindustrie. Die feiernden Metallarbeiter arbeiten bei Kleinindustriellen. Sehr habe ich mich darüber gewundert, daß gerade aus Spandau und Essen der Antrag gekommen ist, den 1. Mai durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Der Antrag kommt gerade aus Orten, wo seine Durchführung vollkommen ausgeschlossen ist. Wir alle sind mit der Maifeier nicht zufrieden, sie ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Unzufrieden sind diejenigen, die volle Arbeitsruhe verlangen, unzufrieden die, die die Arbeitsruhe ganz beseitigen wollen. Der Metallarbeiterverband hat bekanntlich beschlossen, daß nur dort der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden darf, wo mindestens drei Fünftel der Arbeiter organisiert sind und wenn sie es verlangen, und daß auf keinen Fall Aussperrungen mit Gegenforderungen beantwortet werden dürfen. Wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind, zahlt der Verband bei Aussperrungen die Unterstützung. Es müßte ein Riegel vorgeschoben werden, um große Aussperrungen zu verhüten, damit nicht so die gewerkschaftlichen Erfolge, die in jahrelanger Arbeit errungen sind, verloren gehen. Eine klare Aussprache ist hier erforderlich. Fischer sagt: nur dort soll die Arbeit eingestellt werden, wo die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Was heißt aber gerade die „Möglichkeit.“ Man braucht wirklich nicht auf den großen Geldsack der Gewerkschaften hinzuweisen. Sie haben die Verpflichtung, für die Besserstellung der Arbeiter und für Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen. Das sind doch auch Klassenforderungen des Proletariats. Ich will nicht die Ablehnung des Antrages Fischer empfehlen, aber wir sollten uns klar darüber aussprechen, ob es nicht möglich ist, eine würdige Form der Maifeier zu finden, ohne die Arbeiter zu verpflichten, für volle Arbeitsruhe einzutreten.

Frau Zietz: Der Vorredner hat gefragt, was denn unter großer Schädigung der Arbeiterinteressen zu verstehen sei. Nun können wir selbstverständlich darauf eine detaillierte Antwort nicht geben. Als eine große Schädigung der Arbeiterinteressen kann ich es jedenfalls nicht ansehen, wenn einige tausend Mark Unterstützungsgelder wegen einer Mai-Aussperrung aus der Gewerkschaftskasse genommen werden müssen. (Sehr richtig!) Zu einer wirklichen Schädigung aber rechne ich, wenn Arbeitsruhe in einem Ort am 1. Mai stattfindet, wo die Organisation noch nicht stark genug ist und wo die Unternehmer die jungen Anfänge der Organisation zertrümmern können. Die großen Aussperrungen, die auf das Ruhenlassen der Arbeit am 1. Mai gefolgt sind, sollten von den organisierten Arbeitern nicht als Grund für eine Einschränkung der Maifeier angeführt werden. Erinnern wir uns doch, daß ganz minimale Forderungen zu ganz gewaltigen Aussperrungen geführt haben, die niemand als Schädigung der Arbeiterinteressen ansieht. In diesen Kämpfen sind große Opfer gebracht worden, aber diese Opfer sind uns zu gute gekommen. (Sehr richtig!) Denken Sie an die Hamburger Werftarbeiter-Aussperrung; die Veranlassung war, daß die Nieter eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 2 Pf. verlangt hatten. Denken Sie an Crimmitschau, wo das Verlangen nach einer Arbeitszeitverkürzung zu der gewaltigen Aussperrung führte. Der rechnerische Standpunkt, das nüchterne

Digitized by Google

Kalkul sollte hier nicht maßgebend sein. Seit wann ist es denn der Standpunkt der Gewerkschaften, daß jeder Groschen, der aus der Gewerkschaftskasse ausgegeben wird, nur verwandt werden soll für den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes? Haben wir nicht immer betont, daß in der gewerkschaftlichen Organisation ein außerordentliches Stück Erziehungsarbeit steckt, daß die Arbeiter durch sie nicht nur materiell, sondern auch geistig und sittlich auf eine höhere Stufe gehoben werden? Das haben wir dem Grafen Posadowsky gegenüber betont, als er die Gewerkschaften reine Streikvereine nannte. Sind wir damals etwa Demagogen gewesen? Ich denke doch nicht. (Sehr richtig!) Und so sollten wir fragen, nicht: was kostet uns die Maifeier? sondern: welche Vorteile bringt uns die Maifeier in dieser Richtung?! Wenn jetzt an eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gedacht wird, wem verdanken wir diesen Erfolg, wenn nicht dem Umstande, daß durch die Maifeier der Gedanke des Achtstundentags dem Proletariat in Fleisch und Blut übergegangen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Maifeier erzieht zur Solidarität, sie schafft den Idealismus, der zu Opfern bereit ist im Kampfe für das, was als Recht erkannt ist. Ein guter Gewerkschaftsführer muß ein guter Psychologe sein. (Sehr gut!) Er muß sich fragen, wie gewinnen wir neue Mitkämpfer? Gerade durch die Maidemonstration werden die Gewerkschaften gestärkt. Und noch eins kommt hinzu: Wenn am ersten Mai die Massen hinausziehen und die Arbeiter in den Werkstätten und auf den Bauten, die sich nicht beteiligen können, das sehen, dann empören sie sich über ihre Abhängigkeit, und diese Empfindung wird sich umsetzen in um so lebhaftere Beteiligung an der Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) Auf die Nichteinheitlichkeit der Feier durch Arbeitsruhe ist hingewiesen worden. Soll uns das abhalten, mit allen Kräften für die Ausbreitung der Arbeitsruhe zu sorgen? Wo wir starke Organisationen haben, hat die Beteiligung an der Maifeier durch Arbeitsruhe zugenommen. In Hamburg wurde zuerst die Maifeier am Sonntag begangen. Im ersten Jahre, wo die Arbeitsruhe beschlossen war, beteiligten sich 5000 am Zuge; im vorigen Jahre war die Beteiligung auf 30 000 gestiegen. (Hört! hört!) Unterschätzen wir nicht die Wirkung der Massensuggestion. Gerade die Indifferenten und Lauen werden durch die Maifeier mit fortgerissen. (Bravo!)

Zubeil: Man kann zufrieden sein, daß der Antrag, die Maifeier auf den Sonntag zu verlegen, nicht die nötige Unterstützung gefunden hat. Ein solcher Beschluß wäre ein schlimmer Rückschritt für die Partei und die Gewerkschaften. Auf jeden Fall steht fest, daß die Beteiligung an der Maifeier von Jahr zu Jahr zugenommen hat.

Wenn heute seitens größerer Gewerkschaften ernsthaft versucht werden sollte, an der jetzigen Form der Maifeier zu ändern, so würden sie sehr bald erfahren, daß ihre Mitglieder andrer Ansicht sind. Gewiß fordert die Maifeier Opfer; aber die erfordert jeder Kampf. Schlimm genug ist es, daß heute schon manche Verbände, z. B. die Buchbinder, auf ihren Generalversammlungen sich über die Einführung einer Heiratsunterstützung unterhalten. Dadurch wird das Proletariat gewiß nicht zum Klassenbewußtsein erzogen. (Sehr wahr!) Gerade der 1. Mai aber ist geeignet, d Klassenbewußtsein unter den Arbeitern zu erwecken. Daß die Beteiligung der Maifeier zurückgeht, ist nicht wahr, in Berlin und Umgegend haben n Fortschritte aufzuweisen. Die Verlegung der Maifeier auf den ersten Sonnt im Mai hat gar keinen Zweck. Wir Deutsche sollten uns freuen, daß wir ande Ländern mit leuchtendem Beispiel vorangehen. Ich bitte Sie, die Resoluti Fischer anzunehmen, zum Beweis dafür, daß wir keinen Rückschritt woll Ein solcher Rückschritt würde sowohl für die gewerkschaf liche als auch für die politische Bewegung äußerst verhä

Digitized by Google

nisvoll sein. Ich hoffe, daß die Resolution Fischer einstimmige Annahme findet. (Beifall.)

Riem-Dresden spricht nur für seine Person. Meine Erfahrungen bringen mich zu der Ueberzeugung, daß die Arbeitsruhe nicht durchzuführen ist. Das ganze Bestreben der Gewerkschaften geht jetzt dahin — und das ist gut — möglichst ohne Kampf mit den Unternehmern Verträge abzuschließen. Daraus folgt ganz von selbst, daß die Gewerkschaften gar nicht geneigt sind, für die Maifeier große Opfer zu bringen. Das ist nun mal und daran können Sie nichts ändern. Denn die großen Fortschritte der Gewerkschaften beruhen darauf, daß sie diese Taktik eingeschlagen haben. Man verkennt die Arbeiter, wenn man meint, die Arbeiter wollten die Maifeier um jeden Preis. Stellt man sich auf den Boden der nackten Tatsachen, so muß man sich sagen: Es ist leicht, die Arbeiter zur begeistern, aber die Maifeier ist nicht durchzuführen und deshalb verzichten wir auf sie. Es ist kein Zurückweichen, wenn man die Konsequenzen aus den Tatsachen zieht. Ich bin für den Antrag, die Feier auf den Abend des 1. Mai zu legen.

Mothes-Chemnitz: Die Arbeiter betrachten den 1. Mai als Feiertag, auch wenn sie die Arbeit nicht ruhen lassen, und wenn sie den 1. Mai am Tage nicht feiern können, so tun sie es abends. Wir müssen dahin wirken, daß die Gewerkschaften immer stärker werden, dann werden wir auch eher imstande sein, die Maifeier durchzuführen. Unverständlich würde es den Arbeitern sein, wenn die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai verlegt würde. Lassen Sie sich dazu nicht verleiten; darüber würden nur die Gegner triumphieren.

Wolf-Bochum: Ich weiß, es ist dankbarer, in dieser Frage mit dem Strom zu schwimmen; ich weiß, daß die Befürworter der Resolution Fischer hier einen besseren Resonanzboden finden, aber wir dürfen bei einer so wichtigen Frage nicht so leicht über die Tatsachen hinweggehen. Ich will hier nicht näher auf die Geschichte der Maifeier eingehen. Der Pariser Beschluß von 1889 entstand spontan; er war einer starken Begeisterung entsprungen. Dann kamen die Schwierigkeiten und Zweifel über die Form der Feier, über die Frage, ob sie durch Arbeitsruhe begangen werden solle, und Schippel war es, der die Feier in diesem Sinne propagierte, eine großartige Agitation für die Feier durch Arbeitsruhe in der „Berliner Volkstribüne" entfaltete. Er sagte: $1^1/_2$ Millionen Stimmen und 2 Millionen Maifeiernde! Da kam die Fraktion und legte durch eine Proklamation der Schippelschen Agitation eine Bremse an. Ich weiß, die Fraktion hatte ihre Gründe dafür, aber die Bremse hat meines Erachtens für alle Zeit erlahmend gewirkt. Wir haben jetzt lange Jahre mit aller Kraft für die Maifeier gewirkt und uns Beteiligungszahlen eingeredet, die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Jetzt müssen wir uns sagen, daß wir mit der Maifeier nicht das erreicht haben, was wir hofften. Die Resolution stellt es in das subjektive Ermessen des einzelnen, ob er feiern soll oder nicht. Das ist eben ein unerträglicher Zustand. Damit kommen wir nicht weiter. Wo sind denn die Erfolge unsrer Agitation für die Maifeier? Wo haben wir denn eine wirklich respektable Beteiligung erzielt?

Es ist gesagt worden, die Gewerkschaften hätten doch bisher nur ganz
[illegible]nge Ausgaben aus Anlaß der Maifeier gehabt. Viel größere seien gemacht
[illegible]den für Streiks oder Aussperrungen, wo der Kampfpreis ein ganz geringer.
[illegible]ist doch aber ein großer Unterschied, ob eine Gewerkschaft in die Zwangslage
[illegible]etzt wird, einen Angriff abzuwehren oder einen Angriff wagt, wenn sie sich
[illegible]! genug dazu fühlt. In beiden Fällen ist es ihre Pflicht, den Kampf bis
[illegible]äußersten zu führen. Wenn die Unterstützungen aus Anlaß der Maifeier
[illegible]er geringere waren, so doch nur deshalb, weil es die Gewerkschaften eben
[illegible]– nicht haben auf eine Machtprobe ankommen lassen. Mit dem Augenblick,

Digitized by Google

wo diese von ihren Mitgliedern die Arbeitsruhe fordern, haben sie auch die Folgen zu tragen.

Der jetzige Zustand ist einfach unerträglich. Man sagt, die Resolution verlange ja die Arbeitsruhe nicht absolut. Gegen eine derartige Parole haben sich ja auch die deutschen Delegierten immer auf den internationalen Kongressen gesträubt, sogar die Auferlegung einer Pflicht für den einzelnen in diesem Sinne ist in Amsterdam bekämpft worden. Wenn aber Worte einen Sinn haben sollen, dann bedeutet die dort angenommene Resolution doch eine Pflicht. Das hat auch Fischer hier ausgeführt.

Kein Zweifel, der bisherige Erfolg der Maifeier stellt niemand zufrieden. Aller Enthusiasmus kann uns nicht über diese Tatsache hinwegtäuschen. Wollen wir demonstrieren, so können wir das nur durch Massenbeteiligung. Und das ist nur am Sonntag zu erreichen. Wir sind stark genug, um auch einmal einen verfehlten Weg nicht weiter zu verfolgen.

Bömelburg: Alle Anträge, die darauf hinauslaufen, die Maifeier auf den Sonntag nach dem 1. Mai oder auf den Abend des 1. Mai zu verlegen, sind für den heutigen Parteitag ohne weiteres unannehmbar, und auch für die nächsten Parteitage so lange, bis der internationale Kongreß etwas andres beschließt. (Sehr richtig!) Die Kongreßbeschlüsse müssen wir nun einmal hoch halten, sonst dürfen wir uns an internationalen Kongressen nicht beteiligen. Die Resolution Fischer entspricht dem Amsterdamer Kongreßbeschluß und deshalb müssen wir ihr zustimmen. Mein Vorredner hätte sich seine Ausführungen bis zu dem Parteitag ersparen können, der dem nächsten internationalen Kongreß vorangeht. Man sagt, auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß würde die Frage erörtert werden. Ob die Generalkommission diese Absicht hat, weiß ich nicht, ich nehme es aber an. Wenn es möglich wäre, die Erörterung der Frage seitens der Gewerkschaften zu verschieben, bis kurz vor den nächsten internationalen Kongreß, so wäre mir das allerdings lieber, es wird aber kaum möglich sein, da der Gewerkschaftskongreß nur alle drei Jahre zusammentritt. Das kann keineswegs mehr bestritten werden, daß die Meinungen über die Bedeutung der Maifeier sehr weit auseinandergehen. Es hat sich als unmöglich erwiesen, die Arbeitsruhe im allgemeinen auch nur einigermaßen durchzuführen. Ich habe in meinem Wahlkreis wiederholt der Maifeier beigewohnt, und was habe ich gesehen? Die Zahl derjenigen, die sich an der Arbeitsruhe beteiligten, war nur sehr klein. Es waren in der Hauptsache nur Bauhandwerker und Personen, die sich in einigermaßen unabhängiger Stellung befanden. Aber Fabrikarbeiter und Bergarbeiter waren fast gar nicht beteiligt, und die Bergarbeiter, die sich beteiligten, hatten Nachtschicht gehabt, büßten dann am Tage ihren Schlaf ein und gingen abends wieder zur Arbeit. Hier und da war auch vielleicht einer darunter, der sich krank gemeldet hatte. Von den Fabrikarbeitern war niemand beteiligt und es steht fest, daß auch in absehbarer Zeit gar nicht daran zu denken ist, daß die Arbeiter dort am 1. Mai feiern können. Selbst vorausgesetzt, daß der Metallarbeiter- und Bergarbeiterverband in absehbarer Zeit fast die gesamten Arbeiter ihres Berufes in sich zusammenfaßten, so ist noch lange nicht gesagt, daß diese Organisationen dann imstande wären die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzusetzen. (Sehr richtig!) Einer der Vorredner sagte, die Gewerkschaften würden die Maifeier durchführen können, wenn sie Geld dafür ausgeben wollten. Wenn Aussperrungen infolge der Arbeitsruhe erfolgten, sollten die Gewerkschaften das benutzen, um ihre Forderungen zu stellen und den Lohnkampf sofort stattfinden zu lassen, den sie sonst vielleicht im Juli durchgeführt hätten. Wenn die Gewerkschaften so handeln wollten, würden sie in Grund und Boden ruiniert werden. Der Genosse Habicht sollte doch wissen, daß man Lohnkämpfe nicht zu beliebiger Zeit

Digitized by Google

sondern nur dann beginnen kann, wenn die Verhältnisse so günstig liegen, daß Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Und so liegt es auch in unsern Großindustrien. Wer wollte es wagen, zu sagen, daß die Leiter des Bergarbeiterverbandes verpflichtet wären, für die Maifeier einzutreten, trotzdem schließlich eine große Aussperrung der Arbeiter erfolgen würde. Ich bin fest überzeugt, daß wenn durch ein solches Vorgehen der Gewerkschaftsführer Tausende, unter Umständen Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße gebracht würden und es sich später herausstellen würde, daß der mit dem Unternehmertum aufgenommene Kampf nicht siegreich durchgeführt werden kann, ja daß es gar nicht möglich wäre, für die Kämpfenden die Mittel aufzubringen, daß Sie dann alle, die heute sagen, die Gewerkschaften sollen ihre Kassen leeren für die Maifeier, diesen Gewerkschaftsführern vorwerfen würden, daß ihre Taktik sich als eine sehr schlechte erwiesen habe, daß sie diesen Schritt nicht hätten tun sollen. So einfach liegen die Dinge nicht. Ich muß Ihnen offen sagen, selbst der Verband, dem ich angehöre und dessen Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe, hat vor einigen Jahren auf seinem Verbandstage den Beschluß gefaßt, aus der Verbandskasse Mittel zur Unterstützung derjenigen, die infolge der Maifeier gemaßregelt werden, nicht zur Verfügung zu stellen. Und wir befinden uns in der Lage — ich mache gar kein Hehl daraus — im nächsten Jahre diesen Beschluß erneuern zu müssen. So wie es bei uns liegt, so liegt es auch bei andren Gewerkschaften. Was glauben Sie wohl, wenn wir herkommen würden und einen Artikel im „Grundstein" schrieben: Die Verbandskasse stellt Mittel für diesen Zweck zur Verfügung und nun mal los — ich kann Ihnen versichern, die Zahl der maifeiernden Maurer — die sich ja heute schon in einigen Orten fast einmütig an der Arbeitsruhe beteiligen — würde mindestens um 50 000 steigen. Aber weder wir noch irgend eine andre Organisation kann so große Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Würden wir diesen Weg betreten, so wäre es leicht möglich, daß das Unternehmertum darin eine Handhabe finden würde, um schließlich die Organisationen bis zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. (Sehr richtig!) Wir sind also vom taktischen Standpunkte aus gar nicht in der Lage, die Sache offen propagieren zu können. Daher werden wir auch von einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai leider für absehbare Zeit nicht reden können. Es werden schon heute von meiner Organisation wie den örtlichen Vereinen ziemlich erhebliche Summen aufgebracht. Zubeil sprach von Berlin. Gewiß, Berlin ist eine große Stadt, es hat auch in Deutschland eine große Bedeutung und die Berliner Maurer feiern den 1. Mai fast einmütig. Aber, Genosse Zubeil, wollten Sie einmal den Berliner Maurern sagen: Ihr feiert den 1. Mai, aber Ihr verzichtet auf drei, vier Tage Unterstützung. Da sollten Sie mal Eigenartiges erleben. (Sehr richtig!) Die Berliner Maurer verlangen, wenn sie ausgesperrt werden — für den 1. Mai nehmen sie ja nichts bezahlt — Unterstützung; würde die wegfallen, so würde die Begeisterung für den 1. Mai erheblich abkühlen. In einem Ort wurde von unsrer Organisation vor Jahren der Beschluß gefaßt: Am 1. Mai wird gefeiert, und wer das nicht tut, wird einfach ausgeschlossen. Wir haben da erlebt — von der Zentrale konnten keine Mittel zur Verfügung gestellt werden — daß der Ortsverein, um die Unterstützung zahlen zu können, sich Geld borgen mußte. Am nächsten 1. Mai, der auf einen Sonntag fiel, war das Geld noch nicht zurückgezahlt. Es ist kein Zweifel, daß wie die Dinge liegen, die Arbeitsruhe nicht durchzuführen ist, ohne daß die Organisationen großen Schaden leiden. Man sollte sich also hüten, hier den Gewerkschaften Vorwürfe zu machen. Diese haben getan, was möglich war. So lange wir die Arbeitsruhe anstreben, werden wir auch darunter zu leiden haben, daß wir nicht alles tun konnten, um sie zu einer allgemeinen zu machen.

Leber-Jena: Ich gehöre zu denen, die in der Gewerkschaftsbewegung ihre Schuldigkeit getan haben und für das Unterstützungswesen eintreten,

Digitized by Google

aber für den Standpunkt verschiedener Gewerkschaftsführer in der Maifrage kann ich nicht sein. Ich habe schon früher Weinheber gegenüber meinen Standpunkt vertreten, daß man die Wirkung der Maifeier nicht nach Heller und Pfennig berechnen dürfe, sondern daß das ideale Moment in den Vordergrund geschoben werden müsse. Gewiß hat Bömelburg Tatsachen angeführt, die einer näheren Prüfung bedürfen, aber deswegen kann man doch die Resolution annehmen. Wenn die Beteiligung an der Maifeier keine so große ist, so liegt das auch an der Erziehung der Arbeiter durch die Gewerkschaftsführer. In Jena hat die Firma Zeiß ihren Arbeitern den 1. Mai von mittags an freigegeben unter Bezahlung des ganzen Tages. (Hört! hört!) Die Folge war, daß sehr viele Arbeiter meinten, es genüge, wenn man den 1. Mai von Mittags an feierte. Solche Erscheinungen hängen mit der Erziehung in den Gewerkschaften zusammen. Man sollte den Arbeitern nicht das Klassenbewußtsein nehmen. (Bravo!)

Klühs-Breslau: Daß wir die Resolution Fischer nicht einstimmig annehmen können, beweisen die Ausführungen Bömelburgs, der eine glänzende Rede gegen sie gehalten hat, obwohl er für sie sprach. Wir dürfen doch Resolutionen nicht bloß deshalb annehmen, weil ein internationaler Kongreß das mal beschlossen hat. Die Tatsachen lehren das Gegenteil von dem, was Zubeil behauptet hat. In den Grubenbezirken Schlesiens ist die Beteiligung an der Maifeier eine ganz verschwindend geringe. Die Maifeier soll doch eine imposante einheitliche Aktion sein, in der Tat aber wird nur in einigen größeren Orten gefeiert, im ganzen übrigen Reich ist die Beteiligung eine verschwindend geringe, so daß sie den berechtigten Spott unsrer Gegner herausfordert. Ich möchte befürworten, daß wir trotz aller Kongreßbeschlüsse die Arbeitsruhe am 1. Mai aufheben. (Lebhafter Widerspruch.) Den Abend könnten wir zur Feier beibehalten, weil das in andren Ländern auch so geübt wird. Dadurch, daß wir fortgesetzt von großen Demonstrationen in den Zeitungen reden, während doch nur wenige teilnehmen, machen wir uns lächerlich. Wir tun darum besser, wir sparen das Geld. (Lachen.) Wenn Sie auch darüber lachen, Tatsache ist es doch und Sie selbst müssen zugeben, daß es nicht möglich ist, die Arbeitsruhe ganz zu erreichen. (Zuruf: Wird ja auch nicht verlangt!) Wir können besser agitieren, wenn wir abends Versammlungen veranstalten. Aber die Arbeitsruhe sollte man ganz aus dem Spiele lassen.

Ein Schlußantrag wird angenommen, nachdem Oehlking dagegen gesprochen hat, da bisher fast nur Gewerkschaftsführer zum Worte gekommen seien.

Das Schlußwort erhält

Richard Fischer: Ich glaube, in meinen Ausführungen betont zu haben, daß es selbstverständlich Aufgabe und Recht der Gewerkschaften sei, über die Arbeitsruhe in ihrem Beruf nach ihren eignen Interessen zu entscheiden. Die ganze Debatte richtet sich gegen die vollständige Arbeitsruhe, die in unsrer Resolution gar nicht gewünscht und verlangt wird. Wir verlangen nicht Arbeitsruhe überall und unter allen Umständen, sondern überlassen der Gewerkschaft die Entscheidung darüber, in welchen Fällen sie die finanzielle Verantwortung übernehmen will. Ich verstehe nicht, wie ein Sozialdemokrat in der Form gegen die Arbeitsruhe argumentieren kann, wie Klühs es getan h (Sehr richtig!) Weil die Beteiligung schwach ist, deshalb sollen wir unsre B strebungen aufgeben, weil die Gegner über die Schwäche der Bewegung spotte weil in Schlesien die Arbeiterbewegung, die politische und die gewerkschaftlich noch nicht entwickelt ist, deshalb sollen wir in ganz Deutschland kein Kampf mehr für die Arbeitsruhe führen? (Sehr gut!) Wie lange ist denn her, daß man in Deutschland noch ausgelacht wurde, wenn man mit d sozialdemokratischen Programm kam, daß man die Sozialde

Digitized by Google

traten als eine Sorte minderwertiger Menschen, als Gesindel und dergleichen bezeichnete? Hat uns das gehindert, unsre Propaganda weiter zu betreiben? Wolf-Bochum hat gemeint, eigentlich sei die Fraktion daran schuld, daß wir auf ein totes Geleise geraten sind; hätte sie 1890 unmittelbar unter dem Eindruck der Pariser Resolution nicht den bekannten Aufruf erlassen, dann wären wir jetzt nicht auf diesem Wege, dann hätte sich die Arbeitsruhe verwirklicht. (Sehr wahr!) Ich will darauf nicht zurückkommen, aber die Fraktion hatte damals dasselbe Recht für sich beansprucht, was jetzt die Gewerkschaften beanspruchen; ihr lag damals die ganze Verantwortung ob, und unter dem Eindruck dieser Verantwortung hat sie gehandelt, und zwar im Interesse der Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Unter diesem Gefühl der Verantwortung stehen auch heute die Gewerkschaften, und das respektieren wir. Bömelburg hat gewiß loyal den Standpunkt der Partei mit dem der Gewerkschaftsführer zu vereinigen gesucht. Er glaubt nun, daß es in absehbarer Zeit für die Bergarbeiter unmöglich sei, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen. Ich kann das nicht unterschreiben, schreibe mir aber heute auch nicht das Recht zu, das Gegenteil zu behaupten. Wenn aber einmal die Bergarbeiter, die jetzt seit Jahrzehnten politisch und gewerkschaftlich niedergedrückt sind, zur Kraft und zum Bewußtsein der Macht ihrer Organisation kommen und dann eine günstigere wirtschaftliche Lage ihnen zu gute kommt, warum sollte es dann bei einem solchen elementaren Erwachen einer so großen und wirtschaftlich so bedeutungsvollen Arbeiterschicht nicht möglich werden, neben andren Forderungen auch die der Arbeitsruhe durchzusetzen?

Vor dem Standpunkt, den zum Beispiel Riehm einnimmt, muß die Partei gewarnt werden. Er hat zweifellos die Meinung einer Richtung ausgesprochen, die auch in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist. Alles, was auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, auf dem Boden des Klassenkampfes steht, muß aber gegen diesen Standpunkt Front machen. (Sehr richtig!) Was soll das heißen, wenn Riehm es als allgemeine Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung hinstellt, Tarifverträge abzuschließen, um Kämpfe zu vermeiden; Tarifverträge sollten geordnete Verhältnisse schaffen, damit die andren Zweige der gewerkschaftlichen Tätigkeit gefördert werden könnten. Ich bin gewiß immer für die gewerkschaftlichen Organisationen eingetreten und dafür, daß die Gewerkschaften, um sich für ihre eigentlichen Aufgaben zu stärken, ihre Tätigkeit immer weiter spannen, damit sie ihren Mitgliedern immer mehr bieten können, aber die Hauptsache dürfen für Gewerkschaften nicht die Unterstützungen sein (Sehr richtig!), sondern die Grundlage des gewerkschaftlichen Kampfes muß die soziale, die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter sein. (Bravo!) Alles andre kann wohl das Rückgrat sein, auf das sich die Gewerkschaften stützen; Riehm aber stellt gerade das Gegenteil als Aufgabe der Gewerkschaften hin: das Aufgeben des Kampfes für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter — das heißt Hinüberrutschen auf die Bahn der englischen Trades-Unions, die Aufgabe des Klassenstandpunktes, die Aufgabe des Arbeiterstandpunktes als solchen und Befürwortung von Interessen, die in erster Linie Zunftinteressen sind. (Sehr richtig!) Wir Metallarbeiter, wir Bildhauer, wir Lithographen stellen für uns e und die Forderungen auf und wollen sie durchsetzen ohne Rücksicht auf e allgemeine Arbeiterbewegung, wir haben nur noch Standes-, nur noch erufsinteressen zu vertreten, keine allgemeinen Arbeiterinteressen. a, werte Genossen, wie lange wird es dauern, dann wird dieselbe Parole für en eignen Beruf, für den Zunftstandpunkt übertragen auf das politische Gebiet. ir haben in der Politik die und die Augenblicksforderungen, wir unterstützen all e Kandidaten, die für diese Augenblicksforderungen eintreten, aber der allge-

Digitized by Google

meine Klassenstandpunkt, der die allgemeinen Arbeiterinteressen als das einzig maßgebende betrachtet, den haben wir nicht, mit dem erreichen wir nichts, das sind Dinge, die in absehbarer Zeit doch nicht durchzuführen sind, was sollen wir dafür unsre Kräfte vergeuden, treten wir lieber ein für den Zehnstundentag, für Tarifverträge, für die gesetzliche Festlegung der Berufsvereine in bestimmten Normen als für den Achtstundentag, da er für einzelne, z. B. landwirtschaftliche Arbeiter doch in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist. Das ist die große Gefahr, die sich aus den Konsequenzen dieses Standpunktes ergibt. (Sehr richtig!) Alle Gewerkschafter und Parteigenossen haben das größte Interesse daran, diesen Standpunkt nicht aufkommen zu lassen, das liegt nicht im Partei-Interesse, sondern im Interesse der Gewerkschaften selber. (Sehr richtig!) Nun glaube ich nicht, daß dieser Standpunkt heute schon der Standpunkt der Gewerkschaften ist. Einzelne Gewerkschaftsbeamte vielleicht in kleineren Organisationen, auch einzelne Führer mögen diese Auffassung vertreten; aber ich glaube, daß dieser Standpunkt des Ausgleichs der Arbeiter- mit den Unternehmer-Interessen, diese wohlbehagliche Forderung aller sogenannten Arbeiterfreunde, in der deutschen Arbeiterbewegung kein Echo finden wird. Das glaube ich heute schon prophezeien zu können. Und um so mehr, als ja unsre Regierung und unsre Polizei alles tut, durch ihre systematische Bekämpfung jeder Arbeiterforderung an die Unternehmerklasse den Arbeitern selber den Klassenstandpunkt einzupauken. Gewiß machen sich derartige Strömungen mehr und mehr bemerkbar, aber sie treten nicht hervor, wahrscheinlich weil sie sich sagen: je weniger wir von uns reden machen, je weniger wir mit diesem Standpunkt in den Vordergrund treten, desto leichter werden wir die Gewerkschaften allmählich an diese Einschläferungstaktik gewöhnen (Sehr richtig!) und wir werden dann auf unsern eignen Kongressen eines Tages Stellung gegen die Partei nehmen und das beste Operationsfeld wird für uns die Maifeier sein. Aus diesem Grunde muß die Sozialdemokratie auf ihrem Kongresse mehr als je heute ihren prinzipiellen Standpunkt bekunden. Man darf nicht internationale Kongreßbeschlüsse in der Weise auslegen wie es Kühs tat, daß man sagt: in Deutschland ist ohne Schädigung der Arbeiterinteressen der Pariser Beschluß nicht durchführbar, also brauchen wir ihn nicht durchzuführen. Das heißt dem Pariser Beschluß Gewalt antun, das ist nicht vereinbar mit der Würde, der Ehrlichkeit, dem Treu und Glauben, mit denen wir unsren Brüdern wie unsren Feinden gegenüber handeln müssen. Der Pariser Beschluß besagt: Die Maifeier ist als Demonstration für den Achtstundentag beschlossen und es ist Eure Pflicht, die Arbeitsruhe durchzuführen, wo es Euch möglich ist. Niemand wird doch behaupten wollen, daß nirgendwo in Deutschland die Möglichkeit vorhanden sein soll, für diesen Beschluß einzutreten. Das wird niemand sagen können, der noch Kongreßbeschlüsse loyal ausführen will. Wir wollen das und deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie für die Resolution, die bereits in München als Meinungsäußerung der Partei festgelegt ist! (Lebhafter Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Weinheber-Hamburg: Der Genosse Zietz möchte ich bemerken, der Streik der Nieter wurde nur als Vorwand genommen zur Aussperrung der Metallarbeiter, um die Lieferungsverträge hintanzuhalten mit Rücksicht auf die teuren Eisenpreise.

Habicht-Limburg: Es ist mir nicht eingefallen, Forderungen am 1. Mai vertreten zu wollen, die erst im Dezember erfüllbar sind.

Riem-Dresden: Die Konsequenzen, die Fischer aus meinen Ausführungen zog, waren nicht daraus zu ziehen. Wenn ich sagte, die Gewerkschaften erstrebten Tarifgemeinschaften, um sich Kämpfe zu ersparen, so ist damit noch nicht gesagt, daß ich den Standpunkt der Trades-Unions

Digitized by Google

propagiere. Das Streben nach Tarifverträgen ist bei vielen Gewerkschaften vorhanden. (Rufe: Persönlich!) Würden diese unbedingt den 1. Mai feiern, so wäre das unter Umständen für Arbeiter, die Tarifverträge haben, ein Kontraktbruch.

Die Resolution Fischer (151) wird mit großer Mehrheit angenommen, die übrigen Anträge zur Maifeier sind damit erledigt.

Vorsitzender Dietz teilt mit, daß der, von 34 Delegierten unterschriebene Antrag 140 (in Sachen „Leipziger Volkszeitung") eingelaufen ist.

Zu einer Erklärung erhält hierauf das Wort

Hug-Bant: Sie werden mit mir der Ansicht sein, daß in der Notiz der „Leipziger Volkszeitung"*) das gemacht worden ist, was Bebel vorgestern aufs entschiedenste verurteilt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Bebel sagte, in der Hitze des Gefechts könne man einmal über die Schnur hauen, am Schreibtisch aber könne man sich zusammennehmen. (Sehr richtig.) In der „Leipziger Volkszeitung" wird Südekum in der schlimmsten Weise verhöhnt, weil er in gewissem Grade Schippel in Schutz genommen hat. Das ist aufs entschiedenste zu verurteilen. (Lebhafter Beifall.) Durch diese Notiz wird also zugleich die Redefreiheit des Parteitages verhöhnt. Das darf sich die Partei nicht gefallen lassen. Wenn ein Genosse auf dem Parteitage nach bestem Wissen und Gewissen seine Ausführungen macht, und man verhöhnt ihn deswegen, so ist das eine Verhöhnung der Meinungs- und Redefreiheit, die man mit Entrüstung zurückweisen muß, und ich glaube, der Parteitag schließt sich mir darin an. (Beifall.) Ich weiß nicht, ob es geschäftsordnungsmäßig möglich sein wird, den eben verlesenen Antrag anzunehmen. Ich bin aber überzeugt, die Genossen werden darin mit mir einverstanden sein, daß wir erwarten, daß die Leipziger Genossen Dr. Südekum Genugtuung verschaffen werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Wir können über den Antrag jetzt sofort nur dann verhandeln, wenn der Parteitag es ausdrücklich beschließt.

Pfannkuch: Das geht nicht, daß wir jetzt in die Tagesordnung diesen Antrag einziehen. (Zuruf: Preßkommission!) Selbstverständlich hat der Parteitag

*) Diese Notiz in Nr. 222 lautet: „Bürger Albert Südekum, Volksvertreter und Ritter hoher Prinzessinnen, scheint sich auf Grund seiner neuesten Heldentaten bereits als angehender Oberhofmarschall des Zukunftsstaates zu fühlen. Auf dem Parteitag geberdete er sich als kundiger Zeremonienmeister der Parteisitten und des „guten Tones" und machte eine kleine Anleihe an die bon mots von Dresden. Er meckerte etwas über — äh, äh — „psychologische Rätsel", deren wir — äh, äh — „noch mehrere in der Partei haben." Pikant, was? Fabelhaft patent! Beinahe Serenissimus! „Psychologische Rätsel" sind ja nur in plebejischen Regionen zu finden, wo die Wonnen des Lackstiefels und Krawattensports aufhören und man sich nicht immer strebend bemüht, sich von einer Märchenfee erlösen zu lassen, um nachher selbst als moderner Donnröschenprinz politisch zu debütieren; wo man auch mit largem Pfunde nicht zu wuchern versteht und wo den Weltmann alles rätselhaft, unheimlich, unpsychologisch berührt. Erst in den höheren und höchsten Sphären der Menschheit fängt das psychologische Verständnis des Bürgers Südekum zu funktionieren an. Da droben auf den verklärten Höhen der Gesellschaft ist alles durchsichtig helle, „und um sein ganzes Wesen wirds unaussprechlich klar". Kein Wunder, daß ihm auch Schippel immer unheimlicher wird. Der Mann ist offenbar „gebildet", ein moderner Mensch und kein „Prolet". Aber äußerlich sieht man ihm das gar nicht an. Er sieht aus, wie ein Ausschnitt aus einem Modejournal von vor 40 Jahren, oder wie ein Landpfarrer in schwarzem Gehrock und Papierkragen. Ein psychologisches Rätsel! Es wird Zeit, daß die internationale Revolution der Stehkragen, Gigerlwesten und Schnabelschuhe blutigrot am Horizont aufsteigt und Bürger Südekum Generalunterobrist des Zukunftsstaates wird. Sonst gibt ihm die Partei noch weitere „psychologische Rätsel" auf."

Digitized by Google

das Recht, sich zu der Sache zu äußern. Wäre er nicht gerade zusammen, so hätte der Parteivorstand sich damit befaßt. Ich schlage vor, den Antrag bei Punkt 9 der Tagesordnung (Sonstiges) zur Verhandlung zu stellen.

Buhl-Leipzig: Ich glaube, die Sache wird am besten durch eine Erklärung der Leipziger Genossen erledigt. Die Leipziger Delegierten sind nicht in der Lage, zu beurteilen, aus welchen Gründen die Notiz der „Leipziger Volkszeitung" in der bemängelten Form zu stande gekommen ist. Sie können daher zunächst die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" nicht verurteilen (lebhafter Widerspruch) und auch nicht verteidigen. Ueberlassen Sie deshalb die Sache den Leipziger Genossen zur definitiven Regelung. (Rufe: Nein, nein!)

Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, daß das kein Vorschlag ist, der am Parteitag diskutiert wird; erhebt sich kein Widerspruch, so gilt er als angenommen, und die Sache ist erledigt. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Dietz: Sind Sie damit einverstanden, daß wir dem Antrage sofort zustimmen? (Stadthagen und andre Delegierte widersprechen.) Dann verschieben wir die Verhandlung bis zu dem Punkte „Sonstige Anträge". (Zustimmung.)

Zu einer Berichtigung erhält hierauf das Wort

Ledebour: Im Leitartikel des gestrigen „Vorwärts" heißt es am Schluß, ich hätte ausdrücklich betont, daß Schippel durch das Amendement Freythaler nicht zur Niederlegung des Mandats aufgefordert werden solle. Ich habe das gerade Gegenteil erklärt, und es ist das auch sonst allseitig so verstanden worden. Ich habe mit den Berichterstattern gesprochen, ich habe das ersehen aus den sonstigen Artikeln in unsrer Parteipresse, die mir zu Gesicht gekommen sind. Ich lege Wert darauf, diese irrtümliche Auffassung des „Vorwärts" jetzt zu berichtigen, weil der eigentliche Bericht, der vermutlich meine Rede korrekt wiedergibt, in der nämlichen Nummer des „Vorwärts" nicht enthalten, sondern bis auf den folgenden Tag verschoben ist. Der Leitartikel muß zunächst alle Leser des „Vorwärts" irreführen über die Bedeutung meines Schlußwortes. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wiederhole ich, daß ich in meinem Schlußworte das Amendement Freythaler angesichts der ganzen Diskussion und angesichts der Situation als eine in höfliche Worte gekleidete Aufforderung an Schippel aufgefaßt habe, sein Mandat niederzulegen.

Redakteur des „Vorwärts" Eisner: Als Verfasser des „Vorwärts"artikels habe ich das Bedürfnis, einige Worte zu sagen. Ich schicke voraus, daß ich Ledebour bereits davon in Kenntnis gesetzt habe, daß ich sofort, nachdem er mir mitgeteilt hatte, daß ich sein Referat unrichtig aufgefaßt hätte, dem „Vorwärts" eine Berichtigung eingesandt habe, die morgen veröffentlicht werden wird. Wenn Ledebour es gleichwohl für nötig gehalten hat, diesen meinen Irrtum auch noch öffentlich festzustellen, so bin ich genötigt, nun meinerseits zur Motivierung meines Irrtums einige Worte zu sagen. Als mir Ledebour heute vormittag mitteilte, ich hätte ihn mißverstanden, er hätte das Gegenteil von dem gesagt, was ich geschrieben habe, da war ich ganz erstaunt; denn in meiner Erinnerung haftete ganz die Auffassung, die ich in dem Artikel [illegible] treten habe. Nun habe ich mich sofort unterrichtet, daß ich mich tatsächlich geirrt habe. Aber dieser Irrtum war aus sachlichen Gründen sehr begreiflich. Als ich in später Abendstunde schnell mein Telegramm niederschrieb und aus der Erinnerung die Debatten zusammenfaßte, kam mir unwillkürlich eine Fassung der Ansicht des Referenten in die Feder, die seinem Referat entsprochen hätte. Das Amendement Freythaler stand ja im Gegensatz zu dem Antrag Katzenstein, der die sofortige Mandatsniederlegung von Schippel verlangte. Im Gegensatz hierzu sprach das Amendement Freythaler

Digitized by Google

daß das nicht die Absicht der Genossen sei (Sehr richtig!), sondern daß vielmehr dann, wenn Schippel, ich meine nicht sein sachliches, aber sein zweideutiges Verhalten fortsetzt, die Situation für die Niederlegung seines Mandats gegeben sei. (Zuruf Stadthagens: Das ist auch die Auffassung der Berliner Delegierten! — Sehr richtig! bei den Berlinern.) Nach dem Wortlaut und dem Ursprung des Amendements Freythaler ist eine andre Auslegung ganz ausgeschlossen. Nun habe ich das Verbrechen begangen, dem Referenten unterzuschieben, daß er das Amendement loyal ausgelegt hat. Ich habe mich darin geirrt, aber ich glaube Verzeihung für meinen Irrtum beanspruchen zu dürfen.

Ledebour: Ich habe ausdrücklich begründet, weshalb ich meine Erklärung hier abgab. Es genügt mir nicht, daß Eisner eine Berichtigung an den „Vorwärts" geschickt hat, denn mittlerweile geht die Behauptung unwidersprochen in die Welt hinaus. Deshalb habe ich die Gelegenheit benutzt, wozu ich ebenso wie andre Mitglieder des Parteitages ein volles Recht habe, eine Richtigstellung zu veranlassen. Eisner, der zugibt, sich geirrt zu haben, hält es trotzdem für notwendig, wieder in eine Diskussion über den Fall Schippel einzutreten, wozu er nach meiner Ueberzeugung absolut nicht einmal geschäftsordnungsmäßig das Recht hat. (Lebhafter Widerspruch.) Nein, das hat er nicht. Ich habe lediglich berichtigt, was ich gesagt habe. Ich habe Eisner mit keinem Worte angegriffen. Eisner aber eröffnet eine Diskussion darüber, wie man nach seiner Ansicht das Amendement hätte auffassen sollen. Ja, er ist sogar noch weiter gegangen, er hat sich erlaubt, die Bemerkung in seine Rede einzuflechten, seine Auffassung sei die loyale, und diese loyale Auffassung hätte ich mir nicht zu eigen gemacht, und er erhebt also gegen mich den Vorwurf der Illoyalität. (Zuruf: Mit Recht! Die Antragsteller hatten diese Motive nicht. Schlußrufe.) Ich bitte mich nicht zu unterbrechen. Wenn Sie glauben das Recht zu haben, darüber etwas zu sagen, so können Sie sich ja nur melden, ich muß mir sehr entschieden eine derartige Perfidie verbitten. (Unruhe, Glocke des Präsidenten.) Ich muß es mir verbitten, daß man mir Illoyalität vorwirft, wenn ich meine Auffassung hier wiedergebe, und ich habe sie wiedergegeben, ohne daß Widerspruch dagegen erhoben ist. Wenn jemand geglaubt hätte, er müsse Widerspruch erheben, so hätte er das tun können. (Rufe: Wann denn? Sie hatten ja das Schlußwort.) Wie kann sich da der Verfasser eines Zeitungsartikels über die Sache erlauben, mir eine illoyale Auffassung vorzuwerfen? Das ist geradezu unerhört. Ich muß es mir verbitten, daß in solcher Weise Gehässigkeit in die Debatte gebracht wird. (Zwischenruf Langer-Chemnitz: Sie haben ja Gehässigkeit hineingebracht!)

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Vorsitzender Dietz: Es ist fraglich, ob bis morgen abend die Erledigung aller Anträge möglich sein wird. Wir möchten nichts unter den Tisch fallen lassen, und ich schlage deshalb vor, daß Sie das Bureau ermächtigen, event. heute je nach Lage der Dinge noch eine dritte Sitzung anzuberaumen, etwa so, daß wir bis 7 Uhr tagen, dann eine Stunde Pause machen und von 8 Uhr ab noch etwa drei Stunden tagen. Dann sind wir sicher, daß gegen abend geschlossen werden kann und daß wir nicht noch Sonntag zu tagen brauchen. Ist es nicht notwendig, werden wir natürlich keine Abendsitzung halten.

Das Bureau erhält die Ermächtigung, eventuell eine Abendsitzung anzuberaumen.

Digitized by Google

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet kurz nach 3 Uhr die Verhandlung mit der Mitteilung einiger Begrüßungs-Telegramme.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zur Verhandlung steht Punkt 6 (Kommunalpolitik) mit Resolution 60 und den Anträgen 61 und 62), die genügende Unterstützung finden. — Die Antragsteller des Antrages 61 haben in ihrem Antrage den Passus „Besteuerung unverdienten Wertzuwachses" gestrichen. Ein fernerer Antrag verlangt, daß in dem Lindemannschen Kommunalprogramm hinter 4d eingeschaltet wird als 4e: „volle Koalitionsfreiheit für städtische Arbeiter und Beamten."

Lindemann: Die von Singer in München befürwortete Kommission zur Ausarbeitung eines Kommunalprogramms ist nicht gebildet worden. Auch aus der Erörterung der Kommunalpolitik in der Presse ist nicht viel geworden. Der Parteivorstand forderte mich auf, eine Resolution zur Kommunalpolitik zu entwerfen. Ich tat es, sie wurde im Vorstande beraten und auch der Kontrollkommission vorgelegt. Ich ging dabei von dem Gedanken aus, daß von allen Spezialfragen abgesehen werden müsse und daß nur allgemeine Grundsätze für die Behandlung der Kommunalpolitik aufzustellen seien. Allerdings enthält die Resolution unter 4 doch eine Anzahl spezieller Forderungen, die aber alle die kommunale Arbeiterpolitik betreffen. Gerade auf diesem Gebiete mußte aber eine Arbeiterpartei, wie die unsrige, spezielle Forderungen stellen. Die Parteipresse hat die Resolution wenig eingehend behandelt, nur Segitz hat sie in der „Fränkischen Tagespost" ausführlich besprochen. Die Resolution gibt zunächst in einer kurzen Einleitung wieder, daß wir auch in der Gemeinde uns von unsrem allgemeinen Programm leiten lassen. Der Umfang der kommunalen Arbeitstätigkeit wird kurz angegeben. Der erste Abschnitt der Resolution beschäftigt sich dann mit der allgemeinen Verfassung der Gemeinden. An die Spitze der Grundlinien der Gemeindeverfassung ist der Satz gestellt, daß der Wahlkörper nach dem Grundsatz der Einwohnergemeinde zu bilden ist. Bisher haben wir bekanntlich neben ihr noch in einer Anzahl von Bundesstaaten sogenannte Bürgergemeinden, in denen nur ein Teil der Einwohner, die Bürger, wahlberechtigt ist. Im Laufe der Entwicklung hat sich dann noch das Bürgernutzrecht von dem Bürgerrecht ausgeschieden. In dem Maße nun, wie infolge der industriellen Entwicklung der Gemeindecharakter sich änderte, bildete sich ein Konflikt zwischen Bürgern und Einwohnern heraus, der nur dadurch beseitigt werden konnte, daß das Bürgergeld herabgesetzt wurde oder daß an Stelle der Bürgergemeinde überhaupt die Einwohnergemeinde trat. Beschleunigt wurde diese Entwicklung dadurch, daß der Staat den Gemeinden immer mehr Aufgaben übertrug. Wir stellen nun die ganz allgemeine Forderung auf, daß die Bürgergemeinde durch die Einwohnergemeinde ersetzt werde, daß jeder Einwohner das aktive und passive Wahlrecht erhalte, daß alle Privilegien beseitigt werden und daß die Bürgernutzung aufgehoben werde: kurz, daß die Tatsache einer gewissen Aufenthaltsdauer und der Besitz des bürgerlichen Rechtes genüge, um eine Teilnahme an der Verwaltung zu ermöglichen. Auch in den kommunalen Verwaltungskörpern haben wir einen ähnlichen Gegensatz, wie in der Bürgergemeinde. Wir verlangen, daß damit aufgeräumt und überall das Einkammersystem eingeführt wird. Das Zweikammersystem, Magistrat und Stadtverordnete, oder wie der Name sein möge, ist für die Entwicklung der kommunalen Tätigkeit ein großes Hindernis. Eine genaue Kompetenz zwischen beiden Organen wird ganz zweifellos nie festgestellt werden können. Es werden stets Reibungen entstehen. Das müssen wir bekämpfen und müssen verlangen, daß der Wille der Bürgerschaft maßgebend bleibt und nicht der Wille der Beamten im Magistrat eine Stütze findet. Die Tätigkeit der Gemeinden hat

den letzten Jahrzehnten eine außerordentliche Steigerung erfahren. Es sind Aufgaben der Volkshygiene, der Sozialpolitik und wirtschaftliche Fragen hinzugekommen. Alle diese Aufgaben können nicht nach der alten bureaukratischen Schablone erledigt werden, die früher als ausreichend betrachtet wurde. Gerade hier zeigt es sich, wie unheilvoll der Dualismus des Zweikammersystems wirkt. In der Tat haben die Gegner der kommunalen Regie sich immer darauf gestützt, daß sie die Unfähigkeit der kommunalen Verwaltungsorganisation ins Feld führten. Sie haben darin recht, daß der Geschäftsgang der Kommunen infolge des Bestehens der beiden Körperschaften schleppend und hemmend ist. Eine Vereinfachung dieser Maschinerie ist notwendig. Aus diesen Gründen fordern wir das Einkammersystem. Es wird oft als Vorzug gepriesen, daß jetzt zwei Körperschaften vorhanden sind, die eine zur Verwaltung, die andre zur Kontrolle. Aber wir haben eine große Zahl von Ländern, wo das Einkammersystem besteht und sich gut bewährt hat. Ich weise nur auf England hin. Dort besteht eine kommunale Verfassung, die sich allen Bedürfnissen außerordentlich elastisch anschließt. Wir haben dort das Ausschußsystem. Die laufenden Arbeiten werden von Ausschüssen erledigt, das Plenum hat die Kontrolle und stellt die leitenden Grundsätze auf. Der Vorteil besteht darin, daß alle Aufgaben schnell erledigt werden können, daß Konflikte, wie sie bei uns aus dem Dualismus sich fortgesetzt ergeben, unmöglich sind, weil die Ausschüsse nur im Auftrage des Plenums handeln und weil das Plenum jederzeit die Macht hat, eine Angelegenheit den Ausschüssen zu entziehen und seiner Beschlußfassung zu unterwerfen. Konflikte sind also ganz ausgeschlossen. Dem Einfluß des Volkswillens ist dieses Einkammersystem natürlich vielmehr unterworfen als der Magistrat, der aus indirekten Wahlen hervorgegangen ist. Ueber die Notwendigkeit der allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Es würde sich vielleicht empfehlen, in die Resolution einzufügen, daß wir auch hier die Verhältniswahl fordern.

Der zweite Punkt beschäftigt sich mit der Frage ob Zentralisation oder Dezentralisation, dem Verhältnis von Staat und Gemeinde.

In dem Wesen der kommunalen und staatlichen Tätigkeit ist unsrer Ansicht noch keine Verschiedenheit vorhanden, verschieden sind nur ihre Aufgaben. Daß den staatlichen Behörden das Recht der Kenntnisnahme von kommunalen Beschlüssen zusteht, darüber sind wir alle einig. Die Behörden müssen alle Akte der kommunalen Organe auf ihre Gesetzmäßigkeit hin prüfen und eventuell vor Gericht beanstanden können. Wir wollen dasselbe Recht nicht nur den staatlichen Behörden, sondern allen Bürgern geben. In meiner Resolution sind diese Gesichtspunkte dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es heißt: „Die Verwaltung der Gemeinde soll nur dem Gesetze und den Gerichten unterworfen werden." Wir kommen zum dritten Recht, das unsre staatlichen Aufsichtsorgane heute haben, dem der Mitwirkung. Heute bedürfen unsre Gemeinden für verschiedene Aufgaben der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden, ohne daß dieses Recht des Staates an gesetzliche Schranken gebunden ist. Dieses Recht, das die gesamte Selbstverwaltung aufhebt, wollen wir den Regierungsbehörden nehmen. Wir wollen nicht, daß der Staat in Zweckmäßigkeitsfragen der Gemeinde eingreift. Hier müssen die Gemeinden völlige Autonomie haben. Das wichtigste Gebiet, das auf diese Weise dem Staat entzogen würde, wäre das der Polizeiverwaltung, ein Gebiet, auf dem die Gemeindebehörde als unterstes Organ des Staates erscheint. Das Gleiche gilt für das Schulwesen. Die Schuldeputation erscheint jetzt nicht mehr als Kommunalbehörde, nicht mehr als selbständiger kommunaler Ausschuß, sondern als ein staatliches Organ, das den staatlichen Behörden unterworfen ist.

Digitized by Google

Der zweite Absatz der Resolution behandelt das wichtige Gebiet der Gemeindefinanzen. An die Spitze habe ich den Satz gestellt, daß das Gemeindesteuerwesen in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln ist. Das Recht, das Steuerwesen auszugestalten, sollen die Gemeinden behalten, aber die Grundzüge soll der Staat regeln, damit die in den Gemeinden herrschenden Klassen das Steuerwesen nicht ausschließlich nach ihren Interessen regeln können. Die Erfahrungen, die wir in Sachsen gemacht haben, beweisen, wie notwendig es ist, auf diesem Gebiete die Autonomie der Gemeinden zu beschränken. Die Einkommensteuer der Gemeinden ist in Sachsen erheblich schlechter und unsozialer ausgebildet als die des Staates. Die Landtage werden nach unsrer Ansicht immer noch bessere Steuergesetze machen als die Stadtverordneten-Versammlungen, in denen die Klassenherrschaft noch ausgeprägter ist als in den Landtagen. Es spricht dafür ferner die Notwendigkeit der Einheitlichkeit. Widersprechende Steuersysteme können wir nicht in ein- und demselben Staate haben. Wir können nicht dulden, daß es in der Hand der Kommune liegt, die Ziele des staatlichen Steuersystems zu vereiteln und Einkommen bis zu 150 M. zu besteuern, während der Staat Einkommen bis 900 M. frei läßt.

Die Einnahmen der Gemeinden zerfallen in privatwirtschaftliche Einnahmen aus Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität und dem Betrieb von Verkehrsmitteln, in gemeinwirtschaftliche Einnahmen aus Steuern und Gebühren und in Zuschüssen des Staates an die Kommune. Ueber die privatwirtschaftlichen Einnahmen will ich später sprechen und zunächst mit dem eigentlichen Kommunalsteuerwesen beginnen. Hier handelt es sich um Zwangsbeiträge von Zahlungsverpflichteten auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Verpflichtungen, deren Ertrag zur Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben bestimmt ist.

Die Resolution verlangt nun, daß die Gemeinden ihre Steuern durch Zuschläge zur staatlichen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer aufbringen, und daß, wo diese staatlichen Steuern nicht bestehen, die Kommunen das Recht haben sollen, besondere kommunale Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern auszubilden. Das ist eine Forderung, die der direkten Forderung im zweiten Teil unsres Parteiprogamms entspricht.

Nun verlangt aber die Resolution außerdem noch eine Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses des Grund und Bodens. Ich bin zu dieser Forderung gekommen, weil die Verbindung mit dem Grund und Boden der Gemeindegemarkung für die Gemeinden besonders charakteristisch ist. Der größte Teil der Verwaltungstätigkeit der Gemeinden steht im engsten Zusammenhang mit dem Grund und Boden der Gemeinden. Fast alle Verwaltungsakte wirken auf den Grund und Boden zurück und drücken sich in der Wertzunahme oder Wertabnahme des Grund und Bodens aus. In fast allen wachsenden Gemeinden nimmt die Wertsteigerung des Grund und Bodens zu. Heute haben wir eine Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses nur in der rohen Form der Umsatzsteuer. Der Wertzuwachs des Grund und Bodens wird am einfachsten und richtigsten dann gefaßt, wenn er aus dem Zustande der Verborgenheit hervortritt und öffentlich wird, so daß er greifbar wird. Das ist beim Besitzwechsel der Fall. Die kommunale Umsatzsteuer, die wir heute haben, muß deshalb als sehr roh und unausgebildet bezeichnet werden, weil sie außer der Unterscheidung von bebautem und unbebautem Boden keine andre Unterscheidung weder nach dem Grade des Wertzuwachses, noch nach der Schnelligkeit, mit der er eingetreten ist, vornimmt. Die Folge ist, daß die kommunale Umsatzsteuer, weil sie gleichmäßig alle Arten des Grund und Bodens trifft, leichter abgewälzt werden kann, als wenn wir sie progressiv abstufen, vielleicht nach der Größe des Wertzuwachses und der Dauer der Zeit, innerhalb deren der Wertzuwachs zu stande gekommen ist. Die Umsatzsteuer darf nicht in Prozenten des Verkaufswertes, wie es heute meist der Fall ist, erhoben werden, sondern

Digitized by Google

in Prozenten des Wertzuwachses. Dann wird es nicht so leicht möglich sein, sie abzuwälzen. Es werden dann gewissermaßen die einzelnen Grundstücke isoliert, und jedes einzelne Grundstück wird für sich in seiner bestimmten Art und Weise besteuert. Dadurch wird die Abwälzung erschwert, da eben die für den Grund und Boden bestimmten Wertklassen auf dem Markt sich herausgebildet haben. Während ich die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses des Grund und Bodens in dieser Form verlange, habe ich die andern bürgerlichen Steuerversuche wie die Besteuerung nach dem gemeinen Wert usw. überhaupt nicht berührt, weil sie nicht das gleiche Ziel erreichen, wie die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses. Wenn wir z. B. die Besteuerung nach dem gemeinen Wert, wie sie noch vor kurzem durch ein Rundschreiben des preußischen Ministers den Gemeinden dringend ans Herz gelegt ist, genauer prüfen, so finden wir, daß sie in der Tat nichts andres bedeutet, als eine Begünstigung der Besitzer von Arbeiterwohnhäusern. Bei der Steuer nach dem gemeinen Werte kommt das Sinken der Grundsteuer in erster Linie den Grundbesitzern zu gute, ohne daß deshalb eine Herabsetzung der Mieten einträte. Auch das Ziel einer schnelleren Bebauung des Bodens wird durch die Steuer nach dem gemeinen Werte nicht erreicht, denn die Großspekulation ist stark genug, auch diese Steuer zu ertragen.

Abschnitt 8 regelt die **Grundsätze der Gemeindegebühren.** Die Resolution verlangt Gebührenfreiheit für die Institute des Gesundheitswesens und für die Volksschule. Im übrigen soll die Leistungsfähigkeit derer, die die Institute benutzen, maßgebend sein. Die Unentgeltlichkeit wird vielfach als unberechtigter Kommunismus der besitzenden Klassen bezeichnet. So hat Genosse Segitz z. B. die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfehlen würde, für die Benutzung von Krankenhäusern von den Bemittelten Gebühren zu erheben. Man schlägt daher vor, die Unentgeltlichkeit auf die Unbemittelten zu beschränken. Weiter wird gesagt, daß die Unentgeltlichkeit den Charakter einer öffentlichen Unterstützung trage, auf die Löhne drücke und den Geist der Selbständigkeit in den Unterstützten schädige. Dies Bedenken würde aber gerade dann in besonderem Maße vorliegen, wenn wir die Unentgeltlichkeit auf die Unbemittelten beschränken wollten. Die Forderung der Unentgeltlichkeit ist begründet in der mangelnden Leistungsfähigkeit des größten Teils der Gemeindeeinwohner. Das Einkommen der Bürger muß durch die Unentgeltlichkeit bei der Benutzung der Gemeinde-Institute ergänzt werden. Streitig kann man darüber sein, welchen Umfang die Unentgeltlichkeit annehmen soll. Vielfach wird der Umfang einfach von der Leistungsfähigkeit der Gemeinde abhängen. Reiche Gemeinden werden viel weiter gehen können als arme. Wie hohe Zuschüsse manche Gemeinden schon jetzt auch an die wohlhabenden Klassen zahlen, mag folgendes Beispiel zeigen: Frankfurt a. M. zahlt allein für seine neunklassigen höheren Schulen jährlich einen Zuschuß von 780 000 M. Das sind Zuschüsse pro Kopf bis zu 214,96 M. Wem kommen diese Zuschüsse zu gute? Die Eltern von 284 Schülern sind in der Steuerstufe unter 1500 M., die Eltern von 72 Schülern in der Stufe von 1500 bis 1800 M., 168 Eltern in der Stufe bis 2400 M., 160 bis 3000 M., 169 bis 3600 M. Das sind im ganzen 798 Schüler, deren Eltern in den unteren Steuerstufen besteuert werden. Demgegenüber gehören die Eltern von 1119 Schülern zu den Steuerstufen bis 15 000 M. Die Eltern von 539 Schülern haben ein noch höheres Einkommen. Diese Zahlen zeigen einmal, in welchem Umfang auch die Bürger mit kleinerem Einkommen aus diesen Zuschüssen Nutzen ziehen, wie vorsichtig man also bei der allgemeinen Erhöhung des Schulgeldes sein muß. Weiter aber zeigen sie, wie große Zuschüsse selbst reiche Leute von den Kommunen annehmen, die sich auf der andern Seite sträuben, den Volksschulen die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel zu gewähren. Es ergibt sich aus den Zahlen ferner, daß die unbegrenzte Ausdehnung der Unentgeltlichkeit ein zwei-

Digitized by Google

schneidiges Schwert ist. Es tauchen da eine große Anzahl von Fragen auf, die zu berücksichtigen sind. Es muß die kritische Prüfung des Aufgabengebietes vorausgehen, auf dem die Unentgeltlichkeit eingeführt werden soll. Die Deckung des Bedarfs ist zu untersuchen. Die Bedeutung des Gebietes für die verschiedenen Volksklassen, ihre Teilnahme an der Benutzung der Einrichtungen, ist im einzelnen festzustellen. Ferner sind die Fragen wichtig, ob ein Zwang zur Benutzung statutarisch eingeführt werden soll, ob es leicht möglich ist, sich der Benutzung zu entziehen, ob deren Kontrolle möglich ist, ob ein Interesse der Gemeinschaft vorliegt, daß die Benutzung erfolgt usw. Es wäre falsch, überall schematisch Unentgeltlichkeit zu fordern, denn den Vorteil davon hätten die Klassen, die sehr wohl zahlen könnten.

Nun habe ich in der Resolution zwei Gebiete herausgegriffen, in denen das Gebiet der Unentgeltlichkeit durchgeführt werden muß, das des Volksschulwesens, und zweitens das des Gesundheitswesens. Ueber die erste Frage herrscht zwischen uns völlige Uebereinstimmung, nicht so über die zweite. So hebt z. B. Segitz in seinem Artikel hervor, daß es doch nicht gut angängig sei, die Krankenhausbehandlung der Besitzenden auf die Gemeinden zu übernehmen. Auf den ersten Blick mag das etwas Bestechendes haben, aber man muß doch damit rechnen, daß, selbst bei unentgeltlicher Krankenhausbehandlung der Besuch dieser Anstalten seitens Angehöriger der besitzenden Klassen sehr gering sein wird, falls keine Verpflegungsklassen eingerichtet werden. Die Gemeinden würden also nicht so sehr davon belastet werden. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß neben dem Interesse der Kranken das der Gesamtheit in Frage kommt, die vor Infektion geschützt werden muß. Für eine Familie, in der Diphtheritis geherrscht hat und die nun immun ist, ist die Desinfektion lange nicht so wichtig, wie für die Allgemeinheit.

Für die übrigen Gebiete wird in der Resolution verlangt, daß die Höhe der Gebühren nach dem sozialdemokratischen Grundsatze der Leistungsfähigkeit bemessen wird. Die Tarife für Gas und Wasser werden von den städtischen Körperschaften jetzt fast ausschließlich nach rein kaufmännischen Grundsätzen aufgestellt, und dasselbe gilt für die städtischen Straßenbahntarife. Anstatt diese Institute, wenn sie der Domäne des Privatkapitals endlich entzogen sind, nach gesunden sozialpolitischen Grundsätzen zu verwalten und nach den Zielen der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt auszugestalten, lassen sich unsre Kommunen vorwiegend von kaufmännischen Gesichtspunkten, von den Grundsätzen der Privatwirtschaft bei der Verwaltung leiten. Die kleinen Konsumenten müssen die höchsten Preise zahlen, während den großen Abnehmern Nachlässe bewilligt werden. Das gilt für die Lieferung von Wasser und Elektrizität und für die Gebühren von Straßenbahnen. Gerade bei der Festsetzung des Abonnementspreises bei den letzteren könnten die Kommunen die Aufgaben einer dezentralisierenden Wohnungspolitik erfüllen. Bei der Festsetzung der Gebühren taucht weiter die Frage der Ueberschußwirtschaft auf. Darüber sagt die Resolution nichts, da die Meinungen darüber unter uns zu sehr geteilt sind. Ich persönlich bin der Meinung, daß jeder Ueberschuß in unsren Gemeinde-Instituten zu verwerfen ist. Gewiß, diese Ueberschüsse könnten zu mancherlei sozialen Zwecken verwendet werden. Trotzdem bin ich gegen die Ueberschußwirtschaft. Unsre Bürgermeister betrachten es als ihre Hauptaufgabe, diesen Ueberschuß so hoch wie möglich zu halten, um auf der andren Seite die Einkommensteuer niedriger halten zu können. Die direkten Steuern sollen so mäßig wie möglich bleiben, und dazu muß man natürlich versuchen, die Ueberschüsse, die in Wirklichkeit indirekte Steuern sind, möglichst zu erhöhen. Nun sagt man, diese indirekten Steuern seien berechtigt, da sie nur die wohlhabenden Klassen der Bevölkerung treffen. Das ist nicht richtig. Allgemein wird anerkannt, daß die Ausgestaltung des Straßenbahnwesens gerade im Interesse der Arbei-

Digitized by Google

notwendig ist, und daß gerade die Arbeiter ein Interesse an niedrigen Straßenbahn-Tarifen haben. Nehmen Sie ferner den Gaskonsum und Aehnliches an. Auch hier muß unser Bestreben dahin gehen, alle diese Fortschritte der Kultur den mittleren und unteren Klassen nach Möglichkeit zugänglich zu machen. Die Ueberschußwirtschaft in unsern Kommunen ist dabei aber ein außerordentliches Hindernis.

Nun muß ich noch einmal auf den Punkt 2a unsrer Resolution kommen, in der es heißt: Die Deckung des Kommunalbedarfes soll erfolgen durch staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebaues. Dieser Absatz hat in weiten Kreisen der Partei Anstoß erregt. Es wird insbesondere gegen die Forderung staatlicher Zuschüsse für das Schulwesen Einspruch erhoben, weil dann angeblich die Kommunen nicht mehr Herr ihrer Schulen sind. Aber in der Resolution ist nichts darüber gesagt, wer Herr der Schule sein soll. So gut der Staat die Verfassung der Kommunen regelt, und so gut er Gesetze auf dem Gebiete der Gesundheitspflege erläßt und ihre Ausführung den Gemeinden überträgt, genau so gut kann er Gesetze auf dem Gebiete des Schulwesens erlassen. Aber ich fordere Gesetze und keine Verordnungen von Ministern. Daran müssen wir aber im Interesse unsrer Kommunalverwaltung, im Interesse der Schule, im Interesse der Eltern festhalten, daß wir sagen: Die Ausführung dieser staatlichen Gesetze soll den Kommunen überlassen bleiben. Sie sollen die Gesetze ausführen nicht als die subalternen Organe der Regierungsbehörden, sondern in eigner Zuständigkeit. Ebenso wie wir fordern, daß durch die Gesetze die Polizeiverwaltung den Kommunen übertragen wird, verlangen wir auch für die Gemeinden die Verwaltung des Schulwesens nach den staatlichen Gesetzen, ohne daß die staatliche Aufsichtsbehörde das Recht hätte, auf Schritt und Tritt einzugreifen und den Kommunen Vorschriften zu machen. Damit, daß wir den Gemeinden die Schule übertragen, halten wir die Möglichkeit offen, daß fortgeschrittene Gemeinden, die die Bedeutung des Schulwesens erkannt haben, auch in die Lage versetzt werden, über die Forderungen der staatlichen Gesetze hinaus das Schulwesen auszubilden. Dazu kommt ein andrer Grund. Bei unsern heutigen Zuständen, bei der Machtstellung unsrer staatlichen Bureaukratie wird der Staat niemals die gesamten Schullasten übernehmen, ohne sich die absolute Kontrolle über die Verwendung der Gelder auszubedingen. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: staatliche Zuschüsse auf der einen Seite, mit deren Hilfe es möglich ist, die kommunale Selbständigkeit aufrecht zu erhalten, andrerseits Verstaatlichung des Schulwesens. Das letztere aber würde bedeuten die Herrschaft unsrer staatlichen Bureaukratie über die Schule. Wie sie geübt werden würde, das können wir uns ja nach den Erfahrungen auf andren Gebieten denken. Das sind die Gründe, die mich veranlassen, die Staatszuschüsse für die Aufgaben des Schulwesens zu fordern, nicht aber die Verstaatlichung des Schulwesens, auch nicht eine Uebernahme der gesamten Schullasten auf den Staat. Es wäre möglich, durch eine vernünftige Anordnung den schwer belasteten Gemeinden größere Zuschüsse zuzuwenden und zugleich auch den Gemeinden einen Ansporn zu geben, daß sie weitere Aufwendungen für das Schulwesen machen können. Dasselbe, was für das Volksschulwesen gilt, gilt auch für die Armenpflege. Eine zentralisierte Armenpflege ist unmöglich. Das muß zu den schreiendsten Mißbräuchen führen, wie das Beispiel Englands zeigt. Wir kommen nicht um die kommunale Armenpflege herum, aber wir können fordern, daß der Staat Zuschüsse leisten soll, um den nichtleistungsfähigen Gemeinden eine bessere Armenpflege zu ermöglichen. Und es muß durch staatliche Inspektion dafür gesorgt werden, daß die Armenpflege der Kommunen sich auf eine höhere Stufe erhebt.

Digitized by Google

Der Absatz 4 enthält nichts Neues, sondern nur Forderungen, die von uns allseitig anerkannt sind.

Die Resolution gibt schließlich einen Weg an, durch den es leistungsunfähigen Gemeinden möglich gemacht werden soll, ihre Aufgaben zu erfüllen. Diss Mittel sind die Gemeindeverbände. Ein andres Mittel wäre die Schaffung höherer Selbstverwaltungskörper. Bisher haben wir außer den Gemeinden gar keine Selbstverwaltungskörper. Unsre Kreisausschüsse usw. sind Zwitterdinge. Sie werden geleitet von Staatsbeamten und es fehlt ihnen vor allem das allgemeine Wahlrecht. Hier müssen wir eine Verwaltungsreform verlangen, ohne die es unmöglich sein wird, allen Anforderungen, die an die Selbstverwaltungskörper zu stellen sind, zu genügen.

Ueber den Punkt 4 der Resolution werden größere Differenzen kaum vorhanden sein. Ich hoffe aber, daß die Debatte auch über die übrigen Punkte zu einer Klärung der Ansichten führen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dietz fordert die Delegierten auf, Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission bis 6 Uhr beim Bureau einzureichen, damit dann die Vorschlagsliste gedruckt und morgen früh bei Beginn der Sitzung die Stimmzettel abgegeben werden können.

Schmid-München: Ich kann mich für die Annahme der Resolution erklären und halte eine Ergänzung für unnötig. Sie ist sogar jetzt schon eigentlich zu spezialisiert, etwas weniger würde mehr bedeuten. Wir haben in Bayern in dieser Beziehung Erfahrungen gesammelt, und da haben wir auch einen Entwurf ausgearbeitet, und zwar einen, der sich ganz kurz faßte und nur Richtpunkte angab. Darauf mußten wir uns deshalb beschränken, weil wir in Bayern zwei Landgemeinde-Ordnungen haben. Wir überließen es den Lokalorganisationen, das allgemeine Programm im einzelnen auszugestalten und es durch ein Aktionsprogramm für die einzelnen Kommunen zu ergänzen. Lindemann hat seine Resolution vortrefflich abgefaßt und begründet. Die Genossen im Lande müssen sich nun bewußt sein, daß es lediglich ein theoretisches Programm ist, dessen Forderungen zum Teil von den Gemeinden zurzeit gar nicht erfüllt werden können. Zum Beispiel der Forderung einer Reform der Gemeindeordnung kann nur vom Staate entsprochen werden, die Gemeinden sind dazu gar nicht zuständig. Die Lokalorganisationen werden die Resolution nicht für ein Aktionsprogramm halten dürfen. Sie soll nur die Grundlage für ein Aktionsprogramm sein, das die Lokalorganisationen in knapper Formulierung je nach den Verhältnissen in ihren Orten werden schaffen müssen.

Lange-Leipzig: Prinzipiell und theoretisch wird sich gegen die Resolution nichts sagen lassen. Wir müssen uns nur bewußt sein, daß die Hauptsache die ist, daß sich die Lokalorganisationen mehr als bisher um die Kommunalpolitik kümmern. Das ist wichtiger als alle Programme.

Im einzelnen möchte ich einige Wünsche äußern. Auch wenn prinzipiell die Einwohnergemeinde durchgeführt wird, bleibt das Erfordernis der Staatsangehörigkeit für die Ausübung des Kommunalwahlrechts bestehen. In dieser Beziehung wäre eine Vereinfachung der Bestimmungen außerordentlich erwünscht. Welcher Bureaukratismus auf diesem Gebiete herrscht, ist ganz unglaublich. (Sehr richtig!) Ich könnte Ihnen Beispiele anführen, wo man Angaben darüber verlangt hat, wo der Großvater und der Urgroßvater gelebt hat. Das ist unmöglich, das kann der Arbeiter nicht angeben. Dieser Bureaukratismus, der unmöglich beabsichtigt sein kann, muß beseitigt werden. Die Behörden verwechseln immer Heimatschein mit Staatsangehörigkeits-Ausweis. So haben wir Fragebogen mit 37 Fragen. Davor schrecken unsre Arbeiter zurück. Die Städte sind kolossal gewachsen, 66 Proz. der Einwohner sind nicht Einheimische.

Digitized by Google

Nun zum Praktischen. Lindemann verlangt, daß das städtische Steuerwesen durch den Staat vorgeschrieben werde. In Sachsen ist das geschehen und die Genossen haben es einmütig bekämpft. Die Forderung mag für Süddeutschland wichtig sein, wo wir in den Parlamenten sitzen, aber nicht in Sachsen, wo die Reaktion herrscht. Da sind die Kommunalverwaltungen häufig besser als der Staat. Nun wird uns gesagt: Ihr seid rückständig. Der sächsische Staat will die Kommunen zwingen, indirekte Steuern einzuführen und die Kopfsteuer beizubehalten, die außer in Sibirien nur in 60 Proz. der sächsischen Gemeinden besteht. Angesichts dieser Zustände sollen wir auf unsre Steuerautonomie zugunsten des Staates verzichten. Darauf können wir nicht eingehen. Persönlich bin ich ein Freund der Wertzuwachssteuer, aber ich will sie nur als städtische Steuerquelle benutzen, ohne ihr soziale Wirkung zuzuschreiben.

In der Resolution Lindemann vermisse ich vor allem, daß nicht die einheitliche Volksschule gefordert wird. In allen unsren Kommunalprogrammen ist diese Forderung enthalten, und alle wirklichen Pädagogen stehen auf demselben Standpunkt. Wir müssen eine einheitliche Volksschule fordern, denn nur wenn alle Kinder dieselbe Schule besuchen, nehmen auch die Reichen ein Interesse an dieser Volksschule. (Lebhafte Zustimmung.)

Sack-Hanau: Die Resolution Lindemann ist mir formell in vielen Punkten nicht klar genug. Aber auch tatsächlich ist sie in manchen Beziehungen anfechtbar. Ich hätte gewünscht, daß Lindemann mehr den praktischen Gesichtspunkt im Auge behalten und konsequent auch in die Resolution hineingebracht hätte, was für die praktische Tätigkeit unserer Vertreter maßgebend ist. Die Forderungen über die Landesgesetzgebung gehören nicht in ein kommunales Programm. Ich hätte daher gewünscht, daß der Satz: „das Gemeindesteuerwesen ist in seinen Grundzügen durch Staatsgesetz zu regeln" fortfällt. Ob wir für staatliche Regelung das Steuerwesens oder für kommunale sind, das wird ganz von dem Gesetz abhängen, um das es sich dreht. Für überaus bedenklich halte ich die Forderung, daß die Deckung des Kommunalbedarfs erfolgen soll durch Zuschläge zu der staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer. Unsere Gemeinden leiden ja darunter, daß wir bei der Bemessung der Zuschläge keine Freiheit haben und sie nicht den örtlichen Verhältnissen anpassen können. Deshalb schlage ich vor, zu sagen, daß nur solche Steuern erhoben werden, die den Einwohnern nach ihrem Einkommen und Besitz auferlegt werden. Wie das am besten zu regeln ist, hängt von der Gesetzgebung ab. Wir haben nur das Ziel angegeben, das unsere Genossen in den Gemeindevertretungen zu verfolgen haben. Weiter habe ich auszusetzen, daß Lindemann die Unentgeltlichkeit der Benutzung bei allen Institutionen des Volksgesundheitswesens und des Volksschulwesens fordert. Das hört sich theoretisch ganz schön an, aber praktisch ist die Sache nicht so einfach. Ich kann mir z. B. denken, daß es ärmeren Gemeinden ohne Hilfe des Staates gar nicht möglich ist, ein Krankenhaus zu bauen, wenn nicht ein Teil der Kosten auf die Reichen abgewälzt wird. Da fragt es sich, was richtiger ist: nur für gewisse Klassen die Benutzung unentgeltlich zu machen, oder überhaupt. Und warum wird die Unentgeltlichkeit nur beim Volksgesundheits- und beim Volksschulwesen gefordert. Wir haben eine ganze Menge anderer Einrichtungen in den Gemeinden, bei denen die Unentgeltlichkeit durchaus angebracht ist, z. B. Bibliotheken, Arbeitsnachweis, Wohnungsnachweis, Rechtsauskunftserteilung, Lieferung von Milch für Säuglinge.

Die Formulierung der Lindemannschen Forderung in bezug auf das Submissionswesen gefällt mir nicht. Wir müssen eine präzisere Fassung finden, und die glaube ich gefunden zu haben, wenn ich verlange, daß die Begünstigung von einzelnen Personen vermieden werden muß, und daß angemessene Bezahlung geleistet werden soll. Meine Fassung ist ja auch nicht ganz einwand-

Digitized by Google

frei, aber doch präziser und klarer als die Lindemannsche. Leider ist es nicht möglich, hier auf alle Einzelheiten einzugehen. Ich habe deshalb in der „Kommunalen Praxis" meine Resolution der Lindemannschen gegenüber gestellt und kurz die Gründe angegeben, die mich zu meinem Aenderungsvorschlage veranlaßt haben. Ich habe in dieser Resolution ausdrücklich gesagt, die wirtschaftliche und kulturelle Entwickelung der Gemeinden soll durch die Gemeindeverwaltung gefördert werden, und ich habe die einzelnen Gebiete angeführt. Gerade auf diesem Gebiete herrscht noch in weiten Kreisen große Beschränktheit. Die Gegner treten uns immer damit entgegen, daß wir zu viel Geld ausgeben. Ja, für ihre eigenen Zwecke geben die Gegner genug Geld aus, aber den Arbeiterzwecken, den wirklich kulturellen Zwecken gegenüber verhalten sie sich ablehnend. Deshalb müssen wir positive Forderungen aufstellen. Ich fürchte, daß die Resolution Lindemann in Bausch und Bogen unverändert angenommen wird. Aber ich halte das nicht für gut, wir müssen aus dem Programm alles beseitigen, was zu Bedenken Anlaß gibt. Denn es ist doch ein großer Unterschied, ob eine Resolution ad hoc gefaßt oder ob ein Programm für längere Zeit geschaffen wird. Ich bitte Sie, meine Resolution mit der von Lindemann zu vergleichen und die Bestimmungen herauszusuchen, die wirklich einwandfrei für die praktische Betätigung unserer Genossen in den Gemeindeverwaltungen sein werden.

Dr. **Südekum**: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Klassenkampf auf keinem politischen Gebiet mit größerer Intensität gekämpft wird als auf dem der Gemeindepolitik. Unsere Gegner sind bestrebt, alle Mittel der staatlichen Politik und der Gemeindepolitik zu benutzen, um die Arbeiterklasse von der Beteiligung an den Gemeindeverwaltungen auszuschließen und sie zu unterdrücken. Wir können die ganze Kommunalpolitik nur im Zusammenhang mit unserer großen Politik betreiben. Es wird aber nie möglich sein, ein Gemeindeprogramm für sämtliche Gebiete Deutschlands zu schaffen. So ist auch die Resolution Lindemann gar nicht aufzufassen. Seine Resolution ist weiter nichts als ein Vorwort zu einem künftigen Aktionsprogramm, das wir in einzelnen Gemeinden oder auch für ein größeres Gebiet uns zu schaffen haben, sozusagen Prolegomena zu jedem zukünftigen Gemeindeprogramm. Darum ist es nicht so bedenklich, daß wir in der Resolution Forderungen stehen lassen, die vielleicht noch unter uns selbst zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben. Meinungsverschiedenheiten werden sich doch nicht, auch nicht bei der größten Vorsicht, vermeiden lassen. Wenn wir aber die Resolution lediglich als Vorwort zu den im einzelnen aufzustellenden Aktionsprogrammen betrachten, so können wir in diese Aktionsprogramme das sehr leicht hineinarbeiten, was im einzelnen gegen die Resolution Lindemann, und zwar nicht ohne Berechtigung, vorgebracht wird. Man hat gegen Lindemann gesagt, die Forderung, daß der Staat die Grundzüge des kommunalen Steuerwesens zu regeln habe, lege der Staatsbureaukratie und -Reaktion eine zu große Macht in die Hand. Er hat vermutlich das größte Mißtrauen gegen die Reaktion in den Gemeinden und sagt sich: in den Gemeinden ist die Durchführung unserer Forderungen noch viel schwerer als in den Landtagen. Wenn man freilich bedenkt, daß wir in dem größten Bundesstaate ohne jede Vertretung sind, muß jede Stärkung der staatlichen Bureaukratie als sehr gefährlich erscheinen. Aber das, was hier gefordert wird, ist gewissermaßen Zukunftsmusik und das Mißtrauen Lindemanns gegen die Reaktion in den Gemeinden ist sicherlich durchaus berechtigt. Die Beseitigung unglaublicher Steuern, wie der Kopfsteuer, die noch in manchen sächsischen Gemeinden besteht, kann durch die Staatsgewalt leichter geschehen als durch die Kommunen, wo die Frage das Geldinteresse des einzelnen viel zu empfindlich berührt, als daß da der Kampf gegen diese Steuern mit Aussicht auf Erfolg geführt werden könnte. Wenn gesagt worden ist, daß jetzt die Praktiker das Wort haben sollen, so kann ich mich ja in gewissem Sinne auch dazu rechnen

Digitized by Google

und da möchte ich Ihnen folgendes sagen: Ein solches allgemeines Programm und auch die Aktionsprogramme der einzelnen Orte können niemals alle Fragen des Gemeindelebens lösen. Gerade für die Parteigenossen in den kleineren Orten, wo alle literarischen Hilfskräfte fehlen, bleibt eine große Menge von Fragen übrig. In meiner Eigenschaft als Redakteur der „Kommunalen Praxis" bekomme ich fast täglich 10 bis 12 Anfragen von Parteigenossen aus den kleinen und kleinsten Gemeinden. Da kommen juristische Fragen, Fragen der Steuerveranlagung, über Wegeordnungen, Bauordnungen, Anstellungsverträge von Beamten, kurz aus allen Gebieten des Gemeindelebens. Ich will mich eines Antrages enthalten, kann aber nur sagen: Die Einsetzung einer Zentralstelle für solche Auskunftserteilungen wird sehr wohl zu erwägen sein. Die Zentralstelle könnte vielleicht verbunden werden mit dem Zentralarbeitersekretariat, das wir bereits in Berlin haben; sie müßte natürlich eine gewisse Selbständigkeit bekommen. Darüber müssen wir uns klar sein: das Schwergewicht unserer Tätigkeit in den Gemeinden liegt in den kleinen Städten, wo häufig auch am meisten erreicht werden kann, wenn nur die Genossen die nötige Unterstützung bei der Partei finden. Ich bitte Sie, abgesehen von der Aenderung in bezug auf die Volksschule, die Lange angeregt hat und der ich zustimme, die Resolution Lindemann unverändert anzunehmen.

Schubert-Berlin: Wir beantragen, der Resolution die Forderung der vollen Koalitionsfreiheit hinzuzufügen. Unsre Kommunen übernehmen immer mehr die Verkehrsmittel usw. in eigne Regie. Dadurch wird ein Teil der bisherigen Privatangestellten zu Beamten, und es werden auch die Angestellten als Beamte erklärt und vom Koalitionsrecht ausgeschlossen, die gar nicht auf Lebenszeit angestellt werden, die sogenannten Arbeiterbeamten. Da müssen wir verlangen, daß diese Leute, die vorher vielleicht schon Jahre lang einer Organisation angehört haben, das volle Koalitionsrecht erhalten. Die Kommunen gehen ja offenbar systematisch darauf aus, den Kreis der Gemeindearbeiter, die das Koalitionsrecht besitzen, immer mehr einzuschränken. Auch Graf Posadowsky will diesen Arbeitern, wie er im Februar im Reichstage erklärt hat, das Streikrecht nehmen. Das wäre nur der Anfang zu weiteren Schritten, zu einer allgemeinen Einschränkung des Koalitionsrechts. (Sehr richtig.) Wir halten es deshalb für notwendig, mit aller Schärfe zu erklären, daß wir für alle Gemeindeangestellte das volle Koalitionsrecht verlangen.

Seyitz: Daß die Resolution Lindemann so wenig in der Presse erörtert worden ist, liegt vielleicht daran, daß auf keinem Gebiete Theoretiker und Praktiker so wenig zusammenarbeiten wie auf dem der Kommunalpolitik. Ich habe als Praktiker diese Abneigung gegen die Theorie überwunden und meine Stellung zur Resolution in der „Fränkischen Tagespost" eingehend dargelegt. Durch die ganze Resolution zieht sich als roter Faden der Gedanke nach möglichst weitgehender Unabhängigkeit der Gemeinden von der Landes-Aufsichtsbehörde. Wir haben ja nun gehört, daß die Sachsen gute Erfahrungen mit der Gemeinde-Autonomie gemacht haben. Von uns Bayern kann ich das nicht sagen. Wir haben in Bayern die Gemeinde-Autonomie fast in dem Umfange, wie sie die Resolution wünscht. Sie hat aber auch durchaus keine guten Erfolge gebracht. Es hätten unsre Gemeinden die Möglichkeit, ein volles, freies Wahlrecht einzuführen. Die Gemeinde-Ordnung überläßt es der Gemeinde, das Bürgerrecht — und das ist das Wahlrecht ohne Gebühren — nach zweijährigem Aufenthalt zu verleihen. Nur eine Gemeinde hat von diesem Recht Gebrauch gemacht. Die andern Gemeinden haben einen derartig hohen Zensus eingeführt, daß er zur Befestigung der Herrschaft der freisinnigen, ultramontanen oder konservativen Bourgeoisie dient. So ist es uns trotz der größten An-

Digitized by Google

strengung und bedeutender Opfer nicht gelungen, auch nur einen einzigen Vertreter in das Nürnberger Gemeindekollegium zu bringen.

Auch auf dem Gebiete der Armenpflege haben wir in Bayern eine weitgehende Gemeinde-Autonomie im Sinne der Resolution. Der Staat leistet Zuschüsse, und doch haben wir auf dem Lande eine Armenpflege, die dürftig genannt werden muß. Roheitsfälle sind in der Armenpflege bei uns häufiger als anderswo. In Bayern haben wir auch die Gemeindeschule. Der Staat stellt die Grundprinzipien auf, nach denen sich die Gemeinden zu richten haben. Auf dem Lande sind die Schulen durchaus nicht besser als anderswo. In den Städten ist die Volksschule leidlich. Aber daneben sind exklusive höhere Schulen, die aus Gemeindemitteln subventioniert werden, ohne daß die Kinder des Proletariats Zugang zu ihnen hätten. Sie sehen, daß in der Praxis alles seine zwei Seiten hat. Was sich in dem einen Lande bewährt, schlägt in dem andern durchaus nicht zugunsten der Arbeiterklasse aus.

Die Resolution will ferner das Prinzip der Unentgeltlichkeit für die Volkshygiene. Für die allgemeinen hygienischen Einrichtungen, wie Kanalisation und Wasserleitung will ich es gewiß gelten lassen. Aber die Heilfreiheit in den städtischen Heilanstalten wäre doch nur ein Geschenk an die Reichen. Mit der Vorschrift, daß zur Heilung bestimmter Krankheiten die Kranken öffentliche Heilanstalten aufsuchen müssen, bin ich einverstanden. Aber Lindemann will die Heilfreiheit ausnahmslos gewähren, und das würde in kleineren und mittleren Gemeinden Opfer erfordern, die die Arbeiter ohne Gegenleistung zu tragen hätten. Da wird eingewendet: Ja, wir wollen ja die progressive Einkommensteuer einführen. Man täusche sich nicht! Bisher haben wir die Erfahrung gemacht, daß bei allen Einrichtungen, die wir im heutigen Staatswesen auf dem Gebiete der Steuer schaffen, die besitzenden Klassen es immer verstanden haben, einen möglichst großen Teil Lasten auf die Minderbegüterten abzuwälzen. Das könnte auch hierbei der Fall sein. Wie mit der freien Behandlung in den städtischen Heilanstalten steht es auch mit andren Gemeindeeinrichtungen. Das städtische Wasser mag kostenlos geliefert werden, aber beim städtischen Gas liegen die Dinge schon anders. Hier haben, wenn nach dem Prinzip Lindemanns verfahren wird, den Vorteil im wesentlichen die begüterten Volksschichten. Nun können den Arbeitern ja allerdings Gasautomaten gestellt werden; aber haben wir wirklich die Verpflichtung, den großen Geschäften es besonders billig zu machen, luxuriöse Beleuchtung auf Kosten der Gemeinde einzurichten? Man spricht von Arbeiterwohnungen, die mit Gas und Elektrizität ausgestattet sein sollen. Aber glaubt man wirklich, daß die Hausagrarier derartige Arbeiterwohnungen bauen werden? Alle diese Einrichtungen kommen in der Hauptsache den begüterten Klassen zu gute. Daher sind nach meiner Auffassung die Gemeinden berechtigt, einen gewissen Ueberschuß herauszuwirtschaften, der zu sozialpolitischen Zwecken verwendet werden sollte. Selbst wenn wir als rückständig in kommunalpolitischen Dingen bezeichnet werden sollten, mußten diese Gedanken hier ausgesprochen werden. Ich bin überzeugt, daß viele in praktischer Kommunalpolitik tätige Genossen auf meiner Seite stehen werden. (Zustimmung.)

Ulrich-Offenbach: Ich muß mich dagegen wenden, daß die Resolution Lindemann als Ausdruck des Parteitages anzusehen ist. Sie enthält außerordentlich viel Theorie und wenig Praxis. Sie bedeutet einen Rückschritt und widerspricht hinsichtlich des Schul- und Armenwesens unserm Programm. Die Gemeinden dürfen nicht beim Staate wegen Zuschüsse für die Volksschule hausieren gehen. Das gleiche gilt für das Armenwesen. Zustände, wie sie heute bestehen, werden durch staatliche Zuschüsse nicht geändert. Der Staat muß die gesamten Kosten übernehmen. Das müssen wir um so mehr verlangen, als gerade die armen Gemeinden heute am meisten belastet werden und am schwersten unter

Digitized by Google

den gesetzlichen Bestimmungen leiden. (Sehr richtig!) Auf die staatliche Organisation des Armenwesens müssen wir ebenso bedacht sein wie auf die des Schulwesens. Ich glaube, daß die Klassengegensätze in den Gemeindevertretungen immer schärfer werden. Die Kommunalpolitik ist noch mehr als die staatliche eine Klassenpolitik. Die Fragen, um die es sich da handelt, sind in der Hauptsache Geldfragen. Wir müssen, um unser Ziel zu erreichen, unser Steuerwesen ändern. Wir müssen den Gemeinden die Möglichkeit geben, von den höheren Einkommen stärkere Zuschläge zu erheben. Als Kommunalpolitiker wollen wir lieber auf eine Vertretung in den Gemeinden verzichten, wenn wir nicht in der Lage sind, unsre Forderungen zu vertreten. Wie oft kommt es vor, daß Kandidaten, die als Sozialdemokraten aufgestellt sind, im entscheidenden Moment nicht für uns eintreten! Lieber keine Gemeindevertretung als eine zweifelhafte! (Sehr wahr!) Und ebenso sage ich: Lieber keine Resolution als eine zweifelhafte. Das aber trifft für die Resolution Lindemann zu. Wollen wir wirklich etwas Brauchbares schaffen, so müssen wir sie nebst den dazu vorliegenden Anträgen einer Kommission überweisen, in der praktisch tätige Genossen sitzen. Wird der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt, so bitte ich wenigstens, die Resolution Lindemann den sozialistischen Gemeindevertretern als Material zu überweisen.

Vorsitzender Dietz: Es ist ein genügend unterstützter Antrag Borgmann eingegangen:

„Die Resolution Lindemann den sozialistischen Gemeindevertretern als Material zu überweisen."

Ich fasse das so auf, daß die Gemeindevertreter aus den Zeitungen und aus dem Protokoll von der Resolution Kenntnis nehmen. Einen andern Weg wird es wohl kaum geben. — Weiter ist beantragt, die Resolution Lindemann einer Kommission von 15 in Gemeindevertretungen tätigen Genossen zur weiteren Durchberatung und Berichterstattung an den nächsten Parteitag zu überweisen. Beide Anträge sind genügend unterstützt.

Lehmann-Mannheim: Die Resolution Lindemann dürfte wahrscheinlich einer Kommission überwiesen werden. Ich will mich daher auf wenige Sätze beschränken. Die Resolution schlägt die Autonomie der Gemeinde ziemlich hoch an. Es ist aber unter den heutigen Verhältnissen ein Unding, den Gemeinden größere Rechte einzuräumen, als sie schon besitzen. Da, wo kleine Gemeinden selbständig sind, wird weder für Schulzwecke, noch für Zwecke der Hygiene etwas ausgegeben. Wir haben z. B. in Mannheim auf der Volksschule den französischen Unterricht. Aber auf dem Lande haben wir vielfach noch Halbtagsschulen.

Lindemann verlangt eine Wertzuwachssteuer, weil das Sinken und Steigen des Grund und Bodens mit der Gemeindetätigkeit eng zusammenhängt. Ich begreife nicht, warum wir von unsrem allgemeinen steuerpolitischen Grundsatze auf einmal abweichen sollen. Die Wertzuwachssteuer wird verlangt, seitdem der bayrische Landtagsabgeordnete Jäger ein Buch darüber geschrieben hat. In preußischen Gemeinden ist diese Steuer heute schon zulässig. Aber glauben Sie denn, daß diese Steuer von denen gezahlt wird, denen der unverdiente Wertzuwachs zufällt? Nein, sie wird abgewälzt werden, und die Grundrente wird davon nicht getroffen. Lindemann hat eben nur die finanztechnische, nicht die sozialpolitische Seite der Frage im Auge gehabt.

Bedauerlich ist es, daß er die wichtige Wohnungsfrage so en passant mit zwei Sätzen abtut. Lindemann hält die Umsatzsteuer für zu roh, das heißt, er verwirft sie nicht prinzipiell, aber um die Steuer so zu gestalten, wie er dies will, bedürfen wir noch eines ganz andern Einflusses auf die Landesgesetzgebung. Ich will nicht sagen, daß die Wertzuwachssteuer unter allen Umständen zu verwerfen ist. Aber wir dürfen sie nicht grundsätzlich fordern, denn dann würden unsre Gemeindevertreter auch dann dafür zu stimmen gezwungen sein, wenn sie abgewälzt werden kann. Würden wir bezüglich der Steuer nach

Digitized by Google

dem gemeinen Wert uns auf den Standpunkt von Lindemann stellen, dann wäre der Kampf der Berliner gegen die Mietssteuer unerklärlich, denn dann wäre die Abschaffung der Mietssteuer nur ein Geschenk an die Hausbesitzer. In der jetzigen Fassung ist die Resolution Lindemann für mich unannehmbar.

Freiwaldt-Pankow: Die Resolution Lindemann ist schon so zerpflückt und so zerrissen, daß nicht mehr viel davon übrig bleibt. Sie enthält manches Gute; aber ich möchte den sehen, der mir ein kommunales Programm vorlegen könnte, an dem nichts auszusetzen ist. Auch ich bin mit dem Entwurf von Lindemann nicht ganz einverstanden. Es ist z. B. keine Rede davon, daß wir Ueberführung des Grund und Bodens in den Besitz der Gemeinden fordern müssen. Dagegen fordert die Resolution Hoch, daß in den ländlichen Gemeinden der Gemeindebesitz an Wald, Wiesen und Aeckern erhalten und möglichst vergrößert werden soll. Meiner Meinung nach kommt es hier nicht sowohl auf die ländlichen Gemeinden als auf die Städte an. (Sehr richtig!) Die Städte haben ganz besonders darauf zu achten, daß der Grund und Boden, der in ihrem Besitze ist, nicht verschleudert wird. (Sehr richtig!)

Unsre Genossen sind ja noch zu schwach, um sich dagegen auflehnen zu können. Aber auch heute noch betreiben einzelne Gemeinden den größten Schacher in Grund und Boden. Es werden Grundstücke verschleudert, und wenn die Gemeinden später bauen wollen, müssen sie zu ungeheuren Kosten sich wieder den Grund und Boden anschaffen. (Sehr richtig!)

Was die Ueberschüsse aus wirtschaftlichen Betrieben anbetrifft, so mache ich darauf aufmerksam, daß es kommunale Einrichtungen gibt, aus denen wir sehr wohl Ueberschüsse herauswirtschaften könnten; leider ist es uns nicht gestattet. In einem Vororte von Berlin wurde vor kurzer Zeit der Preis für den Kubikmeter Wasser von 20 auf 15 Pf. herabgesetzt, die bürgerliche Majorität machte damit den Hausbesitzern ein Geschenk von 25—30 000 M. pro Jahr. In kurzer Zeit aber stellte sich heraus, daß das Wasserwerk vollständig ungenügend war; es müssen Neuanlagen vorgenommen werden, und die Kosten dafür hat die Gesamtheit zu tragen. (Hört! hört!) Wenn wir wirklich in den großen Städten aus kommunalen Einrichtungen kommunale Ueberschüsse erzielen würden, so würde über kurz oder lang die Regierung verbieten, daß diese Summen zur Entlastung der allgemeinen Steuersätze verwendet würden. Sie würde schon dafür sorgen, daß die Hausbesitzer und die übrigen besitzenden Klassen Vorteile davon hätten.

Repp-Friedberg: Wir wollen den pensionsberechtigten Angestellten der Städte jede mit Bezügen verbundene Arbeit für Private verbieten, und zwar tun wir das auf Grund unsrer praktischen Erfahrungen. Ebenso wollen wir den Privatbeamten jede Spekulation in Grund und Boden verbieten. In Friedberg haben wir schon eine solche Bestimmung in den Anstellungsverträgen aufgenommen.

Den Passus der Lindemannschen Resolution „Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, an die klagbare Rechte gegeben werden", beantragen wir, zu streichen, nicht etwa, weil wir derartige Bestimmungen nicht für nötig halten, sondern weil wir nicht für eine bestimmte Kategorie etwas schaffen dürfen, denn diese Kategorie würde dann an dem Klassenkampf der Arbeiter nicht mehr teilnehmen.

Eichhorn-Pforzheim: Auch ich bin nicht in allen Punkten mit der Resolution einverstanden und bin deshalb für eine gewisse Ueberarbeitung in einer Kommission. Allgemein aber bitte ich, die Resolution in dem Sinne anzunehmen, daß sie als leitender Grundsatz gilt. Ein Gemeindeprogramm für ganz Deutschland auszuarbeiten ist schlechterdings unmöglich. Dazu sind die Verhältnisse zu verschieden. Aber als allgemeine Richtschnur — und so ist sie auch gedacht —

Digitized by Google

könnte man die Resolution, wenn sie nochmals überarbeitet wird, schon gelten lassen.

Im Gegensatz zu Lindemann stehe ich auf dem Standpunkt, daß man bei der Gemeinde-Autonomie doch auch gewisse Grenzen einhalten muß und die Staatsrechte nicht allzu sehr beschränken soll. Ebenso wie in Bayern wäre in Baden und andern Einzelstaaten eine absolute Gemeinde-Autonomie unter Umständen schädlich. In bezug auf die Schule gehe ich weiter als Lindemann. Ich verlange die reine Staatsschule, und zwar die Einheitsschule. Aber diese Staatsschule soll Staatsschule in möglichst weitem Umfange sein. Die Kosten müßten unter allen Umständen, soweit der Betrieb der Schule in Frage kommt, dem Staate auferlegt werden, die Baukosten könnten ja die Gemeinden tragen.

Ob ein Einkammer-System immer das wertvollste ist, ist auch eine Streitfrage.

Noch einige Bemerkungen zu den sozialen Forderungen. Ich möchte bezweifeln, daß es möglich war, alle diese einzelnen Forderungen, die unter b) enthalten sind, aufzuzählen. Aber auch schon a) geht mir zu weit. Ich glaube, es ist bedenklich, hier die Gemeinde-Arbeitslosen-Fürsorge zu verlangen. Unsre Forderung der staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung kann dadurch leicht erschwert werden.

Was die Umständlichkeit des Erwerbes der Staatszugehörigkeit anlangt, so würde da vielfach eine bloße Beschwerde genügen, denn es handelt sich oft nur um Chikanen.

Ein Antrag Frohme auf Schluß der Debatte wird von Borgmann bekämpft, da das Thema noch nicht ausgiebig genug erörtert worden sei.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Lindemann (Schlußwort): Ein großer Teil der Debatte hätte erspart werden können, wenn sich die Genossen die Resolution genauer angesehen hätten. Die Resolution soll kein allgemein gültiges Aktionsprogramm sein, das bei jeder Wahl überall in gleicher Weise in Kraft treten muß. Daran ist bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse nicht zu denken. Sie muß von vornherein mit diesem Körnchen Salz aufgefaßt werden. Tut man das, so kann sie im allgemeinen, meines Erachtens, wohl akzeptiert werden. Es hat sich in der Debatte wieder der Gegensatz zwischen Theoretikern und Praktikern herausgestellt. Sie müssen aber bedenken, daß ein allgemeines Programm niemals auf Grund der Verhältnisse einer Gemeinde, auch nicht eines Landes aufgestellt werden kann. Ferner sei eine andere Erscheinung der Debatte besprochen — die Feindschaft gegen die Gemeinde und die Ueberschätzung des Staates, in denen sich einige Großen ergingen. Dieser Fanatismus der Zentralisation scheint mir ganz rückständig zu sein. Alles soll der Staat machen, aber womit denn? Meinen Sie wirklich, daß die staatliche Bureaukratie alle möglichen Ausgaben nur aus finanziellen Gründen abwälzt? Meinen Sie nicht, daß dabei auch der Grund mitwirkt, daß die Gemeinde für viele Aufgaben eben das allein nützliche Organ ist? Die Armenpflege soll verstaatlicht werden, aber die Verwaltung muß dann doch von den Gemeinden besorgt werden, sonst ist der arme Teufel ja verhungert, bevor der Instanzenzug erschöpft ist. Das ist dieser Zentralisationsfanatismus, den ich für ganz verfehlt halte. (Sehr richtig!)

Es heißt, die Resolution scheide nicht scharf genug zwischen den Forderungen an den Staat und an die Gemeinden. Die Sache ist aber doch so, daß Punkt 1 und 2 im wesentlichen die Forderungen an den Staat enthält. Diese Forderungen gehören durchaus in ein Kommunalprogramm, weil sie die Voraussetzung dafür sind, daß die Kommune ihren Aufgaben gerecht werden kann.

Die Wertzuwachssteuer hat Anfechtungen erfahren. Es ist richtig, daß ich dieser Steuer keine sozialpolitische Bedeutung beimesse. Ich bin überhaupt

Digitized by Google

der Meinung, daß eine solche Wertzuwachssteuer ergänzt werden muß durch eine energische Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Erst dann wird die Gemeinde auf dem Gebiete der Wohnungsfrage sozialpolitisch wirken können. Natürlich ist es richtig, daß die Durchführung der progressiven Zuwachssteuer vielem Widerstande begegnen wird. Jedenfalls aber ist sie zurzeit dasjenige Mittel, das zur Einführung am reifsten ist. Frankfurt a. M. hat sie ja schon eingeführt und die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhalten.

Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, die Forderung der Einheitsschule anzunehmen. Ich habe das absichtlich außer Acht gelassen, weil ich überhaupt keine die Schule betreffende Forderung aufnehmen wollte, da diese Frage im Parteiprogramm geregelt ist.

Auf die Anträge will ich im einzelnen nicht eingehen. Ich möchte Sie nun bitten, die Angelegenheit jedenfalls nicht wieder um ein Jahr zu verschieben. Das wäre ein testimonium paupertatis, und ich meine, da meine Resolution kein Aktionsprogramm ist, sondern nur eine Art Richtschnur sein soll, kann sie sehr wohl zur Abstimmung gebracht werden. (Beifall.)

Die Anträge Ulrich (Kommissionsberatung) und Borgmann (Ueberweisung an die sozialistischen Gemeindevertreter als Material) werden abgelehnt. Der Antrag auf Einfügung der Forderung der vollen Koalitionsfreiheit für Gemeindeangestellte wird angenommen, und mit dieser Einfügung die ganze Resolution Lindemann, die im übrigen unverändert bleibt.

Der ebenfalls zur Resolution gestellte Antrag 61, sowie ein Antrag auf Streichung des vorletzten Absatzes werden abgelehnt. Damit ist die Resolution Hoch (62) erledigt.

Vorsitzender Dietz fordert die Delegierten auf, morgen früh vor Beginn der Sitzung die Stimmzettel zu den Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission abzugeben.

Schluß der Sitzung 7¼ Uhr.

Eine Abendsitzung findet nicht statt, da das Bureau der Ansicht ist, daß die Tagesordnung erledigt werden kann.

Fünfter Verhandlungstag.

Sonnabend den 24. September. — Vormittags-Sitzung.

Ebert eröffnet um 9 Uhr die Sitzung mit der Verlesung eines Begrüßungstelegramms der Bromberger Genossen.

Dem Bureau sind zwei Flugblätter zur Verteilung an die Delegierten zugegangen, das eine vom Kartell der lokalorganisierten Gewerkschaften Hamburgs und Umgegend, das andre von Theobald Courtois-Mülhausen. Das Bureau lehnt die Verteilung dieser Flugblätter ab.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein:

Der internationale Kongreß in Amsterdam.

Das Wort erhält der Berichterstatter

Bebel: Die Aufgabe, einen internationalen Arbeiterkongreß abzuhalten, ist keineswegs eine leichte. Die Verschiedenheiten der Rasse, der Nationalität, vor allen Dingen der Sprache und des Temperaments, weiter die Verschiedenheit der kulturellen Zustände, unter denen die einzelnen Delegierten leben, machen es zur Selbstverständlichkeit, daß auf solchen Zusammenkünften viel leichter als auf nationalen Kongressen Meinungsverschiedenheiten zu Tage treten. Kommt nun noch hinzu, daß die Vertreter einer maßgebenden Nation, wie wir dies seit einer Reihe von Jahren bei unsren französischen Freunden gesehen haben, in ernsten Meinungsverschiedenheiten sich befinden, so ist natürlich die größte Gefahr vor-

Digitized by Google

handen, daß unter Umständen sehr unangenehme Kämpfe entstehen können. Das haben wir 1900 in Paris am ausgiebigsten kennen gelernt, und ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich, als ich nach Amsterdam ging, die Befürchtung hegte, es könnte ähnliches wie in Paris vorkommen. Allerdings war ein großer Stein des Anstoßes, der 1900 eine Hauptrolle gespielt hatte, der Fall Millerand, durch den Rücktritt des Mannes beiseite geschoben, aber die Grundfrage, die innerhalb der französischen und der internationalen Sozialdemokratie durch den Fall Millerand aufgeworfen worden war, ob die Sozialdemokratie an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen dürfe, hat nachgewirkt, die Differenzen sind bestehen geblieben, und es ist ein alter Erfahrungssatz, daß durch die Länge der Zeit solche Gegensätze nicht überbrückt werden. Zu allgemeiner Freude haben die Verhandlungen des Amsterdamer Kongresses einen Verlauf genommen, wie ihn wohl niemand erwartet hatte. Dieses hat bei allen Delegierten große Befriedigung hervorgerufen. Dazu hat Verschiedenes beigetragen, in erster Linie der feste Wille aller Beteiligten, alles zu vermeiden, was zu ernsten Konflikten führen könnte. Daß dieser Wille allseitig vorhanden war, konnte man vorher nicht wissen. Dazu kam, daß unsre holländischen Genossen es meisterhaft verstanden hatten, das ganze Arrangement des Kongresses in einer Weise zu treffen, wie es vorher auf keinem internationalen Kongreß der Fall war. Auch daß die holländischen Genossen aufs liebenswürdigste und bereitwilligste jeden Wunsch des Kongresses und der Delegierten erfüllten, hat in höchstem Grade wohltuend auf alle gewirkt. Dazu kam endlich, daß auch das äußere Arrangement des Kongresses in jeder Beziehung allen Ansprüchen genügte. So fanden die Verhandlungen in einem prachtvollen palastartigen Gebäude statt, in dem sich weiter eine ausreichende Anzahl Nebenräume für die Sitzungen der Delegationen und Kommissionen befand. Selbst in diesen Aeußerlichkeiten kam die ungeheure Entwicklung, die der Sozialismus in den letzten Jahrzehnten genommen hat, zum Ausdruck. Die holländischen Genossen hatten uns mit einer Festschrift bedacht, in der unter anderem auch das kleine unansehnliche Haus abgebildet war, in dem im Jahre 1872 der letzte Kongreß der alten Internationale im Haag tagte. Damals genügten zwar primitivere Räume. Diesesmal tagte man in einem mit allen Bequemlichkeiten ausgestatteten Prachtbau, in dem eine Schar von Delegierten aus allen Kulturländern in einer Vollzähligkeit zusammenkam, wie sie niemals vorher ein internationaler Kongreß aufzuweisen hatte. Freilich war die Stärke der Vertretung der einzelnen Länder sehr verschieden. Deutschland, das bisher stets die stärkste Delegation gehabt hatte, kam diesmal erst an dritter Stelle. Vor allem war erfreulich die ungemein starke Vertretung der englischen Arbeiter. Nicht weniger als 105 englische Delegierte waren erschienen, die allerdings vier verschiedene sehr ungleichartige Gruppen vertraten. Am stärksten waren die Trades-Unions vertreten, deren Mitglieder bekanntlich in ihrer Mehrheit weit entfernt sind, sich zum Sozialismus zu bekennen. Trotzdem habe ich es für ganz besonders erfreulich gehalten, daß die Trades-Unions auf diese Weise ihr lebhaftes Interesse an den Beratungen des internationalen sozialistischen Kongresses bekundeten. Die zweitstärkste Delegation hatte Frankreich, das in drei Gruppen gespalten war; an dritter Stelle kamen wir mit 67 Delegierten, von denen 40 von der Partei, 27 von den Gewerkschaften entsandt waren; auch die Gewerkschaften waren also ausnehmend stark vertreten. Es folgte die holländische, belgische, russische Delegation und daran schlossen sich die schwächeren Delegationen der andren Länder an. Im ganzen hatte der Kongreß 450 Teilnehmer. Es hat verschiedentlich Widerspruch hervorgerufen, daß alle diese so ungleichartigen Delegationen die gleiche Stimmenzahl erhielten. Es ist gewiß ein seltsamer Widerspruch, daß die stärkste sozialistische Partei der Welt, die deutsche, genau dieselbe Stimmen-

Digitized by Google

zahl hatte wie die argentinische, serbische oder japanische Partei. Man hat später, als es bei einer Abstimmung gewissermaßen auf Hieb und Stich ging und der Vertreter von Japan den Ausschlag zuungunsten der Resolution Adler-Vandervelde gab, darüber gekrittelt und gespöttelt. Ich muß aber hervorheben, **daß das internationale Bureau sich in langen Beratungen den Kopf darüber zerbrochen hatte, wie ein einigermaßen gerechter Abstimmungsmodus gefunden werden könnte, aber es ist nicht gelungen** und so blieb es bei dem früheren Modus. Uebrigens wäre nach meiner Ueberzeugung das **Resultat bei einer Abstimmung nach Köpfen ganz dasselbe gewesen.** (Sehr richtig!)

Leider waren die Vorarbeiten zum Kongreß in mancher Beziehung mangelhaft. Es trifft dieser Vorwurf aber nicht etwa die holländischen Genossen, sondern die unzulängliche Organisation des internationalen Bureaus, jener Korporation, die aus Vertretern aller Nationen zusammengesetzt, zeitweilig in Brüssel zusammentritt, die Tagesordnung festsetzt usw. Der Sekretär dieses Bureaus, Genosse Serwy, zweifellos ein sehr braver und fleißiger Mann, hat aber den Fehler, daß er nur französisch, nicht aber auch deutsch und englisch versteht, und es haben ihm offenbar auch in Brüssel keine Genossen zur Verfügung gestanden, die ihn in dieser Beziehung unterstützten. Die Folge war, daß die Referate, soweit sie vorbereitet waren, und alle Resolutionen in französischer Sprache erschienen und daß, soweit Resolutionen deutsch gedruckt waren, unser gutes, liebes Deutsch in einer Weise mißhandelt worden ist (Heiterkeit), daß man nicht imstande war, seine eignen Worte wiederzuerkennen. Wir Deutsche hatten daher die Absicht, die Verlegung des internationalen Bureaus von Brüssel nach Amsterdam zu beantragen, wo uns die Verhältnisse günstiger zu liegen schienen, aber zurzeit schienen die Holländer wenig geneigt, das Bureau zu übernehmen, und andrerseits erklärten sich die belgischen Genossen sofort bereit, die gerügten Uebelstände abzustellen. Soeben macht mich Genosse Pfannkuch darauf aufmerksam, daß auch der deutsche Bericht über die Partei- und Gewerkschaftsbewegung nicht gedruckt worden ist, obgleich er rechtzeitig eintraf, auch fehlte es dem Bureau nicht an Geldmitteln.

Weiter erwies sich als notwendig, **Kommissionen** zur Vorbereitung der einzelnen Materien zu bilden. Diese Einrichtung nahm allerdings einen etwas andren Charakter an, als man zuerst erwartete. Es ergaben sich so viele Meinungsverschiedenheiten in den Kommissionen, daß das Plenum 2 Tage überhaupt nicht zusammenkommen konnte. Aber es gelang doch auf diese Weise, die Verhandlungen im Plenum besser und erfolgreicher zu gestalten. Es ist immer sehr mißlich, wenn auf einem internationalen Kongreß Resolutionen über wichtige Fragen, wie z. B. die Frage der politischen Taktik, unvorbereitet erörtert werden sollen. Hier sind Vorberatungen dringend nötig, um nach Möglichkeit Mißverständnisse auszuschließen. Ganz falsch ist es aber, wenn Genosse Quarck in Frankfurt die Sache hinterher so darstellt, als habe man die Kommissionen eingesetzt, um gewissermaßen zunächst die Hauptleute in Konventikeln hinter verschlossenen Türen beraten zu lassen. **Davon war keine Rede.** Der von der deutschen Delegation gestellte Antrag auf Einsetzung von Kommissionen, speziell auch über die Taktikfrage, wurde einmütig angenommen, weil allen die Zweckmäßigkeit einer Vorberatung der verschiedenen zur Erörterung gestellten Fragen einleuchtete. Man ging vielmehr davon aus, daß es nicht gut sei, wenn die erhitzten Köpfe, in erster Linie der Franzosen, deren lebhaftes Naturell wir auf verschiedenen Kongressen zu bewundern Gelegenheit hatten, im Plenum aufeinanderprallten, es sei besser, wenn durch eine gründliche Debatte in den Kommissionen die scharfen Gegensätze etwas gemildert würden, das galt namentlich für die Beratung über die politische Taktik, die erregte Erörterungen

Digitized by Google

befürchten ließ. Zu aller Ueberraschung aber fand ein solcher Zusammenstoß der Geister in einer explosiven Form überhaupt nicht statt, bis auf einen kleinen Zwischenfall ganz zuletzt. Ich habe noch niemals auf einem Kongresse Verhandlungen beigewohnt, bei denen in so ruhiger, objektiver, leidenschaftsloser Weise hüben wie drüben in geradezu glänzender Art drei Tage lang in acht bis zehn Stunden ein Redetournier über die Prinzipien und die Taktik der Partei geführt worden wäre wie in dieser Kommission. Der kleine Saal war die ganze Zeit bis zum Ersticken gefüllt, natürlich wohnten auch viele unsrer deutschen Genossen diesen Verhandlungen bei. Hätten wir das geahnt, so hätten wir vor allen Dingen für eine gründliche Berichterstattung, wie für die Plenarverhandlungen, gesorgt, damit diese prachtvollen Verhandlungen auch draußen in den weitesten Kreisen der Genossen bekannt geworden wären, was leider nicht geschehen ist. Daß es an einer solchen Berichterstattung fehlte, haben Sie im „Vorwärts" deutlich gemerkt. Das Resultat der Kommissionsberatung war, wie Sie wissen, daß das Amendement Adler-Vandervelde zur Dresdener Resolution mit einer ziemlichen Mehrheit abgelehnt wurde und daß die Dresdener Resolution, die von seiten der Guesdisten dem Kongreß als Resolution für die Taktik aller Länder empfohlen wurde, zur Annahme gelangte.

Eine Reihe andrer wichtiger Fragen wurde in den andern Kommissionen erledigt, die dann ihre Resolutionen dem Plenum vorlegten. So wurde nach einem vorzüglichen Referat Molkenbuhrs eine Resolution über die Sozialpolitik angenommen, zu der Kolonialpolitik, bei deren Erörterung die Geister schärfer aufeinanderplatzten, wurde eine Resolution angenommen, die unserm stets eingenommenen Standpunkt entspricht. Die Erörterungen über die Trusts nahmen einen solchen Umfang an, daß die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht zu Ende geführt und bis zum nächsten Kongreß vertagt werden mußte; ebenso erging es der Ein- und Auswanderungsfrage. Hier war man durchaus nicht einverstanden mit den Vorschlägen der Kommission. Besonders hatte die Neger- und Kulifrage zu Meinungsverschiedenheiten geführt, über die keine Verständigung erzielt werden konnte. Deshalb wurde auf Antrag Keir-Hardie die ganze Frage dem nächsten Kongreß zur nochmaligen Beratung überwiesen. Doch wurde dem Vorschlag des Präsidiums zugestimmt als Meinung des Kongresses den Protest des Genossen Paeplow ins Protokoll aufzunehmen, der sich gegen die Absperrungspolitik wendet, wie sie einzelne Gewerkschaften gegenüber ausländischen Arbeitsgenossen beobachten. So verlangen z. B. manche englische Gewerkschaften von ausländischen Berufsgenossen bis zu 200 M. Eintrittsgeld. (Hört! hört!) Genosse Bernstein, der in diesen Dingen bewandert ist, macht mich eben darauf aufmerksam, daß diese englischen Gewerkschaften zugleich Krankenkassen haben, so daß mit der Zahlung dieses Eintrittsgeldes auch das Recht auf Krankenunterstützung gewonnen wird.

Eine weitere Frage war die des Generalstreiks. Ich habe keine Neigung, bei diesem Stadium unsrer Beratungen auf den Generalstreik einzugehen. Sie haben beschlossen, diese Frage dem Parteivorstand zu überweisen, damit er erwäge, ob sie auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werden solle. Angesichts der jüngsten Vorgänge in Italien und der großen Versammlungen in Berlin werden wir nicht umhin können, an die Erörterung dieser Frage heranzugehen. Zweitens aber dürfte es sich empfehlen, die Generalstreik-Frage erst in der Presse und in den Zeitschriften noch gründlich zu erörtern. Dann werde ich auch Gelegenheit finden, mit meinem Freunde Dr. Friedeberg ein Hühnchen zu rupfen. (Heiterkeit.) Er ist hier, er hat wohl schon heute Appetit darauf. (Heiterkeit.) Aber er wird sich gedulden müssen. Allerdings gebe ich zu, seinen Irrtum, daß es hier zu Auseinandersetzungen mit ihm kommen werde, durch meinen Parteitag-

Digitized by Google

artikel in der „Neuen Zeit" verschuldet zu haben. (Dr. Friedeberg: Sehr richtig!)

Nun zur Maifeierfrage. In der ursprünglichen Resolution stand der letzte Satz des Textes, der Ihnen gestern vorgelegen, nicht. Ein Teil der deutschen Delegierten war der Meinung, daß das nichts schade, daß das im Gegenteil ein Vorteil sei, weil dann die Gewerkschaften erst recht freie Hand hätten, wie weit sie gehen sollten. Der andre Teil meinte aber, es sei notwendig, das bestimmt zu formulieren, und so haben wir uns nach längerer Debatte in einer Sitzung der deutschen Delegation zu dem Zusatz entschlossen und die Kommission hat den deutschen Zusatz zu ihrer Resolution ebenfalls akzeptiert.

Der letzte und Hauptgegenstand war die Frage der politischen Taktik. Die Guesdisten hatten beantragt, unsre Dresdener Resolution dem internationalen Kongreß vorzulegen, sie stand zur Debatte. Die Debatte hatte in der Kommission bereits zirka $1^1/_2$ Tage gedauert, und hatte von unsrer Seite als erster Redner Kautsky, und vor und nach ihm eine ganze Reihe andrer Redner, für die Dresdener Resolution gesprochen, als am Mittag des zweiten Tages ein Amendement Vandervelde eingebracht wurde, das sich nachher als ein Amendement Adler-Vandervelde herausstellte, das die Dresdener Resolution ihrem Hauptinhalt nach aufrecht erhielt, sie aber insofern änderte, als das, was für fremde Länder sich nicht eignen sollte, herausgenommen wurde. Dieses Amendement wurde mit unsrer Resolution zum Gegenstand sehr lebhafter Erörterungen pro und kontra. Ich war — ich mache daraus gar kein Hehl — über das Vorgehen der Genossen Adler-Vandervelde etwas piquiert, weil ich erwartet hatte, daß man zuvor bei uns anfragen würde, ob wir vielleicht nicht selbst zu einer andern Fassung geneigt seien und habe daraus auch den betreffenden Genossen gegenüber kein Hehl gemacht. In dem Bericht von Quarck, den der „Vorwärts", wofür ich ihm sehr dankbar bin, seinen Hauptinhalt nach abdruckte — denn sonst hätte ich keine Kenntnis davon bekommen — ist es so dargestellt, als wenn die deutschen Delegierten durch unsre Entscheidung für die Dresdener Resolution überrascht waren. Das ist nicht der Fall. Ich teilte bereits in der ersten Delegationssitzung am Sonntag früh mit, daß die Guesdisten die Dresdener Resolution beantragt hätten, ich erklärte — was der vollen Wahrheit entspricht — daß wir, weder Kautsky, noch ich, noch ein andrer deutscher Parteigenosse von diesem Vorgehen die geringste Kenntnis hätten, wir seien überrascht, aber nachdem die Resolution von andrer Seite beantragt wäre, sei es selbstverständlich, daß wir sie akzeptieren, umsomehr, da sie nach meiner Ueberzeugung auch auf internationale Verhältnisse zutreffe. Quarck und einige andre widersprachen, sie meinten, wir sollten uns nicht binden. Andre wieder haben gegen Quarck gesprochen. Unter andern — ich lege Gewicht darauf, das ausdrücklich zu konstatieren — war es Richard Fischer, der erklärte, davon könne keine Rede sein, daß wir gegen die Dresdener Resolution stimmten, die müßten wir annehmen. Die Delegation beschloß darauf mit allen gegen 11 Stimmen, daß wir in der Kommission für die Dresdener Resolution einzutreten hätten. (Hört! hört!) Wir hatten also sozusagen ein gebundenes Mandat, doch hatte ich am Schlusse unsrer Beratungen in der Delegation ausdrücklich bemerkt und ohne Widerspruch zu finden, daß wir an den Wortlau wohl nicht gebunden wären. Ich stelle das fest im Gegensatz zu der Schilderun von Quarck. Auch die weiteren Vorgänge hat Quarck falsch dargestellt. E schreibt, es sei den Delegierten, die doch mit den Groschen der Arbeiter na Amsterdam entsandt worden seien, nach Beendigung der Kommissionsverhandlun zunächst gar nicht möglich gewesen, in einer nochmaligen De legationssitzung den Standpunkt ihrer Wähler zu ver treten. Erst kurz vor der entscheidenden Abstimmung sei es gelungen

Digitized by Google

eine kurze Aussprache herbeizuführen; er habe aber erst Unterschriften unter den deutschen Delegierten sammeln müssen, ganz wie man es unter den „Demokraten" des Frankfurter Stadtparlaments machen müsse, um Bebel und Kautsky dazu zu veranlassen, zu einer Rücksprache Gelegenheit zu geben. In dieser letzten Abstimmung habe Bebel dann sofort die Vertrauensfrage gestellt; er habe erklärt, er sei für die Dresdener Resolution so engagiert, daß er nicht mehr zurück könne. Niemand habe dem „verehrten Führer" ein Mißtrauensvotum ausstellen wollen. Bebel hätte aber wohl auch sagen können: „Ich bin nur Euer Vertreter und werde mich nach dem Ergebnis der Abstimmung richten". Das sei nicht geschehen und so hätten sich die meisten Delegierten gescheut, Bebel zu desavouieren. In dieser Resolution ist Wahres und Falsches gemischt und zwar so, daß sich ein ganz falsches Bild ergibt, das namentlich für die Delegierten ungünstig ist; denn die werden hier als Leute hingestellt, die nicht den Willen zu einer eigenen Meinung haben. (Sehr richtig!) Ich möchte mir überhaupt ernstlich Speichelleckereien verbitten, wie sie sich hier Quarck hat zu Schulden kommen lassen. Ich bin ein Parteigenosse wie jeder andre und will nichts andres sein. Damit basta! (Sehr gut! Beifall.) Da wird über Personenkultus gesprochen, aber diejenigen, die am meisten darüber wettern, fördern ihn selbst. Quarck spricht von den Groschen der Arbeiter, deren Meinung er zu vertreten gehabt, es aber nicht gekonnt habe. Aber er hatte doch vor Beginn der Kommissionsberatung Gelegenheit gehabt, in unsrer Sitzung zwei- oder dreimal seinen Standpunkt zu verteidigen. In der Kommission haben wir lediglich das Mandat ausgeführt, das uns in dieser Sitzung gegeben worden war. Uebrigens konnte Quarck von seinen Wählern gar kein bindendes Mandat haben; er konnte gar nicht wissen, wie seine Wähler über diese Frage denken würden. (Sehr richtig). In solchen Fällen hat der Delegierte nachher zu vertreten, wie er gehandelt hat. Gegen diese hart an Demagogie reichende Art, von den Arbeitergroschen zu reden, lege ich energischsten Protest ein. Als die $3^1/_2$ tägigen Kommissionsverhandlungen zu Ende waren, sagten wir uns: Es wird kaum noch notwendig sein, daß die deutsche Delegation noch einmal extra berät, hatte doch ein großer Teil der deutschen Delegierten den Beratungen beigewohnt. Am vierten Tage fanden dann die Plenardebatten über die Taktik statt. Nebenbei bemerkt: Man hat von einem Rededuell Bebel-Jaurès gesprochen. Ich betone, daß wir Deutschen ganz ohne unser Zutun in den Vordergrund geschoben wurden. Nun sagt Quarck, er habe Unterschriften sammeln müssen, um zu erlangen, daß die deutsche Delegation noch einmal zusammentrete. Von diesen Unterschriften habe ich nichts gesehen und Kautsky wird sie wohl auch nicht gesehen haben. Dagegen kamen allerdings mehrere Delegierte persönlich zu mir und sagten, es besteht der Wunsch, daß wir nochmals verhandeln. Ich sagte: Gut, wird gemacht. Zufällig stand Adler in meiner Nähe und ich sagte ihm: Wir ziehen uns zurück, um nochmals über die Resolution zu verhandeln, worauf Adler erwiderte: Ich bitte Euch, bleibt doch, bis ich gesprochen habe, ich komme gleich zu Wort. Wir blieben also so lange und hörten die Rede an, die auf unsre Kaptivierung berechnet war. Eingehend wurde nochmals alles pro und kontra erörtert. Im Laufe dieser Verhandlungen erklärte ich, als der Antrag von Quarck gestellt wurde, wir sollten uns für das Amendement Adler-Vandervelde entscheiden, daß wenn dieser Antrag angenommen werden sollte, ich bitten müßte, einen andren damit zu betrauen, die entsprechende Erklärung im Plenum abzugeben, denn es gehe unmöglich, daß nachdem ich in der Kommission und im Plenum Namens der deutschen Delegation für die Dresdener Resolution eingetreten sei und diese angenommen wurde, nunmehr eine Erklärung gegen dieselbe abgeben solle. (Sehr richtig). Das war doch natürlich, denn nach meiner Stellungnahme in der Kommission konnte man mir die Abgabe einer solchen Erklärung nicht zumuten.

Digitized by Google

Ich sagte weiter, ich habe mit Kautsky in der Kommission die Dresdener Resolution erfolgreich vertreten, was sollen denn die andern Nationen, die mit uns gestimmt haben, von uns denken, wenn wir jetzt für das Amendement Adler stimmen, sie betrachten das als eine Felonie. Bemerken will ich, ich hatte an demselben Tage, an dem das Amendement Adler-Vandelde eingebracht worden war, zu Vandervelde im Gespräch geäußert, ich hätte es doch in Ordnung gefunden, wenn man uns von dem Amendement Adler, vor seiner Einbringung, Kenntnis gegeben hätte; vielleicht hätten wir uns verständigen können. Vandervelde war darüber erstaunt und sagte, er habe geglaubt, Adler hätte uns unterrichtet. Ich fragte also Adler und sagte auch ihm, daß eine Verständigung möglich gewesen wäre, da sein Amendement sachlich von der Dresdener Resolution nicht abweiche. Diese Verständigung hätte aber vor Einbringung derselben stattfinden müssen. Nachträglich sei dieses unmöglich gewesen nach der Art, wie es begründet und von einem Teil der Redner verteidigt worden sei, denn danach mußte es als gegen die Dresdener Resolution und zugunsten von Jaurès gestellt angesehen werden. Adler war die Sache sehr unangenehm, er meinte, er hätte nicht geglaubt, uns für eine Amendierung der Dresdener Resolution gewinnen zu können. Diese Vorgänge habe ich in der Sitzung unsrer Delegation mitgeteilt, ich habe auch erzählt, daß wir, wenn unsre Resolution in der Minderheit geblieben wäre, für die Resolution Adler gestimmt haben würden. **Bei der Abstimmung stimmten dann nicht mehr als 13 Delegierte für den Antrag Quarck.** So waren die Vorgänge, und der Bericht der Genossin Zetkin, den Quarck angreift, entsprach der Wahrheit. Merkwürdig mußten die Mittel berühren, durch die man einen Teil der kleineren Nationen zu gewinnen versuchte. Als zuletzt der Vertreter Japans seine Stimme abgab, stimmte er auf einmal vor lauter — ich will sagen — Scheu nicht mehr wie bisher englisch, sondern deutsch ab. Hätte Katayama für das Amendement Adler-Vandervelde gestimmt, dann wäre seine Stimme natürlich als sehr wertvoll hingestellt worden, als die Stimme einer Nation, die sich in den letzten Monaten als eine der ersten Nationen gezeigt habe. (Heiterkeit.) Die Entscheidung gegen die Resolution Vandervelde fiel mit 22 gegen 22 Stimmen, darauf wurde die Dresdener Resolution mit erheblicher Mehrheit angenommen.

Nun noch eins. Was uns in der Kommission sehr wohltuend berührte, war, daß Renaudel, ein Jaurèsist, erklärte, er gehöre zum linken jaurèsistischen Flügel und sei mit der Taktik von Jaurès nicht einverstanden. Er habe nichts dagegen, wenn eine scharfe Resolution, und sei es die Dresdener, gegen die bisher geübte Taktik angenommen werde, aber er erwarte auch, daß der Kongreß seine Stimme für die Einigung der französischen Gruppen erhebe. Dieser Anregung gaben wir, Adler, Vandervelde, Ferri, Kautsky und ich, und zwar auf meine Anregung, Folge und faßten eine dementsprechende Resolution, die von der Kommission und im Plenum zu unsrer Genugtuung einstimmig angenommen wurde. Natürlich war trotzdem eine gewisse Skepsis am Platze. Ich habe daran erinnert, wie lange es dauerte, bis die Einigung bei uns in Deutschland kam. Was die Einigung der französischen Genossen besonders erschwert, ist der Umstand, daß die Parteiführer nur eine verhältnismäßig kleine organisierte Masse hinter sich haben. Ständen große Massen hinter den Führern, so wären sie schon längst gezwungen worden, die Kämpfe einzustellen und sich zu vertragen. Trotzdem sage ich, so feierlich vor dem Kongreß und der ganzen Welt abgegebene Erklärungen können nicht ohne Resultat bleiben. Der Umstand, daß die Führer der verschiedenen Gruppen eine ganze Woche friedlich nebeneinander tagten, muß seine gute Wirkung ausüben. Wir haben es auch bei uns in Deutschland erfahren, daß unsre Einigung

Digitized by Google

wesentlich dadurch erleichtert wurde, daß sich die Führer der verschiedenen Richtungen 1869 in Elberfeld persönlich kennen lernten. Als man nach dem Kongreß die ersten Artikel von Jaurès in der „Humanité" las, bekam man allerdings den Eindruck, als wenn bei ihm keine besonders große Neigung zur Einigung vorhanden sei. Und doch hat die Idee der Einigung, wie ich mit großer Genugtuung konstatiere, auch bei Jaurès Wurzel gefaßt. Er hat in diesen Tagen in einem seiner letzten Artikel den Gedanken entwickelt, daß man eine etappenweise Verständigung erzielen müsse und daß es auf diese Weise wohl möglich sei, allmählich zu einer vollständigen Einigung zu kommen. Es wird nun die Aufgabe auch der deutschen Parteigenossen, namentlich derjenigen, die für französische Blätter mitarbeiten, sein, alles zu unterlassen, was geeignet sein kann, die Einigung irgend wie zu erschweren. Vor kurzem ging mir ferner ein Zirkular zu, in dem Pressensé, Charles Longuet, der Enkel von Karl Marx, und Vaillant und andre französische Genossen die Gründung einer neuen Revue, die am 1. Oktober erscheinen soll, „La Vie Socialiste", ankündigen, die ganz besonders dem Zwecke dienen soll, die beiden französischen Richtungen zu versöhnen. (Beifall.) Ich habe mich dazu aufgefordert, zur Mitarbeit bereit erklärt. Der Preis der Zeitschrift soll im Auslande für drei Monate 4 Fr., für ein halbes Jahr 7½ Fr. und für ein Jahr 15 Fr. betragen. Ich möchte namentlich den Redaktionen der Parteiblätter und auch den Parteigenossen, welche die Mittel dazu haben, empfehlen, das Blatt durch Abonnement zu unterstützen.

Eine weitere erfreuliche Tatsache ist, daß auch auf die verschiedenen russischen Gruppen der Amsterdamer Kongreß einen sehr wohltätigen Einfluß ausübte, so daß ein Teil derjenigen, die als Feinde nach Amsterdam gekommen sind, eingesehen haben, daß es angesichts der Verhältnisse in Rußland absolut notwendig ist, gemeinsame Sache gegen den gemeinsamen Feind zu machen. Also, auch nach dieser Richtung hin ist der internationale Kongreß von den wohltätigsten Folgen begleitet gewesen.

Es sind dann noch Resolutionen betreffend die englische Kolonialpolitik in Indien, zugunsten des Frauenstimmrechts und der russischen Arbeiter angenommen und eine Sympathie-Erklärung zugunsten der italienischen Genossen beschlossen worden, die infolge der letzten Verfolgungen noch im Gefängnis sitzen. Außerdem hat an einem der Abende eine interparlamentarische Konferenz getagt, auf der man sich darüber verständigte, daß Zusammenkünfte von Parlamentsvertretern der verschiedenen Nationen regelmäßig stattfinden und auch zu diesem Zweck ein Sekretariat, das unsre holländischen Genossen übernommen haben, begründet werde. Es wird Aufgabe unsrer Reichstagsfraktion sein, zwei Vertreter für dieses interparlamentarische Komitee zu entsenden. Sie aber, Genossen, haben die Aufgabe, heute noch zwei Vertreter für das internationale Komitee, dem bisher Auer und Singer und in Vertretung von Auer Kautsky angehörten, zu wählen.

Noch eine kurze Schlußbemerkung! Auf Antrag der deutschen Delegation ist Stuttgart als Ort für den nächsten internationalen Kongreß 1907 gewählt worden. Infolge unsrer traurigen Zustände wagten wir bisher nicht, nach Deutschland einen internationalen Kongreß einzuberufen. Wir wissen, daß die maßgebendste deutsche Regierung sich in den Fesseln Rußlands befindet. (Sehr richtig!) Gewiß, die Verhandlungen eines internationalen Arbeiterkongresses würden selbst in Berlin keinen Gegenstand des Anstoßes bilden; kein Zweifel, daß alles, was in Amsterdam und früher auf andren Kongressen gesagt wurde, auch in Deutschland gesagt werden kann, ohne ein Eingreifen von seiten eines Staatsanwalts möglich zu machen (Sehr wahr!) — ob auch ein Eingreifen seitens der Polizei, ist eine

Digitized by Google

andre Frage. Aber eine Intervention zugunsten des russischen Absolutismus gegen unsre russischen Freunde ist möglich. Und diese fürchten wir. Ob sie erfolgt wissen wir nicht. Vielleicht schämt man sich ein wenig; wenn man sich vor uns nicht schämt, schämt man sich vielleicht vor der internationalen Welt. (Sehr gut!) Ich hoffe wenigstens, daß man bei uns noch nicht alle Scham verloren hat. (Sehr gut!) Nun, wir haben Stuttgart vorgeschlagen, die Hauptstadt jenes Landes, in dem relativ noch das größte Maß von Freiheit in Deutschland herrscht. Wir haben also bisher nicht gewagt, einen internationalen Kongreß bei uns einzuberufen, weil unsre Regierung, im Banne des Russenkurses schmachtend, in Gefälligkeiten gegen die russische Regierung sich überbietend, fähig gewesen wäre, die Männer, die ihrer Taten und Handlungen wegen in der eignen Heimat verfolgt werden, den russischen Schergen auszuliefern. (Sehr richtig!) Wir hoffen, die württembergische Regierung wird so viel Rückgrat haben, daß sie auch künftig solchen Wünschen nicht entgegenkommt. Wir haben uns außerdem gesagt, man kann vom Ausland aus das schwäbische Ländle erreichen, ohne daß man nötig hat, eins der übrigen deutschen Vaterländer und Vaterländle zu durchkreuzen. (Heiterkeit.) Wir werden es also darauf ankommen lassen und werden den internationalen Kongreß 1907 in Stuttgart sehen. Damit ist den Stuttgartern, aber auch den deutschen Genossen die ehrenvolle Aufgabe geworden, die betreffenden Arrangements zu treffen. Parteigenossen, darin werden Sie alle mit mir übereinstimmen, daß wir alles tun wollen, was wir nach unsren geistigen, körperlichen und vor allem nach unsren finanziellen Fähigkeiten zu leisten imstande sind, um unsren internationalen Brüdern 1907 einen Empfang zu bereiten, und einen Kongreß zu bieten, an dem sie so weit es an uns liegt, ihre helle Freude haben sollen. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Ed. Bernstein: Ich kann als Mitglied der Minderheit die Mitteilungen Bebels über die Vorgänge in der deutschen Delegation durchaus bestätigen. (Hört! hört!) So weit ich an den Sitzungen der Delegation teilgenommen habe, ist alles dort so zugegangen, wie Bebel es dargestellt hat. Ich habe in der Delegation dagegen gesprochen, daß wir uns auf die Dresdener Resolution festlegen sollen; die deutsche Delegation könne sehr gut erklären, daß die Dresdener Resolution in vielen Teilen speziell deutsche Verhältnisse betreffe. Da war es, wie Bebel bereits angeführt hat, Genosse Richard Fischer, der erklärte, wir Deutsche sind durch unsren Beschluß in Dresden moralisch gebunden, ein Nichteintreten für die Dresdener Resolution könnte geradezu als eine Desavouierung des Dresdener Beschlusses aufgefaßt werden, das könne die deutsche Delegation aber nicht zugeben. Diese Auffassung hat dann wohl auch die Entscheidung gegeben. Am letzten Tage erklärte Bebel in der Delegation: Wir sind gebunden den andern Nationen gegenüber, die die Hoffnung hegen, daß wir die Dresdener Resolution nicht im Stich lassen werden. Ich bestritt das. An der Abstimmung in der Delegation konnte ich aber nicht teilnehmen, da ich als Redner in der Plenarsitzung des Kongresses gerade vorgemerkt war. Ich bestätige weiter: undemokratisch ist in der Delegation nicht verfahren worden. (Hört! hört!) Ich habe bedauert, daß die Dresdener Resolution als internationale Regel angenommen worden ist, weil sie international nicht paßt. Ich habe in Dresden gegen sie opponiert, aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt derer stellt, die sie in Dresden angenommen haben, so müsse doch selbst diese zugeben, daß sie auf Voraussetzungen zugeschnitten ist, die für andre Länder nicht bestehen. Für diese kann die Resolution viel Schaden anrichten. Das hat auch Anseele ausgesprochen, und nach Schluß des Kongresses hat ein altes Mitglied der Internationalen, der hochverdiente Mitbegründer der

Digitized by Google

belgischen Arbeiterpartei, Louis Bertrand, geschrieben, wenn in dieser Weise weiter verfahren werde, kommen wir von neuem zu einer Spaltung der Internationals. Ich freue mich konstatieren zu können, daß Bebel in Amsterdam im übrigen eine durchaus versöhnliche Haltung angenommen hat, so daß die Befürchtungen Bertrands hoffentlich nicht eintreten werden.

Noch einige Worte über den Abstimmungsmodus auf den internationalen Kongressen. Ich gebe zu, daß es absolut unmöglich ist, wie die Dinge liegen, einen Modus für die internationalen Abstimmungen zu finden, der allen Beteiligten gerecht wird. Wenn das aber unmöglich ist, sollte man Abstimmungen, die die Gemüter erregen, vermeiden, sollte man bei Resolutionen Rücksicht auf beide Teile nehmen. Bebel hat durch seine Mitteilung von dem Kampf um Katayama die Verhältnisse ja klassisch illustriert. Es sind aber noch andre Unregelmäßigkeiten in Amsterdam vorgekommen, denen doch in Zukunft vorgebeugt werden muß. So hatte die organisierte norwegische Sozialdemokratie einen Vertreter entsandt, als zweiter Vertreter Norwegens aber war der Delegierte eines sozialistischen Jugendbundes anwesend, der seiner Nationalität nach Russe war und auch beständig unter den russischen Delegierten saß. Bei der Abstimmung beanspruchte er die zweite Stimme Norwegens und stimmte entgegengesetzt zu dem Vertreter der norwegischen organisierten Partei. (Kautsky: Sein Mandat war aber von vornherein anerkannt!) Ganz recht, aber dadurch annullierte der Vertreter einer kleinen Sektion das Votum des Vertreters einer organisierten Partei. Aehnliche Verhältnisse liegen auch bei den Polen vor. Ich will nicht verschweigen, daß unter ihnen eine außerordentliche Mißstimmung herrschte, die sich zum Teil auch auf die deutsche Delegation mit übertrug, weil der Vertretung einer kleinen Sektion Gelegenheit gegeben wurde, gegenüber der großen organisierten Partei ihre Stimme als gleichwertig in die Wagschale zu werfen. Diese Anomalien müssen in Zukunft beseitigt werden.

Mit Freuden konstatiere ich, daß Bebel unparteiisch und sachlich referiert hat. (Pfannkuch: Haben Sie es etwa anders erwartet? Heiterkeit.) Nein, durchaus nicht. Aber Bebel irrt, wenn er meint, daß Jaurès nicht mit versöhnlichen Absichten nach Amsterdam gekommen sei. In seinem letzten Artikel in der „Humanité" vor dem Kongreß hob Jaurès hervor, daß die Spaltung in Frankreich bei weitem nicht so groß sei, wie man annehme. Die Guesdisten und Vaillant stimmten im Parlament fast in allen Fragen genau so wie die Jaurésisten. Er fährt fort: „Wir gehen zum Kongreß in der Absicht, die Versöhnung, soweit als es möglich ist, anzubahnen". Ich freue mich, daß der Kongreß in Amsterdam diese versöhnliche Stimmung verstärkt hat. Bebels Bemerkung über die englischen Gewerkschaften veranlaßt mich zu einer Ergänzung. Ich habe schon vorher darauf aufmerksam gemacht, daß sie Unterstützungsfonds, Sterbe-, Kranken-, Invalidenkassen zusammenwerfen. Aber das rechtfertigt die Erhebung des hohen Eintrittsgeldes durchaus nicht und ist kein Grund, diese Zustände auch in Zukunft aufrecht zu erhalten. Ja, man kann feststellen, daß englische Gewerkschaften Aufnahmevorrichten besitzen, die ausländische Arbeiter geradezu zwingen, Streikbrecher zu werden. (Hört! hört!) So nehmen einige englische Gewerkschaften nur Mitglieder auf, die einen bestimmten Minimallohn beziehen; kommen auswärtige Arbeiter nach England, wo andre Arbeitsmethoden herrschen, so werden sie in der ersten Zeit nicht den vollen Lohn. Sie können so nicht Mitglieder der Gewerkschaften werden, und auf diese Weise werden Streikbrecher herangezogen. Das Verfahren der englischen Gewerkschaften soll also in keiner Weise beschönigt oder verteidigt werden. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, die es den ausländischen Arbeitern ermöglichen, sofort Gewerkschaftler zu werden. (Zustimmung.)

Digitized by Google

Vorsitzender Ebert: Wer seinen Stimmzettel für die Wahl des Parteivorstandes noch nicht abgegeben hat, muß ihn jetzt sofort bei der Mandatsprüfungskommission abgeben. Die Abstimmung wird sofort geschlossen.

Maier-Frankfurt a. M.: Als Vorsitzender jener Versammlung, in der Quarck gesprochen, muß ich für seine Ausführungen um mildernde Umstände plädieren. Die Form, in der das Monstrum in die Zeitung gekommen ist, will ich nicht verteidigen. Aber die Darstellung Quarcks in jener Versammlung klang durchaus nicht so gehässig und abfällig, wie es der Bericht in der Zeitung darstellt. Quarck hat nur im allgemeinen bedauert, daß die Verhandlungen in der Taktikkommission nicht vor einem größeren Forum stattgefunden hätten, den zwei deutschen Delegierten aber hat er keinen Vorwurf gemacht. Auf die Frage der Abstimmung und der Unterschriftensammlung wollte Quarck durchaus nicht eingehen. Er hatte nur das Referat der Genossin Zetkin vor und meinte dazu: wenn das Stimmenverhältnis in der deutschen Delegation so dargestellt wird, dann muß ich doch darauf hinweisen, daß wir nach den Verhandlungen der Taktik-Kommission eine Sitzung der deutschen Delegation gehabt haben, wo uns von den Ergebnissen berichtet und Beschluß gefaßt werden sollte. Allerdings hat er die geschmacklose Aeußerung getan, daß er erst wie in der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung Unterschriften sammeln mußte, um die Abhaltung der Delegationssitzung herbeizuführen. Gegen diese Aeußerung ist bereits in der Versammlung Widerspruch erhoben worden. Ich bedaure, daß Bebel es nicht unterlassen konnte mitzuteilen, daß er die „Frankfurter Volksstimme" überhaupt nicht lese. Das macht in Frankfurt einen außerordentlich üblen Eindruck. (Heiterkeit.)

Habicht-Limburg: In jener Versammlung in Frankfurt a. M. hat Quarck noch mehr gesagt, als in der „Volksstimme" gestanden hat. Quarck meint es aber nicht so, wir sind froh und stolz auf ihn. Aber er hat auch gegen Molkenbuhr Angriffe gerichtet und das ist schon in der Versammlung gerügt worden. Das lassen sich die Frankfurter Genossen nicht gefallen und es liegt nur an der „Frankfurter Volksstimme", daß die Meinung dieser andern Genossen nicht zum Ausdruck gekommen ist. (Hört! hört!)

Bader-Magdeburg: Ich bestätige gleichfalls, daß es in der deutschen Delegation durchaus demokratisch hergegangen ist und daß die Darstellung des Genossen Bebel durchaus der Wahrheit entspricht. Am Sonntag ist in der Delegationsversammlung jedem Gegner der Resolution Gelegenheit gegeben worden, seine Auffassung zu vertreten. Quarck und Bernstein haben auch gegen die Uebertragung der Dresdener Resolution gesprochen. Das wurde damals abgelehnt, aber dann verschob sich die Stimmung nach den dreitägigen Debatten in der Taktikkommission, so daß der Wunsch entstanden ist, eine neue Sitzung abzuhalten. Von Stimmensammeln habe ich nichts gemerkt. Allerdings hat mir Quarck persönlich erklärt, daß er erst die Delegiertenversammlung in der Dämmerstunde veranlaßt habe. Im Gegensatz zum Sonntag war am Freitagnachmittag die Stimmung derartig, daß man sich nicht auf die Dresdener Resolution versteifen, sondern dem Amendement Adler-Vandervelde zustimmen wollte. Da erklärte Bebel, und er wurde darin von Richard Fischer unterstützt, er könne nun, wo man sich tagelang in der Taktikkommission und stundenlang im Plen n für die Dresdener Resolution eingesetzt habe, sich jetzt nicht mehr zurückzie n und die Resolution Adler-Vandervelde als die unsrige übernehmen. Auch t Bebel es so dargestellt, als wenn das ein Rückzug wäre, eine Felonie ge n andre Nationen. Ich habe damals widersprochen, aber als Bebel erklärte, ß er nicht für die deutsche Delegation diese Erklärung abgeben könne, habe , trotzdem ich für das Amendement Adler-Vandervelde eingetreten war, Abst d davon genommen, diese Ansicht durch meine Abstimmung zu dokumentieren. o wie Bebel persönlich engagiert war, mußte gerade er diese Erklärung im Nam n

Digitized by Google

der deutschen Delegation abgeben, oder sie konnte überhaupt nicht abgegeben werden. Da Bebel sich weigerte, war für mich persönlich die Sache entschieden und für andre auch. Bebel hat erklärt, daß ihm Schmeicheleien zuwider seien, er wolle Parteigenosse und nicht mehr sein. Da habe ich allerdings nicht verstanden, wie Bebel als einfacher Parteigenosse sich einem eventuellen Mehrheitsbeschluß der deutschen Delegation nicht fügen zu wollen erklären konnte, wie er es abzulehnen vermochte, im Namen der deutschen Delegation zu sagen, sie hätte sich nach der dreitägigen Taktikdebatte davon überzeugt, daß sie dem internationalen Gedanken in der Sozialdemokratie einen bessern Dienst leiste, wenn sie sich auf die Resolution Adler-Vandervelde zurückzöge. Es ist bei uns immer Sitte gewesen, daß man sich als Demokrat Mehrheitsbeschlüssen zu fügen hat und ich kann gar nicht einsehen, wie bei den Bruderparteien der Eindruck der Felonie entstehen sollte, wenn wir uns auf die Resolution Adler-Vandervelde geeinigt hätten.

Sachlich stand diese Resolution auf demselben Boden wie die Dresdener Resolution. Nur sollten nicht die deutschen Verhältnisse auf andre Länder übertragen werden. Wir waren der Meinung, daß gerade weil die Dresdener Resolution nicht ihrem Wortlaut sondern ihrem sachlichen Inhalt nach übernommen war, dem Frieden und der Vereinbarung unter den Bruderparteien am besten gedient werden würde. Hierzu kommt noch, daß nicht Deutschland, sondern die Guesdisten die Dresdener Resolution vorgeschlagen hatten. In der Delegationssitzung war es öfter betont worden, daß die Guesdisten Ruf und Autorität der deutschen Sozialdemokratie für sich in Anspruch nehmen wollten, um gegenüber den Jaurèsisten in Vorteil zu kommen. Gegen ihren Willen und ohne ihr Zutun sollten die deutschen Delegierten gleichsam als Vorspann von den Guesdisten benutzt werden. (Hört! hört!) Weshalb Bebel die Erklärung abgelehnt hat, bleibt mir unbegreiflich. Nun hat Bebel die Wirkung der Annahme der Dresdener Resolution als sehr günstig hingestellt. Ich will hoffen, daß seine Annahme sich bewahrheiten wird! Wäre aber die Resolution Adler-Vandervelde angenommen worden, wäre unstreitig ihre Wirkung noch größer gewesen, da sie eine größere Stimmenzahl auf sich vereinigt hätte. Bekanntlich wurde die Dresdener Resolution mit 27 Stimmen gegen 12 Enthaltungen und 5 Nein angenommen. Bei der Dresdener Resolution ist also im Plenum eine große Zersplitterung eingetreten. Imponierend wirkt das nicht.

Bömelburg: Ich bedauere, daß auf dem Amsterdamer Kongreß keine Gelegenheit war, die Ein- und Auswanderung eingehend zu besprechen. Das Verhalten mancher ausländischen Gewerkschaftsorganisation gegen die eingewanderten Arbeiter hätte sehr gründliche Erörterung verdient. In England werden tatsächlich äußerst hohe Eintrittsgelder erhoben. Die Bernsteinsche Bemerkung sollte diese Tatsache etwas abschwächen, aber in Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß diese hohen Eintrittsgelder den eingewanderten Arbeitern den Eintritt in die Gewerkschafts-Organisation geradezu versperren. So haben in St. Louis die Organisationen vor Beginn der Ausstellungsarbeit ihre Mitgliederlisten geschlossen, so daß es keinem Eingewanderten möglich ist, aufgenommen zu werden. (Hört! hört! Bebel: Die reinen Zünftler!) Und als vor einigen Jahren in Dänemark die große Bauarbeiter-Aussperrung war, schlossen die Engländer, keine Dänen aufzunehmen, die zugereisten mußten England wieder verlassen, obwohl Arbeit genug vorhanden war. Wir sollten darauf dringen, daß diese Frage einmal eingehend auf dem nächsten Kongreß besprochen wird. (Sehr richtig!) Wir Bauarbeiter müssen große Summen wenden, um den Streikbruch durch Ausländer zu verhindern, nicht nur indifferenter Arbeiter, sondern auch solcher, von denen wir wissen, daß sie in der Heimat organisiert sind, die sich aber bei uns über die Gesetze der internationalen Solidarität hinwegsetzen. (Beifall.)

Digitized by Google

Vorsitzender Ebert: Wer seinen Stimmzettel für die Wahl des Parteivorstandes noch nicht abgegeben hat, muß ihn jetzt sofort bei der Mandatsprüfungskommission abgeben. Die Abstimmung wird sofort geschlossen.

Maier-Frankfurt a. M.: Als Vorsitzender jener Versammlung, in der Quarck gesprochen, muß ich für seine Ausführungen um mildernde Umstände plädieren. Die Form, in der das Monstrum in die Zeitung gekommen ist, will ich nicht verteidigen. Aber die Darstellung Quarcks in jener Versammlung klang durchaus nicht so gehässig und abfällig, wie es der Bericht in der Zeitung darstellt. Quarck hat nur im allgemeinen bedauert, daß die Verhandlungen in der Taktikkommission nicht vor einem größeren Forum stattgefunden hätten, den zwei deutschen Delegierten aber hat er keinen Vorwurf gemacht. Auf die Frage der Abstimmung und der Unterschriftensammlung wollte Quarck durchaus nicht eingehen. Er hatte nur das Referat der Genossin Zetkin vor und meinte dazu: wenn das Stimmenverhältnis in der deutschen Delegation so dargestellt wird, dann muß ich doch darauf hinweisen, daß wir nach den Verhandlungen der Taktik-Kommission eine Sitzung der deutschen Delegation gehabt haben, wo uns von den Ergebnissen berichtet und Beschluß gefaßt werden sollte. Allerdings hat er die geschmacklose Aeußerung getan, daß er erst wie in der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung Unterschriften sammeln mußte, um die Abhaltung der Delegationssitzung herbeizuführen. Gegen diese Aeußerung ist bereits in der Versammlung Widerspruch erhoben worden. Ich bedaure, daß Bebel es nicht unterlassen konnte mitzuteilen, daß er die „Frankfurter Volksstimme" überhaupt nicht lese. Das macht in Frankfurt einen außerordentlich üblen Eindruck. (Heiterkeit.)

Habicht-Limburg: In jener Versammlung in Frankfurt a. M. hat Quarck noch mehr gesagt, als in der „Volksstimme" gestanden hat. Quarck meint es aber nicht so, wir sind froh und stolz auf ihn. Aber er hat auch gegen Molkenbuhr Angriffe gerichtet und das ist schon in der Versammlung gerügt worden. Das lassen sich die Frankfurter Genossen nicht gefallen und es liegt nur an der „Frankfurter Volksstimme", daß die Meinung dieser andern Genossen nicht zum Ausdruck gekommen ist. (Hört! hört!)

Bader-Magdeburg: Ich bestätige gleichfalls, daß es in der deutschen Delegation durchaus demokratisch hergegangen ist und daß die Darstellung des Genossen Bebel durchaus der Wahrheit entspricht. Am Sonntag ist in der Delegationsversammlung jedem Gegner der Resolution Gelegenheit gegeben worden, seine Auffassung zu vertreten. Quarck und Bernstein haben auch gegen die Uebertragung der Dresdener Resolution gesprochen. Das wurde damals abgelehnt, aber dann verschob sich die Stimmung nach den dreitägigen Debatten in der Taktikkommission, so daß der Wunsch entstanden ist, eine neue Sitzung abzuhalten. Von Stimmensammeln habe ich nichts gemerkt. Allerdings hat mir Quarck persönlich erklärt, daß er erst die Delegiertenversammlung in der Dämmerstunde veranlaßt habe. Im Gegensatz zum Sonntag war am Freitagnachmittag die Stimmung derartig, daß man sich nicht auf die Dresdener Resolution versteifen, sondern dem Amendement Adler-Vandervelde zustimmen wollte. Da erklärte Bebel, und er wurde darin von Richard Fischer unterstützt, er könne nun, wo man sich tagelang in der Taktikkommission und stundenlang im Plen n für die Dresdener Resolution eingesetzt habe, sich jetzt nicht mehr zurückziel n und die Resolution Adler-Vandervelde als die unsrige übernehmen. Auch t Bebel es so dargestellt, als wenn das ein Rückzug wäre, eine Felonie ge n andre Nationen. Ich habe damals widersprochen, aber als Bebel erklärte, ß er nicht für die deutsche Delegation diese Erklärung abgeben könne, habe , trotzdem ich für das Amendement Adler-Vandervelde eingetreten war, Abst d davon genommen, diese Ansicht durch meine Abstimmung zu dokumentieren. o wie Bebel persönlich engagiert war, mußte gerade er diese Erklärung im Na n

Digitized by Google

der deutschen Delegation abgeben, oder sie konnte überhaupt nicht abgegeben werden. Da Bebel sich weigerte, war für mich persönlich die Sache entschieden und für andre auch. Bebel hat erklärt, daß ihm Schmeicheleien zuwider seien, er wolle Parteigenosse und nicht mehr sein. Da habe ich allerdings nicht verstanden, wie Bebel als einfacher Parteigenosse sich einem eventuellen Mehrheitsbeschluß der deutschen Delegation nicht fügen zu wollen erklären konnte, wie er es abzulehnen vermochte, im Namen der deutschen Delegation zu sagen, sie hätte sich nach der dreitägigen Taktikdebatte davon überzeugt, daß sie dem internationalen Gedanken in der Sozialdemokratie einen bessern Dienst leiste, wenn sie sich auf die Resolution Adler-Vandervelde zurückzöge. Es ist bei uns immer Sitte gewesen, daß man sich als Demokrat Mehrheitsbeschlüssen zu fügen hat und ich kann gar nicht einsehen, wie bei den Bruderparteien der Eindruck der Felonie entstehen sollte, wenn wir uns auf die Resolution Adler-Vandervelde geeinigt hätten.

Sachlich stand diese Resolution auf demselben Boden wie die Dresdener Resolution. Nur sollten nicht die deutschen Verhältnisse auf andre Länder übertragen werden. Wir waren der Meinung, daß gerade weil die Dresdener Resolution nicht ihrem Wortlaut sondern ihrem sachlichen Inhalt nach übernommen war, dem Frieden und der Vereinbarung unter den Bruderparteien am besten gedient werden würde. Hierzu kommt noch, daß nicht Deutschland, sondern die Guesdisten die Dresdener Resolution vorgeschlagen hatten. In der Delegationssitzung war es öfter betont worden, daß die Guesdisten Ruf und Autorität der deutschen Sozialdemokratie für sich in Anspruch nehmen wollten, um gegenüber den Jaurèsisten in Vorteil zu kommen. Gegen ihren Willen und ohne ihr Zutun sollten die deutschen Delegierten gleichsam als Vorspann von den Guesdisten benutzt werden. (Hört! hört!) Weshalb Bebel die Erklärung abgelehnt hat, bleibt mir unbegreiflich. Nun hat Bebel die Wirkung der Annahme der Dresdener Resolution als sehr günstig hingestellt. Ich will hoffen, daß seine Annahme sich bewahrheiten wird! Wäre aber die Resolution Adler-Vandervelde angenommen worden, wäre unstreitig ihre Wirkung noch größer gewesen, da sie eine größere Stimmenzahl auf sich vereinigt hätte. Bekanntlich wurde die Dresdener Resolution mit 27 Stimmen gegen 12 Enthaltungen und 5 Nein angenommen. Bei der Dresdener Resolution ist also im Plenum eine große Zersplitterung eingetreten. Imponierend wirkt das nicht.

Bömelburg: Ich bedauere, daß auf dem Amsterdamer Kongreß keine Gelegenheit war, die Ein- und Auswanderung eingehend zu besprechen. Das Verhalten mancher ausländischen Gewerkschaftsorganisation gegen die eingewanderten Arbeiter hätte sehr gründliche Erörterung verdient. In England werden tatsächlich äußerst hohe Eintrittsgelder erhoben. Die Bernsteinsche Bemerkung sollte diese Tatsache etwas abschwächen, aber in Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß diese hohen Eintrittsgelder den eingewanderten Arbeitern den Eintritt in die Gewerkschafts-Organisation geradezu versperren. So haben in St. Louis die Organisationen vor Beginn der Ausstellungsarbeit ihre Mitgliederlisten geschlossen, so daß es keinem Eingewanderten möglich ist, aufgenommen zu werden. (Hört! hört! Bebel; Die reinen Zünftler!) Und als einigen Jahren in Dänemark die große Bauarbeiter-Aussperrung war, schlossen die Engländer, keine Dänen aufzunehmen, die zugereisten mußten gland wieder verlassen, obwohl Arbeit genug vorhanden war. Wir sollten auf bringen, daß diese Frage einmal eingehend auf dem nächsten Kongreß sprochen wird. (Sehr richtig!) Wir Bauarbeiter müssen große Summen wenden, um den Streikbruch durch Ausländer zu verhindern, nicht nur inserenter Arbeiter, sondern auch solcher, von denen wir wissen, daß sie in r Heimat organisiert sind, die sich aber bei uns über die Gesetze der interionalen Solidarität hinwegsetzen. (Beifall.)

Digitized by Google

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das Schlußwort erhält

Bebel: Nur wenige Worte. Die Frage, die Bömelburg angeregt hat, wird den nächsten internationalen Kongreß beschäftigen. Hoffentlich werden wir dann gründlich mit denen abrechnen, die das internationale Solidaritätsgefühl so wenig betätigen. (Bravo!) Ein Wort gegen Bader. Welche Wirkung es auf die französischen Genossen gehabt hätte, wenn anstatt der Dresdener Resolution das Amendement Adler-Vandervelde angenommen wäre, lasse ich dahingestellt, um ungelegt gebliebene Eier brauchen wir uns nicht zu kümmern. Ich kann nur konstatieren, daß ich mit dem Resultat des Kongresses sehr zufrieden bin. Ich habe erklärt, daß sachlich die Resolution Adler-Vandervelde nichts andres als die Dresdener Resolution bedeute, aber ich habe hinzugefügt, daß durch die Art und Weise, wie sie hinter unsrem Rücken eingebracht und wie sie verteidigt wurde, die Sache unwillkürlich das Ansehen einer Niederlage für uns bekommen haben würde, wenn wir von unsrer Resolution Abstand genommen hätten. Wenn dies Gefühl bei Bader nicht vorhanden war, so ist das seine Sache, ich habe dieses Gefühl gehabt und habe das auch Adler mitgeteilt. Wie sehr Adler sich selbst dagegen wehrt, daß man seinem Amendement einen falschen Sinn gab, geht daraus hervor, daß er im Plenum nachdrücklichst Jaurès angriff, der dadurch, daß er für das Amendement Adler-Vandervelde stimmte, dieses Amendement sozusagen diskreditiere. Weil ich nicht wünsche, daß ich gegen meinen Freund Adler ausgespielt werden könnte, füge ich hinzu, daß gerade Adler es war, der schon in der Kommission erklärte: „Ich betrachte die Taktik, die Jaurès befolgt, mit großem Unbehagen und großer Aengstlichkeit." „Ja," fügte er hinzu, „ich kann erklären, daß die anonyme Teilnahme an der Regierung mir noch weit gefährlicher dünkt, als die offizielle Teilnahme unter der Regierung Millerands." Er hatte sich so scharf gegen die Taktik von Jaurès erklärt, daß ich ihm Wort für Wort beipflichten konnte. Und wie richtig mein Gefühl war, daß, wenn wir das Amendement Adler-Vandervelde annahmen, die andren Nationen, die für die Dresdener Resolution stimmten, in unsrem Verhalten eine Felonie sahen, das will ich Ihnen beweisen. Kaum hatten wir den Saal betreten, so hat schon einer unsrer Delegierten aus der Delegation pleine carrière Geschichten erzählt, die sehr tendenziös dargestellt waren. Darauf kamen in kurzer Zeit die Vertreter von fünf, sechs Nationen, die für die Dresdener Resolution eingetreten waren, in der höchsten Aufregung und fragten: Ja, ist es denn wahr, daß Ihr Deutsche jetzt für Vandervelde stimmen wollt? (Hört! Hört!) Ich betone daß es etwas andres ist, ob man auf einem Kongreß, wo alle dieselbe Sprache sprechen, verhandelt oder auf einem internationalen Kongreß. Wenn man hier nicht viel Zeit hat, um die Leute zu überzeugen, ist es unmöglich, eine Verständigung zu erzielen. Deshalb habe ich mir schon manchmal gesagt: Laß die Dinge laufen. Nun sagt Bader: Sie erklären, Sie wollen Genosse sein wie jeder andre, und doch haben Sie sich geweigert, das Mundstück der Delegation zu sein? Ja, da mache ich doch einen Unterschied. Wenn mir ein Auftrag gegeben wird, dann steht seine Annahme in meinem Willen, auch als einfacher Genosse. Hätte die Delegation anders entschieden, als ich es wünschte, dann hätte ich mich selbstverständlich gefügt, aber noch weiter zu gehen und eine Erklärung abzugeben, die im Gegensatz stand zu allem, was ich gesagt und getan hatte, das konnte man mir doch nicht zumuten. (Sehr richtig!) Wenn Bader sich in diese Situation hineindenkt, dann wird er vielleicht die Dinge etwas anders beurteilen. Es ist auf Anseele hingewiesen. Anseele war der einzige auf dem Kongreß, der nicht nur die Taktik von Jaurès verteidigte sondern noch über ihn hinaus ging. Ich habe bei der raschen Art,

Digitized by Google

wie er spricht, ihn anfangs nicht genau verstanden, aber als ich nachher seine Rede las, fand ich, daß er eine ganze Reihe von Einwänden gegen die Dresdener Resolution machte, die gar nicht zutreffen; er stellte Dinge nach Annahme der Resolution nicht mehr als zulässig hin, über deren Zulässigkeit gar kein Zweifel herrschen kann, weil wir sie Tag für Tag üben. Es wurden endlich von zwei Frankfurter Delegierten über das Referat von Quarck Mitteilungen gemacht; es war interessant, daß sich beide schnurstracks gegenüberstanden. (Sehr richtig!) Meyer hat ausdrücklich erklärt, der Bericht über den Vortrag sei ein Monstrum gewesen. Ja, hatte denn Quarck als Redakteur keinen Einfluß, die Aufnahme eines solchen Monstrums in sein Blatt zu verhindern? Dem „Vorwärts" einen Vorwurf machen zu wollen, wäre das größte Unrecht. Ich habe durch die Freundlichkeit von Vollmar den Originalartikel von Quarck bekommen und damit den Auszug aus dem „Vorwärts" verglichen, und dieser Auszug deckt sich an den betreffenden Stellen Wort für Wort mit dem Artikel der „Frankfurter Volksstimme". Ich habe mich an diesen Bericht gehalten, ich weiß, Quarck ist ein sehr fleißiger Redakteur — das sei zu seinem Lobe gesagt —, von dem ich bisher annahm, daß kaum etwas in sein Blatt hineinkommt, was er vorher nicht kontrolliert hat. Und daß nun gar der Bericht über seine eigne Rede von ihm nicht gelesen sein sollte, das glaube ich, offen gestanden, nicht. Der andre Redner aus Frankfurt hat auch gesagt, das Referat sei noch viel schlimmer gewesen, als aus dem Bericht hervorging. Nun, da sei man zufrieden, daß nicht mehr gesagt worden ist. (Heiterkeit.)

Für das Internationale Bureau werden als Vertreter Auer, Bebel und Singer vorgeschlagen. Gewählt werden Bebel und Singer, nachdem Bebel erklärt hat, daß Auer auf seine Wiederwahl kein Gewicht legte.

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung:

Sonstige Anträge.

Die Anträge zerfallen in verschiedene Gruppen.

Die Anträge 16, 17, 18 und 19, die sich auf die Stichwahl-Taktik beziehen, finden die genügende Unterstützung, die auf Jugendvereine bezüglichen Anträge 27, 120 und 121 werden nicht unterstützt, ebensowenig die verschiedene Materien behandelnden Anträge 91, 92, 93, 94, 98 und 100.

Dietz: Die Anträge 95, 96 und 97 sind eigentlich keine Anträge, sondern nur Beruhigungsresolutionen. (Heiterkeit.) Wir brauchen darüber nicht abzustimmen, ich werde aber die Unterstützungsfrage stellen. Auch die Resolution gegen die „Leipziger Volkszeitung" gehört hierher.

Die Anträge 96 und 97 werden nicht unterstützt, Antrag 95 und die Resolutionen 140 und 141 gegen die „Leipziger Volkszeitung" finden die ausreichende Unterstützung.

Weiter wurden unterstützt der Antrag Katzenstein betreffend die Soldatenmißhandlungen (Nr. 142) nebst der Resolution, die dazu gestellt ist (Nr. 143), die Resolution Zetkin-Schulz betreffend die Schulfrage (Nr. 144), die Resolution Michels-Kautsky betreffend den Kampf der italienischen Genossen (Nr. 145), die Anträge 106, 107 nebst der Resolution Bebel-Bernstein betreffend das Fremdenrecht. (Nr. 138.)

Es wird die gemeinschaftliche Debatte über die Anträge 16, 17, 18 und 19 eröffnet.

Dr. Arons-Berlin beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Ueber solche Anträge verhandle man am besten, wenn die Wahlen vor der Tür stehen und man die Situation überschauen könne. Heute schon Beschlüsse zu fassen, die erst in 4 Jahren aktuell sind, sei nicht erwünscht. (Bebel: Aehnliche Beschlüsse sind auch früher gefaßt, aber nicht gehalten worden.)

Google

Dietz: Es ist noch ein Amendement Bader eingegangen, in Antrag 16 die Worte „in der Regel" einzufügen. (Lachen.)

Entsprechend dem Antrag Arons geht der Parteitag über die Anträge 16, 17, 18 und 19 zur Tagesordnung über.

Antrag 95 wird ohne Debatte abgelehnt.

Es folgt die Angelegenheit der „Leipziger Volkszeitung".

Lienau zieht seinen Antrag (Nr. 140) zugunsten des Antrages Gruenwaldt (Nr. 141) zurück.

Dietz: Der Antrag Gruenwaldt ist in etwas veränderter Vorsitzender [illegible]gegangen, unterschrieben von 116 Delegierten. Es heißt Form dem Bureau zu[illegible] „voll tiefster Entrüstung", sondern „mit Entrüstung" nicht mehr, daß die Notiz [illegible]e Heiterkeit.) Nun ist uns von der Redaktion der zurückgewiesen wird. (Groß[illegible] des Telegramm zugegangen:

„Leipziger Volkszeitung" folgen[illegible]m ist von einem einzelnen Redakteur in Druck [illegible]tten. [illegible]otivierte und versteckte Anspielung Südekum[illegible]

„Die Notiz über Südeku[illegible]he, ich [illegible]nteresse der Zeitung zurückweisen zu sollen gegeben worden, der eine unm[illegible] Adler [illegible]iflicher Ueberlegung anerkennt, zu [illegible] auf die Dresdener Vorgänge im [illegible]inn gab, [illegible]m Ausdruck seines Bedauerns [illegible] glaubte, aber dabei, wie er nach [illegible]der dadurch [illegible] Die Gesamtredaktion, die den [illegible] gegangen ist und die Notiz unter [illegible]endement [illegible]nuskript vorgelegen hätte, [illegible] Form und Inhalt zurücknimmt. (Beifall.) [illegible]reund Adler [illegible]amtinhalt der Zeitung, [illegible] verhindert haben würde, wenn ihr das Ma[illegible] war, der [illegible]" (Beifall.)

sich, insofern sie der Partei für den Ge[illegible]k, die Jaur[illegible] Abstimmung wenig eig[illegible] wortlich ist, dem Bedauern ihres Kollegen an. „Ja," fügte e[illegible]legierten auszudrücken, [illegible]

Da der Antrag Gruenwaldt sich überhaupt zu[illegible]gierung mir no[illegible]g der Antragsteller [illegible] sondern den Zweck hat, die Anschauung der 116 De[illegible]egierung Millera[illegible]ngelegenheit für glaube ich, daß es genügt, wenn wir die Anschauu[illegible]rt, daß ich ihm [illegible]ung" bringe ich [illegible] das Telegramm zur Kenntnis nehmen und damit die [illegible]l war, daß, w[illegible] Parteitages: erledigt erklären. (Beifall und Zustimmung.)

Auf Wunsch der Redaktion der „Leipziger Volkszei[illegible]ndren Nationen, [illegible]pel in der Mittwoch folgende Erklärung der Zeitung zur Kenntnis des [illegible]ten eine Felonie [illegible] auf die „Leipziger

„Nach dem Berichte der Parteipresse hat Genosse Schi[illegible]aal betreten, so [illegible]chen ergebenst, die Sitzung des Parteitages sich mehrfach in unrichtiger Weise [illegible]leine carrière [illegible]ngen: Volkszeitung" oder ihre Angehörigen bezogen. Wir ersu[illegible]uf kamen in kurze[illegible]g hat nicht 3 [illegible] folgende Berichtigung zur Kenntnis des Parteitages zu bri[illegible]dener Resolution e[illegible] in der fünf[illegible]

1. Die Rechtfertigungsbroschüre des Genossen Mehrin[illegible]a, ist es denn w[illegible]eichneten Verlag 4 Monate zu ihrer Fertigstellung bedurft. Sie ist bereits [illegible] (Hört! Hört!) Ich [illegible] Woche nach Schluß des Dresdener Parteitages von dem unterz[illegible]ß, wo alle dieselbe [illegible] im Druck veröffentlicht worden.

2. Ein mit dt. gezeichneter Artikel, der in der Kri[illegible]ongreß. Wenn ma[illegible]ik der Parte[illegible] schiedsgerichte von „Wanzentaktik und dergleichen" gesprochen [illegible] es unmöglich, ein[illegible]und die Partei verhöhnt haben soll, ist niemals in unserm Blatte erschienen."*) [illegible] manchmal gesagt: [illegible]

Wir kommen nunmehr zu der Resolution Katzenstein [illegible] wollen Genosse sein [illegible] Vollmar-Bebel und zu der Resolution Katzenstein (betr. Militärmißh[illegible] Mundstück der Deleg[illegible]andlungen)

Zu der Resolution Katzenstein-Vollmar-Bebel ist [illegible] Wenn mir ein A[illegible] Zusatz-antrag Meist-Köln (Nr. 146) eingelaufen: [illegible] Willen, auch als ein[illegible]

Katzenstein begründet seine Resolution, zu der den Anstoß [illegible]ls ich es wünschte, [illegible] eine kürzlich erschienene Notiz des „Vorwärts" über eine Reihe besonders schwerer S[illegible]er zu gehen und eine [illegible] mißhandlungen gegeben habe. Der betreffende Unteroffizie[illegible] was ich gesagt und [illegible] [illegible]ehr richtig!) Wenn [illegible] vielleicht die Dinge e[illegible] [illegible]nseele war der ein[illegible] Jaurès verteidi[illegible] [illegible] habe bei der rasche[illegible]

*) Genosse Schippel war bei Bekanntgabe dieser Erklärung bereits [illegible]bgereist. Er bittet uns daher nachträglich um Aufnahme folgender Erkl[illegible] [illegible]ß hier ein sachlich ja ganz bedeutungsloser Sprech- oder Hörfehler v[illegible] [illegible]2, daß es sich um die folgenden zwei Artikel der „Leipziger Volks[illegible] [illegible] „Wanzentaktik", Nummer vom 13. 6. 04, Artikel [illegible] [illegible]om 18. 6. 04 Beide Artikel sind dann [illegible]

Digitized by Google

seine Leute gezwungen hat, Gewehröl vom Boden aufzulecken, so wie den Spucknapf auszulecken (Lebhafte Pfui-Rufe), wurde zu 1½ Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt. (Ruf: Viel zu wenig!) Hätte ein so Mißhandelter dem Unteroffizier nur einen Schlag versetzt, so wäre seine Strafe mehrmal so scharf gewesen. (Lebhaftes Sehr wahr!)

Die Aufforderungen, die wir in dem zweiten Absatz der Resolution an unsre Soldaten richten, werden für überzeugte Parteigenossen nicht notwendig sein. Aber gegenüber jungen Leuten, die noch haltlos sind und nicht recht wissen, wie sie sich zu verhalten haben, werden sie nützlich wirken können. Es gilt, der Feigheit entgegenzutreten, die nicht allein auf den gesetzlich gewährleisteten Beschwerdeweg verzichten läßt, sondern sogar zur Ableugnung tatsächlich mitangesehener Mißhandlungen, selbst unter Eideszwang, führt.

Schließlich möchte ich Ihnen auch noch den Antrag, den ich persönlich gestellt habe, empfehlen.

Ich glaube, daß der Bericht des Parteivorstandes nicht übermäßig belastet werden würde, wenn die schwersten und charakteristischsten Mißhandlungen in ihn aufgenommen würden. Nehmen Sie die Resolution an, es wird darin dokumentiert, daß die Sozialdemokratie als die Partei der Menschlichkeit es für ihre Hauptaufgabe erklärt, die ehrlose Schändung der menschlichen Persönlichkeit fortgesetzt zu bekämpfen. (Beifall.)

Pfannkuch erklärt sich für die Resolution Katzenstein-Vollmar-Bebel, aber gegen die Resolution Katzenstein, die den Parteibericht viel zu sehr belasten würde.

(Katzenstein zieht den Antrag 142 zurück.) Dann kann ich mir weitere Ausführungen ersparen. (Heiterkeit.)

Meist empfiehlt seinen Zusatz. Jahrelang haben wir für die Oeffentlichkeit des Verfahrens gekämpft. Jetzt will man sie auf Umwegen beseitigen und dagegen müssen wir protestieren.

Einstimmig wird der Antrag 143 mit dem Zusatzantrag 146 angenommen.

Hierauf erstattet die **Mandats-Prüfungskommission** Bericht über die Wahlen.

Frau Zietz (als Berichterstatterin): Es sind abgegeben 266 Stimmen, davon waren 15 ungültig, weil für die Kontrolleure mehr als 9 Namen aufgeschrieben waren. Gewählt sind zu Vorsitzenden Singer mit 250, Bebel mit 249 Stimmen; außerdem erhielten Vollmar und Bernstein je 1 Stimme. Als Kassierer hat Gerisch 250 Stimmen erhalten. 1 Stimme entfiel auf Heinrich Braun. Zu Sekretären sind gewählt Auer mit 250, Molkenbuhr mit 250, Pfannkuch mit 249 Stimmen. Schwarz und Stadthagen erhielten je eine Stimme. Zu Kontrolleuren sind gewählt Meister mit 243, Brühne mit 237, Kaden, Geck, Könen mit 235, Ehrhart mit 232, Bock mit 230, Frau Zetkin mit 205 und Pfarr mit 202 Stimmen. Außerdem erhielten Berthold 69, Storch 67, Lienau 3, Frau Zietz 3, Bruhns und Schöpflin je 2, Meist, Segitz, Ebert, Leutert, Arons, Hug, Hoffmann-Hamburg, Quarck, Freiwaldt je 1 Stimme.

Meister: Im Namen der Kontrollkommission danke ich für das durch die Wiederwahl bewiesene Vertrauen und beantrage im Auftrage der Kontrollkommission, die Gehälter der Sekretäre und des Kassierers von 3600 auf 4200 Mk. zu erhöhen. Seit Stuttgart hat keine Erhöhung der Gehälter mehr stattgefunden. In allen Zeitungen usw. sind Erhöhungen bewilligt worden, die Kontrollkommission hofft daher, daß ihr Vorschlag allgemeine Billigung finden wird. Das von uns vorgeschlagene Gehalt entspricht dem Einkommen der besser gestellten Redakteure in unsrer Partei, wir glauben, daß die Tätigkeit unsrer Sekretäre und des Kassierers der der Redakteure durchaus gleichwertig ist. (Zustimmung.)

Digitized by Google

Dietz: Es ist noch ein Amendement Bader eingegangen, in Antrag 16 die Worte „in der Regel" einzufügen. (Lachen.)

Entsprechend dem Antrag Arons geht der Parteitag über die Anträge 16, 17, 18 und 19 zur Tagesordnung über.

Antrag 95 wird ohne Debatte abgelehnt.

Es folgt die Angelegenheit der „Leipziger Volkszeitung".

Lienau zieht seinen Antrag (Nr. 140) zugunsten des Antrages Gruenwaldt (Nr. 141) zurück.

Vorsitzender **Dietz:** Der Antrag Gruenwaldt ist in etwas veränderter Form dem Bureau zugegangen, unterschrieben von 116 Delegierten. Es heißt nicht mehr, daß die Notiz „voll tiefster Entrüstung", sondern „mit Entrüstung" zurückgewiesen wird. (Große Heiterkeit.) Nun ist uns von der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" folgendes Telegramm zugegangen:

„Die Notiz über Südekum ist von einem einzelnen Redakteur in Druck gegeben worden, der eine unmotivierte und versteckte Anspielung Südekums auf die Dresdener Vorgänge im Interesse der Zeitung zurückweisen zu sollen glaubte, aber dabei, wie er nach reiflicher Ueberlegung anerkennt, zu weit gegangen ist und die Notiz unter dem Ausdruck seines Bedauerns nach Form und Inhalt zurücknimmt. (Beifall.) Die Gesamtredaktion, die den Druck verhindert haben würde, wenn ihr das Manuskript vorgelegen hätte, schließt sich, insofern sie der Partei für den Gesamtinhalt der Zeitung verantwortlich ist, dem Bedauern ihres Kollegen an." (Beifall.)

Da der Antrag Gruenwaldt sich überhaupt zur Abstimmung wenig eignet, sondern den Zweck hat, die Anschauung der 116 Delegierten auszudrücken, so glaube ich, daß es genügt, wenn wir die Anschauung der Antragsteller und das Telegramm zur Kenntnis nehmen und damit die Angelegenheit für erledigt erklären. (Beifall und Zustimmung.)

Auf Wunsch der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" bringe ich noch folgende Erklärung der Zeitung zur Kenntnis des Parteitages:

„Nach dem Berichte der Parteipresse hat Genosse Schippel in der Mittwoch-Sitzung des Parteitages sich mehrfach in unrichtiger Weise auf die „Leipziger Volkszeitung" oder ihre Angehörigen bezogen. Wir ersuchen ergebenst, die folgende Berichtigung zur Kenntnis des Parteitages zu bringen:

1. Die Rechtfertigungsbroschüre des Genossen Mehring hat nicht 3 bis 4 Monate zu ihrer Fertigstellung bedurft. Sie ist bereits in der fünften Woche nach Schluß des Dresdener Parteitages von dem unterzeichneten Verlage im Druck veröffentlicht worden.

2. Ein mit dt. gezeichneter Artikel, der in der Kritik der Parteischiedsgerichte von „Wanzentaktik und dergleichen" gesprochen und die Partei verhöhnt haben soll, ist niemals in unserm Blatte erschienen."*)

Wir kommen nunmehr zu der Resolution Katzenstein-Vollmar-Bebel und zu der Resolution Katzenstein (betr. Militärmißhandlungen).

Zu der Resolution Katzenstein-Vollmar-Bebel ist der Zusatzantrag Meist-Köln (Nr. 146) eingelaufen:

Katzenstein begründet seine Resolution, zu der den Anstoß eine kürzlich erschienene Notiz des „Vorwärts" über eine Reihe besonders schwerer Soldatenmißhandlungen gegeben habe. Der betreffende Unteroffizier, der u. a

*) Genosse Schippel war bei Bekanntgabe dieser Erklärung bereits von Bremen abgereist. Er bittet uns daher nachträglich um Aufnahme folgender Erklärung: Zu 1, daß hier ein sachlich ja ganz bedeutungsloser Sprech- oder Hörfehler vorliegen muß; zu 2, daß es sich um die folgenden zwei Artikel der „Leipziger Volkszeitung" handelte: Leitartikel „Wanzentaktik", Nummer vom 13. 6. 04, Artikel „Kein Gezänk", mit dt gezeichnet, Nummer vom 18. 6. 04. Beide Artikel sind dann in der Berichterstattung zusammengeworfen

seine Leute gezwungen hat, Gewehröl vom Boden aufzulecken, so wie den Spucknapf auszulecken (Lebhafte Pfui-Rufe), wurde zu 1½ Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt. (Ruf: Viel zu wenig!) Hätte ein so Mißhandelter dem Unteroffizier nur einen Schlag versetzt, so wäre seine Strafe mehrmal so scharf gewesen. (Lebhaftes Sehr wahr!)

Die Aufforderungen, die wir in dem zweiten Absatz der Resolution an unsre Soldaten richten, werden für überzeugte Parteigenossen nicht notwendig sein. Aber gegenüber jungen Leuten, die noch haltlos sind und nicht recht wissen, wie sie sich zu verhalten haben, werden sie nützlich wirken können. Es gilt, der Feigheit entgegenzutreten, die nicht allein auf den gesetzlich gewährleisteten Beschwerdeweg verzichten läßt, sondern sogar zur Ableugnung tatsächlich mitangesehener Mißhandlungen, selbst unter Eideszwang, führt.

Schließlich möchte ich Ihnen auch noch den Antrag, den ich persönlich gestellt habe, empfehlen.

Ich glaube, daß der Bericht des Parteivorstandes nicht übermäßig belastet werden würde, wenn die schwersten und charakteristischsten Mißhandlungen in ihn aufgenommen würden. Nehmen Sie die Resolution an, es wird darin dokumentiert, daß die Sozialdemokratie als die Partei der Menschlichkeit es für ihre Hauptaufgabe erklärt, die ehrlose Schändung der menschlichen Persönlichkeit fortgesetzt zu bekämpfen. (Beifall.)

Pfannkuch erklärt sich für die Resolution Katzenstein-Vollmar-Bebel, aber gegen die Resolution Katzenstein, die den Parteibericht viel zu sehr belasten würde.

(Katzenstein zieht den Antrag 142 zurück.) Dann kann ich mir weitere Ausführungen ersparen. (Heiterkeit.)

Meist empfiehlt seinen Zusatz. Jahrelang haben wir für die Oeffentlichkeit des Verfahrens gekämpft. Jetzt will man sie auf Umwegen beseitigen und dagegen müssen wir protestieren.

Einstimmig wird der Antrag 143 mit dem Zusatzantrag 146 angenommen.

Hierauf erstattet die **Mandats-Prüfungskommission** Bericht über die Wahlen.

Frau **Zietz** (als Berichterstatterin): Es sind abgegeben 266 Stimmen, davon waren 15 ungültig, weil für die Kontrolleure mehr als 9 Namen aufgeschrieben waren. Gewählt sind zu Vorsitzenden Singer mit 250, Bebel mit 249 Stimmen; außerdem erhielten Vollmar und Bernstein je 1 Stimme. Als Kassierer hat Gerisch 250 Stimmen erhalten. 1 Stimme entfiel auf Heinrich Braun. Zu Sekretären sind gewählt Auer mit 250, Molkenbuhr mit 250, Pfannkuch mit 249 Stimmen. Schwarz und Stadthagen erhielten je eine Stimme. Zu Kontrolleuren sind gewählt Meister mit 243, Brühne mit 237, Kaden, Geck, Könen mit 235, Ehrhart mit 232, Bock mit 230, Frau Zetkin mit 205 und Pfarr mit 202 Stimmen. Außerdem erhielten Berthold 69, Storch 67, Lienau 3, Frau Zietz 3, Bruhns und Schöpflin je 2, Meist, Segitz, Ebert, Leutert, Arons, Hug, Hoffmann-Hamburg, Quarck, Freiwaldt je 1 Stimme.

Meister: Im Namen der Kontrollkommission danke ich für das durch die Wiederwahl bewiesene Vertrauen und beantrage im Auftrage der Kontrollkommission, die Gehälter der Sekretäre und des Kassierers von 3600 auf 4200 Mk. zu erhöhen. Seit Stuttgart hat keine Erhöhung der Gehälter mehr stattgefunden. In allen Zeitungen usw. sind Erhöhungen bewilligt worden, die Kontrollkommission hofft daher, daß ihr Vorschlag allgemeine Billigung finden wird. Das von uns vorgeschlagene Gehalt entspricht dem Einkommen der besser gestellten Redakteure in unsrer Partei, wir glauben, daß die Tätigkeit unsrer Sekretäre und des Kassierers der der Redakteure durchaus gleichwertig ist. (Zustimmung.)

Digitized by Google

Vorsitzender Dietz: Da Wortmeldungen zu dem Antrage der Kontrollkommission, Gehaltserhöhungen des Kassierers und der Sekretäre betreffend, nicht vorliegen, so nehme ich an, daß der Parteitag den Antrag der Kontrollkommission akzeptiert . . . .

(Zurufe aus der Mitte der Delegierten: „Wieviel erhielten die Sekretäre und wie hoch ist die Zulage?")

Meister: Es wird gefragt, wieviel der Kassierer und die Sekretäre erhalten haben. Ich habe es vorhin bereits mitgeteilt. Sie erhielten bis dahin 3600 Mark, dieser Gehalt soll jetzt auf 4200 Mark erhöht werden.

Vorsitzender Dietz: Auch jetzt liegen Wortmeldungen nicht vor, — ich nehme an, daß der Parteitag dem Antrage der Kontrollkommission beitritt. Ich konstatiere das.

Frau **Zietz** berichtet hierauf über die **Beschwerden.** Die Genossen Jakobsen und Wolf beschwerten sich über die Zurückweisung zweier Anträge durch den Parteivorstand. In dem einen Fall handelt es sich um einen Vorschlag, in dem Antrag und Begründung nicht auseinandergehalten sind, weshalb wir die Beschwerde zurückwiesen. In dem zweiten Fall gaben wir der Beschwerde statt, indem wir den Antrag in Druck geben ließen. Der Antrag — er verlangte das Eintreten der Fraktion für eine gesetzliche Anerkennung des Rechts auf Arbeit — wurde dann dadurch erledigt, daß ihm der Parteitag die erforderliche Unterstützung versagte. Frau Hedwig Gubela beschwerte sich über einen Beschluß der Berliner Genossen, in dem diese erklärten, daß sie die Mitarbeit der Frau Gubela nicht wünschten. In Uebereinstimmung mit der Kontrollkommission waren wir der Ansicht, daß wir den einzelnen Organisationen keine Vorschriften darüber machen dürfen, wen sie zur Mitarbeit heranziehen wollen und wen nicht. Wir wiesen also die Beschwerde zurück. Schließlich hatten wir uns auch wieder mit dem Fall Kerrl zu beschäftigen. Kerrl wurde 1897 aus seiner Organisation in Delmenhorst ausgeschlossen. Er versäumte es, rechtzeitig Berufung einzulegen und hat seitdem auf allen Parteitagen um Wiederaufnahme des Verfahrens gebeten. Wir haben uns bemüht, eine Verständigung zwischen ihm und den Delmenhorster Genossen zu erzielen und es ist uns das auf der Grundlage der Resolution 147 gelungen, der wir den Parteitag zuzustimmen bitten.

Adolf Schulz: Jahrelang hat der Fall Kerrl die Delmenhorster Genossen beschäftigt und ihnen oft geschadet. Es ehrt die Delmenhorster Genossen, daß sie dieser Resolution zugestimmt haben. Hoffentlich wird Kerrl in Zukunft alles vermeiden, was zu neuen Differenzen Anlaß geben könnte. Nehmen Sie die Resolution an.

Die Resolution 147 wird angenommen. Der Bericht der Frau Zietz wird im übrigen zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender Dietz teilt mit, daß die Kontrollkommission sich konstituiert und die Genossen Eberhard und Wengels zugewählt hat. (Zurufe: Und wer ist Vorsitzender?) Ach so, ich werde noch aufgefordert, die ganz selbstverständliche Mitteilung zu machen, daß Meister zum Vorsitzenden der Kontrollkommission gewählt ist. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Hierauf wird der Antrag Schulz-Zetkin 144 zur Verhandlung gestellt.

Schulz-Bremen empfiehlt die Resolution. Schon vor dem Parteitage wurde von verschiedenen Seiten ausgesprochen, daß die Zeit für die Vorbereitung einer großen Debatte über die Schulfrage zu kurz sei, und daß es genüge, in gegenwärtigen Augenblick durch eine kurze und scharfe Resolution dazu Stellung zu nehmen. In diesem Sinne ist die Resolution abgefaßt. Wir sind selbstverständlich Gegner der Konfessionsschule, aber auch der sonst so beliebten Simultanschule. Was wir verlangen, nicht aus antireligiösen Gründen, sondern weil wir die Religion für Privatsache erklären, ist die völlige Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule. Wir betrachten aber die Religionsfrage nicht

Digitized by Google

als eine Schulfrage, sondern erstreben, anknüpfend an Comenius und Pestalozzi, eine allgemeine Reform des Unterrichtswesens und wir sind stolz darauf, uns hierbei auf Goethe berufen zu können, der im „Wilhelm Meister“ eine so herrliche Utopie der zukünftigen Erziehung dargelegt hat. Die Gedanken, die dieser Utopie zugrunde liegen, hat auch Marx anerkannt und zu klarer Formulierung gebracht. Auf irgend welche Einzelheiten geht unsre Resolution absichtlich nicht ein, weil darüber hoffentlich ein späterer Kongreß debattieren wird. Im letzten Absatz sprechen wir aus, daß eine wirkliche Lösung der Erziehungsfragen erst mit der Lösung der sozialen Frage möglich ist. Darum kann von keiner bürgerlichen Partei die Lösung der Schulfrage erwartet werden, sondern nur von der Sozialdemokratie. (Beifall.)

Die Resolution 144 wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Parteitag verhandelt sodann über die Resolution Michels (Nr. 145).

Michels begründet den Antrag unter Zurückziehung der Worte: „und siegreichen, durch den politischen Massenstreik ausgefochtenen“. Es wurde uns mitgeteilt, daß diese Worte mißverstanden und eine neue Generalstreik-Debatte veranlassen könnten. Das haben wir natürlich nicht beabsichtigt, und da die Worte für den Sinn der Resolution unwesentlich sind, ziehen wir sie zurück. Genossen! Wir sind eine internationale Partei, da tut es gut, wenn einer den andern ermutigt. Unsrer italienischen Genossen Leid ist unser Leid, ihre Feinde sind unsre Feinde. Nehmen Sie also diesen Glückwunsch einstimmig an!

Der Antrag 145 wird angenommen.

Vorsitzender Dietz verliest folgende ihm zugegangene Erklärung:

„Durch einen von dem Vorsitzenden Genossen Dietz vorgenommenen Abstimmungsmodus wurde uns die Möglichkeit genommen, gegen die Erhöhung der Gehälter der Parteisekretäre zu stimmen. Wir erklären dehalb, daß wir bei einem andren Abstimmungsmodus gegen diese Erhöhung gestimmt hätten.“

Antrick. Schneider. Karl König. Hahn. Voigt. Jansen. Jentsch. Ewald. Schubert.

Ich habe nichts dagegen einzuwenden, wenn meine Geschäftsführung bemängelt wird, aber in diesem Falle haben die Genossen unrecht. Ich habe wiederholt gefragt, ob Widerspruch gegen den Antrag erhoben werde, und erst als das nicht geschah, ungeachtet des Zeitraumes, der durch die Antwort des Genossen Meister verstrich, ihn für angenommen erklärt. Zeit genug zur Wortmeldung haben die protestierenden Genossen gehabt.

Antrick: Da wir dem Antrag ohne Zustimmung unsrer Mandatgeber nicht beitreten konnten, hätten wir dagegen gestimmt, wenn der Vorsitzende uns durch den üblichen Abstimmungsmodus dazu Gelegenheit gegeben hätte. Wir wollten keine Staatsaktion aus der Sache machen, sondern wünschten nur Gelegenheit zu haben, unsren abweichenden Standpunkt zum Ausdruck zu bringen.

Ebert: Ich möchte gegen das Vorgehen der Berliner Genossen entschieden Einspruch erheben. Wenn die Genossen zu einem Punkt der Tagesordnung was zu sagen haben, haben sie sich rechtzeitig zum Worte zu melden und nicht erst dann, wenn die Sache abgeschlossen ist, unter ganz falscher Motivierung eine Erklärung zu Protokoll abzugeben. (Lebhafte Zustimmung.)

Bittorf-Berlin konstatiert, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Berliner Delegierten die Erklärung unterschrieben habe.

Es folgt die Verhandlung über die Anträge 106 und 107 (Unterstützung der russischen Freiheitsbestrebungen) und das dazu gestellte Amendement Bernstein-Bebel (Schaffung eines modernen Fremdenrechts).

Digitized by Google

Bernstein begründet sein Amendement. Die Praxis unsrer Ausweisungen und Auslieferungen ist Ihnen ja allen bekannt. Es kamen Ausweisungen ausländischer Korrespondenten vor, die lediglich aus dem Grunde erfolgt sind, weil die betreffenden Personen die deutsche Regierung kritisiert hatten, während deutsche Journalisten in den betreffenden Ländern hie dortigen Regierungen unbehindert zehnmal schärfer angreifen konnten. Es wird mit einer Willkür verfahren, die die Ausländer vollkommen rechtlos macht, und wir haben ja aus dem „Vorwärts" ersehen, wie die in Berlin ankommenden russischen Auswanderer den Auswanderungsagenten überliefert und mit Hilfe der Polizei bestimmten Schiffsgesellschaften zugewiesen werden. Die Rechtlosigkeit der Fremden in Deutschland wird dadurch illustriert, daß das bekannte Lehrbuch des Staatsrechts von Laband überhaupt nichts über das Aufenthaltsrecht der Fremden enthält. Das sind Zustände, die in einer ganzen Reihe moderner Staaten längst überwunden sind. Es ist ja selbstverständlich, daß ein absolutes Aufenthaltsrecht des Fremden unter den heutigen Verhältnissen nirgendwo existiert, aber es existieren doch in andern Ländern Vorschriften, die Ausländer wenigstens gegen die größte Willkür schützen. In Dänemark kann ein Ausländer, wenn er zwei Jahre im Lande lebt, nur noch nach Begehen schwerer Verbrechen ausgewiesen werden, und wenn er fünf Jahre im Lande ist, überhaupt nicht mehr. Norwegen läßt Ausweisungen nur durch einen Akt des Ministeriums zu, in Belgien muß jede Ausweisung der Kammer vorgelegt werden. Am weitestgehenden ist der Fremdenschutz in England, wo eine Ausweisung überhaupt nur durch Beschluß der Volksvertretung erfolgen kann, und auch das nur in den ersten 7 Jahren des Aufenthalts. Es ist notwendig, daß wir ein Fremdenrecht erhalten, wie es unsren modernen Kultur- und Verkehrsverhältnissen entspricht.

Dr. Liebknecht: Ueber die Resolutionen 106 und 107 brauche ich kein Wort der Begründung mehr zu verlieren. Ich halte es für selbstverständlich, daß diese Resolutionen einstimmig angenommen werden. Nur einige Bemerkungen zur Begründung des Bernsteinschen Amendements. Ich habe mich im vorigen Herbst aus Anlaß der Fälle Krassikow und Scheloldin mit allen in Betracht kommenden deutschen Behörden in Verbindung gesetzt, um deren Auffassung zu erfahren, und habe gehört, daß die übereinstimmende Auffassung sowohl der Gerichte wie der Kriminal- und Verwaltungsbehörden dahin geht, daß Ausländer nicht einmal die verfassungsmäßigen Grundrechte, das Recht der Wohnung, der freien Persönlichkeit usw. haben, die dem Einheimischen, selbst wenn er der größte Verbrecher ist, ohne weiteres zustehen. Die Behörden sprechen sich das Recht zu, bei Ausländern Tag und Nacht beliebig Haussuchungen zu veranstalten, sie zu jeder Zeit zu verhaften, ihnen ihr Eigentum zu nehmen und sie unbegrenzt in Haft zu behalten. Sie deduzieren nämlich: Wir dürfen jederzeit prüfen, ob jemand ein lästiger Ausländer ist; alle Ermittelungen, die zu dieser Prüfung dienen, dürfen wir vornehmen, ohne daß uns das Gesetz irgendwelche Schranken auferlegt. — Angesichts solcher Zustände müssen wir mit aller Energie die Einführung genügender Garantien für Ausländer verlangen. Es muß für Ausweisungen ein geordnetes Verfahren festgesetzt werden. Solche Ausweisungen sind ja oft genug Existenzfragen für ganze Familien und viel schlimmer als zivil- und strafrechtliche Verfolgungen, bei denen noch dazu schützende Garantien gegeben sind. Gegen das unerhörte ausbeuterische und erpresserische Verfahren der beiden Schiffsgesellschaften müssen wir gerade hier in Bremen, dem Sitz des Norddeutschen Lloyd, aufs schärfste protestieren. Es muß festgestellt werden, daß diese Maßnahmen durch die Erklärungen der „National-Zeitung", der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und des „Hamburger Korrespondenten"

Digitized by Google

nicht im geringsten gerechtfertigt sind. Man hat gesagt, eine Ueberwachung sei aus sanitären Gründen notwendig. Das kann nicht zutreffen, denn das sanitäre Interesse kann niemals erheischen, daß Russen, die seit Jahren in Deutschland gelebt haben, dann, wenn sie Deutschland verlassen wollen, der Untersuchung unterworfen werden. Die Untersuchung fällt aber auch weg bei allen Russen, die nicht 4. Klasse oder Zwischendeck fahren. Ein gewisses Maß von Zahlungsfähigkeit macht nach Ansicht jener Zeitungen ohne weiteres seuchenfrei und immun. Die höchst verdächtigen Zwischendecker dagegen hält man mit allen Schikanen in Deutschland zurück. Es heißt weiter, daß die Kosten eines eventuellen Rücktransportes vermieden werden müßten. Deshalb seien die Verträge mit den Gesellschaften abgeschlossen. Auch das trifft nicht zu. Ich sehe absolut nicht ein, weshalb, wenn es sich nur darum handelt, pekuniäre Lasten vom Staate abzuwehren, den beiden deutschen Gesellschaften ein Monopol übertragen werden soll. Wenn z. B. irgend ein Russe mit einer englischen oder holländischen Linie von England oder Holland abfahren will und in Amerika nicht angenommen wird, so erwächst Deutschland doch keinerlei Verpflichtung. Hier tritt deutlich hervor, daß durch diese Maßnahmen in Wirklichkeit lediglich reaktionäre Interessen verfolgt werden. Einerseits hat man ein lebhaftes Interesse daran, diese großen deutschen Unternehmungen im Gegensatze zu den ausländischen zu unterstützen; es ist eine Art Schutzzoll für unsre deutschen Schiffahrtsgesellschaften: „in Rußland werden nur deutsche Linien honoriert," so belehrte man mich im Berliner Bureau des Norddeutschen Lloyd. Auf der andern Seite hat man das lebhafteste Interesse daran, auch Väterchen einen Gefallen zu tun. Wenn jemand einen richtigen legitimen Paß hat, mit dem er ohne Gefährdung wieder nach Rußland zurückkehren kann, so wird er unter Umständen von den Schiffahrtsgesellschaften mit einem Billet nach London abgefunden. Sonst aber, wenn er in der bösesten Zwangslage ist — denn unerlaubtes Verlassen Rußlands wird schon bestraft —, verlangt man, daß er ein Billet nach Amerika nimmt, und wenn er das nicht will, wird er an die Grenze zurücktransportiert. Die Leute haben also die Wahl: Entweder ihr zahlt Lösegeld an Ballin oder müßt nach Rußland zurück und werdet, sofern ihr Deserteure seid, auf diese Weise ins Zuchthaus oder in den Tod gejagt, mit andern Worten: Entweder ein Extraprofit für Ballin oder ein Liebesdienst für den Zarismus. Daß das schmachvoll ist, darüber ist kein Wort zu verlieren. Ich möchte darauf hinweisen, daß dieselben Behörden, die diesen Auswanderern solche Schwierigkeiten bereiten, die Grenzen sperrangelweit aufmachen, wenn es sich darum handelt, russische Arbeiter, die für Junker und Großindustrielle billige Arbeit liefern, einzulassen. Man kann also auch anders! Man hat gesagt, es bestehe die Möglichkeit, sofort Abhilfe zu schaffen, da das Auswanderungsgesetz dem Reiche das Recht verleiht, Auswandereragenten und Unternehmern die Konzession zu entziehen. Aber das ist ja das skandalöse, daß diese ganzen ungesetzlichen Machenschaften vor den Augen und mit Unterstützung der Polizei geschehen. Da kann, wenn nicht die Gesetzgebung eingreift, nur eine Hilfe kommen, nämlich vom Auslande. Amerika hat Ballin und Genossen ja schon einen bösen Schrecken eingejagt, indem es damit drohte, es würden nur noch Personen aufgenommen werden, die auf amerikanischen Schiffen transportiert sind. — Die Sache ist, wenn es sich um sanitäre Rücksichten handelt, so leicht zu beseitigen: es braucht nur den Gesellschaften die Kontrolle in Deutschland ermöglicht, oder was noch besser, eine meinethalben gebührenpflichtige, allgemeine Kontrolle von Reichswegen eingeführt und das Monopol der beiden Gesellschaften aufgehoben zu werden. Jene unerhörte Verquickung der Profitinteressen einzelner Gesellschaften mit der Ausübung obrigkeitlicher Befugnisse ist es, gegen die wir aufs schärfste Front machen müssen. Sie ist das skandalöseste an der Sache! — Nehmen Sie die Anträge einstimmig an und

Digitized by Google

dokumentieren Sie dadurch, daß es nach unsrer Auffassung genug ist der Liebedienerei und Kriecherei vor dem Zarismus, und daß wir nicht wünschen, daß das Ausland mit den Fingern auf uns weist. Es ist Pflicht der Sozialdemokratie, den russischen Genossen, soweit es die deutschen Gesetze zulassen, Hilfe zu leisten. Die einmütige Annahme der Gesetze wird dazu dienen, dies als einmütige Ueberzeugung der deutschen Sozialdemokratie zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)

Bernstein: Ich bin gebeten worden, mit einigen Worten noch der Dänenpolitik zu gedenken, der skandalösen Abschiebungen von Bewohnern Nordschleswigs, deren Eltern schon auf deutschem Boden lebten, die aber ausgewiesen wurden, weil sie ihre Naturalisation nicht nachweisen konnten. Auch gegen diese skandalöse Aufenthaltsbeschränkung protestieren wir durch unsre Resolution, um deren einstimmige Annahme ich Sie bitte.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag 106 wird mit der Resolution Bernstein-Bebel einstimmig angenommen, Antrag 107 ist durch diese Beschlußfassung erledigt. Weitere Anträge liegen nicht vor.

Der Parteitag schreitet zur Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag.

Die hierzu gestellten Anträge 113, 115, 116 und 117 werden unterstützt, 112 und 114 dagegen nicht.

Ueber-Jena: Es ist das zweite Mal, daß ich auf einem Parteitag für Jena Propaganda mache. Jena ist heute nicht mehr der Ort, wie vor zehn Jahren. Er hat sich industriell außerordentlich entwickelt, und es besteht dort eine Parteibewegung, die allen Ansprüchen der Genossen gerecht werden kann. (Zuruf Bebels: Sehr richtig!) Es ist mir gesagt worden: Ach, Ihr in Jena habt ja gar kein Geld! (Große Heiterkeit.) Das muß ich ganz entschieden zurückweisen. (Bravo! und große Heiterkeit.) Das ist eine Beleidigung für uns. (Erneute Heiterkeit.) Wir haben die Kosten der letzten Wahl selbst aufgebracht (Bravo!), da werden wir doch auch die Kosten des Parteitags aufbringen können (Bravo!). Dann ist mir gesagt worden, wir hätten keine Wohnungen. (Heiterkeit.) Auch das ist nicht wahr. Wir haben über tausend Studenten, die zurzeit des Parteitages nicht anwesend sind. Dann bekommen Sie also eine Menge schöner Privatwohnungen, besser als Hotelzimmer. Und nun zum Hauptpunkt. Wir haben seit Jahren ein Lokal, das von der Zeißschen Stiftung gebaut ist und den Sozialdemokraten zu allen Versammlungen zur Verfügung steht. Das Lokal, in dem wir hier tagen, hat ja etwas voraus vor allen, in denen in den letzten Jahren Kongresse abgehalten sind. Aber das von Jena ist noch bedeutend schöner und besser. (Zuruf Bebels: Sehr wahr!) Ich bitte Sie daher, nach Jena zu kommen. Es geht nicht, daß wir immer aus dem Norden nach dem Süden ziehen, umgekehrt müssen wir auch einmal nach Mitteldeutschland ziehen. Nehmen Sie unsren Antrag einstimmig an. (Lebhafter Beifall.)

Dönnecke-Mühlhausen (Thüringen): Im vorigen Jahre haben wir den sächsischen Genossen, vor zwei Jahren den süddeutschen Rechnung getragen. Das Gerechtigkeitsgefühl muß Sie veranlassen, auch mal den Wunsch der Genossen aus Mitteldeutschland, speziell aus Thüringen, zu erfüllen. Ich bitte Sie dringend, den nächsten Parteitag in Jena abzuhalten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Ich glaube, es wird in Ihrem Sinne liegen, daß ich jetzt den Vertretern der verschiedenen in Frage kommenden Städte der Reihe nach das Wort gebe, damit jeder die Schönheit seiner Stadt hervorheben kann. (Große Heiterkeit.) Sie werden dann in der Lage sein, sich das Beste wählen zu können. (Heiterkeit.)

Digitized by Google

Lehmann-Mannheim: Ich will der Welt nicht das Schauspiel bieten, daß wir gegenseitig die von uns vertretenen Orte über den grünen Klee hinaus loben (Heiterkeit) und beschränke mich darauf, zu sagen, daß auch wir in Mannheim eine gute und starke Organisation haben, daß wir Lokalitäten besitzen, und daß wir dem Parteitag etwas Gutes bieten können. Ich habe nicht nötig, Mannheim besonders herauszustreichen. Wir haben mit unserm Antrage bis zur Fertigstellung unsrer städtischen Festhalle gewartet, jetzt aber glauben wir Anspruch darauf zu haben, daß auch Baden mal an die Reihe kommt. (Sehr richtig!) Wir müssen auch mal die südwestdeutsche Ecke berücksichtigen. Ist das, was über Jena gesagt worden ist, wahr, dann wird, wenn wir im nächsten Jahre dort tagen, der Parteitag womöglich zu dem Entschluß kommen, für immer in Jena zu tagen. (Heiterkeit.) Schon aus diesem Grunde bitte ich Sie, das nächste Mal nach Mannheim zu gehen. Dann hätten wir auch nichts dagegen, für immer in Jena zu bleiben. (Stürmische Heiterkeit.)

Löwenstein-Nürnberg (mit Beifall begrüßt): Es bedarf wohl nicht vieler Worte, um den Antrag der Nürnberger Genossen zu begründen. Es versteht sich von selbst, daß die Nürnberger Genossen es sich nicht nur zur hohen Ehre anrechnen würden, wenn der Parteitag in Nürnberg abgehalten wird, sondern auch, daß sie alles aufbieten würden, um den Vertretern des werktätigen Volkes den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Zu beachten dürfte auch die günstige Lage Nürnbergs als Kongreßort sein. Dazu kommt, daß die ehemalige freie Reichsstadt Nürnberg des Interessanten und Schönen so viel bietet, daß auch aus diesem Grunde die Wahl Nürnbergs gerechtfertigt wäre. Schon im Jahre 1868 tagte in Nürnberg ein Arbeiterkongreß, auf dem es unter der Führung seiner Vorkämpfer, namentlich Liebknechts und Bebels, gelungen ist, die Harmonieapostel aus dem Arbeiterverein herauszudrängen, so daß die klassen- und zielbewußten Arbeitervertreter das Feld behaupteten. Für den Parteitag wäre es ein erhabenes Gefühl, zu sehen, wie nicht nur aus verhältnismäßig kleinen Anfängen die Dreimillionenpartei sich herausgebildet hat, sondern wie auch Nürnberg zu einer sozialdemokratischen Hochburg geworden ist. (Bravo!) Möge sich der Parteitag daher einstimmig für Nürnberg entscheiden. (Beifall.)

Horn-Stettin: Bisher ist dem Wunsch der Stettiner, auch mal in Pommern den Parteitag abzuhalten, noch nicht entsprochen worden, und voraussichtlich wird es ja wohl auch heute nicht geschehen. (Heiterkeit.) Um nicht in Vergessenheit zu kommen (Heiterkeit), stellen wir immer von neuem den Antrag. In Stettin können wir Ihnen alles bieten, was Sie beanspruchen können. Wir haben vorgestern eine wunderschöne Fahrt nach Helgoland gemacht. In Stettin können wir Ihnen ebensolche Fahrt versprechen (Stürmische Heiterkeit) und zwar nach der Insel Rügen, und ich kann jetzt schon erklären, daß wir auch dafür Sorge tragen werden, daß wir nicht so viel Seekranke haben, wie auf der Fahrt nach Helgoland. (Erneute große Heiterkeit.)

Vorsitzender Dietz: Wir kommen zur Abstimmung. Wer in der Minderheit bleibt, muß sich schon darauf gefaßt machen, in den nächsten Jahren mal an die Reihe zu kommen. (Heiterkeit.)

Der Parteitag beschließt, den nächsten Parteitag in Jena abzuhalten. — Die Geschäfte des Parteitages sind erledigt.

Vorsitzender Dietz: Der Parteitag ist am Schluß seiner geschäftlichen Angelegenheiten. Wir haben alles ordnungsmäßig erledigt. Ich glaube nunmehr in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich den Bremer Genossen herzlichsten Dank ausspreche für die liebenswürdige Art, mit welcher sie uns empfangen haben (Lebhafte Zustimmung), für das herrliche Parkfest, für den herrlichen Saal, den sie so wunderbar ausgeschmückt haben, und endlich auch für die prächtige

Digitized by Google

Helgolandfahrt. (Beifall.) Da hat sich wieder einmal gezeigt, daß Seeluft beruhigt. (Große Heiterkeit.)

Gestatten Sie mir eine kurze Uebersicht über unsre erledigten Geschäfte zu geben. Sie haben eine Aenderung der Tagesordnung abgelehnt, und es hat sich gezeigt, daß das gut war, denn sonst wären wir kaum mit unsrer Zeit ausgekommen. — Sie haben darauf verzichtet, heute schon zu bestimmen, was auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages kommen soll. Auch das ist weise gehandelt, denn wir können nicht wissen, was bis zum nächsten Jahre alles passiert. — Wir haben sodann die Berichte des Vorstandes und der Kontrollkommission entgegengenommen, die im allgemeinen gut lauteten, und ich glaube, wir sind beiden Körperschaften für Ihre Mühewaltung großen Dank schuldig. (Beifall.) Unangenehm waren nur die Mülhausener und Bielefelder Affären. Aber nachdem das hier öffentlich gerügt ist, wird hoffentlich die Kontrollkommission sich mit derartigen Dingen nicht wieder zu befassen haben. (Sehr gut!) — Auch mit der Tätigkeit der Reichstagsfraktion hat sich der Parteitag im allgemeinen einverstanden erklärt.

Der Fall Schippel ist nun hoffentlich erledigt. Die jetzige Situation wird Schippel veranlassen, vorsichtiger zu werden. In der Frage: Brotzölle oder nicht, gibt es nur ein Entweder — Oder! (Sehr richtig!) Das wird sich Schippel hinter die Ohren schreiben, und ich glaube, wir werden nicht noch einmal über einen solchen Fall zu verhandeln haben. — Die Organisationsfrage war, wie die vielen Anträge beweisen, allmählich zu einer brennenden geworden. Wir glauben, daß die Kommission die Angelegenheit in befriedigender Weise lösen und daß sie neue Stufen hauen wird, auf denen wir weiter und höher emporsteigen können. (Beifall.) — Auch die Frage der Maifeier fand eine befriedigende, wenn auch keine endgültige Lösung, darüber werden noch weitere Beratungen seitens der Gewerkschaften gepflogen werden. Es ist indessen alles darin einig, daß die würdigste Feier des 1. Mai die Arbeitsruhe ist. — In der Frage der Kommunalpolitik, einem der schwierigsten Gebiete, ist es vorläufig durch die Annahme der Resolution Lindemann zum Abschluß gekommen. Aber diese Frage wird nicht ruhen. Da sie aktuell ist und tief eingreift in alle unsre politischen Maßnahmen, wird sie immer und immer wieder diskutiert werden. Die hier gegebenen Anregungen werden zweifellos ihre Wirkung ausüben. — Heute morgen haben wir das Referat unsres ewig jungen Bebel entgegengenommen, und der Parteitag hat sich im wesentlichen mit seinen Ausführungen einverstanden erklärt. Deutlich geht daraus hervor, daß die deutsche Sozialdemokratie international ist, wie keine sozialdemokratische Partei irgend eines andern Landes. (Beifall.) — Die sonstigen Anträge sind auch nicht zu kurz gekommen. Wir haben wieder bewiesen, daß die Partei alles, was dem Fortschritt dient, in die Hand nimmt. Die Sozialdemokratie ist eben verpflichtet, die führende Rolle in allen solchen Fragen zu übernehmen. Das, was eigentlich Pflicht des Liberalismus wäre, müssen wir erfüllen, um die Stagnation zu beseitigen und dem Fortschritt zum Recht zu verhelfen. (Sehr wahr!)

So kann man sagen, daß der Parteitag von Bremen in fleißiger Arbeit der guten Sache gedient hat. Neue Gedanken sind ausgestreut, die hoffentlich reiche Ernte zeitigen werden. Diejenigen allerdings — und das trifft di bürgerlichen Parteien —, die glaubten, daß es hier zu „interessanten" Auseinandersetzungen kommen würde, haben ihre Rechnung nicht gefunden. Ab wir können es ihnen niemals recht machen. Sind wir interessant, dann kriege wir was aufs Dach (Heiterkeit), und erledigen wir in ruhiger Weise die Geschäfte, dann kriegen wir auch was. (Sehr richtig!) Dann sagt man: Wi haben geglaubt, Ihr würdet hier Bäume aus der Erde reißen, das ist nicht geschehen, Ihr seid langweilig. (Laute Heiterkeit.) In dieser Stimmung könn Sie die bürgerliche Presse allerorts jetzt antreffen.

Digitized by Google

Ginge es nach uns, hätten wir zu entscheiden, so würde der Weg zu unsren Zielen sich allmählich verbreitern und endlich durch blühendes Gefilde führen und Arbeit, Kunst und Wissenschaft die Begleiterinnen sein. Unsre Gegner freilich wünschen, daß unser Weg durch blutige Schlachtfelder und über Barrikaden führen möge. (Sehr richtig!) Aber den Gefallen tun wir ihnen nicht. Wir halten es mit unsrem alten Vorkämpfer Friedrich Engels, der da gesagt hat: „Bei der Gesetzmäßigkeit der Sozialdemokratie bekommt die Bewegung rote Wangen und pralle Lenden.“ Das ist richtig. Wir drängen alle sicher in den Sozialismus hinein; denn einer Armee von Freiwilligen, die nach Millionen zählt, kann die alte, morsch gewordene Gesellschaft keinen Widerstand mehr leisten. (Lebhafter Beifall.) Um unser Ziel zu erreichen, dazu bedarf es Agitation, Organisation und die alte bewährte Opferfreudigkeit. Diese wollen wir auch betätigen im nächsten Jahre und immerdar. Das bekräftigen wir durch ein dreifaches Hoch auf das Blühen und Gedeihen der deutschen Sozialdemokratie. Sie lebe hoch! (Die Delegierten stimmen dreimal in das Hoch ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise.)

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß 1¼ Uhr.

Zuschriften und Telegramme.

Amsterdam. Parteivorstand der holländischen Sozialdemokratie. — Berlin. Paul Singer. — Genossen aus der Weberstraße. — Streikende Maurer aus Bremen. — Zwei ungarische und drei deutsche Arbeiter. — Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Ortsverwaltung Berlin. — Vorstand der polnischen sozialistischen Partei Deutschlands. — Bonn. Vom Stiftungsfest des Arbeiter-Radfahrervereins. — Bromberg. Bromberger Arbeiterschaft. — Brüssel. Sozialistisches Bureau. — Budapest. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns. — Baumgarten. — Cassel. Mehrere Parteigenossen. — Chicago. Neues Leben. — Die sozialistische Partei Amerikas. — Darmstadt. Schmausgesellschaft in Cramers Neubau. — Dresden. Die Parteigenossen in Dresden-Altstadt. — Durlach. Die Genossen Durlachs. — Eichwalde-Berlin. J. Auer. — Eutin. Die Parteigenossen in Eutin. — Genf. Der Generalrat der revolutionären Sozialdemokratie Rußlands. — Gera. M. Müller. — Großenstein. Die Ronneburger Genossen von ihrem Ausflug. — Hamburg. 3. Hamburger Wahlkreis 172. Bezirk von seinem Ausflug. — Streikende Bremer Maurer. — Jena. Die Genossen Jenas. — Johannesburg. Verein Vorwärts. — Kappeln. Die Genossen aus Kappeln. — Kopenhagen. Die Sozialdemokratie in Dänemark. — Leipzig. „Leipziger Volkszeitung“. — Ausflügler des sozialdemokratischen Vereins. — London. Friedrich Leßner. — Luxemburg. Luxemburger sozialdemokratische Partei. — Der sozialdemokratische Lesefklub. — Mühltroff. Ernst Hasse. Albin Schmidt. — Mülheim-Ruhr. Soz. Vereins-Versammlung. — Paris. Parti Socialiste Français. — Deutscher Sozialdemokratischer Lesefklub. — Rom. Italienischer Parteivorstand und Redaktion „Avanti“. — Saarbrücken. Die Vorposten an der Saar. — Spiez. Das kämpfende jüdische Proletariat von Lithauen, Polen und Rußland. — Stralsund. Im Gewerkschaftshaus versammelte Parteigenossen Stralsunds. — Werdau. Die in Gesau versammelt gewesenen Genossen. — Wiesbaden. Ein junger Wiesbadener Genosse.

Ausländische Gäste sind auf dem Parteitage:

Aus England:

J. B. Askew, englische sozialdemokratische Federation.

Aus Oesterreich:

Anton Nemec, Tschechoslawisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Adelheid Popp, Schuhmeier, Winarsky.

Digitized by Google

Bericht

über die

dritte sozialdemokratische Frauenkonferenz in Bremen

am 17. und 18. September 1904

Erster Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Die dritte Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands ist vor dem allgemeinen Parteitag der Sozialdemokratie einberufen.

Fräulein Baader-Berlin eröffnet um 9¼ Uhr die Verhandlungen und heißt die Erschienenen herzlich willkommen. Immer deutlicher tritt — so hebt sie in ihrer Ansprache hervor — die Notwendigkeit unsrer Frauenkonferenzen für die sozialistische Frauenbewegung hervor. Aus kleinen Anfängen sind diese Konferenzen entstanden. Schon auf dem Gothaer Parteitage fanden in den Abendstunden Zusammenkünfte der weiblichen Delegierten statt, in denen Agitationsfragen erörtert wurden. Viel konnte bei diesen Zusammenkünften, die stattfanden, wenn die Genossinnen schon ermüdet waren, nicht herauskommen. Deshalb stellte sich die Notwendigkeit heraus, besondere Konferenzen abzuhalten. Die erste Frauenkonferenz fand in Mainz statt, sie war viel schwächer besucht, als die heutige. Auch die zweite Konferenz, die wir in München abhielten, hat uns ein gutes Stück vorwärts gebracht. Heute zeigt nicht nur die Zahl der Delegierten den erfreulichen Fortschritt, sondern auch der Umstand, daß diesmal solche Gegenden vertreten sind, in denen die sozialistische Frauenbewegung erst in den letzten Jahren Fuß gefaßt hat. Die Anregungen, die auf diesen Konferenzen gegeben werden, tragen zur Belebung des Parteilebens in den Kreisen der Frauenbewegung bei. Nach jeder Konferenz sehen wir, wie neues Leben erwacht. So erhoffen wir auch von dieser Konferenz neue Fortschritte. Unsre Tagesordnung ist bedeutsam. Es gilt für eine bessere Ausgestaltung unsrer politischen und gewerkschaftlichen Agitation zu sorgen, um noch mehr Frauen als bisher in das Heer der Kämpfer um die Befreiung der Menschheit einzureihen.

Rednerin gedenkt in herzlichen Worten der verstorbenen Genossinnen. So ist im letzteren Jahre die treue Genossin Teumer in Ober-Reichenbach gestorben, eine Proletarierin, die Not, Elend und Ueberarbeit mit der Proletarierkrankheit bezahlt hat. Gestorben ist weiter die Genossin Heinrich, die in Gotha schon einige Bezirke Schlesiens vertreten hat. Auch sie hat unter den elende Verhältnissen gelebt, die die heutige Gesellschaft gerade den arbeitenden Menschen auferlegt. Sie war eine treue, aufopfernde Genossin. Gestorben ist dann in London Frau Guillaume Schack. Ihr hat die Arbeiterinnenbewegung Anfang der achtziger Jahre viel zu verdanken gehabt. Besondere Verdienste erwarb sie sich damals in der Abwehr des Garnzolls, der die Hausindustrielle bedrohte. Später schloß sie sich in London den Anarchisten an. Sie war nicht mehr unsre Parteigenossin; trotzdem gedenken wir ihrer in dankbarer Erinneru

Folgen wir dem Vorbilde, das uns diese Frauen gegeben haben und erheben wir uns zu ihrem Gedenken. (Die Versammelten erheben sich von ihren Plätzen.)

Dann wird die Wahl des Bureaus vorgenommen. Auf Vorschlag der Genossin Greifenberg werden zu Vorsitzenden die Genossinnen Zetkin und Zietz-Hamburg, zur Schriftführerin Genossin Riemann-Chemnitz gewählt. Auf Antrag der Genossin Zietz wird Frau Bosse-Bremen als Schriftführerin hinzu gewählt und mit der Führung der Rednerliste beauftragt.

Genossin Zetkin beantragt die Sitzung von 9—1 Uhr und 3—7 Uhr abzuhalten. So werde die gute alte Tradition des achtstündigen Arbeitstages aufrechterhalten. (Heiterkeit.) Der Vorschlag wird unwidersprochen genehmigt.

In die Mandatsprüfungskommission werden auf Antrag der Genossin Lutz-Berlin die Genossinnen Zeise-Köln, Pötzsch-Leipzig und Fahrenwaldt-Hamburg entsandt. Die Kommission wird während der Mittagspause tagen. Die gedruckt vorliegenden Geschäftsordnungs-Anträge werden debattelos genehmigt. Danach beträgt die Redezeit für Referentinnen eine Stunde, die Antragstellerinnen 20 Minuten und die Diskussions-Rednerinnen zehn Minuten. Anträge und Wortmeldungen müssen schriftlich erfolgen. Niemand erhält zu einer Sache mehr als zweimal das Wort.

Danach tritt die Konferenz in ihre Beratungen ein.

Genossin Bosse-Bremen erhält zunächst das Wort zu einer Begrüßungsrede. Sie führt aus: Ich habe von den Bremer Genossen und Genossinnen den ehrenvollen Auftrag erhalten, Sie in Bremen herzlich willkommen zu heißen. Genossinnen: Wir freuen uns, Euch auf einige Tage unsre Gastfreundschaft bieten zu können und wünschen, Euch den Aufenthalt hier so angenehm wie möglich zu machen. Besonders aber hoffen wir, daß diese Konferenz von gutem Erfolge für unsre Bewegung sein und die noch vielfach ihr entgegenstehenden Vorurteile beseitigen wird. Wir haben den Verlust mancher lieben und tapferen Genossin zu beklagen, die auf die Dauer all den Mühen unsres Kampfes nicht genügend Trotz entgegensetzen konnte. Haben wir Frauen doch noch mit ganz andren Hindernissen zu kämpfen als die Männer des Proletariats. Selbst in unsren eigenen Reihen besteht leider noch manche Voreingenommenheit gegen uns. Wir Frauen in Bremen haben ja das Recht, an politischen Vereinen und Versammlungen teilzunehmen. Aber noch machen die Frauen auch hier viel zu wenig Gebrauch von ihren Rechten, allzu viele stehen gleichgültig abseits. Erziehung und Verhältnisse machen das leicht erklärlich. Wir hoffen aber, daß die Vorurteile mehr und mehr schwinden, und daß die sozialistische Frauenbewegung mehr und mehr an Ausdehnung und Macht gewinnen wird. Zieht doch die Notwendigkeit jetzt die Frau in den Kampf ums Leben hinein. Wir hoffen, daß diese Konferenz uns anspornen wird, daß wir auch in den nächsten Jahren bedeutende Erfolge verzeichnen können. Auch die Gegner folgen unsern Verhandlungen mit Interesse; hoffen wir, daß die Konferenz bedeutungsvoll werden wird für die Zukunft. Mit diesen Wünschen heiße ich Sie herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende **Zetkin**: Wir haben zwei Teilnehmer unter uns, deren Anwesenheit uns mit besonderer Befriedigung erfüllt: Die Genossin Popp aus Wien als Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Oesterreichs, und Genossen Molkenbuhr als Vertreter des Parteivorstandes. Zum zweitenmale bekunden die Genossinnen Oesterreichs ihre Solidarität der Auffassung und der Interessen mit uns. Wir haben aus dem reichen Schatz der Erfahrung und des Wissens der österreichischen Parteigenossinnen mancherlei Anregung gewonnen und werden auch in Zukunft manches von ihnen empfangen. — Ganz besondere Befriedigung empfinden wir darüber, daß wir zum erstenmal einen offiziellen Vertreter des Parteivorstandes auf unsrer Frauenkonferenz erblicken. Das ist ein Ausdruck nicht nur der selbstverständlichen Tatsache, daß die proletarische Frauen-

Digitized by Google

bewegung und die sozialdemokratische Bewegung eins sind und nur durch die miserable Vereinsgesetzgebung in Deutschland gezwungen werden, einen verschiedenen organisatorischen Unterbau zu haben; das ist nicht nur ein Ausdruck der Tatsache, daß beide Bewegungen in fester Einheitlichkeit des Zieles zu einander gehören, sondern auch eine Anerkennung der Fortschritte unsrer Bewegung, die Anerkennung, daß unsre Frauenkonferenz als notwendiges und unentbehrliches Glied in die Kette der Mittel und Wege eingereiht ist, die den Befreiungskampf des gesamten Proletariats fördern. In diesem Sinne rufe ich den Genossinnen Popp und Bosse und dem Genossen Molkenbuhr ein besonders herzliches Willkommen! zu. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr erhält das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Nicht erst seit meiner Entsendung zur Frauenkonferenz ist die Frauenbewegung in der Sozialdemokratie anerkannt. Es ist ja eine traurige Tatsache, daß die Frauen vielfach noch viel schlechter gestellt sind als die männlichen Arbeiter. Man kann auf die proletarischen Frauen mit Fug und Recht die alte Redensart vom fünften Stand anwenden. Das sozialistische Prinzip aber ist die Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt. Demnach können uns nur äußere Umstände, die übermäßige Häufung der alltäglichen Aufgaben vor dem Parteitag, bisher von der Frauenkonferenz ferngehalten haben.

Die Sozialdemokratie will ein altes Ideal verwirklichen. Als in der französischen Revolution die Menschenrechte verkündet wurden, da wurde der Frau als Mensch nicht gedacht. Man hatte nur den Gedanken, sie sei zur ewigen Haussklavin bestimmt. Die moderne Entwicklung ist viel revolutionärer gewesen als irgend ein Revolutionär gedacht hat. Die moderne Entwicklung hat die Frau in das Leben, die Fabrik hineingezogen, sie gezwungen, mit den Kampf ums Dasein zu führen, sie mit hineingerissen in den politischen Kampf. Sie muß von dem Koalitionsrecht um so mehr Gebrauch machen, weil die Unternehmer angesichts der geringen Lebensansprüche der Frauen die Neigung haben, selbst bei gleicher Leistung ihre Löhne unter die der Männer herabzudrücken. Die Frauen bedürfen des Vereinsrechts, um in geschlossener Masse für ihre Forderungen einzutreten. Früher waren sich die Frauen ihrer Stellung gar nicht bewußt. Als in der Reaktionsperiode diese Vereinsgesetze geschaffen wurden, hörte man nirgends etwas von einem ernsthaften Widerstand der Frauen. Aber mit der Zeit empfanden selbst die bürgerlichen Frauen, die Töchter der Kleinbürger, die nicht ihr Leben lang als Rentieren zu leben haben, auf wie vielen Gebieten es hapert. Aber die proletarische Frau leidet in erster Linie als Arbeiterin; daß sie auch als Weib noch unterdrückt wird, ist noch ein Hindernis für den Befreiungskampf mehr. In noch viel höherem Maße als unter den Männern ist unter den Frauen der Glaube verbreitet, daß es ewig Unterdrücker und Unterdrückte geben wird, daß die untergeordnete Rolle der Frau ihr von Natur zugewiesen, in ihrem ganzen Organismus begründet ist. Auch hier und hier noch mehr gilt der Satz der Arbeitermarseillaise: „Der Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen."

Aber trotz aller Hindernisse geht es vorwärts. Wenn die Sozialdemokratie das Endziel ihrer Bewegung: die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, diesen schönen Satz eines deutschen Philosophen verwirklicht, dann werden die Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts gleichmäßig davon berührt. Auch jetzt müssen die Frauen alle Rechte, die sie nach den bestehenden Gesetzen haben, ausnützen, um weitere Rechte zu erkämpfen. Hoffen wir, daß alle Hindernisse der Frauenbewegung recht bald überwunden werden. Dazu müssen Sie selbst Hand anlegen. Ich hoffe, daß wir mit dem Amazonenheere bald den Sieg über die wirtschaftliche und politische Unterdrückung erringen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Digitized by Google

Frau Popp-Wien: Die persönlichen Beziehungen, die die österreichischen und deutschen Genossinnen seit der Münchener Konferenz haben, sind in vieler Beziehung auch für uns förderlich und fruchtbringend gewesen. Wenn Sie hier so weitgehend, so radikal wie möglich sind, geben Sie auch uns den Ansporn, rascher vorwärts zu kommen. Haben wir doch viel Gemeinsames. Sowohl die Volksschulfrage wie das Versammlungsrecht beschäftigen auch uns sehr lebhaft. Nicht immer offen und gewalttätig, aber immer mächtiger und zielbewußter geht die Reaktion in Oesterreich gerade gegen die Volksschule vor.

Auch wir sind bedacht, alle Angriffe auf die Volksschule abzuwehren und unter den Frauen des arbeitenden Volkes die Ueberzeugung von dem Werte einer guten Volksschule zu verbreiten. Auch das Vereins- und Versammlungsrecht ist uns ungünstig, da es uns keine politischen Rechte einräumt. Politische Rechte haben wir nur, soweit wir sie uns nehmen. Das erschwert natürlich die Agitation, und es ist uns nicht so leicht wie den Männern, unsre Erfolge zahlenmäßig nachzuweisen. Auch von dem Nutzen der Frauenkonferenzen haben wir uns überzeugt. Wenn die Aufgabe der Arbeiterklasse auch eine einheitliche ist, gilt es doch besondere Wege zu beschreiten, wenn die Agitation unter den Frauen gefördert werden soll. Manches, was in den Geist der Männer vollständig übergegangen ist, liegt den Frauen noch fern. Wenn aber diese Fragen auf besonderen Frauenkonferenzen besprochen werden, wenn den Frauen gesagt wird: das ist Eure Sache, so sind sie zugänglicher und unsre Arbeit wird leichter.

Rednerin überbringt die schwesterlichen Grüße der sozialistischen Arbeiterinnen Oesterreichs und wünscht den Arbeiten der Frauenkonferenz vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Von den sozialistischen Frauen Belgiens ist folgendes Begrüßungsschreiben eingelaufen: „Ihren deutschen Kampfgenossen senden die sozialistischen Frauen Belgiens die besten Glückwünsche zu den ihnen bevorstehenden Arbeiten. Wir folgen Ihren Verhandlungen mit großem Interesse und sehen der Zeit freudig entgegen, wo auch wir an Ihren Konferenzen werden vertreten sein können."

Frau Pötzsch-Leipzig begrüßt in einer von ihr verfaßten poetischen Ansprache den Kongreß. Folgender Vers wird mit besonderem Beifall aufgenommen:

„Nicht Damenrechte wollen wir erringen,
Wir buhlen nicht um hohe Protektion,
Uns öffnet gastlich seine Pforten
Kein gräflicher Empfangssalon."

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten: **Bericht der Zentral-Vertrauensperson.**

Fräulein Bauder: Als wir von der Frauenkonferenz in München zurückkehrten, beschäftigte uns vor allem der Kampf gegen den Wucherzoll. Es galt eine gründliche Agitation dagegen zu entfalten. Um sie allgemein und einheitlich zu gestalten, ließ ich in Form von Zirkularen bestimmte Anweisungen an die einzelnen Vertrauenspersonen gelangen. Diese Anleitung hat gewirkt. Die umfassende Agitation bewirkte eine lebhafte Beteiligung der Frauen an den Reichstagswahlen. Noch niemals sind so viel Frauen bei der Wahlarbeit jeder Art so tätig gewesen, wie im verflossenen Jahre. Zugleich wurde für Arbeiterinnenschutz und Kinderschutz agitiert. Auch hier wurde von der Zentralstelle durch Versendung von Druckschriften und Broschüren Anregung und Anleitung gegeben. Für die Reichstagswahlen wurde ein besonderes Flugblatt für die Genossinnen herausgegeben, dessen Kosten der Parteivorstand getragen hat. Ueberhaupt hat der Parteivorstand alle unsre Forderungen zur Förderung der Agitation unter dem weiblichen Proletariat glatt bewilligt. Auch eine größere Anzahl Exemplare des Handbuchs für die Reichstagswahlen und des Landtagswähler-Handbuchs

sind uns bewilligt worden; wir haben sie allen rednerisch tätigen Genossinnen zur Verfügung gestellt.

Als nächste Aufgabe trat dann die Agitation an uns heran, die sich an das Kinderschutzgesetz knüpfte. Gelang es uns auch nicht, die Gesetzgebung zu beeinflussen, so war der ideelle Erfolg dieser Agitation doch sehr bedeutend. Die Frauen wurden aufgerüttelt, und es ward ihnen das Unrecht klar gemacht, das in der Ausbeutung der Kinder durch das Kapital liegt. Was das Kinderschutzgesetz an Schutz bringt, ist geradezu lumpig zu nennen. (Sehr richtig!) Das eigne Kind ist schlechter gestellt als das fremde. Und das wenige, was das Gesetz bietet, kann durch Bundesratserlasse noch beschnitten werden. Die Frage des Kinderschutzes geht uns Frauen besonders an. Unser mütterliches Gefühl begreift es, daß es überhaupt verboten werden muß, das Kind erwerbsmäßig tätig sein zu lassen. Das Kind ist zum Lernen da, zum Arbeiten sind die Erwachsenen da. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben in der Kinderschutzfrage die leicht verständliche Broschüre Agahds an die Vertrauenspersonen und Rednerinnen versendet.

In die verflossene Arbeitsperiode fiel auch der Heimarbeiterschutz-Kongreß. Der Stellungnahme unsrer Münchener Konferenz zur Frage der Heimarbeit entsprechend, haben wir uns an diesem Kongreß beteiligt. Die Zentralstelle erließ einen Aufruf an die Genossinnen, und verschiedene Orte beschickten den Kongreß. Sie wissen, welches Aufsehen dieser Kongreß überall erregt hat. Durch ihn wurde gewissermaßen das nackte Elend aus dem Dunkel ins helle Tageslicht gezogen. In Arbeiterkreisen war dies Elend freilich längst bekannt, aber andern Leuten wurde besonders durch die Ausstellung erst vor Augen geführt, unter welch elenden Lebensbedingungen der Arbeiter der Heimindustrie schmachtet. Der Lohn des Heimarbeiters pendelt nach dem Lassalleschen Worte beständig um die Hungergrenze herum, ja sinkt unter sie herunter. Die Regierung freilich hat sich um diesen Kongreß nicht gekümmert. Graf Bülow fand nur Zeit, die bürgerlichen Frauen des internationalen Frauenkongresses zu sich zu bitten, ihnen die Hand zu küssen und sich von ihnen den Hofknix vormachen zu lassen. (Heiterkeit.) Das Elend der Heimindustrie geht ihm wohl zu sehr an die Nieren. Da scheut er sich vor näherer Kenntnisnahme. Wenn aber die Damen kommen in seidenen Kleidern und Spitzen, dann versichern ihnen die glatten Herren: Wir sind ja auch für die Gleichheit, aber augenblicklich ist nichts zu machen. (Heiterkeit.) Beachtung werden wir erst finden, wenn wir in ganz andern Massen auftreten und viel lauter schreien als bisher! (Lebhafte Zustimmung.)

So viel über die allgemeine Agitation. Als die Reichstagswahlen ausgeschrieben waren, machten wir uns, von der Parteipresse darauf aufmerksam gemacht, das Stückchen politischen Rechts zu nutze, das die Gesetzgebung in Preußen uns läßt. Auf die wenigen Wochen, die zwischen der Ausschreibung einer Reichstagswahl und ihrer Beendigung liegen, dürfen wir bekanntlich auch in Preußen einem politischen Verein angehören. Natürlich gehört eine gewisse Reife der Bewegung dazu, wenn dieses Recht ausgenutzt werden soll. Die Zentralstelle forderte in einem Zirkular die preußischen Genossinnen auf, von dem Rechte, einen Wahlverein zu gründen, Gebrauch zu machen. Mit dem Erfolge können wir recht zufrieden sein. In Berlin, in der Umgegend von Berlin und in Altona wurden politische Frauenwahlvereine für die bestimmte kurze Zeit gegründet. Der Berliner Verein gewann ziemlich tausend weibliche Mitglieder, und die Geldsammlungen ergaben im Vereinsrahmen ein viel reicheres Ergebnis als früher. Die Frauen haben ja im allgemeinen weniger Geld als die Männer. Ihr Lohn ist geringer und sie trennen sich schwerer vom Groschen. Aber in der Wahlzeit haben auch die Frauen ihre Taschen aufgeknöpft und eingesehen, daß sie am besten sparen, wenn sie für die allgemeine Sache etwas leisten. Jedenfalls konnten als Ueberschuß von Berlin

aus 300 M. und von Altona aus 100 M. an die Wahlkasse der Partei abgeliefert werden. Diesen Erfolg dürfen wir nicht niedrig einschätzen. Wir könnten die Agitation ganz anders betreiben, wenn wir freies Vereinsrecht hätten. Aber Graf Posadowsky meint: Das steht den Frauen nicht an. O doch steht es uns an! (Sehr richtig.) Wir müssen jedes Stückchen ausnutzen und dürfen uns unter keinen Umständen das Recht, das wir haben, beschneiden lassen. Gegen jeden Uebergriff der Behörden müssen wir Front machen. In Bochum hat man sogar versucht, den Frauen die Teilnahme an den öffentlichen Versammlungen zu verbieten. Das ist ein Bruch des Gesetzes, das auch die Beamten zu beachten haben. Nachträglich werden die Beamten ja rektifiziert. Aber „rektifiziert", das heißt auf deutsch oft: Du hast es gut gemacht, Du wirst befördert. (Große Heiterkeit.)

Jetzt macht man uns Aussicht darauf, daß uns zur sozialpolitischen Betätigung ein weiteres Vereinsrecht eingeräumt werden soll. Aber wo liegt die Grenze zwischen politisch und sozialpolitisch? Jeder Polizist, jeder Staatsanwalt denkt verschieden darüber. (Sehr richtig!) Der Berliner Bildungsverein der Frauen ist wegen politischer Betätigung aufgelöst worden, weil ein Arzt in einem Vortrage über die Ernährung des Säuglings darauf aufmerksam gemacht hatte, daß von den Kommunen die Beschaffung gesunder Säuglingsmilch gefordert werden müsse. (Große Heiterkeit.) Aber gerade Fragen dieser Art gehen uns an. Wir leben nicht allein für uns, sondern gehören einer großen Gemeinschaft an. Wir werden ebensogut wie die Arbeiter vom Kapital ausgebeutet und vom Reiche durch Steuern geschröpft. Weshalb soll uns die Erörterung politischer Fragen verboten sein? Mit aller Kraft müssen wir deshalb die Agitation für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht weiter betreiben. (Sehr richtig!) Das notwendige Material habe ich den Genossinnen in einem Zirkular zugänglich gemacht, das auch die Aussprüche der Minister Posadowsky und Hammerstein enthält und auf den Initiativantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hinweist.

Ein Zirkular, das für längere Zeit Wert behalten und gültig bleiben wird, gibt Anweisungen und Anregungen zur Förderung der Agitation. Es wird darin auf die Beteiligung an den Gewerkschaften und auf die Werkstubensitzungen hingewiesen und in denjenigen deutschen Ländern, in denen die Frauen nicht das Recht haben, sich an politischen Vereinen zu beteiligen, zur Gründung von Frauen-Bildungsvereinen geraten. Die Bildungsbestrebungen machen durch ihre Vermittlung von allgemeinem Wissen die Gehirne empfänglicher für die Aufnahme politischer Ideen. So haben die Bildungsvereine eine große Wirksamkeit ausgeübt, und ihre Zahl nimmt ständig zu. Wir verbreiten eine leicht verständliche Broschüre von Frau Wally Zepler, die ein ganzes Programm der Fragen gibt, die im Frauen-Bildungsverein zu behandeln sind. Wenn ein Hygieniker in einem solchen Verein z. B. über die Säuglingspflege spricht und seine Forderungen aufstellt: sonnige Luft, saubere Betten, gute Milch — wie manche Arbeitermutter begreift da zum ersten Male den Zusammenhang der Dinge, wenn sie sich sagen muß: Ja all das kann ich meinem Kinde ja gar nicht geben. Wie soll ich es betreuen, wenn ich in der Fabrik so lange arbeiten muß. Und die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit wird ihr begreiflich werden. (Sehr richtig!)

Wir haben dann weiter ein Regulativ für die Vertrauenspersonen ausgearbeitet. Ihre Zahl hat sich in den letzten zwei Jahren außerordentlich vermehrt. In München waren es 54, jetzt haben wir 106. Allerdings erhalte ich von manchen dieser Vertrauenspersonen nie eine Zeile, und ich weiß nicht, ob sie für die Bewegung arbeiten. Bekanntlich hatte die Zentralvertrauensperson ihre Aufgaben bisher im Nebenamt zu erledigen. Ich mußte meinem Berufe nachgehen und konnte nur die freien Stunden und die

Abende meinem Amte als Vertrauensperson widmen. Seit kurzem ist das anders geworden. Die Zentralvertrauensperson soll als besoldet jetzt ihre ganze Zeit der Bewegung widmen. Sie wird nun einen größeren Druck auf die säumigen Vertrauenspersonen ausüben können. Mit manchen Orten war der schriftliche Verkehr sehr lebhaft. Besonders erfreulich ist, daß sich in Gegenden, wo man gar nicht vermuten sollte, daß eine Frauenbewegung vorhanden ist, in Ost- und Westpreußen, Vertrauenspersonen gefunden haben. Die Arbeit unsrer Agitatorinnen auch auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Kleinarbeit ist nicht vergeblich gewesen. Mancher neue Anknüpfungspunkt ist gefunden worden.

Mit Freuden begrüßen wir diese Fortschritte. Natürlich ist auch der Briefwechsel mit der Zentralvertrauensperson viel reger geworden, wenn ich auch nicht angeben kann, wie groß die Zahl der ein- und ausgegangenen Briefe war, da eine Liste darüber wegen Zeitmangels nicht geführt werden konnte. Auf der nächsten Konferenz aber werden sich bestimmte Zahlen geben lassen. Dann wird sich auch zeigen, aus welchen Orten die Vertrauenspersonen nicht schreiben.

Die Verbreitung unsrer Presse zeigt einen geradezu enormen Fortschritt. Die „Gleichheit", die in München erst 4000 Abonnentinnen hatte, hat deren jetzt 12 000. Das ist das beste Zeichen, wie rege agitiert worden ist, und ein Beweis, daß die Frau bei ordentlicher Anleitung auch für ernste Lektüre zu haben ist. Wir hören ja freilich noch allerlei Beschwerden, das und das müsse anders gehalten sein, das verständen die Frauen nicht. Aber es handelt sich hier um schwere Aufgaben. Der Frau, die bisher nur Kolportageromane gelesen hat, sind alle politischen Dinge böhmische Dörfer; sie muß alles erst lernen. Allein es wäre falsch, zu verlangen, daß sich die „Gleichheit" diesem niedrigen Niveau anpassen solle. Ein andrer Ausweg muß geschaffen werden, durch Flugblätter und leicht verständliche Schriften. Wer aber erst ein wenig weiter ist, der findet in der „Gleichheit" ein unerschöpfliches Material, das nur noch viel besser ausgenutzt werden sollte zu schönen, einfachen Flugblättern, die von einfachen Frauen geschrieben, sich den Bedürfnissen der verschiedenen Gegenden anpassen.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen hat sich gehoben, wenn sie auch noch viel zu klein ist im Vergleich zu der Zahl der erwerbstätigen Frauen. Auf dem gewerkschaftlichen Gebiete liegt noch viel notwendige Arbeit vor uns.

Als eine Einrichtung, die die politisch tätigen Frauen im Verein mit den Gewerkschaften getroffen haben, sind die Beschwerdekommissionen der Arbeiterinnen ins Leben gerufen worden. Die Arbeiterinnen sind so abhängig und eingeschüchtert, daß sie sich nicht direkt an den Gewerbe-Inspektor zu wenden wagen. Die Arbeiterinnen wissen sehr oft auch gar nicht, daß sie bestimmte Rechte haben. Hierüber müssen sie durch die Beschwerdekommissionen aufgeklärt werden. Die beste Gelegenheit dazu geben die Werkstubensitzungen. In allen Orten sollten diese Kommissionen errichtet werden, und ihre Tätigkeit sollte sich nicht nur auf die Entgegennahme von Beschwerden beschränken, sondern sie sollten systematisch an der Aufklärung der Arbeiterinnen über die gesetzlichen Bestimmungen zu ihrem Schutze arbeiten. Die Gewerkschaften wieder sollten dafür sorgen, daß diese Kommissionen mit dem notwendigen Material an Büchern, Gesetzen usw. ausgerüstet werden. Das müssen und können die örtlichen Gewerkschaftskartelle leisten. (Lebhafte Zustimmung.)

So steht uns auch hier ein gutes Stück Arbeit bevor. Aber neue Kräfte haben sich uns zur Verfügung gestellt. Es sind Talente unter den Arbeiterinnen geweckt worden, die bisher geschlummert hatten. Hier hat eine Frau gelernt, öffentlich zu reden, dort betätigt sich eine andre schriftstellerisch. Und da haben besonders die Anregungen unsrer Konferenzen segensreich gewirkt. Aber noch immer fehlt es uns an Agitatorinnen, deren Heranbildung in München b

schlossen worden ist. Wir sind eben Proletarier in jeder Hinsicht, nicht bloß nach der Lebensstellung, sondern auch nach den Schulkenntnissen. Mühsam erringen wir uns die notwendige Bildung. Lese- und Diskutierabende sind mit gutem Erfolge eingerichtet worden. Wir richten uns dabei nach dem Gesetz und fördern unsre politischen Kenntnisse, ohne das Gesetz zu übertreten. Diese Abende werden von durchgebildeten Genossinnen geleitet, aber auch Genossen sind uns behilflich gewesen.

Nur aus den Geldsammlungen geht nicht hervor, daß die Bewegung gewachsen ist. Ich habe nur 70 Mk. mehr eingenommen als in den vorvergangenen zwei Jahren. Da muß ich den Appell an die Genossinnen richten: Tut den Beutel auf! (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben immer einen Stolz darin gesetzt, unsre Agitation aus eignen Mitteln, nicht aus dem Säckel des Parteivorstandes, zu betreiben. Nun war das letzte Jahr, das Wahljahr, für unsre Sammlungen sehr ungünstig. Und Ende 1903 wurde auch von den Arbeiterinnen der letzte Groschen für Crimmitschau geopfert. Auch dokumentiert sich in der Summe, die mir zugegangen ist, nicht alles, was für die Bewegung überhaupt zusammengebracht worden ist. Einzelne Kreise haben die Kosten aller geleisteten Agitation unter den Frauen selber bestritten. (Sehr richtig!)

Damit bin ich am Schluß. Ich hoffe, daß auch die heutige Konferenz wirken wird zum Segen nicht nur unsrer, sondern der allgemeinen Bewegung. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag der Frau Zetkin wird beschlossen, diesen Bericht gemeinsam mit dem Referat von Frau Greifenberg-Augsburg über die allgemeine Agitation zu diskutieren.

Den Bericht über allgemeine Agitation erstattet

Frau Greifenberg. Sie gibt einen interessanten Rückblick auf die ersten Anfänge der proletarischen Frauenbewegung an der Hand einer von Frau Ihrer verfaßten Zusammenstellung, die 1893 auf der Chicagoer Weltausstellung ausgelegt wurde. Sie erinnert an die Organisationsbestrebungen vor und unter dem Sozialistengesetz unter besondrer Hervorhebung der Tätigkeit des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen, des Vereins der Mäntelnäherinnen und des Nordvereins der Arbeiterinnen in Berlin. Dieser Verein und alle andern, die sich in Zeitz, Luckenwalde, Gera, Halle, Düsseldorf usw. gebildet hatten, wurden wieder polizeilich aufgelöst, ihre Leiter zum Teil sogar mit Gefängnisstrafen belegt. Als Grund für die Auflösung des Hauptvereins wurde angegeben, daß „die Ausbreitung dieser Bewegung eine Gefahr für Deutschland darstelle." (Heiterkeit.) Wenn also die Frauen sich aufzuklären, sich zu bilden beginnen, wenn sie für ihre Gleichberechtigung kämpfen, ist Deutschland gefährdet. — Nach all diesen Mißerfolgen konnten die Frauen nicht bald wieder eine ihnen freistehende Organisationsform finden. Sie verlegten nun den Schwerpunkt ihrer Organisationsbestrebungen auf das gewerkschaftliche Gebiet, auf die Organisation der Arbeiterinnen und forderten die männlichen Genossen auf, sie in ihre gewerkschaftlichen Organisationen aufzunehmen. Hier aber begegneten die Arbeiterinnen vielfach dem Vorurteil, daß sie nicht gleichberechtigte Kolleginnen, sondern untergeordnete Hilfskräfte seien. Zahlreiche Arbeiter nahmen noch an, daß beim Fortschreiten der Produktionsverbesserungen die Frauen aus den Fabriken und Werkstätten gänzlich verschwinden würden. Die Berufszählung hat sie eines Besseren belehrt. Von 1882—1895 hat die Zahl der männlichen Arbeiter um 6½, die der weiblichen um 35 Proz. zugenommen. In den Großbetrieben ist die Zahl der männlichen Arbeiter um 15,8 Proz., die der weiblichen um 26,8 Proz. gestiegen, in den Kleinbetrieben die der männlichen aber nur um 1 Proz., die der weiblichen um 40 Proz.! Jetzt sehen die Arbeiter die Notwendigkeit ein, die Frauen aufzuklären und zu organisieren, sollen diese ihnen nicht Schmutzkonkurrenz machen.

Digitized by Google

Im Jahre 1890 forderte der deutsche Parteitag zu Halle, 1891 der Internationale Kongreß in Brüssel eine lebhaftere Propaganda unter den Frauen. In den achtziger Jahren hatte von einer Frauenbewegung größeren Umfanges nicht die Rede sein können, so viele Anregungen auch einzelne Vorkämpferinnen gaben. Auch die Gewerkschaften hatten vor dem Entstehen der großen Zentralverbände nur minimale Erfolge verzeichnen können. Erst seit Anfang der neunziger Jahre wurde die Bewegung lebhafter. 1896 wurde die Frauenagitation als besondrer Punkt der Tagesordnung des Parteitags zu Gotha behandelt. Außer den Anregungen, die das Referat und die Resolution der Genossin Zetkin bot, nahm der Parteitag noch zwei Resolutionen an, von denen die eine eine vermehrte Tätigkeit der Frauen für die Gewerkschaften, die andre dieser Resolution entsprechend die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen an allen Orten forderte. Um eine zielbewußte Agitation im Sinne dieser Beschlüsse zu entfalten, regte Genossin Zetkin im Jahre 1900 die Abhaltung einer Konferenz der tätigen Genossinnen an. Genossin Baader als Vertrauensperson tat alles mögliche, um die Genossinnen für den Gedanken dieser Besprechung zu gewinnen. Der Erfolg blieb nicht aus. In Mainz waren zur Frauenkonferenz 20 Delegierte erschienen, 1901 hatten wir schon 25 weibliche Vertrauenspersonen, denen wir durch das in Mainz beschlossene Regulativ einen Wegweiser gegeben hatten. Auf der Frauenkonferenz zu München erörterten wir unter anderm auch die Frage der Heranbildung weiblicher Agitatorinnen. Gewiß hat die Referentin Genossin Zietz praktische Ratschläge dafür gegeben, aber woher sollen die Frauen die Zeit nehmen, geistig zu arbeiten? Die Männer sind wenigstens nach der Arbeit frei und können dann lernen, was ihnen ihr abgematteter, erschlaffter Körper noch zu begreifen erlaubt. Die proletarische Frau aber hat meist noch die ganze Bürde häuslicher Arbeit zu tragen. Aber auch die Frauen haben den Willen, geistig vorwärts zu kommen. Nicht, wie ein Minister gesagt hat, einige exzentrische Frauen machen die Bewegung, sondern gerade die Masse der arbeitenden Proletarierinnen. Das beweist die zahlreiche Teilnahme der Frauen an öffentlichen Versammlungen, in denen sie nicht nur zuhören, sondern auch meist schon verstehen, weil ihr ureigenstes Interesse sie verstehen heißt. Wir können auf einen großen Erfolg — ich nenne es einen großen Erfolg — zurückblicken. (Zustimmung.) Auch die heutige Konferenz soll uns wieder neue Anregungen zur planmäßigen Agitation geben. So stolz die Bourgeoisie auf die „Einheit" des Vaterlandes ist, so haben wir doch eine große Reihe verschiedener Vereinsgesetze, denen wir uns anpassen müssen in unsern zahlreichen Vaterländchen.

In Hamburg, Bremen und Sachsen ist eine große Zahl von Frauen in den politischen Organisationen. Im größten Teile des deutschen Reiches sind dagegen die Frauen von der Beteiligung an politischen Vereinen ausgeschlossen, ja in manchen Staaten sogar vom Besuch politischer und öffentlicher Versammlungen. Das preußische Vereinsgesetz ist rigoros und reaktionär, aber das bayerische Vereinsgesetz ist noch viel schlimmer. Auch an öffentlichen politischen Versammlungen, von den Vereinen ganz zu schweigen, können die Frauen in Bayern erst seit 1898 teilnehmen. Selbst aus ihnen weisen sie die untergeordneten Polizeiorgane noch heute häufig aus. Es besteht ferner im bayerischen Vereinsrecht die Bestimmung, daß Minderjährige, d. h. Personen unter 21 Jahren, nur an allgemeinen, nicht an „öffentlichen" Versammlungen teilnehmen dürfen. (Heiterkeit.) Ein Polizeibeamter, der auf eine Frage definierte, daß „öffentliche" Versammlungen solche seien, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, „allgemeine" z. B. solche, die Berufsfragen erörterten, wollte gleichwohl aus einer Versammlung, in der ich über „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation" sprach, die Minderjährigen ausweisen.

Unter diesen verschiedenartigen Vereinsgesetzen sollen Frauen-Bildungsvereine gegründet werden; unerläßliche Vorbedingung dafür ist aber das Vorhandensei

Digitized by Google

von Leitern und Führern am Ort, um Auflösung und Bestrafung zu vermeiden und für gesundes, kräftiges, geistiges Leben zu sorgen. Aus der reaktionären Vereinsgesetzgebung erwachsen aber auch große Schwierigkeiten für die gewerkschaftliche Arbeit der Genossinnen. Denn der Mensch soll noch geboren werden, der sagen kann, wo die Gewerkschaftsbewegung aufhört und die Politik anfängt. Ein Beamter erklärt die Verkürzung der Arbeitszeit für politisch, ein andrer schon die Beschwerdekommissionen. Welche Fortschritte trotzdem die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen gemacht hat, zeigen folgende Zahlen: Es gab 1892/95 in den Gewerkschaftsverbänden 7000 weibliche Organisierte von 700000 in der Industrie beschäftigten Frauen. 1896 stieg die Zahl der Beschäftigten auf 1145875, die Zahl der organisierten Frauen auf 12265. Mehrere große Streiks, die in diesem Jahre stattgefunden hatten, waren gute Agitationsmittel für die Gewerkschaften gewesen. So erklärt sich der Rückgang der Organisierten auf 11664 im Jahre 1897. Und heute zählt die Generalkommission der Gewerkschaften 40000 weibliche Verbandsmitglieder! Zu diesem Erfolg haben auch die Männer ein Teil beigetragen. Aber den Hauptteil des Erfolges können die tätigen Genossinnen für sich beanspruchen; die weiblichen rednerischen Kräfte sind deshalb auch sehr begehrt, weil sie, die Charakter und Leben der Frau selbst mitleben, diese leichter persönlich gewinnen können. Der Erfolg, der erzielt worden ist, ist wesentlich auch dem Umstande zuzuschreiben, daß seit 1896 nicht nur in öffentlichen Versammlungen agitiert wird. Die Buchbinder, die eine stattliche Zahl von Frauen in ihrer Organisation haben, haben auf geselligem Wege, durch Familienzusammenkünfte, Deklamationen und Tanzvergnügungen die Arbeiterinnen zu sich herangezogen, sie veranlaßt, in die Werkstattsitzungen zu kommen und ihnen dort stets durch eine rednerisch tüchtige Frau die Ziele der Organisation, wenn auch schlicht, auseinandersetzen lassen. So hat auch die Zahl der an den Lohnkämpfen beteiligten Arbeiterinnen gewaltig zugenommen. 1892 waren an Angriffsstreiks 32659 Personen, darunter 2468 Frauen, beteiligt; an Abwehrstreiks 960 Frauen. Im Jahre 1903 zählte man bei Angriffsstreiks unter 53760 Personen 2841 weibliche, bei Abwehrstreiks unter 67830 nicht weniger als 9869 weibliche.

Gewiß dürfen wir dabei nicht vergessen, daß es brutale Arbeitgeber genug gibt, die ihren Arbeiterinnen das Organisationsrecht wehren. Gerade darum nehmen wir ja auch am politischen Kampfe teil. Eine straffere Organisation zu schaffen, ist in Bremen, in Hamburg, in Sachsen nicht schwer, wo die Frauen das politische Vereinsrecht haben. Aber auch im übrigen Deutschland werden die Parteiangelegenheiten immer mehr in den Wahlvereinen der Männer erledigt. Die Grundlage für eine festere organisatorische Zusammenfassung und einheitlicheres Arbeiten der Genossinnen ist durch die Besoldung der Zentralvertrauensperson geschaffen, da diese ihre ganze Kraft jetzt der Bewegung widmen kann. An vielen Orten geht die Bewegung noch nicht ordentlich vorwärts. Selbst wenn tätige Genossinnen da ihren Wohnsitz haben, läßt ihnen die allgemeine Agitation nicht genügend Zeit zur Arbeit am Orte. Auch heute noch gibt es Genossen, die der Frauenbewegung feindlich gegenüberstehen (Sehr richtig!), sie ins Lächerliche zu ziehen suchen. (Erneutes Sehr richtig!) Genossin Baader zur Ehre sei es gesagt, daß sie ihre ganze Kraft in die Arbeit hineingelegt hat. Bis vor kurzem noch gezwungen, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, hat sie fast Uebermenschliches geleistet. Jetzt wird sie noch mehr Anregungen geben können. Aber wenn die Vertrauensperson an einem Orte kein Lebenszeichen von sich gibt, kann sie auch nicht viel tun. Da müssen wir uns eben gegenseitig anregen und ergänzen. Die Bromberger Genossinnen verlangen nun, daß die rednerisch tätigen Genossinnen die neu geworbenen Kräfte gleich einarbeiten sollen. Der Antrag ist sehr gut, aber praktisch undurchführbar. Mit ein oder zwei Tagen Arbeit ist da

Digitized by Google

nichts getan. Soll aber die Rednerin sich tagelang aufhalten, so mangelt es an Geld. Der Antrag scheitert an unsren Kassenverhältnissen, wenn auch die Opferwilligkeit der Genossinnen von Jahr zu Jahr wächst. Im Vorjahre verlangte ein Antrag Leipzig, es sollten durch Lese- und Diskutierabende rednerische Kräfte geschult werden. Denen, die heute das neue Evangelium ins Land hinaustragen, ist es oft nicht möglich, sich auch dieser Aufgabe noch zu widmen. Und die Arbeiterinnen sind abends ermüdet und müssen für den Haushalt sorgen. Aber wo es möglich, sollen die Kräfte so geschult werden.

Außer den Volksversammlungen und Werkstattsitzungen soll auch die Geselligkeit gepflegt werden, als Mittel, aufzuklären und zu organisieren. Kommen auch die Arbeiterinnen hin, um sich zu amüsieren, braucht doch der Ernst des Lebens und die schweren Kämpfe, die wir durchmachen, nicht vergessen werden. Als ich im Vorjahre auf einer Agitationsreise in Sachsen war, ließ bei einem Fest des sozialdemokratischen Vereins in Leipzig-Plagwitz Genosse Glantzmann die Mitglieder zur Polonaise antreten, gerade gegenüber der Bühne. Dann forderte er mich auf, eine Ansprache zu halten. Einige Tanzlustige murrten zwar, aber sie hörten doch schließlich zu. (Heiterkeit.) Von den Beschwerdekommissionen lesen wir oft in unsrer lokalen Parteipresse, daß ihre Mitglieder da und da wohnen und Beschwerden „entgegennehmen". Sie sollten aber, wenn die Umstände es ermöglichen, an den Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen und die Arbeiterinnen über die Zustände in den Fabriken ausfragen. Die andre Aufgabe, die Beschwerden sorgfältig vorzuprüfen, haben die Beschwerdekommissionen stets erfüllt, wie die verstorbenen Gewerbeinspektoren Wörrishofer in Baden und Pöllrath in München ausdrücklich anerkannt haben. Doch muß die Tätigkeit der Beschwerdekommission noch mehr in die Massen hineingetragen werden.

Ich hoffe, daß die folgende Diskussion Anregungen zu Verbesserungen und zur regsten Betätigung der Genossinnen zahlreich bieten und dazu beitragen wird, daß auch die Genossen ihr Augenmerk mehr und mehr auf die proletarische Frauenbewegung richten, sie anerkennen als das, was sie sein soll, nicht eine Sonderbündelei, sondern ein Mittel, die Proletarierinnen zum Klassenbewußtsein zu erziehen, damit neue Kämpfer für die Sozialdemokratie gewonnen werden und damit die Partei einen Rückhalt hat nicht nur an den Männern, sondern auch an der wachsenden Zahl aufgeklärter Frauen. Ebenso wie die Männer in der Sozialdemokratie niemals ohne die Frauen zum Siege gelangen werden, ebenso können die Frauen nur von der Sozialdemokratie aus Not, Druck und Elend befreit werden. Um das zu erreichen, wollen wir Hand ans Werk legen. (Lebhafter Beifall.)

Mit der Diskussion über diese beiden Referate werden die zum Punkt „Allgemeine Agitation" eingelaufenen Anträge verbunden.

Antrag **Bromberg**: 1. Die Agitation unter den Frauen des Ostens ist intensiver wie bisher zu betreiben.

2. Die für die Agitationstouren bestimmten Referentinnen sind nicht nur zur Abhaltung von Versammlungen in die Orte zu schicken, sondern die Zeit ist derartig einzuteilen, daß für jeden zu bearbeitenden Ort Zeit genug verbleibt, um feste Verbindungen zu schaffen und die gewonnenen Genossinnen eingehend über ihre Pflichten zu orientieren.

Antrag **Köln**: Die Konferenz macht es den am Orte zu wählenden Vertrauenspersonen zur Pflicht, überall da, wo dies möglich ist, eine Kommission zu wählen, bestehend aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen die mit Hilfe des Gewerkschaftskartells die Organisierung der Arbeiterinnen zu fördern hat.

Digitized by Google

Die Genossinnen Berlins beantragen: „Es sind Ermittelungen anzustellen darüber, wie viele der erwerbstätigen Frauen, deren Männer organisiert sind, einer gewerkschaftlichen Organisation oder einem Bildungsverein angehören."

In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Frau Kähler-Dresden: Wir können mit den erzielten Resultaten zufrieden sein, und ich beantrage daher, die Zentralvertrauensperson zu entlasten. Dabei wollen wir nicht verkennen, daß eine ganze Reihe von Vertrauenspersonen die proletarische Frauenbewegung nicht, wie sie sollten, mit Lust und Liebe fördern. Aber ich will niemand einen Vorwurf machen. Wenn eine Frau auf vorgeschobenem Posten steht und wieder und wieder die Erfahrung macht, daß sie allein steht, und von den andern verlacht wird, auch von manchen Genossen, die die tiefe Notwendigkeit der Frauenbewegung nicht begreifen, dann erlahmt ihre Kraft und Lust, und so kommen wir dann zu den Vertrauenspersonen, die sich mit der Zentralvertrauensperson überhaupt nicht in Verbindung setzen. In Mainz warnte ich selbst davor, überall die Bildung von Bildungsvereinen zu dekretieren, ohne daß wir wüßten, ob wir auch nur aus den Maschen der einzelstaatlichen Vereinsgesetze entschlüpfen könnten. Jetzt aber erscheint es mir notwendig, in den Ländern, wo der naturgemäße Anschluß an die sozialdemokratischen Organisationen nicht möglich ist, den proletarischen Frauen an Bildungsvereinen einen Rückhalt und ein Mittel zu allgemeiner Bereicherung ihres Wissens zu geben. Daneben muß das System der Vertrauenspersonen schon mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen bestehen bleiben und weiter vervollkommnet werden. Die Hauptsache aber besteht darin, daß wir die Vorurteile brechen. (Sehr richtig!) Ein Teil der Genossen ist leider auch noch nicht aufgeklärt genug, um die Frauenbewegung zu unterstützen, der andre legt den Hauptwert auf die Gewinnung der Wahlstimmen der Männer, die Macht im Parlament geben und ist mit Arbeit überlastet. So ist die Frauenbewegung nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland vernachlässigt. Da darf man nicht gegenüber dem Antrag Bromberg sagen, daß er nicht durchführbar ist. Er ist es, wenn wir genügend Geld haben. (Sehr richtig!) Würde für die Frauenorganisationen dasselbe aufgewendet werden, wie für die Männerorganisationen, dann würden sie ganz anders aussehen. Rednerin bittet den Antrag Bromberg nicht abzulehnen, sondern der Zentralvertrauensperson zur Ausführung bei gelegener Zeit zu überweisen. (Beifall.)

Frau Plum-Essen: Bis zum 6. Januar d. J. konnte von einer Organisation der Frauen in unserm Kreise nicht die Rede sein. An diesem Tage versammelten wir in Essen 600 bis 700 Mädchen und Frauen, eine sehr große Zahl für die erste Versammlung. Wir gewannen sofort 225 Abonnenten für die „Gleichheit" und zählen deren jetzt annähernd 500. (Bravo!) Das zeigt, welche Arbeit die Genossinnen am Orte geleistet haben. Wir haben alle Gelegenheiten zur Agitation benutzt, die März-, die Maifeier, die Unterhaltungsabende. Dabei ist unsre Arbeit sehr schwer, wir haben keine weibliche Fabrikarbeit, nur Hausarbeit, und zwar muß sich unsre Agitation besonders an die Frauen der so schwer zugänglichen Bergleute wenden. Am meisten hat uns in unsrem Kruppgebiete die Kaiserrede vom Tischtuchzerschneiden genützt. Sie hat uns zu dem Resultat der Reichstagswahl und der Gewerbegerichtswahl vom 8. Januar verholfen, wo wir die christlichen Gewerkschaften und Tischtuchzerschneider mit über 600 Stimmen Majorität besiegt haben. (Lebhaftes Bravo!) Dieses Beispiel hat uns den Wert des Zusammenschlusses nahegelegt. Gerade bei den Gewerbegerichtswahlen haben auch wir mit unsrer Agitation eingesetzt. Gewiß wird von den einzelnen Orten viel gegen die Zentralkasse gesündigt. Aber wir in Essen tun, was wir können. Als in der Versammlung vom 6. Januar Frau Zietz und Frau Kähler

ein Scherflein von uns für die Crimmitschauer verlangten, haben wir mit gutem Erfolg gesammelt, ebenso bei andren Gelegenheiten für unsre Agitation. Ich hoffe, daß wir in der nächsten Zeit noch tüchtig vorwärts kommen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Der Nachmittags-Sitzung wohnten mehrere Reichstagsabgeordnete, auch die Parteivorstands-Mitglieder Gerisch und Pfannkuch, als Zuhörer bei.

Bevor in der Tagesordnung fortgefahren wird, gibt die Vorsitzende Frau Zetkin, der Konferenz Nachricht von dem folgenden von Genossin Petermann-Dresden eingegangenen Protest:

„Die Unterzeichnete ist beauftragt, als Vertrauensperson des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises der Konferenz folgenden Protest zu unterbreiten: Die politisch organisierten Frauen des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises protestieren jetzt und in Zukunft ganz energisch gegen die willkürlichen Handlungen der Berliner Genossinnen, zum Beispiel Beschickung des Internationalen Kongresses in Amsterdam, Anstellung der Vertrauensperson usw. Sie erklären sich im Prinzip mit der Anstellung einer besoldeten Sekretärin einverstanden mit der Forderung, daß nur die Frauenkonferenz in diesem Falle kompetent ist, wenn mindestens zwei Drittel der örtlichen Vertrauenspersonen dafür sind.

Die Genossinnen halten es für ihre Pflicht, zu betonen, nicht als Marionetten zu gelten, sondern als vollwichtige, jederzeit als mittatende und mitratende Genossinnen gewertet zu werden.

Mit Parteigruß

Magd. Petermann.

Frau Zetkin: Es ist notwendig, einiges klarzustellen, um zu zeigen, wie unberechtigt und leichtfertig dieser Protest ist. Es handelt sich absolut nicht um einen willkürlichen Akt der Berliner Genossinnen bei der Beschickung des Amsterdamer Kongresses. Die Anregung dazu erfolgte von den Genossinnen von Berlin, Hamburg und Altona-Ottensen. Auf die Anregung hin hat sich unsre Zentralvertrauensperson mit sämtlichen Vertrauenspersonen in Verbindung gesetzt und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Zweimal ist eine entsprechende Aufforderung auch in der „Gleichheit" erschienen, welche den Dresdener Genossinnen vom sozialdemokratischen Verein geliefert wird, und schließlich ist von der Zentralstelle noch einmal ein Zirkular in dieser Angelegenheit erlassen worden. Mehr als 30 Vertrauenspersonen aus den größten Orten und 2 Wahlkreisen haben ihre Zustimmung zur Beschickung des Kongresses gegeben. Da kann man wirklich nicht von einem Willkürakt der Berlinerinnen reden und die, die den Protest angezettelt haben, haben verschlafen oder verschlafen wollen, was in aller Oeffentlichkeit vor sich gegangen ist. Gleich unberechtigt ist der Protest gegen die Besoldung der Sekretärin. Man ist zu der Besoldung erst geschritten, nachdem mit den Vertrauenspersonen der großen Städte und Industriezentren Fühlung genommen war. Nur die erst kürzlich angestellten Vertrauenspersonen sind nicht befragt worden, weil gerade diese am wenigsten kritisch sind, sie stimmen allen Vorschlägen am leichtesten zu. Die Besoldung der Genossin Baader ist auch von dem Parteivorstand gebilligt worden. Wir haben in Berücksichtigung der vereinsrechtlichen Bestimmungen gehandelt. Wir haben ferner Abstand genommen, die Besoldung von der Konferenz beschließen zu lassen, weil wir in der Ausstellung von Mandaten und Zulassung von Gästen sehr weitherzig sind. In der Folge hätten über diese wichtige Frage Personen mit abstimmen können, welche mit den einschlägigen Verhältnissen nicht genügend vertraut sind, während

Digitized by Google

manche längst eingearbeitete Vertrauensperson außer Stande gewesen wäre, ihr Urteil abzugeben. Ich schlage ihnen vor, über den Protest zur Tagesordnung überzugehen und ihn dem Papierkorb zu überantworten. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird in der Diskussion fortgefahren.

Frau Zeise-Köln berichtet über die Agitation im Kölner Bezirk. In dem schwarzen Köln, dem halben Rom, hat die Agitation große Fortschritte gemacht. Eine politische Organisation war nicht möglich aus vereinsgesetzlichen Gründen. Die Kölner Genossinnen haben sich mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung gesetzt und Anschluß gefunden. Sie gründeten einen Arbeiterinnenverein, der sich gut entwickelt. Es sind eine stattliche Anzahl weiblicher Gewerkschaftsmitglieder gewonnen worden. Die ganze Agitation fällt aber auf Köln-Stadt, in den Vororten fehlt es noch an geeigneten Kräften. Wir können Ihnen nur den Antrag der Genossinnen Kölns empfehlen. Weiter empfiehlt sich die Gründung von Frauen-Bildungsvereinen, damit wir mehr rednerische Kräfte bekommen, die unbedingt notwendig sind.

Frau Thiel-Teltow-Beeskow will zum Vereins- und Versammlungsrecht sprechen, wird aber ihre Ausführungen verschieben, bis dieser Punkt der Tagesordnung verhandelt wird.

Frau Wackwitz-Dresden berichtet über ihre Tätigkeit in ihrem Kreis. Sie hat hier 80 Besprechungen mit den Frauen und 16 Versammlungen in einem Jahre abgehalten. Sie tritt dafür ein, sich mehr mit den männlichen Parteigenossen in Verbindung zu setzen. Die Beschwerdekommission hat sich mit der weiblichen Vertrauensperson der Behörden in der Gewerbe-Inspektion in Verbindung gesetzt. Aber diese hat nicht gehalten, was man von ihr hoffte. Sie hat nicht genügende Vorsicht betreffs der Personen der Beschwerdeführenden beobachtet. Wir verhandeln jetzt mit dem Gewerbe-Inspektor selbst und haben mit ihm bessere Erfahrungen gemacht als mit seiner Gehilfin. In einem Falle hat er auf unsre Veranlassung einen Betrieb revidiert und die Arbeiterinnen von einer Arbeit in einem völlig unhygienischen Raum befreit. Wir dürfen nie müde sein und in unsrer Agitation nie erlahmen, wenn wir zum Ziele kommen wollen.

Frau Bosse-Bremen: Ueber Bremen ist nicht viel Erfreuliches zu berichten. Die Bewegung wurde hierher von der nun verstorbenen Guillaume Schack getragen. Diese Frau hat mich für unsre Sache begeistert. Durch sie kam ich zu der Ehre, hier eine Führerrolle zu spielen. Ich tat, was in meinen schwachen Kräften stand, es konnte nicht viel sein. Ich bin eine arme Proletarierin, hatte wenig Bildung und Wissen. Meine Dreistigkeit, mich öffentlich im Reden zu versuchen, war mein einziges Verdienst. Ich konnte nicht viel leisten. Die Bewegung ging etwas vorwärts, aber bald wieder zurück, sie schlief schließlich ganz ein. Erst durch die Mainzer Konferenz wurde sie wieder etwas entfacht. Es gibt bei uns Genossen, die Gegner der Frauenkonferenzen sind, aber ich halte sie doch für sehr nützlich. Sie bringen doch immer wieder frisches Leben in die Bewegung, und auch diese Konferenz wird für Bremen nicht verloren sein. Wir haben uns mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung gesetzt und Fortschritte in der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen erzielt. Ein größerer Erfolg kann aber nur erreicht werden, wenn die Männer ihre Frauen und Töchter zur Organisation anhalten. (Beifall.)

Frau Lungwitz-Dresden berichtet über die Verhältnisse in ihrem Kreise. In Sachsen dürfen sich die Frauen politisch organisieren. Die Frauen zahlen für die politische Organisation ihre Beiträge und erhalten von ihr die „Gleichheit". Deshalb mögen die Gelder an unsre Zentralstelle spärlicher fließen. Das Verhältnis zu den männlichen Genossen ist in letzter Zeit besser geworden, aber es ist immer noch häufig der Fall, daß die Männer keinen Wert darauf legen, daß die Frauen sich organisieren. Unsre Männer müssen bei ihren Frauen

und Töchtern die erste Aufklärungsarbeit verrichten. Dann werden auch deren Kinder aufgeklärt sein. Der und jener Genosse erkennt noch nicht den Wert dessen, was wir mit unsrer aufklärenden Agitation und unsren Konferenzen bieten. Wir müssen sie durch ernste Arbeit belehren, müssen ihnen zeigen, daß wir nicht Vergnügen, Zerstreuung suchen, sondern daß wir mit allem Ernst den guten Fortgang unsrer Bewegung fördern wollen. (Beifall.)

Frau Lutz-Berlin: Unser Verhältnis zu den Berliner Genossen ist das denkbar beste. Und wenn sie mal nicht wollen, dann gibts einen sanften Rippenstoß. (Heiterkeit.) Wo es an genügendem Interesse fehlt, wird unser Berliner Antrag nachhelfen. Zu dem Dresdener Protest möchte ich noch bemerken, daß er wohl von Berlin nach Dresden gegangen ist und Dresden nur den Namen gegeben hat. (Sehr gut.) Er tritt hier unter falscher Adresse auf. — Ueber die mangelnde Hilfe der Männer möchte ich doch nicht allzuviel klagen. Bist du Gottes Sohn so hilf dir selbst. (Lebhafter Beifall.)

Frau Fahrenwald-Hamburg: Unsre Agitation in der Frauenbewegung ist von Anfang an schwer gewesen. Schon in den 90er Jahren habe ich Lese- und Diskutierabende in Berlin abgehalten. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, daß unsre Genossinnen, von der schweren Tagesarbeit ermüdet, bei der Vorlesung eines wissenschaftlichen Buches einschlafen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es kann ihnen gar kein Vorwurf daraus gemacht werden. Wissenschaftliche Bücher sind auch so umfangreich, daß sie nur in vielen Abenden vorgelesen werden können. Zwei-, dreimal kommen die Genossinnen, dann bleiben sie weg. Viel praktischer ist, aus guten Broschüren kleine Vorträge herauszuziehen und diese vorzutragen. Da sind Schriften von Frau Ihrer, und es ist anzuerkennen, daß sie darin Großartiges geleistet hat. Da ist Frau Lilly Braun: in ihren Schriften ist sie großartig, wenn sie auch sonst nicht so ist, wie wir sie gerne haben möchten. (Heiterkeit.) Statt der Leseabende schlage ich also Vortragsabende mit Diskussion vor. Zum Reden müssen die Genossinnen aber erst angeregt werden. Unterhaltungsabende haben wir schon in den 90er Jahren gehabt. Ich glaube aber nicht, daß ich mit solchen Unterhaltungsabenden meinen Genossen vom dritten Hamburger Wahlkreise kommen dürfte. (Heiterkeit.) Sie haben uns so schon nicht besonders gern. (Erneute Heiterkeit.) Es ist ja richtig, daß manche Arbeiterin nur durch ein bißchen Klaviergeklimper und Füßetreten (Heiterkeit) herangezogen werden kann, aber unsere Aufgabe ist es, sie durch den Sozialismus zu Sozialistinnen zu erziehen. (Sehr richtig!) Im kommenden Winter wollen unsre Bürgerschaftsvertreter in Hamburg uns in kleinen Zirkeln über die Armenpflege und die Beschwerdekommissionen unterrichten. Zu dem Kölner Antrag möchte ich bemerken: Unter keinen Umständen darf die Hilfe der sich jetzt in Berlin selbst etablierenden weiblichen Gewerkschaftskommission in Anspruch genommen werden. (Sehr richtig!) Wir Frauen lassen uns das Recht zu wählen nicht nehmen; wir stehen auf dem Standpunkt des Schneiderverbandes in bezug auf die weibliche Gewerkschaftskommission, die sich selbst etabliert hat.

Frau Zetkin (unterbrechend): Stellung zu dieser Gewerkschaftskommission zu nehmen, ist Sache der Gewerkschaften und nicht Sache der Frauenkonferenz. (Sehr richtig!) Ich bitte, diese Frage hier nicht zu berühren.

Frau Fahrenwald: Dann ist es gut, daß es schon gesagt ist. (Heiterkeit.) Rednerin schließt mit der Aufforderung zu reger Agitation. Als wir zum ersten Male angeklagt waren, sagte der Untersuchungsrichter, als wir sein Zimmer betraten, spöttisch zu uns: „Da kommt die Heilsarmee". Das Wort ist bei mir haften geblieben. Ja, wir wollen die Armee sein, die den Arbeiterinnen und allen Ausgebeuteten das Heil bringt. (Bravo.)

Dr. Michels-Marburg spricht seine Freude über die große Summe von Tätigkeit, Aufopferung und Intelligenz aus, die sich in der Frauenbewegung zeigt, vermißt aber, daß in dem sonst ausgezeichneten Referat von Frl. Baa'

nicht ein Grund angegeben ist, weshalb man sich an dem Berliner Kongreß der bürgerlichen Frauen nicht beteiligt hat. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß die proletarischen Frauen nicht mit den bürgerlichen Frauen gemeinsam kämpfen sollen, weil ihre Ziele sich nicht in allem decken. Aber dieser Standpunkt bedeutet doch nicht, daß man nicht bei einem speziellen Anlaß mit den bürgerlichen Frauen zusammen tagen darf. Seit wann scheut die Sozialdemokratie den Umgang mit Bürgerlichen, als seien sie pestkrank? Im Parlament findet diese Berührung doch Tag für Tag statt. Auch der Heimarbeiterschutzkongreß ist ja mit bürgerlichen Reformern gemacht worden. Die proletarischen Frauen hätten sich nichts vergeben, wenn sie der unter angemessenen Formen erfolgten Einladung zum Frauenkongreß gefolgt wären. Auch der Gang der bürgerlichen Frauen zur Kaiserin und zu Herrn von Bülow, so würdelos das auch gewesen sein mag, hätte uns nicht vorher verscheuchen brauchen. Auch das Parlament schickt ja Delegationen zum Kaiser, ohne daß unsre Abgeordneten deshalb daran dächten, ihr Zusammentagen mit den Bourgeois-Parlamentariern abzubrechen. Der Verlauf des Kongresses wäre vielleicht ganz anders geworden, wenn die sozialdemokratischen Frauen mitgemacht hätten. Gewiß ist sehr viel auf dem Kongreß gesündigt worden und die Beteiligung an ihm ist nicht immer mit den richtigen Gründen gerügt worden, so von dem Genossen James Broh im Bernsteinschen „Montagsblatt", der da behauptet hat, die bürgerlichen Frauen hätten demokratisch verfahren, als sie die Kaiserin besuchten, und dann die Anekdote von der amerikanischen Genossin erzählt, die der Kaiserin die Hand gereicht habe mit den Worten: „Sagen Sie Ihrem Mann von mir, er sei ein ganz gescheidter Kerl." Das war zwar äußerlich demokratisch, dem Inhalt nach aber so byzantinisch wie nur möglich. Ich hebe das hervor, um nicht zu den Revisionisten gezählt zu werden. Ich halte es nicht für eine Schande, Revisionist zu sein, aber ich bin es nicht. Die bürgerlichen Frauen kommen zwar nicht aus ihrer Haut heraus, aber wenn wir dabei gewesen wären, hätte man sich geniert. Was nimmt die Reaktion sich nicht alles heraus, wenn sie allein unter sich ist! Man denke ans Abgeordnetenhaus, ans Herrenhaus und vergleiche damit den Reichstag, wo sich die Reaktion doch mehr in Acht nimmt. So wäre es auch hier gewesen. Das Gewissen der bürgerlichen Frauen wäre durch unsre Anwesenheit geschärft worden. Gerade aus agitatorischen Gründen hätte man hingehen sollen. Was für Vorurteile bestehen nicht gerade bei den bürgerlichen Frauen gegen die Sozialistinnen! Sozialdemokratische Frau bedeutet ihnen soviel wie Petroleumengel. (Heiterkeit.) Wenn wir unsre Prinzipien nicht überall hin tragen, werden diese Vorurteile nicht aufhören. Einigen Damen meiner Bekanntschaft gab ich eine kleine Broschüre der Frau Zetkin: „Frauenfrage, geistiges Proletariat und Sozialismus." Als sie sie gelesen hatten, meinten sie: Ja, wenn alle so wären! Ich erwiderte: Ja, sie sind alle so, Frau Zetkin ist sogar ganz besonders radikal. Daß unsre Anschauungen aber auf dem Kongreß Boden fanden, und zwar trotzdem Proletarierinnen an ihm nicht teilnahmen, beweist der Beifall, der der dort anwesenden Genossin Lily Braun zuteil wurde. Nicht eine Verwässerung des Prinzips bedeutet ein solches gelegentliches Zusammenleben mit den bürgerlichen Frauen. Unser Programm soll klar, deutlich und scharf ausgesprochen, nicht gebeugt und nicht angepaßt werden. Aber es soll ausgesprochen werden. Vergessen wir auch nicht, daß es den bürgerlichen Frauen gelungen, Proletarierinnen, die Handlungsgehilfinnen zu organisieren, und wie ihnen Proletarierinnen der Kopfarbeit, die Lehrerinnen, noch immer folgen. Vor diesen hätten wir unsern Standpunkt vertreten müssen und nicht sagen sollen, wir tun nicht mit.

Es wird von den Genossinnen viel darüber geklagt, daß die Männer der Frauenbewegung Steine in den Weg wälzen. Woran liegt das zum Teil? Die Frau ist befangen in religiösen Vorurteilen und nicht leicht dahin zu bringen,

Digitized by Google

mit dem Manne zu gehen. Das Hauptgewicht muß auf den Ersatz des kirchlichen durch das sozialistische Element gelegt werden. Der Satz: Erklärung Religion zur Privatsache! ist nicht mehr im Programm angebracht, weil er falsch verstanden wird, als besage er: Religion ist Wurst; wer fromm ist, mag fromm bleiben. Die Männer denken frei, aber die Anschauungen der Frau gehen wieder auf die Kinder über. Ich möchte einmal eine Statistik unter den Parteigenossen mit folgenden Fragen aufnehmen: Ist Ihre Frau kirchlich? Haben Sie Ihre Kinder taufen lassen? Ist Ihre Tochter konfirmiert? Ich glaube, viele sehr angesehene Parteigenossen würden diese Frage sehr schlecht bestehen. (Heiterkeit.) Auch sollte der Parteivorstand einmal ermitteln, wieviel Parteigenossen eine Frau besitzen, die der Partei angehört. Die Fälle, wo Mann und Frau gleichzeitig unsrer Partei angehören, gehen nicht über die Hunderte hinaus. (Widerspruch.) Was die Frauenbewegung in Hessen anlangt, so haben wir die Qualität der Frauen auf unsrer Seite, aber noch nicht die Quantität. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Frau Zietz-Hamburg: Ich muß zunächst einiges auf die Vorwürfe des Vorredners erwidern. Er hat die Veranstaltung der bürgerlichen Frauen in Parallele mit dem Reichstag gestellt. Aber die Zusammensetzung des Parlaments haben wir nicht geschaffen. Sind aber gezwungen hineinzugehen, wenn wir die proletarischen Interessen in der Legislative vertreten wollen. Ganz anders der Frauenkongreß der bürgerlichen Frauen, da sollen wir freiwillig auf den Kongreß gehen zu Leuten, die die heutige Gesellschaftsordnung stützen, die wir stürzen wollen. Wir haben keinen Einfluß auf diejenigen Vertreter, die wir nicht in das Parlament geschickt haben. Gerade die bürgerlichen Frauen, mit denen wir zeitweilig zusammengehen sollen, haben sich so rückständig wie möglich erwiesen. Ihre berufenste Vertreterin, Frau Dr. Schirmacher, erklärte, daß sie das Wahlrecht nicht verlange für die Frauen, sondern nur für die Damen (sehr wahr!), daß sie es gebunden wissen wollte an einen Zensus, an die Ansässigkeitsdauer u. s. f., ganz wie die männlichen Reaktionäre das Wahlrecht für die Arbeiter verklausulieren wollen. Wenn man uns auffordert, zumutet, auf dem Kongreß der Frauen zu erscheinen, die unsre politischen Todfeinde unterstützen, nicht um unsre grundsätzlichen Forderungen zu diskutieren, sondern um uns Reförmchen in homöopathischen Dosen zugestehen zu lassen, so betrachten wir das als eine Herabwürdigung. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man durchaus eine Parallele ziehen will, so frage ich: Gehen unsre Genossen zu den Parteitagen des Freisinns oder der Nationalliberalen? (Sehr gut!) Wenn es etwas gibt, was unsre Ablehnung nachträglich motiviert und gerechtfertigt hat, dann ist es der Canossagang gewesen, den die bürgerlichen Frauen zum Reichskanzler unternommen haben in dem Moment, wo die Regierung das Frauenwahlrecht zu gewähren ablehnte. Wenn wir auch den Gang nicht mitgemacht hätten, wir hätten doch die Verantwortung übernommen für das, was wir nicht nur als Dummheit empfinden, sondern auch als Entwürdigung bezeichnen müssen. (Lebhafter Beifall.) Die bürgerlichen Frauen organisieren Proletarierinnen, meinte Genosse Michels. Aber sie organisieren, wo eine Organisation besteht, wo wir vor ihnen organisiert haben, die Handlungsgehilfinnen; sie tragen Zersplitterung in das Proletariat hinein. Man sagt, hinter den bürgerlichen Frauen stehe noch d geistige Proletariat, die Lehrerinnen, die uns noch nicht kennen. Aber n führen unsre Verhandlungen niemals unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, u wer die kleinste Neigung hat, kennen zu lernen, was wir erstreben, und wofü wir eintreten, komme uns anzuhören. Das Feld unsrer Arbeit beim Proletari des Kopfes und der Hand ist so ungeheuer, daß wir es gar nicht verantwort könnten, unsre Zeit unter bürgerlichen Frauen zu vertrödeln, die in bezug d die Forderungen, bei denen wir mit ihnen gemeinsam vorgehen könnten, län nicht mehr fortschreiten, sondern längst geradezu zurückgehen. Warum soll

Digitized by Google

wir da die Groschen, die wir so notwendig brauchen, für das hohe Entree zum Frauenkongreß ausgeben, um die Erlaubnis zur Teilnahme zu haben und eventuell fünf Minuten Redezeit bewilligt zu bekommen. (Beifall.)

Ich gehe nun dazu über, Ihnen folgenden Antrag der Hamburger Genossinnen zur Annahme zu empfehlen:

In Erwägung:

Daß die Vereinsgesetze im größten Teil des Deutschen Reiches den Frauen das politische Vereinsrecht vorenthalten, daß aber dem Wesen der sozialdemokratischen Partei entsprechend den Genossinnen das Recht gewahrt bleiben muß, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu sein und als gleichberechtigt an ihren Arbeiten und Entscheidungen teilzunehmen; daß mithin die Anträge auf Reorganisation der Partei besonderer Prüfung bedürfen, beantragt die Frauenkonferenz:

Der Parteitag wolle die Anträge auf Abänderung des Organisationsstatuts einer Kommission überweisen, welcher auch Vertreterinnen der Genossinnen angehören.

Uns hat bei diesem Antrag nicht etwa der Gedanke geleitet, mit Rücksicht auf die Frauen die strammere und bessere Organisation der Partei hintertreiben zu wollen oder zu verlangen, daß man langsamer vorgehen soll, wo die Interessen der Partei größere Schnelligkeit erfordern und eine reaktionäre Gesetzgebung unsre Teilnahme hindert. Wohl aber sind wir der Meinung, daß sich Mittel und Wege werden finden lassen, die beiderseitigen Interessen auszugleichen. In welcher Weise die beiden Gesichtspunkte vereinigt werden sollen, darüber soll eben die Kommission befinden. Deshalb bitte ich Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Ich komme zur Frage der gegenseitigen Unterstützung der männlichen und weiblichen Genossen. Auf beiden Seiten ist vielfach gesündigt worden. Von den Genossinnen ist aus Mangel an Erfahrungen wohl oft nicht der rechte Weg gewählt worden, von den Genossen ist aus Ueberbürdung, aus Mangel an Zeit manches vernachlässigt worden. Der beste Weg, Frauenagitation zu entfalten, ist der, sich von den organisierten Genossen die Frau nennen zu lassen, die sich schon lange genug in der Organisation eingearbeitet hat und sich ihr am besten anpaßt, um als Vertrauensperson funktionieren zu können. So haben wir es in Essen mit dem besten Erfolge gemacht, und die Genossen unterstützen die Frauenbewegung in jeder Weise.

Man sagt, daß die Frauenagitation da unmöglich ist, wo keine industrielle Frauenarbeit besteht. Gewiß ist nur dort das Klassenbewußtsein so stark und intensiv; aber auch die andren Frauen können wir gewinnen, wenn wir sie als Mutter, Hausfrau und Bürgerin packen. Beim Kinderschutz-Gesetz können wir die Mutter gewinnen, mit der Agitation gegen den Zollwucher die Hausfrau, und wenn dann die Frauen in unsre Vereine kommen, werden sie empört sein über die reaktionäre Handhabung des Vereinsgesetzes und diese Empörung umsetzen in lebhafte Parteitätigkeit. Die Frage des Frauenwahlrechtes ferner interessiert alle Frauen. Was die Frauen interessiert, auf welcher Seite sie zu packen nd, das wissen unsre Essener vorzüglich. Da wollten in Essen die Milchhändler e Preise heraufsetzen. Sofort veranstalteten die Genossinnen Essens, an denen ir überhaupt unsre helle Freude haben, eine öffentliche Versammlung und setzten it der Gegenagitation ein.

Außergewöhnlichen Schwierigkeiten begegnet die Frauenbewegung in der at bei den Handlungsgehilfinnen nnd Näherinnen. Auf die Gründe kann ich hier cht eingehen. Aber wenns so schwer ist, diese Arbeiterinnen durch Verammlungen und Werkstattbesprechungen zu gewinnen, so müssen alle Genossen d Genossinnen die Pflicht üben, überall in der Familie bei ihren Bekannten, sie solchen Arbeiterinnen begegnen, diese veranlassen, sich zu organisieren und

nicht ihren Klassengenossen das Stück Brot aus der Hand schlagen. (Die Vorsitzende Frau Zetkin macht die Rednerin wiederholt auf den Ablauf der Redezeit aufmerksam.) Genosse Dr. Michels wollte noch von Hessen sprechen. Hessen, Baden und Württemberg sind in der Frauenbewegung noch weit zurück, nur in Bayern hat in der letzten Zeit durch die Agitation der Genossin Greifenberg einige Fortschritte gemacht. Hoffentlich wird die Frauenbewegung bald nicht nur im Norden und Westen, sondern auch im Süden Erfolge zu verzeichnen haben. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Ruben** (zur Richtigstellung): Im Interesse der Wahrheit muß ich feststellen, daß Frau Stritt als Vertreterin der bürgerlichen gemäßigten Frauen und Frau Cauer im Namen der bürgerlichen Radikalen im Juniheft der „Sozialistischen Monatshefte" sich für das allgemeine Wahlrecht in unserm Sinne ausgesprochen haben. Hinzufügen will ich, daß auch ich, die ich auf der äußersten Linken stehe und mich fast zu Ihnen rechne, sehr bedauert habe, daß die Sozialdemokratie auf dem Kongreß nicht vertreten war. Die wenigen Worte Lily Brauns schlugen schon wie zündende Wetter ein. So, wenn eine bürgerliche Rednerin sagte, die weibliche Landarbeit wäre leider völlig verschwunden und Lily Braun erwiderte, es seien zwei Millionen Proletarierinnen in der Landwirtschaft beschäftigt. Seien Sie versichert, Sie haben mehr Freunde unter den bürgerlichen Frauen, als Sie wissen, aber diese wissen, daß sie auch unter den Sozialdemokraten Freunde haben (Frau Zetkin ruft: Die sind auch danach! — Große Heiterkeit.), auch wenn zwischen den Spitzen persönliche Reibungen bestehen.

Frau **Zietz** (zur Richtigstellung): Die Meinung, Ansicht und den Glauben der Frau Stritt in allen Ehren, aber der Kongreß hat nichts beschlossen, was dem Vortrag der Frau Dr. Schirmacher widersprach. Im Jahre 1901 haben überdies die bürgerlichen Frauen in einer Eingabe an den preußischen Landtag ein Kommunalwahlrecht verlangt, das an gewisse Steuerleistungen gebunden sein sollte. (Lebhaftes Sehr richtig!) Uebrigens scheint mir, wir hätten wichtigeres zu tun, als auf bürgerliche Kongresse zu gehen, um die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen davor zu bewahren, daß sie Dummheiten machen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Pötzsch**-Leipzig berichtet von der Leipziger Bewegung. Mit großem Erfolge betreiben wir die Werkstuben-Agitation. Das erkennen auch unsre Leipziger Genossen an. Wir haben schon Hunderte von Arbeiterinnen den Gewerkschaften zugeführt. Schwerer als das Gewinnen von Mitgliedern ist das Erhalten. Sehen die Arbeiterinnen nicht sofort greifbare Vorteile, so kehren sie der Gewerkschaft wieder den Rücken. Wir brauchen daher sehr geübte Genossinnen für die Werkstuben-Agitation und es würde sich empfehlen, ihnen eine kleine Vergütung für ihre Auslagen und ihren Zeitverlust zu gewähren. Ausgebildet werden diese Agitatorinnen an den Diskussionsabenden, die als Lehrerin seit langem in dankenswertester Weise Genossin Dunker leitet. — Die Beschwerdekommission haben wir seit der Begründung des Arbeitersekretariats eingehen lassen. Wir haben auch im städtischen Arbeitsnachweis Gelegenheit, die Arbeiterinnen auf ihre Organisationspflicht hinzuweisen. Unser Schmerzenskind ist der Frauenverein in Leipzig. Wir haben nur 266 Mitglieder, weil die Partegenossen uns nicht genügend unterstützen. Auch in der Familie müßte viel mehr für die Ausbreitung unserer Ideen geschehen. Ueber Partei-Angelegenheiten wird in der Familie überhaupt nicht gesprochen. Die Frauen gelten für zu dumm, infolgedessen gehen die Kinder in bürgerliche Turn- und Vergnügungsvereine. Neulich wollten wir Propagandaversammlungen zur Ausbreitung unseres Frauenvereins abhalten; die meisten Parteivereine versagten ihre Mitwirkung; eine gutbesuchte Versammlung bekamen wir zusammen. Aber da trat ein hochgestellter Parteigenosse auf und kritisierte uns so, daß wir zum Schluß nur ein Mitglied gewannen. (Heiterkeit und Beifall.)

Digitized by Google

Josephsohn-Hamburg bespricht die Schwierigkeit der Organisation der Handlungsgehilfinnen. Seine Gewerkschaft sei ein Kuriosum, insofern sie mehr weibliche Mitglieder zähle als männliche. Die Handlungsgehilfen würden bekanntlich durch die alten finanziell starken kaufmännischen Vereine ferngehalten. Redner geht dann auf verschiedene Maßnahmen ein, durch die die sozialdemokratische Frauenbewegung mehr für die Organisation der Handlungsgehilfinnen interessiert werden soll. Er begründet ein von ihm eingebrachtes Amendement zu dem Antrage Köln, das fordert, aus demselben den Passus zu streichen, der besagt, daß die Kommissionen aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen bestehen müssen. Vor allem dürfe es nicht vorkommen, daß Parteigenossen oder gar ein Parteiorgan, wie vor einigen Jahren die „Mainzer Volkszeitung", geradezu zum Eintritt in die bürgerlichen kaufmännischen Hilfsvereine auffordern. Dann fährt der Redner fort: Von dem Berliner Kongreß der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen hielt uns schon das Gefühl fern. Wie tief das Interesse der bürgerlichen Frauen an der Sozialpolitik und dem Wohle der Proletarierinnen ist, konnte man aus der Klage des Fräulein de Rooy aus Königsberg erkennen, die in den Tagen des Kampfes um das Frauenstimmrecht bei den Kaufmannsgerichten über die Lage der Handlungsgehilfinnen vor leeren Bänken sprach. (Hört! hört!) Die bürgerlichen Damen waren draußen bei der Schlagfahne beschäftigt. (Große Heiterkeit.) Die bürgerlichen Frauen haben auch in Hamburg gegen die Wahl von August Bebel agitiert, gegen den Mann, der einen Teil seiner Lebensaufgabe darin gesehen hat, für die Befreiung der Frau zu kämpfen und dessen Buch noch gelesen werden wird, wenn die Namen der in Berlin versammelten Damen in alle Winde verweht sein werden. (Stürmischer Beifall.)

Frau Wartenberg-Ottensen stimmt in bezug auf den Wert der Leseabende der Genossin Fahrenwald zu. In ihrem Kreise werden hauptsächlich öffentliche Frauenversammlungen abgehalten. Die Einnahme für 1903 betrug 303,30 Mk., davon gingen 100 Mk. an den Parteivorstand. Man hätte sicherlich auch Geld an die Zentralvertrauensperson gesandt, wie man auch 1902 und 1904 40 und 50 Mk. an den Parteivorstand geschickt habe, wenn man jemals eine Aufforderung erhalten hätte.

Frau Ruben (zur Richtigstellung): Ich möchte aus eigner Erfahrung feststellen, daß der Saal beim Vortrag des Fräulein de Rooy brechend voll war und daß in Hamburg nur ein Teil der bürgerlichen Frauen gegen Bebel agitiert hat.

Vorsitzende Frau Zetkin: Die bürgerlichen Frauen Hamburgs haben offiziell beschlossen, für die freisinnig-bürgerlichen Kandidaten einzutreten, das heißt gegen die sozialdemokratischen Kandidaten, unter denen sich Bebel befand. Wenn ein kleiner Teil der bürgerlichen Frauen sich bewußt war, welchen Schandfleck das bedeutete, so macht das den einzelnen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die ihr politisches Gewissen nicht befleckt haben, alle Ehre, aber damit ist die Handlung der andern nicht gerechtfertigt. — Die Mitteilung von der Leere des Saales bei dem einen Vortrag des Fräulein de Rooy ging durch alle Blätter, auch die bürgerlichen und der Vorwurf wäre ernst genug gewesen, damit die bürgerlichen Frauen, die sich bei jedem Anlaß und ohne jeden Anlaß an die Presse wenden, ihm entgegengetreten wären. (Beifall.)

Frau Popp-Wien: Auch nach unsrer Erfahrung hat es nicht den geringsten Wert für uns, in bürgerliche Versammlungen zu gehen. Diejenigen Frauen, die wirklich nicht nur ihre Klasse, sondern ihr ganzes Geschlecht unter einem Drucke stehen sehen, die für seine Gleichberechtigung und Würdigung kämpfen wollen, kommen von selbst zu uns, versuchen sozialdemokratische Theorie und Praxis bei uns zu lernen. Sie sind dabei nicht erfüllt vom Dünkel, etwas Großes zu tun, sondern rechnen es sich zur Ehre, zu den Proletarierinnen,

Digitized by Google

die nach den harten Tagesarbeiten nur noch mühselig lernen, zu kommen, und für sie zu arbeiten. Vor Jahren hat Dr. Käthe Schirmacher in einer Wiener Versammlung, in der sie über Arbeiterinnenschutz sprach, sich darüber beschwert, daß dem Frauenblatt „La Fronde“ die Nachtarbeit der Setzerinnen verboten worden sei, obwohl dies ein durchaus gesunder Beruf sei. (Lachen.) Die Krankenkassenberichte hätten sie eines besseren belehren können. Wozu sollen wir da zu den bürgerlichen Frauen gehen? Die proletarische Frauenbewegung ist etwas ganz für sich, das nur mit der Sozialdemokratie zusammenhängt. (Lebhafte Zustimmung.) Die wirklich freigesinnten bürgerlichen Frauen gehen bei den Wahlen zum Land- und Reichstage in unsre Wahlkreise und freuen sich, daß wir ihre Arbeitskraft verwenden, wie die der Proletarierinnen. Es ist auch uns unverständlich, wie Frauen gegen die Kandidatur Bebels haben auftreten können; auch uns hat ein solches Verhalten mit Entrüstung erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Frau Zetkin: Ich muß dem Genossen Michels noch einiges erwidern. Er meinte, der Internationale Frauenkongreß würde dank unsrer Teilnahme einen andren Verlauf genommen haben. Daß diese Meinung irrig ist, beweist schon die Tatsache, daß die radikalen Gruppen der bürgerlichen Frauen die Mehrheit des Kongresses nicht weiter nach links drängen konnten. Die Mitwirkung der radikalen Gruppen war resultatlos, es wäre auch resultatlos geblieben, wenn von uns jemand fünf Minuten mit hoher Erlaubnis hätte sprechen dürfen. Genosse Michels sprach von einer andern Stimmung, die bei unsrer Beteiligung den Kongreß beherrscht haben würde. Wir sind realpolitisch genug, auf Stimmungen zu pfeifen. Sie verwehen wie Flugsand vor dem Winde, sie sind nicht der Granit, auf den wir bauen können. (Zustimmung.) Die Geschichte lehrt uns, daß die bürgerlichen Frauen Fleisch vom Fleisch und Bein vom Bein der Bourgeoisie sind. Sie können nicht aus ihrer Haut heraus, sie können nicht aus ihrer Klasse heraus. (Sehr richtig!) Das hat auf dem Heimarbeitertag eine bürgerliche Frau Alice Salomon selbst zugegeben. Sie sagte, sie müsse sich quasi entschuldigen, daß die bürgerlichen Frauen nicht mehr zur Bekämpfung des Heimarbeiterelends leisteten, aber sie hätten bei ihren Bestrebungen mit zu großen Schwierigkeiten seitens der Männer zu kämpfen. Das ist charaktervoll gesprochen und mir lieber, als süße Versprechungen, hinter denen keine Taten stehen. Genosse Michels meinte, wir hätten durch unsre Reden den bürgerlichen Frauen das Gewissen geschärft. Was nicht die Tatsachen vermögen, was nicht die Wissenschaft vermag, das wird auch das zündende Wort einer Sozialdemokratin nicht erreichen. Der eiserne Panzer des Klassenvorurteils kann durch Reden nicht gebrochen werden. Genosse Michels hat sich für seine Ansicht auf das Zusammenarbeiten zwischen bürgerlichen und sozialistischen Elementen in den Parlamenten berufen. In den Parlamenten liegt doch die Sache anders. Genau wie wir in den verabscheuungswürdigen kapitalistischen Klassenstaat hineingeboren werden, ohne daß wir gefragt werden, ob wir auch darin leben wollen, so müssen wir auch mit den staatlichen Einrichtungen uns abzufinden suchen. Wenn ich aber meine Mitarbeiterschaft frei wählen kann, da gehe ich nicht zu Leuten, von denen mich eine abgrundtiefe Kluft trennt. (Beifall.) Gewiß erheben auch wir Reformforderungen, aber welcher Unterschied besteht in de Bewertung zwischen uns und den Frauenrechtlerinnen. Sie wollen durch Reformen die bürgerliche Gesellschaft stützen, wir wollen das Proletaria durch sie kampffähig machen, damit wir die heutige Gesellschaft stürzen können. Beim Heimarbeitertag sind nicht wir zu den bürgerlichen Reformern, sondern diese zu uns gekommen. Die bürgerlichen Reformer mußten sich unter die Speere des klassenbewußten Proletariats flüchten, um nur etwas zu erreichen. Die bürgerlichen Reformer haben sich vor unsern Karren gespannt, dem wir die Richtung gaben. Aus den gleichen Erwägungen heraus konnten wir uns an

Digitized by Google

Arbeiterschutz-Kongreß in Zürich beteiligen und mußten die Beteiligung an dem Konventikel der Exzellenzen in und außer Dienst in Brüssel ablehnen. (Lebhafte Zustimmung.) Auf dem Frauentag ertönte Beifall nicht bei den grundsätzlichen sozialistischen Forderungen, sondern bei den Reformforderungen. Ganz anders wäre es geworden, wenn nicht das Gemeinsame zwischen Frauenrechtelei und Sozialdemokratie, sondern das Trennende der Mittelpunkt der Debatten gewesen wäre, wenn der Bankrott der bürgerlichen Frauenbewegung nachgewiesen worden wäre, die soziale Emanzipation der Proletarierinnen, die menschliche Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechts herbeizuführen. Die socialistischen Prinzipien liegen jenseits jeder Reformweisheit. Wo diese aufhört, da fängt die weltbezwingende Idee des Sozialismus an. Auf diesem Kongreß hätte unser Banner nicht entfaltet werden können. Der Gang zur Kaiserin war keine Aeußerlichkeit, sondern ein Zeichen dafür, daß die bürgerliche Frauenbewegung das Bauchrutschen vor den Kronenträgern mitmacht, das ein charakteristisches Zeichen des Verfalls ihrer Klasse, ein Ausfluß ihres Hasses gegen die kämpfende Arbeiterklasse ist. Es ist doch charakteristisch, daß die bürgerlichen Frauen zur Kaiserin gegangen sind, obwohl diese der Frauenbewegung ablehnend gegenübersteht und in der Geschichte der Frauenbewegung keinen Platz hat. Und was hatten die Damen bei den Frauen der Exzellenzen Bülow und Posadowsky zu suchen? Unter den obwaltenden Umständen erscheint diese Wallfahrt geradezu als der Ausdruck der Selbstverachtung. An einer Bewegung, die solche Früchte zeitigt, nehmen wir nicht teil, mit solchen Elementen kongressieln wir nicht zusammen. (Lang anhaltender Beifall.)

In ihrem Schlußwort dankt

Frl. Baader-Berlin für die Anregungen der Diskussion und erklärt, daß sie mit der Tendenz der gestellten Anträge durchaus einverstanden sei. Was die Genossin Wartenberg gesagt hat, werde ich mir merken und recht häufig an sie schreiben. Ich hoffe dann, daß die künftige Zentralvertrauensperson eine hübsche Kassenrechnung in zwei Jahren wird vorlegen können. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Zunächst wird der Zentralvertrauensperson Frl. Baader einstimmig Decharge für ihre zweijährige Thätigkeit erteilt.

Der Antrag Bromberg wird der Vertrauensperson für Deutschland zur Berücksichtigung überwiesen, der Antrag Berlin wird unverändert angenommen, der Antrag Köln mit dem Amendement Josephsohn, so daß die Worte in Wegfall kommen „bestehend aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen".

Gleichfalls angenommen wird der Antrag der Frau Zietz in Sachen der Partei-Organisation.

Ein Antrag der Frau Plum-Essen, der die Ausarbeitung eines Flugblatts für das Ruhrrevier zur Verbreitung unter den Bergarbeiter-Frauen fordert, wird auf Vorschlag der Frau Zetkin der Zentral-Vertrauensperson überwiesen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Genossen Dr. Michels, der Mißverständnisse seiner Ausführungen richtig stellt, begrüßt

Reichstagsabgeordneter Geck die Konferenz und berichtet von einem Fortschritt, der in Baden erreicht worden. In Mannheim und Offenburg ist durch beständiges Drängen der Sozialisten ein Ortsstatut erzielt worden, wonach in den städtischen Kommissionen für die Armenpflege und die Volksschule weibliche Mitglieder gewählt werden dürfen. Das weise Ministerium hat nun bestimmt: In diesen Kommissionen darf die Zahl der Frauen die der Männer nicht übersteigen. (Heiterkeit.) Nun ist das männliche Geschlecht beruhigt. Das Wahlrecht haben die Frauen allerdings nicht. Anstandshalber aber sind beim ersten Versuch auch Sozialistinnen in diese Kommission berufen worden. Diese wirken nun

Digitized by Google

wie die Hechte im Karpfenteiche. Sie erteilen der Bourgeoisie gewissermaßen Anschauungsunterricht in der Armenpflege. Die Armen und Aermsten des Volkes empfinden es als Glück, wenn sie von Frauen besucht werden, die mit ihnen denken und empfinden und ihre soziale Lage mit vollem Verständnis ansehen. Die Einrichtung hat sich außerordentlich bewährt und kann gar nicht mehr abgeschafft werden. Diese Aermsten der Armen, denen durch diese Einrichtung geholfen wird, haben mich beauftragt, Sie als Vorkämpferinnen zu begrüßen. Wer da sieht, was die Frau bei dieser beschränkten Tätigkeit leistet, der muß wünschen, daß die Tätigkeit erweitert wird auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens und des Staates. (Lebhafter Beifall.)

Nächster Punkt der Tagesordnung ist: **Der Kinderschutz.**

Die Referentin, Genossin **Zietz-Hamburg** legt folgende Resolution vor:

Kinderschutz-Resolution.

Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Sie fordert deshalb im Interesse der Zukunft des Proletariats und der gesamten Nation:

Verbot jeglicher Erwerbsthätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, im Boten- und Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts für beide Geschlechter.

Des ferneren fordert sie nachdrücklichst die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderschutzes, und um dieselbe zu ermöglichen, die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Konferenz macht es den Genossinnen zur Pflicht, mit ganzer Kraft und Energie für die Durchführung dieser Forderungen zu wirken.

1. Durch fleißiges und gründliches Studium des einschlägigen Materials.

2. Durch Sammlung und Veröffentlichung von neuem Material, das aufs neue die Berechtigung und Notwendigkeit obiger Forderungen begründet.

3. Durch aufklärende mündliche und schriftliche Agitation, um in den Massen den nötigen Resonanzboden für unsre Forderungen zu gewinnen und zu erhalten.

Die Konferenz verpflichtet des ferneren die Genossinnen, nach besten Kräften für die strikte Durchführung des im Gesetze ausgesprochenen Schutzes mit Sorge zu tragen und zu diesem Zwecke sich selbst in möglichst ausgiebiger Weise an der Kontrolle zu beteiligen.

Zur Begründung führt die Rednerin folgendes aus:

Seit der kapitalistischen Anwendung der Maschine lautet der Ruf der Unternehmer nicht nur: „Frauenarbeit vor!“ sondern auch: „Kinderarbeit vor!“ Je mehr der Unternehmer für seinen Betrieb des konstanten Kapitals benötigte (für Maschinen, Fabrikgebäude usw.), desto mehr sollte am variablen Kapital (für die lebendige menschliche Arbeitskraft) gespart werden. Um so größer ward sein Hunger nach billiger weiblicher und kindlicher Arbeitskraft. Wer erfahren will, welch entsetzlicher Raubbau an der kindlichen Arbeitskraft in den Fabriken betrieben ward, bevor die Gesetzgebung eingriff, der lese es nach bei Karl Marx im ersten Bande des „Kapital“, bei Friedrich Engels in seinem Buche „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“, oder für Deutschland in Mehrings „Geschichte des Sozialismus“, oder bei Anton Günther in der „Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung ꝛc. ꝛc.“ Als dann endlich die Gesetzgebung ei-

Digitized by Google

griff, geschah es zunächst keineswegs im Interesse der ausgebeuteten Kinder, sondern im Interesse des Unternehmers und des Staates. Man wollte nicht den heranwachsenden denkenden und fühlenden Menschen, sondern den zukünftigen Vollarbeiter und Rekruten schützen. (Lebhafte Zustimmung.) Erst der fortgesetzten Kritik und dem Fordern und Drängen des allmählich zum Klassenbewußtsein erwachenden Proletariats gelang es, einen wirksameren Schutz für die kleinen Fabriksklaven durchzusetzen.

Die Gesetzgebung zum Schutze der in Fabriken beschäftigten Kinder hat vorläufig in den Bestimmungen des § 135 der Gewerbeordnung ihren Abschluß gefunden. Danach ist die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren überhaupt verboten, von Kindern im Alter von 13—14 Jahren nur dann nicht, wenn diese nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind. Die tägliche Arbeitszeit darf sechs Stunden nicht überschreiten.

Da diese Bestimmungen nur für Fabriken gelten, wurde damit die Kindererwerbsarbeit keineswegs beseitigt. In der Landwirtschaft, in den Werkstätten und der Heimindustrie, bei Botengängen, in den Gastwirtschaften und bei häuslichen Diensten herrscht nach wie vor Ausbeuterfreiheit. Nicht wenige der auf Grund des Gesetzes aus den Fabriken verdrängten Kinder wurden in diesen Betrieben aufs neue und oft noch ärger ins Joch gespannt. So in der Landwirtschaft, wo sie als Hütekinder, beim Rübenziehen und Kartoffelroden, bei der Kornernte dem schlimmsten Sonnenbrand und allen Unbilden der Witterung ausgesetzt sind. So in den Werkstätten als Schmiede, Glasbläser, auf den Bauten und Ziegeleien, in den Steinbrüchen beim Steineklopfen, in den Gastwirtschaften als Kegeljungen, während die Mädchen zum Bedienen der oft genug halb oder ganz betrunkenen Gäste verwandt würden. Als Botengänger werden sie wieder des Morgens um 3, 4 Uhr im besten Schlaf aus den Betten gerissen und ungenügend gekleidet, nüchtern, in Sturm, Regen und Frost hinausgejagt, um Brot, Zeitung und Milch der Kundschaft zuzutragen. Oder sie werden als Heimarbeiter in der Textil-, Tabak-, Konfektions-, Porzellanbranche, bei der Griffelfabrikation, in der Nahrungsmittelindustrie usw. eingepfercht in dunstigen, schlechtventilierten, licht- und luftlosen Räumen, wo sie bis in die Nacht hinein bei entsetzlich monotoner geisttötender Arbeit angespannt bleiben. Und dazu die oft endlose Arbeitszeit. Auf Grund einer amtlichen Statistik wurde festgestellt, daß z. B. in Chemnitz

435	Kinder	täglich	4	Stunden arbeiten,
1241	„	„	6	„ „
172	„	„	9	„ „
42	„	„	10—13	„ „

Für Charlottenburg wurde eine wöchentliche Arbeitsdauer von 30 bis 72 Stunden nachgewiesen. Und anderswo ist es nicht besser, mitunter noch schlimmer.

Das sind Arbeitszeiten, die den kindlichen Organismus zerstören müssen, ja die zum Teil für einen Erwachsenen viel zu lang sind. Es bedarf keines weiteren Beweises, daß unter solchen Verhältnissen die Gesundheit der Kleinen auf das schwerste geschädigt, ihre körperliche Entwicklung außerordentlich beeinträchtigt wird. Die bleichen Wangen, die glanzlosen Augen, der gekrümmte Rücken, die gekrümmten Beine der skrophulösen, rhachitischen, blutarmen Arbeiterkinder sind eine entsetzliche, lebendige Anklage gegen unsre heutige Gesellschaftsordnung. (Bewegung und lebhafte Zustimmung.) Zu der körperlichen Schädigung der Kinder kommt aber noch die geistige und intellektuelle.

Es ist das wahrlich kein Wunder. Statt frisch und aufnahmefähig in die Schule zu kommen, sind sie müde und unlustig, schlafen beim Unterricht ein oder halten sich nur mit vieler Mühe munter. Aber vom Kapieren und geistig Verarbeiten des im Unterricht ihnen dargebotenen Lehrstoffes kann keine Rede sein.

Digitized by Google

Tränen des Zornes und der Erbitterung erpreßt es uns, wenn wir lesen, daß z. B. in Berlin im Jahre 1902 764 Mädchen und 750 Knaben aus der 5. Schulklasse entlassen wurden, daß

1588 Knaben und 1713 Mädchen aus der 4.
183 „ „ 170 „ „ „ 6.
14 „ „ 7 „ „ „ 7.

Klasse ins Leben traten. (Hört! hört!) Und warum? Zum großen Teil waren es erwerbstätige Kinder! So ist es der Profitwut der Unternehmer geschuldet, daß selbst das wenige Wissen, das unsern Kindern in der Volksschule übermittelt wird, von diesen nicht aufgenommen werden kann, daß selbst diese einzige, ohnehin so spärlich fließende Bildungsquelle tausenden von Proletarierkindern so verstopft wird. Wie wäre es auch denkbar, daß im Jahre 1899 noch 399 Analphabeten unter den deutschen Rekruten gezählt wurden. Ich wiederhole: Tränen des Zornes und der Erbitterung erpreßt uns die Betrachtung solcher Zustände, (Lebhafte Zustimmung), zumal man selbst erfahren hat, wie unendlich schwer, ja geradezu unmöglich es ist, aus eigner Kraft im späteren Leben die Lücken des Wissens auszufüllen und wie der Mangel an Wissen uns überall und jederzeit hemmend in den Weg tritt. Dann ballt man im berechtigten Zorn die Faust und schwört Kampf, unerbittlichen Kampf einer Gesellschaft, die solche Zustände geschaffen hat und aufrecht erhält. (Lebhafter Beifall.) Doch kehren wir zu unsern Kleinen zurück. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Erwerbsarbeit unendlich viele Gefahren sittlicher Natur für die Kinder mit sich bringt. Ich erinnere an den Kegeljungen, der von den Keglern mit Bier oder wohl gar mit Schnaps traktiert wird und so nur zu leicht zum Alkoholiker wird. Ich erinnere an die Kinder, die in Steinbrüchen und Ziegeleien arbeiten, allen Unbilden der Witterung ausgesetzt, ungenügend ernährt und bekleidet, die dem Beispiel der Erwachsenen folgen, zur Schnapsflasche greifen, um sich einen Augenblick das Gefühl der Sättigung, der Wärme, des Behagens zu verschaffen und so allmählich Trinker werden. Ich erinnere an den Bericht des Lehrers Agahd, wonach elf- bis zwölfjährige erwerbsthätige Mädchen unter den Prostituierten Berlins sind, wonach unter 100 jugendlichen Strafgefangenen 70 als Kinder erwerbstätig waren. So ist es der unersättliche Goldhunger der Herrschenden, der Hunderttausenden von Proletarierkindern die goldene Jugend raubt, die Jugend, von der Dichter und Denker singen und sagen: Diese Zeit des Frohsinns, des Spieles, der Sorglosigkeit wird für sie eine Zeit des Elends, der Entbehrung, der Not, der Ueberarbeitung. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist der unersättliche Goldhunger, der Hunderttausende von Proletarierkindern körperlich, geistig und seelisch zu Grunde richtet, der gleich einem Reif fällt in der Frühlingsnacht und so manches vielverheißende Menschenknösplein vernichtet. Das mögen sich all jene Dämchen und Herren gesagt sein lassen, die auf den Höhen des Lebens in der Sonne wandeln und pharisäisch die Nase rümpfend an ihre Brust schlagen und ausrufen: Herr Gott, ich danke dir, daß meine Kinder edel und gut und nicht verkommen und verroht sind wie jene des Pöbels." (Bravo!) Danken sie doch nicht zum geringen Teil ihren Reichtum und ihre Bildung dem Umstand, daß die Ausbeutung schon Hirn und Knochen der Arbeiterkinder zermürbt. Und auch heute wollen sie keineswegs auf die Einnahmequelle verzichten.

Das beweist das Kinderschutzgesetz und dessen Anwendung und Handhabung. Bereits 1887 hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Initiativantrag im Reichstag eingebracht, der das Verbot jeder Kindererwerbsarbeit forderte. Und seitdem ist im Parlament, in der Presse, in Volksversammlungen überall unsre Forderung: Fort mit der Kinderarbeit! auf das nachdrücklichste wiederholt und durch die Kritik der Kinderarbeit und deren Folgen begründet worden. Auch ein großer Teil der deutschen Lehrerschaft hat in der freimütigsten Weise diese Kritik geübt und Abhilfe verlangt. Danach wurde im Ja-

1898 vom Reichskanzler eine Enquete bezüglich der Kinderarbeit und deren Schäden angeordnet. Dieselbe ergab, daß 582 283 Kinder im schulpflichtigen Alter erwerbstätig seien. Doch heißt es selbst in der amtlichen Denkschrift der Enquete, daß diese Zahl bei weitem hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Es sind weder alle Teile des Reiches, noch alle Zweige der gewerblichen Tätigkeit erfaßt; vor allem nicht die Hunderttausende von Kindern in der Landwirtschaft, die vielen Kinder, die im vorschulpflichtigen Alter beschäftigt werden usw. Und trotzdem wurden über $^1/_2$ Million kleiner Lohnsklaven gezählt, die zum Teil bei harter, immer aber bei anstrengender, geisttötender Arbeit unter den traurigsten Umständen ihr Leben fristen.

Dies Ergebnis hatte die Einbringung des Kinderschutz-Gesetzentwurfs zur Folge, der am 30. März 1903 Gesetz ward und am 1. Januar 1904 in Kraft trat.

Rednerin führt die Hauptbestimmungen des Gesetzes an.

Dies Gesetz bleibt leider weit hinter unsren Forderungen zurück. Wenn unsre Fraktion trotzdem dafür gestimmt hat, so deswegen, weil es einen prinzipiellen Fortschritt bedeutet. Im Kinderschutzgesetz ist zum erstenmale mit dem bisherigen, von der kapitalistischen Gesellschaft zähe festgehaltenen Prinzip: „Vor der Familie muß der Gesetzgeber Halt machen", gebrochen worden. Das Kinderschutzgesetz ist auf die Heimarbeiter ausgedehnt, es enthält den ersten, *wenn auch winzigen Anfang eines Heimarbeiterschutzes*. Im übrigen fordert es in überaus reichem Maße unsre Kritik und unsern Protest heraus. Da sind zunächst wieder weite Kreise der erwerbstätigen Kinder von dem Schutze durch das Gesetz ausgeschlossen: die Hunderttausende in der Landwirtschaft und im Gesindedienst beschäftigten. Dabei liegen Berge von Material vor und die Kommissions- und Plenarberatungen über das Gesetz haben weiteres Material beigebracht, welches beweist, daß es in der Landwirtschaft dem kindlichen Arbeiter nicht um ein Jota besser geht wie seinem Leidensgenossen in der Industrie. Diese traurige Tatsache ward illustriert unter Hunderten von ähnlichen Fällen durch den Ausspruch des Sanitätsrats Heinacher aus Graudenz, daß ihm unter den vielen armen, elenden Kindern, die er untersuchte zum Zwecke der Wiederimpfung, die elende körperliche Entwicklung der Hütejungen aufgefallen ist.

Das ward des weiteren illustriert durch den Klageruf des hessischen Geistlichen: „Man möchte weinen, wenn man die müden, abgespannten Kindergesichter (der „Weidjungen") gleich in den ersten Morgenstunden erblicken muß. O, diese Fronfesseln um Kindesarme und Kindesbeine! Wann wird man auf ländlicher Flur dem Kinde die Kindheit wiedergeben!" Oder durch den Erlaß der anhaltischen Regierung: „Nur mindestens Achtjährige dürfen zu ganzen Tagesleistungen herangezogen werden von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends." Trotz alledem — die agrarische Mehrheit lehnte den Kinderschutz für die Landwirtschaft ab; alles was erreicht wurde, war die Annahme einer Resolution, die eine Enquete über die Kinderarbeit auf dem Lande forderte.

Das Schutzalter der gewerblich tätigen Kinder auf 14 Jahre festzusetzen, konnte sich die Majorität ebenfalls nicht entschließen. Es blieb bei 12 Jahren für fremde, bei 10 Jahren für eigne Kinder. In der Begründung der Regierungsvorlage heißt es in bezug hierauf, daß eine mäßige Beschäftigung von Kindern insofern ihre Berechtigung habe, als sie geeignet sei, die Kinder an körperliche und geistige (?) Tätigkeit zu gewöhnen, den Sinn für Fleiß und Sparsamkeit u erwecken und sie vor Müßiggang und andern Abwegen zu bewahren.

Die Arbeit enthalte ein wesentliches, nicht zu unterschätzendes erzieherisches Moment.

Fast sämtliche Vertreter der bürgerlichen Parteien hielten sich verpflichtet, es nachzubeten. Wir verkennen keineswegs den hohen pädagogischen Wert der rbeit. Fordern wir doch deswegen seit langem die Einführung des Handrtigkeits-Unterrichts in den Schulen. Die Arbeit als Erziehungsmittel fördert

Digitized by Google

und bildet den Tätigkeitsdrang, der in jedem Kinde schlummert. Sie ist Mittel zum Zwecke, um anzuregen zum Beobachten, Denken, Urteilen, Handeln. Sie fördert damit die Geistesbildung, die Tat- und Willenskraft und wirkt so versittlichend, veredelnd, stärkt ferner Nerven- und Muskelkraft und fördert damit die Gesundheit, die körperliche Entwicklung.

Ganz anders die Erwerbsarbeit, bei der ein bestimmtes Quantum einer bestimmten Arbeit, die nach der Qualität dem Kinde nicht behagt, nach der Quantität seine Kräfte übersteigt, Tag für Tag geleistet werden muß. Die ermüdet, stumpft ab, weckt keine schlummernden Kräfte, sondern tötet sie. Die chronische Uebermüdung hemmt die körperliche und geistige Entwicklung, ganz zu schweigen von den sittlichen Gefahren, denen erwerbstätige Kinder nur zu oft ausgesetzt sind. Bei der Erwerbsarbeit wird das Kind die Arbeit nicht lieben, sondern hassen und fürchten lernen. Zudem bedürfen die Kinder gerade in dem Alter von 12, 13, 14 Jahren, wo bei ihnen die Pubertät eintritt, ganz besonders des Schutzes.

Aber nicht nur, daß sich Reichstag und Regierung nicht zu einem strikten Verbot jeglicher Kinderarbeit aufschwingen konnten, wurden die Schutzbestimmungen noch durchlöchert, indem Bundesrat und Verwaltungsbehörden Ausnahmen von den gesetzlichen Bestimmungen gewähren dürfen. Der Bundesrat ist befugt, für die ersten zwei Jahre — im Regierungsentwurf heißt es für die ersten fünf Jahre — nach Inkrafttreten des Gesetzes für einzelne Arten der im § 12 des Gesetzes bezeichneten Werkstätten, in denen durch elementare Kraft bewegte Triebkräfte nicht bloß vorübergehend zur Anwendung kommen, sowie für Werkstätten im Handels- und Verkehrsgewerbe (§ 13 Absatz 1 des Gesetzes) die Beschäftigung eigner Kinder zuzulassen unter teilweisem oder ganzem Dispens von den Schutzbestimmungen ausschließlich der Sonntagsruhe. Der Bundesrat hat von dieser Befugnis sehr ausgiebigen Gebrauch gemacht. Für Preußen im Regierungsbezirk Düsseldorf, für Baden im Kreise Waldshut ist in Werkstätten der Bandweberei, im letztgenannten Kreise auch der Stoffweberei, eignen Kindern das Spulen, insbesondere auch das Spulen mit den Spulmaschinen, die durch elementare Kraft betrieben sind, gestattet bis Ende 1905, wenn Wohnung und Werkstatt in einem Hause sich befinden und in der Werkstatt nicht mehr als drei Stühle betrieben werden. Die übrigen Schutzbestimmungen bezüglich des Alters, der Arbeitszeit, Pausen, Nachtarbeit sind aufrecht erhalten. Bedauerlicher noch als diese Ausnahmen sind jene, durch die der Bundesrat das Schutzalter von 10 auf 8 Jahre herabsetzte: sie gelten zwar nur für bestimmte Bezirke, aber gerade für diejenigen, in denen überhaupt diese Art hausindustrieller Beschäftigung in Betracht kommt.

Alle diese Ausnahmen sind zugelassen in Gegenden und Berufen, in denen die schlimmste Ausbeutung und damit die schlimmsten Uebelstände bei den Reichstagsdebatten nachgewiesen wurden. Aus denen folgt, daß alle Bande der Liebe und des Familienlebens zerstört werden, daß die Eltern schließlich in ihren Kindern nur das Arbeitsinstrument, die Kinder in ihren Eltern nur die Arbeitgeber und Antreiber sehen. Und nach Ablauf der zwei Jahre kann der Bundesrat weiter solche Ausnahmen zulassen! Dadurch ist der geringe Heimarbeiterschutz, den das Kinderschutzgesetz enthält, noch mehr eingeschränkt.

Für die Kinder, die als Botengänger beschäftigt werden, hat die Polizeibehörde an zahlreichen Orten gestattet, daß dieselben von $6^1/_2$—$7^1/_2$ Uhr morgens in der Uebergangszeit beschäftigt werden dürfen. Damit ist für diese Kleinen eine der wertvollsten Bestimmungen des Gesetzes, nämlich daß die Kleinen nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden dürfen, wodurch erreicht werden soll, daß sie frisch und aufnahmefähig in die Schule kommen, wieder illusorisch gemacht. Ja noch mehr. Sie werden jetzt in einer Stunde an Arbeit fertigstellen müssen, wozu sie sonst $1^1/_2$—2 Stunden brauchten. Die darauffolgende

Digitized by Google

Ermüdung wird daher um so größer sein. Und zu all diesen Ausnahmebestimmungen kommt noch hinzu, daß das Wenige an gesetzlichen Bestimmungen, das zum Schutze der Kinder übrig bleibt, unausgesetzt übertreten wird.

Ist doch fast nichts zur Kontrolle des Kinderschutzes geschehen. Nach dem Gesetze soll die Gewerbeinspektion und die Gewerbepolizei die Kontrolle ausüben. Bekanntlich ist aber schon heute die Gewerbeinspektion überlastet. Groß ist die Zahl der inspektionspflichtigen Betriebe, die nicht einmal im Jahre revidiert werden. Wie soll es da möglich sein, daß z. B. das weite Gebiet der Heimindustrie inspiziert wird und damit den Kindern der geringe ausgesprochene Schutz gesichert wird. In Hamburg und Württemberg sind die Lehrer mit zur Kontrolle herangezogen. Sie sollen, wenn ihnen in der Schule die Ermüdung eines Kindes beim Unterricht auffällt und sich herausstellt, daß dieselbe eine Folge der Erwerbsarbeit ist, der Gewerbeinspektion durch Vermittlung der Oberschulbehörde Mitteilung machen, die dann einzugreifen hat. So sehr wir auch die Mitarbeit der Lehrer begrüßen, kann doch unmöglich die ganze Kontrolle auf deren Angaben aufgebaut werden. Soll der gesetzliche Schutz zu einem faktischen werden, so muß unbedingt für eine wirksame Kontrolle gesorgt werden. Bei einer wirksamen Kontrolle würde erstens der geringe Schutz den Kindern gesichert werden, zweitens würde das Ergebnis der Kontrolle, das in den Berichten der Beamten in Erscheinung tritt, wo sie eine Schilderung der Tätigkeit der Kinder, der Umgebung, in der sie diese vollzogen, des ganzen Milieus in dem sie leben, geben würden, dazu beitragen, das soziale Gewissen zu wecken, zu schärfen und damit den geringen bestehenden Schutz einer Weiterbildung entgegentreiben.

Welches sind nun die Aufgaben, die uns angesichts dieser Verhältnisse erwachsen? Sie sind in einer Resolution zum Ausdruck gebracht. Wir vertreten die Forderungen: fort mit der Kinderarbeit im schul- und vorschulpflichtigen Alter. Nach unsrer Meinung gehört das Kind in die Schule und auf den Spielplatz und nicht in die Erwerbsarbeit.

Rednerin erläutert kurz die einzelnen Forderungen. Dann schließt sie:

Genossinnen, nehmen Sie unsre Resolution an. Wenn Sie dann in Ihre Heimat zurückgekehrt sind, wirken Sie mit ganzer Kraft für die Durchführung der darin niedergelegten Forderungen. Ich denke, ganz besonders die Genossinnen, die das Glück haben, Mutter zu sein, werden mit heißer Sehnsucht die Durchführung dieser Forderungen wünschen und dafür kämpfen wollen. Gilt es doch nichts Geringerem als unsren Kindern eine hellere Zukunft zu erkämpfen, für unsre Kinder die Möglichkeit zur harmonischen Ausbildung eines sittlich gefestigten, geistig frischen und starken, körperlich gesunden und schönen Menschen schaffen. Es gilt also um hohen Preis. Deshalb lassen Sie unsre Parole sein: Auf zum Kampf! Nieder mit der Ausbeuterfreiheit! Unsren Kindern zum Schutz, den Unternehmern zum Trutz! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Frau Lungwitz-Dresden: Wir haben den Antrag eingebracht: „Kinder unter vierzehn Jahren dürfen als Austrägerinnen an Parteizeitungen nicht verwendet werden." Sie dürften sich vielleicht über diesen Antrag wundern. Es liegt uns auch fern zu behaupten, daß unsre „Sächsische Arbeiterzeitung" etwa Kinder zum Austragen verwendet. Aber trotzdem schicken die Kolporteure oft mit sechs- bis achtjährigen Kindern die Zeitung ins Haus oder lassen durch diese kassieren. Die Rednerin kritisiert dann eingehend die Kinderbeschäftigungs-Anstalten der Kommune Dresden. Von Schulschluß bis spät in den Abend werden die Kinder selbst mit Holzhacken und Schiffsziehen beschäftigt, für die kleinsten Unarten gibt es Schläge oder Entziehung des Verdienstes für den nächsten Tag, ein Schutz gegen Unfall ist nicht immer vorhanden. Zur Förderung

Digitized by Google

der Frömmigkeit wird natürlich bei Beginn und Schluß der Arbeit ein Kirchenlied gesungen. Rednerin empfiehlt daher, die Konferenz möge folgenden von den Genossinnen Dresdens gestellten Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen: Die städtischen Kinderbeschäftigungs-Anstalten, welche bisher dem Kinderschutzgesetz nicht unterstellt sind, sollen ihm unterstellt werden.

Frau **Göckeritz**-Reichenbach befürwortet den Antrag des fünften sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die Frauenkonferenz möge Vorschläge zur Verbesserung des jetzt in Kraft getretenen Kinderschutzgesetzes machen und zwar dahingehend, daß die Handhabung des Gesetzes zu einem wirklichen Schutze wird und daß man zweitens dieses Gesetz auch auf die heimarbeitenden Kinder ausdehnt. Diese Vorschläge sollen in einer Resolution festgelegt und diese unsrer Reichstagsfraktion übergeben werden. Sie zeigt die traurigen Verhältnisse der heimarbeitenden Kinder in der Textilindustrie von Reichenbach und Umgegend.

Es liegt ferner ein Antrag der Berliner Genossinnen vor: Die Vertrauenspersonen mögen in ihren Orten Ermittelungen darüber anstellen, wieviele Kinder und in welchem Alter tagsüber ohne Aufsicht sind, weil die Eltern der Erwerbsarbeit nachgehen müssen.

Frau **Bauschke**-Berlin begründet ihn mit dem Hinweis auf die zahlreichen Unfälle und schließt mit den Worten, daß wer wie sie in der Jugend selbst die Armut kennen gelernt habe, den Kampf gegen sie und die durch sie verursachten Qualen voll zu schätzen wissen werde.

Frau **Lutz**-Berlin teilt ihre eigenen Erfahrungen aus der Jugend mit. Sie habe am eignen Leibe erfahren, was es heiße, übermäßig arbeiten zu müssen. Der Berliner Waisenverwaltung werde mehr auf die Finger gesehen werden müssen. Sie gebe Waisenkinder, besonders Mädchen, aufs Land, die dort übermäßig ausgebeutet würden. Ein zehnjähriges Mädchen müsse fünf Kühe täglich melken, eine Arbeit, die gar nicht ordentlich geleistet werden könne. Es ist überall darauf zu achten, wohin die Waisenverwaltungen die Kinder in Pflege geben.

Frau **Plum**-Essen berichtet von der Ausbeutung der Arbeitskraft kleiner Kinder beim Austragen von Zeitungen und Weißbrot in ihrem Bezirke. Diesen Kindern ist es nicht möglich, ein ordentliches Frühstück zu sich zu nehmen, bevor sie in die Schule kommen. Durch die Anfrage eines Lehrers wurde festgestellt, daß 25 Kinder nüchtern auf der Schulbank saßen. Im Landkreise Aachen werden drei- bis vierjährige Kinder mit dem Aufnähen von Knöpfen, Haken und Oesen beschäftigt. Für das Aufnähen von drei Dutzend wird 1 Pfennig bezahlt; die Kinder verdienen 8 bis 10 Pf. täglich. (Hört! hört!) Der Zwirn muß von den Eltern geliefert werden. Von der Ausbeutung dieser Kinderarbeit kann sich nur der eine Vorstellung machen, der das schwarze Unternehmertum kennt. Für diese Leute existiert kein Kinderschutzgesetz. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Wartenberg**-Ottensen schildert die Ausbeutung der Kinder in der Heimarbeit der Tabakindustrie; Schandlöhne werden auch für das Auspellen der Krabben bezahlt.

Frau **Wichmann**-Lichtenberg wünscht, daß den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Akkordarbeit verboten wird, weil gerade die Akkordarbeit zu Lohndrückereien benutzt wird. Sie schlägt der Konferenz ein entsprechendes Amendement zur Resolution Zietz vor.

Frau **Baumann**-Altona: Während früher zum Austragen von Zeitungen nur Frauen verwandt wurden, die auf eignes Konto Kinder verwandten, werden jetzt direkt Kinder, die über 12 Jahre alt sind, angestellt für die Stunden, wo ihre Beschäftigung zulässig ist. Die Wirkung des Kinderschutzgesetzes auf die Kolportage ist gleich Null. Es wird nach Kräften umgangen und niemand kümmert sich darum. Bei der Parteikolportage des „Hamburger Echo" ist die Beschäftigung von Kindern streng verboten.

Damit *schließt die Diskussion.*

Digitized by Google

In ihrem **Schlußwort** hebt Frau **Zietz** hervor, daß die Resolution des 5. sächsischen Wahlkreises teils durch die Resolution der Referentin erledigt, teils bereits Gesetz ist. Die von Genossin Wichmann beantragte Veränderung der Resolution (Verbot der Akkordarbeit für jugendliche Arbeiter statt Herabsetzung der Arbeitszeit für diese Arbeiter auf sechs Stunden) empfiehlt sich nicht. Es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß die Gewerkschaften, die für die Beseitigung der Akkordarbeit agitieren, besonders und nachdrücklichst auch für die Beseitigung der Akkordarbeit der jugendlichen eintreten. Der Antrag 1 der Genossinnen des 4. und 6. sächsischen Wahlkreises (Dresden) und der Antrag Berlin sollten angenommen werden.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Zietz unter Ablehnung des Amendements Wichmann einstimmig angenommen. Gleichfalls angenommen wird der Antrag Berlin und der Antrag 1 Dresden.

Um 1/2 8 Uhr werden die Verhandlungen auf Sonntag 9 Uhr vertagt.

An der Konferenz nehmen teil:

Ottilie Baader-Berlin. M. Karstens-Neumünster. Adolf Scherf-Langenchursdorf, für Glauchau-Meerane. Heinrich Schulz-Bremen, für Erfurt. Marie Wackwitz-Wittenberge. August Wicky-Mühlhausen. Pauline Göckeritz-Reichenbach i. V. Klara Pötzsch-Leipzig. Wilhelmine Kähler-Bromberg und Magdeburg. Linchen Baumann-Altona. Henriette Mirus-Frankfurt a. M. Bertha Lungwitz-Dresden. Agnes Blum-Essen. Margarete Zeise-Köln. Marie Thiel-Teltow-Beeskow. Minna Jung-Nieder-Barnim. Bertha Riemann-Chemnitz. Auguste Bosse-Bremen. H. Meyer-Bremen. Minna Schäfer-Bremen. Marie Rost-Hamburg. Luise Zietz-Hamburg. Agnes Fahrenwald-Hamburg. Anna Bauschke-Berlin. Bertha Lutz-Berlin. August Hering-Flensburg. Kemgott-Eßlingen, für Cannstatt. Josephsohn-Hamburg, Handlungsgehilfen. Marie Greifenberg-Augsburg. Genossin Wartenberg-Ottensen. Anna Niemann-Stralsund. Klara Zetkin-Stuttgart. Minna Vollmann-Halberstadt. Genossin Adelheid Popp-Wien, Vertretung der österreichischen Genossinnen. Genosse Molkenbuhr in Vertretung des Parteivorstandes. Als Gast Genossin Wichmann, Kreis Nieder-Barnim.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonntag, den 18. September 1904. — Vormittags-Sitzung.

Die Vorsitzende Frau **Zetkin** eröffnet die Sonntagssitzung um 9 1/4 Uhr und gibt zunächst Frau **Fahrenwald**-Hamburg das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission. Es sind 33 Mandate für 32 Delegierte ausgestellt worden, Frau Kähler vertritt Magdeburg und Bromberg. Unter den Delegierten sind sechs Genossen. Als Gäste sind anwesend für den Parteivorstand Genosse Molkenbuhr, für die österreichischen sozialistischen Frauen Genossin Popp, für den Wahlkreis Nieder-Barnim Genossin Wichmann. Hoffen wir, so schließt die Berichterstatterin, daß die Konferenz das nächste Mal doppelt so stark besucht ist. (Beifall.)

Dann wird in der Tagesordnung fortgefahren. Zum Referat über den **Zehnstundentag** erhält das Wort

Fräulein **Baader**: Mehr als 12 Jahre ist es her, seit wir den gesetzlichen Elfstundentag für die in Fabriken arbeitenden Frauen haben. Was hat man nicht alles seiner Einführung entgegengesetzt. Man hat behauptet, die Frauen würden dadurch völlig aus der gewerblichen Arbeit herausgedrängt werden. Aber die Unternehmer wissen, daß sie nach wie vor an den Frauen billige und willige Arbeitskräfte haben. Deshalb ist nicht nur die Frauenarbeit im selben Umfange erhalten geblieben, sondern zwischen den letzten beiden Gewerbe-

Digitized by Google

zählungen von 1882 bis 1895 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen noch um 23,60 Proz. zugenommen. Welche Fülle von Familienglück wird dadurch zerstört! Aber den Mißständen der Frauenarbeit kann nicht dadurch abgeholfen werden, daß man die Frauen aus der Fabrik herausdrängt. Im Gegenteil, nicht herausdrängen, aber schützen wollen wir die Frauenarbeit, die die Frau auf eine höhere soziale Stufe hinaufhebt und sie dem Manne gleichberechtigt macht. Die Nachteile der Frauenarbeit zeigen sich nur in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und doch würde gerade in ihr das Verbot der Frauenfabrikarbeit die Frauen nur größerer Ausbeutung in der Heimarbeit in die Arme treiben. Dann hätten sie noch weniger Zeit, Mütter und Hausfrauen zu sein. Nur die Verkürzung der Arbeitszeit kann der Familie die Frau, den Kindern die Mutter, dem Manne die Gattin wiedergeben. Wir verlangen die Verkürzung des Arbeitstags für alle Arbeiter, aber in erster Linie fordern wir sie für die Frauen, leiden doch diese am schwersten unter seiner Länge. Unsre Parteigenossin Frau Dr. Adams-Lehmann hat statistisch nachgewiesen, wie wenig Frauen gesunde Kinder zur Welt bringen. Eine sehr große Zahl von Frauen stirbt alljährlich im Kindbett, ein Zeichen für die Zerstörung des Organismus durch die lang ausgedehnte Arbeitszeit. In gleicher Weise leidet die Pflege der Kinder. In den Fabrikorten Sachsens sterben 38—45 Proz. der Kinder im ersten Lebensjahre. Welch eine Menschenverwüstung, welch ein Raubbau an der menschlichen Kraft. Wir verlangen Schutz nicht nur für die verheirateten Frauen, sondern auch für den weniger gefestigten Organismus der jungen Mädchen.

Weiterhin nimmt die Arbeit ständig an Intensität zu. Als die Crimmitschauer Textilarbeiter ihre minimale Forderung nach dem Zehnstundentag erhoben, wiesen sie nach, daß die Webstühle, die 45—55 Schuß in der Minute machten, jetzt deren 75—80 machen. Diesem Gang der Maschine muß sich die Arbeiterin anpassen. Und mit Recht hat mit Bezug auf diese Steigerung Karl Marx in seinem „Kapital“ gesagt, daß wenn man den Arbeiter zwänge, um ein Viertel mehr Atemzüge zu machen, Schritte zu gehen und Arbeit zu leisten, er statt 50 nur 37 Jahre leben werde. (Sehr richtig!) Wir aber wollen das Mehr an Arbeitskraft, das wir in der Arbeitszeit ausgeben, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit unserm Körper erhalten. Ein konservativer Parteiführer sagte einmal, daß man durch eine Verkürzung der Arbeitszeit geradezu das Kapital konfisziere. Wenn man dem Arbeiter die Arbeitskraft, sein Kapital, erhält, so konfisziert man es nicht. Aber wahrscheinlich hat der Herr an alles andre eher als an das Kapital des Arbeiters gedacht.

Seit die Arbeiterschaft Vertreter im Parlament hat, sind diese unablässig bemüht gewesen, Anträge im Sinne der Arbeitszeitverkürzung einzubringen. Ein Gesetz, das 1867 v. Schweitzer „zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital“ vorschlug, kam nicht zur Verhandlung. Der Präsident forderte entgegen der Gewohnheit die schriftliche Unterstützung, und alle Fraktionen lehnten es ab, ihre Unterschrift zu dem Antrag zu geben.

Bei der Schaffung der Gewerbeordnung 1869 traten wieder im Norddeutschen Reichstag Schweitzer, Fritzsche, Hasenclever, Bebel und Liebknecht für die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit ein, insbesondere auch für Beschränkung der Frauenarbeitszeit und das Verbot der Kinderarbeit.

Am 11. April 1877, also ein Jahr vor dem Attentatsrummel, kam ein derartiger Antrag infolge der Unterstützung der Konservativen zum erstenmal im Reichstag zur Verhandlung. Es war ein ausgearbeitetes Gesetz, das alle unsre wichtigsten Forderungen enthielt. Es wurde von Fritsche begründet und von Bebel verteidigt, blieb aber unerledigt. Immerhin veranlaßten die Arbeitervertreter als unbequeme Mahner die Regierung zu Erhebungen, die für das nächste Jahr wenigstens zu einigen bescheidenen gesetzlichen Maßnahmen führten. In der nächsten Zeit spielte sich das Zentrum wiederholt als Partei der Arbeiter-

Digitized by Google

freundlichkeit auf. Es wußte, daß der damals noch allmächtige Bismarck alle Beschlüsse des Reichstages im Bundesrat würde abweisen lassen. Seit das Zentrum mächtig, ja die ausschlaggebende Partei im Reichstage ist, ist es in dieser Beziehung viel zurückhaltender geworden.

Mitten in der Wahlbewegung der neunziger Jahre fielen die kaiserlichen Erlasse. Da glaubten manche noch nicht so im Klassenbewußtsein gefestigte Proletarier, jetzt werde das goldene Zeitalter für die Arbeit anbrechen. War doch versprochen, daß die Regierung die Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter schützen, ihnen Gleichberechtigung gewähren werde. Den Arbeiterinnen wurde der — elfstündige Arbeitstag gegeben, das war alles. Und durch die geringen Strafen für seine Uebertretung reizt man noch heute stillschweigend zu seiner Uebertretung an. Es folgten 1896 einige Schutzbestimmungen für die Konfektion, die in neuerer Zeit auf die Werkstätten der Putzindustrie und Wäschefabrikation ausgedehnt worden sind. Jetzt verlangen wir als Etappe auf dem Wege zum Achtstundentag für alle Arbeiter die Herabsetzung des Arbeitstages für alle weiblichen Arbeiter, nicht aber wie das Zentrum, das stets durch seine Anträge dem Fortschritt hemmend im Wege steht, nur für die verheirateten Frauen.

Am 4. Februar 1897 wurde bereits im Reichstag der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages verhandelt und nach dreitägiger Debatte abgelehnt. Die Regierung schwieg, wohl um es weder mit den Arbeitern noch mit den Unternehmern zu verderben. Unter den wunderlichsten Gründen lehnten die Parteien unsern Antrag ab. So begründete die freisinnige Partei ihr Nein mit der Behauptung, daß die Folge des Achtstundentages Arbeitslosigkeit und Vermehrung der Frauenarbeit sein würde. Die Konservativen ließen durch den Junker v. Puttkamer erklären, solche Anträge bedeuteten eine Förderung der Revolution, und jeder gesetzliche Eingriff in die Freiheit des Arbeitsvertrages sei eine Konfiskation des Eigentumes. (Hört! hört!) Freiherr v. Heyl verwies für die Nationalliberalen auf die „kolossale" Belastung der Industrie durch die sozialpolitischen Gesetze und behauptete, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur eine Vermehrung der Völlerei in den Arbeiterkreisen bedeuten würde. Dumm und brutal wie immer meinte Freiherr v. Stumm, daß ein höherer Verdienst der Männer bloß die Arbeiterfrauen zu größerer Putzsucht verführen würde. (Heiterkeit.) Seinen Ausführungen nach sollte man weiter glauben, die Arbeiter äßen nur aus Bosheit kein Fleisch, damit ihre Lage recht traurig erschiene. (Heiterkeit.) Das zweideutige Verhalten des Zentrums mit Herrn Hitze an der Spitze brachte es schließlich dahin, daß die Achtstundentag-Frage auf dem Wege einer Enquete über den sanitären Maximalarbeitstag auf die lange Bank geschoben wurde. Auch in den folgenden Sessionen kam nichts heraus: Die Herren handelten nach dem Worte: Vereichert Euch! (Sehr richtig!) Schließlich, als durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Arbeitszeit in 90 Proz. der Betriebe auf 10 Stunden herabgebracht war, fühlte sich die Regierung doch veranlaßt, durch die Gewerbe-Inspektoren eine Enquete veranstalten zu lassen, ob die Durchführung der gesetzlichen zehnstündigen Arbeitszeit und der zeitigere Sonnabendschluß für die Arbeiterinnen sich ermöglichen lasse. Auch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion lag vor, der die Einführung des Zehnstundentages und die in bestimmten Perioden vorgesehene weitere Verkürzung desselben bis zum Achtstundentage forderte. Nach meiner Auffassung sind die vorgesehenen Fristen für die allmähliche Verkürzung des Arbeitstags bis auf 8 Stunden zu lang. Wir brauchen nicht so maßvoll zu sein. So viel Rücksicht brauchte man auf das Unternehmertum nicht zu nehmen. Die Erörterung des Antrages wurde auf den Herbst verschoben.

Für uns ist die Forderung des Zehnstundentages ja nur eine Etappe. Die starke Vermehrung unsrer Fraktion bei den letzten Wahlen hat die andern

Digitized by Google

Fraktionen veranlaßt, ihrerseits in Arbeiterfreundlichkeit zu machen. Sie haben in Sachen des Arbeitstages und des Arbeiterschutzes Anträge bezw. Resolutionen eingebracht. Warten wir ab, ob es ihnen ernst damit ist, oder ob nur die Anträge unsrer Fraktion durchkreuzt werden sollen. So fordert das Zentrum den Neunstundentag für verheiratete Arbeiterinnen, die Nationalliberalen fordern das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause. Auch die Thronrede enthielt diesmal wieder sozialpolitische Versprechungen. Von der Sorge für die Bedürftigen ist die Rede darin. Da erinnern wir uns an das schöne Wort: Die Existenz des Arbeiters ist bis ins späte Alter gesichert und geschützt.

Wir wissen alle, daß wir uns nicht zu verlassen haben auf Versprechungen, mögen sie von der höchsten Stelle, mögen sie von den gegnerischen Parteien kommen. Verlassen kann die Arbeiterschaft sich nur auf sich selbst. Nur soweit sie Furcht einflößt, werden ihre Forderungen bewilligt. Es muß unsre Aufgabe sein, für die Verkürzung der Arbeitszeit eine öffentliche, intensive Agitation zu entfalten, viel kräftiger, als bisher. Die Parteizeitungen müssen noch ganz anders, als bisher, diese Forderung in den Vordergrund schieben. Jede Verkürzung der Arbeitszeit bringt uns unmittelbaren Nutzen. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß auf alle Arbeiterkategorien ausgedehnt werden, seien sie in der Groß- oder in der Kleinindustrie tätig. Kann die Kleinindustrie dabei nicht bestehen, so mag sie zugrunde gehen. Am höchsten steht das Leben und die Gesundheit der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Niemann**-Stralsund tritt für die Einführung des Zehnstundentages in der Hausindustrie ein und berichtet von den schlechten Löhnen, die die Arbeiterinnen der Stralsunder Spielkartenfabrik erhalten. 20jährige Arbeiterinnen erhalten einen Lohn von 4 Mark bis 4,50 Mark. Der Höchstlohn beträgt 10—12 Mark. Natürlich ist es sehr schwer, diese Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Trotzdem werde ich, gestützt auf das, was ich auf dieser Konferenz gelernt habe, mit frischer Kraft an die Arbeit gehen. (Bravo!)

Auf Vorschlag von Frau **Kähler**-Dresden wird von einer weiteren Diskussion über das Referat mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit Abstand genommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: **Die Schulfrage.**

Referentin ist: Frau **Klara Zetkin.** Wenngleich die Genossinnen die Schulfrage auf die Tagesordnung stellten, so waren sie sich doch wohl bewußt, daß in der kurzen Zeit, welche der Konferenz zur Verfügung steht, es unmöglich ist, die Schulfrage ihrer Bedeutung gemäß eingehend nach allen Seiten hin zu behandeln. Wenn trotzdem ihre Behandlung beschlossen wurde, so war ein Grund dafür bestimmend. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Schulfrage, die Bildungsfrage von höchster Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung ist, weil die Schulfrage eine hervorragende Rolle im Leben der Millionen von Proletarierinnen spielt, an die unsere Agitation sich wendet. Das ist in ergreifender Weise auch hier zum Ausdruck gekommen in dem Schrei nach höherer Bildung, die aus dem Munde aller Rednerinnen erklungen ist. Sie alle empfinden es aufs schmerzlichste, daß die unvollkommene Volksschulbildung ihnen nicht erlaubt hat, reichere Schätze des Wissens, eine höhere und tiefere persönliche Entwicklung in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes stellen zu können. Es gibt andrerseits kaum eine proletarische Mutter, die nicht damit rechnet, daß sie ihre Kinder derselben mangelhaften und unvollkommenen Volksschule anvertrauen muß, unter deren Gebrechen sie selbst gelitten hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Frage der Volksschule ist also ein wichtiger Punkt, an dem unsere Agitation unter dem weiblichen Proletariat einsetzen kann. Hier können wir, gestützt auf Tatsachen, dem weiblichen Proletariat die Verbrechen der kapitalistischen Ordnung vor Augen führen. Es handelt sich dabei nicht nur um Sünden, die im kapitalistischen System liegen, nein, auch um besondere Tat- und Unter-

Digitized by Google

lassungssünden, mit denen die bürgerliche Gesellschaft die Grundübel noch verschärft und verschlimmert. Gerade die Schulfrage eignet sich ausgezeichnet dazu, die ganze kulturelle Ueberlegenheit der sozialistischen Weltanschauung, der sozialistischen Aktion aufzuweisen, jedem klar zu machen, daß das sozialistische Weltproletariat die Weltbühne betreten hat, nicht nur um die Magenfrage, vielmehr um die Kulturfrage in ihrem tiefsten Kern zugunsten der Allgemeinheit zu lösen. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind ferner der Ansicht, daß ein künftiger Parteitag, nicht dieser überlastete, nach eingehender Erörterung der Schulfrage in Presse und Versammlungen zu dieser Stellung nehmen muß. Dies aber nicht nur von den entsprechenden Forderungen unseres Minimalprogramms ausgehend, sondern auf Grund unserer gesamten Weltauffassung. Durch unsere heutige Erörterung wollen wir die Genossinnen anregen und ausrüsten, an den vorbereitenden Debatten teilzunehmen.

Die Volksschulfrage ist die nationale Erziehungsfrage. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist einmal begründet in der Entwicklung der Pädagogik als Wissenschaft. Je mehr sie sich in den ganzen Komplex der Probleme der Schulfrage vertieft hat, um so mehr hat sie erkannt, daß es sich in der Schule nicht nur um Einpauken einer gewissen Summe von Kenntnissen, um Erzielung bestimmter Fertigkeiten, um bloßen Geistesdrill handelt, sondern um einen Erziehungsdrill, welcher den ganzen Menschen erfassen und alle Seiten seines Wesens zur Entfaltung, zur Blüte und Reife bringen soll. Andrerseits setzt die ganze wirtschaftliche und soziale Entwicklung die Eltern immer mehr außerstande, allein im Heim die Kinder zu erziehen, ja auch nur einen tiefgehenden Einfluß auf ihre Entwicklung auszuüben. Das gilt nicht nur für die ausgebeuteten Massen, sondern auch für die bürgerlichen Schichten der Bevölkerung. Im Proletariat erscheinen nur auch die betreffenden Verhältnisse auf die Spitze getrieben, weil hier das Notleiden der Erziehung die schärfsten, sichtbarsten Formen annimmt. Aber die geschichtliche Entwicklung hat die Tendenz, den Anteil der Eltern überhaupt an der Erziehung der Kinder einzuschränken und gesellschaftlichen Einrichtungen einen breiteren, steigenden Anteil an derselben zu überweisen. Gleichviel ob Eltern heut Ambos sein müssen oder Hammer sein können: ihr Anteil an der Erziehung ihrer Kinder geht zurück, weil auch in den besser situierten Klassen der Kampf ums Dasein, rücksichtslos, schonungslos entfesselt, den größten, den besten Teil der Kräfte des Einzelnen aufsaugt. Für die Erziehung der Kinder bleiben davon nur die Brosamen übrig, welche das kapitalistische Getriebe des Lebens mit seinem Um und Auf vom Tische fallen läßt. Damit ist die Schulfrage auch für die Praxis wie für die Wissenschaft immer mehr zur Erziehungsfrage geworden.

Die Volksschulfrage ist mithin die Erziehungsfrage der gesamten Nation, oder sollte es wenigstens sein. Wir Sozialdemokraten aber müssen erst recht diese Frage so auffassen, denn wir stehen auf dem Boden der gesellschaftlichen und naturwissenschaftlichen Entwicklungslehre, auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und der darwinistischen Theorie. Wie wir den gesellschaftlichen Organismus nicht als das Produkt eines Schöpferwillens bewerten, wie wir die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht als etwas Festes, Gegebenes, ewig Unwandelbares betrachten, wie wir sie begreifen in ihrem Keimen, Wachsen, Reifen, Welken und Vergehen: also erfassen wir auch den menschlichen Organismus im Flusse der Entwicklung, unter dem Einflusse der Entwicklung. Nicht der vorbestimmende Wille eines Schöpfers, einer Vorsehung entscheidet darüber, was die einzelne Person werden, welches Ziel ihre Entwicklung erreichen soll. Vererbung und Milieu sind ausschlaggebend dafür. Jeder bringt eine Summe körperlicher, geistiger, sittlicher Anlagen mit zur Welt. Wie sich diese entwickeln, darauf ist das Milieu, die Umwelt von größtem Einfluß, in welcher der Mensch

aufwächst und sich betätigt. Das gesamte Milieu schafft für jeden Menschen bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir fassen das Kind als ein bildsames, entwicklungsfähiges Wesen auf, als einen weichen Thon, der sich kneten, bilden, gestalten läßt. Wir wissen, daß beim Gestalten, beim Erziehen die vererbten Anlagen und Eigenschaften ein entscheidungsschweres Wort mitsprechen, und daß die Erziehung nicht bloß beim Neugeborenen beginnen muß, vielmehr schon vor der Geburt des neuen Lebens. Im Rahmen dieses Referats ist es jedoch unmöglich, auf die in diesen Beziehungen vorliegenden Fragen und Verpflichtungen einzugehen. Es behandelt nur Entwicklungsbedingungen, welche die Schule allen Kindern der gesamten Nation bieten soll. Wir fassen dabei die Aufgabe der Schule im Sinne des großen Pädagogen Amos Comenius auf, der von ihr forderte: „Die allgemeine Bildung aller, die als Menschen geboren sind, zu allem, was menschlich ist." Die Schulfrage ist ein Teil des großen Erziehungsproblems, das gesamte materielle und geistig-sittliche Milieu bewußt und planmäßig unter Beobachtung der einschlägigen Entwicklungsgesetze derart zu gestalten, daß es die höchste und harmonische Entwicklung der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte des Kindes ermöglicht. Zu welchem Ziel? Wir erwarten darauf mit Richard Wagner, daß ihr Ziel „der starke Mensch, der schöne Mensch" sein soll, der Mensch, wie ihn Schiller an der Weltwende der Emanzipation der kontinentalen Bourgeoisie in visionärer Begeisterung geschaut und in seinem unsterblichen Gedicht „Die Künstler" gefeiert hat.

„Wie schön, o Mensch, mit Deinem Palmenzweige
Stehst Du an des Jahrhunderts Neige
In edler, stolzer Männlichkeit,
Mit aufgeschlossnem Sinn, mit Geistesfülle,
Voll milden Ernsts, in tatenreicher Stille,
Der reifste Sohn der Zeit."

Wenn wir an unsrem Ideal messen, was die bürgerliche Gesellschaft für die Bildung der großen Masse des Volkes tat, dann muß unser Urteil lauten: Gewogen und zu leicht befunden! (Lebhafter Beifall.) Betrachten wir, was die bürgerliche Gesellschaft für die Volksschule bietet, die doch das wichtigste, das hauptsächlichste Bildungs- und Erziehungsmittel für die werktätigen Massen ist.

Wie liegen da die Verhältnisse? In unseren Tagen ist die Volksschule Arme-Leuteschule. Auch auf dem Gebiete des Volksbildungswesens klafft der tiefe Gegensatz der Auffassung, der uns von der bürgerlichen Welt trennt. Wir sind der Auffassung, daß die Bildung, von der niedrigsten bis zur höchsten, Allgemeingut, Kulturgut ist, daß jedes Glied der Gemeinschaft unbeschränkten Anteil an diesem Gute hat, daß daher der Gesellschaft die Pflicht obliegt, alle Bildungsmöglichkeiten, die in ihr vorhanden sind, und deren Grundlage die Arbeit der ausgebeuteten Millionen ist, unbeschränkt allen Mitgliedern der Gesellschaft zu gute kommen zu lassen. Aber die bürgerliche Gesellschaft würdigt die Bildungsmöglichkeit zu Waren herab, die verkauft werden und gekauft werden müssen, wie alle anderen Waren auch. Sie hat die Männer der Wissenschaft aus reinen Erforschern und Verkündern der Wahrheit, der Wirklichkeit und ihrer Gesetze in betriebsame Händler mit wissenschaftlichen Werten oder Talmiwerten herabgewürdigt; die Künstler aus frei Schaffenden zu Sklaven der Mode und der Launen der Reichen. Genau so hat sie die Kultur erniedrigt zur Ware, die nur kaufen kann, wer Geld hat. (Sehr gut!) Wie unter der Herrschaft der indischen und ägyptischen Kasten, so ist heut die Bildung ein Monopol, und nicht Begabung und Bildung verleiht es, sondern nur das Geld, der Besitz. Nicht durch göttliches Gebot hält man die aufstrebenden Massen heut von der höheren Bildung fern, sondern durch etwas Härteres, was schwerer noch zu zertrümmern ist wie ein göttliches Gebot: Durch die hohen Kosten. Den Kindern wird nicht

nach Talent und Neigung die höhere Bildung zu teil, sondern nach der Vorsicht in der Wahl der Eltern. Darum haben wir auch kein einheitliches, organisch zusammenhängendes und gegliedertes Volksbildungswesen im Deutschen Reich. Wir haben Bildungsanstalten der verschiedensten Art und sehen dieselben geteilt in billige und schlechte für die Kinder des werktätigen Volkes, und solche, die besser und teurer sind und deshalb den werktätigen Massen verschlossen bleiben.

Im Deutschen Reiche gab es 1899 nach der Schulstatistik 59 300 Volksschulen für 8 660 000 Schüler und Schülerinnen. Für diese werden im ganzen 341 700 000 Mark aufgewendet, davon 243 Millionen von den Gemeinden und Unterhaltungspflichtigen der Kinder. Die Bundesstaaten steuerten nicht ganz 99 Millionen bei. Vergleichen Sie das mit den 1018 Millionen, die wir im letzten Jahre für Heer und Marine ausgaben, so haben wir die Barbarei und Schmach unsres heutigen Volksschulwesens vor Augen. (Sehr richtig!) Ja, wir sind sehr arm, wenn es sich um Ausgaben für die Ausbildung der Fähigkeiten der Menschen handelt. Aber wir sind sehr reich, wir können jährlich über eine Milliarde verpulvern und ins Wasser werfen, wenn es sich darum handelt, die Kunst der Menschenvernichtung im großen zu lehren. Einige Vergleiche machen den Armeleutecharakter der Volksschule noch deutlicher. Für Bildungszwecke im allgemeinen wurden 1879 im Deutschen Reiche durchschnittlich aufgewendet pro Volksschüler knapp 40 Mark, dagegen pro Schüler höherer Schulen 243 Mark. Im letzten Jahr gab es 8 924 779 Volksschüler, die von einem Lehrkörper von 124 027 Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet wurden. Auf eine Lehrkraft kamen durchschnittlich 61 Schüler. Vergleichen wir das mit den „Lehrern" in der Armee. Einem Offizierkorps von 24 374 und einem Unteroffizierspersonal von 81 958 Mann, insgesamt 106 332 Personen, stehen 495 500 Gemeine gegenüber. Schon auf 4,6 Gemeine kommt einer dieser militärischen „Lehrer". (Heiterkeit. Zuruf: Wenn es wenigstens Lehrer wären! — Erneute Heiterkeit.) Ja, es sind auch Leerer, mit ee, weil sie die Taschen der Steuerzahler leeren. Das hervorgehobene Verhältnis betreffs der Aufwendungen für die Armeleuteschule und die bessere Schule finden wir in den einzelnen Bundesstaaten, in den Gemeinden. In Baden z. B. beträgt die Leistung des Staats für Gymnasien, Mittelschulen und höhere Töchterschulen pro Kopf 7,27 Mark, für Volksschulen pro Kopf 1,60 Mark. (Hört! hört!). Dasselbe Bild zeigt das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schülerzahl. Ich gebe ebenfalls die Zahlen für Baden. An 16 Gymnasien mit 4959 Schülern unterrichteten 364 Lehrkräfte, auf 14 Schüler kam ein Lehrer. An 39 Mittelschulen mit 9765 Schülern unterrichten 652 Lehrkräfte, auf 17,32 Schüler kommt ein Lehrer. An 7 höheren Mädchenschulen mit 2693 Schülerinnen unterrichten 178 Lehrkräfte, 15 höhere Töchter haben also einen Lehrer. 30 Bürger- und Mittelmädchenschulen (höhere Volksschulen) 6462 Schüler, 206 Lehrer; also 31,36 Schüler pro Lehrer. 11 Volksschulen mit erweitertem Lehrplan in größeren Städten haben 35 113 Schüler, 696 Lehrer und 50,95 Schüler für jeden Lehrer. Und nun gar die 1570 Volksschulen der andren Gemeinden! Sie haben 238 845 Schüler und 3250 Lehrkräfte; es kommen hier 73,49 Schüler auf jede Lehrkraft.

Preußen ist dank der Junkerherrschaft, des Dreiklassenparlaments der reinste Typus bürgerlicher Unkultur, das zeigt sich auch in seinen Volksschulverhältnissen. 1901 wurden verausgabt für Volksschulunterhaltungskosten insgesamt 269 942 875 Mark. Die östlichen Provinzen trugen dazu bei pro Kopf der Bevölkerung 6 Mark durchschnittlich, die westlichen 9 Mark, Berlin mehr als 10 Mark, Koblenz über 12 Mark. Aber die Zuschüsse des Staats wandern nicht dorthin, wo die Aufwendungen am größten sind, sie gehen dorthin, wo die Großgrundbesitzer einen kleinen Teil der Schullasten tragen oder wenigstens tragen sollten. So entziehen sich die „Besten und Edelsten" ihrer Verpflichtung, zu den Schullasten beizutragen, so gut wie vollständig. Im Osten trägt die

Staat fast die Hälfte der Schullasten, 46,71 Prozent, im Westen viel weniger, 19,38 Prozent. Das Minimum des staatlichen Zuschusses im Westen entfällt auf Berlin mit 8 Prozent; das Minimum beträgt in den östlichen Provinzen über 29 Prozent, es steigt hier bis auf ein Maximum von über 58 Prozent. Das aber nicht zur Förderung des Volksschulwesens, sondern zur Entlastung der Grundbesitzer. Selbst ein harmloses bürgerliches Organ, die „Soziale Praxis", hat diese Zustände an den Pranger geschlagen. Es schrieb: „In den östlichen Provinzen sind auf dem platten Lande die staatlichen Zuschüsse schon heute viel größer als die Aufwendungen für die Lehrerbesoldungen, und die Patrone beziehen für die meist gar nicht zu leistenden subsidiarischen Verpflichtungen aus der Staatskasse Entschädigungen von beträchtlicher Höhe. Wenn der Staat in den eigentlichen Großgrundbesitzerdistrikten die Schule auf eigene Rechnung übernähme, so dürfte er noch Ersparnisse machen." (Vielfaches Hört! hört!) Aber nicht nur betreffs der Dotierung ist die Volksschule das Aschenbrödel unter den Schulen, die herrschenden und regierenden Klassen brauchen und mißbrauchen sie auch, um durch engherzigen religiösen Dogmenunterricht, durch gefälschten Unterricht in der Geschichte und den Naturwissenschaften den Geist der Kinder des Volks zu vergiften.

An die Spitze unsrer Reformforderungen zugunsten der Volksschule stellen wir die Forderung nach Einheitlichkeit und Unentgeltlichkeit des Schulwesens, vom Kindergarten bis zur Hochschule. Grundlage muß die obligatorische einheitliche Elementarschule sein, die alle Kinder ohne Unterschied der Klasse und des Geldbeutels der Eltern besuchen müssen. Dort sollen die Kinder eine so tüchtige geistige Entwicklung erhalten, so reich mit Wissen, mit allgemeiner Bildung ausgestattet werden, daß sie zur Zeit der Berufswahl wohl ausgerüstet ins Leben treten und zu ihrer Weiterbildung nur noch die allgemeine Fortbildungsschule zu besuchen brauchen, die obligatorisch für alle ist, welche nicht zu ihrer Ausbildung in die Mittelschulen übertreten. An die einheitliche Elementarschule gliedert sich die Mittelschule an, welche für den Besuch in die höheren und höchsten Schulanstalten vorbereitet, in welche die Schüler und Schülerinnen nach Begabung und Neigung eintreten können. In pädagogische Streitfragen über die Altersgrenze für Elementar- und Mittelschule usw. will ich nicht eintreten. Je nach der Natur der Berufsbildung, welche die Mittelschulen vorbereiten sollen, bestimmt mit die Art und Verteilung des Unterrichtsstoffes, liegt das Schwergewicht auf technischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Fächern. Natürlich müssen alle diese Bildungsanstalten unentgeltlich sein. Wenn jedes Kind sich nur in der Volksschule elementare Bildung holen kann, gewinnen auch die herrschenden Klassen Interesse an der allseitigen Hebung der Volksschule; sie gewinnen ein Interesse daran, einzutreten für höhere Aufwendungen zu ihrer Ausgestaltung, für Einführung besserer Unterrichtsmethoden, gegen die Verfälschung des Wissensstoffes usw. Erst wenn das Kind des arbeitenden Mannes neben dem des reichen Fabrikanten in der Einheitsschule sitzt, wenn die Bourgeoisie ihr Fleisch und Blut in diese schicken muß, wird sie für Reform der mangelhaften, lückenhaften Volksbildung zu haben sein. (Sehr richtig.) Allzuviel verspreche ich mir übrigens auch von der Einheitsschule nicht. Solange die jetzige Wirtschaftsordnung bestehen bleibt, können die Reichen für ihre Kinder den Elementarunterricht durch Privatunterricht ergänzen lassen. Damit will ich nur vor der Ueberschätzung der Einheitsschule warnen, wie sie bei bürgerlichen Sozialreformern und Pädagogen vielfach gang und gäbe ist.

Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts soll, wie die Gegner sagen, ein Eingriff in die heiligsten Elternrechte sein, die sittlichen Grundlagen des Familienlebens zerstören. Nichts davon; sie ist eine materielle Notwendigkeit, sie ist eine kulturelle Notwendigkeit, sie ist eine primitive sittliche Pflicht der Gesellschaft, die auf dem robusten Unterbau der Leistungen der werktätigen Bevölkerung ruht.

Hier erst wird den Kindern des Volks die Möglichkeit zur Aneignung, zum Schauen, zur Vermehrung der höheren Kulturgüter gegeben. Der begabte Sohn des Volks, den glühender Bildungsdrang vorwärts treibt auf dem steilen Pfad zum Bildungsparadies, vor das die besitzenden Klassen den Cherubin mit flammendem Schwert gestellt haben, soll nicht auf dem so dornigen und steinigen Weg der Gnade, des Stipendienwesens aufsteigen müssen. Denn die Stipendien werden nur einer kleinen Zahl und nicht immer den Begabtesten und Würdigsten zu teil. Denn das Almosennehmen tötet Fähigkeiten, begünstigt äußern Drill, verdirbt den Charakter, schafft feile Knechte, Sklavengeister statt freie Denker. In letzter Stunde dient er dem Zweck, gehorsame, geistige Schildknappen der bürgerlichen Gesellschaft heranzubilden. (Sehr wahr!) In Frankreich, Nordamerika, der Schweiz, in Preußen und vielen süddeutschen Städten ist wenigstens der Volksschulunterricht bereits unentgeltlich.

Ebenso unentgeltlich wie der Unterricht müssen die Lehr- und Lernmittel sein. Nicht auf dem Gnadenwege, auf besonderes Nachsuchen, aus spärlichen Fonds sollen die Mittel gewährt werden, sondern jeder Schüler soll sie von Rechts wegen erhalten, wie der Soldat das Gewehr und die Uniform erhält. Zur Unentgeltlichkeit der Lehrmittel muß die Schulspeisung treten, die Pflicht der Gesellschaft, aus öffentlichen Mitteln für den Unterhalt der Zöglinge ihrer Schul- und Bildungsanstalten zu sorgen. Sonst ist es den Kindern des Volks unmöglich, die erschlossenen Bildungsmittel völlig auszunützen. Die proletarische Familie ist in der Mehrzahl der Fälle außerstande, die Kinder bis zum 20. oder 24. Lebensjahr zu unterhalten. Hinaus zur Erwerbsarbeit heißt es für viele kleine Proletarier noch vor dem Ende des heutigen Volksschulunterrichts. In Großstädten des Auslandes, wie London, Stockholm, Amsterdam und sodann noch in Frankreich und den Vereinigten Staaten, in vielen Gemeinden des Kantons Zürich, und selbst in Deutschland, in Braunschweig und Fürth erhalten die Volksschüler unentgeltlich die Lernmittel. Seltner gibt man den Kindern zum Brot des Geistes auch das Brot des Leibes. Ansätze dazu sind die Schulkantinen, die nicht mit den Mitteln des Klingelbeutels, nicht aus mildtätigen Stiftungen oder von Wohltätigkeitsvereinen erhalten werden, sondern aus öffentlichen Mitteln.

Eine andre grundlegende Forderung unsrerseits ist die der vollen Weltlichkeit der Schule. Hinaus mit der Religion aus der Schule. (Bravo!) Sie hat in der Schule nichts zu suchen, nichts aus ethischen, nichts aus pädagogischen Gründen. Der Religionsunterricht trägt vor allem das Brandmal der Aufgabe, welche die herrschenden Klassen ihm zuweisen. Er soll nicht das religiöse Empfinden fördern, er soll die wirtschaftliche und soziale Sklaverei der arbeitenden Klassen aufrecht erhalten. (Sehr richtig!) Er dient nicht der Pflege religiösen Empfindens, sondern dem mechanischen Einbläuen von Dogmenformeln, die im schreiendsten Widerspruch zu den Ergebnissen der Wissenschaft und zur Wirklichkeit stehen. Damit ist er unsittlich. Der Religionsunterricht in der Volksschule ist nicht in erster Linie ethisch, sondern dogmatisch, er vergiftet die Volksschule. (Sehr richtig!) Ein Unterricht, der statt den Kindern die Wahrheit zu zeigen und sie auf den Weg wissenschaftlicher Erkenntnis zu weisen, ihnen toten Formelkram einbläut, der in längst vergangenen Zeiten geschmiedet worden ist als Kette für den Geist, dieser Unterricht ist als unsittlich gebrandmarkt. Zudem steht der Religionsunterricht in der Volksschule im Banne der engherzigsten Konfessionalität und erzieht nicht zur Achtung, zur Duldsamkeit gegenüber anderen Ueberzeugungen, sondern reizt dazu an, in jedem Andersgläubigen den Ketzer, sei er einer der Gescheitelten oder Geschorenen, zu sehen und zu verachten. Auch vom pädagogischen Standpunkt aus verlangen wir Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule. Kein andrer Gegenstand wird so sehr im Widerspruch mit den elementarsten Forderungen der Pädagogik unter-

richtet. Der Religionsunterricht fördert das Denken nicht und regt es nicht an, sondern ertötet es, weil an Stelle des Suchens und Forschens der Glaube an das Wort gesetzt wird, weil das Gedächtnis mit totem Ballast beschwert und die Lust am Lernen dadurch verkümmert, das Gedächtnis auf Kosten des Denkens entwickelt wird. Die Regulative für die preußische Volksschule verlangt 180 Bibelsprüche. Man hat sich jetzt dahin geeinigt, „nur" 110 Sprüche aus dem neuen, 20—40 Sprüche aus dem alten und 20 Gesangbuchslieder lernen zu lassen. In Sachsen ist man selbstverständlich frömmer. (Große Heiterkeit.) Da verlangt man das Auswendiglernen der 5 Hauptstücke nach Luthers kleinem Katechismus, ferner 168 Gesangbuchverse, 150 Bibelsprüche, 35 Choralmelodien und den wesentlichen Inhalt von 140 biblischen Geschichten. Schon vom pädagogischen Standpunkt aus rechtfertigt sich die Forderung: Heraus mit der Religion aus der Volksschule! Diese Forderung ist in Frankreich und den Niederlanden bereits verwirklicht, in den Vereinigten Staaten und der Schweiz, im bibelfesten England, dem frommen Italien und dem klerikalen Belgien dürfen die Kinder nicht zwangsweise in der Religion unterrichtet werden.

Ethischer Unterricht ist auch ohne Verquickung mit dem Religionsunterricht möglich. Geschichte und Erfahrung beweisen, daß Religion und Ethik verbunden sein könne, aber nicht untrennbar miteinander verbunden sind. Wir haben viel Religion zusammen mit wenig Ethik gehabt und haben das auch heute herzlich oft. Der Moralunterricht muß durch den Unterricht in Gesetzeskunde und Bürgerkunde ergänzt werden. Der Religionsunterricht soll Privatangelegenheit jedes Elternpaares bleiben. Die Gesellschaft ist nur verpflichtet, die Kinder tüchtig zu machen in dem, was sie für das diesseitige Leben gebrauchen. Für das Jenseits zu sorgen, soll Privatsache der Eltern sein. Charakteristisch ist die Haltung der bürgerlichen Liberalen gegenüber den reaktionären Vorstößen zur Verpfaffung der Volksschule. Die Tinte des Kompromisses ist kaum trocken, mit der sich die Liberalen mit Konservativen und Klerikalen über die weitere Verpfaffung der Volksschule geeinigt haben. Dazu eine Tatsache, die mir fast noch schimpflicher erscheint. Die Jung-Liberalen haben auf ihrer Tagung in Leipzig in den Richtungslinien zur Volksschulfrage beschlossen, daß dem Religionsunterricht im Lehrplan der gebührende Raum gewährt werden muß. (Heiterkeit.) Schon daraus sehen Sie, daß die Jung-Liberalen die geborenen Mummelgreise sind. (Große Heiterkeit und Beifall.) Die Liberalen erheben nicht mehr die Forderung, von deren Durchführung auch sie einst in Jugendfrische geträumt: Hinweg mit der Religion aus der Volksschule. Aus Furcht vor dem Sozialismus suchen sie das Proletariat mit Vertröstungen auf das Jenseits vom Befreiungskampfe im Diesseits abzuhalten. Dazu kommt noch ein andres. Die Bourgeoisie ist in Weltuntergangsstimmung, und aus ihrem Katzenjammer flüchtet sie in den religiösen Mystizismus. Daher der überragende Einfluß, den dieser in der modernen Literatur und Kunst gewinnt.

Ueber der Weltlichkeit der Schule fordern wir eine vollständige, gründliche Reform des Unterrichts in allen Fächern, vor allem in der Geschichte, im Deutschen, in der Naturwissenschaft. Diese Fächer müssen die gebührende Bedeutung im Unterrichtsplan gewinnen, sie müssen nach den besten Methoden unterrichtet werden, sie müssen in Uebereinstimmung mit der wissenschaftlichen Forschung Kenntnisse vermitteln, die geistige Entwicklung fördern. Der Geschichtsunterricht muß vom Bann des Mordspatriotismus erlöst werden, der naturwissenschaftliche Unterricht vom Banne der biblischen Legenden, des kirchlichen Dogmas. Der erstere soll in das soziale, der letztere in das natürliche Leben einführen, auch in das des Menschen.

Eine andre grundlegende Forderung ist die Einführung des Arbeitsunterrichts in den Schulplan. Das ist bedeutsam, weil wir uns mit äußerste Energie gegen die ausgebeutete Kinderarbeit auflehnen. Wir sind überzeu

daß die freie Arbeit von hohem sittlichen und pädagogischen Wert ist. Wir wollen die verhängnisvolle Spaltung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aufheben; wir wollen die Gesellschaft umwandeln in eine Ordnung von freien Arbeitern bei materiellem und geistigem Schaffen; wir wollen den Kindern alle Bildungsmöglichkeiten der Gesellschaft erschließen. Darum aber muß auch der Arbeitsunterricht im reformierten Schulplan den ihm zukommenden Platz erhalten. Er knüpft an an den Anschauungsunterricht, vollendet, verinnerlicht ihn, führt in die innere Natur der Gegenstände und Vorgänge ein, entwickelt und schärft die Sinne, erhöht die Handfertigkeit, stählt die Muskeln, macht körperlich gewandt, regt das selbständige Denken an, konzentriert den Willen auf eine Leistung und beflügelt den schöpferischen Trieb, der in jedem Kinde schlummert. Der Arbeitsunterricht wird dadurch spätere technische Erfindungen und Verbesserungen anregen und vorbereiten, die Arbeiter auf irgend einem Gebiet zu denkenden, schöpferisch tätigen Menschen heranziehen. Von großem Einfluß wird er auch darauf sein, das künstlerische Empfinden und Gestaltungsvermögen zu heben, so daß auch die fabrikmäßige Produktion in dieser Beziehung eine höhere Stufe erreicht. So gibt der Arbeitsunterricht Freude an schöpferischer Arbeit, lehrt Ehre und Würde der Arbeit. Durch ihn wird ferner verhindert, daß die Kinder in Stimmung von Staatspensionären hineinwachsen. Er erzieht sie zum Bewußtsein ihrer Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft, das, was sie an Bildung und Kultur empfangen haben, als frei schaffende Menschen mit Zins und Zinseszins zurückzuerstatten.

Wir fordern ferner den gemeinsamen Unterricht und die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. Am Unterricht selbst wie an der Schulverwaltung sollen Frauen und Männer gleichberechtigt beteiligt sein nach ihren persönlichen Fähigkeiten. Diesen entsprechend sollen auch Frauen mit den höchsten Lehrämtern und den höchsten Posten der Verwaltung betraut werden. Der gemeinsame Unterricht und die Gleichberechtigung von Frau und Mann auf dem Gebiete des Unterrichts, der Erziehung ist eine bedeutsame Notwendigkeit und trägt dazu bei, das Ungesunde, Gekünstelte, Ueberreizte in den Beziehungen der Geschlechter zu einander zu beseitigen, das sich besonders in der Zeit der Pubertät bemerkbar macht.

Die Absperrung der Geschlechter von einander, die lügenvolle Geheimnistuerei und Unwissenheit in sexuellen Fragen, in der sie aufwachsen, ist mit Schuld an dem ungesunden Stand der Dinge heute und ihren bösen Folgen. Die Verwirklichung unsrer Forderungen schafft vorzügliche Schutzwälle gegen leibliche und geistige Verirrungen und krankhafte Zustände der jungen Mädchen, gegen die mancherlei Gefahren und Verirrungen, die an den jungen Mann infolge der überlieferten zweifachen Moral herantreten. Es gibt keine besseren Schutzwehren gegen diese Gefahren, als wenn der Knabe am Mädchen sich an den guten Kamerad gewöhnt, als wenn der junge Mann in der heranwachsenden Jungfrau die Mitstrebende schätzt und achtet, und wenn er sich neben einer klugen, treuen Mutter einer verehrten Lehrerin erinnert, die ihm auf manchem Pfade des Wissens als Führerin vorangeschritten ist. Ein andrer Grundwert kommt für unsre Forderung in Betracht. Je mehr die Frau als gleichberechtigt hinaus ins Leben tritt und Gelegenheit hat, ihre Persönlichkeit zu entfalten, um so mehr wird sich ihre weibliche Eigenart entwickeln. Die Emanzipation der Frau führt nicht zu dem Resultat, das schreckhafte Philister vorausgesagt haben: zum Verwischen des psychischen weiblichen Wesens. Nicht zu einer grotesken Kopie, nicht zu einem Affen des Mannes wird sich die von sozialen Schranken befreite Frau entwickeln, sondern gerade ihre weibliche Eigenart wird frei erblühen. Je weiter aber die Entwicklungslinien der Geschlechter auseinanderlaufen, um so wichtiger wird der gemeinsame Unterricht für das Verständnis, das harmonische Zusammenwirken der Geschlechter.

Digitized by Google

Ich will nun noch kurz auf die Notwendigkeit einiger weiterer Reformen hinweisen. Wir bedürfen ganz andrer Schulgebäude als jetzt. Das Elend der einschlägigen Verhältnisse auf dem Lande wurde gekennzeichnet durch den Prozeß über Trakehnen, 120 000 Mark wurden für den Gestütstall ausgegeben, die edlen Pferde fraßen aus Marmorkrippen, die 62 Schulkinder fanden dagegen im Schulzimmer keinen Raum und mußten zur Hälfte mit ihren Büchern am Fenster stehen. Ueber eine Million Kinder wird in Preußen in überfüllten Klassen unterrichtet. (Hört! hört!) Auch in Sachsen, Württemberg und Baden sind die Volksschulklassen überfüllt. Diese Ueberfüllung aber steht im Gegensatz zu der Forderung, daß die körperliche Gesundheit der Kinder in der Schule geschützt sei und gefördert werden soll. Die Schulhäuser sollen schöne, gesunde Gebäude sein. In den großen Städten liegen die Verhältnisse ja besser als auf dem Lande, aber zu wünschen bleibt auch hier genug übrig. In den großen Klassenzimmern herrscht häufig infolge der Ueberfüllung eine verpestete Luft, und unter der zusammengepferchten Schülerzahl ist die Verbreitung ansteckender Krankheiten leicht möglich. Auch der Forderung wird nur äußerst selten entsprochen, daß die Schulen inmitten großer Gärten liegen sollen. Turnplatz, Schulspielplatz und Schulgarten sind nötig im Interesse der gesunden körperlichen Entwicklung der Kinder, sollen aber auch im Dienste des Anschauungs- und Arbeitsunterrichts, der künstlerischen Erziehung, der Pflege des Gemütslebens stehen. Der aufgestellten Forderung schließt sich die auf Errichtung von Brausebädern und auf Anstellung von Schulärzten an. Erst 239 deutsche Schulärzte, im ganzen noch nicht 700, angestellt. Im kleinen Norwegen hat jede Schule ihren Schularzt, jede Mädchenschule ihre Schulärztin. Wir verlangen weiter, daß Lehr- und Lernmittel den Anforderungen der Hygiene entsprechen. So müßten z. B. die schlechtgedruckten Schulbücher, eine Ursache der Kurzsichtigkeit, verboten werden. Warum geschieht das nicht? Weil kapitalistische Interessen daran hängen, die mehr Schutz erfahren als die Augen unsrer Kinder.

Eine Hauptforderung auch im Interesse einer gründlichen Schulreform ist, daß die Stellung der Lehrer in jeder Hinsicht eine durchgreifende Verbesserung erfährt. Die Schulfrage ist zum großen Teil eine Lehrerfrage. Für die Volksschullehrer muß an Stelle der vielfach unzulänglichen, wissenschaftlich und sozial verfälschter Bildung in den Seminarien, auf denen die knöcherne Hand der Orthodoxie lastet, die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu harmonisch gereiften, starken Persönlichkeiten zu entwickeln, mild nach unten, steifnackig nach oben! (Lebhafter Beifall.)

Wir fordern weiter, daß eine größere Zahl von Lehrern angestellt wird. In Deutschland kommen im Durchschnitt 61 Schüler auf einen Lehrer. In Preußen beträgt die zulässige Maximalzahl der Schüler 70, in Sachsen 60. Diese Maximalzahl wird aber in einer sehr großen Zahl von Fällen ganz bedeutend überschritten. Das ist grober Unfug. In Schlesien waren 1899 für 14 507 katholische Klassen nur 10 828 Lehrer vorhanden; in 599 von 1116 katholischen Schulen Schlesiens kamen mehr als 80 Schüler auf einen Lehrer, in 252 mehr als 100, in 7 Klassen sogar 170 bis 200 Schüler. (Hört! hört!) In Sachsen unterrichtet ein Volksschullehrer im Durchschnitt 62,70 Schüler; im Bezirk Auerbach 80, im Bezirk Chemnitz Land 88,5. Diese große Ueberfüllung der Klassen aber bedeutet für den Lehrer die totale Unmöglichkeit, der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung des einzelnen Schülers die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Trotz des besten Willens kann er die individuelle Eigenart des Schülers nicht beachten. Für den Lehrer selbst bedeutet die Ueberfüllung der Klassen einen Raubbau an seiner Kraft, eine Ueberlastung — man bedenke, daß der Unterricht Vorbereitungs- und Nacharbeit nötig macht! —, der auf die Dauer kein Mensch gewachsen ist, am allerwenigsten der Volksschullehrer mit seinem kärglichen Gehalt. (Lebhafte Zustimmung.) 1894 teilte Minister Bosse im preußischen Ab-

geordnetenhaus mit, daß von 959 Lehrern in Westpreußen 200 nur 451—500 Mark Jahresgehalt bezögen (Pfui!), 1897 trat eine Gehaltsaufbesserung von 22 Prozent ein. Aber für die ständigen Lehrer Preußens beträgt das Grundgehalt trotzdem nur 900 Mark, für die nichtständigen Lehrer und Lehrerinnen sogar nur 720 Mark. In Ostpreußen aber beziehen 98 Prozent der Lehrer nur das Minimalgehalt. In Bayern, Württemberg, Sachsen und Braunschweig erhalten die Lehrer 1200 Mark Grundgehalt, immer noch wenig genug. Das niedrige Gehalt der Lehrer bedingt eine niedrige Lebenshaltung, die nicht im Entferntesten imstande ist, ein Äquivalent für verausgabte und zu verausgabende Kraft zu liefern. Die Folge ist für den Lehrer eine Minderung seiner geistigen und sittlichen Kraft, seiner Frische und Leistungsfähigkeit, eine Behinderung der Weiterbildung. Dieses niedrige Gehalt peitscht aber auch den Lehrer auf, sich Nebenverdienst zu suchen. (Lebhafte Zustimmung.) In den großen Städten übernehmen die Lehrer Kontor- und Schreibarbeiten, sie lesen Korrekturen oder sie quälen sich mit Privatunterricht die Seele aus dem Leibe heraus. (Lebhafte Zustimmung.) So haben wir sorgengepeinigte, abgehetzte Lehrer, die nicht die nötige Kraft und Freudigkeit für den hohen Beruf haben können, die Kinder des Volks zu harmonisch entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen. (Bravo!) Wollen wir eine bessere Volksschule, so müssen wir also auch die Besserstellung der Lehrer fordern. Wie gering wertet doch die bürgerliche Gesellschaft die höchste, die wichtigste aller Tätigkeit, die Veredelung und Erziehung des Menschengeschlechts. Vergleichen Sie nur einmal den Kurswert eines Volksschullehrers und eines Hauptmanns auf der bürgerlichen Heiratsbörse. (Große Heiterkeit.)

Wegen der vorgeschrittenen Zeit kann ich leider auf die sehr wichtige Seite nicht eingehen, wie die Volksschule durch Gestaltung des Schulgebäudes, Ausschmückung der Klassenzimmer, Beschaffenheit der Lehr- und Lernmittel und anschauliche Einführung in die Schönheiten der Natur und Kunst die künstlerischen Anlagen und Kräfte des Kindes entwickeln muß.

Vorbereitet muß die Volksschule werden durch die Kindergärten, überhaupt wird sie durch Einrichtungen aller Art, welche den Kindern vor und nach dem Unterricht liebevolle und verständige Aufsicht, Pflege, Erziehung gewähren, durch Einrichtungen, welche in der schulfreien Zeit, die Ferien inbegriffen, in methodischer, anständiger Weise für die Erziehung im weitesten Sinne sorgen. Die Errichtung der einschlägigen Anstalten würde ein hervorragendes Gebiet der Betätigung bisher mißbrauchter oder gar zur Untätigkeit verurteilter weiblicher Arbeitskraft schaffen, ein Gebiet, das sich eng an den häuslichen, mütterlichen Pflichtkreis der Frau anschließt, eine Erweiterung und Vertiefung bedeutet. Alle die vielen Frauen, denen Ehe oder Kindersegen versagt ist, alle, die Begabung und Neigung auf mütterliches Walten verweist, können sich hier zum Nutzen der Allgemeinheit, zur eigenen Befriedigung betätigen. All ihre mütterliche Liebe, Wärme, Einsicht, könnten sie da an den Kindern Anderer ausleben. (Lebhafter Beifall.) Es ist eine sittliche Pflicht der Gesellschaft, für die Betätigung aller im Weibe ruhenden Kräfte Raum zu schaffen. (Sehr richtig!)

Ich will hier abbrechen. (Ruf vom Tische der bürgerlichen Presse: Sehr gut.) Wir brechen ab, wenn wir es für gut finden, nicht wenn die Vertreter der bürgerlichen Presse sich gelangweilt fühlen. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

Wir Frauen haben die Pflicht, im Kampfe um die Reform der Schule voranzugehen, durch welche die Erziehung in der Familie nicht überflüssig gemacht, sondern ergänzt werden soll. Wir brauchen für das heranwachsende Geschlecht die volle Wahrung, ja Vertiefung des elterlichen Einflusses. Elterliche Erziehung und öffentliche Erziehung lösen einander nicht ab, sondern vervollständigen sich. Wir können der elterlichen Erziehung im Heim nicht entraten, auf das die Kinder zu starken Persönlichkeiten von ungebrochener Eigenart erwachsen. Wir bedürfen der gemeinsamen Erziehung in öffentlichen Anstalten,

damit die Persönlichkeit nicht zum Individualitätsprotzen entarte, damit sie in brüderlicher Empfindung und Gesinnung mit allen, mit der Allgemeinheit verbunden bleibt und alles begreift, was sie ihr verdankt und was sie ihr schuldet. Wir Frauen sind vor allem berufen, im Kampfe für eine grundlegende Reform des Schul- und Erziehungswesens voranzugehen, weil wir Mütter sind und Mütter werden sollen. Wenn das Ziel der Erziehung sein soll, jeden Menschen zum Lebenskünstler im edelsten Sinne des Wortes zu bilden, zu einer Persönlichkeit, welche das Leben in seinem reichen Inhalt, seinem gewaltigen Umfange zu erfassen vermag, zu einer Persönlichkeit, durch welche, um mit Nietzsche zu reden, die Menschheit voraufgepflanzt wird, dann müssen wir unsre Kraft für diese hohe Aufgabe einsetzen. Wir, die wir das heranwachsende Geschlecht in unsrem Schoße tragen und es mit unsren Säften nähren; wir, die wir auf das heranwachsende Geschlecht die Entwicklung unsres Hirns, den stolzen, freien Schlag unsres Herzens übertragen; wir müssen in der ersten Reihe stehen, wenn es sich darum handelt, den Kindern die Möglichkeit zu erringen, zu Lebenskünstlern zu werden. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzende Frau **Ziet**: Es ist nicht unsre Absicht, mit der Behandlung der Schulfrage dem Parteitage vorzugreifen. Deshalb hat Frau Zetkin auch unterlassen, uns eine Resolution zu unterbreiten. Nur die Richtlinien unsrer Anschauungen sollten hier vorgetragen werden, um den Genossinnen die fruchtbare Teilnahme an der Parteidiskussion über die Schulfrage zu ermöglichen. Aus diesen Gründen schlägt das Bureau vor, daß die Konferenz von einer Diskussion Abstand nimmt.

So wird beschlossen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist das **Vereins- und Versammlungsrecht**. Referentin ist

Frau Zietz-Hamburg: Zum drittenmal müssen wir uns mit dieser Frage auf unsern Konferenzen beschäftigen. Aber die reaktionäre Gestaltung und Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts macht die Frage immer aufs neue aktuell. Unsre Losung ist die alte: Hinweg mit allen Ausnahmebestimmungen gegen die Frau. Sie ist ein realer Faktor im Wirtschaftsleben geworden und hat Anspruch auf die gleichen Rechte wie der Mann. Bekanntlich dürfen die Frauen in der Mehrzahl der deutschen Staaten nicht an politischen Vereinen teilnehmen. Die Polizeibehörden entwickeln nun vielfach eine merkwürdige Auslegekunst des Begriffes „Politik". Das hat zur Auflösung von Zahlstellen der Gewerkschaften geführt, die Frauen als Mitglieder aufnehmen. So sind dem Fabrikarbeiterverband eine ganze Reihe von Zahlstellen aufgelöst worden mit der Begründung, es sei Politik getrieben worden, weil in Vereinsversammlungen darauf hingewiesen wurde, man müsse darauf dringen, daß der Wirt organisierte Kellner beschäftige. Eine Zahlstelle des Schuhmacher-Verbandes wurde mit der Begründung aufgelöst, es werde Politik getrieben, da das Statut einen Passus enthalte, wonach die Akkordarbeit abgeschafft werden solle. Der „polizeitechnische" Begriff „Politik" ist außerordentlich eng gespannt. Nicht nur die Mitgliedschaft an politischen Vereinen bleibt den Frauen versagt, nein dies Verbot wird auch ungesetzlich ausgedehnt auf die Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen. Wir sehen, wie die Damen der bürgerlichen Gesellschaft ungehindert an politischen Vereinsversammlungen teilnehmen dürfen und sich rednerisch betätigen, in Vereinen, in denen man Rats pflegt, wie man dem dummen Volke die Taschen plündert, was die Polizei ruhig geschehen läßt. Diese doppelte Handhabung des Gesetzes muß öffentlich gebrandmarkt werden. (Sehr richtig!) Die von Herrn v. Hammerstein bescherte Segmentfreiheit (Heiterkeit) hat in unterschiedlichen Polizeigehirnen so große Verwirrung angerichtet, daß in der Praxis unser Versammlungsrecht noch verschlechtert wird. Bei der letzten Reichstagswahl sprach ich in Annen im Kreise Dortmund. Die Frauen hatten sich zu-

sämmen ruhig an einen Tisch rechts im Saale gesetzt. Der überwachende Beamte aber verlangte, daß sie sich links plazieren sollten, Dort, wo die Tische etwas abgesondert standen, sei das Segment, wie es Herr v. Hammerstein gemeint habe. (Heiterkeit.) Ich suchte dem Beamten klar zu machen, daß es sich hier um eine Volksversammlung, nicht um die Versammlung eines politischen Vereins handele, aber das nutzte nichts; der Beamte erklärte: Wenn Sie meinen Anordnungen nicht Folge leisten, mache ich von meinem Rechte Gebrauch und löse auf. Recht hatte er zwar nicht, aber Gewalt geht vor Recht, und so wurde der Anordnung Folge geleistet. Vor kurzem hielt ich Versammlungen im Wahlkreise Bochum ab. In Gelsenkirchen, Herne, Bismarck usw. konnte ich ungehindert sprechen. Wie ich aber nach dem kürzlich Großstadt gewordenen Bochum komme, heißt es: Es ist verboten, daß Frauen an der Versammlung teilnehmen, unter keinen Umständen darf aber eine Frau sprechen. Der Vertrauensmann nahm mit dem Bürgermeister Rücksprache und erreichte, daß die Versammlung stattfinden konnte.

Kaum aber hatte ich zwei Worte gesagt, so hieß es: Im Namen des Gesetzes ist die Versammlung aufgelöst! Im Namen welches Gesetzes weiß ich heute noch nicht, denn es besteht kein solches Gesetz. (Lebhafte Zustimmung.) Am nächsten Tage redete ich in Harpen. Das Wort wurde mir erteilt und nun erst kommt das Herabwürdigende, daß man einem Beamten, auch wenn er offenbar Unrecht hat, Folge leisten muß. Der Beamte sprach mit dem Vorsitzenden und dieser bat mich im Reden einzuhalten. Der Beamte stellte sich neben mich und sprach die Auflösung der Versammlung aus. Der Beamte hatte den Auftrag, wenn eine Frau rede, so solle er auflösen, und er nahm den Auftrag so wörtlich, daß er mich erst eine Weile reden ließ. (Heiterkeit.) Auf meine Frage nach dem Grund der Auflösung antwortete er nicht, sondern ersuchte mich, nicht auf ihn einzureden. Ich sagte ihm, wir würden es ihm schon beibringen, die Gesetze zu achten und er meinte, ich solle ihn nicht bedrohen. Es ist charakteristisch für den Beamten, daß er sich bedroht fühlt, wenn man ihn um Beachtung der gesetzlichen Vorschriften ersucht. (Sehr gut!) Die Versammlungsbesucher waren empört und diese Empörung war das beste Agitationsmittel für uns. Von diesem Standpunkte könnten wir dem Beamten dankbar sein, aber aus Rechtsgründen protestieren wir gegen die ungesetzliche Handhabung. In einer andren Versammlung passierte es mir, daß der Beamte sagte: „Weisen Sie die Frauensperson hinaus.“ Das ist keine Beleidigung, das ist der Amtsjargon. Im Gesetze ist von Kindern, Lehrlingen und Frauenspersonen die Rede. Sie sehen am Ausdruck und der Zusammenstellung, wie wir offiziell gewertet werden. (Heiterkeit.) Die Rednerin geht des weiteren auf die reaktionären Bestimmungen der Vereinsgesetze in Mecklenburg, Braunschweig, Reuß ältere Linie und Sachsen ein und sagt, die Folge der Beschränkung der Agitation, die Behinderung, in den Kreisen der Arbeiterinnen Aufklärung zu verbreiten, sei, daß die Arbeiterinnen in ihren Erwerbsverhältnissen gedrückt und der Prostitution in die Arme getrieben werden. In Hamburg haben die Frauen das Recht, an politischen Versammlungen teilzunehmen, aber dort existieren andre Fesseln. Da muß die Tagesordnung angemeldet werden, und wenn die der Behörde nicht paßt, verbietet sie die Abhaltung der Versammlung, weil die öffentliche Ruhe, Ordnung und — Sittlichkeit gefährdet ist. Das Letztere ist auch so ein „polizeitechnischer“ Begriff, den ich nicht verstehe. So durfte Stadthagen nicht über den Bibelspruch reden: Wer dem Arbeiter seinen Lohn vorenthält, ist ein Bluthund. Den bürgerlichen Frauen wurde verboten, über die Prostitution zu reden. Die Angelegenheit ist ja aus den Erörterungen im Reichstag bekannt, wo der Syndikus, Herr Schäfer, das Verhalten der Behörde zu rechtfertigen suchte, indem er mitteilte, daß ein Theologe bei Erörterung des Themas bei Mädchen die sexuelle Nöte im Gesicht

aufsteigen sah. (Heiterkeit.) Der Mann muß ja viel davon verstehen. (Stürmische Heiterkeit.) Gegen die Aeußerungen des Herrn Schäfer ist nicht von bürgerlicher Seite, sondern von uns protestiert worden. In unsrer Versammlung hat keine bürgerliche Frau das Wort zu nehmen gewagt, um unsre Worte noch zu unterstreichen.

Die schlimmsten Vexationen aber bereitet uns die verschiedene Auslegung des Begriffes Politik, zu der sehr oft rein gewerkschaftliche Dinge gezählt werden. Rednerin wendet sich gegen die polizeiliche Ueberwachung der Versammlungen, die als Demütigung und Bevormundung empfunden werde und schlägt schließlich folgende

Resolution

zur Annahme vor:

Die Konferenz der sozialistischen Frauen erhebt nachdrücklichst Protest gegen die vereinsgesetzlichen Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung anweisen. Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels kühner Interpretationskünste das kümmerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechts für die Proletarierinnen aufs äußerste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werktätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen unglaublichen Wirrwarr der Begriffe über gesetzlich zulässiges und verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohnegleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das Deutsche Reich ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, in Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen, daß die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechts und der Textesdeutung energisch zurückgewiesen und bekämpft wird.

Desgleichen fordert sie Beseitigung des Instituts der politischen Polizei.

In der Diskussion nimmt das Wort

Frau Thiel-Teltow-Beeskow und berichtet über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes in ihrem Heimatkreise. So wurde den Frauen während der Zeit der Reichstagswahlen die Gründung eines Frauen-Wahlvereins verboten und alle Beschwerden haben nichts genutzt. Wegen einer Besprechung, die ich abhielt, wurde ich angezeigt. Es fanden fünf Termine statt, erst wurde ich zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, in den höheren Instanzen aber freigesprochen. Gerade das Verbot des Vereins hat die Agitation gekräftigt, die beste Agitation hat aber für uns die Polizei geleistet. Mit der Resolution der Genossin Zietz bin ich voll und ganz einverstanden.

Frau Ruben wendet sich gegen die Behauptung der Frau Zietz, daß die bürgerlichen Frauen nicht gegen die Aeußerungen des Syndikus Schäfer im Reichstag protestiert haben. Wir haben versucht, eine Protestversammlung einzuberufen. Es ist uns aber mißlungen. Ich möchte auch Frau Zetkin berichtigen. Es ist keiner bürgerlichen Frau eingefallen, gegen Bebel aufzutreten. Er wird von uns Frauen in Hamburg ebenso geachtet und geliebt wie von Ihnen. (Beifall.)

Frau Zietz erwidert, die bürgerlichen Frauen in Hamburg sind offiziell für die Kandidaten des Mischmasch eingetreten, also gegen die sozialdemokratischen Kandidaten. Es bleibt also bei dem, was ich gesagt habe. Was Frau Ruben über die Protestversammlung gegen den Syndikus Schäfer gesagt hat, war uns neu. Wenn ihnen eine Protestversammlung unmöglich gemacht worden ist, so hätten wir davon doch erfahren müssen. In den Hamburger Blättern haben wir davon nichts gefunden. Ist die Versammlung

illusorisch gemacht, so hätten sie doch erst recht gehörig protestieren müssen. Uebrigens wäre es ja das erstemal, daß wir eine Versammlung abhalten durften, die den Bürgerlichen verboten war. Bisher war es umgekehrt. Was den bürgerlichen Frauen recht war, war uns noch nicht einmal billig. In unsrer Versammlung waren bürgerliche Frauen anwesend und keine hat geredet und unsre Ausführungen unterstrichen. Auch hier bleibt es bei dem, was ich gesagt habe. Es ist kein bürgerlicher Protest zustande gekommen in Hamburg. (Allgemeine Zustimmung.)

Jasper-Braunschweig schildert das reaktionäre braunschweigische Vereinsgesetz, das schlechter sei als in Mecklenburg und bei den wilden Völkerschaften.

Frau **Kähler**-Dresden erzählt persönliche Erlebnisse auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens und wendet sich dann gegen den Versuch der Frau Ruben, bürgerliche und proletarische Frauenbewegung als etwas ziemlich gleichartiges hinzustellen.

Frau **Baumann**-Altona teilt mit, daß in einer Versammlung in Altona versucht worden sei, gegen die Aeußerungen Schäfers zu protestieren, daß aber eine Protestresolution *abgelehnt* worden sei. (Hört! hört!) Man habe dann beim Nachhausegehen gesagt, an einer so hohen Persönlichkeit wie Herrn Schäfer dürfe man nicht Kritik üben. (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird die *Resolution Zietz einstimmig angenommen.*

Der nächste Punkt ist über die **Presse**. Referentin ist

Frau **Kähler**-Dresden: Die Presse ist eines der Hauptmittel in unserm proletarischen Klassenkampfe, leider wird aber diese Waffe nicht gewürdigt. Wohl hat unsre Abonnentenzahl der „Gleichheit" einen erfreulichen Aufschwung genommen, eine Zahl, auf die wir stolz sein können. Aber die Gewinnung dieser 12 000 Abonnenten ist mit schwerer Mühe und Arbeit verbunden gewesen, die zum weitaus größten Teile von den Genossinnen geleistet worden ist. Neben der „Gleichheit" müssen wir den örtlichen Parteizeitungen unser Augenmerk schenken, wir müssen unsre Frauen für unsre Parteipresse interessieren, aber auch die Parteizeitungen müssen mehr auf Frauenfragen eingehen. Die Presse ist das beste Mittel, Aufklärung zu verbreiten, daneben müssen leicht faßliche Broschüren und Flugblätter für Aufklärung sorgen. Eine Unterhaltungsbeilage der „Gleichheit" wäre wünschenswert, aber wo eben das Defizit geschwunden ist, darf man wohl nicht gleich durch ein neues Experiment ein Defizit schaffen und eine Preiserhöhung würde den Abonnentenstand verringern. Flugblätter dürfen nicht zu häufig herausgegeben werden, sonst werden sie nicht gelesen. Doch ist es notwendig, wichtige Fragen in Flugblättern zu behandeln. Diese Blätter werden dann Interesse finden. Bei unsern Kindern müssen wir mit unsrer Literatur werben. Das wird das jugendliche Herz für unsere Ideen zugänglich machen. Ein weiteres gutes Mittel, die Frau zu gewinnen, ist Bebels Buch „Die Frau", das heute noch mehr in bürgerlichen als in unsern Kreisen gelesen wird. Auch die Gewerkschaftspresse muß den Frauen entgegenkommen. Man muß ihnen die Fragen, die sie als Mutter und Weib berühren, zuerst klar machen. Dann wird allmählich auch das politische Verständnis geweckt werden. (Beifall.)

Frau **Zetkin** geht auf die gestellten Anträge ein. Mehrere Anträge verlangen, daß die „Gleichheit" allwöchentlich erscheine. Zwei Anträge aus Bromberg und Elberfeld wünschen, daß die „Gleichheit" leichter verständlich und volkstümlicher geschrieben werde und mehr Unterhaltungsstoff biete. Rednerin betont, daß die Redaktion auch viele Zuschriften erhalten habe, die den Charakter und das Niveau der „Gleichheit" *nicht* verändert wissen wollen. Auch am Erscheinen der „Gleichheit" und ihrem Preise könne nichts geändert werden. Aber man wolle versuchen, vom 1. Januar ab der „Gleichheit" allmonatlich eine vierseitige Beilage beizulegen, deren Inhalt der Erziehung und den Interessen der Frau als Hausfrau und Mutter dienen soll. (Freudige Zustimmung.)

Nach kurzer Diskussion erklärt sich die Konferenz mit dem von Frau Zetkin gemachten Vorschlag über Erweiterung der „Gleichheit" einverstanden und die Anträge werden zurückgezogen bis auf den Antrag Elberfeld, „die „Gleichheit" möge leichter verständlich und volkstümlicher geschrieben werden und mehr Unterhaltungsstoff bringen". Dieser Antrag wird einmütig abgelehnt.

Die Konferenz schreitet darauf zur Wahl einer Vertrauensperson für die Genossinnen Deutschlands.

Frau Zetkin: Es hieße Gelder in den Kirchenbaufonds des Freiherrn v. Mirbach schütten, wenn ich ein Wort zum Lobe unsrer Genossin Baader sagen wollte. Ich schlage vor, Genossin Baader als Vertrauensperson zu wählen. (Heiterkeit und Beifall.)

Unter allseitiger Zustimmung wird hierauf Frl. Baader-Berlin als Zentralvertrauensperson wiedergewählt.

Frau Pötzsch-Leipzig ruft den Genossinnen in einem selbstverfaßten poetischen Abschiedsgruß, der mit großem Beifall aufgenommen wird, ein: „Auf Wiedersehen!" zu.

Frau Zetkin erklärt hierauf die Tagesordnung für erschöpft und hält die Schluß-Ansprache: Ehe wir auseinandergehen, will ich den Bremer Genossen und Genossinnen für das große Interesse, die Sympathie und die Hilfsbereitschaft danken, die sie uns entgegengebracht haben. Ich bin überzeugt davon, daß die vielfachen Anregungen, die hier von verschiedenen Seiten gekommen sind, ihre Früchte tragen werden.

Ein gewaltiger Geisteshauch hat aufgewühlt die Wellen des Meeres der Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch des Meeres der Sehnsucht nach Freiheit und Kultur, da, wo es am tiefsten ist. Aus der Nacht und Not der Fabriken, aus der Enge und Beschränkung des proletarischen Haushaltes sehen wir die proletarischen Frauenmassen sich als Kämpferinnen zusammenscharen, als Kämpferinnen nicht nur um Brot, sondern für die höchsten Ziele. Das ist die festeste Bürgschaft dafür, daß der Sache des Proletariats, die die Sache der Menschheit ist, die Zukunft gehört. Im Hinblick auf die Feinde, die uns gegenüberstehen, im Hinblick auf den Unverstand der Massen, den Widerstand der reaktionären Mächte, die Unsumme von Ungerechtigkeit in der bürgerlichen Welt, im Hinblick auf all' die Gegner, mit denen wir den Kampf aufnehmen und siegreich bestehen werden, muß unser tägliches Morgen- und Abendgebet der Vers von Konrad Ferdinand Meyer sein:

Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug,
Mich reut die Stunde, die nicht Wunden schlug,
Mich reut, ich sag' es mit zerknirschtem Sinn,
Daß ich nicht dreifach kühn gewesen bin.

(Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Die Frauenkonferenz ist geschlossen.

Schluß 2¼ Uhr.

Digitized by Google

Präsenz-Liste

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Adelung, Bernhard	Mainz	Mainz-Oppenheim
Albrecht, Adolf	Halle	Anhalt II
Anders, Carl	Berlin	Berlin VI
Antrick, Otto	Berlin	Berlin II
Arons, Leo	Berlin	Berlin I
Baader, Ottilie	Berlin	Berlin (Frauen)
Bader, Paul	Magdeburg	Magdeburg
Baerer, Heinrich	Harburg	Harburg
Bartels, Albert	Wernigerode	Halberstadt-Oschersleben-Wernigerode
Bartels, Heinrich	Bochum	Dortmund-Hörde
Baudert, August	Apolda	M. d. R.
Baumann. Linchen	Altona	Altona (Frauen)
Baumgärtel, Hermann	Reichenbach i. V.	Reichenbach-Kirchberg
Bauschke, Anna	Berlin	Berlin (Frauen)
Bebel, August	Schöneberg-Berlin	Vorstand, M. d. R.
Becker, Heinrich	Dortmund	Hamm-Soest
Beckmann, Georg	Gießen	Gießen-Grünberg
Beckmann, Heinrich	Basbeck	Geestemünde-Neuhaus
Beeck, A.	Lauenburg	Altona-Stormarn und Lauenburg
Behle, Karl	Bremen	Nienburg
Bérard, R.	Hamburg	Hamburger Parteigeschäft
von den Berg, August	Krefeld	Krefeld
Bernstein, Eduard	Berlin	M. d. R.
Berten, Peter	Düsseldorf	Düsseldorf
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Worms-Heppenheim-Darmstadt-Groß-
Bittorf, Adam	Berlin	Berlin VI [Gerau
Blos, Wilhelm	Bruchsal	M. d. R.
Bock, Wilhelm	Gotha	M. d. R.
Böhle, Bernhard	Straßburg	6. elsässischer
Böhme, Emil	Eisenberg	Sachsen-Altenburg
Boljes, Johs.	Lesum	18. hannoverscher
Bömelburg, Theodor	Hamburg	M. d. R.
Borgmann, Hermann	Berlin	Königsberg-Neumark
Brey, August	Hannover	Hannover-Linden
Braun, Heinrich, Dr.	Berlin	Frankfurt-Lebus
Braun, Otto	Königsberg	Königsberg i. Pr.
Brühne, Friedr.	Frankfurt a. M.	Kontrolleur
Buder, Christian	Forst	Sorau-Forst
Budde, Ewald	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn
Buddenberg, Georg	Bant	Oldenburg II und Hannover II
Buhl, Karl	Leipzig	Leipzig-Stadt
Bühler, Rudolf	Essen	Essen
Burgau, Ludwig	Aue	Zeitz-Weißenfels-Naumburg
Burgund, Karl	Breslau	Breslau Ost und West
Cohn, Louis	Breslau	Breslau Ost und West
Conrad, Wilhelm	Rixdorf	Teltow-Beeskow
Dies, Fritz	Heddernheim	Höchst-Usingen-Homburg-Idstein
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	M. d. R.
Dittmann, Wilh.	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Donath, Hans	Bremen	Bremen

Digitized by Google

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Dönnecke, Fritz	Mühlhausen i. Th.	Mühlhausen-Weißensee
Dörfel, Ernst	Hasbe	Hagen-Schwelm
Dorn, Konrad	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Dörnke, Ludwig	Hannover	Hannover-Linden
Dreesbach, Aug.	Mannheim	M. d. R.
Düwell, Wilh.	Dortmund	Dortmund-Hörde
Eberhardt, W.	Charlottenburg	Partei-Vorstand
Ebert, Fr.	Bremen	18. hannoverscher
Efftinge, J.	Wandsbek	8.—10. schleswig-holsteinischer
Ehrhardt, Fr. Jos.	Ludwigshafen	Kontrolleur
Eichhorn, Emil	Pforzheim	M. d. R.
Eilers, Carl	Bielefeld	Bielefeld
Eilken, E.	Ottensen	Ottensen
Eisner, Kurt	Berlin	Vorwärts
Elm, v. Adolf	Hamburg	M. d. R.
Ernst, Theodor	Pirna	Pirna
Esser, Math.	Aachen	Stadt- und Landkreis Aachen
Evers, Jos.	Hildesheim	10. hannoverscher
Ewald, Ferd.	Berlin	Luckenwalde
Faber, Emil	Frankfurt	Frankfurt-Lebus
Fallenbek, Fürchtegott	Dresden-Striesen	6. sächsischer
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen
Feldmann, Franz	Langenbielau	Reichenbach-Neurode, Schweidnitz-Frei-
Fendrich, Anton	Freiburg	9. badischer [burg-Striegau
Finsel, Conrad	Bromberg	Bromberg
Fischer, Edmund	Briesnitz	M. d. R.
Fischer, Heinrich	Weimar	Weimar I
Fischer, Richard	Berlin	M. d. R.
Fischer, Robert	Seifhennersdorf	1., 2. und 3. sächsischer
Fischer, Wilhelm	Berlin	Berlin I
Förster, H.	Hamburg	M. d. R.
Freiwaldt, Georg	Pankow	Nieder-Barnim, Ost- und West-Sternberg,
Freythaler, Wilhelm	Berlin	Berlin VI [Ober-Barnim
Fritzsch, Wilhelm	Berlin	Wittenberg-Schweinitz
Frohme, Karl	Hamburg	M. d. R.
Fuchs	Zehlendorf	Friedeberg-Arnswalde
Geck, Ad.	Offenburg	Kontrolleur
Genzen, Alb.	Stralsund	Stralsund-Rügen
Gehrt, Albin	Pohlitz	Reuß ä. L.
Gerisch, Albin	Berlin	Vorstand, M. d. R.
Geyer	Leipzig	M. d. R.
Goldstein	Zwickau	M. d. R.
Gomringer, Adolf	Ebingen	9. württembergischer
Gradnauer, Georg	Berlin	M. d. R.
Graeger, Friedr.	Lüneburg	Lüneburg-Winsen
Gramsdorf, Eugen	Görlitz	Görlitz-Lauban
Greifenberg, Marie	Augsburg	Frauen
Greiner, Robert	Aschersleben	Calbe-Aschersleben
Grenz, Ernst	Leipzig	M. d. R.
Grünberg, Karl	Hartha	M. d. R.
Grünhagen, Fr.	Danzig	Danzig-Stadt
Grünig, Rudolf	Kiel	7. schleswig-holsteinischer
Gruenwaldt, L.	Hamburg	Hamburg I
Habicht, Robert	Frankfurt a. M.	Limburg-Diez-Weilburg
Hahn, Paul	Berlin	Berlin III
Hänchen, Ernst	Guben	Guben-Lübben
Hanisch, Albert	Berlin	Berlin V
Haupt, Wilhelm	Magdeburg	Magdeburg
Haverkamp, A.	Bremerhaven	Geestemünde-Neuhaus und Otterndorf,
Heinze, Gustav	Großenhain	7. sächsischer [19. hannoverscher

Digitized by Google

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Heitmann, Karl	Oldenburg (Gr.)	Oldenburg I
Henke, A.	Bremen	Verden-Achim (6. hannoverscher)
Herbst, Julius	Spremberg	Kottbus-Spremberg, Rothenburg-Hoyerswerda
Hering, August	Flensburg	Flensburg-Apenrade [1. württembergischer
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	5. schleswig-holsteinischer
Hinsche, J.	Lägerdorf	Hanau-Gelnhausen
Hoch, Gustav	Hanau a. M.	M. d. R.
Hofmann	Saalfeld	M. d. R.
Hoffmann, Adolf	Berlin	Herford-Halle
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Hamburg II
Hoffmann, Paul	Hamburg	Köln-Stadt und Bonn-Rheinbach
Hofrichter, Adolf	Köln	Dresden-Altstadt (5. sächsischer)
Holzapfel, Franz	Dresden-A.	Stettin
Horn, August	Stettin	Pforzheim-Durlach (9. badischer)
Horst, Christian	Durlach	2. oldenburgischer und 2. hannoverscher
Hug, Paul	Bant	
Jacob, Hermann	Bant	2. oldenburgischer und 2. hannoverscher
Jakobsen, E.	Hadersleben	1. schleswig-holsteinischer
Jakobsen, J. D.	Lockstedt	6. schleswig-holsteinischer
Jahn, Herm.	Luckenwalde	Zauch-Luckenwalde
Jansen, Jean	Berlin	Berlin IV
Jasper, Dr., Heinrich	Braunschweig	1. braunschweigischer
Jensch, Oskar	Berlin	Berlin IV
Inger, Peter	Solingen	Solingen
John, Bernhard	Mockritz	6. sächsischer (Dresden-Land)
Jung, Minna	Ober-Schöneweide	Nieder-Barnim
Junghans, Albin	Limbach	15. sächsischer
Jürs, Karl	Neumünster	7. schleswig-holsteinischer
Kaden, August	Dresden	Kontrolleur
Kähler, Wilhelmine	Dresden-Mickten	Magdeburg
Karl, Fritz	Rixdorf	Berlin II
Kasch, Aug.	Wandsbeck	Altona-Stormarn-Lauenburg
Katzenstein, Simon	Charlottenburg	Bingen-Alzey
Kaufmann, Oskar	Niederzwönitz	19. sächsischer
Kautsky, Karl	Berlin-Friedenau	Redakteur der „Neuen Zeit“
Keidel, Philipp	Pirmasens	Gau Pfalz
Kenngott, Gottlieb	Eßlingen	Cannstatt und Eßlingen
Kinkel, Gottfried	Göppingen	Göppingen
Klampfer, Georg	Zirndorf	Erlangen-Fürth
Klühs, Franz	Breslau	Breslau West und Ost
Knieriem, Konrad	München	Kempten, München I und II
Koch, Heinr.	Barmen	Elberfeld-Barmen
Koenen, Heinrich	Hamburg	Kontrolleur
König, Carl	Berlin	Berlin III
Köppen, Ernst	Celle	14. hannoverscher
Körsten, Alwin	Berlin	M. d. R.
Krasemann, L.	Neuruppin	Ruppin-Templin
Kratsch, Hermann	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland
Kressin, Otto	L.-Connewitz	13. sächsischer
Kufner, Johann	Oelsnitz	23. sächsischer
Kurth, Lorenz	Kalk	Köln-Land
Lange, Heinr.	Leipzig	Leipzig-Stadt
Langer, Albin	Chemnitz	Chemnitz
Leber, H.	Jena	Eisenach-Weimar II
Ledebour, Georg	Halensee bei Berlin	M. d. R.
Lehmann, Gustav	Mannheim	Mannheim
Leinert, Robert	Hannover	Hannover-Linden und 13. hannoverscher
Leister, Ernst	Johanngeorgenstadt	21. sächsischer
Lementzow, Carl	Hamburg	2. Hamburger
Leopoldt, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Leutert, Paul	Apolda	3. weimarischer (Jena-Neustadt-Weida)

Digitized by Google

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Liebknecht, Dr., Karl	Berlin	Potsdam-Spandau-Osthavelland
Lienau, Heinrich	Neumünster	Schleswig-Holstein
Lindemann, H.	Degerloch b. Stuttgart	M. d. R.
Lipinski, Richard	Leipzig	M. d. R., 11. sächsischer
Litzinger, Konrad	Minden	Minden-Lübbecken
Lohmann, Fritz	Einbeck	11. hannoverscher
Lorenz, Gust.	Niederplanitz	18. Zwickau
Löwenstein, Gabriel	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Lungwitz, Bertha	Dresden-Neustadt	4. sächsischer
Lüttich, August	Leipzig	13. sächsischer
Frau Lutz	Berlin	Berlin (Frauen)
Mädger, R.	Lehe	Geestemünde-Neuhaus (19. hannoversch.)
Mahlke, Heinrich	Engelsby	Schleswig-Holstein, M. d. R.
Maier, Georg	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Meis, Peter	Gelsenkirchen	Bochum-Gelsenkirchen
Meist, Carl	Köln	M. d. R.
Meister, H.	Hannover	Kontrolleur
Metzger, Wilh.	Hamburg	M. d. R.
Michels, Robert	Marburg	Alsfeld-Lauterbach-Schotten
Mirus, Henriette	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Molkenbuhr, H.	Berlin	M. d. R.
Mothes, Albin	Chemnitz	Chemnitz
Müllenstädt, Albert	Nauen	Potsdam-Spandau-Ost-Havelland
Müller, Carl	Hameln	9. hannoverscher
Müller, Emil	Charlottenburg	Teltow-Beskow-Charlottenburg
Müller, Theodor	Schleswig	Schleswig-Eckernförde
Nietsch, Richard	Magdeburg	Wolmirstedt-Neuhaldensleben
Nietzel, Moritz	Zschopau	Zschopau-Marienberg
Oehlking, August	Rummelsburg	Nieder-Barnim
Olderdissen, Karl	Bielefeld	Bielefeld
Osterroth, Nikol.	St. Johann	Saargemünd und Saarbrücken
Paeplow, Fritz	Hamburg	Hamburg III
Paulus, Hermann	Radebeul	4. sächsischer
Pfannkuch, Wilh.	Berlin	Vorstand, M. d. R.
Pfarr, J.	Berlin	Kontrolleur
Pötzsch, Klara	Connewitz	12. und 13. sächsischer
Rackl, Anton	Nürnberg	Ansbach-Schwabach, Nürnberg-Altdorf, Hof i. B., Bayreuth, Berneck, Wunsiedel
Rhein, Hermann	Bremen	Bremen
Reißhaus, Paul	Erfurt	M. d. R.
Repp, Georg	Friedberg	Friedberg-Büdingen
Riem, Gustav	Dresden	Dresden-Altstadt
Rindfleisch, Daniel	Kiel	7. schleswig-holsteinischer
Rollwagen, Hans	Augsburg	Augsburg-Wertingen
Rosin, Emil	Berlin	Berlin III
Sachse, H.	Bochum	M. d. R.
Schaumburg, C.	Hamburg	Hamburg I
Scheidemann, Ph.	Offenbach	M. d. R.
Scherf, Adolf	Langenchursdorf	17. sächsischer
Schievink, Helmrich	Essen a. d. Ruhr	Essen a. d. Ruhr
Schippel, M.	Berlin	M. d. R.
Schlegel, L.	Eßlingen	M. d. R.
Schmalfeldt, J. H.	Bremerhaven	Bremen
Schmid, Eduard	München	München I und II
Schmidt, Gustav	Halle	Sangerhausen-Eckertsberga, Halle-Saal
Schmidt, Heinrich	Gradow	Randow-Greifenhagen [frei
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. M.	M. d. R.
Schneider, E.	Berlin	Berlin II

Digitized by Google

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises und der Parteistellung
Schöpflin, Georg	Leipzig	M. d. R.
Schubert, Hermann	Berlin	Calau-Luckau
Schuhmacher, Karl	Mülheim	Mülheim a. Rh.
Schulz, Adolf	Delmenhorst	3. oldenburgischer
Schulz, Heinrich	Bremen	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Schulz, Wilhelm	Posen	Posen und Schönlanke
Schulze, Ernst	Cossebaude	M. d. R.
Schwartz, Th.	Lübeck	M. d. R.
Segitz, Martin	Fürth	Erlangen-Fürth
Seifer, W.	Velbert	Lennep-Mettmann
Silberschmidt, Herm.	Berlin	Züllichau-Schwiebus, Wanzleben
Sindermann, Karl	Dresden	M. d. R.
Soberski, Simon	Frohberg	14. sächsischer
Sommenburg, Hermann	Friedrichshagen	Nieder-Barnim
Sperka, C.	Stuttgart	M. d. R.
Stadthagen, A.	Berlin	M. d. R.
Starosson, F.	Rostock	Rostock-Dobarun
Stelling, J.	Lübeck	Lübeck
Stille, Wilhelm	Bergedorf	Hamburg III
Stolpe, Hermann	Waldenburg	Waldenburg, Bunzlau-Lüben
Straßenmeyer, Chr.	Essen	Essen
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg III
Stücklen, Daniel	Altenburg	M. d. R.
Südekum, Albert	Berlin	M. d. R.
Thiel, Maria	Tempelhof	Teltow-Beskow
Thiele, Adolf	Halle a. d. Saale	Mansfeld
Thöne, Georg	Cassel	Kassel-Melsungen
Trenkhorst, Siegmund	Dessau	Dessau-Zerbst
Tutzauer, Franz	Berlin	M. d. R.
Ullenbaum, Wilhelm	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Ulrich, C.	Offenbach	Offenbach-Dieburg und Erbach-Bensheim
Vater, Richard	Nossen	10. sächsischer
Vesper, Otto	Osnabrück	Osnabrück (4. hannoverscher)
Vetterlein, Oscar	Helmarshausen	1. hessischer (Rinkeln)
Vetters, Friedrich	Gießen	3. nassauischer
Voigt, Hermann	Berlin	Berlin IV
v. Vollmar, Georg	Soiensatz	M. d. R.
Vortmann, Heinr.	Metz	Metz-Lothringen
Wartenberg, Alma	Ottensen	6. schleswig-holsteinischer
Wasner, Otto	Stuttgart	Stuttgart und 14. württembergischer
Weinheber, Paul	Hamburg	Hamburg II und 9. schleswig-holsteinisch.
Weißmann, Anton	Halle	Merseburg, Delitsch-Bitterfeld
Wels, Otto	Berlin	Prenzlau-Angermünde
Wengels, Robert	Berlin	Partei-Vorstand
Weyers, Cäsar	Duisburg	Duisburg-Mülheim
Wicky, Aug.	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. Els.
Wissell, R.	Lübeck	Lübeck
Wolf, Paul	Bochum	Bochum-Gelsenkirchen
Wollermann, Karl	Schöneberg	Teltow-Beskow
Wurm, Emanuel	Berlin	M. d. R.
Zeise, Frau	Köln	Für Stadt Köln
Zetkin, Clara	Stuttgart	Kontrollkommission
Zietz, Louise	Hamburg	Hamburg I und Essen
Zimmermann, Emil	Dresden-N.	Dresden (4. sächsischer).
Zink, Franz	Debschwitz	Reuß j. L.
Zubeil, Fritz	Berlin	M. d. R.
Zucht, Leo	Berlin	Berlin V

Digitized by Google

Sprech-Register

Die mit * versehenen Zahlen beziehen sich auf die Frauenkonferenz.

Antrick 248. 262. 263. 321.
Arons, Dr. 241. 317.
Askew 166.

Baader, Frl. 339*. 342*. 360*. 368*.
Bader 274. 314.
Bartels 251.
Baumann 367*. 384*.
Bauschke 367*.
Bebel 142. 147. 209. 217. 234. 253. 263. 304. 316.
Becker (Dortmund) 162,
Bérard 177.
Bernstein 193. 229. 267. 312. 322. 324.
Berten 170.
Bittorf 146. 321.
Burgund 278.
Böhle 169. 172.
Bömelburg 282. 315.
Bosse 340*. 352*.
Braun-Königsberg 145.
Buhl 288.
Bühler 149. 178. 183.

Cunow 262.

Dietz 145. 150. 172. 176. 181. 182. 198. 218. 267. 287. 288. 289. 296. 301. 304. 317. 318. 320. 321. 324. 325.
Dönnecke 169. 324.
Dreesbach 172. 267.
Düwell 208. 234.

Ebert 199. 206. 217. 218. 253. 262. 263. 304. 314. 321.
Eichhorn 167. 266. 302.
Eilers 172.
Eisner 288.
v. Elm 239. 263.

Fahrenwald 353*. 368*.
Fendrich 167. 178. 266.
Fischer, Richard 174. 179. 263. 275. 284. 288.
Freiwaldt 302.
Freythaler 148.
Frohme 189.

Geck 360*.
Gerisch 155. 161. 174. 267.
Geyer 147.
Göckeritz 367*.
Greifenberg 346*.
Grenz 195. 243.

Habicht 170. 278. 286. 314.
Hoch 207. 216. 242. 297.
Hoffmann, Adolf 183. 266.
Hoffmann, Karl 169. 172. 275.
Hoffmann, Paul 176. 273.
Horn 325.
Hug 273. 274. 287.

Jacob 183.
Jasper 384*.
Jentsch 176. 215. 234.
Josephsohn 358*.

Kähler 350*. 371*. 384*.
Katzenstein 184. 190. 198. 253. 318.
Kautsky 244.
Klühs 148. 176. 189. 198. 284.
Körsten 208.
Krasemann 213.

Langer 248.
Leber 170. 283. 324.
Ledebour 199. 214. 260. 263. 288. 289.
Lehmann 301. 325.
Leinert 192. 266.
Lementzow 189.
Lenge 296.
Leopold 267.
Liebknecht Dr. 178. 188. 190. 195. 322.
Lindemann 290. 303.
Lipinski 207. 213.
Löwenstein 325.
Lungwitz 352*. 366*.
Lutz 353*. 367*.

Maier 314.
Meist 319.
Meister 158. 174. 319. 320.
Michels 206. 321. 353*.
Molkenbuhr 185. 273. 341*.
Mothes 281.

Niemann 371*.

Päplow 230. 267.
Pfannkuch 149. 151. 157. 173. 176. 193. 274. 287. 319.
Plum 350*. 367*.
Popp 342*. 358*.
Pötzsch 342*. 357*.

Repp 302.
Riem 281. 286.
Rollwagen 207.
Ruben 357*. 358*. 383*.

Segitz 299.
Sindermann 164. 228.
Südekum, Dr. 175. 182. 251. 298.
Schippel 218. 254. 263.
Schmalfeldt 141.
Schmid 296.
Schöpflin 168. 184. 215. 252.
Schubert 299.
Schuhmeier 165.
Schulz, Adolf 320.
Schulz, Heinrich 150. 320.
Schulz, Wilhelm 162. 174.
Stadthagen 212. 273.
Stücklen 247.

Thiel 352*. 383*.
Thöne 169.

Ullenbaum 163. 217.
Ulrich 232. 275. 300.

Vetters 164.
Vollmar 176. 188. 273.
Vortmann 173.

Wackwitz 352*.
Wartenberg 358*. 367*.
Weinheber 278. 286.
Wichmann 367*.
Wich 164. 170.
Wolf 165. 187. 281.

Zeise 352*.
Zetkin, Klara, 148. 171. 196. 340*. 351*. 353*. 358*. 359*. 368*. 371*.
Ziegler 166. 168. 249. 262. 265. 267. 279. 319. 320. 355*. 357*. 361*. 368*. 381*. 384*.
Zubeil 177. 234. 280.

Digitized by Google

Sach-Register

Abendsitzung 289.
Abrechnung vom Vorwärts 26.
Abstimmung über das Budget 92.
Aerzte-Streik 77.
Afrikabahnen 99.
Agitation 151.
— Anträge 114.
— in Oberschlesien 15.
— in Posen 16, 162.
Agitations-Bibliothek 44.
Agitationsbezirke 30.
Alkoholfrage 190, 194, 197.
— Anträge 112.
Amsterdamer Kongreß 304.
Anträge an den Parteitag 112.
— vom Dresdener Parteitag der Fraktion überwiesene 102.
— nachträglich eingegangene 133.
— Schicksal derselben 384.
Ansiedelungs-Gesetz 81.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek 46.
Arbeiter, ländliche 77. 106. 116. 213.
— in Bergwerken 76.
Arbeiter-Versicherung 77, 78.
Arbeiterschutz 76.
Arbeiter-Sekretariate 78.
Arbeitsämter 75.
Arbeitsbedingungen in Parteigeschäften 25.
Arbeitskammern 105.
Arbeitsverhältnisse auf Werften 85.
— in Heer und Marine 85.
Arbeitszeit, gesetzliche Regelung 75.
— im Postbetriebe 79.
Arenberg, Prinz 84.
Auers Dankschreiben 218.
Aufstellung von Kandidaten in Sachsen 20.
Ausgaben der Genossinnen 59.
— der Parteikasse 49.
— für die Parteipresse 50.
— des Reiches 64.
— für Schutzgebiete 86.
Ausnahmegesetze 63.
Aussperrung Crimmitschau 17. 57. 72. 73.
Auswärtiges Amt 85.
Auswärtige Politik 72.
Automobilbesitzer 81.
Bauforderungen, Sicherung 81.
Baugenossenschaften 79.
Begrüßung an Auer und Singer 198.
Begrüßungsreden 141, 165.
Beratung des Etats 74.
Bergwerksarbeiter 76.
Bericht der Buchhandlung Vorwärts 44.
Bericht der Genossinnen 56.
— der Mandatsprüfungs-Kommission 166. 265.
— des Kassierers 47. 155.
— der Kontrollkommission 158.
— des Parteivorstandes 11. 150.
— über die parlamentarische Tätigkeit 60. 199.
Berufszählungen 75.
Beschwerden gegen den Vorstand 320.
Bielefelder Angelegenheit 135. 159. 169.
Branntweinsteuer 69.
Broschüren, Anträge 116.
Buchhandlung Vorwärts 44. 129. 163. 180.
Budde, Eisenbahnminister 73.
Budget-Abstimmung 92.
Budgetrecht 69.
Bülow, Reichskanzler 72.

Crimmitschauer Aussperrung 17. 57. 72. 73.

Decharge für den Vorstand 161.
„Der wahre Jakob" 28.
Diätenantrag 74.
„Die Neue Zeit" 27. 43.
Dortmunder Arbeiterzeitung über Schippel 225. 226.
Düsseldorfer Streitigkeit 159. 161. 170.

Einem, Kriegsminister 73.
Einigungsämter 75.
Einnahme aus Zöllen 91.
Einnahmen der Genossinnen 59.
— der Parteikasse 48. 51.
— der Reiches 63.
Einigungsverhandlungen zwischen Gewerkschaften 16.
Eisenbahnarbeiter 73.
— und Konsumvereine 14.
Eisenbahnen in Afrika 99.
Eisenbahnminister 73.
Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft 95.
Ergänzungsetat für Südwest-Afrika 92.
Erklärung des Vorstandes wegen Mitarbeit an bürgerlicher Presse 35. 42.
— in Angelegenheit der „Leipziger Volkszeitung" 287.
— der Redaktion d. „Leipz. Volksztg." 318.
— Antrick 321.
Erklärungen zu Protokoll 265.
Eröffnung des Parteitages 141.
Etatsberatungen 70. 74.
Etat des Auswärtigen Amts 85.
— der Marine 84.
— des Reichs-Eisenbahnamts 81.
— des Reichsheeres 82.
— des Reichskanzlers 85.
— des Reichstags 63.
— der Schutzgebiete 86.
—, Ergänzungsetat für Südwest-Afrika 92.

Fabrik-Inspektoren 76.
Finanzreform 66.
Finanzwirtschaft im Reich 71.
Fleischeinfuhr 77.
Fliegender Gerichtsstand 81.
Flüsse, Reinhaltung 77.
Fraktionsbericht 60.
Fraktions-Erklärung über Schippel 235.
Fraktions-Sekretär 31.
Frankensteinsche Klausel 67.
Frauen als Fabrik-Inspektoren 76.
Frauenbewegung, sozialdemokratische 56.
Frauenbildungsvereine 58.
Frauenkonferenz 339.
Frauenkongreß, Internationaler 59.
Fremdenrecht 81. 127. 321.

„Gazetta Ludowa" 16.
Gefängnisarbeit 84.
Gehaltserhöhung der Sekretäre 319. 321.
Gemeindewahlen 20.
Generalstreik 190. 192. 195. 198.

Digitized by Google

Genossinnen Deutschlands 56.
Genossenschaften 79.
Geschäftsbericht (s. Bericht).
Geschäftsordnung, Festsetzung 145.
— des Reichstags 101.
Gesetzentwürfe 75. 93.
— sozialpolitische 101.
Gewerbegerichtswahlen 22.
Gewerbe-Inspektoren 76.
Gewerkschaftliche Organisation der Frauen 58.
Gladewitz 12.
Glashütten 75.
Gleichberechtigung der Arbeiter 72.
„Gleichheit", Die 27. 58.
Glückwunsch an italienische Genossen 139. 321.
Göhres Kandidatur 19.

Haftbarkeit der Automobilbesitzer 81.
Handelsbeziehungen zum britischen Reich 99.
Handelsgesetzbuch 98.
Handelsverträge 60. 71.
Handlungsgehilfen (siehe Kaufmann).
Handwerker-Invalidenversicherung 106.
Heer und Marine 71. 85.
Heimarbeiterschutz 17. 58. 210.
Heimarbeit für Militär 84.
Heimstättengesetz 80.
Hellmann-Angelegenheit 164. 174.
Herero-Aufstand 88.
Hererofrage 203. 206. 208. 211.
Holsteinsches Herzoghaus 99.
Hüssener-Prozeß 85.

Jakob, Der wahre 28.
Jesuitengesetz 86.
Immunität der Abgeordneten 102.
In Freien Stunden 45.
Initiativ-Anträge 101. 210.
Internationaler Kongreß 304.
Interpellationen 102.
— Russenkurs 102. Wurmkrankheit 103. Zechenlegen 104. Berufsvereine 105. Arbeitskammern 105. Invalidenversicherung der Handwerker 106. Zeugniszwang 106. Vertragsbruchgesetz 107. Russische Zustände 72.
Invalidenversicherung der Handwerker 106.
Jugend-Agitationen, Anträge 131. 133. 178. 179. 184. 188.
Jugendliteratur 154. 177. 180. 182.
Jugendschrift 134.
Justizverwaltung 80.

Kalender 115.
Kandidaturen in Sachsen 20.
Kassenbericht 47. 155.
Kaufmannsgerichte 58. 93. 207. 208.
Kerrl-Angelegenheit 140. 320.
Kinderschutz 57.
Koalitionsrecht 75. 101.
— Anträge 112.
— der Eisenbahner 73.
— bei der Post 79.
Kolonialetat, Anträge 116.
— 66.
Kolonialforderungen 203.
Kommunalpolitik 290.
— Anträge 118.
Kommunalwahlen 164.
Konferenz der Geschäftsleiter 24.
Königsberger Prozeß 43. 58. 81. 102.
Konsumvereine und Staatsarbeiter 14.
Kontrollkommission, Bericht 158.
— Wahl 320.
Krämer-Prozeß 43.
Krankenkassen 131. 207. 212.
Kriegsminister 73. 83.
Kruppsche Werke 85.
Kulturbilder 46.
Kunstdebatte 79.

Landerwerb der Togo-Gesellschaft 100.
Ländliche Arbeiter 77. 106. 116. 213.
Landtagswahlen 20. 113. 133.
Lebensmittelzölle 61.
Ledebours Berichtigung gegen Eisner 288.
Leipziger Aerztestreik 207. 212.
— Volkszeitung 138. 287. 318.
— — Notiz gegen Südekum 287.
Löbtauer Verurteilte 13.

Maifeier 23. 154. 275.
— Anträge 117.
Majestätsbeleidigungs-Paragraph 81. 101.
Mandatsprüfungs-Kommission.
— Bericht 166. 265. 319.
— Wahl 145.
Marine 71. 84.
Matrikularbeiträge 67. 92.
Mehrings Mitarbeit an der „Neuen Zeit" 43.
— Tätigkeit a. d. Leipziger Volkszeitung 43.
Militarismus (siehe Soldaten) 182. 184. 188.
Militär-Strafgesetzbuch 85.
Mitarbeit an bürgerlicher Presse 35.
Mülhauser Angelegenheit 136. 158. 164. 169. 174. 175.
Münzgesetz 99.

Musterwerkstätten, preußische 73.

Nachruf für verstorbene Genossen 11.
Nachträglich eingegangene Anträge 133.
Nachtrags-Etat 66.
Nachwahlen zum Reichstag 18.
„Neue Welt" 176. 177. 179. 183. 187.
— Anträge 115.
„Neue Zeit", Die 27. 43.
Normalarbeitstag 72.
Notizkalender 116.

Oberschlesien, Agitation 16.
Organisation 28.
Organisationsfrage 112. 121. 133. 138. 148. 267.
Organisations-Vorschlag des Parteivorstandes 28.
Ostafrikanische Telegraphenlinie 80.
Ostasiatisches Expeditionskorps 82.
Ostasiatischer Konflikt 85.
Ostasiatische Politik 72.
Ostmarkenzulage 80.

Parlamentarische Tätigkeit 60. 116. 199.
Parteibeiträge (siehe Kassenbericht).
Parteitag 1905 132. 133. 324.
Parteipresse 23. 152. 156.
— Anträge 112. 115.
— Ausgaben für 50.
— Debatte 182.
Partei-Schiedsgerichte (siehe Schiedsgerichte).
Personal in Parteigeschäften 24.
Petitionen 108.
Polenpolitik 80.
Politik, Auswärtige 72.
Posen, Agitation 16.
Post (siehe Reichspost).
Preßgesetz 102.
Presse (siehe Parteipresse).

Reblausbekämpfung 97.
Rechtsverhältnis der Berufsvereine 105.
Referentengebühren 129.
Reichsamt des Innern 75.
Reichs-Eisenbahnamt 82.
Reichsfinanzreform 66.
Reichsgesundheitsamt 77.
Reichshaushalts-Etat 63.
Reichsheer 82.
Reichsjustiz-Verwaltung 80
Reichskanzler 72.
Reichspost 79.
Reichstags-Angestellte 74.
Reichstagsfraktion, Bericht 60
Reichskanzler-Verantwortlichkeit 101.

Digitized by Google

Reichstagskandidaturen in Sachsen 20.
Reichsschulden 68.
Reichsversicherungsamt 78.
Reinhaltung der Flüsse 77.
Resolution, betreffend Arbeit in Bergwerken 76.
— betreffend Landerwerb der Togogesellschaft 100.
— betreffend Soldaten-Mißhandlungen 83.
— zum Etat des Reichsamt des Innern 75.
Rinnsteinkunst" 79.
Rothstraat (Minister) 81.
Rubelkurs 102. 112. 131. 321.
Rußlands Politik 72.
Russische Polizeiwirtschaft 102.

Saarrevier 43.
Schiedsgerichte 31.
— in Sachen Bernhard 35. 36.
— in Sachen Braun 35. 39.
— in Sachen Göhre 35. 38.
— in Sachen Heine 36. 38.
— in Mülhausen 31.
— in Charlottenburg 31.
— in Düsseldorf 32.
— in Mainz 35.
— in Bremerhaven 35.
— Erklärung des Parteivorstandes 35.
Schiffahrtsabgaben 71.
Schippel-Angelegenheit, Anträge 113. 137. 199. 215. 218.
— — Fraktions-Erklärung 235, — Abstimmung über Resolutionen 264.
Schippels Erklärung z. Protokoll 318.
Schulfrage 146. 320.
—, Anträge 112.
—, Resolution 139.
Schutzgebiete 86.
Seemannsordnung 98.
Servisgesetz 98.
Sicherung der Bauforderungen 81.
Singers Antwort auf Begrüßungstelegramm 218.
Soldatenmißhandlungen 82. 318.
—, Resolution 139. 140.
Sonstige Anträge 129. 317.
Sonntagsarbeit in Glashütten 75.
Sozialpolitik 71.
Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek 44.
Sozialistengesetz 13.
Sozialpolitische Gesetzentwürfe 101.
Staatsarbeiter und Konsumvereine 14.
Stempelabgaben 91.
Stengelsche Finanzreform 66. 153. 205.
Steuerreform 205.
Stichwahlen 317, Anträge 113.
Strafrecht 189.
Strafregister 43.

Tagesordnung, Festsetzung 146.
— des Parteitages 149.
Taktik-Anträge 113.
Telegraphen-Verwaltung 79.
Thronrede 71.
Togo-Gesellschaft 100.

Ueberweisungen an die Einzelstaaten 67. 69.
Unfälle 77.
— in der Landwirtschaft 78.
Unfallverhütung 78.
Untersuchungshaft bei politischen Vergehen 81.
Untersuchungshaft, unschuldig erlittene 95.

Verantwortlichkeit d. Reichskanzlers 101.
Verbrauchssteuern 91.
Vereinsrecht der Frauen 135
— Handhabung geg. Frauen 56.
Vereins- u. Versammlungsrecht 101.
Vergiftungsgefahr 75.
Verstorbene Genossen 11.
Vertragsbruchgesetz 107.
— Anträge 116.
Vorlagen an den Parteitag 11—00.
Vorwärts Buchhandlung (s. Buchhandlung).
„Vorwärts"-Abrechnung 26.
Vorwärts-Druckerei 174.

Wahl des Parteivorstandes 319.
Wahl des Bureaus 155.
Wahlen 18.
— zum Reichstag 18.
— zu den Landtagen 20.
— zu Gemeindevertretungen 21.
— Gewerbegerichten 22.
— zum Reichstag — Wahlarbeit der Genossinnen 56.
Wahlprüfungen 108.
Wahlrecht der Eisenbahner 73.
Wahlrechtsraub 153.
Wasserverseuchung 78.
Werftarbeiter 85.
Werften 85.
„Wider die Pfaffenherrschaft" 46.
Wochenblatt, Illustriertes 134.
Wohnungswesen 75.
Wurmkrankheit 103.

Zechenlegen 104.
Zeugniszwang 106.
Zivil-Ehe, Antrag 117.
Zölle u. Verbrauchssteuern 91.
Zolltarif 60.
Zuchthausarbeit 81.
Zuschußanleihe 92.

Digitized by Google

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 112—140. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.)

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2. 4. 6. 7 (S. 146). **14. 15** (S. 198). **21. 23. 24. 26** (S. 150). **27** (S. 317). **30. 31. 34. 40. 41** (S. 150). **45. 46. 48** (S. 198). **55. 57. 58. 59** (S. 275). **91. 92. 93. 94. 96. 97. 98** (S. 317). **99** (S. 198). **100** (S. 317). **102. 103. 104** (S. 198). **111** (S. 150). **112. 114** (S. 324). **119** (S. 198). **120. 121** (S. 317). **124. 125** (S. 176). **137** (S. 247). **149** (S. 206). **150** (S. 275).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

12. 13 (S. 264). **49. 50. 51. 52. 53. 54. 56** (S. 287). **61. 62** (S. 324). **107** (S. 324). **128. 129. 130** (S. 275). **131** (S. 175). **141** (S. 318).

Zurückgezogene Anträge.

1 (S. 146). **5** (S. 146). **22** (S. 176). **42** (S. 214). **140** (S. 318). **142** (S. 319).

Abgelehnte Anträge.

3 (S. 148). **44. 47** (S. 214). **95** (S. 318). **115. 116. 117** (S. 325). **135. 136** (S. 264).

Der Kommission zur Vorberatung der Organisationsfrage überwiesene Anträge.

10. 11. 20. 25. 63 bis **90** (S. 275).

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigte Anträge.

16. 17. 18. 19 (S. 318). **105** und Antrag Liebknecht Seite 182 (S. 189).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

28. 29. 32. 33. 35. 36. 37. 38. 39 (S. 189). **108. 109. 110** (S. 198). **126. 148** (S. 189).

Angenommene Anträge.

8: Organisation als 4. Punkt zu setzen (S. 149). **9:** Erweiterung des Vorstandsberichts (S. 175). **43:** Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter (S. 214). **60:** Kommunalpolitik mit Zusatz 4c auf S. 290 (S. 304). **101:** Agitation gegen Alkohol (S. 198). **106** und **138:** Fremdenrecht (S. 324). **113:** Parteitag 1905 (S. 325). **127:** Sekretäre nach Bedarf anzustellen (S. 176). **132:** Mülhauser Angelegenheit (S. 175). **133** u. **134:** Schippel-Angelegenheit (S. 264). **138:** Fremdenrecht (S. 324). **139:** Kommission für Organisationsfrage (S. 275). **143** mit **146:** Soldatenmißhandlungen (S. 319). **144:** Schulantrag (S. 321). **145:** Glückwunsch an italienische Genossen (S. 321). **146:** Zusatz zu 143 (S. 319). **147:** Kerrl-Delmenhorst (S. 320). **151:** Resolution zur Maifeier (S. 287).

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google